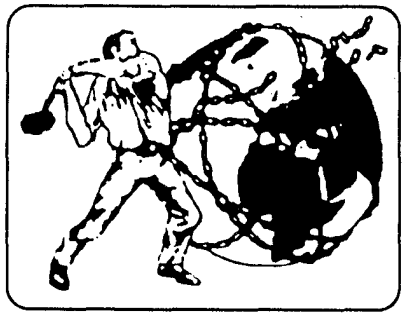
PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Mai 1999 20,- DM

* Politische Stellungnahmen

1997 - 1998

Zu Themen und Fragen
des revolutionären Kampfes
und des wissenschaftlichen Sozialismus
in

Flugblättern und Plakaten von
Gegen die Strömung

* Diskussionsbeiträge zu den Flugblättern und Plakaten

INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
	1997	
Januar (1)	Für den revolutionären Bürgerkrieg, die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats: **Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen!** ✍ *Diskussionsbeiträge*	1
Beilage	Thesen der II. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung": "Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus – Teil I und II"	13
Februar(2)	**Die Nazis und ihre Verbindungen mit dem Staatsapparat nicht unterschätzen!**	19
Beilage	Kampf gegen die braune Pest - Eine Auswahl aus den Publikationen von Gegen die Strömung zum Thema	23
Flugzettel	* Nazi-Mord an Frank Böttcher in Magdeburg am 9.2.1997!	25
März(3)	**Erfahrungen aus dem militanten Kampf der Bergarbeiter**	27
Beilage und Plakat	Erklärung zur bewaffneten Aggression der Bundeswehr und zum bewaffneten Aufstand in Albanien Bekämpfen wir die militärische Aggression des deutschen Imperialismus gegen Albanien! (Plakat) ✍ *Diskussionsbeiträge*	31
Plakat	Gegen den immer brutaleren Kapitalismus hilft nur der immer militantere und zielklarere Kampf!	37
April-Mai (4-5)	Aus den Erfahrungen der proletarischen Rote Hilfe unter Führung der Komintern für heute lernen: **Freiheit für alle revolutionären und demokratischen Gefangenen!** * Nazi-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig verhindern! ✍ *Diskussionsbeitrag*	39
Flugblatt	*Zum Kampf gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Leipzig:* **Die entscheidende Frage im Kampf gegen die Nazis ist nicht nur "bessere Organisierung", sondern vor allem größere Klarheit!**	49
Juni (6)	Über die aktuelle Bedeutung von Lenins Schrift "Staat und Revolution": **Den Aberglauben an den Staat bekämpfen!**	55
Juli (7)	Bekämpft das Zusammenspiel von Staat und Nazis gegen Kirchenasyl für Flüchtlinge! **Solidarität**	59
Beilage	Thesen der II. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung": "Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus – Teil III"	63
Plakat	Solidarität mit dem Hungerstreik der demokratischen und revolutionären Gefangenen des faschistischen Regimes im Iran!	69

August- September (8-9)	Entlarven wir die in blutiger Tradition stehenden Europa Pläne des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus! **Die deutsche „Neuordnung Europas" bekämpfen!** * Der „Hochwassereinsatz" der Bundeswehr an der Oder: Kriegsvorbereitung ✍ *Diskussionsbeitrag*	
Beilage	Drei grundlegende Aspekte des Proletarischen Internationalismus: Für die weltweiten Ziele des Kommunismus, gegen den europäischen und gegen den deutschen Chauvinismus	76
Plakate	- Einverleibung der DDR 1989: ein neues Kapitel in der Verbrecherischen Geschichte des deutschen Imperialismus! - Die deutsche „Neuordnung Europas" bekämpfen! - Wann darf ein Polizist „Mörder" genannt werden?	78
Beilage und Plakat	Die Bundeswehr: Eine Armee in der Tradition der Nazi-Wehrmacht und des deutschen Imperialismus Die Bundeswehr – mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus! (Plakat)	81
Oktober- November (10-11)	Vor dreißig Jahren wurde Che Guevara von den Schergen des Imperialismus im Kampf ermordet! **Kampf um das revolutionäre Erbe Ernesto Che Guevaras!**	85
Beilage	• Ein Dokument der Solidarität mit Vietnam von Che Guevara: Botschaft an die Völker der Welt: "Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!" (April 1967)	101
Dezember (12)	Warum die kritische Analyse der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland nach 1945 notwendig ist: **Aus den Erfahrungen der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland für künftige Kämpfe lernen!**	113

1998

Januar (1)	Gründe, warum das Studium des Hauptwerks von Karl Marx von grundlegender und aktueller Bedeutung ist **Studiert "Das Kapital"!**	117
Februar *(2)*	Aus dem beispielhaften Kampf der Erwerbslosen in Frankreich lernen! **Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit und ihre kapitalistischen Ursachen aufnehmen!**	119
März (3)	Solidarität mit den gerechten Entschädigungsforderungen des Volkes der Herrero in Namibia! **Der Völkermord der deutschen Imperialisten an den Herero wird weder vergeben noch vergessen !** * Nazi-Mord an der 14-jährigen Antifaschistin Jana Georgi in Saalfeld am 26.3.1998!	125
Beilage	• Dokument „Die soziale und moralische Verpflichtung der Rückgabe des Eigentums, das das Volk der Herero und Mbanderu während des deutschen Kolonialismus und dem daraus folgenden Krieg verloren hat"	129

April (4)	Mai 1997 bis April 1998 - Schlaglichter zum Vormarsch des deutschen Imperialismus: **Die Resignation bekämpfen!** Chronologie der wichtigsten Anti-Nazi-Demonstrationen 1997/1998	131
Mai (5)	Leipzig, 1.Mai 1998: **Militanter Kampf - der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!** ✍ *Diskussionsbeitrag*	135
Beilage	Kommunistische Positionen zum reaktionären "Völkerschlachtdenkmal" ✍ *Diskussionsbeitrag*	143
Juni-Juli (6-7)	Gegen die 60-Jahre-Jubelfeier des "Musterbetriebes" des deutschen Monopolkapitals **VW - in der ungebrochenen Tradition der Verbrechen des Nazi-"Musterbetriebs"**	149
August (8)	Vor 60 Jahren erschien eines der bedeutendsten Werke des wissenschaftlichen Kommunismus: **Gute Gründe, die "Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang" heute zu studieren** ✍ *Diskussionsbeitrag*	159
September-Oktober (9-10)	**Gegen den Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Kosova!** * Unterstützen wir die beispielhaften militanten Kämpfe der werktätigen in Chile! ✍ *Diskussionsbeitrag*	163
Plakat	Unterstützen wir die „Verdammten dieser Erde" gegen den deutschen Imperialismus!	173
November-Dezember (11-12)	Der Novemberpogrom 1938: **Vor aller Augen!**	175
Beilage	• Dokumente und Kritik - Die Erklärung des ZK der KPD "Gegen die Schmach der Judenpogrome!" vom November 1938 - mit kritischer Einschätzung - Die 1893 verabschiedete Resolution der revolutionären deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus - mit kritischer Einschätzung - Kritische Einschätzung der Rede August Bebels gegen den Antisemitismus von 1893 ✍ *Diskussionsbeiträge*	187

❑

✍ *Diskussionsbeitrag*: Die Antworten auf die kritischen Leserbriefe sind das Ergebnis der Diskussion in einzelnen Kollektiven und noch keine abschließenden Diskussionsergebnisse.

* Politische Stellungnahmen

1997 - 1998

Zu Themen und Fragen
des revolutionären Kampfes
und des wissenschaftlichen Sozialismus
in

Flugblättern und Plakaten von
Gegen die Strömung

* Diskussionsbeiträge zu den Flugblättern und Plakaten

V.i.S.d.P.: A. Odenthal, Vertrieb f. internat. Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

1/97 Januar 1997

Für den revolutionären Bürgerkrieg, die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats:

Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen!

Seit mehreren Jahren kommen zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, mehrere zehntausend Menschen nach Berlin. Es sind vor allem auch Antifaschistinnen und Antifaschisten, revolutionäre Kräfte aus Deutschland und auch aus anderen Ländern. Jedes Jahr fährt der reaktionäre Staatsapparat des deutschen Imperialismus ein riesiges Polizeiaufgebot auf und setzt seine polizeilichen Schlägertrupps, seine SEK-Einheiten vor allem gegen die ehrlichen antifaschistischen Kräfte, gegen die alljährliche antifaschistische Demonstration zum Gedenken an Rosa und Karl ein.

Wie jedes Jahr werden aber auch diesmal nicht wenige imperialistische, antikommunistische und revisionistische Leugner, Verdreher und Verfälscher der Sache dieser beiden Revolutionäre mobilisiert, die die Situation nutzen, um Pazifismus, Reformismus und Opportunismus zu predigen, als angebliche „Fortsetzer" des Werkes von Rosa und Karl. Heute und hier das kommunistische Erbe von Rosa und Karl zu verteidigen und für die bewaffnete proletarische Revolution, für die Diktatur des Proletariats und eine wirklich revolutionäre Kommunistische Partei zu kämpfen, bedeutet allen Heuchlern und Lobhudlern von Rosa und Karl den Krieg zu erklären, indem wir vor allem die zentralen Lehren ihres Werkes und Kampfes für die proletarische Revolution propagieren.

Den Kampf Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts fortführen, das heißt, sie gegen all ihre Gegner, die offenen Feinde, aber auch gegen ihre falschen Freunde zu verteidigen, denn diese richten mit ihrer Demagogie bei den Kräften, die sich wirklich zur Revolution, zum Kommunismus hingezogen fühlen, den allergrößten Schaden an.

An der Spitze dieser falschen Freunde stand seit über 30 Jahren die revisionistische SED. Heute nimmt die PDS eine üble Vorreiterrolle als Verfälscher des Werkes und Kampfes von Rosa und Karl ein. Einerseits erweckten und erwecken diese revisionistischen Kräfte durch die Publikation der Werke von Rosa und Karl den Eindruck, in deren revolutionärer Tradition zu stehen. Andererseits verbreiteten und verbreiten sie ein Bild der beiden kommunistischen Kader, das sie als lammfromme und pazifistische Figuren erscheinen läßt.

Den Kampf für den Kommunismus, für den Aufbau einer kommunistischen Partei heute führen – das heißt bewußt an kommunistische Tradition anknüpfen. Das heißt an der revolutionären Theorie anknüpfen. Und das heißt auch an die revolutionäre Tradition der Kommunistischen Partei im eigenen Lande anknüpfen, das bedeutet für uns, an die revolutionäre Tradition der Kommunistischen Partei Deutschlands anzuknüpfen und diese gegen die revisionistischen Verräter zu verteidigen.

Sich mit dem kommunistischen Werk Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs auseinanderzusetzen, das ist für uns keine Stubengelehrtheit, sondern die Verpflichtung, den von ihnen gewiesenen Weg des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus

- für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der deutschen Bourgeoisie,
- für die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus,
- für die wahrhaft revolutionäre Kommunistische Partei des Proletariats,

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht contra den stinkenden Reformismus und Nationalismus der PDS!

Die PDS beruft sich auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Das Werk Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts steht jedoch im diametralen Gegensatz zu den grundlegenden Positionen der PDS.

Eine der wichtigsten Fragen, die Frage nach der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats, war für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ein Prüfstein, um ehrliche Genossinnen und Genossen von Reformisten, Chauvinisten und Verrätern zu unterscheiden.

Karl Liebknecht betonte, daß ***„die Aufgabe des Proletariats ist, den Widerstand der herrschenden Klassen und alle gegenrevolutionären Versuche mit aller Rücksichtslosigkeit, mit eiserner Faust niederzuwerfen"***. Und Rosa Luxemburg machte klar, ***„der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen"*** hat, daß ***„dieser Staat zerstört werden muß"*** und sie propagierte ***die Diktatur des Proletariats als „die wahre Demokratie"***.

Die PDS dagegen steht für stinkenden Reformismus und Nationalismus. Die PDS stellt in ihrem Statut von 1991 (S. 2) klar, daß sie eine „Partei im Sinne des Grundgesetzes" ist und auch „auf dessen Grundlage" wirkt, was zeigt, daß sie trotz aller antikapitalistischer Phrasen die kapitalistische Gesellschaftsordnung im Grundsatz akzeptiert und verteidigt. Nicht zuletzt ihre schleimige Anbiederung an die SPD macht dies deutlich. In ihrem Programm von 1993 (S. 3) legt die PDS in reformistischer Manier dar, daß für sie „die wichtigste Herausforderung der Gegenwart" darin besteht, „diese Gesellschaftsstruktur demokratisch zu überwinden, dabei entwicklungsoffene Potenzen und zivilisatorische Errungenschaften zu bewahren und auszubauen". Ganz klar stellt die PDS dabei, daß sie mit revolutionärem Bürgerkrieg und Errichtung der Diktatur des Proletariats aber auch gar nichts im Sinne hat, denn sie „tritt dafür ein, Krieg und militärische Gewalt zu ächten" und lehnt es ab „in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungskategorien" zu denken und zu handeln (Programm der PDS, S. 22).

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stehen für den proletarischen Internationalismus. Die PDS dagegen ist ein Repräsentant des widerlichen deutschen Chauvinismus.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht brandmarkten bereits 1907 auf dem Stuttgarter Kongreß der II. Internationale die rechten Sozialdemokraten unter Führung Bernsteins, die für die Anerkennung einer „zivilisatorisch wirkenden sozialistischen Kolonialpolitik" eintraten, als Verteidiger der imperialistischen Ausbeutung der Kolonialvölker (Siehe Karl Liebknecht, Gesammelte reden und Schriften, Band II, S. 71/72 und S. 489).

Die PDS stellt sich in die deutsch-chauvinistische Tradition Bernsteins und fordert faktisch die Ausweitung der Einflußsphären des deutschen Imperialismus und die Ver-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von S.1

schärfung der Ausbeutung der vom deutschen Imperialismus abhängigen Völker, wenn sie in ihrem Programm (S. 20) erklärt, daß sie sich dafür einsetzt, daß „der Anteil an der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt der BRD sofort auf die international vereinbarte Höhe von 0,7 Prozent gebracht und mittelfristig deutlich erhöht wird".

Im Gegensatz zur PDS kämpften Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht konsequent gegen die Verbrechen des deutschen Imperialismus an anderen Völkern, gegen den Antisemitismus und Rassismus. Auf dem Parteitag der SPD 1907 z.B. wies Karl Liebknecht auf ***„die Misere der Einwanderer in Deutschland"*** hin, auf ***„ihre Vogelfreiheit"*** und forderte ***„besonders die Ausweisungsschmach schleunigst und energisch zu bekämpfen"*** (Karl Liebknecht, „Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!", 1907, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. II, S. 72/73).

Und für die PDS und ihre Basis heute, gemessen daran stellt sich die Frage: Wo wart ihr in Hoyerswerda, Rostock und anderswo? Als Massenpartei mit 1,2 Millionen Mitgliedern sah es die PDS nicht als ihre Aufgabe, z. B. bei dem Nazi-Pogrom in Rostock auch nur den Ansatz einer Gegendemonstration oder einer Gegenwehr zu organisieren, sie hatte noch nicht einmal den Anspruch dazu. Schlimmer noch, dort wo Nazis wie in Marzahn oder Wurzen ganze Gebiete langfristig dominieren, sind es Funktionsträger der PDS, wie z.B. der Bürgermeister in Marzahn, die mehr oder minder offen dem Nazitreiben zusehen und den nazistisch beeinflußten Teilen der Bevölkerung ihre Sympathie entgegenbringen. Gleichzeitig hetzen sie planmäßig gegen die militanten antifaschistischen Kräfte.

Die PDS versucht, sich den Werktätigen besonders in der ehemaligen DDR anzudienen, die unter den Folgen der Einverleibung am meisten zu leiden haben. Dabei wendet sie sich nicht etwa gegen die revanchistische Einverleibung als solche, sondern tritt für die Illusion einer „gleichberechtigten Vereinigung der beiden deutschen Staaten" (Wahlprogramm der PDS von 1994) ein und stellt sich damit als die „bessere Wiedervereinigerin" vor. Diese Partei war es auch, die die DDR schließlich in kapitulantenhafter Manier für den west/deutschen Imperialismus „übergabereif" machte.

Die Konsequenz aus alle dem kann nur sein:

Die Offensive gegen den „freundlichen Revisionismus" der PDS eröffnen!

Mit dem Bankrott der revisionistischen Regimes in Osteuropa ist nicht der moderne Revisionismus als opportunistische, dem wissenschaftlichen Kommunismus feindliche Ideologie zusammengebrochen oder gar verschwunden. Der moderne Revisionismus ist keinesfalls bankrott oder tot, er wechselt gegenwärtig nur seine Form und sein Gesicht. In der Gestalt der PDS verbreitet er als „freundlicher Revisionismus" seine parlamentaristischen Illusionen, seinen Reformismus, seinen „demokratischen Sozialismus" als antistalinistische „umweltverträgliche" Alternative. Die PDS präsentiert sich als Alternative in doppelter Hinsicht: sowohl gegenüber der bankrotten revisionistischen SED, die sie nicht wirklich analysiert, sondern deren Geschichte sie umgeht oder verfälscht, aber vor allem auch gegenüber der tatsächlichen Diktatur des Proletariats zur Zeit Lenins und Stalins und zu den wirklich revolutionären Kommunistinnen und Kommunisten, die sie diffamiert und beschimpft, um sich als sogenannte „echte Demokraten" an die herrschende Klasse anzubiedern!

Die Gefährlichkeit dieser in Lug und Betrug erfahrenen Revisionisten, von denen die meisten ihre politische Ausbildung in der alten Honecker-SED erhalten haben, liegt auch darin, daß sie - anders als die DKP oder früher die SEW-Revisionisten - eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft auf fortschrittliche und antifaschistische Kräfte ausüben und versuchen, sich in der linken Jugendbewegung eine Massenbasis zu schaffen. Unterstützt werden sie dabei von diversen pseudomarxistischen Gruppen wie BWK, „Arbeiterbund", „Arbeiterkampf" etc., aber auch von der DKP, die die PDS bei linken, sich noch an der Revolution orientierenden Kräften salonfähig machen wollen. Die PDS ist nicht ohne Erfolg darum bemüht, solche Kräfte zu desorientieren, sie aufzusaugen und ideologisch an das parlamentarisch-kapitalistische System zu binden.

Die PDS-Revisionisten müssen als Verfälscher der Grundideen des Kommunismus und der sozialistischen Revolution eine zentrale Zielscheibe des ideologischen Kampfes sein, und auch ihre Manöver und politischen Kniefälle vor der herrschenden Klasse müssen vor den Antifaschisten und Revolutionären konkret entlarvt werden.

Von Rosa Luxemburg stammt der berühmte von Lenin zitierte Ausspruch: „Die Sozialdemokratie ist ein stinkender Leichnam" (siehe: Lenin, „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution", 1917, Werke Band 24, S. 64). Für die revolutionäre Arbeiterbewegung war jede Illusion in die SPD fatal, wenn nicht gar tödlich, denn die SPD wurde konsequent eine Kraft der Konterrevolution. Deswegen begannen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht entschlossen auf revolutionärer Programmatik die Kommunistische Partei aufzubauen. Sie gründeten 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht würden aufgrund ihrer revolutionären Position heute deutlich und unmißverständlich ausrufen:

Die PDS ist ein stinkender Leichnam!

Keine Illusionen in die Reformisten und Chauvinisten der PDS!

Alles für den Aufbau einer wahrhaft konsequent revolutionären kommunistischen Partei!

Für den revolutionären Bürgerkrieg, die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats!

- für einen unversöhnlichen Kampf gegen Opportunismus und Reformismus,
- für proletarischen Internationalismus und Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus

unter den heutigen Bedingungen des Kampfes fortzuführen.

Für den revolutionären Bürgerkrieg, die Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus

Von Anbeginn an warfen sich Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht der Ende des letzten Jahrhunderts aufkommenden revisionistischen Strömung entgegen, deren Hauptvertreter in Deutschland, Bernstein, die Revision der marxistischen Prinzipien forderte. Weit davon entfernt, den aktuellen Tgeskampf gering zu schätzen, machte Rosa Luxemburg eindringlich klar, daß alles Stückwerk bleibt und letzten Endes die kapitalistische Ordnung stützt bzw. von ihr aufgesogen wird, wenn der Tageskampf nicht dem Kampf für die proletarische Revolution untergeordnet ist:

„Da aber das sozialistische Endziel das entscheidende Moment ist, das die sozialdemokratische Bewegung (die seinerzeit die revolutionäre Arbeiterbewegung repräsentierte, Anm. d. Red.) von der bürgerlichen Demokratie und dem bürgerlichen Radikalismus unterscheidet, das die ganze Arbeiterbewegung aus einer müßigen Flickarbeit zur Rettung der kapitalistischen Ordnung in einen Klassenkampf *gegen* diese Ordnung, um die Aufhebung dieser Ordnung verwandelt, so ist die Frage Sozialreform oder Revolution?... "

(Rosa Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution?", April 1899, Gesammelte Werke, Band 1/1, S. 370)

Revolution statt Reformismus – das war die Grundhaltung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Beginn ihres Wirkens an.

Entsprechend war ihre Haltung zum bürgerlichen Staat, einem Werkzeug der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft. Rosa Luxemburg machte auf dem Parteitag der SPD 1898 unmißverständlich klar:

„Im übrigen bin ich der Meinung, daß *dieser Staat zerstört werden muß.*"

(Rede auf dem „Parteitag der SPD vom 3. bis 8. Oktober 1898 in Stuttgart", 1898, Gesammelte Werke, Band 1/1, S. 241)

Gegen die pazifistischen Wegbereiter der Konterrevolution macht das Programm der KPD von 1918, das von Rosa Luxemburg entworfen wurde, deutlich, daß die Bourgeoisie nie und nimmer freiwillig und friedlich auf ihre Privilegien, auf ihren Profit und ihre Macht verzichten würde, daß das revolutionäre Proletariat daher revolutionäre Gewalt anwenden muß:

„Es ist ein toller Wahn zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. *Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen.* ...

Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklassen die Brutalität, den unverhüll-

Stationen im Leben von Rosa Luxemburg

◆ Rosa Luxemburg wird am 5. März 1871 in Zamosc im damaligen Russisch-Polen geboren.

◆ 1887 wird sie Mitglied eines illegalen sozialistischen Zirkels. Um der drohenden Verhaftung zu entgehen, ist sie 1889 gezwungen, illegal auszureisen. Ihre Flucht führt sie zuerst in die Schweiz, wo sie in Zürich an der philosophischen, später der naturwissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät studiert.

◆ 1893 nimmt sie am Internationalen Kongreß der II. Internationale in Zürich teil und hält den Bericht für die Polnische Sozialistische Partei. Hier trifft sie mit Engels zusammen.

◆ 1894 ist Rosa Luxemburg Mitbegründerin der Sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen.

◆ 1898 zieht Rosa Luxemburg nach Deutschland um und wird Mitglied in der deutschen Sozialdemokratie.

◆ Auf Parteitagen, öffentlichen Veranstaltungen und in Aufsätzen ***entlarvt sie den Reformismus Bernsteins.***

◆ In ihrem Brief an Bebel vom 31.10.1898 fordert sie den Ausschluß Bernsteins aus der SPD.

◆ 1900 ist sie drei Monate als Agitatorin der SPD in Posen tätig.

◆ 1901 wird Rosa Luxemburg wegen Beleidigung des preußischen Kulturministers zu einer Geldstrafe verurteilt. Sie hatte sich gegen die preußische Germanisierung in Polen gewandt.

◆ Gleich nach dem Eintritt des „Sozialisten" Millerand in die bürgerliche Regierung Frankreichs verurteilt sie in der „Leipziger Volkszeitung" diesen Schritt. 1901 kritisiert sie Jaurès, einen anderen Reformisten Frankreichs, der diesen Schritt als Verteidigung der bürgerlichen Republik zu rechtfertigen suchte.

◆ 1902 polemisiert sie gegen Vandervelde, einen Führer der II. Internationale. Sie kritisiert die spießerhafte Beschränktheit in der Sozialdemokratie auf die bürgerliche Gesetzlichkeit.

◆ 1902 organisiert Rosa Luxemburg die erste gemeinsame öffentliche Veranstaltung der polnischen und deutschen Sozialdemokratie.

◆ Rosa Luxemburg ***greift wiederholt den Antisemitismus in der SPD an.*** Am 3.10.1903 protestiert sie mit einem Artikel gegen den Antisemitismus in der Partei.

◆ Im Januar 1904 wird Rosa Luxemburg von der Strafkammer des Landgerichts Zwickau wegen „Majestätsbeleidigung" zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

◆ Im Herbst 1905 hält sie auf dem Parteitag der SPD in Jena eine Rede für die Annahme des politischen Massenstreiks als Kampfmittel der Partei.

◆ Wegen dieser Rede wird sie wegen „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten" angeklagt und am 12. Dezember 1906 zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

◆ Stets mit der polnischen und russischen Arbeiterbewegung verbunden, fährt Rosa Luxemburg Ende ***1905*** illegal nach Warschau und nimmt ***als führende Genossin aktiv an der Revolution zum Sturz des Zarismus teil.***

◆ Im März 1906 wird sie verhaftet. Sie führt im Gefängnis einen Hungerstreik gegen die Haftbedingungen durch. Nach viermonatiger Haft gelingt es durch Druck, Rosa Luxemburg auch angesichts ihres schlechten Gesundheitszustandes gegen Kaution freizubekommen.

◆ Im Frühjahr 1906 schließt sich unter Mitwirkung von Rosa Luxemburg die polnische Sozialdemokratie der Sozialdemokratischen Partei Rußlands an.

◆ In ihrer 1906 verfaßten Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" propagiert sie den politischen Massenstreik als revolutionäres Kampfmittel des Proletariats und die Rolle der Partei als der klassenbewußten Vorhut des Proletariats.

◆ Auf dem Mannheimer Parteitag der SPD Ende 1906 verficht sie zusammen mit Karl Liebknecht die revolutionären Erfahrungen der russischen Revolution gegen die Reformisten und Opportunisten.

◆ Im Mai 1907 nimmt Rosa Luxemburg als Delegierte der polnischen Sozialdemokratie am Londoner Parteitag der SDAPR teil. Sie hält zwei Reden, in denen sie die Ansichten der Menschewiki zur Taktik der russischen Revolution kritisiert.

◆ Im August 1907 nimmt sie zusammen mit Karl Liebknecht am Kongreß der II. Internationale in Stuttgart teil. Zusammen mit Lenin kämpfen sie gegen die opportunistischen Auffassungen im Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen die sozialistisch verbrämte Kolonialpolitik der deutschen Sozialdemokratie.

◆ Im Oktober 1907 wird Rosa Luxemburg Lehrerin an der Parteihochschule der SPD in Berlin.

◆ Ab 1910 forciert Rosa Luxemburg die ***Kritik am Opportunismus Kautskys.*** Diese Auseinandersetzung führt zum offenen Bruch Rosa Luxemburgs mit Kautsky.

◆ Nachdem der Parteivorstand der SPD für die Zeitungsredaktionen der Partei im März 1913 einen Maulkorberlaß festlegt, wird Rosa Luxemburg nach 15-jähriger Mitarbeit aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" gedrängt. Daraufhin gründet sie zusammen mit anderen Genossen die eigenständige Zeitschrift „Sozialdemokratische Korrespondenz".

◆ Am 20. Februar 1914 hält sie vor dem Landgericht in Frankfurt am Main ihre berühmte politische Verteidigungsrede. Das Urteil lautet ein Jahr Gefängnis. Wegen ihrer Referate „Gegen Militarismus und imperialistischen Krieg" in Frankfurt 1913 wurde ihr vorgeworfen, zum Ungehorsam gegen die Obrigkeit aufgewiegelt zu haben.

◆ Im gleichen Jahr wird Rosa Luxemburg der Prozeß gemacht, weil sie Soldatenmißhandlungen angeprangert hatte. Nachdem sich Tausende von Zeugen gemeldet hatten, wird der Prozeß eingestellt.

◆ Am Abend des 4. August 1914, dem Tag der Kriegskreditbewilligung auch durch die SPD, findet bei Rosa Luxemburg ein erstes oppositionelles Treffen statt.

◆ Am 29. August 1914 trifft sie mit Karl Liebknecht zusammen, um über das weitere Vorgehen zu beraten.

◆ Am 18. Februar 1915 wird Rosa Luxemburg verhaftet und zur Verbüßung der einjährigen Gefängnisstrafe in das Berliner Frauengefängnis eingeliefert.

◆ Im Frühjahr 1915 erscheint die erste Nummer der Zeitschrift „Die Internationale" unter der Redaktion von Rosa Luxemburg und Franz Mehring.

◆ Im April 1915 schreibt Rosa Luxemburg im Gefängnis ihre Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie" (Junius-Broschüre), die jedoch erst ein Jahr später unter dem Pseudonym Junius illegal herausgegeben werden kann.

◆ Die von Rosa Luxemburg noch im Gefängnis verfaßten „Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie" werden von der illegalen Reichskonferenz der Spartakus-Gruppe im Januar 1916 als eine Art Plattform angenommen.

◆ Am 18. Februar 1916 wird Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis entlassen.

◆ Rosa Luxemburg beteiligt sich an der Vorbereitung und Durchführung der verbotenen 1. Mai-Kundgebung der Spartakus-Gruppe in Berlin.

◆ Am 10. Juli 1916 wird sie wieder verhaftet und bis zum 9. November 1918 in „Schutzhaft" genommen. Während dieser Zeit wird sie zu zwei weiteren Haftstrafen verurteilt. Einmal wegen Beleidigung eines Kriminalschutzmanns zu 10 Tagen Haft und zu 6 Wochen Haft wegen einer Rede über die Kriegsziele des deutschen Imperialismus.

◆ Aus dem Gefängnis heraus schreibt sie noch Flugblätter, Artikel für die „Spartakus-Briefe" und gibt Anweisungen zur Unterstützung des Kampfes der Spartakus-Gruppe.

◆ Die revolutionäre Arbeiterbewegung erzwingt am 9. November 1918 die Freilassung der politischen Gefangenen. Rosa Luxemburg ist wieder frei, begibt sich sofort nach Berlin und ***nimmt als führende Genossin der Spartakus-Gruppe an der Novemberrevolution teil.***

◆ Sie beteiligt sich führend an der Redaktion und Herausgabe der „Roten Fahne", die zeitweilig in besetzten Verlagen und Druckereien erstellt wird.

◆ Als Mitglied der Zentrale des Spartakusbundes hat sie ***maßgeblichen Anteil an der Vorbereitung und Durchführung des Gründungsparteitags der KPD Ende Dezember 1918.***

◆ Am 15. Januar 1919 wird Rosa Luxemburg zusammen mit Karl Liebknecht von Truppen der konterrevolutionären SPD-Regierung verhaftet und brutal ermordet.

Stationen im Leben von Karl Liebknecht

◆ Karl Liebknecht wird am 13. August 1871 in Leipzig als Sohn eines der bedeutendsten Führer der deutschen Sozialdemokratie, Wilhelm Liebknecht, geboren.

◆ Er studiert von 1890 bis 1893 Rechtswissenschaften und Nationalökonomie zuerst in Leipzig, später in Berlin.

◆ 1899 eröffnet Karl Liebknecht gemeinsam mit seinem Bruder ein Rechtsanwaltsbüro in Berlin.

◆ Im August 1900 tritt Karl Liebknecht in die SPD ein. Von Beginn an kämpft er gegen den Reformismus und Opportunismus in der SPD.

◆ Bereits seine ersten öffentlichen Versammlungen werden wegen seiner scharfen Anklagen gegen den Militarismus und den preußischen Staat von der Polizei abgebrochen.

◆ Im November 1901 wird er zum Stadtverordneten des 45. Berliner Kommunalbezirks gewählt.

◆ Im Juli 1904 verteidigt er neun Sozialdemokraten, die wegen Unterstützung der russischen Arbeiterbewegung angeklagt sind.

◆ Gegen die ignorante Haltung in der SPD ***setzt sich Karl Liebknecht für die Unterstützung der russischen Revolutionäre in der Revolution von 1905 ein.*** Eine von ihm initiierte Geldsammlung bringt 430 000 Mark ein. Liebknecht ist der wichtigste Verbindungsmann der Bolschewiki für die illegale Arbeit von Deutschland nach Rußland. In Massenversammlungen agitiert er für die Unterstützung der Revolution gegen den Zarismus.

◆ Von 1907 bis 1916 ist Karl Liebknecht Mitherausgeber der oft mehrmals wöchentlich erscheinenden Schrift „Russisches Bulletin", worin hauptsächlich über die russische revolutionäre Arbeiterbewegung berichtet wird.

◆ Im Februar 1907 erscheint Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung".

◆ Auf Antrag des Kriegsministers wird diese Schrift am 21. April 1907 beschlagnahmt und Karl Liebknecht im Oktober 1907 der Prozeß wegen „hochverräterischer Tätigkeit" gemacht. Karl Liebknecht gestaltet den Prozeß zu einer Anklage gegen den deutschen Militarismus um. Er wird zu eineinhalb Jahren Festungshaft verurteilt.

◆ Im August 1907 nehmen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart teil.

◆ Etwa zur selben Zeit findet die I. Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen in Stuttgart statt. Karl Liebknecht ist Mitbegründer der Sozialistischen Jugendinternationale. Von 1907 bis 1910 ist er deren Präsident.

◆ Am 6. November 1907 wählen ihn die Berliner Arbeiter erneut zum Stadtverordneten.

◆ Während seiner Haft wird er außerdem von den Berliner Arbeiterinnen und Arbeitern 1908 als Spitzenkandidat der SPD zum Abgeordneten des Preußischen Landtags gewählt.

◆ Von Oktober bis Dezember 1910 reist er auf Einladung der amerikanischen Sozialisten als Agitator durch die Vereinigten Staaten von Amerika.

◆ 1911 treten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit Artikeln und Reden ***gegen die imperialistische Marokko-Aggression des deutschen Imperialismus auf.***

Sie greifen dabei auch den Chauvinismus der Führer der deutschen Sozialdemokratie an, die aus Rücksicht auf die anstehenden Wahlen eine internationalistische Kundgebung gegen die imperialistische Kriegs- und Kolonialpolitik ablehnen.

◆ 1912 wird Karl Liebknecht zum Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Potsdam-Spandau-Osthavelland (mit fast 25 000 Stimmen) gewählt.

◆ Im März 1913 macht Karl Liebknecht eine Vortragsreise gegen die internationale Kriegsgefahr und für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse durch Belgien, England und Frankreich.

◆ 1913 erregt Karl Liebknecht internationales Aufsehen, als er Krupps schmutzige Waffengeschäfte an die Öffentlichkeit bringt.

◆ Karl Liebknecht ***greift im Mai 1914 im Reichstag die Kriegsvorbereitungen der deutschen imperialistischen Bourgeoisie an.***

◆ Am 29. August 1914 trifft sich Karl Liebknecht erstmals seit Kriegsbeginn mit Rosa Luxemburg, um das Vorgehen der Opposition in der SPD abzusprechen.

◆ Im September 1914 reist Karl Liebknecht durch das besetzte Holland und Belgien, um sich mit Mitgliedern der Schwesterparteien zu beraten. Er sammelt dort auch Agitationsmaterial gegen die Kriegsführung des deutschen Imperialismus.

◆ Am 2. Dezember 1914 stimmt Karl Liebknecht ***als einziger Abgeordneter im Reichstag gegen die Kriegskredite,*** nachdem er sich am 4. August der Fraktionsdisziplin noch gefügt hatte.

◆ Im Februar 1915 wird Karl Liebknecht als Arbeitssoldat zum Militärdienst eingezogen.

◆ Am 15. März 1915 organisiert Karl Liebknecht eine illegale Zusammenkunft linker Sozialdemokraten. Es werden Verbindungen zu oppositionellen Gruppen verschiedener Städte Deutschlands hergestellt.

◆ Karl Liebknecht schreibt im Auftrag der Gruppe „Internationale" ***im Mai 1915 das Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land".***

◆ Am 2. September 1915 formuliert Karl Liebknecht in einem Begrüßungsschreiben an die Zimmerwalder Konferenz die Losung „Burgkrieg und nicht Burgfriede!"

◆ Am 1. Januar 1916 findet die Reichskonferenz der Gruppe „Internationale" in Berlin statt. Karl Liebknecht hält das Referat über die politische und internationale Lage.

◆ Januar 1916 ***prangert*** Karl Liebknecht im Reichstag ***die Ausrottung der Armenier durch das mit dem deutschen Imperialismus verbündete Regime in der Türkei an.***

Im gleichen Monat wird Liebknecht wegen seines entschlossenen Auftretens im Reichstag aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgeschlossen.

◆ Im April nimmt er an der von ihm mitorganisierten illegalen Konferenz der oppositionellen sozialistischen Jugend in Jena teil und referiert über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

◆ Karl Liebknecht beteiligt sich an der von der Spartakusgruppe organisierten Anti-Kriegskundgebung am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin. Karl Liebknecht wird wegen seines Ausrufs „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" verhaftet.

◆ Karl Liebknecht wird wegen „versuchten Kriegsverrats in Tateinheit mit erschwertem Ungehorsam im Feld" sowie wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" zu 4 Jahren und einem Monat Zuchthaus sowie zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für sechs Jahre verurteilt. Von Dezember 1916 bis 23. Oktober 1918 ist er im Zuchthaus eingesperrt.

◆ Aus dem Gefängnis heraus beteiligt er sich am weiteren Kampf der Spartakus-Gruppe mit Notizen, Flugblattentwürfen, Artikeln, Anweisungen usw.

◆ Am 23. Oktober 1918 wird er aufgrund einer von den Massen erkämpften Amnestie aus dem Zuchthaus entlassen. Vor dem Anhalterbahnhof in Berlin wird er von Tausenden Arbeiterinnen und Arbeitern und Soldaten freudig begrüßt.

◆ Am 24. Oktober 1918 wird zu Ehren Karl Liebknechts in der sowjetischen Botschaft in Berlin ein Empfang gegeben, auf dem ein Begrüßungsschreiben des ZK der KPR(B) verlesen wird.

◆ Seit dem 26. Oktober nimmt Karl Liebknecht an den Sitzungen des Vollzugsausschusses der revolutionären Obleute Berlins, d.h. der Vertrauensleute der Arbeiterinnen und Arbeiter der Berliner Großbetriebe teil und wird in dessen Leitung delegiert.

◆ ***Am 9. November 1918 proklamiert Karl Liebknecht vor Tausenden von revolutionären Arbeitern und Soldaten in Berlin die sozialistische Republik und ruft zum Kampf für ihre Verwirklichung auf.***

◆ Karl Liebknecht übernimmt ***zusammen mit Rosa Luxemburg die Redaktion der „Roten Fahne".***

◆ Karl Liebknecht hat als Mitglied der Zentrale des Spartakusbundes ***maßgeblichen Anteil an der Vorbereitung und Durchführung des Gründungsparteitags der KPD Ende 1918.***

◆ Während der revolutionären Kämpfe gegen die konterrevolutionären Noske-Truppen in Berlin ist Karl Liebknecht im Aktionsausschuß der revolutionären Arbeiter der Vertreter der KPD.

◆ Am 15. Januar 1919 werden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von Truppen der konterrevolutionären SPD-Regierung verhaftet und brutal ermordet.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

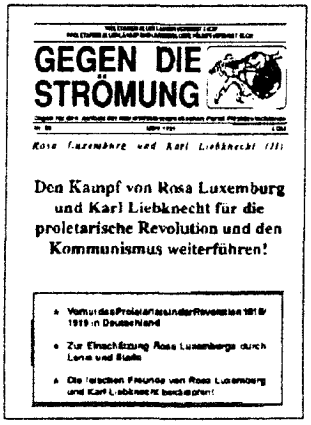
Aus dem Inhalt:

Die grundlegenden marxistischen Programmpunkte im Programm der KPD

Kritiken und Diskussionspunkte zum Programm der KPD

Auf dem Weg zur Gründung der KPD – Der Kampf von 1914–1918

47 Seiten, 4 DM



Aus dem Inhalt:

Den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen!

Zur Einschätzung Rosa Luxemburgs durch Lenin und Stalin

Die falschen Freunde von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bekämpfen!

51 Seiten, 4 DM

ten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. ***Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkrieg an den Tag gelegt hat...*** **sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.**

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. ***Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden.“***
(Programm der KPD von 1918, Nachdruck: Buchladen Georgi Dimitroff, S. 7, Hervorhebungen von uns)

Und Karl Liebknecht ergänzte dies in den Diskussionen auf dem Gründungsparteitag der KPD 1918:

„Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht eine Limonadenrevolution zu machen gedenken, sondern, daß wir entschlossen sind, die eiserne Faust zu erheben und auf jeden niederzuschmettern, der der sozialen Revolution des Proletariats Widerstand entgegensetzt.“
(Karl Liebknecht, „Diskussionsreden auf dem Gründungsparteitag der KPD, Berlin 1918/19“, Gesammelte Reden und Schriften, Band IX, S. 688/689)

Die Schlußfolgerungen aus dieser Erkenntnis brachte Rosa Luxemburg auf den Punkt. Der Kampf um den Sozialismus ist ohne revolutionären Bürgerkrieg und ohne Errichtung der Diktatur des Proletariats nach dem Sturz der Bourgeoisie unmöglich:

„Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, **den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen - zu Kämpfen und Siegen.**

Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgabe der Revolution, das ist ***die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie.*** **Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist. “**
(Programm der KPD von 1918, Nachdruck: Buchladen Georgi Dimitroff, S. 8, Hervorhebungen von uns)

Rosa Luxemburg und das Programm der KPD stellen zwei Seiten der Diktatur des Proletariats heraus:

- Erstens die unterdrückerische, diktatorische Aufgabe der Niederhaltung der konterrevolutionären Bourgeoisie und aller Reaktionäre;
- zweitens die demokratische, erzieherische Aufgabe für die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Massen, die Aufgabe der Errichtung der proletarischen Demokratie, die zum ersten Mal in der Weltgeschichte wirkliche Demokratie für die große Mehrheit der ehemals Ausgebeuteten bedeutet.

Vorbilder des proletarischen Internationalismus und des Kampfes gegen den deutschen Chauvinismus

Das revolutionäre Wirken von Rosa und Karl war davon gekennzeichnet, den Kampf der vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völker zu unterstützen und den deutschen Chauvinismus anzuprangern und zu bekämpfen.

In einer Front mit Lenin brandmarkten sie bereits 1907 auf dem Stuttgarter Kongreß der II. Internationale die rechten Sozialdemokraten unter Führung Bernsteins, die für die Anerkennung einer „zivilisatorisch wirkenden sozialistischen Kolonialpolitik“ eintraten, als Verteidiger der imperialistischen Ausbeutung der Kolonialvölker.

Rosa und Karl kämpften entschieden gegen die kolonialen Verbrechen des deutschen Imperialismus, gegen die Kanonenbootpolitik vor Marokko 1911, ***gegen den Völkermord an den Hereros und Namas in Namibia von 1904 bis 1907*** und gegen die Expansion des deutschen Imperialismus in der Türkei. Rosa Luxemburg erklärte sich ***mit dem Freiheitskrieg der Völker der Hereros*** gegen die Kolonialherrschaft des deutschen Imperialismus ***solidarisch.*** Karl Liebknecht prangerte im deutschen Reichtag den ***Völkermord an den Armeniern in der Türkei*** an, der 1915 vom reaktionären türkischen Regime unter maßgeblicher Beteligung und militärischer Führung der deutschen Imperialisten durchgeführt wurde.

Rosa und Karl kämpften für die Beseitigung des chauvinistischen „Fremdenrechts“ in Deutschland, sowie gegen die reaktionäre Ausweisungspolitik von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern aus Deutschland. Karl Liebknecht setzte sich speziell für die ***„völlige Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern*** auch in bezug auf das Recht zum Aufenthalt im Inland“ ein (Karl Liebknecht, „Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!“, 1907, Gesammelte Reden und Schriften, Band II, S. 71-73). Karl Liebknecht kämpfte besonders entschieden auch ***gegen reaktionäre, antisemitische Bewegungen*** an den deutschen Universitäten.

Unversöhnlicher Kampf gegen Opportunismus

Unversöhnlicher Kampf nicht nur gegen die offenen, sondern gerade auch gegen die verdeckten Verteidiger des Kapitalismus – das war für die Haltung von Rosa und Karl kennzeichnend. Der Kampf gegen den Revisionisten Bernstein, später gegen Kautsky, gegen die Sozialchauvinisten und Vaterlandsverteidiger innerhalb der SPD war – trotz aller Schwächen –, wesentlich für Rosa und Karl.

Rosa Luxemburg rechnet mit ihrer im Gefängnis geschriebenen und Anfang 1916 veröffentlichten Schrift „Die Krise der Sozialdemokra-

tie" („Junius-Broschüre") mit dem Opportunismus und Chauvinismus der SPD ab.

1915 wurde die marxistische Zeitschrift „Die Internationale" u. a. von Rosa Luxemburg gegründet. Sie bekämpfte nicht nur die offenen Sozialchauvinisten der SPD, sondern auch die versöhnlerischen Opportunisten, die Kautskyaner. Dadurch wurde die ideologische Sammlung der Linken verstärkt und deren engerer organisatorischer Zusammenschluß vorbereitet. Es bildete sich die illegal arbeitende „Gruppe Internationale", die spätere „Spartakusgruppe" heraus, die einen verstärkten Kampf gegen den Opportunismus führte.

Lenin stellte 1917 fest, als er die revolutionären Taten der deutschen Linken zusammenfaßte, daß sie

> „ ... **gegen den Reformismus und Opportunismus innerhalb der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie kämpfen;"**
> (Lenin, „Vorgetäuschter oder wirklicher Sumpf?", 1917, Werke Band 23, S. 294)

Die Gründung der KPD 1918 unter Führung von Rosa und Karl war der Höhepunkt des Prozesses der Loslösung der Linken um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von der opportunistischen Sozialdemokratie. Das Programm der KPD, das von Rosa Luxemburg entworfen wurde, war sichtbar dokumentiertes Zeichen dieser Lostrennung. Dies war zugleich der Beginn der vollständigen Loslösung vom Opportunismus, der mit der Gründung der KPD eben erst seinen organisierten Anfang nahm.

Es war Rosa Luxemburg, die auf dem Gründungsparteitag der KPD forderte, den Kampf gegen den opportunistischen Sumpf der Sozialdemokratie auf der Basis der revolutionären Lehren von Marx und Engels, der kommunistischen Prinzipien des „Manifests der Kommunistischen Partei" zu führen, die die Sozialdemokratie so schändlich verraten hatte.

gerkrieg gegen den deutschen Imperialismus zum Sieg zu führen.

Im Januar 1919 schrieb Rosa Luxemburg, daß der erste Parteitag der KPD hoffen läßt,

> **„daß die Kommunistische Partei Deutschlands als Stoßtrupp der proletarischen Revolution zum Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft wird.**
>
> **Jetzt gilt es mit aller Kraft ans Werk zu gehen ...**
>
> **Das deutsche Proletariat zu dem gewaltigen Hammer zu schmieden, der die Klassenherrschaft zerschmettern wird, das ist die geschichtliche Mission der Kommunistischen Partei Deutschlands."**
> (Rosa Luxemburg, „Der erste Parteitag", 1919, Gesammelte Werke, Band 4, S. 514/515)

Gegen den Bürokratismus der revisionistischen SPD, die Abkapselung der sozialdemokratischen Parteiführer von den einzelnen Parteimitgliedern aus der Arbeiterklasse und überhaupt von der Arbeiterklasse, betont das Programm der KPD, daß die KPD sich nicht über die Arbeiterinnen und Arbeiter stellt, sondern als bewußte Avantgarde in die Arbeiterbewegung sozialistisches Bewußtsein, die Ziele der proletarischen Weltrevolution hineinträgt:

> **„Der Spartakusbund ist keine Partei, die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Der Spartakusbund ist nur der zielbewußteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt."**
> (Programm der KPD von 1918, Nachdruck: Buchladen Georgi Dimitroff, S. 11)

☆☆☆

Unsere Herangehensweise an das Werk und den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, an die gesamte revolutionäre KPD läßt sich in zwei Sätzen zusammenfassen:

- Wir verteidigen sie, wir sind solidarisch, wir bekennen uns klar zu ihrem revolutionären Werk und kämpfen für die Fortsetzung dieses Werkes, das die Revisionisten so schmählich verraten haben. Das ist die Hauptsache.

266 Seiten, DM 20,-

- Auf dieser Grundlage werten wir das gesamte positive und negative Erbe von Rosa und Karl und der revolutionären KPD aus und kritisieren solidarisch das, was uns falsch erscheint.

Es geht darum, heute in der revolutionären Tradition der KPD, der revolutionären Tradition Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts eine revolutionäre Kommunistische Partei aufzubauen, um den Kampf zur Vernichtung des deutschen Imperialismus fortzusetzen, um Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse aller Länder, im Kampf für den Kommunismus in der ganzen Welt unseren Beitrag zu leisten.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und viele nach ihnen wurden erschlagen und erschossen!

Wir werden nicht die geringste Schmähung ihres Andenkens dulden!

Wir werden, so wie sie es getan hätten, voller Solidarität, aber nie blind aufs Wort glaubend, kritisch ihr Erbe für unseren Kampf heute auswerten!

Für eine revolutionäre Kommunistische Partei

Gegen die sozialdemokratische Tradition, die Partei als „Wahlverein" anzusehen, haben Rosa und Karl mit der Gründung der KPD 1918 ganz bewußt gebrochen. Sie haben sich als Ziel gesetzt, die gerade gegründete Kommunistische Partei als eine ***revolutionäre Kampforganisation*** aufzubauen, die in der Lage ist, die proletarischen Massen und ihre Verbündeten im Bür-

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung" sind u. a. erhältlich:

*In **Berlin:** Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5; in **Bochum:** UBU, Universitätsstraße 150; in **Bonn:** Buchladen Che & Chandler, Breite Straße 46; in **Dortmund:** Buchladen Taranta, Humboldtstr. 54; in **Duisburg:** Antiquariat, Pulverweg 33b; in **Frankfurt:** Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4; in **Freiburg:** Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15; in **Göttingen:** Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; in **Hamburg:** Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, in **Hannover:** Internationalismus Buchhandlung, Engelboster Damm 10; in **Herne:** Infoladen, Heinrichstr. 19; in **Karlsruhe:** Der andere Buchladen, Marienstr. 15; in **Kiel:** Buchladen Zapata, Jungfernsteg; in **Köln:** Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; in **München:** Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41- 43; in **Stuttgart:** Buchhandlung Niedlich, Schmale Straße 9; in **Wolfsburg:** Infoladen Anna, Schachtstr. 31a.*

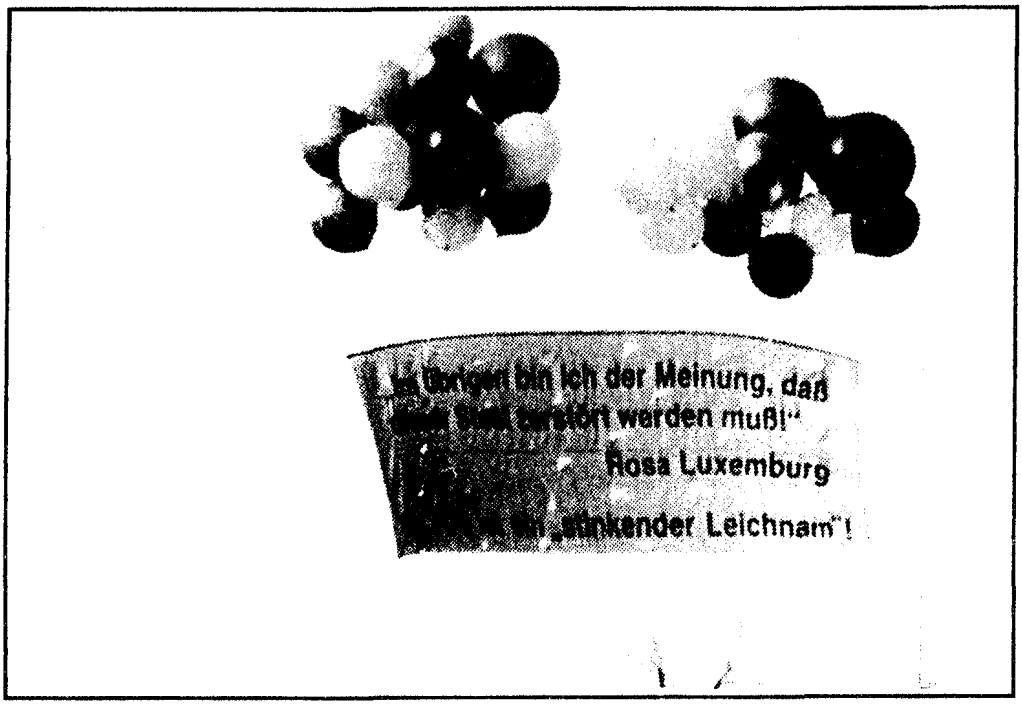
BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN:
Mittwoch bis Freitag 16.30 - 18.30 Uhr
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

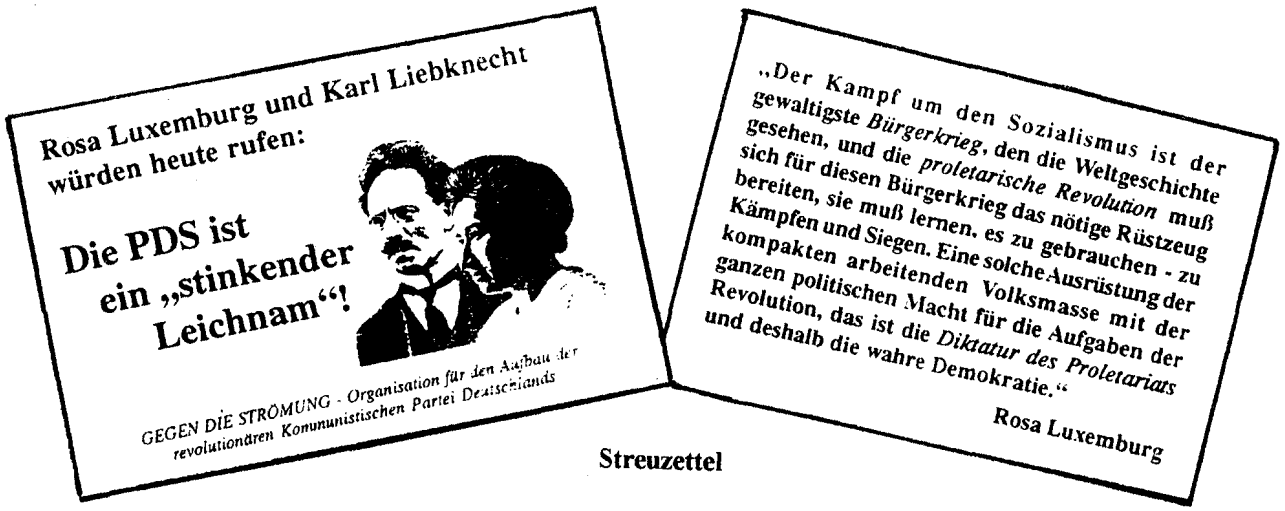
Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
GEÖFFNET:
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Die PDS ist ein „stinkender Leichnam“ !

Aktion auf der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 12. Januar 1997 in Berlin





Streuzettel

Aus der reaktionären und revisionistischen Presse:

Anspruch genommen. Auf einem Transparent, das an Bäumen hoch in den Lüften flatterte, wurde Luxemburgs Wort vom „stinkenden Leichnam“ auf die PDS angewendet, auf einem anderen: stand PDS und S

FAZ, 14.1.97

Besonderes ausgedacht. Über dem Gelände hängt ein Transparent an Luftballons: »Im übrigen bin ich der Meinung, daß dieser Staat zerstört werden muß. (Luxemburg) – Die PDS ist ein ›stinkender Leichnam‹.« Das ist neu! Ab nach Hause in die *junge-Welt*-Redaktion. Und

junge Welt, 14.1.97

Bolschewistische Jugend, und eine kommunistische Splittergruppe behauptete auf unzähligen Flugblättern zu wissen. daß Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die PDS heute einen »stinkenden Leichnam« nennen würden. Mitte wirbelten zwei junge Mä

Neues Deutschland, 13.1.97

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

Vorbemerkung

Die folgende Kritik wurde zwar zwischenzeitlich vom Verfasser mündlich zurückgezogen, dennoch wurde innerhalb eines Kollektivs die Kritik diskutiert und von einzelnen Genossinnen und Genossen beantwortet. Die Diskussion wollen wir unseren Leserinnen und Leser dokumentieren, weil darin durchaus wichtige bzw. interessante Punkte enthalten sind.

Kritik am Luxemburg/Liebknecht-Flugblatt

"Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen!" (Flugblatt Januar 1997)

Es fehlt der ausdrückliche Hinweis auf die schweren Fehler der Linken in der deutschen Sozialdemokratie, die viel zu spät ideologisch und organisatorisch mit der durch und durch vom Opportunismus beherrschten SPD gebrochen haben.

Im Flugblatt ist die Rede davon, "kritisch ihr Erbe für unseren Kampf heute aus(zu)werten", aber nirgends werden die Leserinnen und Leser zum selbständigen Studium der Schriften Lenins und Stalins in Fragen der Einschätzung der deutschen Linken angeregt (hier sei nur Lenins "Junius-Broschüre" oder Stalins Schrift "Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus" erwähnt.)

Auch der in dem Flugblatt gegebene Hinweis auf die GDS-Nummern 51 und 53 ist insofern ungenügend, als dort viel prägnanter in Anzeigenform die in den Nummern enthaltene gründliche Kritik an den Fehlern der deutschen Linken hätte herausgestellt werden können.

Antwort auf die Kritik

Lieber Freund,

Tatsächlich fehlt in dem Flugblatt "der ausdrückliche Hinweis auf die schweren Fehler der Linken in der deutschen Sozialdemokratie". Ich bin einverstanden mit Deinem Vorschlag, daß auch die in den GDS-Nummern enthaltene kritische Auseinandersetzung mit den Fehlern von Rosa und Karl in Anzeigenform hätte mehr herausgestellt werden sollen. Aus Deiner Kritik geht nicht eindeutig hervor, wie gewichtig Dir ein solcher Hinweis erscheint, ob das für Dich sozusagen das absolute Minimum wäre oder ob Du nicht doch lieber die Behandlung der Kritiken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Text hättest.

Ich meine, daß es hier ein echtes Problem der politischen Gewichtung im Rahmen des Flugblatts gibt.

Die zwei Nummern mit der Einschätzung von Rosa und Karl bzw. des KPD-Programms sind eine Sache. Hier kann und muß auf die wichtigsten Aspekte, Verdienste und Fehler von Rosa und Karl eingegangen werden.

Eine andere Sache ist das Flugblatt. Das hängt nicht nur mit dem eng begrenzten Umfang zusammen, sondern vor allem auch mit dem Ziel, der Stoßrichtung, das es hat: "Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen!" Im Zusammenhang damit geht es auch um die Einschätzung des Anlasses, zu dem es verteilt wurde, das war konkret die PDS-dominierte Demonstration im Januar 1997. Ich meine, daß die Stoßrichtung in diesem Rahmen richtig war, oder negativ ausgedrückt: Es wäre politisch nicht angebracht gewesen, etwa in einem Abschnitt noch gedrängt die wichtigsten Kritiken von Lenin und Stalin an Rosa und Karl

aufzulisten. Mehr als eine Auflistung hätte es sowieso nicht sein können. Damit wäre eher ein verwirrendes Element in das Flugblatt hineingetragen worden. Denn so eine kurze Auflistung (und mehr hätte das nicht sein können) wäre fast unvermeidlich als ein Verriß herausgekommen, der bei den Leserinnen und Lesern das eigentliche Anliegen des Flugblatts, die Verteidigung des kommunistischen Erbes leicht unglaubwürdig gemacht hätte.

Um nicht mißverstanden zu werden: Es geht nicht darum, die wichtigen ideologischen, theoretischen und politischen Kritiken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für unwichtig zu erklären, sondern um die Einschätzung, was im konkret analysierten gegebenen politischen Zusammenhang betont und ausgeführt werden muß und was nicht. Davon ausgehend bin ich auch nicht der Meinung, daß es nötig gewesen wäre, die Leserinnen und Leser in diesem Flugblatt ausdrücklich "zum selbständigen Studium der Schriften Lenins und Stalins in Fragen der Einschätzung der deutschen Linken" anzuregen. Dies hier zu betonen kommt so heraus wie ein politisch alarmierender Fingerzeig: 'Ihr müßt unbedingt lesen, was Lenin und Stalin für scharfe Kritiken an Liebknecht und Luxemburg hatten!". Eine solche politische und ideologische Akzentsetzung wäre in dem Flugblatt nicht angebracht! Im übrigen wird auf dem Titelblatt der Nr. 53, die als Anzeige/Werbung abgebildet ist, das Thema angesprochen: "Zur Einschätzung Rosa Luxemburgs durch Lenin und Stalin".

Wie gesagt hätten wir uns praktisch, sozusagen redaktionell bei der Erstellung des Flugblatts rasch einigen können, daß bei der Gestaltung der Anzeige für die zwei Nummern ein Hinweis hätte erfolgen sollen in der Art: "In diesen Nummern wird auch auf die berechtigten und solidarischen Kritiken Lenins und Stalins an Fehlern Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts eingegangen."

Diskussionsbeitrag eines Kollektivs zum Herangehen des Kritikers

Wir haben Deine Kritiken hier in einem Kollektiv intensiv diskutiert und wollten noch etwas anmerken, eine Gemeinsamkeit, die uns bei Deinen Kritiken aufgefallen ist: Du formulierst Kritiken mit "an sich" richtigen Aspekten und Positionen, bei denen aber die Proportionen, die Gewichtungen nicht stimmen.

Wir sind der Meinung, dahinter steht eine falsche Vorstellung vom Zweifrontenkampf, dahinter steht eine gewisse schematische Übertragung vom im Grunde richtigen Positionen. Um mal ein Beispiel zu nennen: Im Rosa Luxemburg/Karl Liebknecht Flugblatt hat Dir die kritische Einschätzung des Werkes von Rosa und Karl gefehlt. Wir denken, durch den Verweis auf unsere Nummern zu Rosa und Karl ist unsere kritische Einschätzung in angemessener Form in einem gegen die revisionistischen Verfälscher von Rosa und Karl gerichteten Flugblatt eingegangen. Ähnlich bei Deiner Kritik an der „Albanien-Erklärung". (siehe dazu Abschnitt „Kritik und Selbstkritik" zur Flugblatt-Beilage März 1997, Anm.d.Red.)

Die Schwierigkeit im Zweifrontenkampf ist gerade, sich je nach Situation die Hauptfront herauszusuchen und die "Nebenfront" in richtiger Beziehung dazu zu setzen und in einem angemessenen Rahmen zu behandeln. Die Gefahr, die da besteht, hast Du ja erkannt: der Verweis auf angeblich falsche Gewichtungen im Zweifrontenkampf kann auch dazu dienen, sich an Bewegungen anzubiedern, Widersprüche zu vertuschen. Klar, das muß eben jedesmal gründlich diskutiert werden, ob das gelungen ist oder nicht.

Revolutionäre Grüße von einem Kollektiv

Nachbemerkung der Redaktion zur Antwort auf die Kritik

Genosse Y. schreibt in seiner Antwort:

> "Davon ausgehend bin ich auch *nicht* der Meinung, daß es nötig gewesen wäre, die Leserinnen und Leser in diesem Flugblatt ausdrücklich '*zum selbständigen Studium* der Schriften Lenins und Stalins in Fragen der Einschätzung der deutschen Linken' anzuregen."

Warum soll das schädlich sein? und muß es ein "politisch alarmierender Fingerzeig" sein, den der Genosse Y. befürchtet?

Es kann und sollte von unserer Seite aus so dargestellt werden: Trotz der gewichtigen Kritiken von Lenin und Stalin propagieren wir, wie sie es auch getan haben, den revolutionären kommunistischen Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für den Aufbau der Kommunistischen Partei, für die proletarische Revolution unter Führung der KP und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats in Deutschland.

Scharfe ideologische Kritik einerseits und Solidarität andererseits, schließen sich ganz und gar nicht aus. Solidarität beinhaltet auch die gegenseitige Kritik, die Debatte über die Fehler in der Geschichte der revolutionären Bewegung, wie auch der Fehler und Schwächen heute, um daraus für den weiteren Kampf zu lernen. Und die Genossinnen und Genossen sollen selbständig die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, Marx-Engels-Lenin-Stalin studieren und ihre Einschätzung, ihr Einwirken auf die kommunistischen Kräfte in Deutschland.

Es geht in dem Flugblatt um den Kampf, den konsequenten Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus, um die richtige Entlarvung von Opportunismus und Revisionismus. Dabei gilt es aus dem Kampf Lenins nach dem Zusammenbruch der II. Internationale und für den Aufbau der III. Internationale zu lernen, das Studium dieses Kampfs - wozu eben auch die Schwächen und Fehler der Linken in Deutschland gehören - zu propagieren. Das ist grundlegend für das Herangehen an die Geschichte der kommustischen Bewegung. Und nicht die Flugblatt Leserinnen und Leser abzulenken vom eigenständigen Studium der Klassiker, letztlich lediglich unsere eigenen Stellungnahmen zu propagieren.

Zur Antwort auf die Kritik am Flugblatt (1/97)

> *"Davon ausgehend bin ich auch nicht der Meinung, daß es nötig gewesen wäre, die Leserinnen und Leser in diesem Flugblatt ausdrücklich 'zum selbständigen Studium der Schriften Lenins und Stalins in Fragen der Einschätzung der deutschen Linken' anzuregen."*

schreibt Genosse Y.
Diese Antwort auf die Kritik eines Leserbriefes hat mich doch sehr verwundert. Ich finde sie einfach unmöglich als Antwort auf einen Leserbrief.
Ich finde sie widerspricht der bisherigen Linie von GDS, die immer wieder herausstellt, wie notwendig doch das "selbständige Studium" der Klassiker ist. Wieso ist ein solcher Vorschlag ein "politisch alarmierender Fingerzeig...."?
Die Anregung des Kritikers A. zum selbständigen Studium verändert, zunächst und für sich allein genommen, auch nicht die politische und ideologische Akzentsetzung im Flugblatt.
Auch wurde in der Nachbemerkung zur Antwort nicht deutlich herausgestellt, daß Genosse Y. hier mit seiner Kritik an A. an einem richtigen Punkt völlig falsch ansetzt, um das Flugblatt zu verteidigen.

Ich hätte mir gedacht, daß die Redaktion die Aufforderung von A. zum Selbststudium als Erstes einmal begrüßen würde, um dann zu fragen, was steckt dahinter - was und wen wollen wir damit ansprechen.

Ein Leserbrief zur Beantwortung der Kritik

Eindrücke und Kritik am Abschnitt "Kritik und Selbstkritik"

Wir haben das Info gelesen und diskutiert, einiges - insbesondere die Abschnitte *"Kritik und Selbstkritik"*, als auch *"Leserbriefe und Antworten"* - haben uns nicht besonders gut gefallen. Dabei vor allem der z.T. falsche und absolut rigorose Umgang mit mehreren Kritiken.

1.

(...)

(siehe dazu Abschnitt „Kritik und Selbstkritik" zur Flugblatt-Beilage März 1997, Anm.d.Red.)

2.

Zur Antwort zu den Kritiken am Liebknecht-Luxemburg-Flugblatt, 1/97:

Mit seiner zweiten Kritik, am Liebknecht/Luxemburg-Flugblatt ergeht es Kritiker A. nicht besser: Beim Antwortbrief von Genosse Y. hat man den Eindruck, daß A., egal was er schreibt, widerlegt werden muß. Zunächst wird A. die Kritik zugestanden - weil sie ja richtig ist -, um ihm dann aber gleich darzulegen, daß er seine Kritik nicht ausreichend gewichtet. Die Frage wird dann erläuternd aufgeworfen,

> "daß es hier ein echtes Problem der politischen Gewichtung im Rahmen des Flugblattes gibt"

ohne zu klären was dieses Problem genau ist. Dann aber wird klar gegen A. Position bezogen, und Y. trifft die fatale Feststellung, daß es

> "politisch nicht angebracht gewesen" wäre, "etwa in einem Abschnitt noch gedrängt die wichtigsten Kritiken von Lenin und Stalin an Rosa und Karl aufzulisten".

Doch dann vergalloppiert sich Genosse Y. vollends, denn er ist

> "nicht der Meinung, daß es nötig gewesen wäre, die Leserinnen und Leser in diesem Flugblatt ausdrücklich 'zum selbständigen Studium der Schriften Lenins und Stalins in Fragen der Einschätzung der deutschen Linken' anzuregen" ("...nicht... anzuregen"!!!).

Eine solche Position ist wirklich nicht mehr nachvollziehbar!

Der folgende Diskussionsbeitrag eines Kollektivs zum Herangehen des Genossen A. an Kritiken, ist nicht wirklich stichhaltig, zieht sich ebenso auf formelle Argumente zurück.

So wird auch auf die Fehler Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, die A. anspricht:

> "... schweren Fehler der linken Sozialdemokratie, die viel zu spät ideologisch und organisatorisch mit der durch und durch vom Opportunismus beherrschten SPD gebrochen haben",

weder von Y. noch vom Kollektiv inhaltlich eingegangen. Es wird sich formell darauf bezogen, daß

> "durch den Verweis auf unsere Nummern zu Rosa und Karl unsere kritische Einschätzung in angemessener Form in einem gegen die revisionistischen Verfälscher von Rosa und Karl gerichteten Flugblatt eingegangen"

wurde. Kennzeichen revisionistischer Verfälscher ist doch aber gerade auch, daß sie Kritiken weglassen, insbesondere bei Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht!? Insofern hätte A. doch recht; warum er dadurch

> "eine falsche Vorstellung vom Zweifrontenkampf", eine "gewisse schematische Übertragung von im Grunde richtigen Positionen"

einnimmt, ist nicht nachvollziehbar. Was ist die zweite Front?

Wäre es nicht besser gewesen, Genosse A. aufzufordern konkrete Vorschläge in einem zweiten Brief, einer zweiten Kritik zum Umsetzen seiner Forderung nach Nennung der Kritiken an Rosa Luxemburg und deren

Einschätzung durch Lenin und Stalin zu machen?

Etwa in der Form, wie Lenin das tat:

> "Rosa Luxemburg irrte in der Frage der Unabhängigkeit Polens, sie irrte 1903 in der Beurteilung des Menschewismus, sie irrte in der Theorie der Akkumulation des Kapitals, sie irrte, als sie im Juli 1914 neben Plechanow, Vandervelde, Kautsky u.a. für die Vereinigung der Bolschewiki und Menschewiki eintrat, sie irrte in ihren Gefängnisschriften von 1918 (wobei sie selbst nach der Entlassung aus dem Gefängnis Ende 1919 ihre Fehler zum größten Teil korrigierte).
>
> Aber trotz all dieser Fehler war und bleibt sie ein Adler, .. und die vollständige Ausgabe ihrer Werke werden eine sehr nützliche Lehre sein bei der Erziehung vieler Generationen von Kommunisten der ganzen Welt" (Lenin, Bd. 33, S. 194/195; vergleiche auch GDS-Nr. 53, S. 27)

Das wäre eine mögliche kurze Form gewesen, in der eine Darstellung der Fehler (dieser und weiterer, wie die Schwächen im KPD-Programm etwa) auch in einem Flugblatt evtl. Platz gefunden hätten und hätte gleichzeitig zum selbständigen Studium ihrer Schriften und die Lenins angeregt.

(...)

im Auftrag einer Diskussionsrunde

★

13

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Rot Front

Sonderdruck aus „Rot Front" Nr. 3, Januar 1997

Die hier abgedruckten Thesen aus „Rot Front" Nr. 3 vom Januar 1997 sind die ersten zwei Teile der Resolution über die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus. Diese Thesen werden in „Rot Front" Nr. 3 in umfangreichen Referaten erläutert. Der dritte Teil dieser Resolution über die drei Bereiche Theorie, Kader, Organisation und ihren Zusammenhang wird in „Rot Front" Nr. 4 im Juli 1997 abgedruckt.

Resolution 5

Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Teil I: Hauptmerkmale der Kommunistischen Partei (Herausbildung und Entwicklung)

1.

Die überragende Rolle der Kommunistischen Partei ergibt sich aus der Erkenntnis, daß ohne Kommunistische Partei eine proletarische Revolution nicht wirklich siegen kann. Wer die sozialistische Revolution will, kommt an der Frage des Aufbaus der Kommunistischen Partei nicht vorbei. Der Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution, die Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Sozialismus wären ohne Kommunistische Partei undenkbar gewesen.

2.

Die Niederlagen entwickelter sozialistischer Revolutionen beweisen dies zusätzlich, allerdings in negativer Art und Weise, insofern durch die Vernichtung der revolutionären kommunistischen Substanz der nur noch dem Namen nach Kommunistischen Parteien der Weg für die Restauration des Kapitalismus und die Konterrevolution geebnet wurde. Auch diese Erfahrungen haben bewiesen, daß die Existenz und die Festigung einer wirklich Kommunistischen Partei die Frage Nummer eins ist, die allseitig und gründlich im Zusammenhang mit der revisionistischen und konterrevolutionären Entwicklung studiert werden muß.

3.

Die grundlegende Aufgabe der Kommunistischen Partei, wie sie seit Marx und Engels gestellt ist, besteht darin, die Bewußtheit und Organisiertheit in die Arbeiterklasse hineinzutragen, den wissenschaftlichen Kommunismus mit der Arbeiterbewegung zu verbinden, mit dem Ziel, durch die gewaltsame sozialistische Revolution, die völlige Vernichtung des Kapitalismus, die Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats, den Kommunismus zu erkämpfen.

4.

Ausgangspunkt beim gründlichen Studium der Wesensmerkmale der Kommunistischen Partei ist dabei, die Gesetzmäßigkeiten des Parteiaufbaus als Ergebnis der historischen Erfahrungen in seinen Zusammenhängen, Entwicklungen und Etappen, eben im Zusammenhang mit den Kämpfen um alle Fragen des Aufbaus der Kommunistischen Partei zu verstehen, um uns in die Lage zu versetzen, Kernpunkte herauszuarbeiten, die unter unseren Bedingungen heute die Linie des Parteiaufbaus grundlegend bestimmen.

5.

Der eigentliche Beginn des wissenschaftlichen Kommunismus, der programmatischen Arbeit von Marx und Engels, war auch bewußt der 1848 bereits anstehenden Aufgabe des Aufbaus der Kommunistischen Partei untergeordnet. Eben dafür haben Marx und Engels das „Manifest der Kommunistischen Partei" geschrieben. Die Grundprinzipien der Organisation der Kommunistischen Partei, klare theoretisch-programmatische Grundlage und aktuelle politische Linie, die Notwendigkeit von Kritik und Selbstkritik, enge Auswahl der Kader nach dem Prinzip „nur die zuverlässigsten Leute", hohe Disziplin, Konspiration in Verbindung mit den Prinzipien des demokratischen Zentralismus – das alles war seit 1848 Grundlage der darauf aufbauenden Erfahrungen beim Aufbau der Kommunistischen Parteien in der ganzen Welt.

Marx und Engels arbeiteten Grundsätze des wissenschaftlichen Kommunismus und des Aufbaus der Kommunistischen Partei im direkten Kampf gegen pseudosozialistische und opportunistische Ideen und Kräfte heraus.

6.

Das Studium der Arbeit, die Marx und Engels für den Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland und für den Aufbau der I. und II. Internationale geleistet haben, das Verständnis der geschichtlichen Besonderheiten wie der prinzipiellen Grundlagen, erleichtert wesentlich, ausgehend vom dialektischen Materialismus, auch die Wechselwirkung zwischen Besonderheiten Rußlands sowie dem Übergang vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus und allgemeingültigen Leitsätzen des Leninismus über die Kommunistische Partei als Partei „neuen Typs" zu studieren und zu verstehen.

7.

Es zeigt sich, daß die zunächst vor allem für das sich revolutionierende Rußland bis 1908 geschriebenen vier Meisterwerke Lenins über theoretische, politische, organisatorische und ideologische Grundlagen der Kommunistischen Partei zwar sehr viele „russische Besonderheiten" enthalten und nicht ohne diese Besonderheiten verstanden werden können, daß sie aber vor allem grundlegend und wegweisend in der Formulierung und Begründung allgemeingültiger Prinzipien über die Kommunistische Partei waren und sind.

„Was tun?" gab die ideologische Grundlage und den Rahmen für den Gesamtprozeß des Aufbaus der Kommunistischen Partei in Rußland und darüber hinaus dann für den Aufbau der Kommunistischen Parteien aller Länder.

Mit dieser Richtschnur bauten die Bolschewiki unter Führung Lenins in Rußland auf den von Marx und Engels entwickelten Fundamenten die bolschewistische Partei auf, die heute noch Vorbildcharakter für alle Länder hat. Lenin verteidigte allseitig die Prinzipien des Marxismus, die der Kommunistischen Partei zugrunde liegen, und entwickelte diese weiter. Er legte in „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" die Grundlagen und Prinzipien der organisatorischen Arbeit dar, begründete in „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" die Grundlagen und politischen Prinzipien für die Ausarbeitung der Strategie und Taktik und entwickelte in „Materialismus und Empiriokritizismus" mit der Verteidigung und Weiterentwicklung des dialektischen und historischen Materialismus die Grundlagen und Prinzipien der theoretischen Arbeit.

8.

„Was tun?" war damals und ist heute ***das*** Werk von ideologisch überragender Bedeutung, eine Kriegserklärung gegen die revisionistischen Verräter und die Verächter der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, eine Kriegserklärung gegen die Leugner der Aufgabe, daß das proletarische Klassenbewußtsein durch Schulung und aktuelle politische Enthüllungen im Kampf auf Leben und Tod gegen die bürgerliche Ideologie von der Kommunistischen Partei „von außen" in die Arbeiterklasse hineingetragen werden muß, eine Kriegserklärung gegen die Verächter der demokratischen Aufgaben der Kommunistischen Partei und vor allem der noch wichtigeren Aufgabe, demokratische Aufgaben der kommunistischen Arbeit, der sozialistischen Revolution langfristig unterzuordnen. „Was tun?" ist eine Kriegserklärung gegen die Verwässerung der Aufgaben einer revolutionären Organisation, wofür Konspiration, strenge und sorgfältige Kaderauslese und dennoch demokratische Methoden bei einem hohen Maß an bewußter Disziplin unerläßlich sind.

9.

In der Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" kämpft Lenin für den § 1 des Statuts der Kommunistischen Parteien, für hohe und klare Anforderungen an die Mitglieder der Kommunistischen Partei, die fest mitarbeiten und organisiert sein müssen. Darüber hinaus entwickelt Lenin im Kampf gegen den Opportunismus in dieser Schrift eine der Grundideen des Parteiaufbaus „von oben nach unten", die Prinzipien des demokratischen Zentralismus weiter und beleuchtet Prinzipien und Methoden des disziplinierten, korrekten innerparteilichen Kampfes, die von höchster Wichtigkeit für den Kampf gegen die Gefahr revisionistischer Versumpfung der Kommunistischen Partei sind.

10.

In „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" und in „Materialismus und Empiriokritizismus" entwickelt Lenin politisch und theoretisch die Bedeutung der Prinzipien, ihrer Verteidigung und konkreten Anwendung auf alle theoretischen und politischen Fragen, die von der revolutionären Bewegung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die überragende Rolle programmatischer Klarheit für die Strategie und Taktik, die überragende Rolle wissenschaftlicher Grundlagen für eben diese programmatische Klarheit im Kampf gegen bürgerliche theoretische und politische Manöver – das sind Merkmale dieser beiden Schriften, deren Studium unerläßlich ist, um wirklich prinzipienfest als Kommunistische Partei den vielfältigen theoretischen Angriffen gegen den wissenschaftlichen Kommunismus, gegen den dialektischen Materialismus und das kommunistische Programm auch heute beim Aufbau der Kommunistischen Partei entgegentreten zu können.

11.

Der von Lenin analysierte Übergang zur Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, der Sieg der von der Kommunistischen Partei geführten sozialistischen Oktoberrevolution, die Gründung der Kommunistischen Internationale, erforderte die Klärung der Frage, was vom Aufbau der Kommunistischen Partei Rußlands grundlegend für den Aufbau aller Kommunistischen Parteien übernommen werden kann. Nicht als „Ersatz" für das Studium der Schriften Lenins zum Parteiaufbau vor der Gründung der Komintern, sondern als entscheidender Leitfaden zu diesem Studium müssen die Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale, die Schrift Lenins „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", die 12 Thesen Stalins zur Bolschewisierung, vor allem aber auch die den Aufbau der Kommunistischen Partei betreffenden Abschnitte der Schrift „Über die Grundlagen des Leninismus" sowie vor allem die Schlußfolgerungen in der „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang" verstanden werden.

12.

In den Reden Lenins bei den Kongressen der Komintern, aber gerade auch in dem für die kommunistischen Kräfte aller Länder geschriebenen Werk „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" entwickelt Lenin nochmals, was schon in „Was tun?" angelegt und grundlegend von Marx und Engels 1848 festgelegt worden war: Der Aufbau der Kommunistischen Partei ist eine eigenständige und vorrangige Aufgabe, ohne

die an den Sieg der Revolution nicht zu denken ist. An den später von Stalin prägnant als „Zwei Phasen des Parteiaufbaus" zusammengefaßten Lehren muß sich auch heute jede ernsthafte Arbeit zum Aufbau der Kommunistischen Partei orientieren. Ohne Geringschätzung von politischer Arbeit unter dem Proletariat und den anderen arbeitenden Massen muß dennoch der Hauptakzent auf den Aufbau der Kommunistischen Partei gelegt werden, bis eine stabile Kommunistische Partei die Führung der ausgebeuteten Millionenmassen erst ermöglicht.

13.

In „Über die Grundlagen des Leninismus" wurde von Stalin vor allem in den Kapiteln über „Die Methode" und „Die Theorie" in unübertroffener Weise der Leninismus auf diesen Gebieten zusammengefaßt – und insbesondere auch die überragende Bedeutung von Kritik und Selbstkritik als ein Lebensgesetz der Kommunistischen Partei herausgearbeitet –, um nach Darlegung der programmatischen und politischen Kerngedanken des Leninismus in den abschließenden Kapiteln über die Partei und den leninistischen Arbeitsstil jene Ausgangspunkte zum Studium des Leninismus zu legen, die uns heute nach wie vor beim Studium der Hauptschriften Lenins Orientierung und unerläßliche Hilfen geben.

Parallel zu diesem systematischen Ausgangspunkt in „Über die Grundlagen des Leninismus" und kombiniert damit steht die ebenfalls bis heute unübertroffene „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang". Diese gibt die konkrete, kompakte und klare historische Zusammenhänge beleuchtende Darstellung, wie und unter welchen Bedingungen in Rußland die Kommunistische Partei aufgebaut wurde und welche prinzipiellen Schlußfolgerungen sich daraus zwingend ergeben.

Beide Schriften zusammen sind immer und immer wieder Ausgangspunkt unseres umfassenden Studiums aller Aspekte des Aufbaus und der Grundlagen, der Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien der Kommunistischen Partei, bei der Schulung unserer Kader wie bei der Klärung aller theoretischen Fragen des Parteiaufbaus im Prozeß der Auswertung unserer eigenen Erfahrungen beim Aufbau der Kommunistischen Partei.

Teil II:
Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau der Kommunistischen Partei: Unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus und Kritik/Selbstkritik

1. Ursachen des innerparteilichen Kampfs

Die unvermeidlichen Gegensätze in der Kommunistischen Partei werden durch verschiedene Formen des Kampfes gelöst. Die Ursachen dieser Gegensätze sind vielfältig, sie sind grundlegend eine Widerspiegelung der Klassengegensätze in der Gesellschaft, eine Widerspiegelung der unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung der Kommunistischen Partei, der Schichtung und Veränderungen innerhalb der Arbeiterklasse.

Die Gegensätze in der Kommunistischen Partei werden auch hervorgerufen durch den theoretischen, ideologischen und politischen Druck der Imperialisten, durch deren auf Korruption und Kapitulation drängende reaktionäre Politik, insbesondere bei schroffen Wendungen in der Gesamtlage und an einzelnen Fronten des Kampfes.

Die Auseinandersetzungen und Kämpfe innerhalb der Kommunistischen Partei sind also im großen Zusammenhang nicht isoliert von den Kämpfen in der Gesellschaft. Insbesondere stehen sie im Zusammenhang mit dem Druck der opportunistischen Kräfte außerhalb der Kommunistischen Partei.

Hinzu kommt: Die „spontan sich anbietende" Lösung der Kampfprobleme der Kommunistischen Partei steht im Gegensatz zur bewußten, klassenmäßigen Analyse der Probleme, die in allen großen und kleinen Fragen einen Mehrfrontenkampf gegen opportunistische Lösungen erfordert.

Während allen Mitgliedern der Kommunistischen Partei bewußt ist, daß der Widerspruch zwischen bürgerlicher Ideologie einerseits und proletarischer Ideologie andererseits, der Widerspruch zwischen wissenschaftlichem Kommunismus und Opportunismus unversöhnlich ist, daß dieser Widerspruch durch den Sieg über und gegen die bürgerliche Ideologie, über den Opportunismus gelöst werden muß, daß so oder so der Kampf das entscheidende Mittel zur Überwindung der Gegensätze in der Kommunistischen Partei ist, muß ebenfalls bewußt sein, daß es konkret zu entscheidende Fragen des Standes des innerparteilichen Kampfes sind, in welchem Rahmen und mit welchen Methoden dieser Sieg errungen werden kann. Dabei muß bewußt sein, daß zwischen dem Opportunismus als Teil der bürgerlichen Ideologie und den Trägern opportunistischer Ideen unterschieden werden muß, da nicht nur Feinde, sondern auch Genossinnen und Genossen Träger der feindlichen Ideologie sein können.

2. Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten, Formen und Methoden des innerparteilichen Kampfs: Unversöhnlicher Kampf gegen opportunistische Kräfte und Kritik/Selbstkritik

Die gesammelten Erfahrungen des Aufbaus der Kommunistischen Partei beweisen, daß es – trotz aller Zwischenstufen und oft längere Zeit noch nicht geklärter Situationen – im wesentlichen zwei grundlegende Methoden des innerparteilichen Kampfes sind, deren Gesetzmäßigkeiten, Besonderheiten und Formen beim Aufbau der Kommunistischen Partei genau erkannt werden müssen:

Zum einen die Notwendigkeit des solidarischen innerparteilichen Kampfs, der bewußten Durchführung der Kritik und Selbstkritik, um zwar die opportunistischen Ideen zu zerschlagen und zu besiegen, aber die kommunistischen Kader von diesen Ideen zu befreien und zusammenzuschließen.

Zum anderen die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft von opportunistischen Kadern in der Kommunistischen Partei, die Notwendigkeit ihres Ausschlusses bzw. gegebenenfalls der Spaltung der Kommunistischen Partei, die sich stärkt, indem sie sich purifiziert.

In der Realität des innerparteilichen Kampfs, die durch einen ständigen bewußten Prozeß der Kritik und Selbstkritik geprägt ist, gibt es Etappen und Einschnitte im Kampf gegen opportunistische Kräfte, die aus der Partei ausgeschlossen werden müssen. Gerade in oft dramatisch zugespitzten Situationen, in denen die Existenz der Kommunistischen Partei auf dem Spiel steht, aber auch in den Etappen und Phasen, die solchen Krisen vorausgehen, sind die beiden Gesetzmäßigkeiten (Kritik und Selbstkritik, unversöhnlicher Kampf gegen opportunistische Kräfte) des Parteiaufbaus und des innerparteilichen Kampfs in einem komplizierten Geflecht miteinander verbunden.

Dabei ist unabhängig von zu begründenden Ausnahmen die entscheidende Regel, daß der ideologische Kampf gegen den Opportunismus die Voraussetzung ist für erfolgreiche Verjagung von opportunistischen Kräften, für die Brechung der Autorität der opportunistischen Führer und ihre Isolierung von zeitweilig irrenden kommunistisch orientierten

Anhängern opportunistischer Ansichten. Im Verlauf der innerparteilichen Kämpfe und durch diesen ideologischen Kampf – ein offener und öffentlicher Kampf voller Argumente und nicht ohne Polemik – klären sich die Fronten, werden die nötigen organisatorischen Maßnahmen für die Mehrheit der Mitglieder der Kommunistischen Partei und die revolutionären Sympathisantinnen und Sympathisanten nachvollziehbar und einsichtig.

3. Prinzipielle Methoden sowohl bei Kritik und Selbstkritik als auch beim unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus

Sowohl für den Prozeß der Kritik und Selbstkritik als auch im Kampf für die Purifizierung der Partei von opportunistischen Kräften gelten prinzipielle Methoden, die unter anderem der Garant dafür sind, daß sich klar herausstellt, ob es sich bei Anhängern des Opportunismus um zeitweilig irrende, eigentlich kommunistische Kräfte oder um wirkliche Opportunisten handelt.

Gegen Gerüchte, Verleumdungen und Verwirrung der Fragestellung ist es Aufgabe der kommunistischen Kräfte, einen Kampf, gestützt auf wissenschaftliche Beweisführung, auf überprüfbare Dokumente und Argumente zu führen, entsprechend den Methoden des wissenschaftlichen Kommunismus Zusammenhänge, Entwicklung, Etappen und den eigentlichen Gegensatz eines Problems herauszuarbeiten, den Zusammenhang zwischen theoretischen Positionen mit der realen Praxis des Klassenkampfs herzustellen.

Dabei ist es von entscheidender Bedeutung – unter anderem, um eben die Nachvollziehbarkeit der Beweisführung zu garantieren –, daß die revolutionäre Öffentlichkeit außerhalb der Kommunistischen Partei den Möglichkeiten entsprechend eingeschaltet und beteiligt wird, die kommunistischen Kräfte die Überzeugungskraft ihrer Argumente nach außen überprüfen und auch so zu lernen, Richtiges von Falschem, Wichtiges von Nichtwichtigem, Zentrales von Nebensächlichem zu unterscheiden, Rechenschaft abzulegen und nicht leichtfertig zu handeln, um nicht nur die revolutionären Massen zu lehren, sondern um auch von ihnen zu lernen, das Vertrauen der revolutionären Umgebung der Partei zur Partei zu stärken und dieses nicht mit fürchterlichen Überraschungen aufs Spiel zu setzen.

In innerparteilichen Kämpfen spielt der Zeitfaktor eine nicht zu unterschätzende Rolle: Viele Probleme werden erst im Lauf des entfalteten Kampfes sichtbar, die Ehrlichkeit einer Selbstkritik kann nur im Prozeß der Überprüfung der Einheit von Wort und Tat erfolgen. Das braucht seine Zeit. Dieser notwendige Prozeß der innerparteilichen Klärung steht oft genug im realen Konflikt mit den Anforderungen des Tempos des Klassenkampfs – ein Konflikt, der bewußt von dem jeweiligen revolutionären Kollektiv entschieden und die Entscheidung begründet werden muß.

4. Besonderheiten der Methode von Kritik und Selbstkritik

Für die kommunistische Methode der Kritik und Selbstkritik im Kampf gegen opportunistische Methoden ist es entscheidend, genau die vier von Lenin benannten Kriterien ernster Selbstkritik (den Fehler offen zugeben, die Ursachen aufdecken und die Umstände analysieren, Wege der Berichtigung aufzeigen) in der Praxis durchzusetzen, um die Fehler wirklich zu beseitigen, um sich und andere tiefgehend zu erziehen, aber auch um das Vertrauen in die Partei als verantwortungsvolle revolutionäre Kraft zu stärken. Dafür ist es nötig, nicht die Kritik und Selbstkritik durch unwesentliche Inhalte zu vulgarisieren und durch unernste Methoden in ein Instrument der Entwürdigung der Kader zu verwandeln, sondern in ein Instrument, um die demokratische, bewußte und disziplinierte Aktivität, das kommunistische Selbstvertrauen der Kader zu steigern.

Kritik und Selbstkritik – davon hängt in letzter Instanz der Erfolg im Kampf gegen den Imperialismus und die opportunistischen Kräfte außerhalb und innerhalb der Kommunistischen Partei ab. „Nichts kann uns zu Fall bringen außer die eigenen Fehler" (Lenin) – deutlicher kann die prinzipielle Bedeutung der Kritik und Selbstkritik nicht herausgestellt werden.

5. Besonderheiten im unversöhnlichen Kampf gegen opportunistische Kräfte

Auf der Basis einer möglichst umfassend entfalteten Atmosphäre der Kritik und Selbstkritik kann und muß der Kampf zur Beseitigung und Entfernung der opportunistischen Kräfte in der Kommunistischen Partei geführt werden. Dabei sind eine Reihe von Besonderheiten zu berücksichtigen.

Der unversöhnliche Kampf gegen den Opportunismus und die Opportunisten hat organisatorisch für die Kommunistische Partei drei zu unterscheidende Grundsituationen:

Es geht darum, bei der Aufnahme neuer Mitglieder strenge Maßstäbe anzulegen, opportunistische Kräfte nicht in die Partei aufzunehmen.

Beim Vorhandensein einer kommunistischen Mehrheit müssen opportunistische Kräfte aus der Partei ausgeschlossen werden.

Beim Vorhandensein einer opportunistischen Mehrheit in der Kommunistischen Partei oder einer opportunistischen Führung ist nach erfolglosen Versuchen, Mehrheiten zugunsten der kommunistischen Kräfte zu ändern und die opportunistische Führung im Rahmen des demokratischen Zentralismus zu beseitigen, die Vorbereitung und Durchführung der Spaltung der Partei der einzig richtige Weg.

Die typischen opportunistischen Methoden müssen bekannt sein, erkannt und entlarvt werden: Verwirrung stiften, klaren Fragestellungen aus dem Weg gehen, Ablenken von zentralen Fragen, Gerüchte und unlogische Argumentationen statt Beweise, hehre Erklärungen, die nicht mit den Taten übereinstimmen, und gerade bei entfaltetem Kampf Doppelzüngelei und Demagogie – das sind Wesensmerkmale opportunistischer Kräfte.

Im Kampf gegen die opportunistischen Kräfte spielen die Versöhnler, die sogenannten Zentristen, eine oft sehr große Rolle, die erkannt und als Spielart des Opportunismus entlarvt und besiegt werden müssen, will man wirklich die Kette zerreißen, die von den opportunistischen Kräften innerhalb der Partei über die Opportunisten außerhalb der Partei zum Imperialismus führt.

Dafür ist es nötig, über den Verlauf des innerparteilichen Kampfes genau Rechenschaft abzulegen, die Doppelzüngelei, das Fehlen einer wirklich praktisch wirksamen Selbstkritik der opportunistischen Kräfte zu beweisen, die Folgen der opportunistischen Linie ohne jeden Anflug von Demagogie aufzuzeigen und die Notwendigkeit des Bruches mit den opportunistischen Kräften sowie das Erfordernis, die Autorität ihrer opportunistischen Führer zu brechen, als Methoden der Stärkung der Kommunistischen Partei durchzusetzen.

6. Anforderung bei der analytischen Auswertung der Erfahrungen des innerparteilichen Kampfs und der Synthese und Anwendung auf aktuelle Probleme

Die Geschichte der kommunistischen Weltbewegung ist voller Beispiele für den innerparteilichen Kampf – in positiver, aber auch in negativer Hinsicht. Zu den bedeutendsten Lehrstücken des innerparteilichen Kampfes gehört der zunächst von Lenin, dann Stalin geleitete Kampf der Bolschewiki gegen die Menschewiki, Trotzkisten und Bucharinisten. Er bietet ein reichhaltiges Arsenal für Lehren des unversöhnlichen Kampfes gegen zu säubernde opportunistische Kräfte wie der Kritik und Selbstkritik. Das gründliche Studium all dieser Erfahrungen ist notwendige Voraussetzung, um für den eigenen innerparteilichen Kampf Hinweise und Hilfen für ein richtiges Verhalten zu bekommen. Aber das Studium der Erfahrungen als notwendige Voraussetzung ist nicht hinreichend, es kann und darf nicht ersetzen, im Kampf gegen faulen Schematismus anhand der eigenständigen Analyse der konkreten Kämpfe der eigenen Partei konkret begründete Inhalte und Formen des Kampfes festzulegen.

★

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

17

Buchladen★Georgi★Dimitroff

Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

An Presse und Öffentlichkeit

Koblenzer Str. 4
60327 Frankfurt/Main
Tel. (069) 738972
Telefax: (069) 730920

Öffnungszeiten:
Mittwoch bis Freitag 15.30-18.30 Uhr
Samstag 9.00-14.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

PRESSEERKLÄRUNG

Hausdurchsuchung wegen "Aufforderung zu Straftaten zum Nachteil der Bundeswehr" sowie "gegen die Bundesrepublik Deutschland und Gewerkschaftsorganisationen"

Am Samstag, den 11.01.1997 wurden die Räume des 'Vertrieb für Internationale Literatur', Brunhildstr. 5 in Berlin und der 'Buchladen Georgi Dimitroff', Koblenzer Str. 4 in Frankfurt/Main von der Polizei durchsucht; ebenso die Privatwohnung des presserechtlich Verantwortlichen von "Gegen die Strömung".

Es geht um das Plakat "Die Bundeswehr - mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus". Dabei wird dem Buchladen Dimitroff die *"Aufforderung zu Straftaten zum Nachteil der Bundeswehr"* vorgeworfen.

Amtsgericht Frankfurt am Main
Hammelsgasse 1 (Gebäude B), Telefon: (069) 13 67 - 01
Telex: 412 996 just d - Telefax: (0 69) 13 67 - 20 30
Konten der Gerichtskasse Frankfurt:
PGiroKto. Ffm 70 17 - 600 (BLZ 500 100 60)
LZB Ffm 500 01 506 (BLZ 500 000 00)

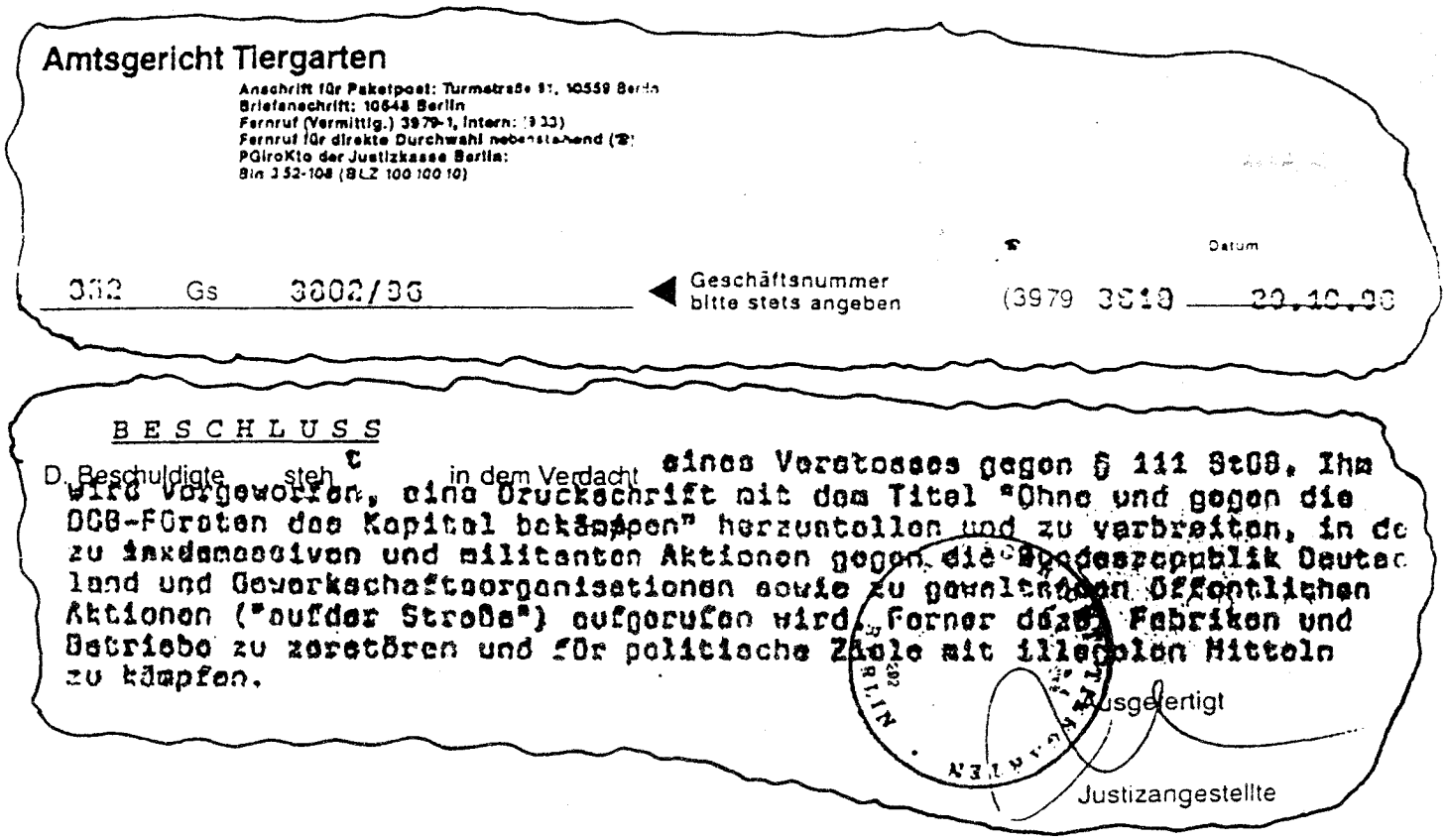
Postanschrift: Amtsgericht Frankfurt am Main - 60256 Frankfurt

ARETZ, U 41

50 Js 34469.0/96-931 Gs - (Geschäftsnummer bitte stets angeben!)

Der Beschuldigte ist verdächtig, als Inhaber des obengenannten Buchladens Plakate mit der Überschrift " Die Bundeswehr - mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus" zu vertreiben, die die Aufforderung zu Straftaten z. N. der Bundeswehr enthalten.

Bei dem Flugblatt "Ohne und gegen die DGB-Fürsten das Kapital bekämpfen" wird dem Beschuldigten vorgeworfen ***"zu massiven und militanten Aktionen gegen die Bundesrepublik Deutschland und Gewerkschaftsorganisationen ('auf der Straße')"*** **aufzurufen.**
Weiter heißt es in dem Durchsuchungsbeschluß - schon ins humoristische gehend - die Flugblätter hätten dazu aufgerufen *"FABRIKEN UND BETRIEBE ZU ZERSTÖREN."*



Amtsgericht Tiergarten

Anschrift für Paketpost: Turmstraße 91, 10559 Berlin
Briefanschrift: 10648 Berlin
Fernruf (Vermittlg.) 3979-1, Intern: (933)
Fernruf für direkte Durchwahl nebenstehend (☎)
PGiroKto der Justizkasse Berlin:
Bln 352-108 (BLZ 100 100 10)

Geschäftsnummer bitte stets angeben

332 Gs 3802/96 (3979 3810 Datum 29.10.96

BESCHLUSS

D. Beschuldigte steht in dem Verdacht eines Vergehens gegen § 111 StGB. Ihm wird vorgeworfen, eine Druckschrift mit dem Titel "Ohne und gegen die DGB-Fürsten das Kapital bekämpfen" herzustellen und zu verbreiten, in der zu insbesondere und militanten Aktionen gegen die Bundesrepublik Deutschland und Gewerkschaftsorganisationen sowie zu gewaltsamen öffentlichen Aktionen ("auf der Straße") aufgerufen wird, ferner dazu, Fabriken und Betriebe zu zerstören und für politische Ziele mit illegalen Mitteln zu kämpfen.

BERLIN

Ausgefertigt

Justizangestellte

Die Durchsuchungsbefehle sind ausgestellt am 28.10.1996 (für Berlin) bzw. 25.11.1996 (für Frankfurt). Es ist zu vermuten, daß mit den Durchsuchungen bewußt bis einen Tag vor der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Berlin gewartet wurde. Die Beamten in Frankfurt haben zugegeben, daß es aus Berlin die eindeutige Anweisung gab, mit der Durchsuchung genau bis zu diesem Tag zu warten.

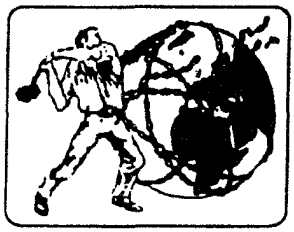
Buchladen Georgi Dimitroff
Koblenzer Straße 4
60327 Frankfurt/Main
Fax: 069 / 73 09 20

Vertrieb für internationale Literatur
Brunhildstraße 5
10829 Berlin

Buchladenkollektive Georgi Dimitroff + Vertrieb für Internationale Literatur - 14.01.1997

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

2/97 Februar 1997

Die Nazis und ihre Verbindungen mit dem Staatsapparat nicht unterschätzen!

Seit Jahren gibt es eine Zunahme nazistischer Aktionen, Anschlägen und Publikationen. Die bürgerlichen Medien dieses Landes sind sich weitgehend einig, daß es sich um eine angeblich unübersichtliche Anzahl von kleinen Gruppen handelt, einige Spinner sozusagen – so wie angeblich „in jedem Land". Eine – wenn auch nur grobe – Bestandsaufnahme ergibt jedoch ein ganz anderes Bild; ein gefährliches Bild, das zeigt, daß die Nazis wie eh und je unterschätzt werden. Ein Bild, das zeigt, daß politische Aufklärung und militante Aktionen gegen nazistische Aktivitäten unerläßlich sind. Dabei geht es aber vor allem darum, in richtiger Weise die Verbindung und Haltung dieses Staatsapparates zu den Nazis konkret zu entlarven, um prinzipiell und grundsätzlich aufzudecken, daß der Nazismus mit seinen Wurzeln vernichtet werden muß, daß die Wurzel des Nazismus vor allem das System des Kapitalismus ist.

Es gibt im Grunde innerhalb Deutschlands, zusätzlich zu den Aufgaben des Kampfes gegen die zunehmend stärker werdenden internationalen ökonomischen, politischen und militärischen Großmachtaktivitäten des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, vier große tagespolitische Herausforderungen:

1. Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung: Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit, der absoluten Verelendung, der Armut vergrößert sich, Ausbeutung verschärft sich in wachsendem Tempo und fordert den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter, den Kampf aller ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen und Betroffenen.

2. Kampf gegen die Politik des deutschen Chauvinismus: Als angebliche Ursache für die Verelendung wird zunehmend vom deutschen Staat, den bürgerlichen Medien und den Nazis der deutsche Chauvinismus in allen Varianten hochgezogen, das „nationale Projekt" heißt – nach innen gerichtet – „Ausländer rausekeln", „Ausländer halbieren", „Ausländer abschieben", „Abschrecken" durch Polizei, Mord, Totschlag und Brandstiftung, tägliche juristische Schikane. Verschiedene Abteilungen, die sich manchmal in die Quere kommen, arbeiten daran: Staatsanwälte, Medien, Richter, Polizei, Nazis, politische Parteien usw. Große Teile der Bevölkerung sollen und werden so chauvinistisch verseucht.

3. Gegen die Faschisierung des Staatsapparates: Um mögliche und wirkliche Gegenwehr gegen die soziale Verelendung und das nationale Projekt „Ausländer jagen" im Ansatz zu verhindern, werden alle konsequent gewerkschaftlich, demokratisch, und revolutionär kämpfenden Gruppen von einem sich zunehmend faschisierenden Staatsapparat überwacht, mit Prozessen überzogen, mit Verbot bedroht oder wie Dev Sol und PKK mit Verbot und Gefängnis verfolgt. Gleichzeitig droht zunehmend der Terror der Nazibanden.

4. In diesem Gesamtrahmen ist ***der Kampf gegen nazistischen Organisationen und Gruppen zu diskutieren und zu klären.***

Es geht darum, welchen Stellenwert die Nazis heute und in Zukunft haben, und was es bedeuten würde, wenn wir – unter dem Vorwand, uns nicht ablenken zu lassen – nicht mit großer Kraft gegen die Nazis kämpfen würden. Es geht darum, warum die Nazis ***ideologisch, politisch und militärisch*** nicht unterschätzt werden dürfen. Es geht darum, wie unser Kampf so gegen sie geführt werden muß, daß er nicht ***an Stelle*** anderer nötiger Kämpfe, sondern als Teil eines einheitlichen Kampfes gegen den deutschen Imperialismus und gegen alle seine Abteilungen geführt wird.

Nazis im Staatsapparat und Schutz der Nazi-Verbrecher

Seit der Niederlage des Nazifaschismus war eine Besonderheit des Staatsaufbaus in Westdeutschland zunächst, daß in der Regel zwar

Nazi-Mord an Frank Böttcher in Magdeburg am 9.2.1997!

Ganz gezielt lauerten die Nazi-Mörder dem 17-jährigen Frank Böttcher auf und ermordeten ihn durch Fußtritte gegen den Kopf und mehrere Messerstiche in den Rücken, nachdem Nazis ihn zwei Stunden zuvor schon beschimpft hatten. Schon seit Wochen kommt es in Magdeburg immer wieder zu nazistischen Hetzjagden. An diesem Abend machten die Nazis systematisch Jagd auf „Linke", fast an jeder Straßenbahnhaltestelle postierten sie sich und verbreiteten Angst und Terror.

Nicht erst nach diesem weiteren Nazi-Mord ist bekannt, daß Magdeburg eine Nazi-Hochburg ist. Seit 1991 kam es in Magdeburg zu unzähligen nazistischen Angriffen gegen Menschen, die die Nazis als „undeutsch" bezeichnen, bei denen Dutzende verletzt und mindestens vier ermordet wurden. Am 4.8.1991 überfielen 30-40 Nazis drei Punks und ermordeten einen von ihnen, am 9.5.1992 überfielen 60 Nazis eine Gartenwirtschaft, in der sich linke Jugendliche befanden, und ermordeten Thorsten Lamprecht. Am 24.4.1993 überfielen 50 Nazis eine Diskothek, der 23-jährige Matthias L. wurde totgeschlagen. Am „Himmelfahrtstag" im Mai 1994 marschieren 150 Nazis durch die Innenstadt von Magdeburg und terrorisierten praktisch ungstört den ganzen Tag über Menschen aus anderen Ländern, machten Jagd auf Menschen mit schwarzer Hautfarbe unter den Augen von deutschen Schaulustigen. Dieser Nazi-Pogrom steht in einer Reihe mit Hoyerswerda, Rostock und Mannheim-Schönau, es gab Dutzende von Verletzten und ein Opfer, Farid Boukhit, starb im September 1994 an den Folgen seiner Verletzungen. Die meisten Nazi-Angriffe liefen unter dem direkten Schutz der Polizei ab, die sich in der Nähe befand, aber nicht eingriff und die Nazis gewähren ließ. Die nazistischen Schläger und Mörder wurden von der Justiz in den meisten Fällen nicht gerichtlich belangt oder zu lächerlich geringen Strafen verurteilt.

Der Kommentar der Polizei zu dem erneuten Nazi-Mord lautet: man ermittle in „alle Richtungen", es sei nicht klar, ob es „Rechtsradikale" gewesen seien, es könne auch ein „Raubüberfall" oder „eine Auseinandersetzung innerhalb der linken Szene" gewesen sein! Dies ist ein weiterer Versuch, einen Nazi-Mord zu vertuschen und ist faktisch eine Inschutznahme der Nazi-Mörder.

Am Sonntag, den 9.2.1997 demonstrierten ca. 500 Antifaschisten und Antifaschistinnen gegen den Nazi-Mord. Nun zeigte die Polizei, „was sie kann". Brutale Knüppeleinsätze und 10 Festnahmen – so lautete ihre „Erfolgsmeldung". Die Demonstrantinnen und Demonstranten setzten sich militant mit Steinen und Flaschen zur Wehr. In der Nacht zum Montag errichteten Antifaschistinnen und Antifaschisten Straßenbarrikaden und griffen die Polizei, die die Straße räumen wollte, erneut militant an.

Solidarität mit den Nazi-Opfern!

Nichts vergeben, nichts vergessen!

Tod dem Nazismus!

offiziell an der Spitze des Staates nicht mehr die absolute Naziprominenz stehen durfte, aber diese Regel wurde immer wieder durchbrochen. Der wohl bekannteste Fall ist, daß Globke, Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, Staatssekretär bei Bundeskanzler Adenauer wurde. Die in den Staatsapparat integrierten Nazis bildeten ihre Seilschaften, arbeiteten auch aus dem Exil heraus und halfen sich gegenseitig in „alter Kameradschaft".

Der Schutz der Nazis war und ist im Grundgesetz als Grundrecht in Artikel 16 Absatz 2 verankert: „Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden". Das von den Staaten der Anti-Hitler-Koalition festgelegte Prinzip, daß Naziverbrecher am Ort ihrer Tat vor Gericht gestellt werden, wurde so ausgehebelt. Das war eine der Bedingungen, daß die sich in Westdeutschland weitgehend sicher fühlenden Alt-Nazis sich in das parlamentarische System und die Neuauflage der Wehrmacht, die Bundeswehr, integrierten. Die Pensionen der SS-Mörder, Wehrmachtsgenerale und all der großen und kleinen soldatischen und verbeamteten Henker und willigen Vollstrecker waren garantiert, der Wiedereingliederung stand spätestens in den 50er Jahren nichts mehr im Weg.

Trotz kleiner Unterschiede bei der Inschutzname der alten Naziverbrecher waren sich sämtliche Bonner Parteien und die westdeutsche Öffentlichkeit weitgehend einig. Schumacher, der Vorsitzende der SPD, warb in den 50er Jahren für die Rehabilitierung der Waffen-SS, die doch angeblich nur eine „kämpfende Truppe" gewesen sein soll, Bundeskanzler Helmut Schmidt setzte sich für den in Italien verurteilten SS-Verbrecher Kappler ein, Richard Weizsäcker für Rudolf Hess, Kohl gedachte in Bitburg der SS-Mörder – eine unendliche Liste!

Illegale und legale Arbeit ausgesprochener Nazi-Organisationen

Im Hintergrund der offiziellen Bonner Bühne arbeiteten stets und ohne Unterbrechung durch vielfältige Drähte mit den Spitzen des kapitalistischen Systems verbunden – und selbst Teil dieser Spitzen – jene Organisationen und Personen, die sich nach wie vor mehr oder minder offen auf die Nazizeit als programmatische Zielsetzung beriefen. Die Naziorganisationen arbeiteten immer mit internationalen Verbindungen und mit legalen Parteien, Organisationen und Publikationen, gleichzeitig aber auch konspirativ. Sie hatten und haben ihre Kader in alle zentralen Stellen des Staates, seiner Ämter und Parteien eingeschleust. Sie finanzieren sich zu nicht unerheblichen Teilen über „Vertriebenen"-Verbände und Steuergelder bei den Wahlen ihrer legalen Parteien.

Nazistische Erziehung von Kindern und Jugendlichen

Von Anfang an war es eine Aufgabe für die alten Nazi-Kader, Kinder und Jugendlich in nazistischer Tradition zu erziehen. Eine der wesentlichsten Instrumente war dabei die Wiking-Jugend, in der über 40 Jahre lang eine Generation neuer Nazis aufgezogen wurde. 15 000 Kinder und Jugendliche gingen durch die Lager und Schulungen dieser erst 1994 verbotenen nazistischen Jugendorganisation.[1]

Parlamentarische Projekte

Seit 1949 beteiligten sich die Nazi-Kader an parlamentarischen Projekten, die abgelöst von Verboten und Wiederzulassungen vor allem in Landtagen die 5%-Marke überschritten, entsprechend finanziell versorgt und mit Publizität ausgestattet wurden. Die 1964 gegründete NPD – 1967: 28 000 Mitglieder – zog in einige Landtage ein. 1971 gründete sich die DVU mit ähnlichen Erfolgen. Die Partei REP erhielt 1989 bei den Europawahlen 7,5%. In den letzten Jahren sind die DVU und die REP in diversen kommunalen Parlamenten vertreten.

Wehrsportgruppe Hoffmann: Die ersten Nazi-Morde

1968 verübte der Nazi J. Bachmann, nach monatelanger Medienhetze, ein Attentat auf das SDS-Führungsmitglied Rudi Dutschke, der später an den Folgen des Kopfschusses starb.

Seit 1980 wurden nach Wahlerfolgen und Wahlniederlagen der legalen NPD vor allem aus dem Umkreis der Wehrsportgruppe Hoffmann Morde begangen, so 1980 an dem jüdischen Verleger Lewin und seiner Lebensgefährtin Poeschke, aber auch innerhalb der eigenen Reihen begannen Hinrichtungen. Die militärische Ausbildung erhielt diese neue Generation von deutschen geflohenen Nazi-Mördern in arabischen Ländern, in denen 1945 geflohene Nazi-Kader an Aufbau und Führung von Polizei, Geheimdienst und Militär der dortigen reaktionären Staaten beteiligt waren.

1980 wurden im Rahmen von 7 Brand- und Sprengstoffanschlägen zwei Vietnamesen ermordet. ***Ein Höhepunkt des nazistischen Mordterrors war der Bombenanschlag auf dem Oktoberfest am 26. September 1980,*** wo von dem Mitglied der Wehrsportgruppe G. Köhler 13 Menschen ermordet und 211 zum Teil schwer verletzt wurden. Der Wehrsportgruppe Hoffmann werden selbst vom deutschen Staatsapparat insgesamt mindestens 16 Morde vorgeworfen.

Tagtäglicher systematischer Nazi-Terror, Brandanschläge und Mordserien

Die Serie von nazistischen Mordanschlägen reißt seitdem nicht mehr ab: Im Oktober 1982 ermordete der Nazi H. Oxner drei Menschen aus rassistischen Motiven, in Hamburg ermordeten die Nazis/Skinheads zwei Arbeiter aus der Türkei – um nur einige Beispiele zu nennen.

Anfang der 90er Jahre war im Zusammenspiel zwischen legalen nazistischen Organisationen und illegalen nazistischen Kleingruppen eine Infrastruktur entstanden, die es angesichts des Gesamtklimas in diesem Land erlaubte, systematisch landesweit nächtliche Anschläge durchzuführen. Dabei wurde nun gezielt mit „modischen" Methoden der Jugendbewegung gearbeitet und die Skinheadbewegung sowie verschiedene Musikrichtungen aufbereitet, um an eine größere Zahl nazistisch beeinflußter Jugendliche heranzukommen. Systematisch wurden die Nazi-Kader überall hingeschickt, wo es pronazistische Stimmungen unter Jugendlichen gab, um dort ihre Arbeit zur Organisierung von offenen Pogromen und Serien von Überfällen durchzuführen.

Im Verlauf des Jahres 1990 wurden mindestens 5 Menschen von Nazis ermordet, 4000 Nazianhänger führen unter dem Schutz der Polizei die DVU-Versammlung im Oktober in Passau durch. 1991 wurden mindestens 11 Menschen von Nazis ermordet, 1992 mindestens 32 Menschen und 1993 mindestens 37 Menschen. Die Zahl der Brandanschläge läßt sich nicht mehr zählen, sie fanden und finden täglich statt. Im August 1992 spricht die Polizei beim Nazi-Pogrom in Rostock von 1200 Jugendlichen „Gewalttätern", es gab 3000 „Schaulustige".[2]

Für 1994 sind die Daten derselben sicherlich untertriebenen Quelle, daß die DVU mit 20 000 und die REPs mit 20 000, sowie die NPD mit 5000 Personen die größten Naziorganisationen sind. Skins und Kleingruppen-Nazis wurden auf 9100 Personen geschätzt.[3]

1995 wurden laut Verfassungsschutzbericht 16 472 Ermittlungsverfahren wegen sogenannter „rechtsradikaler Aktivität" eingeleitet, von denen 70% eingestellt, 15 % mit einer Verurteilung abgeschlossen wurden. Es kam also zu ca. 2400 Verurteilungen.[4]

Pseudowissenschaftliche Nazi-Aktivitäten

1981 erschien das nationalistisch-rassistische Heidelberger Manifest, von einer nicht unerheblichen Gruppe deutscher Hochschullehrer unterzeichnet. 1986 wurde die „Junge Freiheit" gegründet, die nazistische Thesen akademisch formuliert in einer Auflage von 10 000 Exemplaren produziert.

Gleichzeitig haben sich einzelne bisher von den offiziellen Ideologen des deutschen Imperialismus hochgeachtete „Wissenschaftler" mit vielen Publikationen wie D. Irving und E. Nolte weitgehend selbst „geoutet". Sie bekannten sich – D. Irving direkt, Nolte in Nuancen vorsichtiger – im sogenannten „Historikerstreit" zum Nazifaschismus als „Antwort auf die Gefahr des Kommunismus".

Die tiefe Verknüpfung und innere Verbindung zwischen sogenannten Koryphäen und den organisierten Nazis wurde nach dem Tod des Staatsrechtlers Maunz bekannt, der als Rechtsberater der DVU und der Deutschen Nationalzeitung den Nazis maximale legale Möglichkeiten verschaffte. Am 24.9.1993 gab die „Deutsche Nationalzeitung" bekannt, daß der kurz zuvor verstorbene Rechtsprofessor Theodor Maunz jahrzehntelang ein Berater Freys und Autor vieler hundert Artikel in seiner Nazizeitung war. Maunz war nicht irgendwer, sondern ein führender „Staatsrechtler" der BRD nach 1945, der *den* Grundgesetzkommentar, sowie zentrale Lehrbücher verfaßt hatte, mit denen die deutschen Juristen nach 1945 erzogen wurden. Maunz war der Ziehvater von Roman Herzog, dem Bundespräsidenten und Co-Autor des Maunzschen Grundgesetzkommentars. Maunz war vor 1945 Experte für nazistisches Verwaltungs- und Polizeirecht, nach 1945 setzte er seine Karriere bruchlos fort. 1952 wurde er wieder Professor, 1957 Kultusminister von Bayern. Seine Nazivergangenheit wurde spätestens 1964 öffentlich bekannt, als er vom Amt des Kultusministers zurücktreten mußte.

Im Zentrum der Kontinuität: Die DVU und die „Deutsche Nationalzeitung"

Die angeblichen und wirklichen Streitigkeiten der Kleingruppen der Nazis, die durch Spaltung und Neugründungen vor allem Verwirrung stif-

Wie pseudokommunistische Kräfte Elemente der Nazi-Propaganda verbreiten und den „Arbeiter, der nach Hitler schreit" hofieren...

Ein unvermeidliches Kapitel bei der Analyse der Merkmale der Nazibewegung ist, daß es auch ex-kommunistische Kräfte gibt, die mehr oder minder unverhohlen Elemente der Nazi-Ideologie verbreiten, Nazi-Anhänger hofieren (mit der hanebüchenen Begründung, daß darunter „Arbeiter" sind!!) und den Kampf gegen den Nazismus bagatellisieren. Eine der Wurzeln dafür ist die Ideologie des Nationalismus verbunden mit der Ideologie der „Massenlinie".

So hat z.B. in Deutschland der Renegat Willi Dickhut, der maßgeblich am Aufbau der heutigen MLPD beteiligt war, schon immer extremen Nationalismus gepredigt. In seinem Buch „So war's damals..., Erinnerungen eines Solinger Arbeiters" greift Dickhut die berechtigten Forderungen des Potsdamer Abkommen an.

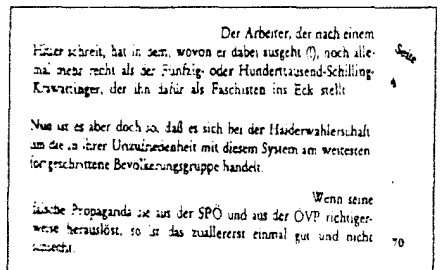
Voll im Fahrwasser der Nazis hat die MLPD insbesondere die berechtigte Unterdrückung und Inhaftierung der Nazis durch die Teilnehmer der Antihitlerkoalition in nazistischer Manier als „Verbrechen" angeprangert. In ihrer Broschüre „Die Wahrheit über die deutschen Kriegsgefangenen" wird auf Naziquellen gestützt behauptet die USA hätten „die systematische Vernichtung deutscher Kriegsgefangener in den amerikanischen Lagern" betrieben (S. 27).

Ein weiteres Beispiel findet sich bei der PDS, die im „Neuen Deutschland" vom 13.2.1995 einen Erlebnisbericht eines Dresdner SED-Mitglieds anläßlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens abgedruckt hat. Unwidersprochen spricht dieser SEDler im Stile der „Deutschen Nationalzeitung" von einem „putzigen SA-Mann" und von den „einfachen Leuten" als „Opfer" der Bombardierung.

Der Nazikollaborateur Gerhard Hauptmann wird mit seinem Zitat in Szene gesetzt: „Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens". Noch 1946 beschimpfte er die alliierten Flugzeuge als „feindliche Flugzeuge": „Ich habe die Sodom- und Gomorrha-Höllen der *feindlichen* Flugzeuge persönlich erlebt." (ND vom 13.2.95)

In enger ideologischer Verbindung zu MPLD und PDS hat sich in Österreich – angesichts zunehmenden Naziterrors, angesichts der Morde der deutsch-österreichischen Nazibewegung (mit der FPÖ Haiders als legalem Kern) an Roma, angesichts pogromartiger Aktionen gegen Flüchtlinge aus Rumänien und dem Anwachsen der FPÖ auf über 25% der Wähler – eine kriecherische Angleichung an der MLPD/PDS-Verharmlosung der Nazis ergeben:

Die Zeitschrift FÖHN (mit einer nicht unerheblichen Auflage, die in der linken Szene in Österreich gewisse Verbreitung hat und sich selbst als prokommunistisch versteht) zeigt beispielhaft, wie pseudokommunistische Phrasen zu Pronazismus führen. Der FÖHN propagiert Verständnis für „den Arbeiter, der nach Hitler schreit" und begrüßt die Gewalttätigkeit der nazistischen Haider-Anhänger. Im Orginal:



Der Arbeiter, der nach einem Hitler schreit, hat in dem, wovon er dabei ausgeht (!), noch allemal mehr recht als der Fünfzig- oder Hunderttausend-Schilling-Krawattinger, der ihn dafür als Faschisten ins Eck stellt

Nun ist es aber doch so, daß es sich bei der Haiderwählerschaft um die in ihrer Unzufriedenheit mit diesem System am weitesten fortgeschrittene Bevölkerungsgruppe handelt.

Wenn seine falsche Propaganda sie aus der SPÖ und aus der ÖVP richtigerweise herauslöst, so ist das zuallererst einmal gut und nicht schlecht.

Die Gewalt, die aus vielen Haiderwählern zu brechen droht, droht, sondern spricht, ist im wahrsten Sinne des Wortes notwendig. Ohne sie ist die Gewalt, die herrscht, nicht umzustürzen. Um das leisten zu können, muß die in den Unterdrückten systematisch erzeugte Gewaltfähigkeit aber von der Form eines jähen Ausbruchs in die dauerhafter Stärke übergeführt werden. Die individuelle Abreaktion, zu der sie neigt, muß überwunden werden zugunsten organisierter Militanz.

All das hat nun wiederum dem Revisionist und Renegaten, der als Herausgeber der RF der MLPÖ zeichnet, so gefallen, daß die MLPÖ sogleich eine Koalition mit der Zeitschrift FÖHN schriftlich fixierte. Die ex-kommunistische RF bezeichnet den FÖHN „als Zeitschrift, die sich zu abonnieren lohnt" und zwar ausdrücklich wegen deren Haltung zu den Haider-Anhängern. Die RF spricht verharmlosend von den „Haider-Buberln" und lobt die Zeitschrift FÖHN dafür, daß sie gegen die Tendenz angehe, „die Haider-Wähler als Fußvolk der äußersten Reaktion abzuschreiben, bzw. direkt als zur anderen Seite der Barrikade gehörig einzuordnen, egal, welch hohen Prozentsatz an Arbeitern es unter ihnen gibt" (Originalton RF Nr. 254, S. 6 bzw. 34-36). Der üble Höhepunkt der braunen Geschichte ist, daß sich nun beweisen läßt, was vorher unklar war. Der Herausgeber der RF outet sich selbst als Befürworter von Aktionen gegen rumänische Flüchtlinge:

Im Jahre 1996, in der RF 250, bekannte der Herausgeber stolz, daß er schon 1990 bei einer Demonstration gegen rumänische Flüchtlinge in Kaisersteinbruch „persönlich anwesend" war, und es dabei angeblich um die „Verteidigung eines berechtigten Anliegens der Dorfbewohner" (RF 250, S. 18) gegangen wäre.

Insofern ist es nur der nächste logische Schritt, daß dieser Renegat den Haider-Anhängern, „dem Arbeiter, der nach Hitler schreit" seine volle Aufmerksamkeit schenkt. Traurig aber wahr – das politische Todesurteil der MLPÖ ist ein Beweis, wie Revisionismus, Nationalismus, Renegatentum und Charakterlosigkeit in bestimmter Mischung mehr oder minder rasch zum Pronazismus wird.

Material und Belege hierzu können bestellt werden bei: Buchladen G. Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60318 Frankfurt, Fax: 069/730920

teten, dem deutschen Staat die Möglichkeit gaben, sich auf Grund des Drucks vor allem der internationalen Öffentlichkeit, den Orden „Wir verbieten ja Naziorganisationen!" selbst an die Brust zu heften, waren immer begleitet von der Stabilisierung der operativen Basis, vor allem auch von der ständigen Stabilisierung der Naziszene, in deren Mittelpunkt und Kontinuität die DVU steht. Während eine Reihe von Projekten aufblühten und wieder scheiterten, während die DVU Geldstrafen für offen auftretende Naziorganisationen übernahm, während die DVU auf ihrer jährlichen Passau-Veranstaltung mit Skin- und offenen Nazi-Organisationsordnern operierte, die international besetzte nazistische Veranstaltung „Wahrheit macht frei" zur Leugnung des nazistischen Völkmordes in Auschwitz unter Einbeziehung wesentlicher Teile der Nazigrößen organisierte, verbot die Polizei diverse Kleinorganisationen der Nazis mehr aus kosmetischen Gründen. Die DVU, mit ihrer Zeitung „Deutsche Nationalzeitung" mit einer Auflage von 70 000 – 80 000 Exemplaren muß als ein wesentliches Kontinuität garantierendes Rückgrat der Naziszene angesehen werden.

Nazi-Thesen gehen der realen Politik des deutschen Imperialismus voran

Die stärkste Waffe beim Vormarsch der Nazibewegung in Deutschland ist die inhaltliche Übereinstimmung in den zentralen Frage, den zentralen Zielen der Nazis mit den Bonner Parteien: Deutscher Chauvinismus in Theorie und Praxis, Großmachtpläne und Kriegsvorbereitung nach außen, im Inneren Abschiebungen und Abschreckungsterror. Die Naziorganisationen formulieren lediglich einfacher und klarer ohne viel komplizierten ideologischen Ballast, was die offiziellen Bonner Parteien aus einer Reihe von Gründen noch vorsichtiger formulieren müssen.

Es ist klar, daß wir die Dimensionen nicht verwischen dürfen: Der deutsche Staatsapparat ist der Hauptakteur, nach außen und nach innen. Er schiebt in gigantischem Umfang in Folterländer ab und vollstreckt das „Ausländer raus!" insbesondere durch seine Politik der Abschiebungen. Aber die Bedeutung nazistischer Aktivitäten im Zusammenhang mit der Abschaffung des Asylrechts, der Einrichtung der Abschiebehaft usw. kann kaum überschätzt werden. Die Nazi-Aktionen von Hoyerswerda und Rostock waren sozusagen die Stichwortgeber für die gesetzlichen Maßnahmen.

Und hier sind wir auch bei einer entscheidenden Rolle der Nazis – abgesehen davon, daß sie auch militärisch eine Reserve der Polizei sind, mit ihren zum Teil hervorragend, heute vor allem in Kroatien ausgebildeten Nazi-Kadern –, unliebsame politische Gegner durch Meuchelmord zu beseitigen, zu terrorisieren, ohne daß der Staat sich offiziell die Hände schmutzig macht:

Sie treiben das gesellschaftliche Klima weiter nach rechts, starten Versuchsballons, wo noch mit Gegenwehr zu rechnen ist und schaffen eine Atmosphäre, in der dann – angeblich um den „Vormarsch der Rechten" zu stoppen – alle Bonner Parteien, ob CDU, SPD, FDP, die GRÜNEN oder die PDS mit „Zugeständnissen" an die von den Nazis repräsentierte „Volksmeinung" immer schärfer die Politik des deutschen Imperialismus nach innen und außen vorantreiben.

Das professionelle Vorgehen bei der Koordinierung der verschiedenen Abteilungen der Naziorganisationen

Wer sich die Mühe macht, die Geschichte der Naziorganisationen in Deutschland und die Entwicklung ihrer verschiedenen Merkmale zu analysieren, wird nicht bestreiten können, daß trotz aller Rückschläge durch den Kampf antinazistischer Kräfte im In- und Ausland der weitgehende Vormarsch der Naziorganisationen gezielt und koordiniert vor sich geht. Der Wechsel der politisch im Vordergrund stehenden Wahlparteien der Nazis, der Wechsel der Organisations- und Zeitungsnamen von Kleinorganisationen, die professionelle Ausnutzung der pseudodemokratischen Mentalität einer „akzeptierenden Jugendarbeit" und der „Toleranz" für Nazis als angeblich „demokratische Tugend", die Verbindung der Mordaktionen auf der Straße mit pseudowissenschaftlichem „Revisionismus" á la Nolte, die genaue Kenntnis des Polizei- und Justizapparates durch in diesem Apparat beschäftigten Mit-

glieder der Nazi-Organisation, sowie die festen Freundschaften und Verbindungen zu Personen in den höchsten Staatsämtern - all das sind wesentliche Quellen, aus denen die Naziorganisationen Kräfte ziehen und sich regenerieren. Die Geschichte der Nazis war immer auch eine Geschichte ihrer Unterschätzung.

Es ist allerdings damit ganz und gar nicht gesagt und läßt sich nicht voraussagen, in welchen Zeiträumen es der deutsche Imperialismus taktisch für angebracht hält, die Naziorganisationen mehr in den Vordergrund zu spielen. Denn die Nazi-Aktivitäten sind für den deutschen Imperialismus heute immer noch durch den Sieg der Anti-Hitler-Koalition über Nazi-Deutschland vor allem aus internationalen Gründen eine zweischneidige Sache. So nützlich die Nazis als Einpeitscher und Stichwortgeber für Nationalismus und Rassismus sind - das sogenannte „Ansehen Deutschlands" ist immer noch ein gewichtiger Faktor.

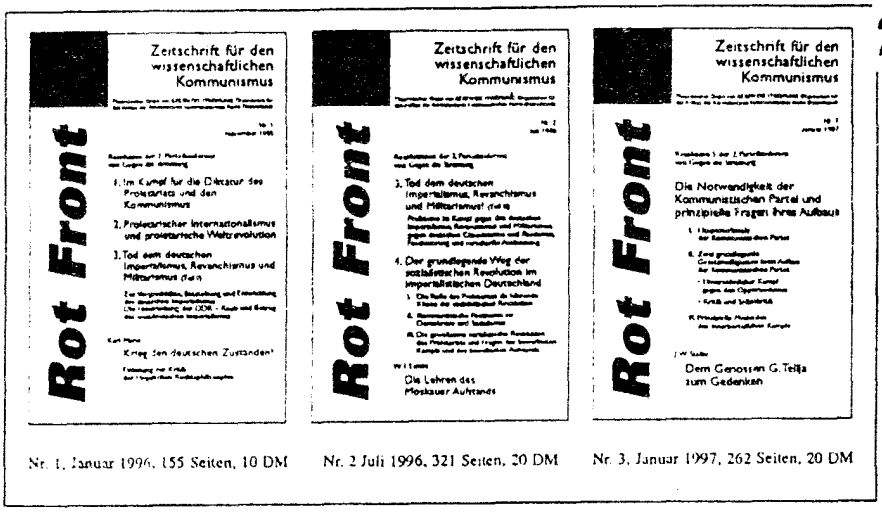
In der Weimarer Republik kam der deutsche Imperialismus, nachweisbar erst 1929/30, also 3-4 Jahre vor der Nazi-Diktatur, zur Auffassung, die NSDAP in kurzer Zeit in den Vordergrund zu spielen und über die Koalition mit der Partei der „Deutsch-Nationalen" durch massive finanzielle Spritzen der namhaften Vertreter des deutschen Kapitals zur Übernahme der Staats-und Regierungsgeschäfte vorzubereiten. Die komplexen Gründe für die Übernahme der Staatsgeschäfte des deutschen Imperialismus durch die NSDAP genau zu analysieren ist eine Sache (die Aufgabe der Zerschlagung der kommunistischen Arbeiterbewegung und aller demokratischen Kräfte, die Zentralisierung des Staatsapparates, Kriegsvorbereitungen, die Notwendigkeit des Führerkults und des durch die Nazis auf die Spitze getriebenen deutschen Nationalismus und Rassismus als entscheidendes Mittel der Verhetzung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung), sich selbst und anderen klarzumachen, daß bei entsprechenden gesellschaftlichen Konstellationen einige Jahre genügen, um Nazis an den Regierungsgeschäften zu beteiligen als Schritt auf dem Weg zu Errichtung der nazifaschistischen Diktatur ist das andere.

Zur Rolle der faschistischen Parteien in anderen Ländern

Zur Bagatellisierung der deutschen Nazis ist es nicht unüblich, daß auf die immensen Erfolge der „Nationalen Front" in Frankreich, der faschistischen Parteien in Italien, der Haider-FPÖ in Österreich sowie der Schirinowski-Partei in Rußland verwiesen wird.

Wer sich auch in diesen Fragenkomplex hineindenkt, wird verstehen, daß es aus nazistischer Sicht logisch ist, und den Interessen des deutschen Imperialismus völlig entspricht, daß zunächst in anderen Ländern das angebliche „Tabu" durchbrochen wird, daß faschistische politische Kräfte nach der Niederlage des Nazifaschismus direkt und hochoffiziell zunächst an der Regierung beteiligt werden. „Normalisierung" wird dies dann genannt, wenn demnächst in Rußland, Österreich oder Frankreich nationalfaschistische Kräfte an der Regierung beteiligt werden – in Zusammenarbeit mit der Nazi-Abteilung des deutschen Imperialismus.

So werden die heute tonangebenden Kräfte auf der politischen Bühne in Deutschland früher oder



später das Spiel spielen, daß diese neuen Bedingungen sie – angeblich „eigentlich gegen ihren Willen" – schließlich gezwungen hätte, mit den vom deutschen Imperialismus weitgehend gelenkten Haider-Nazis, den russischen Faschisten oder den französischen Faschisten zu "verhandeln", um dann im deutschen Parlament die Zusammenarbeit mit nazifaschistischen Organisationen als nächsten Schritt zu rechtfertigen und so weiter.

Ein weiterer Aspekt ist: Ein erheblicher Teil der *Kraft* der DVU liegt in den offiziellen ausgezeichneten Beziehungen zu den russischen Faschisten. Ein wesentlicher gewichtiger Faktor für die Naziorganisationen in Deutschland sind die sehr guten, aber noch nicht an die große Glocke gehängten Beziehungen zu den Haider-Nazis in Österreich.

Die Perspektive der proletarischen Revolution für den Kommunismus

Ein tiefer Zusammenhang zwischen Nazifaschismus und Kapitalismus ist in der auf die Spitze getriebenen kapitalistischen Ideologie zu finden, eben der Nazi-Ideologie. Die Brutalität des Profitsystems, die Logik, nach der der Stärkere den Schwächeren totschlägt – die Ideologie des Sozialdarwinismus, daß sich die Dinge „wie in der Natur" regeln – all das sind zugespitzt Elemente der Ideologie der kapitalistischen Gesellschaft gemischt mit Rassismus, die die Nazis so attraktiv für den Kapitalismus machen. Ganz besonders betroffen sind vor allem die jüdische Bevölkerung und die Sinti und Roma in Deutschland, die Opfer der nazistisch-rassistischen Völkermordpolitik.

Eine tiefe inhaltliche Kritik der Ideologie des Nazismus wird das biologistische Weltbild vernichten müssen, das in seinen Kernaussagen dem kapitalistischen Weltbild entspricht, so wie eine politisch und ökonomische Beseitigung der Wurzeln des Nazismus die Beseitigung des Kapitalismus erfordert.

Natürlich ist es eine Gefahr, sich von Nazi-Aktivitäten vor Ort ablenken zu lassen, die Zusammenhänge mit der Politik des deutschen Imperialismus zuwenig zu berücksichtigen. Aber ganz gewiß ist die noch größere Gefahr, gar nichts zu tun.

Es gehört zu den weit verbreiteten Irrtümern in verschiedenen sich als „revolutionär-antifaschistisch" verstehenden Organisationen, daß – da ja die Wurzel des Nazifaschismus der Kapitalismus ist – der Kampf gegen die Nazis sozusagen „spontan", „automatisch" in den Kampf für die proletarische Revolution einmünden müsse. Die eigentliche Aufgabe, diesen Zusammenhang bewußt herzustellen, wird so „übersprungen".

Es geht unserer Meinung nach darum, angesichts der vielfältige Aufgaben, klar zu trennen, um verbinden zu können: die nötigen Aufgaben im demokratischen Kampf von den langfristigen, eigenständigen Aufgaben der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution, sowie die Arbeit für den Aufbau der Kommunistischen Partei von den Aufgaben im Kampf gegen die Nazis.

Den Nazifaschismus in all seinen Erscheinungen mit der Wurzel vernichten heißt, das imperialistische System, den Kapitalismus vernichten. Der Kampf gegen Nazismus muß in den Kampf für die Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung eingeordnet und diesem untergeordnet werden.

Quellen:

(1) (Antifareader, Berlin 1996, S. 87)

(2) (ebenda, S. 17)

(3) (ebenda, S. 38)

(4) (ebenda, S. 9)

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN:
Mittwoch bis Freitag 16.30 – 18.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
GEÖFFNET:
Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Beilage zum Flugblatt – Februar 1997

Kampf gegen die braune Pest ...

*Eine Auswahl aus den Publikationen von **Gegen die Strömung** zum Thema*

GEGEN DIE STRÖMUNG
Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Zur Geschichte des Nazifaschismus – die bis heute ungebrochene Tradition

GDS, Nr. 34 (16 S.), Mai 1985

1945: Der deutsche Imperialismus ist geschlagen, aber nicht zerschlagen!
1985: Dieselben Monopole in Westdeutschland an der Macht!

Die Wurzeln des Faschismus durch die sozialistische Revolution vernichten!

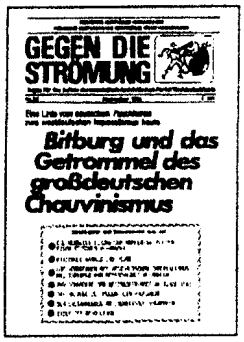
GDS, Nr. 35 (60 S.), September 1985

Eine Linie vom deutschen Faschismus zum westdeutschen Imperialismus heute

Bitburg und das Getrommel des großdeutschen Chauvinismus

Angesichts der ungeheuren Provokation der Ehrung von SS und Nazi-Wehrmacht durch die Bundesregierung:

Die Frage der Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen der herrschenden Klasse / Wer die Verbrechen des deutschen Imperialismus heute nicht bekämpft, macht sich mitschuldig / Die Oder-Neiße-Grenze und die Umsiedlung von Deutschen aus Polen verteidigen! / Ziele der Revolution!



Flugblatt 7/89

50 Jahre nach dem Überfall auf Polen:

Die deutschen Imperialisten versuchen, ihre Verantwortung für den 2. Weltkrieg abzuwälzen

Gegen die erneute Verbreitung der Nazi-Lüge, der Krieg gegen die Sowjetunion Stalins sei „gerecht" gewesen.

Flugblatt 6/91:

Vor 50 Jahren überfiel der deutsche Imperialismus die damals sozialistische Sowjetunion:

Keine Illusionen über den west/deutschen Imperialismus!

Flugblatt 2/92

Zur Wannsee-Konferenz 1942

Nichts vergessen!

Der fabrikmäßige Völkermord der Nazis – auch eine Drohung des deutschen Imperialismus für die Zukunft!

Flugblatt 4/92

Ein Nazi-Verbrecher und seine Karriere: Nazi-Offizier – revisionistischer SED-Funktionär – SPD-Spitzenpolitiker

Was der „Fall Just" lehren kann!

Flugblatt 1/93

Gegen Verfälschung und Verkürzung: Die wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus verstehen!

Der Kampf gegen die Nazis macht die Auseinandersetzung mit der Nazi-Ideologie, letztlich mit der Ideologie des deutschen Imperialismus notwendig.

GDS, Nr. 62 (110 S.), Mai 1993

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die KZs und Vernichtungslager im System des Nazi-Faschismus / Merkmale des Herrschafts- und Überwachungssystems in den KZs und Vernichtungslagern / Antinazistischer Widerstand und die Rolle der Kommunistischen Kräfte / Die bewaffneten Aufstände in den Vernichtungslagern Auschwitz-Birkenau, Treblinka und Sobibor.

Flugblatt 2-3/95

50 Jahre Bombardierung Dresdens: Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus!

Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden mußte!

Flugblatt 4/95

Den Widerstand der 11 Kommunistischen Parteien in Buchenwald vor allem gegen antikommunistische Lügen, aber auch deutsch-chauvinistische SED-Fälschungen verteidigen!

50 Jahre Schwur von Buchenwald:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!"

Flugblatt 5/95

8. Mai 1995: 50 Jahre militärischer Sieg über den Nazi-Faschismus!

Das Potsdamer Abkommen - eine scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus

Nazibanden und Staat Hand in Hand - Widerstand dagegen

GDS, Nr. 36 (64 S.), Oktober 1985 und Flugblätter

Die Ermordung Günter Sares zeigt das wahre Gesicht des westdeutschen Imperialismus!

Während der Kundgebung gegen eine NPD-Veranstaltung wurde der Antifaschist Günter Sare durch einen Wasserwerfer-Einsatz der Polizei ermordet.

GDS Nr. 36 dokumentiert u.a. die Flugblätter: „Die Braune Pest geht vom Staat aus!", „Die Drecksargumente gegen die militanten Antifaschisten zerschlagen!".

GDS, Nr. 38 (60 S.), August 1986

Den erstarkenden Antisemitismus bekämpfen!

Der Antisemitismus wird wieder salonfähig – in extrem rechten wie in „linksliberalen" Kreisen. Vier demagogische Manöver des Antisemitismus ***nach*** Auschwitz werden analysiert und entlarvt.

Flugblatt Januar 1986

Kollege Ramazan Avci von neofaschistischer Gruppe erschlagen!

Flugblatt, September 1986

Verhindert Abschiebung und Massenausweisungen von politisch Verfolgten, die ihr Recht auf Asyl fordern! Kämpft gegen die Verdummung und Verhetzung der westdeutschen Bevölkerung!

Der westdeutsche Imperialismus schürt die Atmosphäre für Pogrome

Flugblatt 4/89

Ein neues Kapitel in der Geschichte Westdeutschlands: Nazi-Partei NPD erzielt Durchbruch! Die Nazis sind wieder hoffähig geworden!

Zerschlagt die Nazi-Banden!

NPD mit 7 Abgeordneten im Frankfurter Stadtparlament / Verbot? Kein Verbot? Wie wirklich gegen die Nazis ankämpfen?

Flugblatt 8/89

Angesichts der jüngsten Verfolgungen durch den westdeutschen Imperialismus:

Den Kampf der Sinti und Roma unterstützen!

Entlarvung der ungebrochenen Tradition des Antiziganismus - der Verfolgung und des Rassismus gegen die Sinti und Roma - bis heute.

GDS, Nr. 57 (24 S.) und Flugblatt 10/91

Nazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN, die seit langem eine Politik der „Abschreckung" verkünden:

Pogrome!

In HOYERSWERDA wurden erstmalig insgesamt fünf Tage lang, mit Unterstützung der reaktionärsten Teile der Bevölkerung, von nazistischen Mörderbanden öffentlich Wohnungen von Asylsuchenden und Arbeitern aus anderen Ländern angegriffen.

Ein Artikel entwickelt Perspektiven des Kampfes für alle antinazistischen und revolutionären Kräfte und analysiert zu diesem Zweck den Zusammenhang von Völkerwanderung, demokratischem Asylrecht und proletarischem Internationalismus.

Flugblatt 9/92

Pogrome in ROSTOCK und anderswo unter der Regie des west/deutschen Imperialismus:

Dahinter steckt System!

Kein „Verständnis" und keinerlei Zugeständnisse an Biedermänner und Brandstifter! / Ohne die Nazis und ihre aktiven Helfer zu schonen – vor allem die Politik des west/deutschen Imperialismus bekämpfen! Die Braune Pest geht von diesem Staat aus / Kapitalismus und Nazis / Den aktiven Kampf gegen die Nazi-Verbrecher forcieren! Mit aller Kraft eine starke kommunistische Partei aufbauen.

Flugblatt 11/92

8. November 1992:

Die Drecksargumente gegen die konsequenten Nazi-Gegner bekämpfen!

Nach den Nazi-Morden von MÖLLN heuchelten die Politiker des west/deutschen Imperialismus „Mitgefühl". Die berechtigten Proteste gegen diese Propagandashow wurden mit massivem Knüppeleinsatz der Polizei unterdrückt.

Flugblatt 6/93

Doppelt und dreifach zurückschlagen!

Dieses Flugblatt prangert die Nazi-Morde von SOLINGEN an und ruft auf: „Alle Nazi-Gegner müssen sich mit den Kolleginnen und Kollegen ohne deutschen Paß, mit den Sinti und Roma, mit der jüdischen Bevölkerung und den Asylsuchenden zum militanten Selbstschutz zusammenschließen!" und den Kampf gegen Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus führen!

Flugblatt 1/94

Die Zusammenarbeit der demokratischen und revolutionären Organisationen aller Nationalitäten vorantreiben!

Den Kampf gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Banden organisieren!

Beilage:

Die Erklärung der ERNK zu den Nazi-Morden in Solingen schadet den in West/Deutschland kämpfenden antifaschistischen Kräften.

Flugblatt 1/94

Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der ANTIFA (M) in Göttingen!

Gegen die staatliche Verfolgung und Kriminalisierung der ANTIFA (M) / Kritik an deren Konzept.

Flugblatt 12/94

In jeder physischen Auseinandersetzung mit Nazi-Kadern geht es um Leben und Tod! Wer das bestreitet, lügt!

Der Organisator der Nazi-Morde Kaindl wird nicht der letzte sein, der auf der Straße liegenbleibt!

Das Flugblatt stellt heraus: „die mehr als 80 Nazi-Morde, die unzähligen Nazi-Mordanschläge, ... – all dies wird unweigerlich dazu führen, daß die Verfolgten, die von Mord und Totschlag Bedrohten zur Selbsthilfe greifen, sich bewaffnen. Es wird unweigerlich dazu führen, daß sie dort, wo sie eindeutig auf Nazi-Kader, auf Nazi-Mörder treffen, deren Mordabsichten und Mordversuchen zuvorzukommen versuchen."

Flugblatt 2/96

Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck!

Zehn Ermordete, 38 größtenteils Schwerverletzte war die blutige Bilanz des Nazi-Brandanschlags auf ein Flüchtlingswohnheim in LÜBECK.

Beispiellos in der Geschichte der BRD ist nicht nur das Ausmaß dieses Nazi-Verbrechens, beispiellos ist auch die Kumpanei zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, bürgerlichen Medien und Nazis. Die Notwendigkeit eigener Recherchen und eigenständiger politischer Enthüllungen wird betont!

Im folgenden Flugblatt 3/96: Interview mit dem Bruder des „Hauptverdächtigen" Safwan Eid / Am Beispiel des Nazi-Brandanschlags von HATTINGEN 1993 wird gezeigt, wie die Vertuschung von Nazi-Anschlägen in Deutschland Methode hat.

Flugblatt 9/96

Hannover, Worms, Grevesmühlen... Nazis schützen, Linke verfolgen

Der Polizeistaat bei der Arbeit!

Flugblatt 11/96

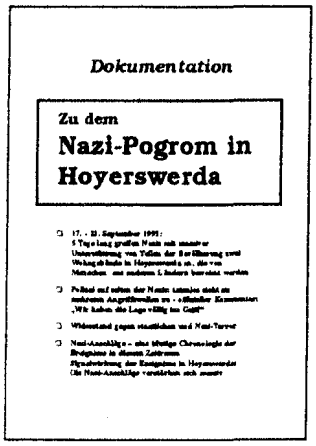
Der Syrer Achmed Bachir von Nazis in Leipzig erstochen – der Grieche Vassilis nach Festnahme in Handschellen von hinten von der Polizei „auf der Flucht erschossen" – drei Menschen aus der Türkei durch Brandanschlag in Karlsruhe ermordet!

Nazis und Polizei – Mord und Totschlag!

Nazi-Pogrome und Nazi-Anschläge von 1991 bis 1996

September 1991:

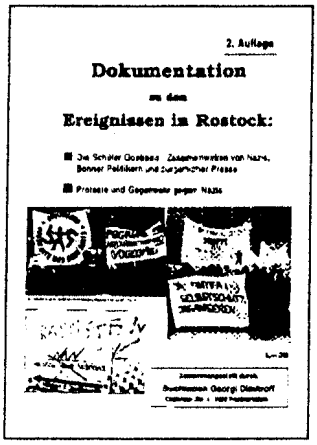
Nazi-Pogrom in Hoyerswerda



5 Tage lang Belagerung und Angriffe von Nazis mit massiver Unterstützung von Teilen der Bevölkerung auf zwei von Menschen aus anderen Ländern bewohnte Häuser.

August 1992:

Nazi-Pogrom in Rostock



2 Tage und 3 Nächte andauernde Belagerung und Angriffe bis zur Brandlegung von Nazis mit massiver Unterstützung von Teilen der Bevölkerung auf eine Flüchtlingsunterkunft.

November 1992 und Mai 1993:

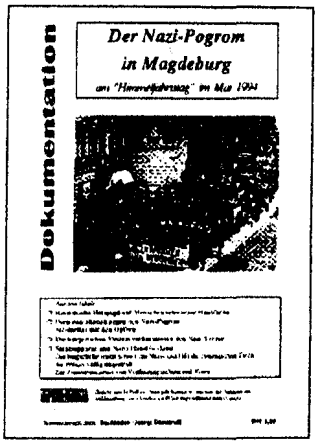
Nazi-Morde in Mölln und Solingen

- 3 Tote in Mölln,
- 5 Tote in Solingen

durch die Nazi-Brandanschläge auf zwei von Arbeiterinnen und Arbeitern aus der Türkei bewohnte Häuser.

Mai 1994:

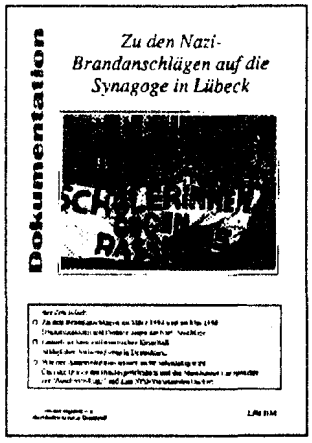
Nazi-Pogrom in Magdeburg



Am „Himmelfahrtstag" veranstalten Nazi-Schläger eine Hetzjagd auf Menschen mit schwarzer Hautfarbe in der Innenstadt. Hilfe für die Verfolgten kam nur von Menschen aus anderen Ländern.

März 1994 und Mai 1995:

Nazi-Brandanschläge auf die Lübecker Synagoge



Nur durch Zufall entkamen die dort Wohnenden dem antisemitischen Mordanschlag, dessen Zeitpunkt die Nazis bewußt zum 50. Jahrestag der Niederlage des Nazifaschismus wählten.

Januar 1996:

Nazi-Massaker in Lübeck

- 10 Tote,
- 38 größtenteils Schwerverletzte durch Nazi-Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Systematische Vertuschungsversuche von seiten des Staats.

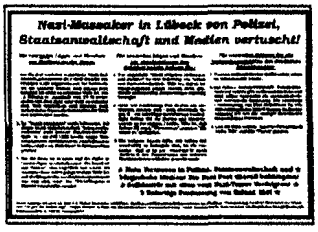
Pressespiegel von 1987 bis 1993:

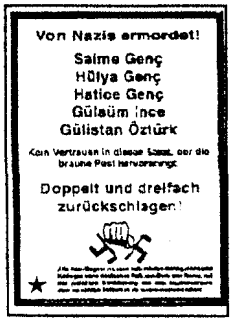
"Unter uns keine Sklaven, über uns keine Herr'n!"

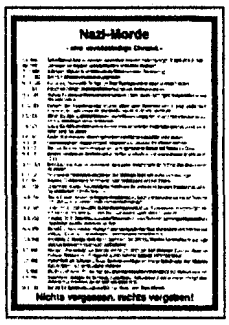
Schwerpunkte:

- **Proteste und Widerstand gegen die rassistisch-chauvinistische Hetze und Politik in Westdeutschland**
- **Offener Rassismus:**
  - Die Saat geht auf: Von rassistischen Überfällen bis zu Pogromen!
  - Den Asylsuchenden wird das Leben zur Hölle gemacht!
  - Beteiligung von Bundeswehrangehörigen an rassistischen Anschlägen
- **Die braune Pest geht von diesem Staat aus:**
  - Westdeutsche Justiz nimmt Nazis in Schutz!
  - Westdeutsche Polizei - Hand in Hand mit Nazis und Rassisten!
  - Einreiseerschwernisse, Ablehnung von Asylsuchenden und Abschiebungen
- **Methoden der bürgerlichen Presse**
- **Antisemitismus**
- **Chauvinistische Hetze gegen Sinti und Roma**

Plakate:







Zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M., Fax.: 069 / 730920

Nazi-Mord an Frank Böttcher in Magdeburg am 9.2.1997!

Ganz gezielt lauerten die Nazi-Mörder dem 17-jährigen Frank Böttcher auf und ermordeten ihn durch Fußtritte gegen den Kopf und mehrere Messerstiche in den Rücken, nachdem Nazis ihn zwei Stunden zuvor schon beschimpft hatten. Schon seit Wochen kommt es in Magdeburg immer wieder zu nazistischen Hetzjagden. An diesem Abend machten die Nazis systematisch Jagd auf „Linke", fast an jeder Straßenbahnhaltestelle postierten sie sich und verbreiteten Angst und Terror.

Nicht erst nach diesem weiteren Nazi-Mord ist bekannt, daß Magdeburg eine Nazi-Hochburg ist. Seit 1991 kam es in Magdeburg zu unzähligen nazistischen Angriffen gegen Menschen, die die Nazis als „undeutsch" bezeichnen, bei denen Dutzende verletzt und mindestens vier ermordet wurden. Am 4.8.1991 überfielen 30-40 Nazis drei Punks und ermordeten einen von ihnen, am 9.5.1992 überfielen 60 Nazis eine Gartenwirtschaft, in der sich linke Jugendliche befanden, und ermordeten Thorsten Lamprecht. Am 24.4.1993 überfielen 50 Nazis eine Diskothek, der 23-jährige Matthias L. wurde totgeschlagen. Am „Himmelfahrtstag" im Mai 1994 marschieren 150 Nazis durch die Innenstadt von Magdeburg und terrorisierten praktisch ungstört den ganzen Tag über Menschen aus anderen Ländern, machten Jagd auf Menschen mit schwarzer Hautfarbe unter den Augen von deutschen Schaulustigen. Dieser Nazi-Pogrom steht in einer Reihe mit Hoyerswerda, Rostock und Mannheim-Schönau, es gab Dutzende von Verletzten und ein Opfer, Farid Boukhit, starb im September 1994 an den Folgen seiner Verletzungen. Die meisten Nazi-Angriffe liefen unter dem direkten Schutz der Polizei ab, die sich in der Nähe befand, aber nicht eingriff und die Nazis gewähren ließ. Die nazistischen Schläger und Mörder wurden von der Justiz in den meisten Fällen nicht gerichtlich belangt oder zu lächerlich geringen Strafen verurteilt.

Der Kommentar der Polizei zu dem erneuten Nazi-Mord lautet: man ermittle in „alle Richtungen", es sei nicht klar, ob es „Rechtsradikale" gewesen seien, es könne auch ein „Raubüberfall" oder „eine Auseinandersetzung innerhalb der linken Szene" gewesen sein! Dies ist ein weiterer Versuch, einen Nazi-Mord zu vertuschen und ist faktisch eine Inschutznahme der Nazi-Mörder.

Am Sonntag demonstrierten ca. 500 Antifaschisten und Antifaschistinnen gegen den Nazi-Mord. Nun zeigte die Polizei, „was sie kann". Brutale Knüppeleinsätze und 10 Festnahmen - so lautete ihre „Erfolgsmeldung". Die Demonstrantinnen und Demonstranten setzten sich militant mit Steinen und Flaschen zur Wehr. In der Nacht zum Montag errichteten Antifaschistinnen und Antifaschisten Straßenbarrikaden und griffen die Polizei, die die Straße räumen wollte, erneut militant an.

Solidarität mit den Nazi-Opfern!

Nichts vergeben, nichts vergessen!

Tod dem Nazismus!

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!
GEGEN DIE STRÖMUNG
Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands
Februar 1997

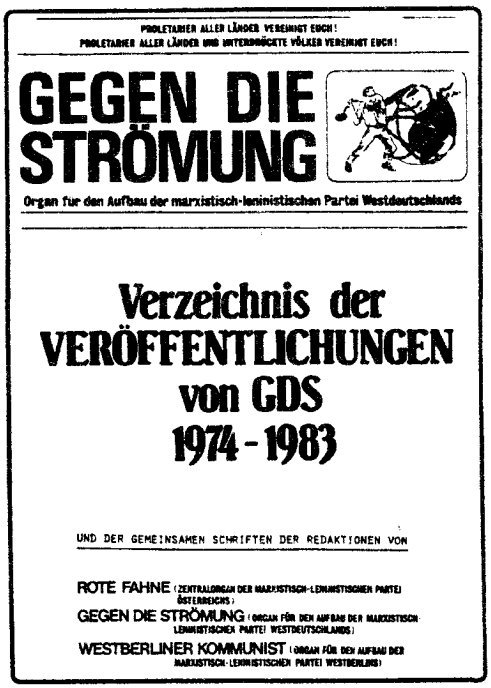
Verzeichnis der Veröffentlichungen

von

Gegen die Strömung

1974 - 1994

(Teil I und Teil II)


PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Verzeichnis der VERÖFFENTLICHUNGEN von GDS 1974-1983

UND DER GEMEINSAMEN SCHRIFTEN DER REDAKTIONEN VON

ROTE FAHNE (ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS)
GEGEN DIE STRÖMUNG (ORGAN FÜR DEN AUFBAU DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI WESTDEUTSCHLANDS)
WESTBERLINER KOMMUNIST (ORGAN FÜR DEN AUFBAU DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI WESTBERLINS)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

November 1995

Verzeichnis der Veröffentlichungen von GDS

(Teil II)

1984 - 1994

Aus dem Inhalt:

- Übersicht der Zeitschriften mit Inhaltsverzeichnis (zum besseren Einblick in die Themenschwerpunkte)
- Angaben zu Nachdrucken von Schriften der Klassiker Marx, Engels, Lenin und Stalin
- Übersicht der herausgegebenen Flugblätter
- Faksimiles der Plakate und Aufkleber des Buchladen Dimitroff

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

3/97 März 1997

Erfahrungen aus dem militanten Kampf der Bergarbeiter

Mehrere Tage lang kämpften Zehntausende Bergarbeiter mit vielfältigen Aktionen gegen die drohenden Betriebsstillegungen und die angekündigte Beseitigung Zehntausender Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau. Während dieses Kampfes der Bergarbeiter wurden zwei Dinge sichtbar:

Erstens **zeigte sich, daß es nicht immer gelingt, die Wut, die Entschlossenheit und den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter voll und ganz unter Kontrolle zu halten. Es wurde deutlich, welche Kraft in der Arbeiterklasse, in ihrem Kampf steckt, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter ohne und gegen die großen und kleinen Arbeiterbetrüger kämpfen.** ***Zweitens*** **war nicht zu übersehen, wie groß der Einfluß der verfluchten Sozialdemokratie, der Gewerkschaftsfürsten und auch revisionistischer Kräfte in den kämpferischsten Teilen der Arbeiterklasse ist, wie relativ schnell eine großartig sich entwickelnde Arbeiterbewegung gestoppt und in die Demoralisierung getrieben werden kann. Demoralisieren, demoralisieren und noch mal demoralisieren - das war und ist die Aufgabe der Arbeiterbetrüger an der Spitze der Gewerkschaften. Die falschen „Arbeiterfreunde" unterstützen den Kampf, loben ihn heuchlerisch, um ihn im nächsten Augenblick abzuwürgen. Und unsere Schlußfolgerung daraus? Es geht darum, sich mit aller Kraft auf die Arbeiterklasse zu konzentrieren, ihre gerechten Kämpfe maximal zu unterstützen, innerhalb der Betriebe eine weitreichende Vernetzung zwischen den fortschrittlichsten Kräften zu schaffen. Es geht darum, die Kommunistische Partei innerhalb der Großbetriebe, den Hauptfestungen kapitalistischer Ausbeutung, systematisch aufzubauen, um die bürgerliche Ideologie innerhalb der Arbeiterklasse bekämpfen und möglichst weitgehend besiegen zu können, um zur führenden Kraft in den Kämpfen der Arbeiterklasse gegen das Kapital, gegen den Kapitalismus zu werden.**

Die Kampfaktion der Bergarbeiter in Bonn und die widerliche Abwiegelei der IGBE-Fürsten im Bündnis mit der SPD-Führung

Der Auslöser der Kämpfe der Bergarbeiter war die öffentliche Ankündigung der Bonner Regierung vom 6.3.1997, daß von heute noch 85.000 Arbeitsplätzen im Steinkohlebergbau 56.000 zerstört werden sollen. Das bedeutet, daß 10 der insgesamt 17 Zechen im Steinkohlebergbau geschlossen werden (junge welt, 13.3.).

Das „Gegenangebot" der IGBE-Fürsten strotzt nur so von „Sozialpartnerschaft" und Verständnis für die Kapitalisten. Der Plan von Berger, Vorsitzender der IGBE, Bundestagsabgeordneter der SPD, der diverse Sitze in verschiedenen Aufsichtsräten einnimmt, sieht folgendermaßen aus: Bis 2005 sollen die staatlichen Subventionen auf 6,5 Milliarden Mark im Jahr zurückgefahren werden, das rette angeblich 45.000 der 85.000 Arbeitsplätze! Die IGBE-Fürsten gingen also im Interesse der Kapitalisten und ihren Plänen, die Produktion aus dem Steinkohlebergbau in andere profitablere Bereiche zu verlegen, in die „Verhandlungen".

Gegen diese drohenden Betriebsstillegungen und die damit verbundene Arbeitslosigkeit Zehntausender entfaltete sich ein massiver Kampf von Zehntausenden Bergarbeitern, der die unterschiedlichsten Formen annahm, von Demonstrationen, Straßenblockaden, Streiks über Betriebsbesetzungen und Besetzungen von Rathäusern bis zu militanten Aktionen in Bonn.

Am 10.3.1997 beginnen die Aktionen in Bonn, die Druck ausüben sollen auf die am nächsten Tag stattfindenden „Verhandlungen" zwischen IGBE-Führung und der Bonner Regierung. Die FDP-Parteizentrale wurde blockiert, mehrere tausend Bergleute aus dem Ruhrgebiet demonstrierten in Bonn vor dem Regierungsviertel. Die Wut der Bergleute entlud sich vor allem gegen die FDP-Zentrale: Scheiben und Inventar wurden zerstört, es wurde niemand reingenoch rausgelassen (Kölner Stadtanzeiger, 2.3.1997). Berger demonstriert, auf wessen Seite er steht, wenn er sich offen gegen die Kämpfe der Bergarbeiter ausspricht: „Es ist gegen unseren Rat zu dieser Bewegung gekommen" (Neues Deutschland, 12.3.1997).

Bergarbeiter durchbrechen militant Polizeisperren in Bonn

Die nun kommende Abwiegelei der IGBE-Fürsten im Zusammenspiel und mit verteilten Rollen mit der SPD-Führung, der Polizei, den bürgerlichen Medien und den anderen Bonner Parteien ist ein Musterbeispiel, wie derartige Manöver ablaufen und funktionieren.

Die SPD übernahm zusehends die Rolle der „arbeiterfreundlichen Opposition". Bergarbeiter wurden in der SPD-Zentrale mit Essen und Trinken versorgt und konnten dort übernachten. Die Bundestagsfraktionen der SPD, der Grünen und der PDS gingen geschlossen zu den Bergarbeitern, um „Solidarität" zu heucheln.

Als am 11.3.1997 bekannt wurde, daß die Bonner Regierung unter „dem Druck der Straße" nicht verhandeln und die Verhandlungen einfach auf den 13.3.1997 verlegte, hatte die Wut der Bergarbeiter ihren Höhepunkt erreicht. Hunderte von Bergarbeitern durchbrachen die Absperrgitter zur sogenannten „Bannmeile", indem sie die wenigen postierten Polizisten einfach beiseiteschoben. Scheiben gehen zu Bruch, ein Polizeiauto wird versucht umzuwerfen. Hunderte drangen in die „Bannmeile" ein und zogen weiter Richtung Regierungsviertel. Gewerkschaftsfürsten wiegelten ab, riefen zur Umkehr auf, was aber vorerst nicht gelang. Die Polizei setzte Schlagstöcke ein und stoppte die Bergarbeiter einige hundert Meter weiter. Vor allem SPD-Politiker wie Matthäus-Meier und Scharping wiegelten gekonnt ab, indem sie mahnten: „Setzt euch nicht ins Unrecht". (FR, 12.3.1997) „Keinen Krach mit der Polizei!", „Bleibt, aber keine Gewalt" (Kölnische Rundschau, 12.3.1997). Vor allem aufgrund der Abwiegelei der SPD-Führung kehrten die Bergarbeiter nach einer Stunde wieder um und verließen die „Bannmeile" (Westfalenpost, 12.3.1997).

FDP und CDU sprachen gemäß ihre Rolle als „Scharfmacher" von „Gewalttätern und Randalierern". In den bürgerlichen Medien wurde „Verständnis für das Anliegen der Bergarbeiter" geheuchelt, aber gegen die „Gewalttäter" gehetzt, sie stellten es so hin, als wäre „der Alkohol" schuld, als seien „die Randalierer" alles „Betrunkene" gewesen. In einigen Stunden hatten die berufsmäßigen Abwiegler wieder die weitgehende Kontrolle, was sich den ganzen Tag nicht mehr änderte. Zur „Besänftigung" wurden Funktionäre der IGBE abgestellt, die immer wieder über Megaphon abwieglerische Durchsagen machten.

Dann begann ein weiterer Höhepunkt der Abwiegelei durch die IGBE-Fürsten und die SPD-Führung. Berger verkündete auf einer am selben Tag initiierten Kundgebung in Bonn, daß man auf die Forderungen von Kohl eingehen müsse, sonst würden keine Verhandlungen zustande kommen, man müsse eben zurück in die Reviere gehen, d.h. ins Saarland und ins Ruhrgebiet, und „abwarten". Als dieser „Vorschlag" zum großen Teil auf wütende Proteste stieß, wurde er am nächsten Tag variiert: Man solle nach Köln gehen und dort auf das Ergebnis der Verhandlungen warten, verkündete Berger auf einer weiteren Großkundgebung mit Unterstützung von Lafontaine und Scharping (Kölner Stadtanzeiger, 12.3.1997). Wenn es zu keinem Ergebnis käme, so erklärte Berger vollmundig, dann würden 100.000 erneut nach Bonn marschieren (ebenda, 13.3.1997). Dieses Manöver ging voll auf. Nach kurzem Zögern zogen bis am Mittag die Bergarbeiter aus Bonn ab, 10.000 Bergarbeiter aus dem Saarland wurden nach Köln transportiert, wo sie durch ein „Kulturprogramm" und mit Reden von Scharping, Lafontaine, und diversen DGB-Fürsten eingelullt wurden, damit sie

Beilage: Erklärung zur bewaffneten Aggression der Bundeswehr und zum bewaffneten Aufstand in Albanien

Weitere Kämpfe der Bergarbeiter vom 7.3.1997 bis zum 13.3.1997

● Schon am 7.3.1997 wurden im Saarland mehrere Autobahnen und Bundesstraßen stundenlang blockiert, z.B. die A 620, das Autobahnkreuz A 1 und A 8 bei Quierschied, die B 51 bei Ensdorf. Insgesamt waren an diesen Aktionen mehrere tausend Bergarbeiter beteiligt.

● Am 8/9.3.1997 wurden alle Zechen des Steinkohlebergbaus besetzt und bestreikt. Es gab in mehreren Städten Demonstrationen mit mehreren tausend Bergarbeitern gegen die drohenden Entlassungen. Betriebsversammlungen mit mehreren tausend Kumpel berieten vor oder in den Zechen, wie der Kampf weitergeführt werden soll. Mehrere Verletzte gab es am 9.3.1997 in Saarbrücken, als ein Autofahrer absichtlich in eine Gruppe von Bergarbeitern raste, die eine Straße in Völklingen blockierten. Nach Augenzeugenberichten war das nicht der erste Angriff auf blockierende Bergarbeiter durch Autofahrer, sondern es gab weitere Versuche, bei denen nur durch Zufall niemand verletzt wurde (Saarbrükker Zeitung, 1o.3.1997).

● Am 10.3.1997 wurden die Streiks in allen Gruben fortgesetzt. In Saarbrücken wurde eine Demonstration mit 30.000 vor allem Bergarbeitern über die A 620 zum Saarbrücker Landtag durchgeführt. Die A 59 und A 3 werden ebenfalls stundenlang blockiert. Insbesondere Autobahnblockaden können von den IGBE-Bürokraten zeitweise gar nicht oder nur sehr mühsam „im Griff" gehalten werden, ihre Abwiegelei zieht gerade bei diesen wohl am kämpferischsten eingestellten Kollegen nur sehr langsam. Rathäuser in Lünen, Berkamen und Werne wurden vorübergehend besetzt, 5.000 Bergarbeiter demonstrierten in Düsseldorf.

● Am 12.3.1997 wurde die A 1 am Kamener Kreuz, die Autobahn zwischen Völklingen und Saarbrücken durch jeweils mehrere hundert Bergleute blockiert, die B 51 durch 500. Den Hammer Hauptbahnhof besetzten 1.000 Bergarbeiter und blockierten so für mehrere Stunden Zugverkehr. 1.500 Bergleute aus Marl protestierten 2 Stunden lang vor der CDU-Zentrale in Nordrhein-Westfalen. In Bottrop demonstrierten 2500 Bergarbeiter der Zeche Prosper/Haniel.

● Noch am 13.3.1997 besetzten 400 Bergarbeiter das Rathaus in Gladbeck, 300 demonstrierten in Recklinghausen.

● Es gab auch verschiedenste Solidaritätsaktionen für den Kampf der Bergarbeiter, so z.B. eine Demonstration von Schülern im Ruhrgebiet, bei der Besetzung der Rheinhausener Brücke durch Bergarbeiter beteiligten sich Arbeiter von Krupp, Thyssen und Beschäftigte aus Chemiebetrieben, Kollegen aus Lausitzer Braunkohlezechen besetzten eine Kreuzung in Cottbus, ehemalige Kollegen aus Bischofferode sandten Grußadressen an die kämpfenden Bergarbeiter (junge welt, 13.3.1997).

am nächsten Tag den jetzt schon feststehenden „Kompromiß" ruhiger schlucken. Als dann Berger und seine Handlanger am 13.3.1997 triumphierend das durch und durch kapitalistenfreundliche Ergebnis der „Verhandlungen" mit der Bonner Regierung in Köln als „Sieg" verkauften - bis 2005 soll es 45.000 Beschäftigte weniger im Steinkohlenbergbau geben, sowie angeblich keine Entlassungen, was natürlich gelogen ist -, gab es nur noch wenige Gegenstimmen. Die Stimmung unter den mehreren tausend Bergarbeitern schlug um und neigte sich eindeutig auf die Seite der IGBE-Fürsten. Der angebliche „Sieg" wurde nun auch von der übergroßen Mehrheit der Bergarbeiter in Köln gefeiert. In wenigen Minuten waren die Bergarbeiter in Busse dirigiert und auf der Heimfahrt ins Saarland. Die Abwiegelei der IGBE-Führung war erfolgreich beendet, auch die Aktionen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen wurden weitgehend eingestellt.

Die Justiz wird nach den Aktionen in Bonn aktiv. Zwecks Abschreckung für künftige Kämpfe laufen jetzt die ersten Strafverfahren an wegen Autobahnblockaden und dem Eindringen in die „Bannmeile" (Westfalenpost, 13.3.1997). Wegen Blockaden der A 59 und A 3 am 10.3., der Blockade der B 9 in Bonn und der Blockade der FDP-Zentrale wird gegen mehrere Bergarbeiter ermittelt (Kölner Stadtanzeiger, 13.3.1997).

Die falschen Freunde entlarven und bekämpfen!

Mit einem ganzen Arsenal an Methoden und Tricks wurde versucht, den Kampf der Bergarbeiter im Zaum zu halten, abzuwürgen, in den Sumpf zu ziehen und zu demoralisieren. Daß das so ablief ist kein Zufall und liegt nicht nur an der Charakterlosigkeit der berufsmäßigen Abwiegler - die sicherlich reichlich vorhanden ist -, sondern hat System und hat tiefere Ursachen. Es läuft immer nach dem gleichen grundlegenden Muster ab - und wird je nach der Situation kombiniert mit brutaler Polizeigewalt:

Abgehalfterte und unglaubwürdige Politiker werden ersetzt durch professionelle „Arbeiterfreunde", die sich in zugespitzter Situation zumindest als das „kleinere Übel" präsentieren, in diesem Fall SPD-Politiker statt CDU- oder FDP-Politiker. Diese Politiker haben zusammen mit gekauften Funktionären des DGB/IGBE auf unterer und mittlerer Ebene, der DGB/IGBE-Führung nur ein Ziel: den Kampf in den Sumpf und in die Resignation zu ziehen, den Kampf zu kanalisieren durch Spaltungsmanöver mit Hilfe von „Kompromissen", Abfindungen für einen Teil der Kolleginnen etc.

Die Methode „Dampf abzulassen", wie in Bonn angewandt, dient dazu, daß die Empörung und die Wut nicht zu groß werden, so daß die Kämpfe außer Kontrolle geraten. Die demoralisierende Wirkung, die von dem Abschalten der Kämpfe durch die DGB-Fürsten ausgeht, führt dazu, daß sich ein Gefühl der Ohnmacht verbreitet, was gerade kämpferische Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich noch keine eigene Kampforganisation innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften geschaffen haben, zermürbt, fertigmacht und von künftigen Kämpfen abhält.

Die ***Funktion der SPD*** war und ist eindeutig: Die SPD ist eine Partei des Kapitals, eine Agentur des deutschen Imperialismus wie alle Bonner Parteien. Sie stand noch nie wirklich auf der Seite der Bergarbeiter, was nicht nur ihr Verhalten bei den jetzigen Kämpfen zeigte. Sie war maßgeblich an der Zerstörung von Arbeitsplätzen im Steinkohlebergbau beteiligt, vor allem als Regierungspartei zwischen 1970 und 1980, wo allein 66.000 Bergarbeiter ihre Arbeit im Steinkohlebergbau verloren (Saarbrücker Zeitung, 12.3.1997). Die SPD hat als Partei des deutschen Imperialismus die Aufgabe - wie alle anderen Bonner Parteien - eben einen bestimmten Teil der Bevölkerung an sich zu binden, um sie an das System des deutschen Imperialismus insgesamt zu ketten. Dabei ist eine ihrer Besonderheiten, daß sie sich ab und an gar „arbeiterfreundlich" gibt.

Die IGBE/DGB-Fürsten und -Bürokraten spielen bei sich entwickelnden Kämpfen eine ganz besondere Rolle. Sie gehören zu einer besondere Schicht der Arbeiterklasse, der Arbeiteraristokratie, einem Stoßtrupp des Kapitals innerhalb der Arbeiterbewegung. Die Tatsache, daß sie aus der Arbeiterklasse kommen, deshalb noch vielfältige Verbindungen dorthin besitzen, erleichtert ihnen mit Hilfe des gesamten DGB-Apparats, jeden Ansatz von wirklicher Radikalisierung der Kämpfe der Arbeiterklasse zu erkennen, einzudämmen und abzuwürgen. Die DGB-Fürsten sind Streikbrecher, Streikverhinderer, Heuchler und Lügner - das haben unzählige Kämpfe gezeigt. Das hat dieser Kampf der Bergarbeiter, das hat auch der Kampf der Kali-Arbeiter in Bischofferode vom August 1993 gezeigt, wo die IGBE-Führung sich ganz offen gegen diesen Kampf ausgesprochen und in ihrem Organ sowie in großformatigen Anzeigen in mehreren Tageszeitungen zum Abbruch des Kampfes der Kali-Arbeiter aufgerufen hat. Das hat vor allem auch der Kampf für den Erhalt des Stahlbetriebes in Rheinhausen 1988 gezeigt.

Die entscheidende ***Rolle der bürgerlichen Medien*** bei solchen Ereignissen wie in Bonn besteht darin, Verständnis für das „Anliegen" der Kämpfenden zu heucheln, aber gleichzeitig zu spalten, abzuwiegeln und eine Stimmung zu erzeugen, die große Teile der Bevölkerung gegen die Proteste aufbringt. Es wird gegen „Gewalttäter" gehetzt, es wird Stimmung gemacht, daß sich Blockaden ja auch gegen den „einfachen Mann" richteten etc. All dies hat große Wirkung auch bei den Kämpfenden selbst, ihren Familien und Unterstützern, schafft Desorientierung und Verwirrung, demoralisiert und hilft deshalb entscheidend, die Kämpfe abzuwürgen.

All das zeigt: Die bürgerlichen Medien sind fester Bestandteil des reaktionär kapitalistisch-imperialistischen Systems, dienen ihm und haben vor allem und über allem die Funktion, dieses Ausbeutersystem zu sichern.

Der deutsche Nationalismus - eine Waffe der deutschen Bourgeoisie im Klassenkampf

Deutsch-nationalistische Parolen wie: „Es geht um deutsche Steinkohle", „Die EG ist schuld", „Wir sitzen alle in einem Boot!", „Es geht um die Erhaltung deutscher Arbeitsplätze", gehörten bei der Abwürgung dieses Kampfes ganz fest zum Arsenal der bürgerlichen Politiker und IGBE-Fürsten. Ein besonders widerliches Beispiel lieferte Scharping in einer Fernsehdiskussion mit Schäuble (CDU) am 12.3.1997. Scharping propagierte dort die chauvinistische Position "Den Deutschen die deutschen Arbeitsplätze!", indem er demagogisch die rhetorische Frage stellte: "Wollen wir, daß in den Ruhr- und in den saarländischen Revieren Kumpel mit 32 oder 35 Jahren entlassen werden müssen, ihre türkischen Kollegen in den Zechen bleiben?" (FR, 14.3.1997).

Diese und die tagtägliche „normale" nationalistische Propaganda der bürgerlichen Medien und Politiker zeigt auch Wirkung bei den Bergarbeitern, nationalistische Ideen und Vorstellungen sind bei der übergroßen Mehrheit fest verankert. Auf Transparenten, in Diskussionen und auch bei einzelnen Aktionen wie z. B. bei der Blockade des Kanals bei Hammeln gegen billige Importkohle aus Polen war das deutlich festzustellen (Bild, 11.3.1997).

Gegen diese nationalistische Propaganda gilt es klarzustellen, daß der deutsche Imperialismus das Instrument EG ausnutzt, um durch Zusammenarbeit und Rivalität vor allem mit Frankreich und England seine Position bei der Ausplünderung der kleineren europäischen Staaten zu verbessern, um seine Position als Nummer eins in Europa weiter auszubauen und zu festigen.

Mit der nationalistischen Propaganda soll der antagonistische Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat vertuscht werden, es wird geleugnet, daß Arbeitshetze und Ausbeutung noch schärfer werden, die Rationalisierungen und Entlassungen vorangetrieben werden, wenn es den Kapitalisten gut geht; es soll vertuscht werden, daß eben Konkurs angemeldet wird, wenn die Profite der Kapitalisten in bestimmten Bereichen nicht mehr maximal sind, daß ganze Fabriken geschlossen werden, damit die Kapitalisten ihr Kapital gewinnbringender in anderen Bereichen anlegen können. Es wird damit von dem wirklich Schuldigen für Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Elend, dem imperialistischen System selbst, abgelenkt, für das die Erzielung von Maximalprofit oberstes Gesetz ist.

Die Bergarbeiter standen an der Spitze der Kämpfe für konsequente Entnazifizierung in Westdeutschland nach 1945

Ohne Zweifel waren es innerhalb Deutschlands vor allem die kommunistisch organisierten und orientierten Arbeiterinnen und Arbeiter, die in tiefer Illegalität der Nazi-Herrschaft Widerstand entgegengesetzt hatten. Doch dieser Widerstand war insgesamt viel zu schwach, war der Kampf einer geringen Minderheit, führte nicht zu Massenaktionen des antinazistischen Kampfes und vor allem nicht zu bewaffneten Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland! Die Nazi-Barbarei, der Völkermord an 6 Millionen Juden, 500.000 Sinti und Roma, die Ermordung von Abermillionen in Polen, in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und vielen anderen versklavten Ländern mußte von „außen", durch die Rote Armee und die Armeen Englands und Amerikas, durch machtvolle Partisanenbewegungen und Volksbefreiungsarmeen beendet werden. Das Potsdamer Abkommen hat völlig richtig die Mitschuld des deutschen Volkes und damit auch der deutschen Arbeiterklasse an den Naziverbrechen sowie die Verpflichtung zu größtmöglichen Reparationen festgestellt und festgelegt.

Auf der Basis dieser Erkenntnisse war eine erste große Aufgabe der Arbeiterklasse in Deutschland nach der militärischen Niederlage des Nazifaschismus den Kampf für die radikale Entnazifizierung auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet zu führen.

Die Ruhrrevierkonferenz der Betriebsräte aller Gruben des Ruhrgebiets erklärte am 14. November 1945:

> **„Die Bergarbeiter wissen, daß der Bergbauverein, die Thyssen, Klöckner, Krupp und alle Aktionäre, die Geldgeber der NSDAP waren. Die Bergarbeiter wissen, daß diese deutschen Grubenbarone mit der Ruhrkohle zwei Kriege vorbereitet und geführt haben. Die deutschen Kohlenbarone sind Kriegsverbrecher."**
> *(Deutsche Volkszeitung, ZO der KPD, 29.11.1945,* zitiert bei G.Manschatz/J. Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet 1945-47, Berlin 1961)

Vor diesem Hintergrund entbrannte in Westdeutschland der erste große Kampf zwischen den antinazistisch aufgerüttelten Teilen des Proletariats und der zwar darniederliegenden, aber keineswegs vernichteten deutschen Bourgeoisie um die Frage der Entnazifizierung und darüber hinaus um die Unschädlichmachung des kriegstreiberischen deutschen Monopolkapitals.

An der Spitze der Anti-Nazi-Kämpfe in Westdeutschland standen die Bergarbeiter.

Einige Beispiele des Kampfes der Bergarbeiter

Auf der Zeche „Friedrich der Große" 3/4 in Herne erzwangen die Kumpels die Entfernung des Bergassistenten Tönnesmann, eines aktiven Nazis, und eines Fahrsteigers, der noch Anfang 1945 sowjetische Zwangsarbeiter mißhandelt hatte. (ebenda, S.51)

Auf der Schachtanlage „General Blumental" in Recklinghausen verhinderten die Kumpel mit Gewalt die Wiedereinstellung eines berüchtigten Nazis. Deshalb wurden sechs Bergarbeiter von einem britischen Militärgericht wegen angeblichen Aufruhrs zu Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Monaten verurteilt (ebenda, S.105).

Auf der Schachtanlage 3/4 Königsborn in Unna *senkten die Arbeiter die Förderung von 1000 auf 300* Tonnen je Schicht, nachdem der Protest des Betriebsrates gegen die Wiedereinstellung eines Nazisteigers erfolglos geblieben war. Sie setzten damit die Entlassung des Steigers durch (ebenda, S.105).

Die Proteste und Aktionen der Bergarbeiter zwangen die britischen Besatzungsbehörden im Dezember 1945 und Januar 1946 weitere 70 Direktoren und leitende Angestellten der Montanindustrie sowie einige zu sehr belastete Nazis aus den Bergwerksverwaltungen zu entlassen (ebenda, S. 105/106).

Als zentralen Protesttag wählten die Arbeiter den 27. Januar 1947. Dies war der 15. Jahrestag der Industriellentagung, bei der die Großkapitalisten mit Hitler und anderen Nazi-Führern zusammentrafen, um die baldige Errichtung der offen terroristischen Diktatur vorzuplanen. An diesem Jahrestag kam es im Raum Düsseldorf zu mehreren ***politischen*** Streiks und Protestkundgebungen. In vielen Betrieben Düsseldorfs ruhte stundenlang die Arbeit, Protestversammlungen wurden durchgeführt und Resolutionen gegen die Umtriebe der Reaktion verabschiedet.

Wenige Tage später lief durch das gesamte Industriegebiet an Rhein und Ruhr eine Welle von betrieblichen und örtlichen Protestaktionen. Am Morgen des 3. Februar traten die Belegschaften vieler Essener Betriebe in den Streik und marschierten geschlossen in die Innenstadt. Die ***Kumpel der Essener Schachtanlagen zogen voran.*** Ihnen schlossen sich die Arbeiter und auch Arbeiterinnen der Metall-, Bau- und anderen Betriebe an. Am 4. Februar legten 5000 Arbeiter der Gute-Hoffnung-Hütte in Oberhausen die Arbeit nieder.

Sehr aktiv waren die **Frauen** bei diesen Aktionen. Sie demonstrierten, verhandelten als Delegierte mit den Verwaltungen und kämpften an den verschiedensten Stellen in vorderster Front. So sperrten zum Beispiel Bergmannsfrauen die Tore der Schachtanlagen „Beeckerwerth" und „Schacht 2/7" so lange, bis die wichtigsten Forderungen der Bergarbeiter erfüllt wurden (Westdeutsches Volks-Echo, 7.2.1947).

Die SPD und die Gewerkschaftsspitze verurteilten die Aktionen als „von kommunistischen und bolschewistischen Agenten aufgeputscht". Die Böckler-Gruppe drohte den Arbeiterinnen und Arbeitern, die sich an den „wilden Streiks" beteiligten, mit dem Ausschluß aus der Gewerkschaft!

Der 3. April 1947 - Höhepunkt der Kampfbewegung

Höhepunkt der Massenaktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter des Ruhrgebietes im Frühjahr 1947 war ein 24 stündiger Streik von insgesamt 334.000 Bergarbeitern.

Die Kräfte der Reaktion, rechte SPD- und Gewerkschaftsführer unternahmen alles, um die Durchführung dieser von 600 Delegierten aus fast allen ***Schachtanlagen*** des Ruhrgebietes beschlossenen Aktion zu verhindern. Die Gewerkschaftsführung von Nordrhein-Westfalen sprach sich offen gegen den Streik aus.

Der spätere erste Präsident des DGB, Hans Böckler, z.B. veröffentlichte eine Anti-Streik-Resolution. *Darin verurteilte er alle Streiks.* Seine demagogische Begründung war, daß mit Streiks die Notlage nicht verbessert werden könne. Er und seinesgleichen riefen die Arbeiterinnen und Arbeiter statt dessen auf, mehr und schneller zu arbeiten - für das Kapital wohlgemerkt! Die ***Bergarbeiter*** *ließen sich aber durch Drohungen und* Hetze nicht vom Streik abhalten. Sie versammelten sich zu gewaltigen Kundgebungen auf den zentralen Plätzen der Städte. Fast 14.000 Bergarbeiter des Aachener Kohlenreviers schlossen sich dem Streik an. Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter anderer Industriezweige bekundeten durch Streiks, Demonstrationen und Sympathiekundgebungen ihre Solidarität. In Essen streikten die Bauarbeiter, die Arbeiter einiger Krupp-Betriebe und anderer Werke.

Von den Arbeiterinnen und Arbeiter wurden unter anderem folgende Losungen mitgeführt:

> **„Durchführung der demokratischen Bodenreform",**
>
> **„Enteignung der Grubenbesitzer",**
>
> **„Verstaatlichung der Grundstoffindustrie"**
> *Westdeutsches Volks-Echo, 8.4.1947)*

Die KPD - die führende Kraft in den Kämpfen

Die KPD hatte damals vor allem in den Großbetrieben viele Kader und relativ großen Einfluß, so zum Beispiel im Ruhrgebiet.

1946 waren von 1716 Betriebsräten im ***Bergbau*** 666 Mitglieder der KPD, 632 Mitglieder der SPD, 240 Mitglieder der CDU und 178 Parteilose.

Auf dem Höhepunkt der Mobilisierung für die entschädigungslosen Enteignungen der Schlüsselindustrien erhielt die KPD bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im April 1947 702 410 Stimmen, d.h. 14 Prozent der abgegebenen Stimmen. Das zeigt, daß und wie der kommunistische Einfluß in der Führung machtvoller Kämpfe zunehmen kann.

Es muß natürlich auch analysiert werden, welche Linie und Politik dazu führte, daß es der KPD nicht gelang, ihren vorhandenen Einfluß zu festigen und weiter auszubauen, warum sie mehr und mehr opportunistisch versumpfte und schließlich spätestens Mitte der 50er Jahre dann im Zusammenhang mit dem weltweiten Vormarsch des modernen Revisionismus und dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU von 1956 vollständig im revisionistischen Sumpf versank.

Es ist zentral, gerade auch diesen Kampf der Bergarbeiter, ja aller Arbeiterinnen und Arbeiter, für die konsequente Entnazifizierung in Westdeutschland, sowie den Kampf der Genossinnen und Genossen der KPD um die Führung dieser Kämpfe gegen die Abwiegelei und Sabotage der SPD-Führung und der Gewerkschaftsfürsten solidarisch und kritisch auszuwerten, um maximal für den heutigen Kampf zu lernen!

Dieses Gesetz der Profitmacherei ist ein Wesenzug des imperialistischen Systems: Ein Kapitalist schlägt viele tot, d.h. im Kampf auf Leben und Tod um Profitmaximierung muß jeder Kapitalist versuchen, seine Konkurrenten auszuschalten, ihre rentablen Betriebe zu schlucken und selbst immer größer, fetter und mächtiger zu werden. Der Konkurrenzkampf zwischen den Kapitalisten des Steinkohlebergbaus gegen die Atom- und Erdölkonzerne, sowie die internationale Konkurrenz vor allem mit den imperialistischen Ländern Rußland und den USA, die Steinkohle im Tagebergbau viel billiger fördern können als es in Deutschland möglich ist, spielen eine wesentliche Rolle für die Betriebsstillegungen und die Verlagerung des Kapitals aus dem Steinkohlebergbau in andere Bereiche. Außerdem gehen die Betriebsstillegungen im Steinkohlebergbau auch darum weiter, weil immer weniger Steinkohle zur Erzeugung derselben Menge Stahl nötig ist sowie immer weniger Arbeiter zur Erzeugung derselben Menge Steinkohle. Steigende Produktivität bedeutet im Kapitalismus eben keinesfalls mehr Reichtum für die Werktätigen. sondern zunehmende Betriebsstillegungen, Verlagerung der Produktion in andere profitablere Bereiche und immer größere Massenarbeitslosigkeit.

Der deutsche Nationalismus und Chauvinismus diente und dient auch dazu, Mißtrauen zu säen, Haß zu schüren zwischen den deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern einerseits und den Werktätigen aus anderen Ländern andererseits. Die „Ausländer" werden zu Sündeböcken gestempelt, die angeblich Schuld seien an Entlassungen, fehlenden Arbeitsplätzen, fehlenden Wohnungen.

Durch ein ausgeklügeltes System der nationalistischen und chauvinistischen Propaganda versucht der deutsche Imperialismus, die Arbeiterklasse in Deutschland zu spalten, die ausgebeuteten Werktäti-

gen gegeneinander auszuspielen. „Teile und Herrsche" - dieses Prinzip ist eine wichtige Waffe des deutschen Imperialismus im Klassenkampf und wird auch in den kommenden Kämpfen eine zentrale Rolle spielen.

Sich auf die eigene Klassenkraft verlassen, den Kampf in die eigenen Hände nehmen!

Es geht darum, die Einsicht zu fördern und zu vertiefen, daß bei jedem ernsthaften Arbeitskampf die Arbeiterinnen und Arbeiter sich nur auf die eigene Kraft verlassen und nur dieser vertrauen dürfen. Denn wenn sie sich auf die Gewerkschaftsführer oder überhaupt auf den Gewerkschaftsapparat verlassen - dann sind sie verlassen! Nur wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig und im Kampf gegen die DGB-Führung den Kampf im eigenen Betrieb organisieren, Kontakte zu anderen Betrieben herstellen usw., kann ihr Kampf Erfolge erzielen.

In diesem schwierigen und umfangreichen Kampf gilt es, einige grundlegende Ausgangspunkte für den Zusammenschluß der fortgeschrittensten Initiativen in Betrieben und Gewerkschaften festzuschreiben:

Gegen den verfluchten deutschen Nationalismus muß internationalistische Solidarität entwickelt werden. Im Kampf gegen Lohnkürzungen und Betriebsstillegungen, im Kampf gegen das Kapital ist die Einheit zwischen den untersten Schichten der Arbeiterklasse unabhängig von Nationalität, Religion und Hautfarbe unverrückbarer Ausgangspunkt.

Es geht darum im Rahmen des Tageskampfes, die Aktionen auszuweiten, den legalistischen Rahmen immer weiter zu sprengen, auf langandauernde Betriebsbesetzungen, immer mächtiger werdende Streiks, auf kämpferische und militante Aktionen auf der Straße das Hauptgewicht zu legen!

Dabei ist besonders wichtig, ***daß der eigene Kampf im Betrieb*** in einer Region nicht isoliert wird, daß der Kampf ausgeweitet, über Einzelgewerkschaften, Branchen und Regionen hinaus breit verankert und von vornherein auch ***mit dem Kampf von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern verbunden wird.***

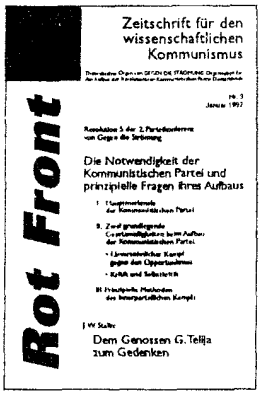
Es muß vor Ort und darüber hinaus der möglichst enge Kontakt und die enge Zusammenarbeit mit der fortschrittlichen Jugendbewegung hergestellt werden, die gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Terror kämpft, die sich konsequent demokratische und revolutionäre Aufgaben stellt.

Das alles erfordert einen harten Kampf mit allen Spielarten des deutschen Nationalismus, der klassenversöhnlerischen Partnerschaftsideologie, des Aberglaubens an den Staat, des Reformismus, des Revisionismus und des Opportunismus. Wir müssen uns auf Abwiegelei und Verrat auch innerhalb der Gewerkschaften einrichten, müssen dort einen legalen wie verdeckten Kampf führen, um wirklich die fortschrittlichen Arbeiterinnen und Arbeiter ohne und gegen die Gewerkschaftsfürsten mobilisieren zu können.

Einen von allen falschen Freunden, von Gewerkschaftsbürokraten, Arbeiteraristokraten, egal welcher bürgerlichen Partei sie angehören, gereinigten, militanten und internationalistisch orientierten Kampf initiieren und entwickeln, dessen Führung in den Händen der kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben liegt - das ist der einzig mögliche Weg, um wirkliche, wenigstens zeitweilige Erfolge im gewerkschaftlichen Kampf, gegen Massenentlassungen, Lohnraub und den Abbau der sozialen Rechte, gegen die Abwiegelei, Resignation und Demoralisierung durch die DGB-Fürsten durchsetzen zu können.

Die Kommunistische Partei vor allem in den Betrieben aufbauen!

Gerade die bewußtesten Genossinnen und Genossen in den Betrieben - und es gibt sie durchaus, weniger, weit weniger als nötig wären, aber doch auch mehr als so mancher naserümpfende Klugscheißer meint - wissen sehr genau, wie der Stand der Klassenkämpfe in den Betrieben aussieht und welches Ausmaß der Grad der chauvinistischen Verseuchung dort angenommen hat. Jede Illusion über den realen Zustand der heutigen Arbeiterbewegung ist schädlich. Die Wahrheit ist, daß der Bewußtseinsstand der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter ebenso wie ihre Kämpfe noch sehr zurückgeblieben sind. Die bürgerlich-reaktionäre Ideologie bis hin zu ihren chauvinistischen Extremen beherrscht die Köpfe der übergroßen Mehrheit der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter.



Nr. 3, Januar 1997, 262 Seiten, 20 DM

Nicht kapitulieren dürfen alle revolutionär gesinnten Genossinnen und Genossen vor den Schwierigkeiten des Kampfes gegen die bürgerlich-nationalistische Ideologie, die Ängstlichkeiten und die Illusionen in den Köpfen der Mehrheit der Arbeiterklasse. Denn hier und nur hier ist die Kraft zu finden und zu entwickeln, die - Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse aller Länder - schließlich dem deutschen Imperialismus den Garaus machen wird.

Hier und nur hier wird jener Haß wachsen, der die Kraft zum Sturz und zur Zerschlagung des ganzen imperialistischen Systems durch die sozialistische Revolution im Bürgerkrieg hervorbringt, der die Wucht erzeugt, auch andere ausgebeutete und unterdrückte Schichten der werktätigen Massen mitzureißen im gemeinsamen Kampf. Nur hier schließlich, in solchen Massenkämpfen gegen das ganze System, wird eine fruchtbare Diskussion über wirklichen, in der Mehrheit der Arbeiterklasse verankerten, auf der wirklichen Diktatur des Proletariats beruhenden Sozialismus, durchgeführt werden.

Die Arbeiterklasse ist die revolutionärste Kraft, was sich nicht aus dem aktuellen Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse, dem derzeitigen Entwicklungsgrad und Umfang seiner Kämpfe ergibt. Das Proletariat ist aufgrund seiner objektiven Lage die revolutionäre Klasse, die fähig ist, den Kampf zur Vernichtung des Kapitalismus, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats, zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus aufzunehmen und zu führen.

Das ist deshalb so, weil die Arbeiterklasse keine Produktionsmittel besitzt und insofern nichts zu verlieren hat als ihre Ketten. Sie steht als Klasse als einzige der Bourgeoisie in unversöhnlichem und direkten Gegensatz gegenüber und ist fähig, alle anderen Ausgebeuteten im Kampf gegen das Kapital zu führen. Das Proletariat ist mit der Großproduktion verbunden, der fortgeschrittensten Form der Produktion, der grundlegenden Produktionsform des Sozialismus und Kommunismus. Das Proletariat hat deshalb als einzige Klasse eine wirkliche Zukunft. Die Konzentrierung der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken erleichtert ihre Bewußtmachung, ihre Organisierung, die Schaffung einer bewußten Disziplin. Das Proletariat ist eine internationale Klasse und hat, ob in den USA, Angola, Japan oder Südkorea, in der ganzen Welt, trotz aller Unterschiede, wesentlich dasselbe Interesse - was die volle Solidarität und unlösbare Einheit der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder erfordert.

Doch das bedeutet keineswegs, daß die Arbeiterklasse „von selbst", aus ihren eigenen Kämpfen heraus, den Kapitalismus vernichten kann. Lenin hatte recht, als er schon 1902 in seinem berühmten Buch „Was tun?" bewies, daß ohne den systematischen, jahrzehntelangen Kampf der Kommunistischen Partei zur Erziehung der Arbeiterklasse, trotz Opferbereitschaft und aller Kraftanstrengungen, dennoch die Vorherrschaft der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterklasse nicht beseitigt, die Arbeiterklasse nicht befähigt werden kann, den Kapitalismus zu vernichten.

Die Schlußfolgerung kann nur lauten:

Die Kommunistische Partei muß vor allem in den Betrieben, in den Großbetrieben, aufgebaut werden. Es geht darum, in den nächsten Jahren als ersten Schritt Betriebszellen in einigen wichtigen Großbetrieben zu schaffen, einen Kern von Kadern aus der Arbeiterklasse zu gewinnen, um sich dann langfristig mit aller Kraft darauf konzentrieren zu können, systematisch vor allem in allen Großbetrieben, in allen wichtigen Betrieben, durch die richtige Kombination von legaler und illegaler Arbeit, die Kommunistische Partei auf illegaler Grundlage aufzubauen, die Losung „Jeder Betrieb muß unsere Festung werden!" immer weitergehender zu realisieren.

Es gilt heute, die entscheidenden Kräfte auf den Aufbau einer wirklich wissenschaftlich fundiert arbeitenden, professionell organisierten, disziplinierten Kommunistischen Partei aus den energischsten und zielklarsten Genossinnen und Genossen vor allem aus den Betrieben zu konzentrieren, die wirklich die Ideen des Kommunismus verteidigt und verbreitet, die den gigantischen ideologischen Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie und ihre Ideologie aufnimmt, um systematisch sozialistisches Bewußtsein bei der Mehrheit der Arbeiterklasse zu schaffen und zu verankern.

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN:
Mittwoch bis Freitag 16.30 – 18.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
GEÖFFNET:
Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Erklärung von GEGEN DIE STRÖMUNG gegen die bewaffnete Intervention und Aggression des deutschen Imperialismus in Albanien und für die Entwicklung des bewaffneten Aufstands in Albanien

Das Kommandounternehmen der deutschen Militaristen in Albanien

Die Mordabsichten waren klar: Gezielt schossen die Soldaten der Bundeswehr, die nicht „Mörder" genannt werden wollen, auf albanische Zivilisten. Der schwerbewaffnete Piratenhubschrauber der deutschen Imperialisten, Militaristen und Revanchisten war ja unter anderem gerade zu dem Zweck in das Territorium Albaniens eingedrungen, um einen weiteren gezielten Schritt der Gewöhnung an die Vorbereitung der imperialistischen Überfälle auf andere Ländern zu gehen.

Die Presseorgane des deutschen Imperialismus jubelten: „Deutsche Soldaten schießen in Tirana" (FR, 15.3.1997) und „Deutsche Soldaten erfüllten ihre Pflicht" (BILD, 15.3.97) Bezeichnenderweise heißt es in BILD „Zum erstenmal seit Ende des 2. Weltkrieges wurden deutsche Soldaten in ein Feuergefecht verwikkelt... Diesmal in Albanien...". Im Stil des „Völkischen Beobachters" heißt es weiter, daß ***„Die Deutschen von albanischen Rebellen angegriffen"*** wurden. ***„Die Bundeswehrsoldaten schossen scharf zurück.*** Das ist ein historischer Einschnitt im Leben des wiedervereinigten Deutschlands" (BILD, 15.3.97, S.1 und 2).

Diese Lügenpropaganda hat System und Tradition: „Zurückgeschossen" statt überfallen gehört zum festen Sprachgebrauch der deutschen Imperialisten.

Außenminister Kinkel ist „stolz auf unsere Soldaten", SPD-Scharping „dankte den beteiligten Soldaten für ihren Einsatz", alle Bundestagsfraktionen waren vorher von der Geheimaktion informiert gewesen! „Ein förmlicher Kabinettsentscheid und ein Bundestagsbeschluß sollen nachgeholt werden", meldet die „Frankfurter Rundschau". Kriegseinsatz ist Kriegseinsatz - selbst parlamentarische „Formalitäten" und „Rechtsstaatlichkeit" und wie die heuchlerischen Schlagworte sonst heißen, werden ohne Zögern als Müll behandelt.

Die Vorbereitungen einer imperialistischen Intervention gegen die albanischen Rebellen bekämpfen!

In Albanien bestehen klassische Merkmale einer revolutionären Situation: die „Oben" können nicht mehr, die „Unten" wollen nicht mehr! Gegen die revolutionäre Entwicklung, genauer vielleicht, gegen eine mögliche tiefgehende revolutionäre Entwicklung in Albanien planen die Generalsstäbe der Imperialisten die Intervention in Albanien. Ziel ist vor allem die „Entwaffnung der Bevölkerung", die Unterdrückung jeglicher Rebellion und die imperialistische Kontrolle über das Land.

Aus taktischen Gründen wird noch diskutiert, ob lieber Italien, Griechenland, die USA oder doch Deutschland oder alle zusammen intervenieren sollen, oder ob sich nicht doch mit Hilfe einer imperialistischen „Beratertruppe" in Albanien selbst konterrevolutionäre militärische Kräfte zusammenkratzen lassen, um „Ruhe und Ordnung" für die Imperialisten wiederherstellen zu lassen.

Zur Einschätzung der Lage in Albanien

Die albanische Zivilbevölkerung hat sich zu großen Teilen bewaffnet. Der bisherige völlig korrupte Quislings-Staatsapparat von Gnaden des Imperialismus ist weitgehend weggebrochen, die Aufständischen haben - teilweise mit offener Hilfe von Soldaten - Waffenlager und Kasernen gestürmt und weitgehend ländliche Gebiete und in gewissem Umfang auch die Städte des Südens, teilweise sogar Tirana unter Kontrolle.

Die Ursachen und Gründe für diesen die breiten Massen der Bevölkerung erfassenden, relativ professionell organisierten Aufstand liegen vordergründig an der extremen Ausplünderung der arbeitenden Menschen Albaniens durch betrügerische Finanzgeschäfte in einem ungeahnten Umfang. Dahinter steht, daß die Mehrheit der Bevölkerung Albaniens insgesamt am eigenen Leib gespürt hat, was Kapitalismus und Unterordnung unter imperialistische Kontrolle ***wirklich*** bedeutet, und dagegen den Kampf aufgenommen hat.

Ein Journalist berichtet, daß sich Komitees auf Grund von Volksversammlungen bilden (taz, 15/16. 3.1997), es ist spürbar und - ohne euphorische Übertreibungen - wahrscheinlich, daß die Tradition der albanischen Revolution gegen den Nazifaschismus und für die Diktatur des Proletariats nicht ohne jeden Einfluß auf führende Kräfte des bewaffneten Aufstandes ist und bleiben kann.

Zur Vorgeschichte

Das albanische Volk nahm Albaniens Geschichte im bewaffneten Kampf gegen die italienischen Faschisten und dann die deutschen Nazis zum erstenmal bewußt selbst in die Hand. Die Nazifaschisten fielen ab Mitte 1943 mit insgesamt 70.000 Soldaten in Albanien ein und überzogen das Land von Anfang an mit nazistischem Terror wie z.B. der Ermordung aller Einwohner des Dorfes Borova im Juli 1943.

Geführt von der Kommunistischen Partei kämpfte die nationale Befreiungsbewegung Albaniens Schulter an Schulter mit allen Kräften der Anti-Hitler-Koalition. In den Jahren nach dem Sieg über den Nazifaschismus und der Erringung der Unabhängigkeit des Landes entschied sich die Arbeiterklasse Albaniens, nicht den Weg der titoistischen Unterwerfung unter Milliardenkredite des US-Imperialismus zu gehen, sondern Seite an Seite mit der sozialistischen Sowjetunion und den volksdemokratischen Staaten auch in Albanien die Diktatur des Proletariats zu erkämpfen und den Sozialismus aufzubauen. In einem ungeheuren Kampf schuf das sozialistische Albanien sozialistische Industrie und Landwirtschaft, ein modernes Sozialsystem, bekämpfte weitgehend erfolgreich feudale Traditionen, überwand Hunger und Analphabetismus - isoliert und bekämpft von der feindlichen imperialistisch-revisionistischen Umgebung.

Die Kommunistische Partei in Albanien kämpfte mutig Seite an Seite mit der KP Chinas gegen den revisionistischen Verrat der Sowjetunion Chruschtschows und Breschnews.

Unter dem imperialistischen Druck und wegen eigener Fehler, wenige Jahre, nachdem auch in China nach dem Tod Mao Tse-tungs 1976 das Land seine Farbe gewechselt hatte, wurde Albanien zu einem revisionistischen Land.

Die revisionistische PAA übergab unter Ramiz Alia kampflos das Land den Imperialisten, nationalistische Großsprecherei statt klare Warnung vor dem Ausmaß der Gefahren, Nationalismus statt wissenschaftlicher kommunistischer Analyse in den letzten Jahren unter Enver Hoxha hatten die Gefahren imperialistischer Übernahme des Landes nicht bewußt gemacht, sondern verschleiert.*

Die Bevölkerung Albaniens ***schien*** angesichts der gigantischen Versprechungen und realer imperialistischer Investitionen in erheblicher Höhe weitgehend demoralisiert und strafte in den letzten 10, 15 Jahren alle Superlative über „das unauslöschbare Feuer der Revolution in den Herzen der Bevölkerung Albaniens" Lügen.

☆☆☆

Aber vielleicht haben die Imperialisten sich doch zu früh gefreut, vielleicht trügt der Schein doch mehr, als den Imperialisten lieb ist. Denn die revolutionären Kräfte in der ganzen Welt hoffen aus ganzem Herzen, daß die Rebellion in Albanien über alle Hindernisse und Rückschläge hinweg einen erfolgreichen, wirklich sozialistischen Weg einschlagen wird, daß revolutionäre und kommunistische Kräfte zielklar den Kampf gegen das imperialistische Weltsystem entfachen werden, daß die Rebellion in Albanien in eine erneute revolutionäre sozialistische Entwicklung mündet.

Unsere Solidarität gilt den revolutionären Kräften in Albanien!

Unser Kampf muß sich gegen die erneute Aggression des deutschen Imperialismus und aller anderen Imperialisten richten!

Frankfurt am Main, den 17.3.1997

---

* „Gegen die Strömung" hat in vier Nummern Enver Hoxhas Positionen in seinem Buch „Imperialismus und Revolution" von 1980 kritisiert und als Resumee festgestellt, daß dort zu zentralen Grundfragen der Revolution revisionistische Positionen vertreten werden. Siehe dazu GDS-Nummer 19, September 1980, GDS-Nummer 22, Mai 1981, GDS-Nummer 29, Februar 1982, GDS-Nummer 33, Mai 1984.

Bekämpfen wir die militärische Aggression des deutschen Imperialismus gegen Albanien!

Die Schüler Goebbels' bei der Arbeit!

Die drei faksimilierten Ausschnitte aus der BILD-Zeitung - dem auflagenstärksten Massenblatt des deutschen Imperialismus - zeigen in Inhalt und Form, durch die Auswahl der Fotos und der lügnerischen Wortwahl („zurückgeschossen" und gleichzeitig „Ich schoß als erster!"), daß die Tradition der Nazi-Propaganda ungebrochen ist! Militarismus, Nationalismus und dreiste Lügen - der „Völkische Beobachter" hätte es nicht besser gekonnt.

So ist es nur logisch, daß die Bundeswehr-„Bosnien-Freiwilligen" im Kampfeinsatz in Albanien Albaner zu erschießen versuchen, während in Detmold die Bundeswehr-Freiwilligen der „Rommel-Kaserne" (!) vor ihrem Einsatz zunächst noch mit Baseballschlägern und Messern bewaffnet Nazi-Parolen grölend Jagd auf Menschen aus der Türkei machten.

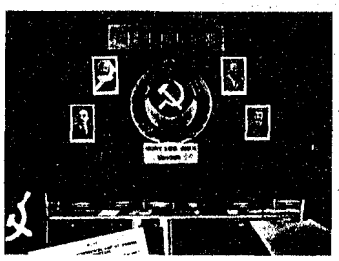
Niemals vergessen!

Die deutschen Soldaten, die nicht Mörder genannt werden wollen, bei ihrer Henkersarbeit in Albanien!

In der Tradition des bewaffneten Kampfes werden sich die revolutionären Kräfte Albaniens gegen jede imperialistische Intervention verteidigen!

Albanische Genossinnen und Genossen einer Partisaneneinheit während des Kampfs gegen die Nazifaschisten

Nur in der Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus wird die Revolution in Albanien siegen!



Erste landesweite Konferenz der KP Albaniens vom 17.3.-23.3. 1943 in Labinoti bei Elbasan

Unterstützen wir entschlossen den bewaffneten Aufstand in Albanien!

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

Kritik an der "Albanien-Erklärung" von GDS

(Beilage zum Flugblatt 3/97)

Zur "Erklärung von *Gegen die Strömung* gegen die bewaffnete Intervention und Aggression des deutschen Imperialismus in Albanien und für die Entwicklung des bewaffneten Aufstands in Albanien"

1. Mit keinem einzigen Wort wird die Notwendigkeit des Aufbaus einer revolutionären KP auch in Albanien erwähnt, die auf dem Boden des wissenschaftlichen Kommunismus stehend dem Aufstand als einzige Organisation Zielklarheit und Organisiertheit hätte verschaffen können.

So heißt es auch in der Erklärung:

"Die Ursachen und Gründe für diesen, die breiten Massen der Bevölkerung erfassenden, relativ professionell organisierten Aufstand...".

War denn dieser bewaffnete Aufstand, der die Unzufriedenheit der breiten Massen Albaniens mit dem Kapitalismus und Imperialismus gezeigt hat, tatsächlich "relativ professionell organisiert"? Von wem war er "relativ professionell organisiert"? Wofür? Auf all dies wird in der Erklärung nicht eingegangen. Oder war dieser bewaffnete Aufstand nicht doch ziemlich spontan, ohne zielklare Führung, weil eben die revolutionäre KP fehlt? All dieses schmälert nicht im geringsten die Bedeutung dieses bewaffneten Aufstandes, aus den die kommunistischen Kräfte in Albanien und international Lehren ziehen müssen, aber es wird schmerzhaft deutlich, daß dieser Aufstand scheitern muß, ohne Zielklarheit und Organisiertheit durch eine KP.

2. Ihr schreibt in der "Erklärung":

"Unter dem imperialistischen Druck und wegen eigener Fehler, wenige Jahre, nachdem auch in China nach dem Tod Mao Tsetungs 1976 das Land seine Farbe gewechselt hatte, wurde Albanien zu einem revisionistischen Land."

"Nichts und niemand kann uns zu Fall bringen, außer unseren eigenen Fehlern", schreibt Lenin. Dieses bedeutet, daß wir als Kommunistinnen und Kommunisten in erster Linie verantworlich sind, wenn ein Land die Farbe wechselt wegen der ungenügenden Erarbeitung, Aneignung und Verteidigung des wissenschaftlichen Kommunismus, also aufgrund unserer "eigenen Fehler". Ihr setzt aber in der "Erklärung" den "imperialistischen Druck" an die erste Stelle. Sicherlich, die Kampfbedingungen werden durch die feindliche imperialistisch-revisionistische Umgebung nicht leichter und können sich sogar deswegen mit Sicherheit enorm erschweren, aber dennoch kann "uns nichts zu Fall bringen außer unseren eigenen Fehlern". Stattdessen müssen all die Halbheiten, der zu spät begonnene und voller Halbheiten geführte Kampf der PAA gegen den modernen Revisionismus genaustens analysiert und hervorgehoben werden, um tiefgehend zu erklären, warum sich Länder wie China und Albanien, die trotz aller Fehler rote Banner gegen den aufkommenden modernen Revisionismus gewesen sind, in revisionistische Staaten gewandelt haben.

Antwort auf die Kritik

Lieber Freund,

vielen Dank für Deine kritischen Anmerkungen zu unserer Erklärung. Es wurden übrigens ähnliche Einwände und Kritiken, wie Du sie formuliert hast, bei der Diskussion über den Entwurf der Erklärung diskutiert. Gerade diese Diskussion hat mir sehr geholfen zu verstehen, warum Deine beiden Kritiken ganz falsch sind. Ich will versuchen, es Dir zu erklären. Als erstes kritisierst Du, daß in der Erklärung nicht auf die **Notwendigkeit der Kommunistischen Partei** eingegangen wird, und schreibst:

"...daß dieser Aufstand scheitern muß ohne Zielklarheit und Organisiertheit der KP."

Uns ging es in der Erklärung darum, folgendes bewußtzumachen:

- Die Imperialisten sind auf dem Vormarsch und ziehen scheinbar ohne große Probleme ihre reaktionären Projekte durch.
- Aber ihre Friedhofsruhe ist nur eine scheinbare. In Albanien ist eine Rebellion im Gange: Die "da oben" können nicht mehr weiter und die "da unten" wollen nicht mehr so weiter.
- Deshalb haben sich hier "mitten in Europa", im "ruhigen" Hinterland der Imperialisten, praktisch vor der Haustür der bestausgerüstetsten imperialistischen Armeen der Welt breite Teile der Bevölkerung Albaniens bewaffnet. Der Staatsapparat war in großen Teilen des Landes angeschlagen, aufgelöst, funktionsunfähig.
- Dies war die erste bewaffnete Rebellion in der sogenannten "postkommunistischen Ära" in einem ehemals revisionistischen Land.
- Im Vergleich beispielsweise mit der Sowjetunion unterscheidet sich die Situation in Albanien dadurch, daß es dort keine mehrere Jahrzehnte lange revisionistische Herrschaft bis zur offenen Restauration des Kapitalismus gab, daß es in Albanien also noch kommunistische Kräfte[1] geben muß, die die revolutionäre PAA noch erlebt haben, die den revisionistischen Kurs unter Enver Hoxha dort vielleicht bekämpft oder vielleicht falsch eingeschätzt haben, aber im Zuge der offenen Errichtung des Kapitalismus mit Hilfe der revisionistischen Wegbereiter nun die Notwendigkeit eines wirklich revolutionären Kampfes sehen.
- Unsere Haltung angesichts dieser Lage ist: Die imperialistische Aggression besonders des deutschen Imperialismus muß bekämpft werden und wir unterstützen die revolutionären Kräfte in Albanien.

Wir sind meiner Meinung nach auf die Bedeutung der Kommunistischen Partei eingegangen. Ganz deutlich natürlich im Plakat auf der Rückseite der Erklärung. Dort lautet der Titel unter dem Foto zur ersten Landeskonferenz der KP Albanien

"Nur in der Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus wird die Revolution in Albanien siegen!".

Auch in der Erklärung selbst wird, denke ich, in der Beschreibung der führenden Rolle der KP schon im bewaffneten Partisanenkampf gegen den Nazifaschismus, bei der Errichtung der Diktatur des Proletariats in Albanien, im antirevisionistischen Kampf mit der KP Chinas die Notwendigkeit der KP – eben historisch aufgezogen – dargelegt. Wir wollten nun in dieser Situation aber nicht sagen: "Aber ihr seid zum Scheitern verurteilt!" Das ist ein Tenor, den die Erklärung *gerade nicht* haben sollte, eine Einstellung, mit der praktisch wie in einer "Check-Liste" abgehakt wird: "Staatsapparat nicht mehr funktionsfähig? OK. Massen bewaffnet? OK. KP? Keine! - Tja dann, ist zwar schmerzlich, aber Pech gehabt, das kann nichts werden...!"

Hier kommt auch noch etwas anderes hinzu, was man vielleicht emotionale Nähe oder Verbundenheit mit Kämpfen von Unterdrückten nennen kann, die mir in Deiner Kritik nicht deutlich wird. Du schreibst:

"All dies schmälert nicht im geringsten die Bedeutung dieses bewaffneten Aufstandes, aus dem die kommunistischen Kräfte in Albanien und international Lehren ziehen müssen, aber es wird schmerzlich deutlich, daß dieser Aufstand scheitern muß, ohne Zielklarheit und Organisiertheit der KP."

---

1 Woher nimmt der Verfasser die Gewißheit, daß es diese Kommunistischen (!) Kräfte heute geben muß? Richtig ist, daß es mit großer Wahrscheinlichkeit Kräfte geben wird, die die revolutionäre PAA noch erlebt haben, und sich heute an den Kämpfen auf Seiten der Aufständischen beteiligen und hier ihre Erfahrungen der damaligen KP, des Befreiungskampfes gegen Nazideutschland mit einbringen. Aber das allein macht sie noch nicht (wieder) zu Kommunistinnen und Kommunisten, ohne eine solche Entwicklung ausschließen zu wollen. [Anm. d. Red.]

Als in Paris 1871 die Kommune errichtet wurde, die auch keine zielklare kommunistische Führung hatte, hat Marx die "himmelstürmenden Kommunarden" begrüßt und selbst in seiner gleich nach der Niederlage der Kommune verfaßten Schrift "Der Bürgerkrieg in Frankreich" vor allem den Aufstand der Kommune gegen "die Wölfe und gemeinen Hunde der Bourgeoisie" verteidigt.

Und wie ist es denn heute? Als Anfang 1994 die EZLN den offenen bewaffneten Kampf im Süden von Mexiko begonnen hat, haben wir das auch begrüßt und fanden das großartig, obwohl wir aus den Dokumenten der EZLN wußten, daß dahinter keine zielklare kommunistische Führung steht.

Nun zu Deiner zweiten Kritik, Du schreibst zum Hintergrund des **revisionistischen Farbwechsels der PAA**:

> *"'Nichts und niemand kann uns zu Fall bringen, außer unsere eigenen Fehler', schreibt Lenin. Dies bedeutet, daß wir als Kommunistinnen und Kommunisten in erster Linie verantwortlich sind, wenn ein Land die Farbe wechselt wegen der ungenügenden Erarbeitung, Aneignung und Verteidigung des wissenschaftlichen Kommunismus. Ihr setzt aber in der Erklärung den 'imperialistischen Druck' an die erste Stelle."*

Du behauptest, durch die Formulierung "Unter dem imperialistischen Druck und wegen eigener Fehler" (der PAA) würde der Akzent auf den Druck der Imperialisten gelegt. Das sehe ich nicht so. Sicherlich sind die eigenen Fehler letztendlich die entscheinde Ursache für den Farbwechsel einer kommunistischen Partei, wobei im konkreten Fall auch ein Verständnis von der Wechselwirkung zwischen den eigenen Fehlern und dem imperialistischen Druck wichtig ist. Bei der von Dir kritisierten Stelle handelt es sich um eine Aufzählung, bei der noch offen gelassen wird, welches Gewicht nun der Druck der Imperialisten und welches Gewicht die Fehler der PAA haben. Aber im Anschluß an den von Dir kritisierten Absatz wird nun genau auf den Punkt mit den eigenen Fehlern eingegangen und es werden zwei Hinweise genannt:

- *der nationalistische Kurs der PAA*
- *und die Abkehr von einer wissenschaftlichen kommunistischen Analyse.*

Außerdem wird in der Fußnote auf unsere vier Enver-Hoxha-Nummern verwiesen, in denen wir uns detailliert mit den "eigenen Fehlern" auseinandergesetzt haben und über die wir gerne mit allen revolutionären Kräften, vor allem in Albanien selbst diskutieren würden. Du schreibst weiter:

> *"Statt dessen müssen all die Halbheiten , der zu spät begonnene und voller Halbheiten geführte Kampf der PAA gegen den modernen Revisionismus genaustens analysiert und hervorgehoben werden."*

Die Analyse der Halbheiten im Kampf der PAA haben wir geleistet und in der Erklärung in der Fußnote auch darauf verwiesen (die Enver-Hoxa-Nummern). Ich hätte es aber für ganz unangebracht gehalten, in einer dreispaltigen Erklärung zur Intervention des deutschen Imperialismus und zur Solidarität mit den Aufständischen eine Spalte zu den Halbheiten und Fehlern der PAA zu schreiben - denn kürzer wäre das mit Sicherheit nicht möglich. Ich stelle es mir gerade konkret vor: Wir haben die Erklärung ja auch auf Albanisch übersetzen lassen und suchen nach Wegen, die Erklärung auch nach Albanien zu verbreiten. Wenn ich mir nun vorstelle, daß revolutionäre Kräfte irgendwo in Vlora oder Girokaster unsere Erklärung hängen sehen, denke ich, wir haben genau das richtige Verhältnis in der Gewichtung gefunden. Wenn wir als Organisation aus Deutschland in dieser Situation so ausführlich auf die Fehler der PAA eingegangen wären, hätten die Proportionen überhaupt nicht mehr gestimmt und es wäre ein falscher Akzent gesetzt worden.

Ein Leserbrief zur Beantwortung der Kritik

Eindrücke und Kritik am Abschnitt "Kritik und Selbstkritik"

Wir haben das Info gelesen und diskutiert, einiges - insbesondere die Abschnitte *"Kritik und Selbstkritik"*, als auch *"Leserbriefe und Antworten"* - haben uns nicht besonders gut gefallen. Dabei vor allem der z.T. falsche und absolut rigorose Umgang mit mehreren Kritiken.

1.

Zur Antwort zu den *Kritiken an der Albanien Erklärung von GDS im März 1997*:

U.M.n. wird der Kritiker A. zu unrecht kritisiert, denn er wirft lediglich zwei Fragen auf - die Frage des organisierten Aufstands durch eine KP und, daß es in der Albanien-Erklärung so verstanden werden könne, GDS setze den imperialistischen Druck an *"die erste Stelle"* der Ursachen, was ein kommunistisches Land zu Fall bringen kann, und nicht wie Lenin sagt *"nichts kann uns zu Fall bringen, außer unsere eigenen Fehler"*.

Dies hätte anhand der Erklärung noch mal erläutert und deutlich gemacht werden können und müssen. Statt dessen wird dem jungen Leserbriefschreiber A. von Genosse X. entschieden entgegengesetzt, daß seine *"beiden Kritiken ganz falsch sind"*. Davon abgesehen, daß das *"ganz falsch"* nicht stimmt, wird die Kritik dadurch abgebügelt, auch wenn dann der Sachverhalt nochmals von X. diskutiert wird.

Schlimm wird es jedoch bei der Zurückweisung der zweiten Anmerkung von A., wo er ja Recht hat, wie Lenin sagt "nichts kann uns zu Fall bringen, außer unsere eigenen Fehler". Genosse X. widerlegt sich bei seiner Vorstellung, wie das Plakat auf albanisch in Vlora hängend wirken würde, im Grunde selbst (daß die Anmerkungen von A. eben nicht *"ganz falsch"* sind), wenn er sagt, daß er es

> "für ganz unangebracht gehalten" hätte "in einer dreispaltigen Erklärung zur Intervention des deutschen Imperialismus in Albanien und zur Solidarität mit den Aufständischen Massen eine Spalte zu den Halbheiten und Fehlern der PAA zu schreiben." [2]

Aus Angst man könne gegenüber den revolutionären Massen z.B. in Vlora überheblich wirken, ... ; denn wenn er sich als deutsche Organisation vorstellt, daß das Plakat z.B. in Vlora hängt, denkt er,

> "wir haben genau das richtige Verhältnis in der Gewichtung gefunden", denn wenn wir "ausführlich auf die Fehler der PAA eingegangen wären, hätten die Proportionen überhaupt nicht mehr gestimmt und es wäre ein falscher Akzent gesetzt worden."

Ist denn aber Kritik, gerade in solchen Hochphasen des Kampfes, sprich Aufstandes, nicht wichtig?! Solidarität und Kritik schließen sich doch nicht aus, sondern bedingen sich! Genosse X. argumentiert hier doch sehr formal statt inhaltlich, vielleicht hätten wir ein zweites, oder ein größeres Plakat machen können!? Hat A. nicht deshalb gerade recht, diese Fragen aufzuwerfen!?

2.

(...)

(siehe auch Abschnitt „Kritik und Selbstkritik" zum Flugblatt Januar 1997, Anm.d.Red.).

★

[2] Klargestellt sei dazu: In der 3 spaltigen "Albanien-Erklärung" ist die Kritik an der PAA abgedruckt. Revolutionäre Solidarität hat sehr viel damit zu tun, zur Verstärkung der revolutionären, der kommunistischen Kräfte und ihrer Positionen beizutragen, eben durch die solidarische Kritik. Die Erklärung ist daher z.B. in der deutschsprachigen Ausgabe auch zusammen mit dem Plakat veröffentlicht worden, als Vor- und Rückseite. An der Kritik kommt somit keiner vorbei. (Anm. d. Redaktion).

Flugzettel/Plakat von März 1997
zur Stahlarbeiterkundgebung vor der Deutschen Bank in Frankfurt/M.

Gegen den immer brutaleren Kapitalismus...

Worum es im Moment geht, ist klar:

- **Brutale Verschärfung der Arbeitshetze, Lohnabbau, Sozialabbau, Verschärfung, Verschärfung, Verschärfung...!**
- **Und wir? Je leiser, „verständnisvoller" und „angepaßter" wir sind, je mehr Prügel erhalten wir! WEHREN WIR UNS!**
- **Die DGB-Fürsten erhalten viel Geld dafür, uns ruhig zu halten, abzuwiegeln, abzuwiegeln, abzuwiegeln...! OHNE UND GEGEN DIE DGB-FÜRSTEN KÄMPFEN!**

Wenn wir etwas erreichen wollen müssen wir ohne Rücksicht auf Bannmeile, Polizei und Medienhetze radikal und militant kämpfen...

<u>Arbeiterinnen und Arbeiter aller Nationalitäten - gemeinsam gegen das Kapital, gemeinsam gegen den Kapitalismus!</u>

...hilft nur der immer militantere und zielklarere Kampf!

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Nr. 43 Juli 1988 2 DM

Dokumentation

Zum Kampf in Rheinhausen

Flugblatt Nr.1, Januar 1988: Für das Kapital und seine Politiker zählt nur Profit, Profit und nochmals Profit

- DER KAPITALISMUS MUSS GESTÜRZT WERDEN!

Flugblatt Nr.2, Februar 1988: Kann eine "Verstaatlichung" die Krise in der Stahlindustrie und anderswo lösen?

- DIESER STAAT IST NICHT UNSER STAAT!

Flugblatt Nr.3, Mai 1988: Wer sich auf den Staatsapparat verläßt, der ist verlassen!

- RHEINHAUSEN UND DER DGB

Solidarität im gemeinsamen Kampf zwischen deutschen und ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern

- UNTER UNS KEINE SKLAVEN, ÜBER UNS KEINE HERR'N!

- KRIEGSVERBRECHER KRUPP

- ANHANG

DOKUMENTE KÄMPFERISCHER ARBEITERINNEN UND ARBEITER

★*Das ist nicht das letzte Wort!(Flugblatt)*
★*Rede, die nicht gehalten werden durfte*

Diese Broschüren und Flugblätter sind zu bestellen bei:

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4,
60327 Frankfurt/
am Main, Fax 069/
730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag
16.30 – 18.30 Uhr

Samstag
10.00 – 13.00 Uhr

Montag/Dienstag
geschlossen

Karl Marx
Friedrich Engels

Manifest
der
Kommunistischen
Partei

10 DM, inclusive Porto

Nachdruck

Das Programm der KPD

- 1918 -

kostenlos

Flugblatt von „Gegen die Strömung", März 1997:

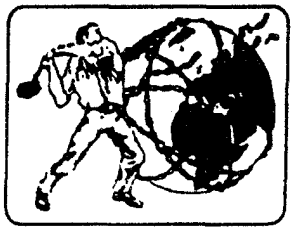
Erfahrungen aus dem militanten Kampf der Bergarbeiter

kostenlos

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

4/5 97 April/Mai 1997

Aus den Erfahrungen der proletarischen Rote Hilfe unter Führung der Komintern für heute lernen:

Freiheit für alle revolutionären und demokratischen Gefangenen!

Am 18. März wurde zum fünften Mal von verschiedenen Initiativen und Organisationen ein überregionaler Aktionstag zur Unterstützung der revolutionären und demokratischen Gefangenen veranstaltet. Bezug genommen wurde dabei auf die internationalistische Praxis der von der KPD Ernst Thälmanns gegründeten Roten Hilfe Deutschlands (RHD), die seit 1923 auf Beschluß der Internationalen Roten Hilfe (IRH) alljährlich zum 18. März, dem Jahrestag der Pariser Kommune, Solidaritätsaktionen für die revolutionären proletarischen Gefangenen durchführte. Auch wir halten es für richtig und dringend notwendig, die Solidarität mit den Gefangenen revolutionärer und demokratischer Bewegungen international und auch gerade in den Gefängnissen des deutschen Imperialismus zu organisieren.

Als kommunistische Kraft müssen wir allerdings deutlich betonen, daß es keineswegs ausreicht, sich nur symbolisch auf Daten der Geschichte der kommunistischen Bewegung zu berufen, ohne deren revolutionären Inhalt und Praxis auch wirklich zu kennen und zu erfassen. Die beeindruckende Gefangenen- und Solidaritätsarbeit der IRH und RHD unter Anleitung der Kommunistischen Internationale zu Zeiten Lenins und Stalins, zu Zeiten der sozialistischen Sowjetunion muß gegen alle imperialistischen Verleumdungen, aber auch gegen alle Vereinfachungen ex-kommunistischer, opportunistischer Kräfte verteidigt, solidarisch und kritisch ausgewertet werden, um aus diesen Erfahrungen maximal für unsere heutigen Aufgaben zu lernen. Jede ernste linke politische Bewegung und Organisation muß sich gerade auch an ihrer Haltung zu den revolutionären und demokratischen politischen Gefangenen messen lassen! Die Solidarität mit den kämpfenden demokratischen und revolutionären Gefangenen ist ein Maßstab für die Reife der revolutionären Bewegung eines jeden Landes.

Der 18. März 1871 und die Notwendigkeit der proletarischen Solidarität mit den demokratischen und revolutionären Gefangenen

Am 18. März 1871 wurde die Pariser Kommune proklamiert. Das war die erste proletarische Revolution, die zur Diktatur des Proletariats führte, auch wenn die revolutionäre Macht der Arbeiterinnen und Arbeiter sich nur für kurze Zeit behaupten und ihre Macht nur unvollkommen verwirklichen konnte. Unterstützt von den preußisch-deutschen Truppen beantwortete die französische Bourgeoisie diesen heroischen Versuch, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu zerschlagen, mit barbarischem weißem Terror. Rund 30.000 Kommunardinnen und Kommunarden wurden in der grauenvollen „Maiwoche" vom 21. bis 28. Mai 1871 von der Soldateska der Konterrevolution ermordet, weitere 45.000 verhaftet und viele von ihnen in der Folge hingerichtet. Tausende wurden zu Zuchthaus und Verbannung verurteilt. Ein paar Jahre später zwang die sich erneuernde revolutionäre Arbeiterpartei und die von ihr im ganzen Land entfachte Agitation die herrschenden Klassen, die noch in den Händen der Regierung verbliebenen gefangenen Kommunardinnen und Kommunarden auf freien Fuß zu setzen.

Nazi-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig verhindern!

„... Den Nazis weder die Straße noch den 1. Mai - und schon gar nicht beides zusammen überlasssen!"

Am 1. Mai wollen die Nazi-Organisationen JN/NPD in Leipzig eine bundesweite Demonstration unter dem Motto „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!" durchführen. Mehrere Tausend Nazis werden erwartet.

Mit der bundesweiten antifaschistischen Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch soll - so der Aufruf - deutlich gemacht werden, daß den Nazis „weder die Straße, noch der 1. Mai - und schon gar nicht beides *zusammen*" *überlassen* wird!

Auftakt: 9.00 Uhr, Kurt-Eisner-Straße/Ecke Karl-Liebknecht-Straße (Leipzig-Süd)

Tod dem deutschen Chauvinismus und Rassismus!

Kampf dem Nazi-Terror!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Die Notwendigkeit der aktiven Solidarität mit den demokratischen und revolutionären Gefangenen zeigt sich im allgemeinen, seit es den Kampf gegen Ausbeutung und Reaktion gibt, im besonderen seit dem Beginn des Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung. Vorbildlich war gerade auch in dieser Hinsicht die Haltung der Begründer des

Freiheit für alle revolutionären und demokratischen Gefangenen!

wissenschaftlichen Kommunismus. So gründete Karl Marx nach der Zerschlagung des „Bundes der Kommunisten" nach der Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 in England ein „Komitee zur Unterstützung der deutschen politischen Emigranten". 1852 übernahm er die Verteidigung der Angeklagten im sogenannten „Kölner Kommunistenprozeß". 1871 organisierten Marx und Engels die Hilfe für diejenigen, die nach der Niederlage der Pariser Kommune flüchten mußten.

Rote Hilfe gegen weißen Terror!

Die Verschärfung aller Widersprüche des Kapitalismus im Zeitalter des ***Imperialismus bedeutet die ungeheure Verstärkung der politischen Unterdrückung aller demokratischen und revolutionären Kräfte***. Vor allem nach dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution versuchten die Imperialisten und Reaktionäre in Finnland, Ungarn, Bulgarien, Polen, Lettland, Italien usw. die revolutionären Bewegungen und Erhebungen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der unterjochten Völker mit einem Terror zu unterdrücken, der bei weitem die Unterdrückung durch das „Sozialistengesetz" in Deutschland 1878 bis 1890 übertraf. Tausende wurden eingekerkert, oft grausam gefoltert und ermordet. Der weiße Terror wurde dabei oftmals unter sozialdemokratischen Regierungen oder faschistischen Regimes durchgeführt: Besonders schreckliche Ausmaße nahmen die Greueltaten in den abhängigen Ländern gegen die revolutionären nationalen Befreiungsbewegungen an, so insbesondere in China und Indien. Allein in den ersten vier Monaten des Jahres 1931 wurden in China über 100.000 Menschen durch die Kuomintang hingerichtet.

In ***Deutschland*** waren Mitte der 20er Jahre über 7.000 Arbeiterinnen und Arbeiter eingesperrt, weil sie in der Novemberrevolution 1918/19, in der Bayerischen Räterepublik, bei der Abwehr des Kapp-Putsches, bei den bewaffneten März-Kämpfen 1921, beim Hamburger Aufstand teilgenommen hatten, weil sie Mitglieder in dem von der KPD geführten Rotfront-Kämpfer-Bund waren oder an sonstigen Klassenkampfaktionen und zunehmend auch am Kampf gegen die Nazis teilgenommen hatten. So wurden am 1. Mai 1929 in Berlin von der Polizei, an deren Spitze der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel stand, 27 Arbeiterinnen und Arbeiter ermordet, Hunderte verwundet und über 5000 verhaftet.

Die Nazi-Diktatur in Deutschland und ab 1938 die Versklavung der größten Teile Europas und Teile Afrikas durch Nazideutschland bedeutete schließlich noch eine Steigerung der Folter-, Mord- und Ausrottungspolitik bis hin zum Völkermord an den Jüdinnen und Juden, den Sinti und Roma.

Alle diese Erfahrungen zeigten und zeigen: Die Gefängnisse sind gerade in Zeiten der revolutionären Gärung - über ihre grundlegende Rolle im Ausbeuterstaat hinaus - ein wichtiges ***Mittel für die Bourgeoisie im Kampf gegen die revolutionäre Bewegung***, sie will ihr die besten Kämpferinnen und Kämpfer entreißen und in die Gefängnisse stecken. Gerade in der Nazi-Zeit hat sich in klarster und brutalster Weise gezeigt, wozu der Staatsapparat der Bourgeoisie, ihr Unterdrückungs- und Verfolgungsapparat mit seinen Gefängnissen, Zuchthäusern, KZs und Vernichtungslagern dient: Zur Liquidierung der Arbeiterbewegung, zur Ausschaltung aller Kritiker, zur Vernichtung anderer Völker.

Angesichts dieses weltweiten weißen Terrors in den Ländern der imperialistischen Welt hielt es die erst knapp vier Jahre vorher gegründete ***Kommunistische Internationale*** auf ihrem 4. Kongreß im Jahr 1922 für dringend notwendig, eine Internationale Rote Hilfe (IRH) zu gründen. Die konkrete Initiative dazu ging nicht zufällig von der „Vereinigung der alten Bolschewiki" sowie der „Gesellschaft der ehemaligen politischen Zuchthäusler und Verbannten" in der sozialistischen Sowjetunion aus. Denn die alten Vorkämpferinnen und Vorkämpfer der bolschewistischen Partei wußten aus ihrer eigenen Erfahrung von Kerker und Verbannung zur Zeit des Zarismus, wie wichtig die aktive Unterstützung für die revolutionären und demokratischen Gefangenen ist. Zugleich rief das höchste Organ der Kommunistischen Internationale alle Kommunistischen Parteien auf, in ihren jeweiligen Ländern eine Organisation zu schaffen, die den eingekerkerten Opfern des Kapitals materielle und moralische Hilfe leistet. Auf Initiative der Kommunistischen Internationale wurde ein Jahr später der 18. März, der Jahrestag der Pariser Kommune, zum ***Tag der Internationalen Roten Hilfe***, d.h. zum Tag der Solidarität mit den demokratischen und revolutionären politischen Gefangenen erklärt, an dem massiv Solidaritätsaktionen für die revolutionären proletarischen Gefangenen und ihre Familien durchgeführt wurden. 1931 wurde von der IRH außerdem beschlossen, den ***12. Dezember*** als ***Internationaler Tag der Roten Hilfe gegen koloniale Unterdrückung*** zu proklamieren. Am 12. Dezember jährt sich der Tag der Kantoner Kommune, der ersten Machtergreifung der Werktätigen in China unter Führung des Proletariats, die mit unbeschreiblichem konterrevolutionärem Terror im Blut erstickt wurde.

Sie haben Gesetzbücher und Verordnungen
Sie haben Gefängnisse und Festungen
(Ihre Fürsorgeanstalten zählen wir nicht!)
Sie haben Gefängniswärter und Richter
Die viel Geld bekommen und zu allem bereit sind.
Ja, wozu denn?
Glauben sie denn, daß sie uns damit kleinkriegen?
Eh sie verschwinden, und das wird bald sein[1]
Werden sie gemerkt haben, daß ihnen das alles nichts mehr nützt.

Sie haben Zeitungen und Druckereien
Um uns zu bekämpfen und mundtot zu machen
(Ihre Staatsmänner zählen wir nicht!)
Sie haben Pfaffen und Professoren
Ja, wozu denn?
Müssen die denn die Wahrheit so fürchten?
Eh sie verschwinden, und das wird bald sein
Werden sie gemerkt haben, daß ihnen das alles nichts mehr nützt.

Sie haben Tanks und Kanonen
Maschinengewehre und Handgranaten
(Die Gummiknüppel zählen wir nicht!)
Sie haben Polizisten und Soldaten
Die wenig Geld bekommen und zu allem bereit sind.
Ja, wozu denn?
Haben sie denn so mächtige Feinde?
Sie glauben, da muß doch ein Halt sein
Der sie, die Stürzenden, stützt.
Eines Tages, und das wird bald sein,
Werden sie sehen, daß ihnen alles nicht nützt.
Und da können sie noch so laut „Halt!" schrein
Weil sie weder Geld noch Kanonen mehr schützt!

Bertolt Brecht, 1931
[1] Anmerkung von uns: Hier irrte Brecht.

Zentrale Ziele der Roten Hilfe waren, diesen proletarischen Klassenkämpferinnen und Klassenkämpfern, die wegen ihrer politischen Handlung oder ihrer politischen Gesinnung inhaftiert wurden, den eingekerkerten Kämpferinnen und Kämpfern der revolutionären nationalen Befreiungskämpfe gegen den Imperialismus bzw. der antikolonialen Bewegungen sowie anderen verfolgten Revolutionären und deren Angehörigen materielle, moralische und juristische Unterstützung zu gewähren, ihre Freiheit zu erkämpfen sowie ihr demokratisches Asylrecht durchzusetzen und zu sichern.

Auch wenn es z.B. die RHD in Deutschland nicht erreichte, die Freilassung aller inhaftierten proletarischen Kämpferinnen und Kämpfer durchzusetzen, gelang ihr durch breite Kampagnen und tagtägliche Kleinarbeit doch, wichtige Erleichterungen für die Genossinnen und Genossen in Haft zu erreichen. Dadurch konnten immerhin 500 Häftlinge freigekämpft werden, unter anderem Erich Mühsam und Max Hölz. Jahrelang, von 1921 bis 1927, führte die IRH eine internationale Kampagne, um das Leben der in den USA lebenden und arbeitenden italienischen Arbeiter Sacco und Vanzetti zu retten, die wegen ihrer revolutionären Antikriegshaltung während des 1. Weltkriegs zum Tode verurteilt und schließlich auch von den Henkern der imperialistischen Klassenjustiz der USA ermordet wurden. Gemeinsam mit den Kommunistischen Parteien entfalteten die IRH sowie die Roten Hilfen der einzelnen Länder eine ununterbrochene Propaganda-, Agitations- und konkrete Unterstützungsarbeit, um die Kämpfe der demokratischen und revolutionären politischen Gefangenen in den Gefängnissen selbst bekannt zu machen, so zum Beispiel den allgemeinen Hungerstreik der politischen Gefangenen im faschistischen Bulgarien im Jahr 1929, den Hungerstreik des führenden Kaders der KP Ungarns, Rakosi, und seiner Genossen 1929 oder den Hungerstreik in den polnischen Gefängnissen 1931, um nur einige Beispiele zu nennen.

Georgi Dimitroff machte die ungeheure Bedeutung der Unterstützung der revolutionären und demokratischen Gefangenen in seinem Schlußwort auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gerade auch im Zusammenhang mit der ***Kaderfrage*** deutlich:

„Im Zusammenhang mit der Kaderfrage gestattet mir, Genossen, auch auf

die ungeheure Rolle einzugehen, zu der die Internationale Rote Hilfe in bezug auf die Kader der Arbeiterbewegung berufen ist. Die materielle und moralische Hilfe, die die IRH-Organisationen den Gefangenen und ihren Angehörigen, den politischen Emigranten, verfolgten Revolutionären und Antifaschisten gewährt, hat Tausenden und aber Tausenden der wertvollsten Kämpfer der Arbeiterklasse in verschiedenen Ländern das Leben gerettet und ihre Kräfte und Kampffähigkeit erhalten. Wer von uns im Gefängnis gesessen hat, weiß aus unmittelbarer Erfahrung, was für eine gewaltige Bedeutung die Tätigkeit der IRH hat."
(Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Band II, S.740, Nachdruck Erlangen 1974)

Hervorzuheben ist auch, daß die IRH großes Gewicht darauf legte, die ***Frauen*** zu allen ihren Aufgaben heranzuziehen. Kritisch und selbstkritisch wies das Exekutivkomitee der IRH in einer Direktive über die Arbeit unter den Frauen von 1931 die noch weit verbreitete Ansicht zurück, *„als ob den weiblichen Mitgliedern und Funktionären nur solche Aufgaben zugewiesen werden könnten, die sich mit unmittelbarer Hilfstätigkeit befassen"*. Vielmehr, so die Direktive, sollen die Frauen *„zu allen Funktionen gleichmäßig und gleichberechtigt"* herangezogen werden (Siehe „10 Jahre Internationale Rote Hilfe", Resolutionen und Dokumente, Herausgegeben vom EK der IRH, MOPR-Verlag Berlin 1932, S. 59).

Die Rote Hilfe führte einen vielfältigen Kampf gegen das Gefängnisregime. Dessen Ziel ist es gerade auch, die verhafteten revolutionären und demokratischen Gefangenen moralisch und physisch zu vernichten. Dabei kämpfte sie in den verschiedenen Ländern für die Verteidigung eines „politischen Regimes" für die demokratischen und revolutionären Gefangenen, d.h. für deren Status als demokratische und revolutionäre ***politische*** Gefangene: So heißt es in einer Direktive der IRH aus dem Jahr 1932:

„Je mehr sich die Bourgeoisie durch das Herannahen der proletarischen Revolution bedroht hält, um so mehr betrachtet sie die revolutionären politischen Gefangenen, darunter auch die Gefangenen der revolutionären Bewegung der Bauern, der nationalen Minderheiten und Kolonialvölker, als Geiseln, um so mehr verstärkt sich die Tendenz der Beschleunigung des Zugrunderichtens bzw. der unmittelbaren physischen Vernichtung der proletarisch-politischen Gefangenen.

Dies erfordert, daß die RH ihren Kampf für das politische Regime verstärkt, denn dieser Kampf ist nichts anderes als der Kampf um das Leben, um die Erhaltung der Politgefangenen als revolutionäre Kämpfer."
(Direktive des Sekretariats vom 5. Mai 1932, zitiert nach: „10 Jahre Internationale Rote Hilfe", Resolutionen und Dokumente, Herausgegeben vom EK der IRH, MOPR-Verlag Berlin 1932, S.207)

Eine wichtige Rolle spielte dabei die Übernahme sogenannter „Patenschaften" für demokratische und revolutionäre Gefangene durch Massenorganisationen der Werktätigen. Diese waren gerade auch ein wichtiges ideologisches Erziehungsmittel sowohl für „Drinnen" als auch für „Draußen". Dazu heißt es in einer Resolution der von der IRH organisierten II. Internationalen Konferenz über die Patenschaftsarbeit:

„Die Patenschaft über die Politgefangenen und ihre Familienangehörigen in den kapitalistischen Ländern ist einer der wichtigsten Momente auf dem Gebiet der Agitation und Propaganda der Ideen der IRH. Durch die Patenschaften wird die Verbindung zwischen den *Arbeitern und Bauern mit ihren gefangenen* Klassengenossen verwirklicht und auf diese Weise nimmt die Solidarität der werktätigen Massen konkrete Formen an ... Die *Pflicht der Patenschaftsorganisationen* ist, ihre Paten ideologisch zu beeinflussen und sie moralisch zu stärken. Die *Aufgabe der Paten* ist, die Patenschaftsorganisation von der großen Bedeutung des von ihnen durchgeführten Solidaritätszwecks zu überzeugen und das Interesse derselben zu ihrer Arbeit wachzuhalten durch Briefe und selbstverfertigte Geschenke an die Patenschaftsorganisationen. Außerdem müssen die Paten durch ihre Schreiben die Patenschaftsorganisationen mit dem Wesen des weißen Terrors und der Klassenjustiz bekanntmachen.
(„10 Jahre Internationale Rote Hilfe", Resolutionen und Dokumente, Herausgegeben vom EK der IRH, MOPR-Verlag Berlin 1932, S. 212)

Veranstaltung der Roten Hillfe in Hamburg am 5. Juli 1927

Einen überaus wichtigen Beitrag zur Unterstützung der revolutionären und demokratischen politischen Gefangenen leistete die Rote Hilfe der damals ***sozialistischen Sowjetunion***. Diese Unterstützung erfolgte z.B. durch Patenschaften, in denen die Belegschaften ganzer Betriebe oder die Bevölkerung eines Ortes daran gingen, die demokratischen und revolutionären Häftlinge eines Gefängnisses in einem kapitalistischen Land materiell und moralisch zu unterstützen. In landwirtschaftlichen Genossenschaften wurden Parzellen und Viehbestände für die Rote Hilfe ausgewiesen, in Fabriken Extraschichten gefahren, umfangreiche Spendenaktionen durchgeführt.

Die Haltung zu den demokratischen und politischen Gefangenen ist ebenso ein ***Prüfstein des proletarischen Internationalismus***, d.h. zugleich auch ein Bereich der ***Erziehung*** im proletarischen Internationalismus. Darüber führte der Delegierte Stafford als ein Vertreter der kommunistischen Fraktion der IRH auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 sowohl in Bezug auf die Sowjetunion als auch auf die Länder des imperialistischen Weltsystems aus:

„Die Rote Hilfe der Sowjetunion entfaltet im ganzen Lande eine systematische und breite Erziehungsarbeit für den proletarischen Internationalismus. Auch in den kapitalistischen Ländern haben die Sektionen der Roten Hilfe in *ihrer internationalen Erziehungsarbeit* und im Kampf gegen den Chauvinismus Erfolge aufzuweisen. Es haben gerade in den letzten Jahren die Aktionen der Werktätigen für die Opfer des weißen Terrors und des Faschismus *in anderen Ländern* beständig zugenommen. Selbst die politischen Gefangenen verschiedener Länder tauschen öfter Briefe mit revolutionären Grüßen und Solidaritätsbeweisen untereinander aus."
(Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Band II, S.902, Nachdruck Erlangen 1974)

Die IRH und die RHD wurden auf Initiative der Kommunistischen Internationale bzw. der KPD geschaffen, doch war die Mitgliedschaft parteimäßig nicht gebunden. Das bedeutete allerdings nicht, daß diese Hilfsorganisationen „unparteiisch" oder „unpolitisch" waren. So heißt es in einem Bericht des Vorsitzenden der Roten Hilfe Deutschlands, Wilhelm Pieck, auf einer Tagung 1925:

„Die Rote Hilfe ist nicht etwa eine rein philantropische, karitative Organisation, wie sie ihre Unterstützungen nicht als Wohltätigkeit auffaßt, sondern sie ist eine Solidaritätsorganisation der Werktätigen zur Behebung des Elends, das durch die deutsche Klassenjustiz hervorgerufen ist. Und deshalb kann sich die Rote Hilfe nicht auf die Beschaffung von Geldmitteln beschränken, sondern muß versuchen, die Quellen dieses Elends zu verstopfen. Dazu dient die politische Aufklärung über Wesen und Zweck der Klassenjustiz und des weißen Terrors, sowie über die Notlage, die dadurch unter den werktätigen Massen hervorgerufen wird. Die Rote Hilfe will mit dieser Aufklärung die Massen gewinnen für die Unterstützung der Forderungen auf Beseitigung der Quellen dieses Elends, zum Kampf für die Amnestie, gegen die Klassenjustiz, gegen den weißen Terror ..."
(Zitiert nach „Vorwärts und nicht vergessen - 70/72 Jahre Rote Hilfe", Hrsg. Rote Hilfe e.V. S. 8)

Mit dieser revolutionären Einstellung gelang es der Roten Hilfe in der Tat, große Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie anderer Werktätiger zu mobilisieren und organisieren.

Die IRH hatte 1932 weltweit 71 Sektionen und Geschwisterorganisationen, in denen 13,8 Millionen Menschen organisiert waren (davon 5,5 Millionen in der UdSSR). Die RHD hatte im Jahr 1932 über eine Millionen Mitglieder. Dabei gelang es der Roten Hilfe, weit über die von der KPD geführte revolutionäre Arbeiterbewegung hinaus Einfluß zu gewinnen und auch bürgerliche Kräfte für die Erreichung ihrer Ziele und bei der Durchführung ihrer Kampagnen, Aktionen und Projekte einzubinden. So gehörten zu den Mitgliedern des Kuratoriums der Kinderheime der Roten Hilfe u.a. der Physiker Albert Einstein, die Schriftsteller Heinrich Mann und Thomas Mann, der Maler Heinrich Zille. Im Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands war 1926 z.B. Kurt Tucholsky.

Entscheidend bei alledem war, daß die Rote Hilfe es verstand, ihre eigentlichen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren, daß sie alle diese Möglichkeiten nutzte, um ihre unverzichtbare ***Funktion*** in der Front des proletarischen Klassenkampfes auszuüben, um in den verschiedenen Teilkämpfen, demokratischen Bewegungen und Kämpfen die Erkämpfung der Hegemonie des Proletariats bei der Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution zu erleichtern, die nur durch die führende Rolle der Kommunistischen Partei realisiert werden kann.

Der Kampf für die Forderung nach Freilassung aller revolutionären und demokratischen Gefangenen kann und muß eine Antriebskraft für die Einbeziehung breiter Massen in den Kampf gegen den Imperialismus werden. Dabei muß bewußt sein, daß über einzelne Erfolge in diesem Kampf hinaus nur wirklich große Siege der revolutionären Bewegung die Gewähr dafür sind, daß alle demokratischen und revolutionären Gefangenen befreit werden. So erreichten die revolutionären und antifaschistischen Kräfte in Spanien 1936 durch ihren Kampf die Freilassung der 30.000 demokratischen und revolutionären Gefangenen, darunter vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter, die wegen ihrer Teilnahme am bewaffneten Aufstand in Asturien 1934 im Kerker saßen.

Zur Lage und zum Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen heute

International ...

Hunderttausende von revolutionären und demokratischen Gefangenen sind heute in den Gefängnissen der Imperialisten und Reaktionäre eingekerkert. Die Zahl der Kämpferinnen und Kämpfer, die seit 1945 weltweit durch die Gefängnisse gegangen sind, geht in die Millionen. Gerade dort, wo sich die Klassenkämpfe verschärfen, sind Terror, Mißhandlungen, Demütigungen, Übergriffe, systematische Prügel, Folterungen durch Gefängniswärter und die Folterschergen der Geheimdienste und nicht selten Mord auf der Tagesordnung. ***Der „weiße Klassenterror" gegen die revolutionären und demokratischen Gefangenen hat seit der Gründung der Internationalen Roten Hilfe in den 20er Jahren nicht aufgehört, er geht weiter.*** Beispiele aus verschiedenen Ländern zeigen das. Allein in den Gefängnissen der ***Türkei*** gibt es laut offizieller Statistik ca. 8600 verurteilte revolutionäre und demokratische Gefangene, unberücksichtigt ist dabei der Anteil bei den ca. 30.000 Gefangenen in Untersuchungshaft. In ***Spanien*** gibt es ca. 600 revolutionäre und demokratische Gefangene. Rund 10.000 demokratische und revolutionäre Gefangene sind in ***mexikanischen*** Gefängnissen eingekerkert.

Gerade auch in diesem Bereich zeigt sich heute kraß das Fehlen schlagkräftiger Organisationen der proletarisch-internationlistischen Solidarität mit den demokratischen und revolutionären politischen Gefangenen, wie es die IRH international und die Roten Hilfen in den einzelnen Ländern waren. Wer weiß zum Beispiel schon Genaueres über die Lage der demokratischen und revolutionären Gefangenen aus Südkorea, Sri Lanka, der Elfenbeinküste oder Chile? Es ist ein Mangel auch an internationalistischer Solidarität, daß die revolutionäre Bewegung hier über fast keine Vorstellung verfügt und sich nicht die Aufgabe stellt, einen systematischen Überblick über die Lage der gefangenen revolutionären und demokratischen Kämpferinnen und Kämpfer zu bekommen, die Erfahrungen ihrer Kämpfe auszuwerten. Oft genug ist es so, daß angesichts einer schwachen Solidaritätsbewegung die Gefangenen selbst durch ihre Kämpfe die revolutionäre Öffentlichkeit auf sich aufmerksam machen müssen.

Wir wollen hier nur exemplarisch an einige herausragende Kämpfe demokratischer und revolutionärer Gefangener aus aller Welt erinnern. Ungeachtet der Unterschiede im konkreten ging es dabei grundsätzlich um Forderungen nach einer Verbesserung der Situation in den Gefängnissen (bessere Ernährung, bessere Behandlung, gegen Überbelegung usw.) sowie auch um politische Forderungen wie Abschaffung der Folter, Abschaffung der Zensur, freier Zugang zu Literatur und Zeitungen, Zusammenlegung und die Anerkennung als politische Gefangene.

- In den USA kam es 1971 zum ***Aufstand im Gefängnis von Attica***, dessen Auslöser die Ermordung des Black-Panther-Aktivisten George Jackson im Gefängnis von San Quentin war. Am 9. September 1971 übernahmen ca. 1000 schwarze und weiße Gefangene einen Zellenblock, zerschlugen die Einrichtung und nahmen 38 Wärter als Geiseln. Den 1500 schwerbewaffneten Nationalgardisten und Soldaten gelang erst nach vier Tagen die Stürmung des Gefängnisses. 30 revoltierende Gefangene wurden dabei massakriert.

- In ***Nordirland*** haben Hungerstreiks und anderen Kampfformen der antiimperialistischen Gefangenen, die gegen die dortige faktische Kolonialherrschaft des englischen Imperialismus kämpfen, in den Gefängnissen eine lange Tradition. Erwähnt sei hier nur die Revolte von Long Kesh vom Oktober 1974, an der sich 1600 Gefangene beteiligten. Bei einem Hunger- und Durststreik starben zwischen Mai und August 1981 zehn Kämpferinnen und Kämpfer.

Mexiko: Benigno Guzmán, Gründungsmitglied und führender Genosse der Bauernorganisation OCSS verhaftet!

Folgendes Fax von der Bauernorganisation OCSS (Organización Campesina de la Sierra del Sur) und dem FAC-MLN erreichte uns:

... Das Innenministerium lügt! Benigno Guzmán Martínez ist kein Rädelsführer der EPR!

Am 27. Januar wurde Benigno Guzmán Martínez in seiner Wohnung in Mexico-City verhaftet. Wir stellen folgendes klar:

1. Es stimmt nicht, daß Benigno Guzmán Martínez ein führender Kader des EPR ist, wie es das Innenministerium in seiner Presseerklärung vom 27. Januar .... behauptet.

2. Benigno Guzmán Martínez ist Grüdnungsmitglied der Baunerorganisation OCSS, die immer legale politische Arbeit geleistet hat...

3. Es ist inzwischen unter der jetzigen mexikanischen Regierung zur Regel geworden, daß politisch oppositionell eingestellte Menschen massenhaft verhaftet werden, daß man ihnen konstruierte Strafverfahren anhängt und sie der Öffentlichkeit als Mitglieder bewaffnet kämpfender revolutionärer Organisationen präsentiert.

4. Im Laufe seiner politischen Arbeit im von der Verfassung vorgegebenen Rahmen war Benigno Guzmán Angriffen auf sein Leben von Seiten der Behörden des Bundesstaates *Guerrero und der mexikanischen Behörden* ausgesetzt...

5. Seit dem 28.Juni 1996, als der Ejército Popular Revolucionario erstmals in Aguas Blancas (Guerrero) öffentlich in Erscheinung trat, versuchen die Behörden bewußt fälschlich, politische Organisationen im ganzen Land mit dieser Guerrilla-Gruppe in Verbindung zu bringen. Genau das diente als Vorwand für die Verhaftung von über 200 Mitgliedern des FAC-MLN, dem auch die OCSS angehört.

6. Wie damals in Hitler-Deutschland inszeniert das Innenministerium national und international eine Lügenkampagne, um Verfolgung, Verhaftung, Folter, Verschwindenlassen und Ermordung von Hunderten von politisch Oppositionellen zu rechtfertigen...

7. Zum Schluß weisen wir noch darauf hin, daß seine systematische Anprangerung der Repression in Guerrero und der zunehmenden Militarisierung von Guerrero sowie seine gesamte integre und nicht korrumpierbare Geschichte als Kämpfer für soziale Veränderung die wesentlichen Gründe dafür waren, daß das Innenministerium und die Regierung von Guerrero diese Lügenkampagne gegen Benigno Guzmán Martínez inszeniert haben als Rechtfertigung für seine Verfolgung und Verhaftung ...

Sofortige Freilassung von Benigno Guzmán Martínez!

Stoppt die Repression gegen die OCSS und den FAC-MLN!

Mexico-City, 29.1.1997

Im Juni 1986 begann in drei ***peruanischen Gefängnissen*** ein Aufstand gefangener Revolutionäre. Sie griffen mit Gewehren, Sprengkörpern und selbstgemachten Pfeilen und Bogen die Wachmannschaften an. Es folgte ein 24-stündiger Kampf mit Armee- und Polizeieinheiten, denen es danach gelang, die Gefängnisse zu stürmen. Sie ermordeten 400 Gefangene.

- Ende der 80er Jahre saßen im Zuge der Verhaftungswelle während der ***Intifada*** über 20.000 revolutionäre und demokratische Gefangene in israelischen Gefängnissen, die vorhandenen Gefängnisse reichten nicht aus, ein neues Gefangenenlager in der Negev-Wüste („Ansar III") mußte errichtet werden. Die dort inhaftierten Gefangenen kämpften fast ein Jahr lang mit Hungerstreiks bis hin zu militanten Auseinandersetzungen mit israelischen Soldaten gegen ihre Haftbedingungen.

- In ***Spanien*** führten 1989/90 zeitweilig bis zu 50 Gefangene von GRAPO/PCE(r) einen Hungerstreik gegen ihre Haftbedingungen und für ihre Zusammenlegung. Am 177. Tag des Hungerstreiks starb José Manuel Sevillano. Im September 1996 beteiligten sich zeitweise 40 der 550 ETA-Gefangenen an einem Hungerstreik, der von einem befristeten Hungerstreik von 500 Angehörigen außerhalb der Gefängnisse unterstützt wurde.

- Von Mai bis Juli 1996 führten die revolutionären Gefangenen in den ***Gefängnissen des reaktionären türkischen Staats*** einen großen Hungerstreik durch. Damals hatten sich zeitweise über 2000 Gefangene aus 33 Gefängnissen dem 69 Tage dauernden Kampf angeschlossen, in dessen Verlauf 12 Genossinnen und Genossen starben. Doch der Kampf in den türkischen Gefängnissen ging weiter. Schon drei Monate später kam es im Oktober 1996 zu einem erneuten Hungerstreik mehrerer Tausend PKK-Aktivisten.

.... und in Deutschland

Die Verfolgung und Unterdrückung von demokratischen, revolutionären und kommunistischen Kräften ging in der BRD bereits kurze Zeit nach der Niederschlagung des Nazifaschismus nach 1945 in anderer Form praktisch „nahtlos" weiter.

- Nach Ermittlungsverfahren gegen Zehntausende von KPD-Mitgliedern sowie 150.000 mittelbar betroffene Personen wurden bereits in den 50er Jahren in der BRD Tausende von Kommunistinnen und Kommunisten in das in ungebrochener Tradition des deutschen Imperialismus aufgebaute Gefängnisystem des westdeutschen Imperialismus eingekerkert, um den Widerstand gegen die Schaffung einer neuen imperialistischen westdeutschen Armee zu brechen.

- Seit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre bis heute dienen die Gefängnisse verstärkt dazu, die bestehenden ersten, kleinen Ansätze des revolutionären Kampfes gegen die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie schon im Keim zu ersticken, indem revolutionäre, demokratische, antifaschistische und antimilitaristische Gefangene eingekerkert und mit deutscher Gründlichkeit „behandelt", in Isolationshaft gesteckt, ja sogar ge„selbstmordet" wurden wie in Stammheim 1977.

- Besondere Aufmerksamkeit muß auf die Tatsache gelenkt werden, daß vor allem seit

GEGEN DIE STRÖMUNG

Spartakus

Der Hungerstreik in den Gefängnissen des reaktionären türkischen Staates vom 20. Mai bis 28. Juli 1996

12 Genossinnen und Genossen wurden von den terroristischen Verhältnissen in den Gefängnissen des türkischen Staates gemordet!

Aus dem Inhalt

- Den Kampf der Hungerstreikenden und den Tod der 12 Genossinnen und Genossen niemals vergessen!
- Die Erfolge und die Erfahrungen der Kampfaktionen in den türkischen Gefängnissen auswerten!
- Ohne gegenseitige solidarische Kritik ist an eine wirkliche Unterstützung eines gerechten, revolutionären Kampfes nicht zu denken!
- Interview mit einem Angehörigen eines Hungerstreikenden am 27.8.1996

August 1996 5 DM

Erhältlich auf Deutsch und Türkisch 75 Seiten, DM 5.-

dem Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen 1993 die kurdischen Aktivisten die Mehrheit der in Deutschland inhaftierten revolutionären und demokratischen Gefangenen ausmachen. Derzeit sind über 200 Kurdinnen und Kurden in Deutschland inhaftiert.

- Seit Anfang der 90er Jahre werden in Deutschland systematisch spezielle Gefängnisse mit ca. 3.500 Plätzen geschaffen, die nur zur Abschiebung dienen. Jedes Jahr werden etwa 35.000 Menschen in andere zutiefst undemokratische Staaten abschoben. Dies bedeutet nicht selten die gezielte und geplante Abschiebung revolutionärer Kämpferinnen und Kämpfer aus anderen Ländern in die Folterkeller, in die Hände ihrer Mörder in ihren Herkunftsländern, wie es das Beispiel der abgeschobenen kurdischen Revolutionäre oder der Fall von Benjamin Ramos Vega zeigt, der 1996 unter dem Vorwurf der ETA-Unterstützung an Spanien ausgeliefert wurde - das Bundesverfassungsgericht wies damals die Klage gegen die Auslieferung an den spanischen Staat mit der Begründung zurück, die Benjamin in Spanien drohende Folter sei nicht relevant.

Gegen diese staatliche Repression und diesen Terror hat es auch immer Widerstand und Kämpfe gegeben:

- Die Kämpferinnen und Kämpfer aus der RAF und mit ihnen sympathisierende Gefangene kämpften seit Anfang der 70er Jahre in 10 Hungerstreiks gegen die Isolationshaft in deutschen Gefängnissen. Dabei wurde immer wieder versucht, die kämpfenden Gefangenen zwangszuernähren. Die Folge dieser Zwangsernährung war die Ermordung von Holger Meins (9. November 1974) und Siegurd Debus (16. April 1981). Heute - nach teilweise über 20 Jahren befinden sich noch ca. 10 RAF-Gefangene im Gefängnis.

- Mit Hungerstreiks und direkten Revolten haben Abschiebehäftlinge gegen Abschiebehaft und Abschiebungen gekämpft. Am 29. Juli 1994 begann im Abschiebegefängnis „Elwe" in Kassel eine Revolte von ca. 40 Abschiebegefangenen, die teilweise schon 15 Monate und länger auf ihre Abschiebung „warteten". 24 Stunden später stürmten Sondereinsatzkommandos und GSG9-Einheiten sowie ein Großaufgebot von Bereitschaftspolizisten mit Tränengas und Wasserwerfern das Gefängnis.

- Aufgrund der unmenschlichen Haftbedingungen (Isolationshaft, Bunkerzellen, ungenießbares Essen usw.) kam und kommt es immer wieder zu allgmeinen Gefängnisrevolten, die deutlich machen, daß der deutsche Imperialismus auch in seinen Gefängnissen nicht alles im Griff hat. Erwähnt sei nur die Revolte im Hamburger Gefängnis Fuhlsbüttel am 28.5.1990, als 250 Gefangene Teile des Gefängnishofes, Dächer und Trakte fünf Tage lang besetzt hielten.

☆☆☆

Die Kenntnis über die Situation in den Gefängnissen, die Solidarität mit den demokratischen und revolutionären Gefangenen, die Unterstützung ihrer Kämpfe ist in mehrfacher Hinsicht von großer Bedeutung für die revolutionäre Bewegung. Zum einen können und müssen wir gerade durch die systematische Entlarvung der Situation in den Gefängnissen dem mörderischen deutschen Imperialismus seine heuchlerische, scheindemokratische Maske herunterreißen. Andererseits können sich die fortschrittlichen, geschweige denn die revolutionären Teile der Arbeiterklasse nicht vorwärtsentwickeln, ohne mit wärmster Sympathie die gerechten Kämpfe der Gefangenen zu unterstützen, ohne wirkliche Solidarität mit den kämpfenden Gefangenen.

Diese Solidarität bedeutet für die nicht eingekerkerten revolutionären und kommunistischen Kräfte, möglichst maximal alle gerechten Kämpfe dieser Gefangenen zu unterstützen, sowohl propagandistisch als auch praktisch. Die revolutionären und demokratischen Gefangenen müssen spüren, daß wir „hier draußen" sie in diesen Löchern nicht vergessen, daß wir für eine Verbesserung ihrer Lage und auch für ihre Befreiung weiterkämpfen. Möglichkeiten und Wege zur Entwicklung dieser ganz praktischen, materiellen Solidarität, zur Durchbrechung der Isolierung der revolutionären und demokratischen Gefangenen und zur Unterstützung ihrer Kämpfe gibt es genug: In Flugblättern, Broschüren und sonstigen Publikationen können ständige Rubriken über das Gefängnisregime eingerichtet, Briefe von Gefangenen und Korrespondenzen veröffentlicht werden. Mit Demonstrationen, Kundgebungen oder Streiks kann auf die Lage und die Kämpfe der Gefangenen aufmerksam gemacht wer-

Diskussionsbeitrag zur Losung „Freiheit für alle demokratischen und revolutionären Gefangenen!"

Der Begriff „politischer Gefangener" hat für viele Genossinnen und Genossen emotional erst einmal eine positive Bedeutung, ist sozusagen eine Art „Ehrenname". Dies ist in Anbetracht der Manöver der Imperialisten, demokratische und revolutionäre Gefangene als „bloße Kriminelle" abzustempeln, nur allzu verständlich. Doch diese Debatte hat auch eine Kehrseite, die häufig zu wenig beachtet wird und auf die wir im folgenden aufmerksam machen wollen. Denn die Losung „Freiheit für alle politischen Gefangenen!" ist unserer Meinung nach ungenau und schwammig, sie kann falsch wirken und unter gewissen Umständen sogar ganz falsch sein.

Die Kommunistische Internationale und die Internationale Rote Hilfe (IRH) standen in mehrfacher Hinsicht vor der Notwendigkeit, bei den „politischen Gefangenen" genau zu differenzieren und entsprechend differenzierte Losungen zu verwenden. Die genauere Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistisch geführten Arbeiterbewegung zeigt nämlich, daß die Forderung „Freiheit für alle politischen Gefangenen" als tagespolitische Losung für ein kapitalistisches Land allenfalls dort unproblematisch war und ist, wo aufgrund der bestehenden Verhältnisse eindeutig klar ist, daß darunter nur die fortschrittlichen, revolutionären und kommunistischen Kräfte zu verstehen sind, wie das beispielsweise im faschistischen Horthy-Ungarn in den 20er und 30er Jahren der Fall war.

Differenziertes Herangehen an die „politischen Gefangenen" in der Geschichte der kommunistisch geführten Arbeiterbewegung

Die erste grundlegend notwendige Unterscheidung bestand darin, keinerlei Gleichsetzung zwischen den konterrevolutionären politischen Gefangenen in der damals sozialistischen UdSSR einerseits und den demokratischen und revolutionären politischen Gefangenen in den kapitalistischen Ländern zuzulassen. Das Exekutivkomitee des IRH stellte 1932 mit Nachdruck fest:

„Für eine revolutionäre Klassenorganisation, wie die IRH es ist, ist es unmöglich, auch nur den Anschein zu erwecken, daß sie bereit sei, sich auch für die konterrevolutionären politischen Gefangenen in der UdSSR einzusetzen."
(„10 Jahre Internationale Rote Hilfe", Resolutionen und Dokumente, Herausgegeben vom EK der IRH, MOPR-Verlag Berlin 1932, S. 234)

Zweitens mußte vielfach unter den politischen Gefangenen in den kapitalistischen Ländern überall dort unbedingt unterschieden werden, wo es eben nicht nur demokratische und revolutionäre politische Gefangene gab, sondern - aus welchen Gründen auch immer - auch reaktionäre und sogar faschistische. In den Richtlinien der IRH über die Unterstützung politischer Gefangener der unterdrückten Nationalitäten heißt es:

„Ausgenommen von dieser Hilfe sind die national-faschistischen Organisationen, die zwar an dem nationalen Befreiungskampf gegen den fremden Imperialismus teilnehmen, doch in dem Klassenkampf mit dem fremden Imperialismus gegen das Proletariat und Bauerntum zusammengehen und selbst imperialistische Tendenzen haben."
(„10 Jahre Internationale Rote Hilfe", Resolutionen und Dokumente, Herausgegeben vom EK der IRH, MOPR-Verlag Berlin 1932, S. 70)

Völlig unangebracht war die Losung „Freiheit für alle politischen Gefangenen" auch in der Situation in Österreich 1934, als nach der Niederlage der antifaschistischen Februarerhebung der Arbeiterinnen und Arbeiter dann im Juli 1934 die Nazis in Österreich vergeblich versuchten, mit Waffengewalt die Mussolini-orientierte Dollfuß-Regierung zu stürzen, um Österreich sogleich an Nazi-Deutschland „anzuschließen". Damals waren aus - selbstverständlich völlig verschiedenen - politischen Gründen neben den kommunistischen und sozialistischen politischen Gefangenen auch Nazis als „politische Gefangene" inhaftiert. Angesichts dessen forderte die Rote Hilfe Österreichs natürlich nicht die „Freiheit für alle politischen Gefangenen", sondern rief dazu auf:

*„Reiht euch ein in die Rote Hilfe und kämpft mit uns für sofortige Freilassung aller **Februar-Kämpfer** und **Antifaschisten** aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern!"*
(Aufruf der Roten Hilfe Österreichs vom März 1935, Rundschau Nr. 18, 1935, S. 717/718, zitiert nach „Hawar", Nr. 8, Januar 1997, S. 51)

Historisch ist weiterhin eine Tatsache, daß vor diesem Nazi-Hintergrund die Losung „Freiheit für alle politischen Gefangenen" von der KPD direkt nach 1945 ganz offensichtlich ***nicht*** angewendet wurde. Der Hintergrund für diese Entscheidung der KPD war sicherlich die Situation, daß in den Gefängnissen in Deutschland und in Internierungslagern - bedingt durch den antinazistischen Kampf der Völker - sehr wohl in Folge der Nürnberger Prozesse und der Nachfolgeprozesse aus klaren politischen Gründen Tausende von Nazis einsaßen. Entsprechend den Bedingungen des Potsdamer Abkommens war dies richtig und absolut notwendig. (Wir wissen, daß die chauvinistische MLPD in pronazistischer Weise Amok dagegen läuft, um die berechtigte politische Unterdrückung der Nazis anzuprangern, vgl. genauer in GDS-Nr. 50, S.26 f).

Dazu kam, daß auch in den Anfangsjahren der SBZ bzw. DDR sehr wohl konterrevolutionäre nazistische Kräfte infolge ihrer politischen Propaganda, z.B. gegen das Potsdamer Abkommen, völlig zurecht inhaftiert waren.

Inhaftierte Nazis - „bloße Kriminelle"?

Bei der Diskussion über den Begriff „politische Gefangene" ***heute*** muß unserer Meinung nach ebenfalls gesehen werden, daß in Deutschland gegenwärtig auch einige Nazis in den Gefängnissen sitzen, und zwar nicht nur wegen Mordanschlägen, sondern auch wegen sogenannter „Propagandadelikte", d.h. auch wegen offener nazistischer Hetze.

Außerhalb jeder Diskussion steht, daß die Gefängnisstrafen für Nazis lächerlich niedrig sind, daß angesichts ihrer Verbrechen viel zu wenige Nazis inhaftiert sind, daß inhaftierte Nazis in den Gefängnissen ihr braunes Treiben weitgehend ungehindert fortsetzen können. So ist bekannt geworden, daß Nazis in der JVA Brandenburg eine Nazi-Zeitung drucken und vertreiben konnten. Dahinter steht - und dies steht ebenfalls außer jeder Diskussion -, daß die Nazis von diesem Staat gefördert, unterstützt und in Schutz genommen, gezielt gegen antifaschistische und revolutionäre Kräfte - auch in den Gefängnissen - direkt und indirekt eingesetzt werden. Aber Leuten, die nun vorschnell sagen: „Na also, da haben wir's doch! Wollt ihr etwa behaupten, der deutsche Staat geht gegen seine eigenen Handlanger vor?", antworten wir ohne Illusionen in das Wesen diese Staates: „Ja, ab und zu schon!" Es ist eben nicht so, daß Terrorakte und auch bestimmte propagandistische Aktionen der Nazis allesamt direkt durch die Staatsorgane des deutschen Imperialismus wie auf „Knopfdruck" gelenkt würden.

Es ist eine Tatsache, daß dieser Staat ab und zu doch noch gezwungen ist, den Schein zu erwecken, als ginge er auch gegen die Nazis vor, und dafür ein paar Nazis hinter Gitter steckt. Die Gründe dafür haben selbstverständlich nichts mit einer angeblich „antinazistischen" Haltung dieses Staats zu tun, wohl aber mit dem Druck vor allem der internationalen Öffentlichkeit auf den deutschen Imperialismus vor dem Hintergrund der Einmaligkeit des Ausmaßes der Verbrechen des Nazifaschismus.

Wenn NPD-Deckert, Althans und andere vor laufenden Mikrofonen und Kameras in Buchenwald, Auschwitz und anderen Gedenkstätten des Holocaust, den Völkermord an den Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma leugnen und die Abermillionen Opfer der Nazi-Ausrottungspolitik verhöhnen können, so dient das nicht gerade dem „Ansehen" des Staats des deutschen Imperialismus.

Und wenn dieser Staat - unter dem Druck der internationalen antifaschistischen Kräfte und unter dem Druck im eigenen Land - zum Beispiel Leute wie NPD-Deckert ins Gefängnis stecken muß, dann haben wir doch nichts dagegen. Im Gegenteil, sind sie nicht viel zu kurze Zeit dort? Auch verurteilte Alt-Nazis sind insofern politische, eben nazistische Gefangene. Und wenn sie nicht sowieso auf „Bewährung" ihre Pension verzehren, sondern ausnahmsweise einmal ihre sowieso viel zu niedrige Strafe absitzen müssen, dann ist das natürlich gut und nicht schlecht.

In den letzten Jahren gibt es eine erschreckende Zunahme nazistischer Aktionen, Anschläge und Veröffentlichungen. Dem entsprechen die massiv verstärkten Anstrengungen der Sachwalter des deutschen Imperialismus, die Existenz der zunehmenden braunen politischen Nazi-Bewegung durch „Entpolitisierung" zu vertuschen und die Verbrechen der Nazis als Aktionen von „Einzeltätern", „Betrunkenen" oder „Waffennarren" darstellen, die sich angeblich keineswegs aus der Existenz der braunen Ideologie und Politik der Nazi-Bewegung motivieren würden und angeblich einen „bloß kriminellen Hintergrund" hätten.

Nur ein Beispiel aus jüngster Zeit ist der Mordprozeß gegen den Nazi Lemke in Essen. Lemke hat aus seiner braunen Gesinnung nie den geringsten Hehl gemacht. Wegen einem Brandanschlag auf ein von Menschen aus der Türkei bewohntes Haus und wegen rassistischer Hetze saß er bereits einmal im Gefängnis. In der Nazi-„Hilfsorganisation Nationaler Gefangener" war er deshalb auch schon einmal zum „Gefangenen des Monats" gekürt worden. In dem vor kurzem beendeten Prozeß unternahmen die Richter alles, um die nazistischen Motive dieses Nazi-Mörders, der sich damit brüstet, eine „Linke abgestochen" zu haben, möglichst vollständig auszublenden.

Das dahinter stehende massive reaktionäre Interesse des deutschen Staates ist eindeutig: Es soll vor allem vor der internationalen Öffentlichkeit die Tatsache vertuscht werden, daß es in Deutschland heute eine Nazi-Bewegung gibt, die nicht nur systematisch Nazi-Propaganda betreibt, sondern zunehmend auch mehr nazi-politische Morde begeht. Aus diesem Grund wird auch tunlichst aus dem öffentlichen Bewußtsein herausgehalten, wie viele Nazi-Gefangene insgesamt inhaftiert sind, wie viele Nazis nicht nur wegen Terrorakten, sondern gerade auch wegen der Propaganda ihrer braunen Gesinnung verurteilt wurden und im Gefängnis waren oder sind.

☆☆☆

Wer behauptet, Nazis seien nur „gewöhnliche Verbrecher und Brandstifter", leistet der Entpolitisierungsmanöver des deutschen Imperialismus Vorschub und leugnet, daß es sich bei den Nazis wesentlich um eine politische Kraft handelt, ***die von den antifaschistischen und revolutionären Kräften auch politisch bekämpft und politisch unterdrückt werden muß.*** Dagegen müssen die antifaschistischen und revolutionären Kräfte offensiv die Manöver zur Vertuschung der Existenz der Nazi-Kräfte und deren Hintergründe systematisch entlarven und bekämpfen.

Unserer Meinung nach ist die Losung „Freiheit für alle demokratischen und revolutionären Gefangenen" hier und heute die richtige Losung, die einerseits weit genug ist, um alle fortschrittlichen, revolutionären und kommunistischen Gefangenen zu umfassen, andererseits eng genug ist, um alle reaktionären und faschistischen Gefangenen auszuschließen.

45 den, ganz besonders bei Anschlägen auf die Rechte und die Unversehrtheit der Gefangenen. Durch Spenden insbesondere von Literatur kann den Gefangenen das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus ermöglicht werden. Ein wichtiges Mittel sind Briefkontakte und Besuche bei demokratischen und revolutionären Gefangenen.

Dabei geht es natürlich einmal ganz konkret um eine moralische Stärkung. Die Grundlage der Standfestigkeit und Stärke ist gerade eine Frage der ideologischen Festigkeit. Deshalb ist es außerordentlich wichtig, die Gefangenen in die politisch-ideologischen Debatten miteinzubeziehen, eine revolutionäre Debatte über die grundlegenden Fragen der Revolution zwischen „Drinnen" und „Draußen" in Gang zu bringen, in dieser Debatte voneinander zu lernen, um die zentralen Fragen der proletarischen Revolution zu lösen. Eine solche Solidarität bedeutet jedoch nicht, vorbehaltlos auch die falschen Vorstellungen der Kämpfenden zu unterstützen, sondern sie schließt gerade auch eine solidarische Kritik ein.

Der Kampf für die Unterstützung der demokratischen und revolutionären Gefangenen und der Kampf für den Kommunismus

Die Frage der politischen Gefangenen ist von jeher ein Brennpunkt des Kampfes zwischen proletarischer und bürgerlicher Ideologie und Politik. Der Terror der Herrschenden wird begleitet von großer Heuchelei über „Humanität", deren Spitze sich gegen den revolutionären Kampf gegen den Imperialismus richtet. Dagegen geht es um die entscheidende Klarstellung, daß nicht „politische Unterdrückung" generell etwas Schlechtes ist, sondern es entscheidend darum geht, wer wen politisch unterdrückt!

Damals, zur Zeit der IRH und der RHD versuchte die internationale Sozialdemokratie („II. Internationale"), welche die bürgerlich-demokratischen kapitalistischen Staaten als „Demokratie" gegen die „Diktatur" des Sozialismus verteidigte, unter der Phrase der „Hilfeleistung für die Arbeiterbewegung in den Ländern ohne Demokratie" die Empörung der breiten Massen aufzufangen, sie vom Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz, weißen Terror und Faschismus abzulenken; wobei der konterrevolutionäre Terror und die Faschisierung gerade auch von den Vertretern der II. Internationale, von Leuten wie Ebert und Noske selbst durchgeführt wurde! Zugleich damit forderte die Sozialdemokratie die Freilassung der konterrevolutionären politischen Gefangenen in der damaligen sozialistischen UdSSR, die dort angeblich mißhandelt würden. Die IRH entlarvte diese reaktionären Manöver ganz entschieden:

> **„Das Exekutivkomitee der IRH entlarvt alle Versuche und Lügen der Bourgeoisie und ihrer Helfershelfer, ... die proletarische Klassenjustiz in der Sowjetunion auf die gleiche Stufe mit der bürgerlichen Klassenjustiz und ihrem barbarischen Strafvollzug zu stellen. Sie weist auf die Forderung der Freilassung der politischen Gefangenen in der Sowjetunion als auf ein demagogisches Manöver hin, durch das die werktätigen Massen von dem Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz abgelenkt und diese selbst gerechtfertigt werden soll. Alles Gerede von Folterungen und Barbarei in der Sowjetunion dient nur dazu, dem konterrevolutionären Krieg Vorschub zu leisten und von den Grausamkeiten abzulenken, die von der Bourgeoisie an den proletarischen politischen Gefangenen in ihren eigenen Ländern begangen werden. Die proletarische Klassenjustiz und ihr Strafvollzug dienen der Verteidigung und dem Schutz der Interessen der werktätigen Massen in dem siegreichen Arbeiter- und Bauernstaate und richten sich gegen die Feinde, Schädlinge und Saboteure des sozialistischen Aufbauwerkes."**
>
> („Resolution zum Punkt 1 der Tagesordnung des 3. Plenums des Exekutivkomitees der IRH 12. - 15. April 1931", zitiert nach: "10 Jahre Internationale Rote Hilfe", Resolutionen und Dokumente, Herausgegeben vom EK der IRH, MOPR-Verlag Berlin 1932, S.17)

Heute gibt es keinen Staat der revolutionären Diktatur des Proletariats, wo die Arbeiterklasse gemäß den Prinzipien der proletarischen Demokratie die Reaktionäre, Faschisten, Kriegstreiber, die Verfechter der imperialistischen Ausbeuterordnung politisch niederhält, das heißt eben auch in der nötigen Weise inhaftiert. Dennoch muß auch heute in der Frage der politischen Gefangenen der Kampf gegen die reaktionäre Demagogie in Bezug auf die politischen Gefangenen bewußt auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Dies zeigt die Rolle von ***Amnesty International (AI)***, heute die einzige weltweit wirkende Organisation mit dem Anspruch, sich für politische Gefangene einzusetzen. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Tätigkeit von AI heute teilweise im Kampf für die Freiheit der demokratischen und revolutionären Gefangenen nützlich ist (wobei sich AI nur unter der Bedingung für die Freilassung von Männern und Frauen einsetzt, „daß sie weder Gewalt angewandt noch zur Gewaltanwendung aufgerufen haben" [laut eigener Selbstdarstellung]). Punktuell ist es auch möglich und mitunter auch nötig, den Anspruch von AI für die Deckung und Entwicklung der eigenen radikaldemokratischen, antiimperialistischen und revolutionären Arbeit ***auszunutzen***. Insgesamt ist jedoch entscheidend: Auch wenn eine bestimmte Kampagne oder Anprangerung durch AI für die hier herrschende Politik punktuell unbequem ist, ist AI letztlich fest eingebunden in das Organisationsnetz des Imperialismus und steht unter dessen Führung. Die zutiefst antirevolutionäre und antikommunistische ***Grundideologie*** von AI wird sich spätestens dann ganz kraß und offen zeigen, wenn es irgendwo zum revolutionären Umsturz der bestehenden Ausbeutungsverhältnisse, zur Errichtung einer revolutionären Macht kommen wird und sich diese Organisation dann mit vielfach gesteigerter Energie gegen die Unterdrückung, d.h. auch Inhaftierung der Konterrevolutionäre einsetzen wird.

Ideologisch zeigt sich aber auch unter den Kräften, die heute in der Praxis oftmals nützliche Arbeit zur Unterstützung demokratischer und revolutionäre Gefangener leisten, als großes Problem, daß der Begriff der „politischen Unterdrückung" völlig verschwommen und falsch bestimmt wird. Als radikal und konsequent wird hingestellt, „gegen jegliche Unterdrückung" und folglich auch gegen jegliche Gefängnisse zu sein.

Auf den ersten Blick, so scheint es, kann nichts dagegen eingewendet werden: Denn unser Ziel als kommunistische Organisation ist selbstverständlich der Kommunismus. Ein Merkmal dieser Gesellschaft ist in der Tat, daß dann kein Staat, also auch keine Gefängnisse mehr existieren. Dabei ist allerdings die Tatsache, daß keine Gefängnisse und folglich auch keine politischen Gefangenen mehr existieren, nur eins unter verschiedenen, wesentlicheren Merkmalen dieser Gesellschaft. Es lohnt sich, kurz einige grundlegende Merkmale dieser Gesellschaft in Erinnerung zu rufen:

> **„Eine allgemeine Charakteristik der kommunistischen Gesellschaft haben Marx, Engels und Lenin in ihren Werken gegeben.**
>
> **Will man in aller Kürze die Anatomie der kommunistischen Gesellschaft skizzieren, so wird das eine Gesellschaft sein: a) in der es kein Privateigentum an Produktionsinstrumenten und -mitteln, sondern nur gesellschaft-**

In Vorbereitung:

Stellungnahmen und Dokumente zur Solidarität mit den demokratischen und revolutionären Gefangenen

Teil I:

- ***Dokumente*** der Kommunistischen Internationale und der KPD
- ***Dokumente*** der Internationalen Roten Hilfe

Teil II:

- Debatte über die Besonderheiten der Kampfform Hungerstreik
- Debatte über die Losung „Freiheit für alle politischen Gefangenen"
- Widersprüchliche Strömungen in der Roten Hilfe heute

Ca. 400 Seiten, DM 40

liches, kollektives Eigentum an ihnen geben wird; b) in der es keine Klassen und keine Staatsmacht, sondern Schaffende der Industrie und Landwirtschaft geben wird, die sich als eine freie Assoziation der Werktätigen wirtschaftlich selbst verwalten werden; c) in der die Volkswirtschaft, nach einem Plan organisiert, auf der höchstentwickelten Technik sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft basieren wird; d) in der es keinen Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft geben wird; e) in der man die Produkte nach dem Prinzip der alten französischen Kommunisten verteilen wird: 'Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen'; f) in der Wissenschaft und Kunst sich unter so günstigen Verhältnissen entwickeln werden, daß sie zur vollen Blüte gelangen werden; g) in der die Persönlichkeit befreit von der Sorge um das Stück Brot und von der Notwendigkeit, sich an die 'Mächtigen dieser Welt' anzupassen, wirklich frei sein wird."
(Stalin, „Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation", 1927, Werke Band 10, S.116 f)

Für eine solche Gesellschaft kämpfen wir in der Tat, das ist unser eigentliches Ziel. Aber diese Gesellschaft entsteht nicht fix und fertig nach der Zerschlagung des bürgerlichen Staats. Der Kommunismus, das ist eine Gesellschaft, in der nach langwierigen Klassenkämpfen mehrerer Generationen schließlich die Existenz jeglicher verschiedener Klassen beseitigt ist. Dazu schrieb Marx:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts andres sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*."
(Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms", 1875, Marx-Engels Werke 19, S.28)

Und Lenin:

„Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus umfaßt eine ganze geschichtliche Epoche. Solange sie nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese *Hoffnung* verwandelt sich in *Versuche* der Restauration."
(Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky", 1918, Lenin Werke Band 28, S.252/253)

Als Aufkleber zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff

Genau darum geht's: Die Versuche der Bourgeoisie und aller reaktionären Kräfte zu unterdrücken, ihre verdammte Ausbeuterordnung wieder aufzurichten, wie ihnen das in den ehemaligen sozialistischen Ländern auch gelungen ist. Diese politische Unterdrückung ist unbedingt notwendig,

- weil die gestürzten, aber noch nicht vernichteten Ausbeuter sich niemals mit ihrer Niederlage abfinden, sondern ihren Widerstand bis aufs äußerste verstärken,
- weil die ehemaligen Ausbeuter durch ihre konterrevolutionären Herrschaftserfahrungen, durch ihre tiefsitzenden Einflüsse sowie durch ihre internationalen Verbindungen lange Zeit noch wichtige Vorteile haben,
- weil die bürgerlichen Einflüsse auch lange Zeit nach der Enteignung der Ausbeuter, auch nach Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse in Stadt und Land, auch unter den Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter weiter wirken,
- weil die aus der ganzen Tradition aller Ausbeuterordnungen und speziell aus der Tradition des Kapitalismus stammende "Macht der Gewohnheit" von Millionen und aber Millionen tatsächlich die fürchterlichste Macht ist.

Die Diktatur des Proletariats ist die Fortsetzung des proletarischen Klassenkampfes unter neuen Bedingungen, ist ein hartnäckiger, blutiger und unblutiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, erzieherischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Überlieferungen der alten Gesellschaft.

Die unbedingt nötige Verschärfung des Klassenkampfes der Arbeiterklasse auf ihrem Vormarsch zum Kommunismus erfordert die maximale Stärkung der proletarischen Staatsmacht. Dies bedeutet allerdings nicht eine immer größere Zahl von Gefängnissen oder dergleichen. Denn diese Stärkung der Staatsmacht erfolgt nicht durch ein bürokratisches Aufblähen des Staatsapparates, sondern vielmehr durch die Hebung der Bewußtheit und Aktivität der Massen, durch die immer größere direkte Teilnahme der breiten werktätigen Massen an der Staatsmacht auf immer mehr Gebieten. Wenn, wie Lenin forderte, jede Köchin, jeder Werktätige den Staat leiten kann und an seiner Leitung aktiv beteiligt ist, dann ist klar, wie mächtig und stark ein solcher Staat sein muß. Dann ist aber auch klar, daß das Absterben des Staates maximal vorbereitet ist und seine Hauptfunktionen überflüssig werden oder sind, vorausgesetzt, der Klassenfeind auf der ganzen Welt ist zerschlagen.

Es kommt unserer Meinung nach also darauf an, das große Ziel der klassenlosen Gesellschaft, des Kommunismus, mit der zentralen Aufgabe der sozialistischen Revolution, der Durchführung der bewaffneten Revolution der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten und der Errichtung der Diktatur des Proletariats, der sozialistischen Demokratie zu verbinden, vor allem Klarheit über die großen grundlegenden Aufgaben der sozialistischen Revolution zu schaffen. Wir meinen, daß die Auseinandersetzung darüber dringend nötig ist, um wirklich auf lange Sicht die Solidaritätsarbeit mit den demokratischen und revolutionären Gefangenen voranzubringen und nicht im antikommunistischen Sumpf enden zu lassen.

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von "Gegen die Strömung" sind u. a. erhältlich:

*In **Berlin:** Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildhilstr. 5; M99, Manteuffelstr. 99; in **Bochum:** UBU, Universitätsstraße 150; in **Bonn:** Buchladen Che & Chandler, Breite Straße 46; in **Braunschweig:** Antifacafé, Cyriaksring 55; in **Duisburg:** Antiquariat, Pulverweg 33b; in **Frankfurt:** Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4; in **Freiburg:** Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15; in **Göttingen:** Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; in **Hamburg:** Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, in **Hannover:** Internationalismus Buchhandlung, Engelboster Damm 10; in **Karlsruhe:** Der andere Buchladen, Marienstr. 15; in **Kiel:** Buchladen Zapata, Jungfernsteg; in **Köln:** Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; in **München:** Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41- 43; in **Nürnberg:** Metropoletan im KOMM, Königstr. 93; in **Stuttgart:** Buchhandlung Niedlich, Schmale Straße 9; in **Wolfsburg:** Infoladen Anna, Schachtweg 31a.*

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/ 730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mitttwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

Zur Diskussion über das GDS-Flugblatt 4-5/97
"Freiheit für alle revolutionären und demokratischen Gefangenen"

Bei den Vordiskussionen über das Flugblatt ***"Freiheit für alle revolutionären und demokratischen Gefangenen"*** schälten sich zwei zentrale Kritikpunkte von Freunden unserer Organisation heraus. Wir haben sie im folgenden wiedergegeben.

" **1.)** Hier was Grundsätzliches zu dem verwendeten Begriff: Politische Gefangene.

Wenn es in dieser wert- und warengesetzbezogenen Welt des Imperialismus einen allgemeingültigen, berechtigten und auf linke revolutionäre demokratische Gefangene des Systems von Unterdrückung zutreffenden Begriff gibt, der in seiner Eindeutigkeit einmalig ist, dann ist es der der ***politischen Gefangenen!***

Ein Ändernwollen dieser Begrifflichkeit ist nicht nur unnötig und für mich völlig unverständlich, sondern auch grundlegend falsch. Es werden Debatten einsetzen zu Fragen des 'Demokratischen', was doch angeblich Staatsgehalt aller imperialistischer Länder ist. Auch zum 'Revolutionären wird es unendliche und quälende Diskussionen geben. Alles ohne Gewinn für die Sache als solcher.

Ich lehne diese Umwandlung des anerkannten Begriffs der politischen gefangenen in was auch immer ab. Es ist ein semantisches Versuchen, verbessern oder richtigstellen zu wollen, was nicht verbessert und richtiggestellt zu werden braucht. Das Dasein als politischer Gefangener oder als politische Gefangene umfaßt alle von euch hinzugefügten Eigenschaften. Bei allem Verständnis für euer Streben nach exakter Definition, dieser Schritt ist ein falscher und ich gehe ihn nicht mit ...

2.) Nun kurz zum gesonderten Wunsch auf Beurteilung des Kastens S.6 und der Frage nach den Nazis als politische Gefangene. Hier geht es wirklich ganz kurz: Nazis sind niemals politische Gefangene! Sie würden sich aufgrund ihrer 'Propagandadelikte' nur selbst und nur in Gesellschaften außerhalb kapitalistischer Strukturen als sowas bezeichnen können, was das 'Politische' in der Gefangennahme ausmacht. Und das sollen sie dann getrost versuchen.

Solange aber die Systeme kapitalistische sind und ***alles,*** was faschistischer Ideologie entspricht, diesen Strukturen entspringt, solange sind Nazis die eifrigsten Vertreter eben dieser Strukturen des Kapitals. Sie werden von den Herrschenden gefangengenommen aus Gründen der Opportunität der jeweiligen Situationen. Bei veränderten Situationen (breitere Zustimmung für rassistische, unsoziale, antikommunistische, menschenverachtende Politik an den Stammtischen) entfällt die noch opportune Gefangennahme.

Aus Gründen des Bewertens imperialistischer Taktik den Begriff: ***politische Gefangene*** in einen oder mehrere abzuwandeln lehne ich wie gesagt scharf ab. Wir haben gefangene Nazis nur als faschistische Gefangene zu bezeichnen und damit hat sich's dann ..."

Antwort auf die Kritik am Flugblatt-Entwurf

Zu 1:Wir versuchten zu prüfen, was Deine *Argumente* sind, um dann darauf zu antworten:

a) *"in seiner Eindeutigkeit einmalig ..."* Sofern es nicht nur eine polemische Übertreibung ist, überzeugt uns dies nicht. Der Begriff ist gewiß nicht Bestandteil der Begriffe und Kriterien von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Unser Studium der Dokumente der Komintern und der Roten Hilfe haben gezeigt, daß dieser Begriff eben nicht so eindeutig ist. Immer wieder mußte er erläutert und ergänzt werden, das ist ein von uns belegter Fakt, den wir Deiner These entgegensetzen.

b) Du befürchtest, daß *'demokratisch' und 'revolutionär' auch zu "quälenden Debatten"* führt. Wir werden sehen, wir befürchten das nicht. Umgedreht erscheint uns die Debatte, was wirklich demokratisch und revolutionär ist, fruchtbarer, als die Debatte, was alles politisch ist. Zudem halten wir es ja gerade für sinnvoll, solche Debatten anzuregen. Der Gewinn einer solchen klärenden Debatte hängt von den Teilnehmenden ab.

c) *"umfaßt alle von Euch hinzugefügten Eigenschaften"*, Hier handelt es sich um das Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem. Oft ist es so: Je Allgemeiner ein Begriff ist, desto annehmbarer, ungenauer ist er. Im vorliegenden Fall ist das Argument "steckt alles drin" (wie bei Ovomaltine), ja gerade das Problem, es steckt sicherlich das Richtige, also die ***linken*** (um noch einen schwammigen Begriff zu wählen), aber eben leider auch die ***rechten*** drin. Unser Ziel ist es ja, ***etwas*** genauer zu werden - wir bleiben noch "weit genug" mit unserem Begriff "revolutionäre und demokratische politische Gefangene" oder "revolutionäre und demokratische Gefangene". Wer alles dazu gehört, ist immer wieder eine Herausforderung zur Klärung.

Zusammenfassend: Wir spüren, daß die ***emotionale Bindung*** an den Begriff "politische Gefangene" für Dich (und somit auch für uns!!) eine enorme Bedeutung hat. Wir haben weitgehend versucht, das im neuen Entwurf zu berücksichtigen, denn wir wollen niemand verletzen, sondern auf ein ***Problem*** hinweisen, auf das Du uns auf Grund Deiner Erfahrung auch hingewiesen hast, daß in den Gefängnissen wie draußen auch merkwürdigste und übelste "Solidarisierungen" stattfinden, die Du und wir mit aller Kraft bekämpfen. Somit bin ich bei Punkt 18:

Zu 2: Deine Argumente und unsere Antwort:

a) *"Nazis sind niemals politische Gefangene"*. Entweder ist das ein immanentes Argument vor dem Hintergrund, daß eben politische Gefangene die "antikapitalistischen Gefangenen" sind -- siehe oben - oder aber wir müssen doch nochmal gemeinsam prüfen, was damit gemeint ist: Du räumst ein, daß es ***zwei*** Fragestellungen gibt: "nur in Gesellschaften außerhalb kapitalistischer Strukturen", danach in den kapitalistischen Systemen.

b) Außerhalb kapitalistischer Strukturen ist es doch offensichtlich so, daß die Diktatur des Proletariats sehr wohl Nazis und Reaktionäre wegen politischer Handlungen, "Propagandadelikte" wie Du schreibst, inhaftieren wird. Natürlich erheben sie dann ein großes Geschrei über ihre Rolle als "politische Gefangene". Was sollen kommunistische Kräfte antworten? Ich halte es für defensiv zu sagen: Es sind gewöhnliche Kriminelle ohne jeden politischen Anspruch. Es sind eben keine gewöhnlichen Kriminellen, die stehlen oder raubmorden oder vergewaltigen. Ich halte es für richtig, auch ihnen nicht das ***allgemeine*** Attribut "politische Gefangene" zu lassen - sondern deutlich zu sagen, daß ihre politische Unterdrückung und Inhaftierung erfolgt, weil sie als Nazis, als Reaktionäre gehandelt haben.

c) Was eindeutig unter der Diktatur des Proletariats ist, ist in der Tat komplizierter im Kapitalismus. Wir stimmen Dir völlig zu, daß eine Inhaftierung von Nazis wegen "Propagandadelikten" in der Tat nur aus taktischen Gründen erfolgt, deutlicher aus ***politischen*** Opportunitätsgründen .

d) Vielleicht ist in unserem ersten Entwurf auch das Mißverständnis von uns geschaffen worden, als wollten wir die Nazis nicht mehr Nazis nennen, sondern ganz allgemein "politische Gefangene". Nein, das wollen wir nicht, weil wir somit ja gerade das inhaltliche Wesensmerkmal in einem allgemeineren, nur formalen Begriff wie "politisch" verschwinden lassen würden.

Politische Nazi-Gefangene sind in erster Linie Nazis. Aber es ist nicht zwingend zu bestreiten, daß sie deswegen nicht auch "politisch unterdrückt", "politische Gefangene" sind. Sie sind es. Und da wir offensiv für politische Unterdrückung der Nazis, auch für die politische Unterdrückung ihrer Propaganda-Kader eintreten, wäre es falsch abzustreiten, das sie als Nazis politische Gefangene sind, wenngleich ***vorrangig*** klargestellt werden muß, ***was*** sie für politische Gefangene sind, nämlich Nazis. Und Nazis sind eine politische Frage, es ist keine Frage der "Kriminalität".

Die entscheidende Frage im Kampf gegen die Nazis ist nicht nur „bessere Organisierung", sondern vor allem größere Klarheit!

Nazis sind Mörder: Fast täglich werden Brandanschläge mit bewußter Mordabsicht, vor allem gegen Flüchtlinge und Familien von Arbeitern und Arbeiterinnen nichtdeutscher Nationalität, verübt. Zunehmend wächst auch die Bedrohung demokratischer und revolutionärer Initiativen durch Nazis. Nach der Nazi-Demonstration in München (die sich gegen die Entlarvung der Verbrechen der Wehrmacht richtete) gipfelt diese Bedrohung dieses Jahr in der Nazi-Ankündigung, den 1. Mai in Leipzig „zu übernehmen"!

Die organisierte Gegenwehr, die vom „Bündnis gegen Rechts" aus Leipzig in Wurzen mobilisiert werden konnte, und die Mobilisierung heute zum 1. Mai in Leipzig können ein wichtiger Einschnitt sein, damit sich weiterhin überregional verschiedene antifaschistische Initiativen zusammenschließen.

Die Gründe, die diesen gemeinsamen Kampf gegen die Nazis - mit **allen** von den Nazis Bedrohten - nötig machen, werden nicht aufhören; die staatlich forcierte Faschisierung und Unterstützung von Nazi-Banden ist noch lange nicht am Ende.

Aber die Probleme, einen solchen gemeinsamen Kampf zu führen, sind auch nicht aus der Welt.

Je stärker eine gegen die Nazis gerichtete Gegenwehr sich auch potentiell und real gegen Abschiebeterror, gegen das nationale Projekt „Ausländer raus" usw. richtet, um so stärker mobilisiert dieser Staat des deutschen Imperialismus seine pseudolinken Agenturen, um „alles unter Kontrolle zu halten".

Denn die Gefahr für diesen Staat, die von den organisierten und militant kämpfenden antifaschistischen Kräften ausgeht, liegt in der weitertreibenden Perspektive, die reaktionäre Ideologie dieses Staates und seiner kapitalistischen Wurzeln überhaupt zu durchschauen.

Die entscheidende Frage im Kampf gegen die Nazis ist nicht nur „bessere Organisierung", sondern vor allem größere Klarheit... über die Nazis, über diesen Staat, über den deutschen Imperialismus, über das kapitalistische System überhaupt. Diese Klarheit kann nur das Ergebnis solidarischer und harter Diskussionen sein, die die ***Einheit der Aktion*** keinesfalls sprengen!!

Wo sind die Grenzen des „gemeinsamen Kampfes gegen die Nazis?"

Wer irgendwo konkret und wirklich voll Haß und Energie gegen Nazi-Banden kämpft, wirklich unter Druck ist, wird nicht umhin kommen, hie und da Kompromisse einzugehen, Öffentlichkeit durch Ausnutzung bürgerlicher, letztlich konterrevolutionärer Organisationen zu schaffen. Wer etwas anderes behauptet, hat keine Ahnung vom wirklichen Kampf, will nicht wirklich kämpfen oder will den Kampf sabotieren!

Aber das ist nur die eine Seite der Medaille, denn das Problem beginnt, wo Stück für Stück aus dem „Ausnutzen" solcher Teile des DGB, der SPD, der Grünen, der Kirchen oder der PDS eine Dynamik entsteht, in der diese Organisationen „unverzichtbar" werden, ihre Phrasen vom „Gewaltmonopol des Staates" sich schleichend durchsetzen, den militanten Kampf denunzieren, ja ihre Kenntnisse unverfroren diesem Staat zur Verfügung stellen.

Das Problem beginnt nicht nur, sondern ist schon massiv da, wenn etwa die ***Kritik*** verboten wird, um die „Einheit" nicht zu gefährden. Spätestens dann ist aus dem angeblichen „Ausnutzen" bürgerlicher Organisationen etwas anderes geworden: der „Schwamm", der diesem Staat dazu dient, wirklich demokratische oder revolutionäre Kräfte „aufzusaugen", hat seine Arbeit recht erfolgreich begonnen.

Ein solcher Prozeß läßt sich auch an der Rolle der PDS gegenüber militanten antinazistischen Kämpfen nachweisen.

So sehr wir also die großartige Arbeit und den Kampf von Organisationen wie „Bündnis gegen Rechts" in Leipzig unterstützen, um so deutlicher müssen wir auf die üble gegenwärtige und noch üblere morgige Rolle jener Kräfte verweisen, die vom deutschen Imperialismus nur „ausgeschickt" werden, um „alles unter Kontrolle zu bekommen".

Was man über die PDS wissen sollte

Das Gewimmer der PDS, als „staatstragend" und „grundgesetzkonform" anerkannt zu werden, reicht noch nicht. Die PDS muß erst beweisen, daß und inwiefern sie „nützlich" für diesen Staat ist, nützlich im Abwürgen sich entwickelnder Kämpfe gegen die Nazis und gegen den Staat des deutschen Imperialismus.

Und ***das*** ist der Grund, warum taktisch genau überlegt trotz großer Widerstände in der Spießerbasis der PDS einzelne Funktionäre Geld und gute Worte für antinazistische Initiativen geben und manchmal auch eine Anmeldung einer Demonstration durchführen. Gelten sie erst einmal als „ehrliche und gute Menschen", wird Kritik an ihnen verboten, dann beginnen sie ihre Rolle als „Schwamm" und Kontrollinstrument!!

Die PDS als eine insbesondere in Ostdeutschland doch große Massenpartei hat gewiß auch einige Mitglieder, gerade unter Jugendlichen, die nicht Abwiegler, Schleimer oder ausgefuchste Konterrevolutionäre sind. Es mag auch diese oder jene Mitglieder und Anhänger der PDS geben, die Marx nicht nur im Munde führen, um seine Grundideen, den Kommunismus gleichzeitig zu verfälschen. Aber was besagt das? Das besagt unserer Meinung nach nur, daß wir um so deutlicher und klarer entlarven müssen, welche Rolle die PDS spielt.

Wir meinen, daß bewußt werden und diskutiert werden muß:

■ Daß die Führung und viele Mitglieder der PDS ***nicht*** bereit waren, gegen die Pogrome in Rostock und Hoyerswerda auch nur einen Finger zu rühren.

■ Daß konkret innerhalb der PDS pronazistische Aktivitäten gefördert, geduldet und „solidarisch diskutiert" werden: 1996 ließ der PDS-Bürgermeister von Marzahn, Buttler, Hunderte von Nazis ungehindert aufmarschieren. Und Ostrowski (ehem. PDS-Vizechefin) trifft sich nach dem Pogrom von Rostock 1993 mit dem Führer der nazistischen NO und verkündet, man habe „sachlich und friedlich über die Programme von PDS und NO gesprochen und über ein gemeinsames Projekt nachgedacht" (zitiert nach „Radikal Brechen", Nr. 12, „Revisionistische und am Revisionismus orientierte pseudokommunistische Organisationen", Eine Materialsammlung zu u.a. PDS, KPF, DKP, KPD-Ost, S. 17).

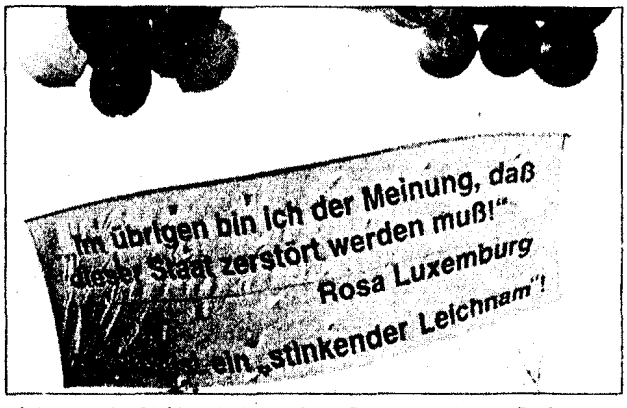
■ Völlig klar muß sein, daß die PDS für den „Anschluß Ostdeutschlands an die BRD" eingetreten ist und eintritt, wie auch für die „Einhaltung" des revanchistischen „Einheitsvertrags" (ebenda, S. 16).

■ Völlig klar muß sein, daß die PDS Rosa und Karls Lehren in den Dreck tritt, sich nur heuchlerisch auf sie beruft, aber einen klaren Aufruf für die proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus durch das klare Bekenntnis zum Grundgesetz ersetzt, zu diesem kapitalistisch-imperialistischen Staat („Sie ist Partei im Sinne des Grundgesetzes und wirkt auf dessen Grundlage", ebenda, S. 14), in dem sie die Rolle übernehmen wollen, als angebliche „Kenner der Linken" diesen Staat vor demokratischen und revolutionären Entlarvungen, Kritiken und Kämpfen zu schützen.

Deswegen muß die PDS entlarvt und bekämpft werden, wenn wirklich der Kampf gegen diese oder jene Aktivität der Nazis verbunden werden soll mit dem Kampf gegen die Faschisierung dieses Staates, gegen die Aktivitäten des deutschen Imperialismus und seiner Bundeswehr, gegen Ausbeutung, gegen das kapitalistische System!

Um die Grenze zwischen angeblichem oder wirklichem „Ausnutzen" richtig zu erkennen, ist ständige Diskussion und Debatte unter wirklichen Genossinnen und Genossen notwendig, nicht aber mit staatstragenden Konterrevolutionären mit „demokratischem" oder gar „sozialistischem" Mäntelchen!

„Die PDS ist ein ‚stinkender Leichnam'!"



Aktion auf der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Berlin am 12.1.1997 gegen die Heuchelei der PDS

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Mai 1997

Kritiken und Bestellungen bitte an:
Buchladen Georgi Dimitroff, 60327 Frankfurt/ Main, Koblenzerstr. 4, Fax-Nr.: 069/730920

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Auszüge aus dem Vorwort der Redaktion von „Rot Front" zu „Radikal Brechen" Nr. 12

... 2. Der grundlegende Gedanke des Projektes war und ist, allen sich neu bildenden Zirkeln und Gruppen eine Hilfestellung zu geben, wenn sie an dem Punkt angekommen sind, sich ernsthaft für den Aufbau einer Kommunistischen Organisation, eben der Kommunistischen Partei einsetzten zu wollen.

Gute Gründen, sich von all jenen Gruppen mit einem "K" in ihrem Namen fernzuhalten, gibt es ***dann,*** wenn man sich die Mehrheit dieser Gruppen mit hochtrabenden politischen Programmen und Erklärungen genauer ansieht.

Das sich kommunistisch gebende Vokabular, die Berufung auf Marx, Engels und auch Lenin

und Stalin, dient der Hochstapelei, ist ein Täuschungsmanöver, hinter dem sich recht unspektakulär antirevolutionäres deutsch-reaktionäres Zeug verbirgt: So wundert es nicht, daß neue, gegen die Nazis und die Abschiebepraktiken kämpfende Gruppen mit großer Vorsicht an solche Gruppen herangehen - zumal oft genug ausgesprochen schlechte Erfahrungen gemacht wurden.

Auf der anderen Seite drängt jedoch die Logik der Geschichte der erfolgreichen Revolutionen, vor allem der sozialistischen Oktoberrevolution, jeden, der ehrlichen Haß auf den Imperialismus spürt und wirklich kämpfen will, zur Erkenntnis, daß die Frage der Schaffung einer Kommunistischen Partei die Frage Nummer 1 ist.

Die ernsthafte Prüfung, mit wem in welcher Frage wirklich zusammengearbeitet und gemeinsam gekämpft werden kann, setzt Kenntnis der Dokumente der verschiedensten Gruppen voraus, und zwingt einen, sich selbst über Kriterien auseinanderzusetzen, an denen man diese Gruppen messen will.

(...)

3. Bei der Analyse der sogenannten "linken Bewegung" über Jahrzehnte hinweg wird deutlich, welchen enormen ideologischen Einfluß der moderne Revisionismus hatte und hat: Die 1918 gegründete KPD, die nach 1945 Schritt für Schritt immer krassere Fehler systematisierte, offensiv für den 20. Parteitag 1956 und die KPdSU Chruschtschows eintrat, in Westdeutschland mit der SED und einem revisionistischen Staat im Rücken dennoch bis 1968 vor sich hinvegetierte, konnte in großem Ausmaß revisionistische, das heißt nur scheinbar kommunistische Gedanken verbreiten. Aus gutem Grund wurde deshalb als Anhang die Veröffentlichung von "Gegen die Strömung": "Der 20. Parteitag der KPdSU 1956: Entscheidender ideologischer Wendepunkt zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und zur imperialistischen Konterrevolution" abgedruckt, das wir unseren Leserinnen und Lesern ausdrücklich "ans Herz legen" wollen.

Die DKP seit 1968, seit 1990 die PDS, die KPD-Ost - das ist sozusagen der eine Strang, der den "Original-Revisionismus" Chruschtschows und Breschnews unter deutscher Flagge repräsentiert.

1968 gründeten sich jedoch angesichts der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung in den 60er Jahren (die in einen revolutionären Teil mit der KP Chinas und der PAA an der Spitze und einen konterrevolutionären Teil mit Chruschtschows, dann Breschnews KPdSU an der Spitze zerfiel) auch in Deutschland zunächst 1968 die KPD/ML, von der sich rasch die Vorläufer der heutigen MLPD und des heutigen "Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD" abspalteten. Alte, doch massiv vom Revisionismus beeinflußte Kader der alten KPD wie Ernst Aust und Willy Dickhut waren die "Aushängeschilder" - es zeigte sich jedoch, daß diese Gruppen selbst im revisionistischen Sumpf versanken.

Heute ergibt sich auf der pragmatischen Grundlage der eigenen Unbedeutenheit und des Fehlens revolutionärer, kommunistischer Grundpositionen eine weitgehende auch organisatorische Annäherung all dieser Gruppen, ganz manifest vor allem bei MLPD und "Arbeiterbund" sowie der KPD-Ost, die den Zusammenschluß planen.

(...)

Wir erklären ausdrücklich die Bereitschaft zur intensiven Diskussion und Auseinandersetzung mit allen ehrlichen revolutionären und am Kommunismus orientierten Kräften und werden unsererseits unsere Anstrengungen verstärken, auch in der Arbeit nach außen Gelegenheit zur Diskussion zu schaffen.

Zum 1. Mai 1997, Redaktion Rot Front

Zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/ 730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

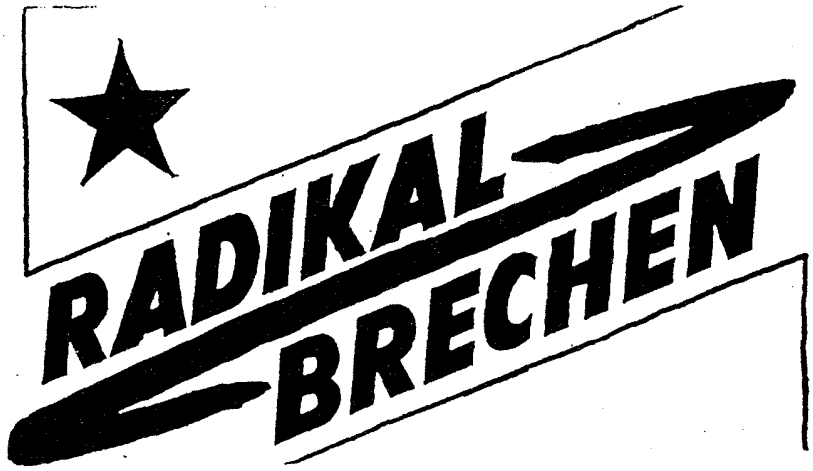
Mitttwoch - Freitag 16.30 -18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

*** Anzeige ***



◆ Übersicht über die bisher erschienen 11 Ausgaben von RADIKAL BRECHEN

Nr. 1 - Februar 1989
"Es ist schon längst an der Zeit über die Ziele der Revolution zu debattieren"

Nr. 2 - März 1989
"Ein übles Märchen - Westdeutschland eine Kolonie der USA"

Nr. 3 - Oktober 1989
"Wer kann die Bourgeoisie stürzen"

Nr. 4 - November 1989
"Warum das Konzept Stadtguerilla nicht zur Zerschlagung des Staatsapparates der Bourgeoisie führt"

Nr. 5 - Mai 1990
"Der Aufbau einer revolutionären Kommunistischen Partei ist zum scheitern verurteilt, wenn der Kampf gegen den Opportunismus ausgeklammert wird!"

Nr. 6 - Juli 1990
"Die neuesten Entwicklungen in Osteuropa - kein Bankrott des Kommunismus, sondern Bankrott des Revisionismus!"

Nr. 7 - Januar 1991
"Palästina -ein Prüfstein"

Nr. 8 - November 1991
Ein Lichtblick bei den Autonomen:
"Stellungnahme gegen den Antikommunismus: 'Reicht der Einfluß der Herrschenden bis ins INTERIM?'"

Nr. 9 - Februar 1993
"Zur Auflösung von RZ und zur RAF-Erklärung vom 10.4.92:
Die Debatte über alle Fragen der Revolution endlich beginnen!"

Nr. 10 - Oktober 1994
"Es ist schon längst an der Zeit, über Fragen des antifaschistischen Kampfes zu diskutieren!"

Nr. 11 - September 1995 (2. Aufl.)
"Die angeblich 'nationalen' Deutschen kapitulieren in Wirklichkeit vor den Aufgagen
des realen Kampfes gegen den deutschen Imperialismus!"

Bestellungen und Zuschriften bitte an:

"RADIKAL BRECHEN"

c/o Buchladen Dimitroff , Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

PRESSESPIEGEL
des BUCHLADEN Dimitroff

*** Aus der bürgerlichen, opportunistischen und antifaschistisch – demokratischen Presse ***

Erscheint seit Juni 1995

13,- DM

PRESSESPIEGEL
NR. 1/98 01.04.98 - 31.05.98

Faksimile

aus der bürgerlichen, opportunistischen und antifaschistisch - demokratischen Presse

unter anderem:

★ Verharmlosung der Nazi-Verbrechen in Tschechien durch deutsche Revanchisten
★ Kriegsminister Rühe droht mit Bundeswehreinsatz im Kosovo
★ Bundesweite Hausdurchsuchung gegen 39 Antifaschistinnen und Antifaschisten
★ Militanter Kampf gegen Nazis und Polizei am 1. Mai in Leipzig
★ Hungerstreik, Revolte und Fluchtversuch in deutschen Abschiebegefängnissen

12,- DM

PRESSESPIEGEL
NR. 4/98 01.10.98 - 30.11.98

Faksimile

aus der bürgerlichen, opportunistischen und antifaschistisch - demokratischen Presse

unter anderem:

★ Deutscher Imperialismus stationiert Truppen in Mazedonien
★ Deutscher Imperialismus ökonomisch weltweit auf dem Vormarsch
★ Flüchtling aus Indien nimmt sich in der Abschiebhaft das Leben
★ Antiziganistischer Brandanschlag und Hetze gegen Roma
★ Streiflichter internationaler Kämpfe (Frankreich, Kolumbien, Peru, Simbabwe)
★ PDS: Gegen antinazistische Demonstration - Für Zusammenarbeit mit REP, NPD und Bund Freier Bürger

PRESSESPIEGEL
NR. 5/98 01.12.98 - 31.12.98

Faksimile

aus der bürgerlichen, opportunistischen und antifaschistisch - demokratischen Presse

unter anderem:

★ Tornados zur Überwachung von Eisenbahnanlagen eingesetzt

★ Antisemitischer Nazi-Sprengstoffanschlag auf das Grab von Heinz Galinski

★ Bundesweiter Aktionstag gegen die Nachfolgegesellschaft der IG Farben

★ Militante Kämpfe gegen rassistischen Polizeiterror in Frankreich

6,- DM

ZUSAMMENGESTELLT von
BUCHLADEN
GEORGI DIMITROFF
Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main
Erschienen im Januar 1999

Bestellungen und Abonnements:

* Buchladen Dimitroff , Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main
* Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

55

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

6/97 Juni 1997

Über die aktuelle Bedeutung von Lenins Schrift „Staat und Revolution":

Den Aberglauben an den Staat bekämpfen!

Tagtäglich werden Debatten über die angeblichen Finanzsorgen des Staates groß initiiert und Phrasen über den „schlanken Staat" gedroschen (gemeint ist, erkämpfte soziale Rechte abzubauen!!). Die Gewerkschaftsfürsten tönen, daß es jetzt darum gehe, „unseren Staat" nicht kaputtzusparen. Gleichzeitig wird der Militär- und Polizeiapparat des Staates (seine Hauptfunktion) real verstärkt. Darüber hinaus werden in Bereichen, in denen es um nebensächliche Funktionen des Staates geht, hitzige Auseinandersetzungen geführt und vorgeführt. Es herrscht eine fürchterliche Verwirrung über die Frage „Was ist der Staat?", welche Funktionen sollte er angeblich „im allgemeinen", in Wirklichkeit aber in diesem Gesellschaftssystem, im Kapitalismus haben? Angesichts dieser Situation gibt es eine Schrift, die hilft, sich zur Klärung all dieser Fragen Grundlagen zu schaffen; eine Schrift, welche die Frage des Staates zergliedert, klärt und Perspektiven weist: „Staat und Revolution" von W. I. Lenin.

Die Frage des Staates ist eine der verwickeltsten und schwierigsten Fragen, die von den bürgerlichen Rechtsgelehrten nicht zuletzt so verwirrt worden ist, weil sie, wie Lenin sagt, die Interessen der herrschenden Klassen in höchstem Maße berührt:

> **„Die Lehre vom Staat dient dazu, die gesellschaftlichen Vorrechte, das Bestehen der Ausbeutung, die Existenz des Kapitalismus zu rechtfertigen ...."** [1]

Zu dieser allgemeingültigen Feststellung Lenins über die Staatsfrage kommen hier in Deutschland noch *Besonderheiten* hinzu, die tief in der nichtrevolutionären Geschichte Deutschlands - lange vor dem Nazifaschismus - wurzeln. So hat, wie Engels bereits 1898 in seiner Einleitung zu Marx' Schrift „Bürgerkrieg in Frankreich" feststellt,

> **„... gerade in Deutschland der Aberglaube an den Staat aus der Philosophie sich in das allgemeine Bewußtsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen..."** [2]

Hegel etwa bezeichnete den Staat, wie Engels schreibt, als „das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft".[3] Engels charakterisierte diesen in Deutschland so tiefsitzenden Aberglauben an den Staat und dessen Wurzeln wie folgt:

> **„Nach der philosophischen Vorstellung ist der Staat die ‚Verwirklichung der Idee' oder das ins Philosophische übersetzte Reich Gottes auf Erden, das Gebiet, worauf die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit sich verwirklicht oder verwirklichen soll. Und daraus folgt dann eine abergläubische Verehrung des Staats und all dessen, was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich um so leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden."** [4]

Engels polemisierte hier gegen all jene, die nicht sehen wollen, daß der

> **„... Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere (ist), und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie;"** [5]

Dieser Frage hat Lenin seine Schrift „Staat und Revolution" gewidmet, die im August 1917 erschienen ist, also unmittelbar vor der Oktoberrevolution. Dieses Werk entstand in einer Zeit, in der die Opportunisten die Lehre von Marx in der Staatsfrage gänzlich entstellt, sie ihres revolutionären Inhalts beraubt hatten und die Politik der Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Ersten Weltkrieg propagierten. Lenin stellte im Vorwort vom August 1917 zu „Staat und Revolution" fest:

> **„Der Kampf um die Befreiung der werktätigen Massen vom Einfluß der Bourgeoisie im allgemeinen und der imperialistischen Bourgeoisie im besonderen ist ohne Bekämpfung der opportunistischen Vorurteile in bezug auf den ‚Staat' unmöglich."** [6]

Der Staat ist ein Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze

Der Staat wird von den bürgerlichen Staatsphilosophen oftmals dargestellt als etwas, das unvergänglich ist und auf ewig bestehen wird, um das „Zusammenleben der Menschheit zu regeln".

Tatsache ist jedoch, daß im Urkommunismus, als es noch keine Klassen gab, kein Staat bestanden hat. Den Staat hat es also nicht schon immer gegeben. Es ist durchaus eine wichtige Frage, *warum* der Staat überhaupt entstanden ist. Denn in der Beantwortung dieser Frage ist bereits die Antwort angelegt, wann und unter welchen Bedingungen der Staat absterben wird.

> **„Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der *Unversöhnlichkeit* der Klassengegensätze. Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze objektiv *nicht* versöhnt werden *können*. Und umgekehrt: Das Bestehen *des Staates beweist, daß die* Klassengegensätze unversöhnlich sind."** [7]

Der Staat ist erst entstanden, als sich die Gesellschaft in Klassen geteilt hat, in Sklavenhalter und Sklaven - oder allgemein gesprochen in Ausbeuter und Ausgebeutete. Erst dann wurde ein Apparat zur systematischen Gewaltanwendung, zur Unterdrükkung der Ausgebeuteten notwendig. Denn ohne einen besonderen Unterdrückungsapparat kann es einer kleinen Minderheit von Ausbeutern nicht gelingen, die große Mehrheit der Ausgebeuteten zu unterdrücken.

Was aber ist jene „Macht", die als Staat bezeichnet wird, worin besteht hauptsächlich diese Macht?

> **„In besonderen Formationen bewaffneter Menschen, die Gefängnisse und anderes zu ihrer Verfügung haben ...**
>
> **Das stehende Heer und die Polizei sind die Hauptwerkzeuge der Gewaltausübung der Staatsmacht ..."** [8]

Der Trick der bürgerlichen Staatsphilosophen, der dann auch von den Opportunisten und Revisionisten bis heute angewandt wurde und wird, besteht darin, den Staat als eine scheinbar über den Klassen stehende neutrale Institution darzustellen, die unbedingt notwendig sei, die gegensätzlichen Interessen der Klassen in Einklang zu bringen. Mit dieser Behauptung wird davon abgelenkt, daß

> **„... der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel der Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelst seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse."** [9]

Wie Lenin gestützt auf die Ausführungen von Engels darlegt, ist der Staat seinem Ursprung und seinem Charakter nach kein Organ der Klassenversöhnung, sondern

> **"... ein Organ der Klassen*herrschaft*, ein Organ zur *Unterdrückung* der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen ‚Ordnung', die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft."** [10]

Die Klassengegensätze werden eben nur zeitweilig gedämpft, sie können nicht ausgesöhnt werden, da sich die Interessen der Ausgebeuteten und der Ausbeuter unversöhnlich gegenüberstehen.

Der bürgerliche Staat - Instrument zur Unterdrückung des Proletariats und für den imperialistischen Krieg

Der bürgerliche Staatsapparat ist das Instrument der Bourgeoisie, um das Proletariat und die anderen ausgebeuteten Werktätigen zu unterdrücken, um sie möglichst reibungslos ausbeuten zu können und je-

den Widerstand gegen diese Ausbeuterordnung möglichst schon im Keim zu ersticken. Die Bourgeoisie übt ihre Diktatur in der Hauptsache durch die Armee, die Polizei, die Gefängnisse, den Justizapparat und nicht zuletzt mittels eines riesigen Heers von Beamten aus.

Die Verschärfung der Klassengegensätze im Zeitalter des Imperialismus hat zu einer Verstärkung des bürgerlichen Staatsapparats geführt. Die Epoche des Imperialismus weist, wie Lenin feststellt,

> **„... eine ungewöhnliche Stärkung der ‚Staatsmaschinerie' auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparats in Verbindung mit verstärkten Repressalien gegen das Proletariat sowohl in den monarchistischen als auch in den freiesten, republikanischen Ländern."** [11]

Gleichzeitig hat der imperialistische Konkurrenzkampf, der Kampf zwischen den imperialistischen Großmächten um die Vorherrschaft in der Welt, um die Neuaufteilung der imperialistischen Beute, um die Eroberung von Einflußgebieten bis hin zum imperialistischen Weltkrieg, ebenfalls zu einer gewaltigen Verstärkung des Militärapparats des bürgerlichen Staats und zur verstärkten Militarisierung aller Bereiche der Gesellschaft geführt. Gerade auch vor diesem Hintergrund muß gesehen werden, daß die Opportunisten als Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses im Proletariat, als Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, die bürgerlichen Staaten mitsamt ihrer Kriegspolitik beschönigen und verteidigen:

> **„Es konnte gar nicht anders sein, die Entstellung und das Verschweigen der Frage, wie sich die proletarische Revolution zum Staat verhält, mußten eine ungeheure Rolle spielen zu einer Zeit, da die Staaten mit ihrem infolge der imperialistischen Konkurrenz verstärkten militärischen Apparat sich in Kriegsungeheuer verwandelten, die Millionen von Menschen vernichten, um den Streit zu entscheiden, ob England oder Deutschland, ob dieses oder jenes Finanzkapital die Welt beherrschen soll."** [12]

Lenin erklärte, warum und inwiefern die ***bürgerliche Demokratie*** „die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus" ist. Die Herrschaft der Bourgeoisie ist insofern in der bürgerlichen Demokratie sicherer, weil sie nicht abhängig ist von „einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus", welche den Ausgebeuteten und Werktätigen ihre Rechtlosigkeit unübersehbar vor Augen führt (z. B. wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter kein Wahlrecht haben). Die bürgerliche Demokratie schafft den ***Schein*** der Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger, egal ob reich oder arm. Die Allmacht des Kapitals verwirklicht sich hier ***indirekt,*** aber um so sicherer, durch direkte Beamtenkorruption und die „Allianz von Regierung und Börse", und zwar so sicher, daß auf dieser Grundlage kein Wechsel der Personen oder Institutionen noch der Parteien der bürgerlichen Demokratie diese Macht erschüttern kann. Lenin fügte hinzu:

> **„Heute haben Imperialismus und Herrschaft der Banken diese beiden Methoden, die Allmacht des Reichtums in jeder beliebigen demokratischen Republik zu behaupten und auszuüben, zu einer außergewöhnlichen Kunst ‚entwickelt'."** [13]

Der ***bürgerliche Parlamentarismus*** ist ein wichtiges Instrument zur Verschleierung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Durch dieses System des Betrugs und der Lüge soll gerade der eigentliche Klassencharakter des kapitalistischen Staates vertuscht werden, damit das Kapital seine Herrschaft sicherer und reibungsloser ausüben kann. Es wird verschleiert, daß über das allgemeine Wahlrecht und den bürgerlichen Parlamentarismus niemals der objektive Wille der Mehrheit zum Ausdruck kommen kann. Die eigentlichen „Staats"geschäfte werden hinter den Kulissen abgewickelt und von den diversen Stäben und Kanzleien verrichtet. Die Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen ausgebeuteten Werktätigen bleiben infolge der Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung, infolge des weitgehenden Monopols der Bourgeoisie über die Presse, Versammlungsräume usw., infolge politischer und juristischer Schikanen und Repressalien faktisch von der aktiven Teilnahme an der „politischen Willensbildung" der bürgerlichen Demokratie ausgeschlossen. Wahlen können im Kapitalismus daher nie mehr sein als „Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse". [14] Lenin schreibt in Anlehnung an Marx dazu:

> **„Demokratie für eine verschwindende Minderheit, Demokratie für die Reichen - so sieht der Demokratismus der kapitalistischen Gesellschaft aus ...**
>
> **Marx hat dieses *Wesen* der kapitalistischen Demokratie glänzend erfaßt, als er in seiner Analyse der Erfahrungen der Kommune sagte: den Unterdrückten wird in mehreren Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse sie im Parlament ver- und zertreten soll!"** [15]

Stellungnahmen von GEGEN DIE STRÖMUNG zum Thema Staat und Revolution

■ **„Das Schema vom ‚friedlichen und nichtfriedlichen Weg' widerspricht dem Marxismus-Leninismus"**, „Gegen die Strömung" Nr. 20, Januar 1981, zum „Vorschlag" der KP Chinas „zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" von 1963, 88 Seiten, 3 DM.

■ **„Die aktuelle Bedeutung der ‚Leitsätze über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur'"**, „Gegen die Strömung" Nr. 45, August 1989, zur Analyse der Kommunistischen Internationale, Teil I, zum 1. Kongreß der KI im März 1919, 87 Seiten, 5 DM.

■ **„Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfs und des bewaffneten Aufstands"**, Teil III der Resolution 4 der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung" in „Rot Front" Nr. 2, Juli 1996, 320 Seiten, 20 DM

Die Tatsache, daß der bürgerliche Staat in jeder seiner Formen ein Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie gegen das Proletariat bleibt, bedeutet allerdings nicht, daß die ***Form*** der Unterdrückung dem Proletariat gleichgültig ist. Denn:

> **„Eine breitere, freiere, offenere *Form* des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung im Kampf um die Aufhebung der Klassen überhaupt."** [16]

Es liegt wohl auf der Hand, daß da, wo mehr bürgerliche Freiheiten existieren, das Proletariat diese ausnutzen kann, um seinen Kampf für die gewaltsame sozialistische Revolution voranzutreiben. Die Kampfbedingungen sind schlicht besser in einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie als in einem faschistischen Staat oder als im zaristischen Rußland. Allerdings erfordert dies von der Kommunistischen Partei unbedingt einen entschiedenen ***Kampf gegen den Reformismus und Legalismus,*** gegen jegliche Demagogien und Illusionen, daß es möglich sei, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie das Kapital zu „entmachten".

Die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats in der gewaltsamen Revolution

Wenn eine Änderung der Machtverhältnisse nicht mit Hilfe allgemeiner Wahlen über die Parlamente möglich ist, weil die Bourgeoisie als herrschende Klasse alle Unterdrückungsinstrumente in Händen hält und diese nicht freiwillig abgeben wird, und außerdem auch in der Lage ist, faschistische Herrschaftsformen anzuwenden, wenn also

> **„... der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist,... so ist es klar, daß die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist nicht nur ohne gewaltsame Revolution, *sondern auch ohne Vernichtung* des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparats der Staatsgewalt..."** [17]

> **„Der Marxsche Gedanke besteht darin, daß die Arbeiterklasse ‚die fertige Staatsmaschine' *zerschlagen, zerbrechen* muß und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf."** [18]

Dies ist, wie Lenin hervorhob, die Hauptlehre des Marxismus von den Aufgaben des Proletariats in der gewaltsamen Revolution gegenüber dem bürgerlichen Staat. Der bürgerliche Staatsapparat muß durch die gewaltsame proletarische Revolution, im bewaffneten Kampf, im Bürgerkrieg der Millionenmassen unter Führung des Proletariats und seiner Kommunistischen Partei, von oben bis unten und von unten bis oben zerschlagen werden, damit die Bourgeoisie gestürzt wird und die Diktatur des Proletariats, der proletarische Staat, errichtet werden kann. Lenin hat ganz besonders die „wahre Lobrede auf die gewaltsame Revolution" bei Engels hervorgehoben und betont:

> **„Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in *diesen,* gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der *gesamten* Lehre von Marx und Engels zugrunde."** [19]

Lenin entwickelte in seinem Werk „Staat und Revolution" die Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus über die unbedingte Notwendigkeit der Zerschlagung des alten Staatsapparats in ***einem schonungslosen Kampf gegen den Opportunismus*** selbst in seinen verhülltesten Formen. Anhand eindeutiger und beweiskräftiger Belege aus der Theorie und Praxis der II. Internationale auch schon lange Zeit vor deren vollständigem Verrat zu Beginn des Ersten Weltkriegs zeigte Lenin, daß das ***Ausweichen*** vor der Frage des Verhältnisses der proletarischen Revolution zum Staat bei Leuten wie Kautsky und Plechanow den Opportunismus begünstigte und nährte, zur direkten ***Entstellung*** des Marxismus führte. Kennzeichnend dafür war, daß z. B. bei Kautsky schon 1902 in einer Broschüre überall nur von der „Eroberung der Staatsgewalt" die Rede war, d. h. eine solche Formulierung gewählt wurde, welche die revisionistische Vorstellung einer Eroberung der Macht ***ohne*** Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparats ***zuläßt.*** [20]

Ein Marxist ist nur, wer die Diktatur des Proletariats anerkennt!

Lenin arbeitet in „Staat und Revolution" scharf heraus, daß der Opportunismus in der Anerkennung des Klassenkampfes gerade vor der ***Hauptsache*** halt macht, vor der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus, vor der Periode des Sturzes der Bourgeoisie und ihrer völligen Vernichtung:

Überblick über den Aufbau der Schrift „Staat und Revolution"

Lenin schrieb die Schrift im August 1917, nach der bürgerlichen Februarrevolution in Rußland, inmitten des Ersten Weltkriegs. International gesehen reifte die proletarische Revolution heran, so daß die theoretische Frage nach dem Verhältnis der proletarischen Revolution gegenüber dem Staat unmittelbare, praktische Bedeutung erlangt hatte.

In dieser Situation machte es sich Lenin vor allem zur Aufgabe, die durch die Opportunisten der II. Internationale entstellte Lehre von Marx und Engels über den Staat wiederherzustellen. Gleichzeitig entwickelte er in diesem Werk den wissenschaftlichen Kommunismus in den Fragen des Staates und der Diktatur des Proletariats weiter.

In diesem grundlegenden Werk hat Lenin großartige Beispiele dafür geliefert, ***wie*** man die Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus studieren muß, indem man nicht nur die grundsätzlichen prinzipiellen Schlußfolgerungen ihrer Lehre herausgreift und darstellt, sondern sich auch Klarheit verschafft, aufgrund welcher historischen Entwicklungen sie ihre Ansichten erarbeitet, konkretisiert und präzisiert haben.

160 Seiten, 15 DM

Bei alledem betonte Lenin immer wieder, daß die Lehre von Marx und Engels über Staat und Revolution eine vom dialektischen und historischen Materialismus und reicher Kenntnis der Geschichte durchdrungene ***Zusammenfassung der Erfahrung*** ist, daß also nicht einfach logische Erwägungen, sondern die Analyse der tatsächlichen Ereignisse, insbesondere der lebendigen Erfahrungen der Revolutionszeiten zur Weiterentwicklung der Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus über die Aufgaben des Proletariats in bezug auf den Staat, die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staats und der Errichtung der Diktatur des Proletariats geführt haben - beginnend mit den Erfahrungen der Revolutionsjahre 1848 bis 1851, fortsetzend mit der Marxschen Analyse der Erfahrungen der Pariser Kommune 1871 und einer Sammlung der ergänzenden Äußerungen Engels' von 1872 bis 1891. Auf dieser Grundlage entlarvte Lenin abschließend die entscheidenden Entstellungen des Marxismus durch die Opportunisten.

☆☆☆

Im ***I. Kapitel „Klassengesellschaft und Staat"*** wird anhand zweier Hauptwerke von Engels (nämlich „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats", 1884, Marx/Engels Werke Band 21, und „Anti-Düring", 1878, Marx/Engels Werke Band 20) ein logischer, thematisch gegliederter Gesamtüberblick über die Grundzüge der marxistischen Staatstheorie gegeben.

Dabei werden als Eckpunkte der Staatsfrage herausgestellt: die ***Entstehung*** des Staates als „Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze", seine ***Hauptbestandteile*** stehendes Heer und Polizei, die ***Funktion*** der Ausbeuterstaaten als Werkzeug zur Unterdrückung der ausgebeuteten Klassen und die ***Perspektive,*** daß der bürgerliche Staat in der proletarischen Revolution gewaltsam zerschlagen und ein neuer Staat, die Diktatur des Proletariats, errichtet werden muß. Schließlich geht Lenin auf die Frage ein, wie und über welche Schritte der Staat letztendlich abzusterben beginnt.

Nachdem nun die programmatische Grundlage in dieser Frage dargelegt wurde, wird in den folgenden Kapiteln - systematisch den Etappen ihrer historischen Ausarbeitung, den entsprechenden Schriften von Marx und Engels folgend - tiefer darauf eingegangen und auf die entscheidenden Punkte zugespitzt:

Im ***II. Kapitel „Die Erfahrungen der Jahre 1848-1851"*** liegt der Schwerpunkt auf der Frage, warum der alte Staatsapparat zerschlagen werden muß.

Die Schrift „Manifest der Kommunistischen Partei", (1848, Marx/Engels Werke Band 4, ferner: „Das Elend der Philosophie", 1846/47, Marx/Engels Werke Band 4, und „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte", 1852, Marx/Engels Werke Band 8) auswertend, zieht Lenin aus der Tatsache, daß der bürgerliche Staatsapparat ein Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie zur Ausbeutung des Proletariats ist, den Schluß, daß dieser Staatsapparat in der gewaltsamen proletarischen Revolution zerschlagen werden muß, daß das Proletariat seine Hegemonie in der Diktatur des Proletariats verwirklichen muß.

Das ***III. Kapitel „Die Erfahrungen der Pariser Kommune vom Jahre 1871"*** stellt die Diktatur des Proletariats dem Parlamentarismus gegenüber.

Die Schrift „Bürgerkrieg in Frankreich" (1871, Marx/Engels Werke Band 17) von Marx auswertend, entwickelt Lenin ausgehend von der Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschine, wodurch diese dann zu ersetzen ist: durch den Staat der Diktatur des Proletariats, der den Widerstand der alten Ausbeuter bricht und den Sozialismus aufbaut. In Abgrenzung gegen den Parlamentarismus und dessen Fäulnis beschreibt er Eigenschaften des proletarischen Staats: die alten Institutionen werden durch Institutionen prinzipiell anderer Art ersetzt, so sind die z. B. die Träger der Funktionen der Staatsmacht gesetzgebend und vollziehend zugleich, sie werden mit Arbeiterlohn bezahlt und unterliegen der sofortigen Absetzbarkeit durch ihre Wähler.

Im ***IV. Kapitel „Ergänzende Erläuterungen von Engels"*** führt Lenin einen Doppelschlag: er polemisiert gegen die Anarchisten damit, daß das Proletariat den Staat, die Waffengewalt auch nach dem Sturz des Kapitalismus braucht, um die Bourgeoisie zu unterdrücken. Gleichzeitig aber bekämpft er die Rechtsopportunisten, welche die Anarchisten „von rechts" angreifen. Auf die Rechtsopportunisten konzentriert er dann auch den Hauptschlag: Kampf gegen die abergläubische Verehrung des Staates, wie sie besonders in Deutschland verbreitet ist! Dem stellt er die Möglichkeit der Überwindung des Staates gegenüber, die Möglichkeit „den ganzen Staatsplunder von sich abzutun".

Im ***V. Kapitel „Die ökonomischen Grundlagen für das Absterben des Staates"***, das vor allem auf der Auswertung der „Kritik des Gothaer Programms" (1875, Marx/Engels Werke Band 19) von Marx basiert, legt Lenin die Grundlagen der Dialektik dar, wie bei wachsenden Produktivkräften - wie Stalin analysierte - über die Stärkung des Staates in der Diktatur des Proletariats im Kampf gegen alle noch existierenden Elemente des Kapitalismus der Staat schließlich abstirbt und der Kommunismus als Endziel erreicht werden kann. Durch die immer größere Beteiligung der Massen wird der Staat einerseits immer stärker werden (siehe dazu auch: Lenin, Werke Band 26, S. 246), andererseits aber wird er gerade durch die Beteiligung der Massen zunehmend überflüssig und beginnt nach und nach in seinen verschiedenen Funktionen abzusterben.

Das ***VI. Kapitel „Die Vulgarisierung des Marxismus durch die Opportunisten"*** stellt die Aufgabe, die bis heute gilt: die Opportunisten entlarven und bekämpfen!

In diesem Kapitel rechnet er mit den Opportunisten ab und beschreibt ihre Geschichte und ihre Entwicklung, wie sie durch Verschweigen wesentlicher Fragen unweigerlich dazu kommen müssen, auch die Frage von Staat und Revolution zu verdrehen und zu verfälschen und wie sie dann folgerichtig schließlich beim Opportunismus landen müssen.

Als ***VII. Kapitel*** war geplant, die Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917 auszuwerten, es wurde aber wegen der Oktoberrevolution nicht mehr geschrieben. Lenin schreibt dazu im Nachwort zur ersten Auflage kurz nach der Oktoberrevolution:

> **„... es ist angenehmer und nützlicher, die ‚Erfahrungen der Revolution' durchzumachen, als über sie zu schreiben."**
> (Lenin, „Nachwort zur ersten Auflage" von „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 507)

„Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der *Diktatur des Proletariats erstreckt.* Hierin besteht der tiefste Unterschied des Marxisten vom durchschnittlichen Klein- (und auch Groß-) Bourgeois. Das muß der Prüfstein für das *wirkliche* Verstehen und Anerkennen des Marxismus sein." (21)

Die Frage von Staat und Revolution ist aufs engste verbunden mit der Rolle des Proletariats als einziger konsequent revolutionärer Klasse, mit den Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus über die Hegemonie des Proletariats und ihrer Verwirklichung durch die Diktatur des Proletariats. Dieser grundlegend zu verstehende Zusammenhang wird in Lenins Schrift mehrfach herausgearbeitet und herausgestellt. Wir führen hier ausführlich eine Passage an, welche sowohl die objektive als auch die subjektive Seite der revolutionären Rolle des Proletariats darlegt:

„Die Herrschaft der Bourgeoisie stürzen kann nur das Proletariat als besondere Klasse, deren wirtschaftliche Existenzbedingungen es darauf vorbereiten, ihm die Möglichkeit und die Kraft geben, diesen Sturz zu vollbringen ... Nur das Proletariat ist - kraft seiner ökonomischen Rolle in der Großproduktion - fähig, der Führer *aller* werktätigen und ausgebeuteten Massen zu sein...

Das Proletariat braucht die Staatsmacht, eine zentralisierte Organisation der Macht, eine Organisation der Gewalt sowohl zur Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter als auch zur *Leitung* der ungeheuren Masse der Bevölkerung, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der Halbproletarier,

„Über den Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter jammern, ihn verurteilen, fürchten – das heißt faktisch zum Reaktionär werden." (Lenin)

DKP contra Lenin

An der Haltung der DKP zu den Ereignissen in Chile vor dem Militärputsch 1973 war deutlich zu erkennen, wo die DKP ihre wirklichen Feinde sah und sieht: Sie schlagen gegen alle revolutionären Kräfte los, die entschlossen gegen die faschistische Gefahr und für die Vorbereitung der Revolution kämpfen und für die Bewaffnung der Arbeiterinnen und Arbeiter eintreten:

> **„Gewehre, Gewehre' geifernd wollen sie in Chile den Bürgerkrieg, diese für die Massen mit den größten Opfern verbundene Scheinlösung – so wie die Rechten."**
> („Unsere Zeit", Zentralorgan der DKP, 23.2.73)

> **„Die Lobrede, die Engels auf die gewaltsame Revolution hält und die den vielfachen Erklärungen von Marx durchaus entspricht (erinnern wir uns an den Schluß des ‚Elends der Philosophie' und des ‚Kommunistischen Manifests' mit der stolzen und offenen Erklärung, daß die gewaltsame Revolution unausbleiblich ist; erinnern wir uns an die Kritik des Gothaer Programms vom Jahre 1875, fast dreißig Jahre später, in der Marx den Opportunismus dieses Programms schonungslos geißelte) – diese Lobrede ist durchaus keine ‚Schwärmerei', durchaus keine Deklamation, kein polemischer Ausfall. Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in *diesen*, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der *gesamten* Lehre von Marx und Engels zugrunde."**
> (Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 412, Hervorhebungen im Original)

um die sozialistische Wirtschaft ‚in Gang zu bringen'.

Durch die Erziehung der Arbeiterpartei erzieht der Marxismus die Avantgarde des Proletariats, die fähig ist, die Macht zu ergreifen und *das ganze Volk* zum Sozialismus *zu führen*, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren, Lehrer, Leiter, Führer aller Werktätigen und Ausgebeuteten zu sein bei der Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie." (22)

Gegen die These der modernen Revisionisten von dem über den Klassen stehenden "Staat des ganzen Volkes", der angeblich die Diktatur des Proletariats ersetzen und überflüssig machen würde, ist besonders wichtig, daß Lenin an anderer Stelle messerscharf festgestellt hat:

> **„Das Wesen der Marxschen Lehre vom Staat hat nur erfaßt, wer begriffen hat, daß die Diktatur *einer* Klasse nicht nur schlechthin für jede Klassengesellschaft notwendig ist, nicht nur für das *Proletariat*, das die Bourgeoisie gestürzt hat, sondern auch für die ganze *historische Periode*, die den Kapitalismus von der ‚klassenlosen Gesellschaft', vom Kommunismus, trennt... Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus muß natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit der politischen Formen hervorbringen, aber das Wesentliche wird dabei unbedingt das *eine* sein: *die Diktatur des Proletariats*."** (23)

Der proletarische Staat unterscheidet sich wesentlich vom bürgerlichen Staat. Denn die riesige Mehrheit der ehemals Ausgebeuteten unterdrückt nun die Minderheit der ehemaligen Ausbeuter. Dies ist die diktatorische Seite des proletarischen Staates. Für die ehemals Ausgebeuteten ist dieser proletarische Staat aber auf neue Art demokratisch.

Die Diktatur des Proletariats ist aber dadurch, daß die Mehrheit die Minderheit unterdrückt, keinesfalls eine Periode ohne Klassenkämpfe hin zum Kommunismus, zur klassenlosen Gesellschaft. Denn die ehemaligen Ausbeuter, die Kräfte der Konterrevolution, werden nicht ruhen, ihr verlorenes Terrain zurückzuerobern, sie werden versuchen, die Ausbeutermacht wieder herzustellen, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu restaurieren, wie ihnen das vor allem auch in der Sowjetunion mit dem Machtantritt der Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten tatsächlich gelungen ist. Lenin weist daher darauf hin:

> **„In Wirklichkeit ist diese Periode unvermeidlich eine Periode unerhört erbitterten Klassenkampfes, unerhört scharfer Formen dieses Kampfes, und folglich muß auch der Staat dieser Periode unvermeidlich *auf neue Art* demokratisch (für die Proletarier und überhaupt für die Besitzlosen) und *auf neue Art* diktatorisch (gegen die Bourgeoisie) sein."** (24)

Zum vollständigen Absterben des Staates bedarf es des vollständigen Kommunismus

Das eigentliche Ziel der proletarischen Revolution ist die klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, der Kommunismus. Dabei muß man verstehen, daß die Diktatur des Proletariats während der gesamten Periode bis hin zum Kommunismus bestehen bleiben muß, daß sie sich maximal verstärken muß und zwar nicht durch ein bürokratisches Aufblähen des Staatsapparates, sondern vielmehr durch die Hebung der Bewußtheit und Aktivität der Massen, durch die immer größere Teilnahme der breiten werktätigen Massen an der Staatsmacht auf immer mehr Gebieten. Wenn, wie Lenin forderte, jede Köchin, jeder Werktätige, den Staat leiten kann und an seiner Leitung aktiv beteiligt ist, dann ist klar, wie mächtig und stark ein solcher Staat sein muß. Lenin führt aus:

> **„Dann wird das Tor zum Übergang von der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft zu ihrer höheren Phase und damit auch zum völligen Absterben des Staates weit geöffnet sein."** (25)

Dann ist auch klar, daß das Absterben des Staates maximal vorbereitet ist und seine Hauptfunktionen überflüssig werden oder sind, vorausgesetzt der Klassenfeind auf der ganzen Welt ist zerschlagen. Zum vollständigen Absterben des Staates bedarf es, wie Lenin schreibt, des vollständigen Kommunismus.

☆☆☆

Lenins Schrift ist eine entscheidende Waffe gegen die Verdrehungen der modernen Revisionisten, die insbesondere mit ihrer Demagogie von den „neuen Bedingungen„ die grundlegenden Prinzipien von „Staat und Revolution" als „veraltet" hinstellen und von der angeblichen Möglichkeit eines „friedlich-parlamentarischen Weges" zum Sozialismus faseln.

„Staat und Revolution" muß gründlich studiert und geschult werden, um die eigenen Reihen, die Kommunistinnen und Kommunisten, gegen jeglichen Opportunismus für den unversöhnlichen Kampf für die Zerschlagung des Staats des deutschen Imperialismus, für den Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie und alle Reaktionäre zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zu erziehen und zu wappnen.

Fußnoten

(1) Lenin, „Über den Staat", Vorlesung an der Swerdlow-Universität 1919, Werke Band 29, S. 462)
(2) Engels, „Einleitung zu Marx' ‚Bürgerkrieg in Frankreich'", 1891, Marx/Engels Werke Band 22, S. 198, von Lenin zitiert in „Staat und Revolution", Werke Band 25, S. 466
(3) Siehe Marx/Engels Werke Band 21, S. 165
(4) Engels, „Einleitung zu Marx' ‚Bürgerkrieg in Frankreich'", 1891, Marx/Engels Werke Band 22, S. 198/199, von Lenin zitiert in „Staat und Revolution", Werke Band 25, S. 466/467)
(5) Ebenda, S. 199, bei Lenin S. 467
(6) Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 396
(7) Ebenda, S. 398/399
(8) Ebenda, S.401
(9) Engels, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats", 1884, Marx/Engels Werke Band 21, S. 166/167, von Lenin zitiert in „Staat und Revolution", Werke Band 25, S. 404
(10) Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 399
(11) Ebenda, S. 423
(12) Ebenda, S. 506
(13) Ebenda, S. 405
(14) Engels, zitiert in „Staat und Revolution", Lenin Werke Band 25, S. 405
(15) Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 474/475
(16) Ebenda, S. 467
(17) Ebenda, S. 400
(18) Ebenda, S. 427
(19) Ebenda, S.412
(20) Vgl. Ebenda, S. 49
(21) Ebenda, S. 424
(22) Ebenda, S. 416/417
(23) Ebenda, S. 425
(24) Ebenda, S. 425
(25) Ebenda, S. 489

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN:
Mittwoch bis Freitag 16.30 – 18.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
GEÖFFNET:
Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

7/97 Juli 1997

Bekämpft das Zusammenspiel von Staat und Nazis gegen Kirchenasyl für Flüchtlinge!

Solidarität!

Nach Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime und Synagogen sind die Nazis nun dazu übergegangen, evangelische und katholische Kirchengebäude anzuzünden. Jene Gemeinden, in denen Flüchtlinge durch Aktivistinnen und Aktivisten antirassistischer und „Kirchenasyl"-Gruppen vor Abschiebung geschützt werden, sind jetzt nicht nur staatlichem Druck durch Polizei und Justiz ausgesetzt, sondern auch massivem Terror der Nazi-Banden.

Der Brandanschlag am 25. Mai, der die katholische Sankt-Vicelin-Kirche in Lübeck fast vollständig zerstörte, steht in einer Reihe mit fünf anderen Nazi-Anschlägen auf kirchliche Einrichtungen in Norddeutschland in nur fünf Wochen. Neben Hakenkreuzschmierereien stand der Name des evangelischen Pastors Harig an der Kirchenmauer, dessen Gemeinde St. Marien einer algerischen Familie seit einigen Wochen „Kirchenasyl" gewährt, um sie vor der Abschiebung nach Algerien und damit vor drohendem Terror, vor Folter und Mord zu schützen. Im Zusammenhang mit einem weiteren Brandanschlag am 28. Juni wurden Hakenkreuze mit der Morddrohung „Harig, wir kriegen dich" an ein Gebäude der evangelischen St.-Augustinus-Gemeinde und an die Mauer der St.-Marien-Kirche geschmiert.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß – unabhängig von unserer kommunistischen Grundeinstellung zur Religion als „Opium des Volkes und für das Volk" und unabhängig von unserer klaren Einschätzung der beiden großen evangelischen und katholischen Staatskirchen und ihrem reaktionären Apparat – die Solidarität revolutionärer, kommunistischer Kräfte mit allen, auch religiös und humanistisch motivierten Kräften, die dem Terror dieses Staates und der Nazis gegenüberstehen, ein dringend notwendiger und unerläßlicher Schritt im Kampf für demokratische Rechte ist.

Systematischer Nazi-Terror, Brand- und Mordanschläge – Stichwortgeber für staatliche Maßnahmen

Die kürzliche Serie von nazifaschistischen Brandanschlägen gegen Pro-Asyl-Initiativen und Kirchengemeinden, die sich schützend vor Flüchtlinge stellen, ist keinesfalls zufällig, muß eher als systematischer und geplanter Mosaikstein in der Politik der Nazi-Banden verstanden werden, die jetzt offensiv zum Angriff auf Unterstützerinnen und Unterstützer übergegangen sind. Die Terroranschläge sollen die Flüchtlingshelfer und -helferinnen sowie fortschrittlichere Kirchenmitglieder und Pfarrer in Angst und Schrecken versetzen und die Kirchengemeinden spalten, damit diese nicht mehr Kirchenräume als Asyl für bedrohte Flüchtlinge zur Verfügung stellen.

Die nicht abbrechenden, täglich gemeldeten Aktionen der Nazis können nur jene erstaunen, die bisher die Augen verschlossen haben vor dem Erstarken der Nazi-Banden, vor der ständigen Zunahme ihrer öffentlich erlaubten demagogischen Hetze und provokatorischen Aufmärsche, vor ihrem mörderischen Terror bis hin zu Pogromen gegen alle, die von ihnen als „undeutsch" angesehen werden, Menschen mit anderer Hautfarbe und Flüchtlinge. Seit 1990 wurden von den deutschen Nazis mehr als 100 Menschen ermordet. Von den 16 472 Ermittlungsverfahren im Jahr 1995 wegen sog. „rechtsradikaler Aktivität" endeten nur ca. 2 400 mit Verurteilungen[4] – mit glimpflichen, oft zur Bewährung ausgesetzten Strafen, die geradezu als Ermutigung für die Nazis aufgefaßt werden mußten.

Diese nazistischen Aktivitäten spielen für den deutschen Imperialismus eine wichtige Rolle. So waren die Nazi-Pogrome von Hoyerswerda und Rostock gegen Flüchtlinge, letztere mit 1200 „Gewalttätern" und 3000 beifallklatschenden „Normalbürgern" faktisch unter Polizeischutz durchgeführt, sozusagen die Stichwortgeber für die Abschaffung des Asylrechts und die Verschärfung der reaktionären Ausländergesetze. Die Nazi-Banden und -Parteien dienen dem deutschen Imperialismus dazu, die Bevölkerung immer weiter an offen nazifaschistische Propaganda und Terror zu gewöhnen, ihre Aktionen dienen auch als „Versuchsballons", wo noch mit Gegenwehr zu rechnen ist und schaffen eine Atmosphäre, in der dann – angeblich um den „Vormarsch der Rechten" zu stoppen – alle Bonner Parteien, ob CDU, SPD, FDP, die GRÜNEN oder die PDS mit „Zugeständnissen" an die von den Nazis repräsentierte „Volksmeinung" immer schärfer die Politik der Faschisierung, Militarisierung und Revanche des deutschen Imperialismus nach innen und nach außen vorantreiben.

Politikerhetze gegen Flüchtlinge und Kriminalisierung des Kirchenasyls bereiten den Boden für Nazi-Anschläge

● *Bundesinnenminister* **Kanther (CDU)** warf Kirchenvertretern bereits 1994 vor, eigenes Recht für sich zu beanspruchen, den „Rechtsstaat" mit „Aktionen wie Kirchenasyl" in Frage zu stellen, denn auch die „Berufung auf sittliche Überzeugungen" berechtige in einem „freiheitlichen Rechtsstaat" nicht zum „Rechtsbruch".[1]

● NRW-Innenminister **Schnoor (SPD)** nannte es anmaßend, wenn Christen die Anwendung des Gesetzes von ihrer individuellen Gewissensentscheidung abhängig machten. Ein solches Verhalten führe zu einer „Relativierung des Rechtsstaats und zur Auslieferung des Rechtsstaats an die Macht des jeweils Stärkeren".[1]

● Der niedersächsische Innenminister **Glogowski (SPD)**, der im Landtag die Eltern von unbegleiteten Flüchtlingskindern als „Schweine" beschimpfte und demagogisch in Zusammenhang mit „Kinderprostitution" brachte, ließ jetzt öffentlich verkünden, daß ein polizeilicher Einsatz gegen das „rechtswidrige Kirchenasyl" für 22 oppositionelle Nigerianer in vier Kirchengemeinden in Hannover erwogen wird.[2]

● Die **Lübecker CDU** hetzte kurz vor den Nazi-Brandanschlägen gegen das „Kirchenasyl" der Mariengemeinde Pastor Harigs für eine algerische Familie und bezeichnete es als „Rechtsbruch" und „Untergrabung des Rechtsstaats".[3]

Solche offene Hetze müssen die Nazis geradezu als Aufforderung zum eigenen Handeln verstehen. Die Serie von Brandanschlägen gegen „Kirchenasyl" und Hakenkreuzschmierereien in Lübeck waren die Antwort. Eine von Nazis angemeldete Kundgebung unter dem Motto „Kirchenasyl wider Gesetz und Recht", zwei Tage nach der fast vollständigen Zerstörung der St.-Vicelin-Kirche in Lübeck, konnte vor allem durch öffentlichen Druck und einer Demonstration von 700 Antifaschisten und Antifaschistinnen verhindert werden. Hauptparolen waren: **„Kein Nazi-Aufmarsch in Lübeck! Kirchenasyl schützen!"**

Die katholische und protestantische Kirche in Deutschland steht bis zum Hals im Blut der geschichtlichen Verbrechen der christlichen Staatskirche!

Die heutigen katholischen und protestantischen christlichen Kirchen stehen in der bluttriefenden Tradition der christlichen Staatskirche. Massenmord durch die Kreuzzüge an den sogenannten „Heiden", Kolonialismus und christlicher Missionarismus als Mordinstrument z. B. bei der Ausrottung der indigenen Bevölkerung in Lateinamerika, millionenfacher Mord an den sogenannten „Hexen", zum großen Teil Frauen, die im Weltbild der Christen als „mit dem Teufel im Bunde" galten, ein fast tausendjähriges Morden der jüdischen Bevölkerung durch die europäische Christenheit – das sind die brutalsten Massenmordverbrechen der christlichen Staatskirche von der Antike über das Mittelalter bis heute.

Der Antisemitismus und das Verbrennen von Synagogen begann schon im 4./5. Jahrhundert im Römischen Reich mit christlicher Staatsreligion, das „christliche Gemetzel" führte zu ungeheuren jüdischen Opfern, die während der „Kreuzzüge" und durch das ganze Mittelalter hindurch ihren ersten Höhepunkt fanden, als die christlichen Kirchenvertreter auch den „Judenstern" sowie den Nazislogan „Kauft bei keinem Juden" vorwegnahmen. Auch ***Luther,*** der Begründer des Protestantismus in Deutschland, hetzte: „Man soll ihre Synagogen mit Feuer anstecken, Schwefel und Pech dazuwerfen, und was nicht brennen will, mit Erde überschütten, damit kein Stein mehr zu sehen sei ewiglich." (Luther: „Von den Juden und ihren Lügen", zit. n.: „Den erstarkenden Antisemitismus bekämpfen", „Gegen die Strömung" Nr. 38, August 1986, S. 6) Kein Greuel, das nicht unter aktiver Beteiligung des hohen Klerus stattfand: Die Juden wurden erschlagen, ertränkt, gerädert, gehängt, gevierteilt, lebendig verbrannt und lebendig begraben.

Während der Novemberrevolution 1918 hetzten beide Kirchenleitungen gegen die Revolution als „Meineid und Hochverrat" (Erzbischof Faulhaber)[5] und waren monarchistisch-antidemokratisch und nationalistisch eingestellt. Besonders in der evangelischen Kirche wurden als Grundideen des deutschen Protestantismus „Obrigkeitsgehorsam", „Vaterlandsliebe" und „Volkstumsideologie" herausgestellt.[5] Auf dieser Basis begrüßten und unterstützten die Kirchenoberen die Nazis.

Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD), die von den nazistischen und rassistischen „Deutschen Christen" beherrscht war, bekannte sich im September 1933 unter Reichsbischof Müller – dessen Amtssiegel Kreuz und Hakenkreuz zierten – vorbehaltlos zum Nazi-Staat, „in unbedingter Treue zum Dritten Reich und seinem Führer"[6] und begrüßte den sog. „Arierparagraph" auch für die Kirche. Auch die 1934 gegründete „Bekennende Kirche" mit Bonhoeffer an der Spitze grenzte sich nicht grundsätzlich vom Antisemitismus ab: es sei Sache des Staates in der sog. „Judenfrage" „neue Wege" zu gehen, die Kirche habe kein Recht, vom Staat ein anderes Handeln zu fordern.[7]

Die Katholische Kirche mahnte ihre „Gläubigen" bereits im März 1933 in der „Kundgebung der deutschen Bischöfe" „zur Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit und zur gewissenhaften Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten unter grundsätzlicher Ablehnung allen rechtswidrigen oder umstürzlerischen Verhaltens".[8] Zwischen Papst Pius XI. und Nazi-Deutschland wurde das von den deutschen Bischöfen begeistert begrüßte „Reichskonkordat" geschlossen und der Nazi-Staat hochoffiziell anerkannt – obwohl bereits Hunderte von katholischen Pfarrern ohne Gerichtsurteil in Gefängnisse geworfen worden waren.[9] Papst Pius XII. schließlich unterstützte alle faschistischen Verbrecher, wie Mussolini, Franco, den kroatischen Faschistenführer Pavelic und Hitler, systematisch.[10]

Die ungeheuren Nazi-Verbrechen, der Völkermord an 6 Millionen Juden, an über 500 000 Sinti und Roma, der verbrecherische Nazi-Krieg gegen die Völker Europas, sind unter Duldung, Beteiligung, ja ***tatkräftiger Unterstützung der beiden großen christlichen Kirchen begangen worden.*** Tatsache ist, daß alle deutschen katholischen Bischöfe, auch die angeblichen „Widerstandskämpfer" Galen und Faulhaber, noch im Juni 1941 die deutschen Katholiken nachdrücklich zu „treuer Pflichterfüllung, opferwilligem Arbeiten und Kämpfen" aufriefen, den Krieg der deutschen Imperialisten gegen die sozialistische Sowjetunion zu unterstützen und „damit dem heiligen Willen Gottes" zu folgen. Tatsache ist, daß die deutschen Kirchen zu dem Völkermord an den Juden geschwiegen haben,[11] ja durch antisemitische Propaganda vor und auch während der Nazi-Zeit den nazistischen Völkermord ideologisch vorzubereiten halfen. Wesentliche Teile der kathclischen Kirche halfen nach dem Zweiten Weltkrieg systematisch, daß sich Nazi-Mörder vor dem Zugriff der Alliierten absetzen und ihrer gerechten Strafe entziehen konnten.

Auch ***heute*** ist die evangelische und katholische Kirche in Deutschland eine feste „Größe" im System des deutschen Imperialismus: Riesiger Grundbesitz, Fabriken und Besitztümer gehören den christlichen Staatskirchen, sie sind Teil des Kapitalismus in Deutschland, politisch und ideologisch schwören sie die deutsche Bevölkerung auf das Grundgesetz ein und rechtfertigen die Kriegseinsätze der Bundeswehr, ja sind mit ihren „Militärpfarrern" direkt „vor Ort", um die „Moral" der Bundeswehrsoldaten aufrechtzuerhalten – um nur ihre wesentlichsten Funktionen zu nennen.

Nazi-Terror wird vom deutschen Staatsapparat vertuscht, verharmlost, ja selbst unterstützt

Die nazifaschistischen Stoßtrupps dürfen daher keinesfalls getrennt oder unabhängig vom Staatsapparat des deutschen Imperialismus betrachtet werden. Sie werden von ihm ideologisch und materiell gefördert, unterstützt und in Schutz genommen, ja sogar gezielt gegen demokratische und revolutionäre Kräfte direkt und indirekt eingesetzt.

Ein bisheriger Höhepunkt und neue Eskalationsstufe war der pogromartige Nazi-Brandanschlag im Januar 1996 gegen das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße, nicht nur wegen des Ausmaßes dieses faschistischen Terrors mit 10 Ermordeten und 38 teilweise Schwerverletzten. Alles bisher dagewesene in den Schatten stellend war die großangelegte Vertuschungsaktion, Spurenbeseitigung bis hin zur Alibi-Besorgung für vier Nazis aus Grevesmühlen durch Polizei und Staatsanwaltschaft. Dies haben die Nazis als deutliches Signal verstanden und Lübeck zu einem Hauptort ihrer Aktionen und Brandanschläge erkoren.

Neuerscheinung: Rot Front, Nr. 4, Juli 1997, 318 Seiten, 20,- DM

Bei allen Unterschieden sind sich die bürgerlichen Politiker und Medien weitgehend darin einig, die Nazis herunterzuspielen und zu verharmlosen, weil es ihnen in erster Linie darum geht, das „Ansehen Deutschlands" in der Welt nicht „in Verruf" zu bringen. Den Sachwaltern der deutschen Imperialisten geht es darum, die Existenz einer verbreiteten Nazi-Ideologie und einer politisch organisierten Nazi-Bewegung in Deutschland durch „Entpolitisierung" zu vertuschen, die Nazi-Verbrechen als Aktionen von „Einzel- und Nachahmungstätern", von „irregeleiteten Jugendlichen", „Betrunkenen" oder „bloß Kriminellen" usw. wie angeblich „in jedem Land" hinzustellen.

Wenn von bürgerlichen Politikern gefeiert wird, daß immer weniger verfolgte Menschen in Deutschland Recht auf Asyl erhalten, wenn Solidaritätsaktionen mit Flüchtlingen kriminalisiert werden, wenn Nazi-Mörder freigesprochen werden oder Minimalstrafen erhalten, wenn Nazi-Schulungs- und Militärausbildungszentren wie in Hetendorf und Nazi-Aufmärsche von der Polizei gegen antifaschistische Demonstranten geschützt werden und Nazi-Propaganda in hunderttausendfacher Auflage erlaubt ist, dann sind das eindeutige ermutigende Signale an die Nazis, ihre Terror-Politik weiter voranzutreiben.

Der Staat der deutschen Imperialisten ist Hauptakteur und bereitet den Nährboden für den Nazi-Terror

Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen, muß klargemacht werden, daß die zunehmende ***Faschisie-***

rung hauptsächlich vom Staat der deutschen Imperialisten ausgeht, daß der hauptsächliche Träger nazifaschistischer Ideologie und offen terroristischer Handlungen das gesamte kapitalistische Gesellschaftssystem in Deutschland ist.

Der sich immer mehr faschisierende deutsche Staatsapparat ist der ***Hauptakteur,*** nach außen und nach innen:

- durch die Politik des Visumszwangs und der Grenzaufrüstung mit nahezu 10 000 BGS-Truppen, die die deutschen Ostgrenzen gegen Arbeitssuchende und Flüchtlinge aus aller Welt „schützen": seit 1993 sind mindestens 56 Flüchtlinge an deutschen Grenzen ertrunken, erfroren, in Transportwaggons erstickt, verhungert, verdurstet;[12]

- durch völlige Entrechtung, Kriminalisierung und Illegalisierung von inzwischen mindestens 500 000 „Nichtdeutschen" und vom Imperialismus verfolgten Flüchtlingen;

- durch Verschärfung der Sondergesetze gegen Ausländer, die künftig aufgrund der „bloßen Anschuldigung", an einer verbotenen Demonstration teilgenommen zu haben, „ohne rechtskräftige Verurteilung" abgeschoben werden können, ja selbst anerkannte Asylsuchende, wenn sie wegen irgendeiner Straftat zu mindestens drei Jahren Haft verurteilt wurden;[13]

- durch menschenunwürdige Behandlung in Containern und Massenlagern, durch Arbeitsverbot und Kürzung der Sozialhilfe noch unter den an Deutsche gezahlten Satz;

- durch brutale Mißhandlungen, Besprühen mit ätzenden Desinfektionsmitteln bis hin zu Folter und Scheinhinrichtungen durch chauvinistisch verhetzte deutsche Polizisten und BGS-ler;[14]

- durch mörderische Abschiebepraktiken und dafür eigens geschaffene Abschiebe-Gefängnisse mit bisher mehr als 20 Selbsttötungen und zahlreichen Versuchen, bis hin zum Fall des nigerianischen Flüchtlings Kola Bankole, der 1994 bei der Zwangsabschiebung von BGS-Schergen und einem Arzt gefesselt, geknebelt und mit Spritzen „zu Tode beruhigt" wurde;

- durch direkte Übergabe an die Folterer und Henker in der Türkei und im Iran, in Nigeria und Togo, im serbisch beherrschten Kosovo usw. oder sogar auf deutschen Flughäfen, wie im sog. „Rückführungsabkommen" im Februar mit Algerien vereinbart,[15]

Mit all diesen Maßnahmen und der gleichzeitig damit verbundenen Hetze wird heute durch den imperialistischen deutschen Staat die „Ausländer raus"-Politik in gigantischem Umfang vollstreckt und zugleich ein Nährboden für den Nazi-Terror bereitet.

Solidarität mit von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen – ein Akt des Ungehorsams gegen deutsche Obrigkeitshörigkeit

In einem solchen rassistisch-chauvinistisch verhetzten gesellschaftlichen Klima ist schon ein gewisses Maß an Mut notwendig, um dem zunehmenden Terror entgegenzutreten, der maßgeblich durch die Schreibtischtäter und Vollstrecker des imperialistischen deutschen Staates, kombiniert mit Aktivitäten der deutschen Nazi-Banden, gegen Menschen aus andern Ländern, vor allem gegen Flüchtlinge ausgeübt wird. Es gibt in der Tat noch Menschen und Initiativgruppen – wenn auch viel zu wenige –, die Courage gegen Rassismus und staatliche Verfolgung durch praktische Solidarität zeigen. Sie reden nicht nur, sondern helfen Flüchtlingen in ihrer entrechteten und unsicheren Situation gegen deutsche Behörden, besorgen Arbeitsstellen und Unterkünfte, leisten praktische materielle Unterstützung, medizinische Versorgung und Rechtsberatung bis hin zum Beschaffen von Papieren, Verstecken von Illegalisierten oder von durch Abschiebung bedrohten Asylsuchenden.

In den letzten Jahren, besonders seit der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl 1993, haben immer häufiger Pro-Asyl-Gruppen einigen von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen dadurch zu helfen versucht, daß in Abstimmung mit Kirchengemeinden und deren örtlichen Kirchenvertretern den Flüchtlingen ein gewisser Schutz und Unterkunft in Kirchenräumen geboten wurde. Sie versuchen, mit diesem sog. ***„Kirchenasyl"*** die Aussetzung der Abschiebung und damit einen Zeitaufschub zu erreichen, um dann durch „Ausschöpfung aller Rechtsmittel" die Gewährung des Asyls oder eines anderen Aufenthaltsrechts doch noch zu erwirken.

Staatliche Kriminalisierung von Solidaritätsaktionen mit Flüchtlingen und Polizeieinsätze gegen „Kirchenasyl"-Initiativen

Gegen Solidaritätsaktionen mit Flüchtlingen, gegen Initiativen für „Kirchenasyl" richten sich nicht nur die kürzlichen Angriffe und Brand-Anschläge der Nazi-Banden. Seit längerem schon ist der wachsende „zivile Ungehorsam" einiger Kirchengemeinden bürgerlichen Politikern und Medien ein Dorn im Auge. Die Aktivisten werden nicht nur durch anonyme rassistische Drohbriefe oder hetzerische Leserbriefe gegen das „Kirchenasyl" in Tageszeitungen wie die „Lübecker Nachrichten", durch Morddrohungen der Nazis unter Druck gesetzt, sondern auch vom Staatsapparat immer mehr mit Kriminalisierung bedroht.

Allein 1996 wurden mehr als 20 Ermittlungsverfahren gegen Pfarrerinnen und Pfarrer sowie Gemeindeälteste wegen Beihilfe zum Verstoß gegen das reaktionäre „Ausländergesetz" eingeleitet, Kirchengemeinden werden massiv eingeschüchtert und zu spalten versucht. In einer Ostberliner Kirchengemeinde wurden in einmaliger Aktion Kirchenräume durchsucht, um ein Protokollbuch zu beschlagnahmen mit den Namen jener Gemeinderatsmitglieder, die den Beschluß zum „Kirchenasyl" für einen Vietnamesen gefaßt hatten. In Berlin wurden erstmals auch Flüchtlinge im „Kirchenasyl" wegen „illegalen Aufenthalts" zu 5 Monaten auf Bewährung verurteilt.[16]

Nach früher schon erfolgten ***Polizeieinsätzen*** in Hamburg, Münster, Wuppertal, Bremen wurden seit dem Sommer 1996 zwei „Kirchenasyle" durch massive Polizeigewalt im oberfränkischen Wunsiedel und im westfälischen Nottuln mit Festnahmen und Abschiebungen beendet. Am frühen Morgen des 29. Januar 1997 umstellte ein Großaufgebot mit 50 Polizisten und 15 Mitarbeitern des Ausländeramtes das evangelische Gemeindehaus in Nottuln, drang gewaltsam ein und führte, unter Protest von 50 Anwesenden der Kirchenasylinitiative, die kurdische Familie Araz, die dort seit Oktober 1996 Zuflucht gefunden hatte, ab. Sie wurden nach Istanbul abgeschoben und nach der Ankunft dort sofort verhaftet. Nach ihrer Freilassung wurde

„Kirchenasyl"-Initiativen im Widerspruch zu den katholischen und protestantischen Kirchenfürsten

Die evangelische und katholische Kirche in Deutschland fallen in ihrer jüngsten gemeinsamen Stellungnahme den „Kirchenasyl"-Initiativen offen in den Rücken und fordern quasi den Staat zu Polizeiaktionen gegen diese auf, wenn sie sagen, daß sie „dem Staat das Recht" nicht bestreiten, „seine Entscheidungen gegebenenfalls auch innerhalb kirchlicher Räume durchzusetzen".

Gleichzeitig distanzieren sie sich von jenen, die „weitergehen und sich zu einem begrenzten Verstoß gegen bestehende Rechtsvorschriften entschließen", diese müßten dafür „selbst die Verantwortung tragen".[19]

Rechtsbrüche oder gar illegale, gegen den Staat gerichtete Aktionen werden vom Kirchenestablishment prinzipiell abgelehnt. Ein „Kirchenasyl" müsse offen und öffentlich erfolgen, dürfe kein „Verstecken" der bedrohten Flüchtlinge beinhalten. Bevor „Kirchenasyl" befürwortet wird, wird genau geprüft, ob der Flüchtling Mitglied einer Organisation ist, die gewaltsame Widerstandsaktionen gegen Imperialismus und Reaktion befürwortet, auch die meisten Kirchengemeinden sind nur bereit, sich für „gewaltfreie" Flüchtlinge einzusetzen und diese zu schützen. Letztlich geht es den Kirchenfürsten auch darum, demokratisch-fortschrittliche, „linkere" Strömungen innerhalb der Kirche zu kanalisieren und auftretende Widersprüche zu dämpfen.

Es gibt sicherlich einzelne Christen, einzelne Pfarrerinnen und Pastoren, die sich für verfolgte Flüchtlinge einsetzen, ohne danach zu fragen, ob es revolutionäre Befreiungskämpfer oder aus religiösen Glaubensgründen Verfolgte sind, die Flüchtlinge schützen, ohne Rücksicht auf mögliche „Verletzungen" der Gesetze des deutschen Staates oder Konflikte mit der Staatsgewalt. Ebenso wie es in der Nazi-Zeit einzelne Geistliche gab, die sich von den Nazis nicht einschüchtern ließen, die jüdische Menschen vor dem Tod in Vernichtungslagern retteten und teilweise selbst in KZs ermordet wurden. Ihnen gilt unsere Solidarität, während wir gleichzeitig die Kirchenoberen und ihre Anhänger ideologisch und politisch bekämpfen müssen, weil sie Feinde eines wirklich radikalen, militanten, die Legalität des deutschen Staates durchbrechenden demokratischen Kampfes zum Schutze der vom Imperialismus verfolgten und von staatlichem Abschiebeterror bedrohten Flüchtlinge sind.

Zur Haltung der Kommunistischen Partei zur Religion

Wenn wir unsere Solidarität auch mit religiös motivierten Unterstützern von Flüchtlingen erklären, so wollen wir keinesfalls verschweigen, was die Kommunistinnen und Kommunisten grundsätzlich von Religion und Kirche halten. Auch wenn, wie im Fall des „Kirchenasyls", demokratische Initiativen Unterstützung von einzelnen Gemeinden bzw. Pfarrern erhalten, so darf das über die insgesamt reaktionäre Rolle der Religion und der Kirchen nicht hinwegtäuschen. Nach wie vor gilt, wie Lenin formulierte:

„Die Religion ist das Opium des Volkes – dieser Ausspruch von Marx bildet den Eckpfeiler der ganzen Weltanschauung des Marxismus in der Frage der Religion. Der Marxismus betrachtet alle heutigen Religionen und Kirchen, alle religiösen Organisationen stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die die Ausbeutung verteidigen und die Arbeiterklasse verdummen und umnebeln sollen."
(Lenin, „Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion", 1909, Werke Band 15, S. 404/405)

Marx formulierte diese Grundthese schon in einer seiner ersten Schriften, wo er herausstellte:

„Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik."
(Marx, „Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie", 1843–1844, Marx/Engels Werke Band 1, S. 378)

Diese Kritik legte er in ihren Grundzügen im folgenden dar:

„Das Fundament der irreligiösen Kritik ist: Der *Mensch macht die Religion*, die Religion macht nicht den Menschen. Und zwar ist die Religion das Selbstbewußtsein und das Selbstgefühl des Menschen, der sich selbst entweder noch nicht erworben oder schon wieder verloren hat. Aber *der Mensch*, das ist kein abstraktes, außer der Welt hockendes Wesen. Der Mensch, das ist *die Welt des Menschen*, Staat, Sozietät. Dieser Staat, diese Sozietät produzieren die Religion, ein *verkehrtes Weltbewußtsein*, weil sie eine *verkehrte Welt* sind. Die Religion ist die allgemeine Theorie dieser Welt, ihr enzyklopädisches Kompendium, ihre Logik in populärer Form, ihr spiritualistischer Point-d'honneur, ihr Enthusiasmus, ihre moralische Sanktion, ihre feierliche Ergänzung, ihr allgemeiner Trost- und Rechtfertigungsgrund. Sie ist die *phantastische Verwirklichung* des menschlichen Wesens, weil das *menschliche Wesen* keine wahre Wirklichkeit besitzt. Der Kampf gegen die Religion ist also mittelbar der Kampf gegen *jene Welt*, deren geistiges *Aroma* die Religion ist.

Das *religiöse* Elend ist in einem der *Ausdruck* des wirklichen Elendes und in einem die *Protestation* gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das *Opium* des Volks.

Die Aufhebung der Religion als des *illusorischen* Glücks des Volkes ist die Forderung seines *wirklichen* Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die *Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf.* Die Kritik der Religion ist also im *Keim die Kritik des Jammertales*, dessen *Heiligenschein* die Religion ist.

Die Kritik hat die imaginären Blumen an der Kette zerpflückt, nicht damit der Mensch die phantasielose, trostlose Kette trage, sondern damit er die Kette abwerfe und die lebendige Blume breche. Die Kritik der Religion enttäuscht den Menschen, damit er denke, handle, seine Wirklichkeit gestalte wie ein enttäuschter, zu Verstand gekommener Mensch, damit er sich um sich selbst und damit um seine wirkliche Sonne bewege. Die Religion ist nur die illusorische Sonne, die sich um den Menschen bewegt, solange er sich nicht um sich selbst bewegt."
(Ebenda)

Die hier zitierte Marx-Schrift „Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosopie" wurde bereits in „Rot Front", Nr. 1, Januar 1996, unter dem Titel „Krieg den deutschen Zuständen" abgedruckt.

Sie erscheint in Kürze als Einzelschrift, 24 Seiten, 2.- DM, zu bestellen bei:

Buchladen
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4
60327 Frankfurt/M.

Daraus folgt für die Kommunistische Partei, daß sie erstens für die vollständige Trennung von Kirche und Staat kämpft und diese in der Diktatur des Proletariats sofort umsetzt, daß sie zweitens – ohne die religiösen Gefühle zu verletzen – eine umfassende antireligiöse Aufklärungsarbeit unter den Arbeiterinnen und Arbeitern durchführt, die dem revolutionären Kampf für die Diktatur des Proletariats untergeordnet werden muß.

Lenin legte im Entwurf des Programms der KPR(B) von 1919 dar, worin die Aufgaben der Kommunistischen Partei bezüglich der Religion bestehen:

„ ... sich nicht zufriedenzugeben mit der bereits dekretierten Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche, d. h. mit Maßregeln, die die bürgerliche Demokratie versprochen, aber infolge der mannigfachen tatsächlichen Verbindungen des Kapitals mit der religiösen Propaganda nirgends in der Welt zu Ende geführt hat.

Die Partei erstrebt die vollständige Zerstörung der Verbindung zwischen den Ausbeuterklassen und der Organisation der religiösen Propaganda wie auch die faktische Befreiung der werktätigen Massen von den religiösen Vorurteilen, wozu sie die umfassendste wissenschaftlich aufklärende und antireligiöse Propaganda organisiert. Dabei ist sorgfältig jede Verletzung der Gefühle der Gläubigen zu vermeiden, da sie lediglich zur Stärkung des religiösen Fanatismus führt."
Lenin, „Entwurf des Programms der KPR(B)", 1919, Werke Band 29, S. 118)

der Vater inzwischen noch mehrmals verhaftet und in Verhören gefoltert.(17)

Ein aktueller Fall der Kriminalisierung von Kirchenasyl richtet sich gegen eine Gruppe von Oppositionellen aus Nigeria, die seit einem Jahr in Hannover mit breiter öffentlicher Unterstützung u. a. mit einen zeitweiligen Hungerstreik dafür kämpfen, nicht an die Henker Ken Saro-Wiwas ausgeliefert zu werden und einen Abschiebestopp nach Nigeria durchzusetzen. Ihnen drohen jahrelange Inhaftierung und möglicherweise die Todesstrafe. Inzwischen wurden Haftbefehle gegen die nigerianischen Flüchtlinge im „Kirchenasyl" erlassen, weil sie sich weigerten, zur Vorbereitung der Abschiebung Paßersatzpapiere bei der Botschaft Nigerias zu beantragen. Ein Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums, der Sozialdemokrat Guzmer, drohte an, das „rechtswidrige Kirchenasyl" mit Polizeigewalt anzugreifen.(18)

★★★

Die Angriffe des deutschen Staates und der deutschen Nazis auf die Solidaritätsbewegung mit den von Imperialismus und Reaktion verfolgten Flüchtlingen, deren kombiniertes Zusammenspiel mit verteilten Rollen, müssen systematisch aufgedeckt und bekämpft werden.

Praktische Solidarität mit den verfolgten Flüchtlingen und ihren Unterstützerinnen und Unterstützern ist eine unumgängliche Aufgabe im demokratischen Kampf!

Quellen:

(1) „Frankfurter Rundschau" vom 4.11.94
(2) „Flüchtlingsrat – Zeitschrift für Flüchtlingspolitik in Niedersachsen", März 1997, S. 3 u. 49
(3) Siehe Prozeßinfo Nr. 20 des Lübecker Bündnis gegen Rassismus vom 21.5.97
(4) Siehe Antifa-Reader, Berlin 1996
(5) Denzler/Fabricius, „Christen und Nationalsozialisten", 1993, S. 30 und S. 24
(6) Ebenda, S. 49 u. 54
(7) Ebenda, S. 48/49 bzw. Dokument, S. 271-273
(8) Siehe ebenda, S. 61 bzw. Dokument, S. 260-262
(9) Ebenda, S. 66/67 bzw. Dokument, S. 263-271
(10) Siehe Karl-Heinz Deschner, 1997, S. 224
(11) Siehe ebenda, S. 291
(12) Siehe Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage, Bundestags-Drucksache 13/7135 vom 8.4.97
(13) „Frankfurter Rundschau" vom 27.6.97
(14) „Der Spiegel" 10/95; siehe auch den aktuellen Bericht von „Amnesty International" vom 3. Juli 97
(15) Siehe „Frankfurter Rundschau" vom 2.6.97
(16) Siehe „Analyse & Kritik" vom 5.6.97
(17) Siehe „InfoBrief 1/97 der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche"
(18) Siehe ebenda
(19) Siehe „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 5.7.97

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN:
Mittwoch bis Freitag 16.30 – 18.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
GEÖFFNET:
Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

63

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Rot Front

Sonderdruck aus „Rot Front", Nr. 4, Juli 1997

Die hier abgedruckten Thesen aus „Rot Front", Nr. 4 vom Juli 1997 sind der letzte Teil der Resolution über die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und *prinzipielle Fragen ihres Aufbaus. Diese Thesen werden in „Rot Front"* Nr. 4 in umfangreichen Referaten erläutert. Der erste Teil dieser Resolution, „Hauptmerkmale der Kommunistischen Partei (Herausbildung und Entwicklung)", und der zweite Teil, „Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau der Kommunistischen Partei: Unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus und Kritik/Selbstkritik", wurden in „Rot Front", Nr. 3, im Januar 1997 abgedruckt.

Resolution 5
Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Teil III:

Theorie – Kader – Organisation
die drei grundlegenden Bestandteile des Aufbaus der Kommunistischen Partei

A. Kommunistische Theorie

1.

Die Einheit von Theorie und Praxis als Leitstern der Kommunistischen Partei – einer der Grundzüge der Methode des Leninismus – geht vom Primat der Praxis aus, der Praxis als Basis der Theorie. Die kommunistische Theorie stammt aus der Praxis und dient der revolutionären Praxis. Gerade darum und insofern kann sie eine so überragende Rolle spielen.

2.

Der Umfang der gegebenen Praxis und deren Inhalt ist genau zu prüfen: Die Praxis der nichtrevolutionären Massenbewegung ist eben nicht die Praxis der Revolution, die Praxis der revolutionären Massenarbeit der Kommunistischen Partei ist nicht dasselbe wie die revolutionäre Praxis des Parteiaufbaus, die revolutionäre Praxis eines Landes ist nicht die Praxis der internationalen Arbeiterbewegung. Die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus ist insbesondere die „Erfahrung der Arbeiterbewegung aller Länder, in ihrer allgemeinen Form genommen" (Stalin).

3.

„Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung ge-

ben" (Lenin) – daher muß die Kommunistische Partei in ihrer Arbeit Studium, Propaganda und Organisierung, die Erfüllung ihrer theoretischen Aufgaben und die praktischen Erfahrungen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen im revolutionären Kampf miteinander verbinden.

4.

Die Arbeit der Kommunistischen Partei nach innen mit den drei Elementen Theorie – Kader – Organisation darf nie Selbstzweck sein, sondern muß immer der proletarischen Revolution dienen. Dies zu betonen ist besonders wichtig, wenn die Arbeit nach innen vorrangig ist und im Innern der Kommunistischen Partei die theoretische Arbeit das Hauptkettenglied ist. Der planvolle, systematische Aufbau der Kommunistischen Partei geschieht in der Dramatik des „lebendigen Lebens", ist den Herausforderungen imperialistischer Politik, den Klassenauseinandersetzungen und innerparteilichen Krisen ausgesetzt, muß mit diesen Faktoren rechnen und sich in diesen Kämpfen beweisen.

5.

Die Definition der dreifachen überragenden Rolle der kommunistischen theoretischen Arbeit beginnt an erster Stelle mit dem vorrangigen Kampf gegen den modernen Revisionismus für den wissenschaftlichen Kommunismus. Gegen Antistalinismus und Spekulationen mit „nationalen Besonderheiten" und „neuen Bedingungen" gilt es, auch scheinbare „Schattierungen" von Prinzipienverletzungen zu bekämpfen, die hinter den Prinzipien stehenden Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung herauszuarbeiten und dem ideologischen Hauptfeind, dem modernen Revisionismus mit seinen Phrasen von der angeblich möglichen „friedlich-parlamentarischen" Entwicklung zum Sozialismus, dem Staat des „ganzen Volkes" statt der Diktatur des Proletariats und so weiter ohne jeglichen Prinzipienschacher entgegenzutreten. Die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus sind dabei nur Konzentrate der revolutionären Theorie, die begründet und abgeleitet werden müssen.

6.

Die Methoden der modernen Revisionisten, egal in welchen Formen sie auftreten, dürfen nicht unterschätzt werden. Systematisch verstehen sie es, real zu lösende Probleme mit schon geklärten Fragen, konkrete Fragen mit prinzipiellen Fragen zu vermischen. Wie Stalin sagte: „Verwirrung der Fragen ist ein Charakterzug des Opportunismus." Die erste Aufgabe der theoretischen kommunistischen Arbeit ist es, im Kampf gegen die modernen Revisionisten dieses Manöver zu zerschlagen und vorrangig einen konkreten Kampf zur Verteidigung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus zu führen – gemäß den Umständen, und ohne der Versuchung zu erliegen, Probleme, die existieren, nicht als Probleme zu bezeichnen.

7.

Im Kampf gegen Theorie und Linie der modernen Revisionisten und anderer Opportunisten ist es nötig, die dreifachen Wurzeln ihrer reaktionären Linie aufzudecken: Es gilt, den politischen Druck des Imperialismus, den Rückgriff auf ihre opportunistischen Vorgänger und deren theoretischen Verfälschungen des Kommunismus sowie die tiefsten Wurzeln, die materiellen, klassenmäßigen Wurzeln, die in der Arbeiteraristokratie und dem Kleinbürgertum liegen, konkret und auf lange Sicht aufzudecken.

8.

Das zweite große Gebiet der theoretischen Arbeit besteht darin, die Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung für den eigenen Kampf schöpferisch und kritisch auszuwerten. Diese Auswertung muß im Kampf gegen jegliche revisionistisch-chauvinistische Mißachtung und Entstellung der Erfahrungen der revolutionären und kommunistischen Bewegungen anderer Länder erfolgen. Dies erfordert genaues Studium von Gemeinsamkeiten und Unterschieden verschiedener Länder, fundierte Übersetzungsarbeit und die prinzipienfeste Einstellung, die Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung als Schwert zu nutzen und nicht als Schild, hinter dem man sich bei Angriffen versteckt.

9.

Das dritte große Gebiet der theoretischen Arbeit – die alle drei im untrennbaren Zusammenhang begriffen werden müssen – besteht in der Analyse der grundlegenden Probleme der Revolution des eigenen Landes, in der Schaffung des Orginalprogramms für die proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats, die sozialistische Demokratie und den Aufbau des Sozialismus im eigenen Land. Für eine solche Kriegserklärung an den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus gilt es, beweiskräftig und konkret die verhüllten gesellschaftlichen Antagonismen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Deutschland und die internationalen imperialistischen Aktivitäten bloßzulegen, ihre Geschichte aufzudecken, die Analyse der internationalen Situation durchzuführen, die bürgerlichen Verschleierungsmanöver auf wissenschaftlichem Gebiet zu entlarven und die theoretische Arbeit in enger Verbindung mit der revolutionären Arbeiterbewegung als Antwort auf ihre Fragen zu erarbeiten, damit die revolutionäre Theorie im engen Zusammenhang mit der Praxis einer wirklich revolutionären Massenbewegung endgültige Gestalt annimmt und zur Sturmglocke für die proletarische Revolution wird.

10.

Voraussetzung für die Erfüllung dieser großen theoretischen Arbeit ist die systematische Schulung der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, der seit er eine Wissenschaft geworden ist „auch wie eine Wissenschaft betrieben, d. h. studiert werden will" (Engels). Dabei müssen Grundschriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin, den unbestrittenen Klassikern des wissenschaftlichen Kommunismus, unterschieden werden von journalistischen Tagesarbeiten, Entwürfen und Briefen sowie von den Schriften anderer kommunistischer Kader. In jedem Fall ist ein kritisches Studium unerläßlich, um Aufbau, Struktur und Inhalt der Schriften wirklich zu verstehen, um tiefgehend in den Inhalt der Schriften eindringen zu können und ein ernsthaftes Studium voranzutreiben.

11.

Dabei gilt es, ein gründliche Selbststudium als Voraussetzung für kollektive Schulung zu betreiben, mit den brennenden Problemen gerade der Entstellungen des wissenschaftlichen Kommunismus durch die modernen Revisionisten vor Augen, ausgerichtet auf den ideologischen Klassenkampf, die Werke der Klassiker zu studieren und das Gelernte in diesem ideologischen Kampf in der revolutionären Praxis anzuwenden.

12.

Aus der konkreten Situation in Deutschland, aus dem Verrat der modernen Revisionisten und dem Stand unserer Bemühungen zum Parteiaufbau folgern wir: Das Hauptkettenglied beim Aufbau der

Kommunistischen Partei heute ist nicht die Frage der Kader, nicht die der Organisation, sondern die theoretische Arbeit. Gerade die **theoretische** Arbeit als Hauptkettenglied ermöglicht in unserer Situation, Schritte in der ersten Phase des Parteiaufbaus vorwärts zu machen, eine überzeugende theoretische Grundlage im Kampf gegen den Revisionismus zu legen, um kommunistische Kader zu erziehen und eine wirklich schlagkräftige kommunistische Organisation aufzubauen.

B. Kommunistische Kader

1.

Die Herausarbeitung und Weiterentwicklung der Theorie, des Programms, der Strategie und Taktik der Revolution im eigenen Land, gerade im Prozeß der Schaffung der Kommunistischen Partei, das ist Aufgabe kommunistischer Kader. Nachdem die ideologische und politische Linie festgelegt worden ist, werden die Kader zum entscheidenden Faktor. Die revolutionäre Substanz der Kader ist auch ein entscheidender Faktor dafür, daß die Kommunistische Partei ihren revolutionären Charakter behält, nicht die Farbe wechselt und wirklich vor allem im Kampf gegen den modernen Revisionismus ideologisch, politisch und organisatorisch die kommunistische Linie in die Praxis umsetzt.

2.

Die Grundeinstellung und Motivation der kommunistischen Kader, ihre ganz persönliche entschlossene und zuverlässige Unversöhnlichkeit gegen Imperialismus und Revisionismus aller Schattierungen, ihr tiefer Klassenhaß verbunden mit kommunistischer Moral und kombiniert mit der wissenschaftlich fundierten Überzeugung von den Prinzipien und Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus sind eine Grundvoraussetzung, um in konkreten Situationen sowohl Opferbereitschaft als auch die Stärkung der Kommunistischen Partei im Kampf verbinden zu können.

3.

Das Prinzip der „engsten Fühlung mit den Massen", der tiefen inneren Verbundenheit mit den „Verdammten dieser Erde", mit den kämpfenden Abteilungen des Weltproletariats, ist das gerade Gegenteil der verfluchten Nachtrabpolitik, die sich an die reaktionärsten Elemente und Aspekte einer Massenbewegung anbiedert. Ausgehend vom proletarischen Internationalismus dürfen die Kader im eigenen Land nicht vor reaktionären Stimmungen kapitulieren, sondern müssen konkret den Kampf für den proletarischen Internationalismus und die proletarische Revolution im eigenen Land gerade bei den untersten ausgebeuteten und unterdrückten Massen der Arbeiterklasse führen. Die Kader müssen auf die Fragen und die Lage dieser potentiell revolutionärsten Teile der Arbeiterklasse Antwort geben, genaueste Kenntnis ihrer Schwierigkeiten mit überzeugender Argumentation verbinden, um in dieser „engsten Fühlung" auch sich selbst zu revolutionieren.

4.

Dabei ist das verantwortliche, eigenständige Denken und Handeln der Kader ein wesentliches Kriterium, ob es sich um einen wirklichen kommunistischen Kader handelt oder nicht. Die Frage nach dem **Warum** im Kampf gegen blinden Gehorsam, die Entwicklung und Entfaltung einer möglichst allseitig fähigen kommunistischen Persönlichkeit, die kollektiv und selbständig arbeiten und kämpfen kann, die übernommene Teilaufgaben verantwortlich erfüllt und dennoch nicht in Ressortgeist verfällt, sondern das Ganze im Auge behält – das sind Faktoren im Kampf gegen den Imperialismus und Revisionismus, die die kommunistischen Kader und die Kommunistische Partei zum wirklichen Vorbild, zur gleichzeitig bescheidenen und konsequenten Führung aller sich entwickelnden revolutionären Kämpfe machen wird.

5.

Dabei hat die Geschichte gezeigt, daß die Prinzipienfestigkeit der kommunistischen Kader im Kampf gegen den imperialistischen Terror verbunden sein muß mit der Fähigkeit, auch dem imperialistischen Zuckerbrot, der Schmeichelei und vor allem der revisionistischen Verfälschung der Ziele und Methoden der kommunistischer Linie, gerade auch im innerparteilichen Kampf, zu widerstehen, durch gewissenhaftes Studium Abweichungen zu erkennen und zu bekämpfen und den Mut zu haben, gegen die Anbetung „dessen, was ist", das heißt gegen die Strömung anzukämpfen.

6.

Im Kampf für eine kommunistische Kaderlinie sind die Überlegungen Lenins über kommunistische Berufsrevolutionäre von entscheidender Bedeutung, um den Aufbau der Kommunistischen Partei zu garantieren. Eine Partei, die eine führende Gruppe von Kadern herausbildet, die professionell für die proletarische Revolution arbeiten, die aus den Mitteln der Partei bezahlt werden, die die Kommunistische Partei vor den Angriffen des imperialistischen Staatsapparates zu schützen gelernt haben, die ideologisch und politisch geschult genügend theoretische und praktische Fähigkeit besitzen, den Kampf der gesamten Partei zu leiten, die zudem der Revolution „grenzenlos ergeben" sind, die möglichst selbst direkt aus der Arbeiterklasse kommen, die eng mit der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen verbunden sind, – mit einer solchen Kommunistischen Partei wird keine Macht der Welt fertig werden.

7.

Die Kommunistische Partei muß in ihrer Kaderlinie, das heißt bei der Aufnahme, bei der Ausbildung und beim Einsatz der Kader gemäß der konkreten Situation die grundlegenden kommunistischen Prinzipien anwenden. Das bedeutet zunächst, bei der Aufnahme neuer Kader das Prinzip „Qualität vor Quantität" zu verwirklichen, vor allem systematisch neue Kader in den Betrieben zu gewinnen. Weiter: Das Mitglied der Kommunistischen Partei soll die Grundtheorie des wissenschaftlichen Kommunismus kennen und erklären können, die Kernpunkte der Differenzen mit Revisionismus und Opportunismus nachweisen, die revolutionäre Linie durchsetzen können und die Grundregeln der Organisationsarbeit und des innerparteilichen Lebens beherrschen, gleichzeitig aber auch seine eigenen theo-

retischen und politischen Kenntnisse erweitern und an der Ausarbeitung der Theorie und der ideologischen und politischen Linie teilnehmen.

8.

Bei der Ausbildung, Erziehung und Förderung der kommunistischen Kader ist es wesentlich, die Kader wirklich in und durch die Arbeit kennenzulernen, helfend zu kontrollieren, Stärken und Schwächen zu analysieren und daran anknüpfend die einzelnen Kader zu entwickeln, damit sie selbständige führende Kader werden.

9.

Für die Ziele der Ausbildung steht an erster Stelle die Schulung des wissenschaftlichen Kommunismus, die Hilfe beim eigenständigen Studium, die Hilfe bei der Überwindung von konkreten Schwierigkeiten, das Lernen aus eigenen Fehlern und anhand der positiven und negativen Erfahrungen anderer Kader. Alle Kader müssen grundlegende Bedingungen illegaler und legaler Arbeit kennen und die entsprechenden Prinzipien und Regeln erlernen, möglicherweise diese oder jene Spezialausbildung erhalten, aber auch gleichzeitig lernen, nicht in ihrem Spezialthema zu versinken. Von ähnlich grundlegender Bedeutung ist, daß Besonderheiten neuer und alter Kader und ihre fruchtbare Zusammenarbeit, ihre Stärken und Schwächen bewußt aufgegriffen und Gegenstand der Kaderausbildung werden, um falschen Respekt vor den „Alten", bloß weil sie alt sind, ebenso wie falsche Hofierung der Jungen, nur weil sie jung sind, zu bekämpfen und die revolutionären Eigenschaften der „Alten" und „Jungen" zum entscheidenden Kriterium zu machen.

10.

Die Richtlinien für den Einsatz der Kader müssen in richtiger Weise garantieren, daß die gesamte Arbeit vorankommt und nicht gestört wird, daß spezielle Arbeitsaufträge erfolgreich durchgeführt werden, daß der einzelne Kader der Revolution ein Maximum geben kann und sich selbst auch „am richtigen Platz" fühlt. Diese Faktoren wirklich zu einem einheitlichen Ganzen zu verbinden – darin besteht die Kunst des richtigen Kadereinsatzes.

11.

Ausgangspunkt und Endpunkt einer falschen Kaderlinie ist die Auffassung, daß die Kader nicht „umfallen" können. Die Vorstellung: „Einmal guter Kommunist, immer guter Kommunist", ist zutiefst falsch und fast immer Vorbote revisionistischen Farbwechsels, da so die nötige Wachsamkeit eingeschläfert wird. Für jeden Kader besteht die Gefahr des Umfallens, des Farbwechsels; kein Kader ist frei von bürgerlicher Ideologie und Fehlern.

12.

Eine richtige Kaderpolitik geht im Gegensatz dazu (zur Vorstellung „Einmal guter Kommunist, immer guter Kommunist", A.d.R.) von dem Leitsatz aus, daß „nichts uns zu Fall bringen kann außer unsere eigenen Fehler.' Gegen die Gefahr des Farbwechsels, der Demokratisierung, Bestechung und Kapitulation, der revisionistischen Zeitzünderbomben mobilisiert die Kommunistische Partei die revolutionäre Wachsamkeit, die Erhöhung des politischen und ideologischen Niveaus, den innerparteilichen Kampf und die Kritik und Selbstkritik vor allem angesichts des revisionistischen Farbwechsels großer Kommunistischer Parteien gegen die Gefahr des Umfallens, des Farbwechsels der Leitung der Kommunistischen Partei. *

C. Kommunistische Organisation

Zur Dialektik von Inhalt und Form des Parteiaufbaus

1.

Ausgangspunkt der kommunistischen Organisationsarbeit ist die Unterordnung unter die kommunistische ideologische und politische Linie, unter den kommunistischen Inhalt der Arbeit. Die kommunistische Organisationsarbeit dient der Sicherung und Hebung der kommunistischen Bewußtheit. Sie ist der entscheidende Hebel, um die Theorie mit der Praxis zu verbinden, Beschlüsse in die Realität umzusetzen. Die Form der Kommunistischen Partei, ihre Organisation, ihr Aufbau, ist im Statut der Kommunistischen Partei fixiert.

2.

Die Verletzung der Form der kommunistischen Partei, der in ihrem Statut festgelegten Regeln und ihrer organisatorischen Beschlüsse bedeutet insofern, den Inhalt der Arbeit zu verletzen und anzugreifen. Darüber ist sich und anderen Rechenschaft abzulegen – im Bewußtsein, daß es in der Tat „so ernsthafte Verletzungen der Prinzipien" kommunistischer Inhalte geben kann, „daß der Bruch aller organisatorischen Beziehungen zur Pflicht wird" (Lenin), aber auch im Bewußtsein, daß jede andere Verletzung der kommunistischen Organisationsarbeit und Disziplin der kommunistischen Arbeit schadet.

3.

Unabhängig von der konkreten Ausformung des Statuts einer Kommunistischen Partei sind Grundprinzipien der kommunistischen Organisationsarbeit für das innere Parteileben und die praktische Parteiarbeit: straffster Zentralismus und Entfaltung der innerparteilichen Demokratie, bewußte innere Disziplin und Hebung der Bewußtheit und Aktivität der Parteimitglieder, Einheit des Willens und der Aktion bei Unzulässigkeit von Fraktionen und Gruppierungen, sorgfältige Aufnahme neuer Mitglieder und Entfernung opportunistischer Kräfte.

Parteiaufbau vor allem von oben nach unten

4.

Die Prinzipien des demokratischen Zentralismus beinhalten in mehrfacher Weise, daß und wie die Kommunistische Partei von oben nach unten aufgebaut wird. Die Zentrale der Kommunistischen Partei faßt Erkenntnisse aller Parteieinheiten zusammen und verdichtet sie zu überzeugenden Beschlüssen, wenn sie wirklich ihre Qualität beweisen kann, die Arbeit voranbringt und die gesamte Partei anlei-

*Zur Korrektur in diesem Nachdruck s.a. RF 5, S. 210

tet. Dabei muß die Zentrale sich durch Rechenschaftspflicht der Kritik „von unten" stellen, Veränderungen feststellen und berücksichtigen, um durch den Gesamtprozeß ihrer Arbeit, nicht zuletzt durch die selbstkritische Überprüfung, nicht nur formal obere Instanz zu sein, sondern wirkliches Vertrauen und begründete Autorität zu erwerben.

5.

Insbesondere bei der Aufnahme neuer Mitglieder wird klar, daß die Partei vor allem von „oben nach unten" aufgebaut wird: Die Entscheidung über die Aufnahme und ihre Bedingungen wird von der Partei und ihren Organisationen getroffen und nicht von jenen, die Mitglied werden wollen.

6.

Der Kampf gegen die Anbetung der Spontaneität ist – bei Berücksichtigung aller notwendigen Wechselwirkungen zwischen oben und unten, zwischen Parteiführung und Parteimitgliedern, zwischen der Partei und dem revolutionären Teil der Arbeiterklasse – die Basis, von der aus zu verstehen ist, daß durch umfassende wissenschaftliche kommunistische Arbeit, durch die Anwendung des wissenschaftlichen Kommunismus die Partei vor allem von oben nach unten aufgebaut, vom kommunistischen Inhalt her auch die kommunistische Form gefestigt und ausgebaut wird.

Die bewußte Disziplin

7.

Der Kampf um das richtige Verständnis bewußter kommunistischer Disziplin richtet sich gegen die Verleumdungen und Verdrehungen der imperialistischen, aber auch und gerade der revisionistischen Ideologen. Von kommunistischen Inhalten entleert, wird von diesen Verfälschern die kommunistische Disziplin ohne Zusammenhang mit den Voraussetzungen der Bewußtheit und Freiwilligkeit, der innerparteilichen Demokratie und dem innerparteilichen Kampf, ohne Zusammenhang mit den Prinzipien des demokratischen Zentralismus dargestellt. Die bloß formale, vom kommunistischen Inhalt entleerte, revisionistische Disziplin war ein wichtiger Hebel für die führenden revisionistischen Kader ehemals Kommunistischer Parteien, die gesamte Partei in ein Werkzeug der Konterrevolution zu verwandeln.

8.

Die kommunistische Disziplin entwickelt sich jedoch nicht nur auf der Basis der Freiwilligkeit, sondern vor allem durch die bewußte Aneignung der richtigen Linie und in der Einheit des Willens und Handelns in den Aktionen der Kommunistischen Partei. Die kommunistische Disziplin überprüft sich selbst anhand der Theorie und Praxis und endet bewußt dort, wo sie durch falsche Inhalte zur Phrase und Farce wird.

9.

Die kommunistische Disziplin hat eine ihrer Wurzeln in den Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen des Industrieproletariats. Das neben der ausbeuterischen unterdückerischen Seite auch existierende befreiende Element der proletarischen Lebensbedingungen, die Möglichkeit zu planmäßigem, diszipliniertem Zusammenwirken, zur Solidarität und bewußten Disziplin erleichtert dem bewußtesten und kämpferischsten Teil des Industrieproletariat das Erlernen der kommunistischen Disziplin – jener kommunistischen, proletarischen Disziplin, die revolutionär orientierten Intellektuellen gerade infolge der gesamten Lebens- und Arbeitsbedingungen so schwer nahezubringen ist.

10.

Für die kommunistische Disziplin ist das Verhältnis von kritischer Diskussion und einheitlicher Aktion eine Schlüsselfrage. Die Leninsche Formel „Einheit der Aktion – Freiheit der Diskussion und Kritik" macht deutlich, daß dort, wo die Debatte die Einheit der Aktion nachweisbar behindert, die Freiheit der Kritik eingeschränkt ist. Die konkrete Beurteilung, wann und inwiefern dies der Fall ist, insbesondere in der schwierigen Phase zwischen einem Aktionsbeschluß und der Aktion selbst, ist Sache der Mehrheit des kommunistischen Kollektivs, der Instanzen der Kommunistischen Partei. Die Überprüfung aller Beschlüsse der Kommunistischen Partei durch die Praxis, durch die Aktion selbst, durch die weitere und erneute Debatte ist dabei ein Wesenselement kommunistischer Disziplin überhaupt. Die inhaltliche Debatte über Sinn und Zweck von Beschlüssen vor ihrer Durchführung, das tiefe Verständnis der Frage „Warum?" ist für kommunistische Disziplin wesentlich.

11.

Dabei steht im Rahmen der Kommunistischen Partei und ihrer Disziplin **gleichzeitig** mit der Debatte und Kritik die rasche und genaue Durchführung der Beschlüsse im Vordergrund – für alle Bürokraten einerseits und bloße Liebhaber von Diskussion andererseits, für alle, die von revolutionärer Dialektik nichts verstehen, ist dies unvorstellbar. Die exakte Durchführung von Beschlüssen ist für alle Mitglieder der Kommunistischen Partei verbindlich – ohne jegliche „Sonderrechte".

12.

Das Verbot jeglicher Fraktionen und fraktionistischen Gruppierungen – ob sie sich selbst so nennen oder nicht – hat seinen Grund eben in der einheitlichen Disziplin der Kommunistischen Partei. Die fraktionistische Beratung auf plattformähnlichen Grundlagen statt demokratisch-zentralistisch im Rahmen des Organisationsaufbaus der Kommunistischen Partei mißachtet die innerparteiliche Demokratie und Gleichberechtigung, schließt willkürlich Kader vom Prozeß der Diskussion aus und ist Vorbote der Spaltung der Kommunistischen Partei. Die offene und öffentliche Debatte auf demokratisch-zentralistischer Grundlage ist die entscheidende organisatorische Waffe gegen alle Anzeichen von Fraktionismus. Ein gewichtiges Indiz des Fraktionismus ist die unsolidarische, nicht helfen wollende, nicht konstruktive Kritik, das „Lauern auf Fehler".

13.

Bei einer falschen Parteilinie und einer nicht oder nicht mehr am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Parteiführung werden die bewußten kommunistischen Kräfte mit den Kampfmitteln der Kritik und Selbstkritik, des innerparteilichen Kampfs und der solidarischen und überzeugenden Analyse im Rahmen des demokratischen Zentralismus ihren Kampf führen. Sie werden gründlich prüfen, ob und wieweit dieser Kampf möglich ist, um gegebenenfalls siebenmal messend und einmal abschneidend und überzeugend dokumentiert zum Ergebnis zu kommen, daß der Prozeß der revisionistischen Umwandlung der ehemals kommunistischen Organisation schon so weit vorangeschritten ist, daß sich die kommunistischen Kräfte den „ehrenvollen Ruf als Spalter und Desorganisatoren" (Stalin) verdienen müssen, um erneut den Aufbau einer wirklich Kommunistischen Partei anzupacken.

Grundlegende Organisationsprinzipien der Kommunistischen Partei

14.

Das Statut in seiner konkreten Form genau zu kennen, es gegebenenfalls auszuschöpfen, von seinen grundlegenden Prinzipien auszugehen – das ist ein Merkmal kommunistischer Organisationsarbeit. Die Frage der Mitgliedschaft orientiert sich an den drei von Lenin formulierten Bedingungen: Anerkennung des Parteiprogramms, geregelte materielle Unterstützung (Beitrag) und Mitarbeit in einer Parteiorganisation. Weitere Fragen wie Bürgschaft, Kandidatenzeit, Bedingungen für den Ausschluß und der einem Ausschluß möglicherweise vorausgehenden Maßnahmen – all das sind Fragen, die das Statut entsprechend den konkreten Bedingungen ideologischer, politischer und organisatorischer Art regelt.

15.

Ausgehend vom höchsten Organ, dem Parteitag – zwischen den Parteitagen ist das vom Parteitag gewählte ZK das höchste Organ – existiert ein System von Parteiorganisationen bis hin zu den untersten Organisationen, den Parteizellen. Im Rahmen der kommunistischen Organisationsprinzipien ist es eine Anwendung des Prinzips der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, daß sich die untere Organisation unter die Beschlüsse der oberen unterordnet, daß die jeweilige Ebene einer Parteigliederung lediglich ihrem Einflußbereich und Arbeitsgebiet entsprechend Beschlüsse fassen und durchsetzen kann, damit die Partei als einheitliches Ganzes arbeiten und kämpfen kann. Jeder Kader und jede untere Ebene der kommunistischen Organisation hat das Recht, sich unmittelbar mit Vorschlägen und Anträgen an das ZK bzw. an den Parteitag zu wenden.

16.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei ist das höchste Organ und die entscheidende Instanz, um demokratisch und zentralistisch zugleich zu lösende Konflikte auch zu lösen, grundlegend für den Zeitabschnitt bis zum nächsten Parteitag Richtlinien zu beschließen und Rechenschaft und Kontrolle über den vergangenen Zeitabschnitt abzulegen sowie die autoritativen Parteiorgane zwischen den Parteitagen zu wählen, den kommunistischen Organisationsaufbau gegebenenfalls durch Änderung des Statuts neu zu organisieren.

17.

Dabei ist die Rechenschaftspflicht und Kontrolle auf den Parteitagen und zwischen den Parteitagen im gesamten System der kommunistischen Parteiorganisation ein wesentliches Organisationsprinzip, um helfend und verbessernd möglichst direkt die Arbeit zu überprüfen und sie zum Gegenstand von Kritik und Diskussion zu machen. Durch Rechenschaftspflicht und Kontrolle wird die Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit, die persönliche Verantwortung und die Bedeutung des Kriteriums der Praxis, vor allem aber auch der kommunistische Inhalt der Arbeit gestärkt.

18.

Die umfassende Rechenschaftspflicht und Kontrolle der Arbeit von oben nach unten und von unten nach oben hat im Rahmen des kommunistischen Organisationsaufbaus ein so großes Gewicht, daß die Schaffung einer organisatorischen Instanz, einer Kontrollkommission in dieser oder jenen Form ein wichtiger Schritt ist, um zu garantieren, daß maximal die Richtigkeit der Beschlüsse und ihre Durchführung im Kampf gegen alle Tendenzen des Fraktionismus und unter systematischer Auswertung sämtlicher Kritiken und Beschwerden innerhalb und außerhalb der Partei überprüft werden – nach den Prinzipien der vollständigen Informiertheit und der strengsten Korrektheit.

Der Aufbau der Kommunistischen Partei und die Verbindung der legalen mit der illegalen Arbeit

19.

Unabhängig von dem genau zu analysierenden konkreten Zustand und der konkreten Form, in denen die Diktatur der Bourgeoisie existiert, ist in den kapitalistisch-imperialistischen Ländern die Kommunistische Partei stets von der Vernichtung durch die Diktatur der Bourgeoisie bedroht, denn die Kommunistische Partei will im Kampf für den Kommunismus ja auch den bürgerlichen Staat und die bürgerlichen Klasse zerschlagen und den Kapitalismus vernichten.

20.

Daher ist die Konspiration und die Schaffung einer illegalen Basisorganisation der Kommunistischen Partei Vorbedingung jeder anderen organisatorischen Arbeit. Ein solcher Apparat, wissenschaftlich organisiert, mit unzerschlagbarem Kern und dennoch extrem flexibel, ist die Voraussetzung ernsthafter, revolutionärer Arbeit überhaupt.

21.

Konspiration und illegale Arbeit können ein solches Gewicht haben, daß sogar bestimmte Elemente des demokratischen Zentralismus, wie die vollständige Wählbarkeit aller Funktionen, zeitweilig ausgesetzt und durch Formen der Kooptierung ersetzt werden können und müssen. In solchen begründeten Fällen der Einschränkung gewisser Elemente des demokratischen Zentralismus gilt es insbesondere, alle anderen Elemente des demokratischen Zentralismus, vor allem auch die Aktivität der Parteimitglieder, die Solidarität und die öffentliche Debatte zu forcieren.

22.

Die Kommunistische Partei prüft, wieweit kommunistische Arbeit legal durchgeführt werden kann und welche anderen Formen von legaler Arbeit im gewerkschaftlichen und demokratischen Bereich kommunistische Kader durchführen können. Die systematische Ausnutzung selbst kleinster legaler Möglichkeiten bei gleichzeitig scharfem Kampf gegen alle Tendenzen des Legalismus basiert auf der Unterordnung sämtlicher legaler Arbeit unter die Zentrale der Kommunistischen Partei, auf der Unterordnung der legalen Arbeit unter die illegale Arbeit und der ernsten Prüfung, wieweit die legale Arbeit den illegalen Apparat nicht existentiell gefährdet, sondern stärkt. Das Ziel der illegalen wie der legalen Arbeit ist die Schaffung und Verstärkung kommunistischen Masseneinflusses zwecks Vorbereitung und Durchführung der gewaltsamen proletarischen Revolution. In diesem Rahmen kommen den auf illegaler Basis organisierten Betriebszellen der Kommunistischen Partei herausragende Bedeutung zu, so wie bei der unmittelbaren Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution der Schaffung bewaffneter Kampfeinheiten der Partei entscheidende Bedeutung zukommt.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Solidarität

mit dem Hungerstreik der demokratischen und revolutionären Gefangenen des faschistischen Regimes im Iran!

50.000 offizielle Hinrichtungen seit 18 Jahren!

KAMRAN YAZDANI, DJAFAR ABBASI, ABDULREZA HAMEDI, HAMIDREZA DADASHI UND MEHRDAD WOSUGHI

wurden von den terroristischen Verhältnissen in den Gefängnissen des iranischen Staates gemordet!

Tod dem deutschen Imperialismus, Unterstützer und Drahtzieher des faschistischen Regimes im Iran!

Gegen die Strömung - Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands
Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main, Fax-Nr.: 069 – 730920

Politische Stellungnahmen
zu Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Kommunismus

von *Gegen die Strömung*

Die monatlichen Flugblätter von Januar 1989 - Dezember 1996,
Plakate des Buchladen Dimitroffs und Diskussionsbeiträge

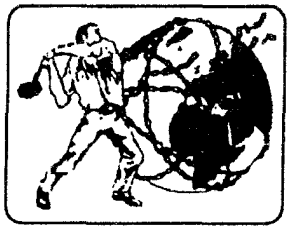
Preis:
8 DM

Preis:
10 DM

Preis:
15 DM

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

8/9 97 August/September 1997

Entlarven wir die in blutiger Tradition stehenden Europa-Pläne des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

Die deutsche „Neuordnung Europas" bekämpfen!

50.000 Menschen aus zahlreichen Ländern der EU demonstrierten im Juni in Amsterdam gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau anläßlich des Treffens der 15 Regierungschefs der EU zur Verabschiedung eines neuen EU-Vertrages. Militante Demonstrantinnen und Demonstranten wurden in massiven Polizeieinsätzen niedergeknüppelt, über 200 Personen wurden verhaftet. Angesichts von 20 Millionen sogar offiziell anerkanten Erwerbslosen und immer weiterer Verelendung in den EU-Ländern machten die Proteste in Amsterdam deutlich, daß das imperialistische Projekt eines „Vereinten Europa" von den Herrschenden auf dem Rücken und gegen die unmittelbarsten sozialen Interessen der Masse der Werktätigen durchgesetzt wird.

Mit erheblichem Medienaufwand verstehen es die Parteien, Vertreter und Propagandisten des deutschen Imperialismus in den letzten Monaten im Zusammenhang mit dem Maastricht-II-Vertrag und konzentriert auf den Euro das Projekt „Europa" einzusetzen, um die Vorherrschaftspläne des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus zu vertuschen oder gar mehr oder minder offen zu rechtfertigen. Dieses Vorgehen hat eine blutige Tradition - vom Ersten Weltkrieg über den nazistischen Krieg bis heute. Ohne Entlarvung der ideologischen Manöver der deutschen Imperialisten ist an einen wirklich erfolgreichen Kampf gegen die Europa-Pläne des deutschen Imperialismus nicht zu denken.

Die EU oder die EG ist einerseits ein zeitweiliges Abkommen der daran beteiligten europäischen Imperialisten gegen die imperialistischen Konkurrenten USA und Japan sowie der im Moment abgesteckte Rahmen für den Kampf der imperialistischen europäischen Mächte untereinander.

Die Vorbereitung und Planung imperialistischer Kriege auch zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächte läuft auf dem Boden dieses Abkommens und innerhalb dieses Rahmens auf Hochtouren - gemäß der jeweiligen Stärke der verschiedenen imperialistischen Mächte.

In jedem EU-Land wird das Projekt „Europa" andererseits auch dazu benutzt, die Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung des jeweils „eigenen" Volks bzw. der „eigenen" Völker auf die anderen europäischen Imperialisten, auf die EU zu schieben und den „eigenen" Nationalismus zu verschärfen. Insbesondere ist das Projekt „Europa" aber auch ein Mittel, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der vom Imperialismus abhängigen Länder zu verschärfen, was vor allem auch mit Hilfe des europäischen Chauvinismus – der sich vor allem im jahrhundertelang von allen Imperialisten Europas geschürten Überlegenheitswahn gegenüber den Völkern der vom Imperialismus abhängigen Länder ausdrückt – gerechtfertigt wird.

Als die stärkste europäische Macht benutzt der deutsche Imperialismus das Projekt des „Vereinten Europa" in alle Richtungen, gegen die USA und den japanischen Imperialismus, gegen den englischen, französischen und russischen Imperialismus sowie für den Ausbau einer unangefochtenen Hegemonialmacht in West- und Osteuropa, für die Planung und Vorbereitung imperialistischer Kriege und als Mittel zur verstärkten Ausbeutung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Diese Tatsache ist bei den ganzen Debatten über Funktion und Ziel des Europa-Projektes auch bei sich als links verstehender Kräfte so gut wie nie Thema.

Das Projekt „Vereintes Europa" bedeutet verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung für die Völker der vom Imperialismus abhängigen Länder!

Der deutsche Imperialismus gehört zu den größten Industriemächten der Welt. Diese Stärke nutzt er, auch mit Hilfe und Deckung der EU, um weltweit die Völker auszubeuten und finanziell zu versklaven. insbesondere auch die Völker der vom Imperialismus abhängigen Länder.

Der Kapitalexport ist eines der wichtigsten Mittel der imperialistischen Mächte zur Erzielung von Maximalprofiten durch Ausplünderung vor allem auch der unterdrückten Völker. Der deutsche Imperialismus verstärkt seine Expansion immer massiver nach dem Mittleren Osten, in die Türkei, Iran und Irak, und auch in Richtung Asien – auch mit Hilfe und unter dem Deckmantel der EU und der EG. Besondere Aufmerksamkeit widmet er dabei neben Indien und Indonesien dem „Milliardenmarkt" China. China stand 1993 an der Spitze der Länder, in die der Kapitalexport des deutschen Imperialismus floß. Gleichzeitig baut er seine Ausbeutungspositionen im nördlichen und südlichen Afrika sowie in den verschiedenen Ländern Lateinamerikas wie in Brasilien, Chile und Mexiko aus.

Der deutsche Imperialismus hat ein weltweites Netz finanzieller Abhängigkeiten gespannt. Er ist weltweit einer der größten Kreditgeber, der über seine Monopolbanken, aber auch mit Hilfe solcher imperialistischer Institutionen wie IWF, Weltbank und auch EU und WEU Milliarden Zinsen aus den Völkern vor allem auch der vom Imperialismus abhängigen Ländern herauspreßt und ihnen zugleich unterdrückerische Ausbeutungsbedingungen diktiert. Ein weiteres zentrales Mittel der imperialistischen Mächte für die Ausplünderung der Völker der Welt ist der Warenexport. Der deutsche Imperialis-

Der „Hochwassereinsatz" der Bundeswehr an der Oder: Kriegsvorbereitung!

Mit riesigem Medienaufwand und großem Spektakel wurden 10.000 Soldaten der Bundeswehr zum „Hochwassereinsatz" an die Oder verlegt, was als „Hilfsmaßnahmen für die Betroffenen" verkauft wurde. Das war jedoch nichts anders als ein weiterer Mosaikstein in den Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus, womit dieser mehrere Ziele gleichzeitig verfolgte:

- Die deutsche Bevölkerung sollte durch diesen Einsatz immer weitergehender „psychologisch" und durch „direkten Kontakt" mit der Bundeswehr „auf den Ernstfall" eingestimmt und an den offenen Einsatz der Bundeswehr auch „nach innen" gewöhnt werden. Schlagzeilen wie „Die Schlacht an der Oder" oder „Bewährungsprobe der Nation" prägten die bürgerlichen Medien tagelang. Militaristische und deutsch-nationalistische Propaganda bei gleichzeitiger antipolnischer Hetze dienten der ideologischen Einstimmung für kommende Kriegseinsätze der Bundeswehr.
- Das Bild der Bundeswehr sollte herausgeputzt werden als „Retter der Nation", nachdem in letzter Zeit Bundeswehrsoldaten vor allem als rassistische, nazistische Schläger und Brandstifter auftraten wie z.B. in Detmold. Die „Helden der Oder" wurden in militaristischem Stil gefeiert, die Propaganda für die Bundeswehr und ihre „Aufgaben" lief mehr oder weniger offen in den Medien des deutschen Imperialismus auf Hochtouren.
- Gleichzeitig war dieser Einsatz auch eine Art „Trockenübung", um die Befehls- und Kommandostrukturen der Bundeswehr zu testen.
- Nicht vergessen werden darf, daß dies der größte Truppenaufmarsch der Bundeswehr an der polnischen Grenze seit der Einverleibung der DDR war. Die Bundeswehr war durch diesen Einsatz tagelang in bisher größter Stärke direkt an die polnische Grenze vorgelagert, was auch dazu diente, zu testen, wie die „internationale Öffentlichkeit" sich verhalten würde.

Den Kampf gegen alle Formen des Militarismus, der imperialistischen Kriegsvorbereitungen und der Kriegseinsätze der Bundeswehr mit aller Kraft führen!

Beilage: Zum Proletarischen Internationalismus, aus „Rot Front", Nr. 1, Januar 1996

mus ist heute mit dem US-Imperialismus, seinem Hauptkonkurrenten, die führende Exportmacht, was ihn vor allem auch dazu befähigt, andere Länder in ökonomische Abhängigkeit zu bringen, die Ausbeutung der Völker dieser Länder immer weiter zu steigern.

Um seine imperialistischen Einflußsphären und Extraprofite in den vom Imperialismus abhängigen Ländern zu sichern, wendet der deutsche Imperialismus ein ganzes Arsenal von indirekter und direkter politischer und militärischer Unterdrückung an.

Von der Finanzierung von „fünften Kolonnen" oder faschistischen Regimes, von Waffenlieferungen wie z.B. an die Türkei oder Indonesien, über die Ausbildung und Mithilfe beim Aufbau von Polizei- und Militärapparaten reaktionärer Länder in allen Erdteilen bis zum direkten Einsatz der Bundeswehr wie z.B. in Somalia oder in Ex-Jugoslawien, je nach Nutzen unter WEU/NATO-Kommando oder nicht – der deutsche Imperialismus ist noch nie vor Krieg, Mord und Folter zurückgeschreckt, wenn es darum ging, seine Profite zu sichern.

Das Projekt „Vereintes Europa" bedeutet verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung für die europäischen Völker!

Die ganze jetzt immer mehr sich hochspielende Debatte, daß entweder bei zu schneller oder bei zu langsamer Einführung des Euro die „Bevölkerung zahlen müßte", ist auch ein Ablenkungsmanöver von den Ursachen der sich immer mehr verschärfenden Ausbeutung und Unterdrückung. So warnen beide „Seiten", die Verfechter einer möglichst schnellen Einführung des Euro und ihre „Gegner", vor den „Auswirkungen". Herzog prophezeit eine „Depression", ja droht mit einem „Rückfall in die 30 er Jahre"[1], wenn die Euro-Einführung verschoben würde. Neuman, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsminister ium, warnt, bei einer zu frühen Einführung „tragen natürlich die Bürger die Kosten".[2] Der Euro ist nicht die Ursache für die sich weiter verschärfende Ausbeutung und Unterdrückung, sondern das imperialistische System selbst. Ob mit oder ohne Euro – die Ausbeutung und Unterdrückung der Masse der Werktätigen wird sich gemäß dem Streben der Imperialisten nach Maximalprofit immer weiter verschärfen. In der gesamten Debatte um die „europäische Einigung", den europäischen Markt und die Einführung des Euro spielen auch Schlagwörter wie „Harmonisierung" und „Nivellierung der Unterschiede zwischen den europäischen Ländern" immer wieder eine wichtige Rolle.

Schaut man hinter die Fassade dieser Debatten und Schlagwörter, erkennt man, daß es dem deutschen Imperialismus darum geht, in Deutschland und in den anderen europäischen Ländern „bessere" Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse zu schaffen:

- Lohnabbau, Abbau der Sozialleistungen, Einschränkungen von erkämpften Arbeitsrechten, Einschnitte im Gesundheitssystem, weitere Erhöhung der Erwerbslosigkeit...

- Die wenigen noch verbliebenen demokratischen Rechte werden im Zuge der „europäischen Zusammenarbeit" noch mehr eingeschränkt. Insbesondere die Vereinheitlichung des Polizeirechts (EUROPOL) ermöglicht eine noch bessere Überwachung und Unterdrückung der Werktätigen, der antifaschistischen Kämpfe, der gerechten Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Europa. Das europaweite polizeiliche Informationssystem „SIS" ermöglicht es, an mehr als 30.000 Computerterminals – 9000 davon werden in Deutschland eingesetzt – auf die dort gespeicherten Daten – 4,6 Millionen Datensätze – zuzugreifen. Dies alles dient dem Polizeiapparat des deutschen Imperialismus dazu, seine Rolle als europäischer Gendarm immer besser zu erfüllen.[3]

- Abweisungen von Flüchtlingen erfolgen bereits weit vorgelagert an den europäischen Grenzen. Die Ablehnung eines Asylantrages in einem europäischen Land bedeutet gleichzeitig die Ablehnung und das Einreiseverbot für alle übrigen Länder der EG. Vor allem auch um die Abschottung Europas gegen Flüchtlinge zu forcieren, hat die BRD 60 deutsch-osteuropäische Abkommen über Polizeizusammenarbeit geschlossen, u.a. mit Polen, der Tschechischen Republik, Estland, Lettland und der Ukraine.[4]

Dies sind nur einige der gravierendsten Verschlechterungen und Verschärfungen. Sie bedeuten einen Frontalangriff auf die wirtschaftliche, soziale und rechtliche Lage der Werktätigen, der Flüchtlinge und demokratischen Bewegungen nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen Ländern Europas.

Insbesondere die Ausplünderung Osteuropas hat der deutsche Imperialismus im Konkurrenzkampf vor allem gegen den US-Imperialismus in den letzten Jahren durch Ausnutzung seiner Europa-Politik enorm gesteigert. Weltweit liegt die BRD beim Kapitalexport nach Osteuropa 1993 hinter den USA auf dem zweiten Rang. Bei den Direktinvestionen und Krediten nach Ungarn, der Tschechischen Republik und Rußland steht der deutsche Imperialismus bereits an der Spitze. Insbesondere in Polen und der Tschechischen Republik werden bereits ganze Industriebereiche vom deutschen Imperialismus beherrscht.

Der deutsche Imperialismus benutzt das Projekt „Europa" um seine Vormachtstellung gegen seine imperialistischen Konkurrenten weiter auszubauen!

In der ganzen Debatte über „Euro – ja oder nein!" ist auch immer wieder das Gejammer zu hören, der Euro würde ja die „Stellung Deutschlands" schwächen, Deutschland würde „seine starke Mark opfern" etc.[5] Ein Blick auf die wirklichen Ziele und die tatsächliche Stärke des deutschen Imperialismus zeigt:

Der deutsche Imperialismus ist eine der stärksten imperialistischen Großmächte, eine besonders aggressive imperialistische Großmacht, die den Ersten Weltkrieg ausgelöst hat und im Zweiten Weltkrieg weltgeschichtlich bisher einmalige Völkermordverbrechen begangen hat, er ist ein internationaler Ausbeuter und Unterdrücker. Für den deutschen Imperialismus sind deshalb die „Europäische Union", die Schaffung eines europäischen Binnenmarkts, die DM als Leitwährung in Europa, die Einführung des Euro, die Vormachtstellung der Deutschen Bundesbank, die aufgrund der ökonomischen Stärke des deutschen Imperialismus ob mit oder ohne Euro das europäische Währungssystems beherrscht, Mittel, um seine weltweite imperialistischen Expansionspolitik noch besser durchführen zu können. Je nach Interessenlage erfolgt dies sowohl in Zusammenarbeit als auch in Konkurrenz mit den anderen imperialistischen Mächten.

Laut bürgerlicher Ökonomen würde die Einführung des Euro den Dollar schwächen, wäre also direkt gegen den US-Imperialismus gerichtet.[6] Der Euro soll als eine Art ökonomische Zange eingesetzt werden, um die anderen Länder Europas ökonomisch immer mehr zu dominieren und damit den deutschen Imperialismus auch politisch und militärisch in der EU, in ganz Europa immer mehr Einfluß zu verschaffen,[7] was seine Positionen im imperialistischen Konkurrenzkampf gegen die USA und Japan weiter verbessern würde.

Die Europapläne des deutschen Imperialismus bedeuten imperialistischen Krieg!

Bei Diskussionen um die Einschätzung der Europa-Pläne des deutschen Imperialismus trifft man häufig auf gefährliche Illusionen, daß mit einem „Vereinten Europa" die „Kriegsgefahr" geringer würde, daß dann die „europäische Zusammenarbeit" überwiegen würde.

Lenin hat diese ganz falsche These in seiner Schrift „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa" von 1915 zerschlagen:

> **„Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wiederherzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik."**
> (Lenin, „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa", 1915, Werke Band 21, S. 344f.)

Daraus folgt keinesfalls, daß es keine zeitweiligen Abkommen zwischen verschiedenen Imperialisten geben kann, wie Lenin herausstellte (ebenda, S. 345). Abkommen werden von den Imperialisten aller Länder gegen die weltweiten revolutionären Kämpfe geschlossen, weil diese die Macht und Herrlichkeit aller Imperialisten bedrohen, aber auch zwischen diesen oder jenen Imperialisten, um sich im imperialistischen Konkurrenzkampf den „besten Platz an der Sonne" zu sichern. Jedoch sind diese Abkommen – wie z.B. auch ein „Vereintes Europa" – eben nur zeitweilig, weil sie immer wieder durch die kapitalistische Konkurrenz gesprengt werden. Aufgrund des Gesetzes der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung im Imperialismus holen die einen Imperialisten sprunghaft die anderen Imperialisten ein, ja überholen sie, was zur Notwendigkeit der periodischen Neuaufteilung der bereits aufgeteilten imperialistischen Einflußsphären aufgrund der neuen Kräfteverhältnisse durch imperialistische Kriege führt.

Gemäß diesem objektiven Gesetz arbeitet der deutsche Imperialismus fieberhaft daran, seine militärischen Positionen gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten auch mit Hilfe seines Projekts „Vereintes Europa" immer weiter auszubauen. Ganz in diesem Sinne formulierte Kohl, daß die Schaffung der „Europäischen Währungsunion" „eine Frage von Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert" sei,[8] d.h. Kohl droht seinen imperialistischen Konkurrenten offen mit Krieg, wenn sie beim Europa-Projekt des deutschen Imperialismus nicht mitspielen!

Es blieb und bleibt nicht bei dieser verbalen Drohung: Mit der „Ost- und Südosterweiterung" von EU und NATO, mit der Schaffung einer „Europäischen Schutztruppe" der WEU unter deutscher Führung soll die Stationierung von Bundeswehreinheiten in Polen, in der Tschechischen Republik, in der Slowakei, in Ungarn und anderen Ländern erfolgen, d.h. daß der direkte, auch militärische Griff nach Ost- und Südosteuropa sowie nach anderen „Euro-Regionen" konsequent vorbereitet und vorangetrieben wird. In Polen und in der Tschechischen Republik führt die Bundeswehr bereits Militärmanöver durch.

Der deutsche Imperialismus ist und bleibt, ob er dieses oder jenes imperialistische Bündnis gegen die weltweiten revolutionären Kämpfe oder gegen bestimmte imperialistische Konkurrenten innerhalb der NATO, der WEU oder der EU eingeht, ein eigenständiger Kriegsherd, der mit und gegen die anderen Imperialisten schon heute wieder direkt und offen mit seiner Bundeswehr Kriegseinsätze durchführt, wie. z.B. in EX-Jugoslawien, lokale Raubkriege gegen andere imperialistische Mächte vorbereitet und fieberhaft an der Planung und Vorberei-

Zur räuberischen und blutigen Tradition der Europapolitik des deutschen Imperialismus

Die ökonomischen, politischen und militärischen Europa-Pläne des deutschen Imperialismus waren und sind ein Kernstück des Kampfes des deutschen Imperialismus um imperialistische Einflußsphären, um Weltherrschaft gegen die anderen imperialistischen Großmächte. Die Europa-Propaganda egal welcher Form diente und dient schon immer nur als Deckmantel, um die räuberischen Ziele des deutschen Imperialismus zu verschleiern. Ein Blick in die Geschichte Deutschlands macht dies deutlich.

Bereits ***Ende des 19. Jahrhundert,*** 1890, als sich der deutsche Imperialismus gerade herausgebildet hatte, forderte ein zentrales Sprachrohr der deutschen Imperialisten, der „Allgemeine Deutsche Verband", öffentlich in seinem Organ „Alldeutsche Blätter", daß es darum gehe „die schließliche Herstellung Großdeutschlands" zu erstreben, um eine „Weltstellung" zu erlangen (2/S. 62/63). Hier war die Europa-Strategie des deutschen Imperialismus im Kern schon formuliert: Einverleibung großer Teile Europas als Sprungbrett für den Kampf des bei der kolonialen Aufteilung der Erde zu spät gekommenen deutschen Imperialismus, um neue koloniale Einflußsphären, um die Weltherrschaft.

Mit dem weiteren Erstarken des deutschen Imperialismus begann die fieberhafte Vorbereitung und Planung eines imperialistischen Raubkriegs zur Verwirklichung der Weltherrschaftsziele des deutschen Imperialismus. Darin spielten die Europa-Ziele eine entscheidende Rolle, wie sei in verschiedenen geheimen „Kriegsziel-Richtlinien" der Politiker des deutschen Imperialismus vor und während des Ersten Weltkriegs formuliert wurden: Frankreich sollten zentrale Gebiete geraubt werden, Belgien sollte Satellitenstaat, Luxemburg einverleibt werden (1/S. 217), Rußland sollte die Ukraine, Estland, Lettland und Litauen (1/S. 247), Polen das Ostseegebiet (1/S. 222), England und Frankreich sollten Kolonien geraubt werden (siehe auch:1/S. 302), ja es sollte um „die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreiches gehen" (1/S. 217).

Der besonders aggressive deutsche Imperialismus entfesselte 1914 den ***Ersten Weltkrieg,*** ein von allen imperialistischen Mächten geführter reaktionärer, imperialistischer Krieg, für die Verwirklichung seiner räuberischen Kriegsziele. Der deutsche Imperialismus ging 1918 als Verlierer aus dem Ersten Weltkrieg hervor. Doch er erholte sich nach der konterrevolutionären Niederschlagung der Novemberrevolution und der darauffolgenden Arbeiterkämpfe in Deutschland rasch und verfolgte sehr schnell wieder die „alten Ziele" in Europa. Schon 1919 propagierten Parteien und Verbände des deutschen Imperialismus (z.B.: „Deutsche Demokratische Partei", Arbeitsausschuß für Mitteleuropa) bereits wieder die Einverleibung Österreichs (1/S. 468) als ersten Schritt, ein „Großdeutschland" („freie und ungestörte Staatsbildung aller seiner Stämme (!)", 1/S. 478) eingebettet in die „Einheit Europas" (1/S. 478) zu schaffen. 1928 ist schon wieder von der „Neuordnung Europas - eine gesamtdeutsche Verpflichtung" (1/S. 548) durch die deutschen Imperialisten die Rede, der zweite Anlauf zum imperialistischen Raubkrieg, zur Weltherrschaft wurde schon jahrelang vorbereitet. Die Nazi-Partei wird mit ihren am extremsten formulierten räuberischen Zielen immer mehr zum Sprachrohr des deutschen Imperialismus. Hitler formuliert in seinem Machwerk „Mein Kampf" ganz offen: „Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein" (3/S. 22). Der „Drang nach Osten", d.h. die Eroberung und Vorherrschaft über Osteuropa und Rußland war Nazi-Programm, sowie die Ausschaltung vor allem Frankreichs und Englands und gleichzeitige Unterwerfung der anderen europäischen Länder – so sollte die Vorherrschaft in Europa durchgesetzt werden, als erste Stufe im nazistischen Programm „Erst Europa, dann die Welt" (3/S. 32).

Das deutsche Finanzkapital errichtete 1933 seine offen terroristische Diktatur, den ***Nazi-Faschismus,*** und legte die politische Vertretung seiner Interessen in die Hände der Nazis. Die „Neuordnung Europas" unter Vorherrschaft des deutschen Imperialismus - deren Bedeutung Hitler 1939 folgendermaßen einschätzte: „Es muß entschieden werden, wer in Europa dominieren wird – und damit in der Welt..."(3/S. 29) – wurde nun bestialische Realität: Völkermord an 6 Millionen Jüdinnen und Juden, an über 500.000 Sinti und Roma, nazistischer Krieg gegen die damals sozialistische Sowjetunion mit insgesamt über 20 Millionen Opfern, Einverleibung der von den Nazis überfallenen europäischen Länder in das Nazi-Reich oder Gründung von Satellitenstaaten, koloniale Ausbeutung der von den Nazis besetzten Ländern, hunderttausendfache Sklavenarbeit, das System von KZ- und Vernichtungslagern – die Nazis verübten Verbrechen in bisher nicht bekannter Dimension.

Die wirkliche und die von den Nazis geplante Propaganda zu ihren räuberischen Zielen in Europa erinnert in vielem an die heutige Propaganda des deutschen Imperialismus, ja teilweise werden die gleichen Begriffe und Manöver benutzt: So wurde von Daitz, Leiter der Abteilung Außenhandel in der Nazi-Partei, propagandistisch „Europa den Europäern" gefordert (1/S. 630). 1936 wurde „eine Zentralstelle für europäische Großraumwirtschaft" errichtet, es ging um die Schaffung einer „europäischen Währungsunion", es wurde von „kameradschaftlicher Zusammenarbeit" der europäischen Länder gefaselt (1/S. 630). Auch die Schaffung eines „europäischen Zahlungssystems auf der Grundlage der Reichsmark" war 1940 ein Nazi-Ziel. (Briefwechsel Funk-Göring, 1/S. 756)! 1943 wurden Propaganda-Pläne entworfen für einen „europäischen Staatenbund" (Auswärtiges Amt, 1/S. 957), der angeblich „allen Europäern" nützen solle.

Die Europa-Pläne der deutschen Imperialisten heute, auch die zur Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, stehen also in einer langen räuberischen und blutigen Tradition, die ihren bisherigen Höhepunkt im nazistischen Krieg und Völkermord fand.

Quellen:

1. Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945 – eine Dokumentensammlung, hrsg. von R. Opitz. Bonn 1994

2. W. von Goldenach/H.R. Minow. „Deutschtum erwache!" – Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus. Berlin 1994

3. R. Giordano. Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte. Berlin 1990

Wie sich die Europa-Propaganda der Nazis und der heutigen Propagandisten des deutschen Imperialismus gleicht!

„...nur von Europa sprechen"

*„Wenn wir den europäischen Kontinent wirtschaftlich führen wollen,...so dürfen wir aus verständlichen Gründen diese nicht als eine **deutsche Großraumwirtschaft** öffentlich deklarieren. Wir müssen grundsätzlich immer nur von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, technischen Schwergewicht und seiner geografischen Lage."*
(Denkschrift von Werner Daitz betr. die Errichtung eines Reichskommissariats für Großraumwirtschaft, 31.5.1940)

„Darüber sollten wir nicht zu laut reden..."

„Außerdem wird übersehen welchen politischen Einfluß Deutschland in Europa hat. Darüber sollten wir nicht zu laut reden..."
(Lammers, Außenpolitischer Sprecher der CDU, „Die Zeit", 5.9.97)

tung eines imperialistischen Krieges zur Neuaufteilung der Einflußsphären unter den imperialistischen Großmächten arbeitet. Um so weitergehender der deutsche Imperialismus seine Europa-Pläne durchsetzen kann, desto mächtiger er also wird, desto größer wird die imperialistische Kriegsgefahr, die vom deutschen Imperialismus ausgeht.

Varianten des deutschen Chauvinismus

Die Strategen des deutschen Imperialismus wissen genau, daß zur ideologischen Bearbeitung der Bevölkerung nicht allein ein einziger Trick, eine einzige Art der Demagogie genügt. Der deutsche Imperialismus verfügt über verschiedene Abteilungen für seine Propaganda, die verschiedene Teile der Bevölkerung ansprechen und verschiedenartig betrügen. Daraus darf jedoch nicht geschlußfolgert werden es gebe sozusagen „Zwei Fraktionen": die „Deutsch-Nationalen" und die „Deutsch-Europäer". Die deutsch-chauvinistische Propaganda ist keineswegs gepachtet von Nazis und der CDU/CSU, sondern wird durch alle Reihen der politischen Parteien des deutschen Imperialismus von CDU, FDP, SPD, GRÜNE und der PDS ins Felde geführt. Die Pro-Europa-Propaganda ist keineswegs beschränkt auf die Bonner Parteien. Die offenen Nazi-Parteien geben sich auch „europäisch" und beschwören in der Tradition des Nazi-Faschismus die „Neuordnung Europas unter Führung Deutschlands".

Was verschieden ist, ist lediglich die Form und auch der Zeitpunkt, wann mal dieses Manöver von jener Abteilung oder das andere von einer anderen Abteilung eingesetzt wird – eben entsprechend ihren verteilten Rollen. Die Propagandisten des deutschen Imperialismus vertreten beide Positionen je nach Kalkül, ja sie setzen beide Manöver oftmals kombiniert ein, beide Manöver gehen ineinander über. Schon morgen kann im Konkurrenzkampf z.B. mit den französischen Imperialisten die deutsch-chauvinistische Variante in den Vordergrund rücken kann, der „Alleingang Deutschlands", der „deutsche Sonderweg" gegen „Brüssel" beschworen werden, um übermorgen wieder die „deutsch-europäische Variante" in den Vordergrund rücken zu lassen – je nach den Interessen und Notwendigkeiten der Ziele des deutschen Imperialismus.

Deutscher Chauvinismus (I): „Erst Deutschland...."

Das demagogische Kapital der Propaganda der deutsch-nationalistischen Variante in der Euro-Debatte ist es, alle Verschlechterungen der sozialen Lage für die Werktätigen in Deutschland der EG anzuhängen, nach dem Motto, an dem Abbau der Sozialhilfe, des Erwerbslosengeldes ist „Brüssel", ist die „Einführung des Euro" schuld, die Ursache liege „im Ausverkauf deutscher Interessen". Es wird die „deutsche Volksgemeinschaft", der Mythos eines Gegensatzes zwischen dem „deutschen Volk" und anderen Völkern beschworen, um in nazistischer Tradition die eigentliche Ursache für die Verschlechterung der Lage, die Diktatur der Bourgeoisie und die Herrschaft des Kapitalismus, zu verschleiern und den Ausweg in imperialistischer Aggression zu propagieren.

So bezeichnet z.B. Augstein, der „Spiegel"-Herausgeber, in antifranzösischer Hetze indirekt den Euro als „französisches Projekt", „einen Trick der Franzosen", ja die EG als „eine Art Agentur von Paris". Er behauptet, der Euro würde „Deutschland schwächen".[9] Eine „Initiative Pro-D-Mark" nimmt gegen den Euro Stellung, indem sie behauptet, „gutes Geld wird durch schlechtes ersetzt" und „wir alle müssen es mit höheren Zinsen, mehr Inflation und weiterem Arbeitsplatzabbau bezahlen".[10]

Deutscher Chauvinismus (II): „Wir sind die besten Europäer"

Das demagogische Kapital der Euro-Verfechter ist es, unter dem Motto „Wir sind Europäer" die Einführung des Euro für „Europa" als angeblich „notwendig" hinzustellen, um in Konkurrenz zu Japan und den USA „bestehen" zu können, was auch „Deutschland auf lange Sicht gesehen nütze". Lammers, außenpolitischer Sprecher der CDU, propagiert unter der Losung „Wir Europäer", daß das „Projekt Europa" „am meisten Deutschland zugute kommt, ökonomisch wie politisch" und:„Wir brauchen Europa wie die Luft zum Atmen."[11] IG-Metall-Chef Zwickel bringt es im Namen seiner imperialistischen Herren auf den Punkt: Euro und „Binnenmarkt" müssen helfen, „unsere Stellung im globalen Wettbewerb zu stärken".[12]

Die revanchistischen Vorherrschaftsziele des deutschen Imperialismus werden hinter gesamteuropäischen Phrasen vom „Haus Europa", vom „Europa der Regionen", in dem „Grenzen keine Rolle mehr spielen" usw. versteckt. Mit diesen Manövern werden mehrere Ziele verfolgt.

Mit dieser scheinbaren Abgrenzung vom deutschen Chauvinismus, vom offen nazistischen „Deutschtum", soll Sympathie bei den gefühlsmäßig gegen die Nazis eingestellten Teilen der Bevölkerung geweckt werden, um sie so für die Europapläne des deutschen Imperialismus zu gewinnen. Unter dieser Flagge soll auch international das berechtigte Mißtrauen der anderen Völker gegen ein Europa unter der Führung des deutschen Imperialismus „entkräftet" werden. Joschka Fischer von Bündnis 90/Die Grünen signalisiert diesen Aspekt: der Euro werde gebraucht, aus „Angst vor Deutschland".[13]

Es wird von der „besonderen Verantwortung der Deutschen aus der Geschichte in einem geeinten Europa" gefaselt, um die weitere Machtausdehnung des deutschen Imperialismus in Europa und weltweit zu tarnen.

Am europäischen Chauvinismus wird angeknüpft, wenn gegen die angebliche „Flüchtlingsflut aus Afrika und Asien" der „Ausbau der Festung Europa unter deutscher Führung" propagiert wird, um das „europäische Abendland zu retten".

Bei allen Varianten der Demagogie – das Ziel ist dasselbe: Durchsetzung der Pläne des deutschen Imperialismus, die unterdrückten Völker, die Völker Europas verstärkt auszuplündern, zu unterdrücken und zu beherrschen, die Werktätigen im eigenen Land verstärkt auszupressen und die Position im Kampf gegen die anderen imperialistischen Großmächte um die Neuaufteilung der Einflußsphären zu stärken.

Für den proletarischen Internationalismus! Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Die Antwort und die Perspektive der kommunistischen Kräfte, der Arbeiterbewegung in Deutschland, kann angesichts dieser vielfältigen Herausforderungen nur sein: Verstärkter Klassenkampf nicht unter „deutschen" Parolen, nicht „europäische Einigung", sondern bewußt gegen alle Spielarten des Nationalismus und Chauvinismus, Seite an Seite mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder gegen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung, gegen den imperialistischen Krieg.

Dieses zutiefst internationalistische Prinzip der Arbeiterbewegung gilt keinesfalls ausschließlich oder auch nur vorrangig in Europa. Das muß betont werden angesichts verschiedener, sich selbst als links begreifender Kräfte, die die Formel „Zuerst Europa, dann der Rest der Welt" auf ihre Art und Weise aufgenommen haben.

Der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter, sei es z.B. im Iran oder in Südafrika, ist Teil des internationalen Klassenkampfes gegen das internationale Kapital. Er ist Teil des allgemeinen Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder, die sich nicht verstärkt ausbeuten und unterdrücken lasse n wollen. Er ist Teil des Kampfes der kommunistischen Kräfte, der Arbeiterklasse eines jeden Landes für die Grundideen des wissenschaftlichen Kommunismus: Errichtung eines proletarischen Staates zur Unterdrückung der Ausbeuter und aller Reaktionäre auf den Trümmern des zerschlagenen alten, bürgerlichen Staatsapparats, eines Staates, der die umfassendste Demokratie, die sozialistische Demokratie, für die Millionenmassen der ehemals Ausgebeuteten verwirklicht: die Diktatur des Proletariats; Enteignung der Fabrikbesitzer, aller Banken, aller Besitzer von Produktionsmitteln, die andere Menschen ausbeuten, um eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen als Voraussetzung für den Aufbau des Kommunismus, einer Gesellschaft ohne Staat, ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Es gilt die vom Imperialismus geschürte Mentalität der „Überlegenheit der Europäer", den europäischen Chauvinismus, zu bekämpfen – gerade auch innerhalb der Arbeiterbewegung in Deutschland!

Es ist wahr und unbestreitbar: Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Länder Europas werden gegen einander ausgespielt – dagegen muß mit dem Prinzip der internationalen Solidarität vorgegangen werden. Und die Arbeiterinnen und Arbeiter der europäischen Staaten werden seit Jahrhunderten nicht nur gegeneinander, sondern auch gegen die Völker der vom Imperialismus abhängigen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ausgespielt. Der von den Imperialisten und Reaktionären aller Länder Europas geschürte Überlegenheitswahn gegenüber diesen kolonialistisch ausgebluteten Völkern, die heute weiter durch neokoloniale Methoden (Kredite, Rohstoffausbeutung etc.) ausgebeutet und unterdrückt werden, sitzt sehr tief gerade auch in der Arbeiterklasse der europäischen Länder.

Diese Erscheinung hat auch einen materiellen Grund: Aus der Masse der riesigen Extraprofite, vor allem aus der Ausbeutung dieser Völker, konnte und kann das Kapital hier in Europa durchaus einige „Milliönchen" abzwacken, um eine Oberschicht der Arbeiterklasse zu bestechen, eine Arbeiteraristokratie heranzuzüchten. Diese Arbeiteraristokratie ist ein wesentlicher Träger reaktionärer Ideologie, der imperialistischen Faustformel:„Die Ausbeutung anderer Völker nutzt uns allen."

Aus all diesen Gründen – und die Arbeiteraristokratie ist gerade für ein Land wie Deutschland eine typische, am DGB-Apparat direkt nachweisbare Erscheinung – muß die Europa-Kampagne des deutschen Imperialismus umfassend bekämpft werden. Es gibt keine „besondere Rolle" der europäischen Arbeiterinnen und Arbeiter. Was es gibt, ist die Notwendigkeit der ganz besonderen Solidarität der deutschen Arbeiterklasse mit allen vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völker, mit den kämpfenden Volksmassen in Peru und der Türkei, mit den Arbeiterinnen und Arbeiter in Süd-Korea, Thailand und Indien, um nur einige zu nennen.

Die Vorherrschaftspläne des deutschen Imperialismus in Europa entgegenzutreten, heißt auch, solidarisch den Kampf der werktätigen Massen in Spanien und Portugal, in Dänemark, Belgien, Norwegen und den Niederlanden usw. zu unterstützen, ihren Kampf als wichtige Unterstützung im Kampf gegen den „eigenen" Imperialismus und gegen das imperialistische Weltsystem zu betrachten. Der Kern ist:

Die Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland dürfen sich in keiner Frage vor den Karren des deutschen Imperialismus spannen lassen. Sie müssen gegen jede Verschlechterung ihrer Lage durch die Europa-Pläne des deutschen Imperialismus eintreten, jede Beteiligung an seinen Raubzügen, seinen Kriegseinsätzen und kommenden imperialistischen Raubkriegen ablehnen und mit aller Kraft bekämpfen.

Es gilt, dem europäischen Chauvinismus und auf dieser Grundlage vor allem mit aller Kraft dem deutschen Chauvinismus – eine der gefährlichsten Waffen des deutschen Imperialismus – den erbitterten Krieg zu erklären! Es gilt, den Klassenkampf auf allen Gebieten zu entfalten - Schulter an Schulter mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder!

Quellen:

1) Spiegel 8/97, S. 22
2) ebenda, S. 28
3) „Tatort Europa", Bonn 1997, S. 7
4) ebenda, S. 25/26
5) Spiegel 8/97, S. 28
6) Süddeutsche Zeitung, 4.9.97
7) Die Zeit, 5.9.1997
8) Spiegel 8/97, S. 22
9) Spiegel, 27/1997, S. 28, Spiegel 32/97, S. 34
10) Spiegel, 33/97, S. 183
11) Die Zeit, 5.9.1997
12) Die Zeit, 20.6.97
13) FAZ, 28.7.97

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mitttwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

Zur Diskussion gestellt:

Kritische Anmerkung zum Flugblatt: "Die deutsche Neuordnung Europas bekämpfen!" (8-9/97)

In dem Abschnitt unter der Überschrift "Varianten des deutschen Chauvinismus" ist Euch ein Fehler unterlaufen, der Verwirrung stiften kann:

Es geht hier um die 2 Varianten des deutschen Chauvinismus in der "Euro-Debatte", die im folgenden auch einzeln abgehandelt werden unter "Deutscher Chauvinismus (I): 'Erst Deutschland...'", wo dann die deutsch-nationalistische Variante beschrieben wird, die Deutschland im Alleingang und gegen Brüssel propagiert.

Dann "Deutscher Chauvinismus (II): 'Wir sind die besten Europäer'", wo es um den deutsch-europäischen Chauvinismus geht, der Deutschland als stärkste und bestimmende Nation in Europa zum Ziel hat.

Im ersten Abschnitt (allgemeiner Teil: "Varianten des deutschen Chauvinismus") aber, der die zwei unterschiedlichen Varianten kurz anreißen soll, ist aber von der "deutsch-chauvinistischen" einerseits und der "deutsch-europäischen" andererseits die Rede. (S. 3, Spalte 2, Absatz 2) Das macht keinen Sinn, denn deutsch-chauvinistisch sind beide, sie sind eben Spielarten. Hier ist die deutsch-nationalistische verlorengegangen bzw. ersetzt worden.

Aufkleber

Drei grundlegende Aspekte des Proletarischen Internationalismus:

Für die weltweiten Ziele des Kommunismus, gegen den europäischen und gegen den deutschen Chauvinismus

Die Gründe für die Anwendung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus und davon ausgehend für die Analyse der internationalen Lage können und müssen in Deutschland in dreifacher Hinsicht zusammenhängend erklärt und propagiert werden:

★ Der proletarische Internationalismus ist Maxime für die revolutionäre Bewegung in jedem Land, er gilt für die Arbeiterklasse aller Länder. Begründet ist dies im Ziel der proletarischen Weltrevolution, dem Weltkommunismus.

★ Der proletarische Internationalismus legt zusätzlich besondere Verpflichtungen im Kampf gegen den Chauvinismus in imperialistischen Großmächten auf, insbesondere hier gegen den europäischen Chauvinyismus. Die Ursache dafür liegt in der Spaltung der Welt in eine Handvoll imperialistischer Großmächte auf der einen Seite und den Völkern der vom Imperialismus abhängigen und kolonial beherrschten Länder auf der anderen Seite.

★ Der proletarische Internationalismus legt vor allem auch besondere Verpflichtungen im Kampf gegen den deutschen Chauvinismus auf, die sich aus der Geschichte, Gegenwart und Zukunft Deutschlands ergeben.

Der proletarische Internationalismus und das Ziel des Kommunismus

Der Chauvinismus und Nationalismus, die angebliche Interesseneinheit mit den eigenen Ausbeutern, die Überheblichkeit gegenüber dem "Rest der Welt" sind ein tödliches Gift, das jegliche revolutionäre Entwicklung unmöglich macht, auch und gerade in den Reihen der Arbeiterklasse.

Der Aufruf von Marx und Engels: ***„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"*** ist Ausdruck des zutiefst ***internationalen*** Charakters des Kommunismus. Dieser Aufruf bedeutet nicht, die Besonderheiten seines Landes zu ignorieren und den eigenen historisch gewachsenen, hauptsächlichen Kampfschauplatz im eigenen Land zu verleugnen. Vielmehr steckt in diesem Aufruf die praktische Konsequenz, daß - über alle nationalen Besonderheiten hinaus - der Kapitalismus ein Weltsystem geworden ist, das nur gemeinsam vom Proletariat aller Länder weltweit ***endgültig*** durch den Sieg des Weltkommunismus vernichtet werden kann.

Dieser Aufruf beinhaltet auch die wesentliche Erkenntnis, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder untereinander ***solidarisch*** sein müssen: Der Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Kampf für die Schaffung des Sozialismus und Kommunismus ist in jedem Land ein Kampf Schulter an Schulter mit dem Proletariat aller Länder.

Bei der genaueren Betrachtung und Bewertung der Kräfte der proletarischen Weltrevolution ist es also von größter Wichtigkeit, zunächst die ***Einheit des Proletariats aller Länder,*** die Hegemonie des Weltproletariats überhaupt, geführt von einer starken, organisierten kommunistischen Weltbewegung, als Ausgangspunkt zu verstehen. Deshalb sagt Lenin:

> **„Es gibt nur *einen* wirklichen Internationalismus: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes *im eigenen* Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) *eben eines solchen Kampfes,* eben einer solchen Linie und *nur einer* solchen *allein* in ausnahmslos *allen* Ländern."**
> (Lenin, „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution", 1917, Werke Band 24, S. 60)

Das Proletariat jedes Landes muß die Interessen der Revolution im „eigenen" Land unbedingt dem Prozeß der proletarischen Weltrevolution unterordnen, sich vor allem von den Interessen der proletarischen Weltrevolution leiten lassen. Die Richtlinie für die revolutionären Kräfte in jedem Land ist daher:

> **„... sich nicht im Interessenkreis ‚ihres' Landes, ‚ihrer' Heimat, ‚ihres' Proletariats abschließen, sondern im Gegenteil, unter Berücksichtigung der Verhältnisse und der Lage ihres eigenen Landes, die Interessen des internationalen Proletariats, die Interessen der Revolution in den anderen Ländern zum Angelpunkt machen, das heißt wenn sie ihrem Wesen, ihrem Geiste nach internationalistisch sind, wenn sie ‚ein Höchstmaß dessen durchführen, was in einem' (dem eigenen) ‚Lande *für* die Entwicklung, Unterstützung, Entfachung der Revolution *in allen Ländern* durchführbar ist.' (siehe Lenin ‚Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky')".**
> (Stalin, „Über die politische Strategie und Taktik der russischen Kommunisten", 1921, Werke Band 5, S. 68 f.)

In der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution ist es unerläßlich, die Weiterentwicklung des Marxismus, die Theorie des Leninismus im Kampf für die proletarische Revolution zur Richtschnur zu nehmen. Die Verwirklichung des proletarischen Internationalismus erfordert deshalb, die nach wie vor gültige Losung von Marx und Engels „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" und die vom Leninismus in der Epoche des Imperialismus um das Bündnis mit den unterdrückten Völkern erweiterte Losung „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!" in die Tat umzusetzen.

Der proletarische Internationalismus und der Kampf gegen den europäischen Chauvinismus

Grundlegende Voraussetzung für die Vorbereitung und Durchführung der Revolution in einem jeden Land ist die Erziehung zum festen Bündnis zwischen dem Proletariat der herrschenden Nationen und den Volksmassen der unterdrückten Nationen. Der Schwerpunkt der proletarisch-internationalistischen Erziehung muß hier wie da gegen den „eigenen" Chauvinismus und Nationalismus gerichtet sein.

Stalin stellte den Kommunisten der Unterdrückernationen die Aufgabe

> **„eines hartnäckigen, ununterbrochenen, entschlossenen Kampfes gegen den Großmachtchauvinismus der ‚Sozialisten' der herrschenden Nationen ... , die nicht gewillt sind, gegen ihre eigenen imperialistischen Regierungen zu kämpfen, nicht gewillt sind, den Kampf der unterdrückten Völker ‚ihrer' Kolonien für die Befreiung von der Unterdrückung und für die staatliche Lostrennung zu unterstützen.**
>
> **Ohne diesen Kampf wäre es undenkbar, die Arbeiterklasse der herrschenden Nationen im Geiste des wahren Internationalismus, im Geiste der Annäherung an die werktätigen Massen der abhängigen Länder und der Kolonien, im Geiste der wirklichen Vorbereitung der proletarischen Revolution zu erziehen."**
> (Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus", 1924, Werke Band 6, S. 129 f.)

Der europäische Chauvinismus drückt sich insbesondere in dem von den Imperialisten aller Länder Europas geschürten Überlegenheitswahn gegenüber den unterdrückten und ausgebeuteten Völkern der kolonialen und abhängigen Länder aus, der gerade auch in der Arbeiterklasse der europäischen Länder sehr tief sitzt.

In europäisch-chauvinistischer Manier wird Europa als „Nabel der Welt" hingestellt, werden die imperialistischen Gemetzel der „eigenen" europäischen Mächte in den Kolonien und abhängigen Ländern ignoriert bzw. verharmlost und nationale Befreiungskriege der unterdrückten Völker „vergessen" oder sogar als „unmöglich" erklärt. Diesen Varianten des europäischen Chauvinismus muß im Sinne Lenins der Krieg erklärt werden:

„In Europa herrschte Frieden, aber er wurde erhalten, weil die Herrschaft der europäischen Nationen über Hunderte Millionen Bewohner der Kolonien nur vermittels ständiger, ununterbrochener, niemals abreißender Kriege ausgeübt wurde, die wir Europäer nicht als Kriege betrachten, weil sie allzu häufig nicht Kriegen, sondern eher einem bestialischen Gemetzel, der bestialischen Ausrottung wehrloser Völker ähnelten."
(Lenin, „Krieg und Revolution", 1917, Werke Band 24, S. 398)

Und weiter schreibt Lenin:

„Aber das, was wir Europäer, imperialistische Unterdrücker der Mehrzahl der Völker der Welt, mit dem uns eigentümlichen, niederträchtigen europäischen Chauvinismus ‚Kolonialkriege' nennen, das sind oft nationale Kriege oder nationale Aufstände von Seiten dieser unterdrückten Völker."
(Lenin, „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution", 1917, Werke Band 23, S. 73)

Im Kampf gegen jeglichen europäischen Chauvinismus gilt es herauszustellen:

Jede Abteilung der proletarischen Weltrevolution muß ihren eigenen, in gewissem Sinne „entscheidenden" Beitrag zum Fortgang der Weltrevolution leisten:

das Proletariat der imperialistischen Länder als Kämpfer an der inneren Front des Imperialismus, wobei jeder Sieg in einem dieser Länder eine gewaltige Unterstützung für die unterdrückten Völker darstellt;

das Proletariat und die unterdrückten Völker an der äußeren Front des Imperialismus - einer wesentlichen Quelle seiner Extraprofite, der materiellen Basis der Arbeiteraristokratie -, deren Kampf sicherer Garant für das Versiegen der Reserven des Weltimperialismus ist, wobei jeder ihrer Siege eine gewaltige Unterstützung für den Kampf des Proletariats der imperialistischen Länder darstellt.

Jede dieser Kräfte hat ihre besonderen Möglichkeiten entsprechend ihrem Kampfabschnitt. Hieraus folgt jedoch keinesfalls die besondere Hervorhebung einer dieser Kräfte auf Kosten der anderen: keine kann die Befreierin der anderen sein. Notwendig ist die Propagierung des Bündnisses all dieser Kräfte, die zusammenwirken und für den vollen Sieg der proletarischen Weltrevolution und den Aufbau des Weltkommunismus kämpfen müssen.

Ohne die Bildung und Festigung einer gemeinsamen revolutionären Front ist der Sieg der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern und die Befreiung der unterdrückten Völker vom Joch des Imperialismus ***unmöglich.***

Proletarischer Internationalismus bedeutet Solidarität in ***Wort und Tat.*** Es muß bewußt sein: diejenige Kommunistische Partei in einer Unterdrückernation,

„die in Worten Feind des Imperialismus ist, in Wirklichkeit jedoch in ‚ihren' Kolonien keinen revolutionären Kampf zum *Sturz* ‚ihrer' Bourgeoisie führt, die überall bereits begonnene *revolutionäre* Arbeit in den Kolonien nicht systematisch unterstützt, dorthin keine Waffen und keine Schriften für die revolutionären Parteien in den Kolonien bringt, ist eine Partei von Lumpen und Verrätern."
(Lenin, „Über die Aufgaben der III. Internationale", 1919, Werke Band 29, S. 497)

Der proletarische Internationalismus und der Kampf gegen den deutschen Chauvinismus

Der Kampf für den proletarischen Internationalismus, für den Weltkommunismus, wie er in jedem Land der Welt geführt werden muß und der besondere Kampf gegen den europäischen Chauvinismus sind grundlegend, aber ganz und gar nicht ausreichend. Den proletarischen Internationalismus unter den Bedingungen Deutschlands anwenden, erfordert auf all diesen Grundlagen vor allem mit ganzer Kraft den deutschen Chauvinismus zu bekämpfen!

Wir leben, arbeiten und kämpfen in Deutschland. Der deutsche Imperialismus ist eine imperialistische Großmacht und beutet nicht nur Arbeiterinnen und Arbeiter hier aus - einschließlich der über vier Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, die aus Not ihre Heimatländer verlassen haben -, nein, er tritt, gestützt auf den deutschen Staatsapparat, in allen fünf Erdteilen als Ausbeuter und Unterdrücker, als Drahtzieher der Errichtung offener Militärdiktaturen, kurz: als Blutsauger der Völker auf.

Er versucht nicht ohne Erfolg, durch eine ganze Kette aufeinander abgestimmter Maßnahmen die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung an sich zu binden, die auf die mehr oder weniger offen ausgesprochene imperialistische Faustformel hinauslaufen: „Die Ausbeutung anderer Völker bringt auch den deutschen Werktätigen Nutzen." Der deutsche Imperialismus versucht diese Bindungen zu verstärken, vor allem durch real existierende Vergünstigungen für ***alle*** Werktätigen, die nur durch die Ausbeutung anderer Völker möglich werden. In erster Linie aber wird eine besondere Schicht in der Arbeiterklasse, die ***Arbeiteraristokratie,*** vom deutschen Imperialismus ***bestochen,*** die wesentliche soziale Basis, wesentlicher Hebel dafür ist, daß der deutsche Imperialismus in der ganzen Arbeiterklasse deutschen Chauvinismus verbreiten kann.

Der deutsche Chauvinismus in Theorie und Praxis hat wesentliche Besonderheiten, die erkannt und herausgearbeitet werden müssen, um den Kampf gegen eine der gefährlichsten ideologischen Waffen des deutschen Imperialismus wirklich siegreich führen zu können. Marx und Engels haben in ihren Schriften immer wieder die besondere Ausprägung des deutschen Nationalismus und Chauvinismus herausgearbeitet und in seinen verschiedenen Formen bekämpft.

Sie betonten in ihrer Kampfschrift „Die deutsche Ideologie":

„Wenn die nationale Borniertheit überall widerlich ist, so wird sie namentlich in Deutschland ekelhaft..."
(Marx/Engels, „Die deutsche Ideologie", 1845, Werke Band 3, S. 458)

Wie ein tiefes Studium der Geschichte zeigt, spielte der deutsche Nationalismus seit seiner Geburtsstunde eine besonders reaktionäre Rolle.

Engels stellte als einen der ideologischen Kernpunkte des deutschen Chauvinismus heraus:

„Ihre (der Chauvinisten, A.d.V.) ganze Weltanschauung war philosophisch bodenlos, weil nach ihr die ganze Welt um der Deutschen Willen geschaffen war und die Deutschen selbst die höchste Entwicklungsstufe längst gehabt hatten."
(Engels, „Ernst Moritz Arndt", 1841, Marx/Engels Werke Ergänzungsband Zweiter Teil, S. 121)

Die deutsch-chauvinistische These, daß die „Deutschen das höchste Volk auf Erden" seien, daß deshalb „am deutschen Wesen die Welt genesen" müsse, wurde vom deutschen Imperialismus weiter ausgebaut, auf die Spitze getrieben und der jeweiligen Situation angepaßt propagiert.

Es gelang den deutschen herrschenden Klassen immer wieder, vor allem auch durch eine widerliche und besonders aggressive, gegen andere Völker gerichtete deutsch-chauvinistische Propaganda, die werktätigen Massen an sich zu ketten, in Raubkriege zu hetzen und große Teile für die Unterstützung ihrer Verbrechen zu gewinnen, wie im Ersten Weltkrieg unter der Parole der „Vaterlandsverteidigung". Im nazistischen Raubkrieg schließlich konnte der deutsche Imperialismus mit seinem Chauvinismus und Rassismus einen noch nie dagewesenen Masseneinfluß erreichen.

Der deutsche Imperialismus hat in der Zeit des Nazifaschismus Verbrechen von bisher noch nicht gekannter Dimension begangen. Die Tradition der millionenfach eingeimpften deutschen Überheblichkeit, die in der Nazi-Ideologie kulminierte, wird tagtäglich geschürt. Unter solchen Umständen ist eine „rein deutsche" Perspektive nicht nur engstirnig, sondern vor allem Widerspiegelung der deutschen imperialistischen Herrenmenschen-Ideologie: der deutsche Chauvinismus muß zerschlagen werden!

Der tiefgehende Kampf gegen den deutschen Chauvinismus, der Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland ist ***unmöglich*** ohne die vorrangige Unterstützung gerade der revolutionären Bewegungen in den vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Ländern, beides ist unmöglich ohne festes Bündnis gerade mit diesen, den deutschen Imperialismus und seine Macht untergrabenden revolutionären Kräften.

Neben dem Ziel des Sturzes der Herrschaft des Kapitals und schließlich seiner restlosen Enteignung hier in Deutschland gehört zur unmißverständlich klaren programmatischen Aussage der proletarischen Revolution in Deutschland die Feststellung, daß sämtliche deutsche Kapitalien in anderen Ländern den Völkern dieser Länder gehören. Dazu gehört darüber hinaus, daß die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, die deutschen Werktätigen mitverantwortlich für die Verbrechen des deutschen Imperialismus sind. Schon Marx und Engels haben für das sozialistische Proletariat des damaligen Deutschland klar formuliert, daß jede zukünftige Regierung des siegreichen Proletariats seine Herrschaft weder ausüben noch festhalten kann,

„ohne die Ungerechtigkeiten wiedergutzumachen, die ihre Amtsvorgänger gegen andre Nationen begangen."
(Engels, „Der Sozialismus in Deutschland", 1891, Marx/Engels Werke Band 22, S. 253)

(Auszug aus der Resolution „Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution", aus „Rot Front", Nr. 1, Januar 1996)

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Einverleibung der DDR 1989:

ein neues Kapitel der verbrecherischen Geschichte des deutschen Imperialismus!

Durch den gewaltigen Etappensieg, den der deutsche Imperialismus mit der Einverleibung der DDR errungen hat, ist der deutsche Imperialismus heute keineswegs zufriedengestellt oder gar weniger gefährlich geworden. Die Geschichte des räuberischen deutschen Imperialismus ist ein Beisplel dafür, wie die Einverleibung anderer Gebiete nur den Appetit der Imperialisten steigert. Seine großen Erfolge haben den deutschen Imperialismus nur noch beutegieriger und agressiver gemacht!

Er kann heute mit gewachsener Stärke die Völker der Welt immer massiver mit neuen Kriegen bedrohen und die anderen imperialistischen Großmächte im Kampf um Einflußsphären militärisch immer weitergehender herausfordern!

Der deutsche Imperialismus bedroht die Völker der Welt mit imperialistischen Kriegen!

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

Die deutsche „Neuordnung Europas“ bekämpfen!

Ob „Euro“ oder D- Mark - das Projekt „Vereintes Europa” bedeutet für die Völker der Welt verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung sowie imperialistische Raubkriege!

Entlarven wir die in blutiger Tradition stehenden Europa-Pläne des deutschen Imperialismus!

W die Europa-Propaganda der Nazis und der heutigen Propagandisten des deutschen Imperialismus gleicht!

„nur von Europa sprechen“

„Wenn wir den europäischen Kontinent wirtschaftlich führen wollen,...so dürfen wir aus verständlichen Gründen diese nicht als eine **deutsche** Großraumwirtschaft öffentlich deklarieren. Wir müssen grundsätzlich immer nur von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, technischen Schwergewicht und seiner geografischen Lage.“
(Denkschrift von Werner Daitz, Leiter der Abetilung Außenhandel in der Nazi-Partei, betr. die Errichtung eines Reichskommisariats für Großraumwirtschaft, 31.5.1940)

„Darüber sollten wir nicht zu laut reden...“

„Außerdem wird übersehen welchen politischen Einfluß Deutschland in Europa hat. Darüber sollten wir nicht zu laut reden....“
(Lammers, Außenpolitischer Sprecher der CDU, „Die Zeit“, 5.9.1997)

Kampf dem europäischen und deutschen Chauvinismus!

Wann darf ein Polizist „Mörder“ genannt werden?

Deutscher Polizist erschoß den sechzehnjährigen

Halim Dener

beim Kleben von Plakaten für den kurdischen Befreiungskampf

Deutsches Gericht spricht Todesschützen frei!*

Vor 30 Jahren, am 2.Juni 1967 wurde Benno Ohnesorg von dem deutschen Polizisten Karl-Heinz Kurras erschossen. Auch dieser Polizist wurde freigesprochen, weil er sich unter einem „vorübergehenden psychologischen Ausnahmezustand“ befunden habe. Er wurde niemals wegen der Erschießung von Benno Ohnesorg bestraft.

* Der Polizist feuerte den Schuß auf Halim Dener am 1. Juli 1994 aus 10 cm Entfernung ab. Das Gericht bescheinigte ihm „Streß“, um zu erklären, wie der Polizist „unbemerkt“ und „unbeabsichtigt“, wie er behauptete, den Abzug mit einer Zugkraft von 4,3 kg betätigen konnte.

Die Bundeswehr: Eine Armee in der Tradition der Nazi-Wehrmacht und des deutschen Militarismus und Revanchismus

Die Bundeswehr: Aufgebaut von SS-Mördern und Generälen der verbrecherischen Nazi-Wehrmacht

So wie in der Wirtschaft und dem westdeutschen Staatsapparat - von der Politik, Justiz, bis hin zur Verwaltung, Schule und Polizei - wurde auch die Bundeswehr fast ausschließlich von alten Nazi-Offizieren der SS und der Wehrmacht aufgebaut, die ihren Eid auf Adolf Hitler nie gebrochen und dem Nazi-Faschismus bis zuletzt „treu gedient" hatten.

Schon die ersten Berater der Regierung Adenauer in Militärfragen waren hohe Offiziere der Nazi-Wehrmacht.

Genannt seien z.B. ***Hans Speidel,*** ehemaliger General der Nazi-Wehrmacht, erster Befehlshaber der Bundeswehr in den 50er und 60er Jahren; ***Adolf Heusinger,*** ehemaliger General der Nazi-Wehrmacht, neben Speidel erster Befehlshaber der Bundeswehr und ab 1957 erster Generalinspekteur; ***Friedrich Foertsch,*** Oberstleutnant der Nazi-Wehrmacht, einer der Befehlshaber beim Überfall auf Jugoslawien und beteiligt an der Zerstörung Leningrads sowie unzähliger weiterer sowjetischer Städte und Dörfer, nach 1945 Generalleutnant der Bundeswehr und zeitweise Generalinspekteur.

Sie nahmen an den Verhandlungen über die Remilitarisierung Westdeutschlands mit den Westmächten teil und betrieben im 1950 eigens dafür eingerichteten „Amt Blank", dem Vorläufer des 1955 offiziell gebildeten Bonner Kriegsministeriums, die organisatorischen Vorbereitungen für den Aufbau und die offizielle Gründung der Bundeswehr.

Und dies alles sind keine „Einzelfälle": Im Jahre 1958 stammten 12.900 Offiziere der Bundeswehr aus der deutschen Nazi-Wehrmacht. Auch wenn diese personelle Kontinuität nicht das einzige und auch nicht das ausschlaggebende Beweismittel ist dafür, daß die Fäden der deutschen Geschichte nicht durchgeschnitten wurden, so ist sie doch ein anschauliches zusätzliches Argument.

Doch selbst in seinen Gesetzen machte der westdeutsche Imperialismus von Anfang an klar, daß er die Bundeswehr als Fortsetzer der faschistischen Nazi-Wehrmacht begreift. Im Wehrpflichtgesetz von 1956 wurde ausdrücklich festgelegt, daß auf „militärisch-fachliches Können aus der Vergangenheit zurückzugreifen" ist (§ 54) und daß die Soldaten der früheren „Wehrmacht" entsprechend ihrem letzten Dienstgrad eingezogen werden (§ 36). Selbst ehemalige Mitglieder der in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen von 1946 eindeutig als verbrecherische Organisationen eingestufte nazifaschistische SS, einschließlich der Verbände der Waffen-SS wurden entsprechend ihrem früheren Dienstgrad in die Bundeswehr übernommen!

Die Bundeswehr: Auch ideologisch in der Tradition der Nazi-Wehrmacht und des deutschen Militarismus und Revanchismus

Auch all das militaristisch-nazistische Gedankengut, die ideologische Vorbereitung für einen neuen Raubkrieg wurde gepflegt und fortgesetzt.

Zwar faselte z.B. der ehemalige Inspekteur der Bundeswehr Baudissin von der „Gnade des Nullpunktes", womit er demagogisch jegliche Verbindung zur Nazi-Wehrmacht ebenso wie jegliche Schuld oder Verantwortung für deren Verbrechen leugnete. Doch von Anfang an ließen führende Militärs wie z.B. der ehemalige Offizier der Nazi-Wehrmacht im „Rußlandfeldzug", Ausbilder der Panzergrenadiere und späteren Brigadegeneral der Bundeswehr Heinz Karst, keinen Zweifel daran, welche Traditon die Bundeswehr fortsetzt. Karst, der die Bundeswehr nacht 1945 an führender Stelle wieder aufbaute und schließlich General des Erziehungs- und Bildungswesens wurde, verkündete als Gründungsmitglied des erzreaktionären rechten „Studienzentrums Weikersheim", in dessen Präsidium u. a. auch der berüchtigte Nazi-Richter und ehemalige badend-würtembergische Ministerpräsident Filbinger sitzt und das sich 1986 u. a. auf mehreren Offizierstagungen der „Geschichte und Tradition in der Bildung der Bundeswehroffiziere. Problem: Deutsche Wehrmacht" angenommen hat:

> *„Die Kernfrage ist daher und bleibt, wie die Bundeswehr sich zur Wehrmacht stellen soll, in der die Väter dienten, eine Bundeswehr, deren Gründer Soldaten der Wehrmacht waren. Wir können und müssen die Reichswehr und Wehrmacht daher in die Traditionspflege der Bundeswehr einbeziehen, soweit der Verfassungsauftrag das zuläßt."*
> *(„Bundeswehr im geschichtlichen Niemandsland?", Studienzentrum Weikersheim, 1986, S. 41)*

Heute hat in der Bundeswehr eine Generation von Militärs das Sagen, die unter dem Motto „Unsere Väter waren keine Verbrecher!" die barbarischen Verbrechen der Nazi-Wehrmacht reinwaschen will, ihre Rolle als Instrument des Nazifaschismus und des deutschen Finanzkapitals zur Durchführung seiner Weltherrschafts- und Völkermordpläne leugnet, eine Generation, die die „Traditionspflege" (die „soldatischen Leistungen" und „beispielhafte Disziplin") beschwört und die Schlachten und Manöver des Zweiten Weltkrieges durchstudiert, um es beim dritten Mal "besser" zu machen.

Auch ein Blick auf die Benennung der Bundeswehrkasernen ist in dieser Hinsicht sehr aufschlußreich: Nicht nur, daß die Bundeswehr an das reaktionäre Preußentum (siehe „Preußen-Kaserne" in Schleswig) anknüpft, nicht nur, daß darin ganz offen die revanchistischen Ansprüche der deutschen Imperialisten zum Ausdruck kommen (siehe z.B. die „Ostpreußen-Kaserne" in Homburg für die angeblich „verlorenen Ostgebiete", sprich polnisches Staatsgebiete oder auch die „Ostmark-Kaserne" in Weiden zur Unterstreichung der revanchistischen Bestrebungen der deutschen Imperialisten für die Eingliederung Österreichs „heim ins Reich"). Darüber hinaus propagiert die Bundeswehr auch Hitlers Mustergenerale als Vorbild. Ein Beispiel ist die Eduard-Dietl-Kaserne in Füssen. Dietl war ein Nazi der ersten Stunde, schon 1920 am Kapp-Putsch und 1923 an Hitlers Putschversuch beteiligt. Im Zweiten Weltkrieg führte er als Wehrmachtsgeneral seine Nazi-Truppen bis vor Murmansk.

Kampf der Bundeswehr auf der Straße, in der Kaserne und im Betrieb!

Der heutige Kommandeur der Dietl-Kaserne hält diesen Prototyp des Nazi-Offiziers für ein „gutes Beispiel für soldatische Tugenden" (siehe FR vom 14.7.92) Kriegsminister Rühe begründet die Kasernenbenennung mit der „Würdigung der unbestrittenen Leistungen" des Nazi-Generals Dietl (Kriegsminister Rühe in einem Brief an Inge Aicher-Scholl, FR vom 8.6.94).

Dietl ist kein „Einzelfall": Mit der Benennung von Kasernen nach ***Ludwig Kübler*** (General der Nazi-Wehrmacht, *Befehlshaber der „Operationszone adriatisches Küstenland"*, 1947 in Jugoslawien als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt), ***Willhelm von Leeb*** (Herresgruppenchef bei der Aggression gegen die Sowjetunion), ***Hasso von Manteuffel*** (Befehlshaber der Division „Großdeutschland"), ***Wolfram von Richthofen*** (Stabschef der „Legion Condor", die im spanischen Bürgerkrieg die baskische Stadt Guernica zerbombte) u.v.a.m. stellt sich die Bundeswehr bewußt in die Tradition der Nazi-Wehrmacht und verkauft Raubkrieg und Völkermord als „soldatische Tugend".

Ungebrochene Tradition: Reaktionäres Preußentum, Nazifaschismus und deutscher Imperialismus in einer Linie

Die Rehabilitierung der Nazi-Wehrmacht und der Mörder der Waffen-SS durch Bundeskanzler Kohl bei seinem Besuch des Soldatenfriedhofes in Bitburg 1985, die Verbeugung Kohls fünf Jahre später vor dem Leichnam des Preußenkönigs Friedrich II. in Potsdam unter dem Aufmarsch einer Ehrenwache der Bundeswehr sind zwei bezeichnende Beispiele für die ungebrochene Tradition des westdeutschen bzw. heute wieder deutschen Imperialismus.

Symbolisch sollte damit vor aller Welt dokumentiert werden, daß mit der „Bewältigung" der verbrecherischen deutschen Vergangenheit endlich Schluß sei und besonders die Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg aus der Geschichte gestrichen werde. Zugleich beinhaltete dies auch eine unverhüllte Drohung des deutschen Imperialismus an die Völker, daß der Faden seiner verbrecherischen Tradition nicht durchgeschnitten ist, sondern daß er die Weltgeschichte im Geiste des reaktionären Preußentums und des Nazifaschismus fortschreiben will.

Die ideologische Einstimmung der eigenen Bevölkerung auf die Kriegsziele und Methoden des preußischen Königs, der bewußte Rückgriff auf die angeblich „großen Führer" in der Geschichte Deutschlands ist ein wesentlicher Bestandteil der Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus. Der Militarismus, der den deutschen Imperialismus heute und in seiner Geschichte besonders prägt, geht vor allem zurück auf das reaktionäre Preußentum.

Das Preußentum steht für Annexionskriege, für *großmachtchauvinistische* Überheblichkeit, für brutale Unterdrückung und Ausplünderung anderer Völker, für die Herrschaft der Militärclique, die dem ganzen Staatsleben ihren Stempel aufdrückt, für kastenmäßige Arroganz und schrankenlose Willkür des feudalen Junkertums, für kleinliche Bevormundung und Unterdrückung durch den polizeilich-bürokratischen Apparat einerseits und die sklavische Dienstbeflissenheit des preußischen Bürgers. Die „preußischen Tugenden", der militärische Geist des „blinden Gehorsams" lebt heute in der Bundeswehr des deutschen Imperialismus verstärkt wieder auf. Die Bundeswehr gab 1986 zum 200. Todestag des Kriegsverbrechers Friedrichs II eine Broschüre heraus mit dem Titel „Friedrich der Große" (Schriftenreihe „Innere Führung, Beiheft 4/86 zur Information für die innere Truppe"), in der es heißt: „Vieles aus diesen militärischen Schriften kann zeitlose Gültigkeit beanspruchen"(ebda, S. 9).

Die Würdigung des reaktionären Preußentums zeigt, welch bedeutenden Stellenwert es für die deutschen Imperialisten und ihr ideologisches Selbstverständnis hat, insbesondere für das Militär und die Kriegsvorbereitung. Wie ihre preußischen und nazifaschistischen Ahnherren wird die deutsche Bourgeoisie nicht zögern mit dem Einsatz ihrer Bundeswehr für die Niederschlagung des revolutionären Befreiungskampf der Arbeiterklasse, für Raubkrieg und Völkermord gegen andere Völker.

Auszug aus dem Flugblatt von „Gegen die Strömung", September/Oktober 1995
„Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Bosnien!"

GEGEN DIE STRÖMUNG

Die Bundeswehr - mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

Aufbau der Bundeswehr in der Tradition der verbrecherischen Nazi -Wehrmacht!

„Allgemeine Ausnahmegenehmigung für das Überspringen von Dienstgraden durch Soldaten."

Der Bundespersonalausschuß hat in seiner Sitzung am 7. August 1956 beschlossen (Beschluß Nr. 383/56):

Auf Grund des § 21 Absatz 4 Satz 2 des Soldatengesetzes (SG) vom 19. März 1956 (BGBl. I S. 114) wird für die Festsetzung des Dienstgrades bei der Ernennung zum Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit (§ 40 Absatz 2 SG) eine allgemeine Ausnahme von der Vorschrift des § 21 Absatz 4 Satz 2 SG mit der Maßgabe zugelassen, daß

a) die Ernennung mit einem Dienstgrad in der Bundeswehr dem innegehabten Dienstgrad oder Amt

1. im Beamtenverhältnis der früheren Wehrmacht,
2. im Polizeivollzugsdienst,
3. im Zollgrenzdienst,
4. im Reichsarbeitsdienst,
5. in der Waffen-SS

entspricht oder nicht um mehr als einen Dienstgrad darüber liegt,

b) die Ernennung mit einem Dienstgrad in der Bundeswehr der vergleichbaren Ausbildung und Tätigkeit als deutscher Angehöriger einer „Dienstgruppe" der alliierten Streitkräfte entspricht.

Als Vergleichsmaßstab gilt

1. für die Beamten der früheren Wehrmacht (außer Ingenieurkorps der Luftwaffe), das Polizeivollzugsdienstes und des Zollgrenzdienstes die Einreihung in die Besoldungsgruppen der Reichsbesoldungsordnung A und B, wobei Zwischengruppen, die für Soldaten nicht vorgesehen sind, der nächsthöheren vergleichbaren Besoldungsgruppe zugerechnet werden;
2. für die früheren Beamten des Ingenieurkorps der Luftwaffe (Besoldungsordnung 1) die Tabelle der Anlage D zu § 65 G 131;
3. für die Angehörigen des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes die Tabelle der Anlage C zu § 35 Absatz 2 G 131,
4. für die Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS nachstehende Tabelle.

Vergleichbare Dienstgrade der Waffen-SS

SS-Mann	
Stafelmann	Grenadier
Stafelanwärter	
SS-Sturmmann	Gefreiter
SS-Rottenführer	Obergefreiter
SS-Unterscharführer	Unteroffizier
SS-Scharführer	Stabsunteroffizier
SS-Oberscharführer	Feldwebel
SS-Hauptscharführer	Oberfeldwebel
SS-Sturmscharführer	Stabsfeldwebel
SS-Standartenjunker	Fähnrich
SS-Unterstarmführer	Leutnant
SS-Obersturmführer	Oberleutnant
SS-Hauptsturmführer	Hauptmann
SS-Sturmbannführer	Major
SS-Obersturmbannführer	Oberstleutnant"

Bei der Bewilligung der Ausnahme zu Buchstabe a Nr. 3 hat sich der Bundespersonalausschuß die Grundsätze in Abschnitt B III Nr. 2 und 3 der Richtlinien des Personalgutachterausschusses für die Streitkräfte vom 13. Oktober 1955 für die Prüfung der persönlichen Eignung der Soldaten vom Oberstleutnant an abwärts zu eigen gemacht.

+ Ministerialblatt des Bundesministers für Verteidigung, Bonn 1.9.56, Nr. 1

Offizielle Bekanntmachung zur Wiederverwendung der SS-Offiziere vom 1.9.1956

Im Wehrpflichtgesetz von 1956 wurde ausdrücklich festgelegt, daß die Soldaten der Nazi-Wehrmacht entsprechend ihrem früheren Dienstgrad eingezogen werden (§36). Selbst ehemalige Mitglieder der nazifaschistischen SS, einschließlich der Waffen-SS, wurden entsprechend ihrem früheren Dienstgrad in die Bundeswehr übernommen!

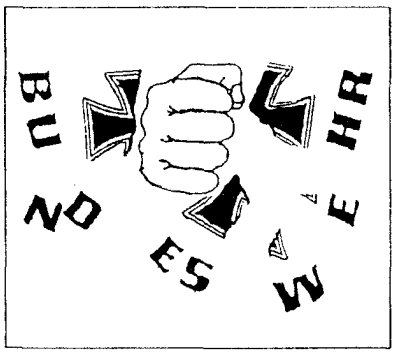
Die Bundeswehr ist Angriffsarmee nach außen und Bürgerkriegsarmee nach innen!

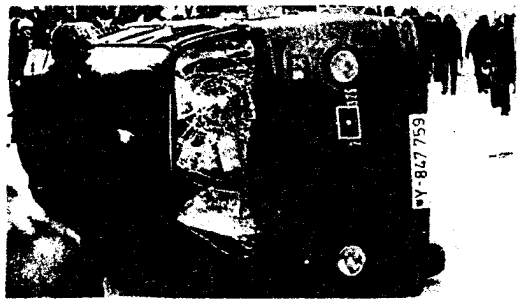
Dritter Anlauf zur Eroberung der Weltherrschaft:

"...nach außen gilt es, etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind:... zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht."
(Außenminister Kinkel, FAZ, 19.3.1993)

Bundeswehrtruppen marschieren durch eine westdeutsche Fabrik!

Kampf der Bundeswehr auf der Straße, in der Kaserne und im Betrieb!





Militanter Kampf gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung in Bremen 1980!

Dieses Plakat kann bestellt werden bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main, FAX-Nr.: 069/730920

Publikationen von „Gegen die Strömung" zum Kampf gegen die Bundeswehr

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

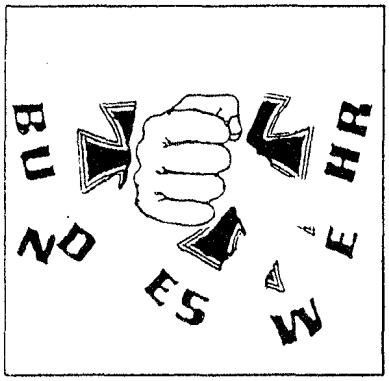
GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Nr. 60 Oktober 1992 4,- DM

Die Bundeswehr -

mörderische Maschinerie des west/deutschen Imperialismus



—Militarisierung in allen Lebensbereichen — Waffenexporte — Einsätze im Ausland — Die Bundeswehr als Bürgerkriegsarmee — Schießbefehl der Bundeswehr —Ungebrochene Tradition zur Naziwehrmacht— Die Bundeswehr und Karl Marx -

Aus dem Inhalt:

Aufbau der Bundeswehr in der Tradition der nazifaschistischen Wehrmacht und des deutschen Militarismus

Der westdeutsche Staatsapparat - von Nazi-Faschisten aufgebaut und durchsetzt 5

Aufbau der Bundeswehr durch Generäle und Offiziere der verbrecherischen Nazi-Wehrmacht 8

Die Bundeswehr steht auch ideologisch in der Tradition der Nazi-Wehrmacht und des deutschen Militarismus 10

Ungebrochene Tradition: Reaktionäres Preußentum, Nazifaschismus und west/deutscher Imperialismus in einer Linie 12

Wichtige Beispiele des militanten antimilitaristischen Kampfs der letzten 10 Jahre in Westdeutschland

Der Kampf gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung der Bundeswehr in Bremen 1980 17

Kampf gegen den Bau der Startbahn West - Startbahn für den Krieg 18

Wackersdorf 1986 - Kampf gegen die Atomwaffenfabrik 18

Die Rolle der Bundeswehr als Instrument des west/deutschen Imperialismus heute

Militarisierung in allen Lebensbereichen 23

Die Bundeswehr als Angriffsarmee für den Krieg nach außen 28

Weltweite Einsätze der Bundeswehr und des BGS - eine längst gängige Praxis 29

Der große Bluff mit der Abrüstung 33

Die Bundeswehr als Bürgerkriegsarmee nach innen 36

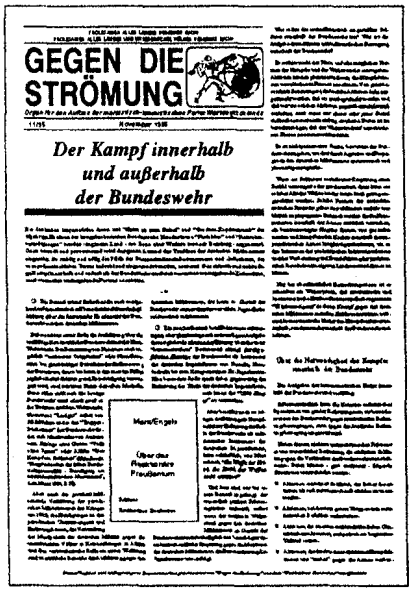
Die Bundeswehr - mörderische Kriegsmaschinerie des west/deutschen Imperialismus

(Flugblatt von "Gegen die Strömung", August 1992)

Betrug - eine der wichtigsten Waffen imperialistischer Kriegsführung 40

Die Bundeswehr - Werkzeug der imperialistischen Aggression und der Konterrevolution 42

Die Bundeswehr und Karl Marx 43


GEGEN DIE STRÖMUNG

Der Kampf innerhalb und außerhalb der Bundeswehr

GEGEN DIE STRÖMUNG

Die Rekrutenvereidigung der Bundeswehr in Berlin bekämpfen!

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:
Mittwoch bis Freitag 16.30 – 18.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:
Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Eine ausgewählte Sammlung in zwei Teilen von Publikationen des WBK

„Westberliner Kommunist“ Flugblätter und Artikel 1975 – 1995

Teil I
1975 - 1982

508 S.
Preis: 60 DM

„Westberliner Kommunist“ Flugblätter und Artikel 1975 – 1995

Teil II
1983 - 1995

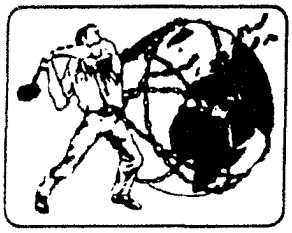
523 S.
Preis: 60 DM

Bestellungen und Abonnements:

* Buchladen Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main
* Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

10/11 1997 | Oktober/November 1997 | 2 DM

Vor dreißig Jahren wurde Che Guevara von den Schergen des Imperialismus im Kampf ermordet!

Kampf um das revolutionäre Erbe Ernesto Che Guevaras!

Che Guevara, zunächst führend an der Vorbereitung und Durchführung der Revolution in Kuba beteiligt, dann Industrieminister nach dem Sturz des Batista-Regimes, entschied sich mitten in der weltweiten Auseinandersetzung über den friedlichen oder „nichtfriedlichen" Weg der Revolution im Geist des proletarischen Internationalismus in anderen Ländern, ab 1966 in Bolivien, an der Vorbereitung und Durchführung des *bewaffneten Kampfes gegen den Imperialismus* und die einheimische Reaktion teilzunehmen. In diesem Kampf wurde er am 9. Oktober 1967 ermordet. Sein Name steht bei allen ehrlich kämpfenden Kräften für die Entscheidung, sich am bewaffneten Kampf der Völker der Welt gegen den Imperialismus zu beteiligen.

Doch seine fehlende bzw. nicht eindeutige Haltung zum revisionistischen, konterrevolutionären 20. Parteitag der KPdSU dient auch heuchlerischen, revisionistischen Kräften vor allem nach seinem Tod dazu, *versöhnlerische Positionen* zu stabilisieren, den praktischen und theoretischen Kampf gegen den modernen Revisionismus einzuschränken oder als „Spaltung" zu verleumden. Eine solidarische, aber auch kritische Analyse seines Werkes muß im Dialog mit den kommunistischen Kräfte der ganzen Welt begonnen werden.

Schaut man sich das öffentliche Spektakel an, das angesichts des dreißigjährigen Todestages von Che Guevara hier und in den meisten anderen Ländern des imperialistischen Weltsystems veranstaltet wird, so muß folgendes herausgestellt werden:

■ Seine heutigen imperialistischen und revisionistischen „Verehrer", die sein Bild mystisch verklären, hätten Che Guevara angeekelt, denn er kämpfte für die Diktatur des Proletariats und eine selbstkritische Kommunistische Partei, für die bewaffnete sozialistische Revolution und den proletarischen Internationalismus mit kommunistischer Moral!

■ Offen reaktionäre Kräfte wollen Che unschädlich machen, indem sie ihn mit heuchlerischem Lob überschütten, um ihn damit seiner revolutionären Grundhaltung zu berauben.

■ Die Revisionisten und Opportunisten nutzen es aus, daß Che zwar in vielerlei Hinsicht inhaltlich, nicht aber direkt und öffentlich mit dem modernen Revisionismus, angeführt von der KPdSU seit dem 20. Parteitag 1956, gebrochen hat.

■ Gruppen mit kleinbürgerlichem Konzept sind nicht in der Lage, wirklich zu studieren, was Che gesagt hat, kritisch seine Theorie und Praxis auszuwerten, da sie Ches Praxis gegen die Aufgabenstellung des Aufbaus einer revolutionären Kommunistischen Partei wenden.

In dieser Situation ist das wirkliche Studium und die Analyse der Fakten nötig. Dort, wo keine Klarheit vorhanden ist, muß dies offen zugegeben, muß die Diskussion weitergeführt werden. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht.

☆☆☆

Erinnern wir uns: Auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 gelang den modernen Revisionisten unter Führung Chruschtschows der entscheidende Durchbruch, um in allen grundlegenden Fragen des Klassenkampfes die kommunistischen Prinzipien zu revidieren: Statt der gewaltsamen Revolution wurde der „friedliche parlamentarische Weg" zum Sozialismus propagiert, anstelle des proletarischen Internationalismus wurde die „friedliche Koexistenz" mit kapitalistischen Staaten zum Grundprinzip der Außenpolitik der revisionistischen Sowjetunion erklärt. Der 20. Parteitag der KPdSU besiegelte drei Jahre nach Stalins Tod den Machtantritt des modernen Revisionismus, den Sieg der Konterrevolution in der ehemals sozialistischen Sowjetunion. Die revisionistischen Verräter in allen anderen Kommunistischen Parteien witter-

Zur Quellenlage und zur Problematik der Übersetzung der Schriften von Che Guevara

Wer die Originalschriften Che Guevaras auf deutsch studieren will, steht angesichts der Fülle von Sammelbänden, Zusammenstellungen und „Ausgewählten Werken" Che Guevaras vor einigen Problemen. Zum einen: Es ist unklar, welche Reden oder Schriften Che Guevaras noch zu seinen Lebzeiten in der heutigen vorliegenden Form von ihm selbst redigiert wurden und damit als authentisch angesehen werden können. Zum anderen weichen zumindest die Reden und Schriften Ches in der neunbändigen spanischsprachigen Ausgabe des revisionistischen kubanischen Kulturministeriums (Havanna 1977), in der zweibändigen Ausgabe „Obras Escogidas 1957 - 1967" (Havanna 1991) und mit dem 664 Seiten umfassenden Sammelband „Ernesto Che Guevara - Obra Revolucionaria" (Hrsg. R. F. Retamar, Mexiko 1968) mit den verschiedenen ins Deutsche übersetzten Veröffentlichungen (z.B. Pahl-Rugenstein 1997, Wagenbach 1967 usw.) so erheblich voneinander ab- teilweise fehlen in der kubanischen Ausgabe von 1977 ganze Sätze, die in mehreren deutschen Übersetzungen wiederum gleichlautend „übersetzt" (?) wurden -, daß nicht einmal klar ist, was Fälschung und was Original ist.

Auch die Auswahl und Zusammenstellung der Schriften ist oft charakteristisch. Auf Deutsch sind wohl die „Ausgewählten Werke in Einzelausgaben" in sechs Bänden vom DKP-nahen Pahl-Rugenstein-Verlag am verbreitetsten. Die darin veröffentlichten Artikel „fußen", wie es in der „Editorischen Notiz" des Herausgebers H.-E. Gross heißt (Siehe Band 1 der „Ausgewählten Werke", S. 215), auf der Version der Artikel der neunbändigen kubanische Ausgabe. Dieses „Fußen" ist sehr großzügig aufgefaßt, wie der Kasten „Che Guevaras falsche Haltung zur Rolle der Frauen im bewaffneten Kampf", auf S. 15 zeigt.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist hierbei von Bedeutung: Die Art und Weise, wie mit Übersetzungen umgegangen wird, das Gewicht, das auf die ideologische, politische und theoretische Qualität der Übersetzungen gelegt wird, ist bezeichnend und läßt klare Rückschlüsse auf diejenigen zu, die dafür verantwortlich sind. Hinter den im Deutschen vorliegenden verschiedenen Fassungen, den Übersetzungsunterschieden, stecken nicht selten inhaltlich unterschiedliche Positionen. Ein Beispiel: Eingehend auf den „friedlichen Weg" der Revolution heißt es in Che Guevaras „Botschaft an die Völker der Welt" vom April 1967:

> **„Es ist absolut richtig, jedes unnütze Opfer zu vermeiden. Deshalb ist es so wichtig, Klarheit zu schaffen (span: esclarecimiento, A.d.Ü.) über die tatsächlichen (span: efectivo, A.d.Ü.) Möglichkeiten, die das abhängige Amerika hat, um sich auf friedlichem Wege zu befreien."**
> *(Che Guevara, „Mensaje a los pueblos del mundo a través de la Tricontinental", Escritos y Discursos, Havanna 1977, S. 368. Gleichlautend in: „Obras Escogidas 1957-1967", Havanna 1991, S. 595 und „Ernesto Che Guevara - Obra Revolucionaria", Mexiko 1968, S. 648, eigene Übersetzung)*

Hier geht es Che eindeutig darum, daß Klarheit (span.: esclarecimiento) geschaffen wird, daß die Illusionen überwunden und bekämpft werden im Hinblick auf den angeblich friedlichen Weg, daß die Anhänger des parlamentarischen, gewaltlosen Übergangs zum Sozialismus sich doch bitte mal überlegen mögen, welche tatsächlichen (span.: efectivas), realen Möglichkeiten es für den sogenannten „friedlichen Weg" eigentlich gibt. In der verfälschten Übersetzung von H.-E. Gross liest sich dieser Abschnitt folgendermaßen:

Fortsetzung S.2

Beilage: **Ein Dokument der Solidarität mit Vietnam von Che Guevara: Botschaft an die Völker der Welt: „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!" (April 1967)**

Forstetzung von S. 1

„Es ist absolut richtig, jedes unnütze Opfer zu vermeiden. Deshalb ist es so wichtig, die effektiven (!) Möglichkeiten auszumachen, die das abhängige Amerika hat, um sich auf friedlichem Weg zu befreien."
(Che Guevara, „Botschaft an die Völker der Welt", Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 226)

Dies ist eine revisionistische Verfälschung, die den angeblich möglichen „friedlichen Weg" plausibel machen soll. Mehr noch, es wird Che Guevara in den Mund gelegt, es sei wichtig, die wirksamen, die erfolgreichen, eben die effektiven Möglichkeiten für den friedlichen Weg „herauszufinden", zu „suchen", „auszumachen". Tatsächlich hat er in den spanischsprachigen Ausgaben genau das Gegenteil gesagt.

Wir haben uns angesichts unserer geringen Kräfte beim Vergleich der verschiedenen vorliegenden spanischen und deutschen Fassungen der Schriften Che Guevaras auf die politisch brisanten Passagen - beispielsweise seine Äußerungen über den bewaffneten Kampf und den „friedlichen Weg" - beschränkt. Die im Flugblatt zitierten deutschen Übersetzungen wurden in erster Linie mit der neunbändigen kubanischen Ausgabe von 1977, dann auch mit der zweibändigen kubanischen Ausgabe von 1991 sowie mit dem mexikanischen Sammelband von 1968 verglichen. Für ein weitergehendes Studium der Schriften Che Guevaras sind natürlich in erster Linie die Originalschriften notwendig, beispielsweise aus kubanischen Zeitschriften, die noch zu Lebzeiten Che Guevaras erschienen sind, aber auch Übersetzungen in andere Sprachen sind hilfreich. Bei schwerwiegenden inhaltlich Abweichungen haben wir eine eigene Übersetzung der entsprechenden Textpassage vorgenommen und diese als solche gekennzeichnet. Bei weiteren inhaltlichen Entstellungen haben wir zu der uns vorliegenden Übersetzung entweder in einer Anmerkung kommentiert oder das betreffende Wort auf spanisch in Klammer hinzugefügt.

Verwendete Quellen:

Ernesto Che Guevara, Obra Revolucionaria, Mexiko 1968, Hrsg. R.F. Retamar

Ernesto Che Guevara, Escritos y Discursos, Havanna 1977, 9 Bände, Hrsg. Kubanisches Kulturministerium

Ernesto Che Guevara, Obras Escogidas 1957 - 1967, Havanna 1991, 2 Bände, Hrsg. Casa de Ciencas Sociales

Ernesto Che Guevara, Der Partisanenkrieg, Rixdorfer Verlagsanstalt, Berlin-Neukölln, o. J.

Materialen zur Revolution in Reden, Aufsätzen, Briefen von Fidel Castro, Che Guevara, Régis Debray, Darmstadt 1968

„Ernesto Che Guevara - Brandstiftung oder Neuer Friede? ", Reinbeck bei Hamburg 1969

Ernesto Che Guevara, Politische Schriften - Eine Auswahl, Wagenbach, Berlin 1981

Ernesto Che Guevara, Bolivianisches Tagebuch, VLB Nord, 1982

Ernesto Che Guevara, Ausgewählte Werke in Einzelschriften, 6 Bände, Hrgs. H.-E. Gross, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997

ten Morgenluft. Genau vor diesem Hintergrund müssen die Schriften und die Praxis von Che Guevara analysiert werden.

Revisionistische oder kleinbürgerliche Versuche, Che Guevara gegen kommunistische Grundpositionen wie die Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats oder die Notwendigkeit einer Kommunistischen Partei, die auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus, der bewußten Disziplin und des Prinzips von Kritik und Selbstkritik und ständig mit den breiten Massen verbunden ist, auszuspielen, spekulieren damit, daß diese Punkte in der Tat in seinen Schriften nicht den Schwerpunkt bilden. Sein Schwerpunkt liegt eindeutig auf der Begründung der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen den Imperialismus im allgemeinen und auf der Notwendigkeit des Partisanenkrieges in Süd- und Mittelamerika im besonderen sowie in der mit teilweise sehr detaillierten Handlungsanweisungen verknüpften Darstellung der Prinzipien eines solchen Partisanenkrieges. Dennoch macht Che unmißverständlich klar, daß er von der ***Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und der Weiterführung des Klassenkampfs nach dem Sturz der Bourgeoisie*** ausgeht:

„Diesen staatlichen Teil der Diktatur des Proletariats lassen wir nicht antasten.

Im Rahmen der Diktatur des Proletariats aber existiert ein riesiges Feld für die Diskussion und die Ausdrucksmöglichkeiten von Ideen. Wir fordern lediglich, daß die allgemeinen staatlichen Richtlinien in dieser dieser Etappe des Aufbaus des Sozialismus respektiert werden ... Denn mit dem Sieg der Revolution sind die Klassenkämpfe nicht beendet, in unserem Fall haben sie sich nach dem Sieg der Revolution bis zum äußersten zugespitzt (span: exacerbarse al máximo, richtig: maximal verschärft, A.d.Ü.)."
(Ernesto Che Guevara, „Technik in einer neuen Zeit",September 1963, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 6, S. 148)

Che propagiert ***Kernpunkte einer wirklich revolutionären Kommunistischen Partei:***

„Diese Partei wird in Übereinstimmung mit dem demokratischen Zentralismus eine strenge Disziplin verlangen, aber gleichzeitig wird sie permanent die Diskussion, die freie Kritik und Selbstkritik fördern und ihre Arbeit dauernd verbessern. In diesem Stadium wird es eine Kaderpartei der Fähigsten sein, und diese müssen ihre dynamischen Aufgaben erfüllen: müssen dauernd in Tuchfühlung mit dem Volk bleiben, die dort gewonnenen Erfahrungen nach oben weitergeben und den Massen wiederum die konkreten Anweisungen von oben erläutern und sich an die Spitze der Massen in Bewegung setzen."
(Ernesto Che Guevara: „Die marxistisch-leninistische Partei", 1963 aus: „Ernesto Che Guevara - Brandstiftung oder Neuer Friede? ", Reinbeck bei Hamburg 1969, S. 63)

Vier Jahre nach dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU von 1956, wo die modernen Revisionisten öffentlich die Möglichkeit eines „friedlichen, parlamentarischen Wegs zum Sozialismus" propagierten, erscheint die Schrift „Der Guerillakrieg", in der Che die Erfahrungen des bewaffneten Kampfs in Kuba zusammenfaßt, die inhaltlich gegen die revisionistischen Positionen eines „friedlichen Wegs zum Sozialismus" gerichtet sind. Mit dieser Schrift greift Che öffentlich in die Debatte über den Weg zum Sozialismus ein, der in der kommunistischen Weltbewegung geführt wurde.

Che Guevaras theoretische und praktische Haltung zum bewaffneten Kampf

Auswertung der Erfahrungen des Partisanenkampfs in Kuba

Zur Schrift „Der Guerillakrieg", 1960

Che Guevara gelingt es, mit der 1960 geschriebenen Schrift „Der Guerillakrieg" einen Beitrag zu leisten, damit alle kommunistischen Kräfte sich Grundlagen für das weitere Studium der Erfahrungen aller Völker der Welt im Partisanenkampf leichter aneignen können.

Unter Hinweis auf den Partisanenkampf in anderen Ländern, in der Ukraine während des Zweiten Weltkriegs, in China und Vietnam, unter Auswertung insbesondere auch des Verlaufes des von Mao Tse-tung geführten bewaffneten Kampfes auf dem Land in China, (Ernesto Che Guevara: „Der Guerillakrieg", 1960, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 1, S. 59) betont diese Schrift Voraussetzungen des Partisanenkampfes.

Als Ziele dieses Kampfes formulierte Che die Beseitigung der gegebenen Gesellschaftsordnung des betreffenden Landes und die Errichtung einer neuen Gesellschaft (ebenda, S. 94). Um dieses Ziel zu verwirklichen, stellt er die allgemeine Forderung, den „Gegner zu vernichten" (ebenda, S. 66) sowie den „Kampf um Grund und Boden" für die werktätigen und ausgebeuteten Massen der agrarischen Gebiete im besonderen zu führen (ebenda, S. 94).

Che Guevara betont, daß die ersten Partisaneneinheiten notwendigerweise illegal organisiert und vorbereitet werden müssen:

„Es ist einsichtig, daß seine (der Partisanenkrieg, A.d.V.) Vorbereitung mit einer konspirativen Aktion einer kleinen Gruppe beginnen muß und nicht aus der offenen Volksbewegung entsteht."
(Ernesto Che Guevara: „Der Guerillakrieg", 1960, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 1, S. 178)

Auf dieser Basis geht Che davon aus, daß für die Führung des Partisanenkriegs die Unterstützung durch die werktätigen und ausgebeuteten Massen unbedingt notwendig ist:

„Die Guerilleros müssen sich dabei der allseitigen Unterstützung der örtlichen Be-

Stationen im Leben und Kampf Che Guevaras

Ernesto Che Guevara wird am 14. Juni 1928 in Argentinien geboren, im November 1947 beginnt er ein Medizinstudium in Buenos Aires.

Ab Dezember 1951 reist er ein Jahr lang durch mehrere Länder Südamerikas, u. a. nach Chile, Peru, Kolumbien und Venezuela. Ende 1953 reist Che nach Guatamala, wo er Kontakt zu den bürgerlichen Reformern um den Präsidenten Arbenz bekommt. Nach dem vom US-Imperialismus inszenierten Militärputsch gegen die Regierung Arbenz muß Che aus Guatemala fliehen. Im Juli 1954 gelingt ihm die Flucht nach Mexiko, wo er sich im einer Gruppe fortschrittlicher Exilkubaner - größtenteils Überlebende des gescheiterten Angriffs auf die Moncada-Kaserne auf Kuba 1953 - anschließt, die für den Sturz des kubanischen Diktators Batista kämpft. Im Februar 1956 nimmt Che an einer mehrmonatigen konspirativen militärischen Ausbildung auf einer Farm in Mexiko teil, die als Vorbereitung für die kubanische Revolution dient. Die Gruppe wurde im Juni 1956 entdeckt, und Che wird zusammen mit den kubanischen Kämpferinnen und Kämpfern für 57 Tage ins Gefängnis des reaktionären Regimes in Mexiko gesperrt.

Im Dezember 1956 begann eine neue Station im Leben Che Guevaras. Er landete zusammen mit 81 kubanischen Revolutionären mit dem Schiff „Granma" in Kuba, um dort den bewaffneten Kampf gegen das Batista-Regime zu beginnen. Doch der ursprüngliche Plan der kubanischen Befreiungskämpfer scheiterte, das Schiff erreichte Kuba mit Verspätung. Bei der Landung bei Tageslicht wurde das Schiff von der reaktionären Batista-Armee gesichtet, es kam zum Kampf, nur 12 Revolutionäre überlebten. Dennoch war dies der Auftakt eines zweijährigen revolutionären bewaffneten Befreiungskampfes, an dem sich Che an führender Stelle beteiligte. In der Sierra Maestra, einem Gebirgszug Kubas, bauten die kubanischen Revolutionäre erste Partisanengruppen auf, die den Partisanenkrieg begannen und immer weiter ausweiten konnten, woran Che von Anfang an führend beteiligt war.

Im Februar 1958 leitet Che den Rebellensender „Radio Rebelde" und die Monatszeitschrift „El Cubano Libre „. Einige Monate später, im August 1958, wird Che Guevara Kommandant der 8. Kolonne der kubanischen Befreiungsarmee, deren Stärke gegen Ende des bewaffneten Befreiungskampfes Anfang 1959 ca. 3000 Partisanen betrug.

Im Januar 1959 ziehen dann, mit breiter Unterstützung der Volksmassen, vor allem auch durch einen Generalstreik in den städtischen Zentren, die Truppen der kubanischen Befreiungsarmee u.a. unter Führung Che Guevaras in Havanna ein. Das reaktionäre Regime Batistas ist gestürzt, Batista selbst flieht ins Ausland. Insgesamt waren 20.000 Kubanerinnen und Kubaner während der zwei Jahre für den revolutionären Kampfes gefallen.

Von Juni bis September 1959 reist Che als Vertreter der kubanischen Regierung in eine Reihe von reaktionären Staaten wie z.B. nach Ägypten, Japan, Indien, Indonesien, Cylon, Pakistan, Marokko und auch in das revisionistische Jugoslawien Titos, um Handelsverträge abzuschließen, um die wirtschaftliche Blockade Kubas durch die USA zu durchbrechen. Im Oktober 1959 reist Che erneut in andere Länder, die Reise führt ihn zuerst in die revsionistische Tschechoslowakei und dann in die revisionistische Sowjetunion Chruschtschows. Auf der anschließenden Reise in die Volksrepublik China, nach Nordkorea und ins revisionistische Ungarn schließt Che Handelsabkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Kuba und diesen Ländern ab. Im November 1959 wird er zunächst Leiter der Abteilung Industrialisierung des Nationalen Instituts für Agrarreform, Ende 1959 wird er zum Leiter der kubanischen Nationalbank ernannt. 1960 macht er sich mit seiner Schrift „Der Guerillakrieg" an die Auswertung der Erfahrungen des bewaffneten Befreiungskampfes auf Kuba.

Im Februar 1961 wird Che kubanischer Industrieminister. Von nun an widmete sich Che intensiv Fragen der politischen Ökonomie und studierte u.a. auch das „Kapital" von Karl Marx. Er beteiligt sich intensiv auch international mit mehreren Artikeln an den Debatten über den Aufbau des Sozialismus, die Rolle der kommunistischen Moral und des wirtschaftlichen Anreizes dabei. Im März 1961 wird auf ihn in Kuba ein Attentat verübt. Im August 1962 fährt Che erneut in die revisionistische Sowjetunion. Im Februar 1964 fliegt er nach Algerien, wo er auf einer Wirtschaftskonferenz seine schärfste Kritik an der Sowjetunion in einer Rede äußert, und reist dann das dritte Mal in die Sowjetunion.

1964 ist das letzte Jahr, in dem Che als Industrieminister und Regierungsvertreter Kubas in Erscheinung tritt.

Ab März 1965 verschwindet Che aus dem öffentlichen Leben Kubas. Nachdem die Chruschtschow-Revisionisten 1960 mit ihrem Sitz im UN-Sicherheitsrat den Einmarsch von US-Truppen unter UNO-Flagge im Kongo zur Niederschlagung der kongolesischen Befreiungsbewegung unter Führung Lumumbas abgesegnet und Transportmittel zur Verfügung gestellt hatten (siehe: „Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", Berlin 1973, S. 223/224) verläßt Che 1965 Kuba und geht in den Kongo, um die kongolesische Befreiungsarmee zu unterstützen. Am 1. April 1965 tritt Che Guevara in einem an Fidel Castro gerichteten Brief offiziell von allen Staats- und Parteiämtern in Kuba zurück. Im November 1966 beginnt unter Führung Che Guevaras der Versuch des Aufbaus einer Partisanenarmee in Bolivien. Che kämpft als Leiter einer Partisaneneinheit bis zum Oktober mit der Waffe in der Hand gegen die reaktionäre Armee in Bolivien.

Am 8. Oktober 1967 wird Che auf Anweisung des CIA von bolivianischen Truppen verwundet gefangengenommen. Nach Verhören und Folterungen wird Che Guevara am 9. Oktober 1967 von bolivanischen Militärs ermordet.

> **volkerung sicher sein. Das ist eine unbedingte Voraussetzung."**
> (ebenda, S.57)

Che spricht weiter von der Bedeutung der „Massenbasis als des wichtigsten Moments" des Partisanenkampfs (ebenda, S. 58).

Ches Schrift analysiert sehr genau die große Bedeutung, einen vom Feind nicht greifbaren Stützpunkt des Partisanenkampfes auf dem Land aufzubauen und dabei die Entwicklung des Partisanenkampfes insbesondere in den großen Vorstadten nicht zu vernachlässigen (ebenda, S. 83f)

Sehr konkret schildert Che Formen der Partisanenüberfälle, z.B den „Partisanenmenuettwalzer", der damit beginnt, „daß eine Guerillaeinheit eine feindliche Stellung, zum Beispiel die Vorposten des Gegners, umzingelt" (ebenda, S.69). Nun geht eine der Partisanengruppen zum Angriff über, der Feind richtet seine ganze Feuerkraft auf diese Gruppe, daraufhin zieht sich diese Gruppe zurück, eine andere Partisanengruppe greift von einer anderen Seite an. Che erklärt weiter:

> **„Der angegriffene Gegner wird jetzt die vorstehend beschriebene Aktion wiederholen, die zweite Angriffsgruppe der Guerilla zieht sich daraufhin zurück, und eine dritte Gruppe beginnt das gleiche Manöver."**
> (ebenda, S.69)

Che unterscheidet sehr deutlich Sabotage als effektive revolutionäre Methode und warnt vor einer bestimmten Form der Anwendung des Terrors:

> **„Besondere Bedeutung haben Sabotageakte. Hierbei muß man einen Unterschied machen zwischen Sabotage als revolutionärer und überaus effektiver Kampfform und Sabotage als Terror, einer wenig wirksamen Methode. Letztere kann sehr unheilvolle Folgen nach sich ziehen, weil sie in vielen Fällen zum Tod völlig unschuldiger Menschen führt, darunter Patrioten, die zur revolutionären Bewegung gehören. Der Terror kann nur dann ein wertvoller Faktor des Kampfes sein, wenn er als Akt der Vergeltung gegen einen hochstehenden Vertreter der unterdrückenden Klasse angewandt wird, der durch seine Grausamkeit oder besondere 'Verdienste' bei der Durchführung von Repressalien und anderes berüchtigt ist. Die Liquidierung eines solchen Anführers des Gegners bringt nur Nutzen. Dagegen darf man auf keinen Fall zum Terror übergehen, um einfache Leute aus dem Lager des Gegners zu beseitigen."**
> (ebenda, S. 72f.)

Che weiß, wovon er spricht, wenn er die nötigsten Utensilien für den Rücksack des Partisanen ebenso detailliert beschreibt wie die Möglichkeit, Gewehre zum 100-m-Wurf von Brandflaschen umzubauen und zu verwenden, wobei er deutlich darauf hinweist, daß diese Darstellung sich auf die „Erfahrungen des Befreiungskrieges des kubanischen Volkes stützt" (ebenda, S. 80).

Zur Verbindung des Kampfes auf dem Land mit dem Kampf in der Stadt

Wie ist der Kampf zu führen? Che Guevaras Position ist ein gewichtiger Diskussionspunkt für alle Revolutionäre in den trotz aller Ähnlichkeiten doch sehr unterschiedlichen Ländern Süd- und Mittelamerikas.

Positionen Che Guevaras über den bewaffneten Kampf in der Stadt und auf dem Land in den Ländern Süd- und Mittelamerikas

Che gibt auf die Frage wie der Kampf in den Ländern Süd- und Mittelamerikas zu führen ist, folgende Antwort:

„Die Antwort liegt im Guerillakampf in günstigen Gebieten, unterstützt vom Aufstand in den Städten, unter möglichst breiter Beteiligung der Arbeiter, natürlich geleitet von der Ideologie dieser Klasse."
(Ernesto Che Guevara, „Kuba - Historische Ausnahme oder Vorhut im Kampf gegen Imperialismus", 4. April 1961, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S.43)

Und weiter legt Che dar, daß

„der Weg des Guerillakampfes auf der Grundlage einer Bauernarmee, die Vernichtung der Armee im frontalen Angriff, die Eroberung der Städte von den ländlichen Gebieten aus,...."(*)
(Ernesto Che Guevara, „Kuba - Historische Ausnahme oder Vorhut im Kampf gegen Imperialismus", 4. April 1961, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S.44)

durchgeführt werden muß.

Che nahm sehr ausführlich und detailliert vor diesem Fazit zum Problem des bewaffneten Kampfs in der Stadt und auf dem Land Stellung:

„Als ich die städtischen Ballungsgebiete erwähnte, meinte ich in aller Bescheidenheit, daß es in diesen Fällen trotz der ökonomischen Rückständigkeit ratsam erscheint, den auf einen langen Zeitraum ausgerichteten Kampf außerhalb dieser Gebiete zu beginnen. Ich vertrete die Auffassung, daß in einem Land mit zahlreichen Großstädten die Präsenz eines Guerillaherdes in irgendeinem Gebirge die Rebellion aufrechterhält, denn es ist für die Repressionsorgane äußerst schwierig, in kurzer Zeit oder selbst im Zeitraum von mehreren Jahren eine Guerilla zu vernichten, die in einem für den Guerillakampf günstigen Terrain über eine soziale Basis verfügt und konsequent die diesem Kampf eigene Strategie und Taktik anwendet.

Etwas ganz anderes würde sich in den Städten ereignen: Dort kann der bewaffnete Kampf gegen die Unterdrückungsarmee bis zu ungeahnter Heftigkeit gesteigert werden, aber dieser Kampf kann frontal nur geführt werden, wenn eine starke Armee gegen die andere kämpft; ein frontaler Kampf gegen ein gut bewaffnetes Heer kann dort nicht geführt werden, wenn man selbst nur über eine kleine Gruppe verfügt.

Der frontale Kampf muß also mit vielen Waffen geführt werden, und so stellt sich die Frage: Wo gibt es diese Waffen? Die Waffen gibt es nicht geschenkt; sie müssen dem Feind abgerungen werden, aber um sie dem Feind abnehmen zu können, muß gekämpft werden, und dieser Kampf kann nicht offen und frontal geführt werden. Daher muß der Kampf in den Städten mit Untergrundaktivitäten begonnen werden, um militärische Gruppen zu gewinnen bzw. um sich in aufeinanderfolgenden Handstreichen dieser Waffen zu bemächtigen.

In diesem zweiten Fall können große Fortschritte erreicht werden, und ich möchte die Möglichkeit eines Volksaufstandes mit einer Guerillabasis in der Stadt nicht bestreiten. Niemand kann theoretisch eine solche Konzeption zurückweisen, zumindest ist dies nicht meine Absicht; wohl aber muß ich anmerken, daß es sehr leicht wäre, durch Verrat oder einfach durch wiederholte Razzien die Anführer der Revolution auszuschalten. Unter Berücksichtigung aller in der Stadt möglichen Aktivitäten bis hin zu organisierten Sabotageaktionen und insbesondere zu der effektiven Form der Guerilla in den Vorstädten, während der Kern sich aber in einem für den Guerillakampf günstigen Gebiet aufhält, kann bei einer Vernichtung aller Volkskräfte in der Stadt die politische revolutionäre Macht unversehrt bleiben, solange sie - durch Aufenthalt in einem für den Guerillakampf günstigen Gebiet - vor den Risiken des Krieges relativ sicher ist. Es muß jedoch berücksichtigt werden, daß er zwar relativ geschützt sein mag, aber dennoch nicht außerhalb des Krieges steht, denn dieser Kern leitet den Aufstand nicht von anderen Ländern oder von entfernten Orten aus, sondern er kämpft im Schoße des Volkes. Das heißt für mich, daß, wenn es auch Länder gibt, in denen die großen Ballungsgebiete vorherrschen, der zentrale politische Fokus des Aufstands sich in den ländlichen Gebieten befinden sollte.

In jenem Fall, daß mit der Bildung von Zellen im Militär gerechnet werden kann, die bei einen Staatsstreich helfen und Waffen beschaffen, müssen zwei Fragen beantwortet werden: erstens, ob diese Militärs sich tatsächlich mit den Kräften des Volkes vereinen, um einen Staatsstreich durchzuführen, sich also als einen zur Selbstentscheidung befähigten organisierten Kern des Aufstands (in diesem Fall handelte es sich um den Staatsstreich eines Teils der Armee gegen einen anderen Teil, was voraussichtlich eine Beibehaltung der Struktur der Armee erfordern {span: permanecer} würde; oder zweitens, ob sich die Armee schnell und spontan den Volkskräften anschließt (das kann nach unserem Konzept erst dann eintreten, wenn sie von einem mächtigen und ausdauernden Gegner gewaltsame und massive Schläge eingesteckt hat, also unter katastrophalen Bedingungen für die herrschende Macht). Unter der Bedinung, daß eine Armee geschlagen und ihre Kampfmoral vernichtet ist, kann eine solche Entwicklung eintreten, doch der vorhergehende Kampf ist dafür notwendige Bedinung."
(Ernesto Che Guevara, „Kuba - Historische Ausnahme oder Vorhut im Kampf gegen Imperialismus", 4. April 1961, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S.41)

Ähnlich heißt es 1962 bei Che Guevara:

„Erstens: Nimmt man als Wahrheit an, daß der Feind kämpfen wird, um seine Macht zu behaupten, dann muß man daran denken, das Heer des Unterdrückers zu zerstören; um es zu zerstören, muß ihm ein Volksheer entgegentreten. Dieses Heer entsteht nicht spontan, es muß sich bewaffnen aus dem Lager seines Feindes, und das bedingt einen harten und sehr langen Kampf, in dem die Kräfte des Volkes und seine Anführer ständig gezwungen sind, stärkere Kräfte anzugreifen, ohne angemessene Möglichkeiten zur Verteidigung und zu taktischen Manövern. Umgekehrt garantiert die kleine Kampfgruppe, die sich in einem Gebiet bewegt, das für den Kampf günstig ist, die Sicherheit und Kontinuität der revolutionären Führung, während die Kräfte in der Stadt, die vom Generalstab des Volksheeres geleitet werden, Aktionen von unschätzbarer Bedeutung durchführen können. Die eventuelle Vernichtung der Gruppen in der Stadt würde nicht die Seele der Revolution vernichten, nicht ihre Führung, die von der Festung auf dem Land aus weiter das revolutionäre Bewußtsein der Massen stärkt und neue Kräfte für andere Schlachten organisiert."
(Ernesto Che Guevara: „Taktik und Strategie der lateinamerikanischen Revolution", Oktober - November 1962, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 135)

(*) In der Übersetzung des Pahl-Rugenstein-Verlags fehlt das Arbeiter-Bauern-Bündnis. Es heißt in der kubanischen Ausgabe von 1977: „...der Weg des Guerillakampfes auf der Grundlage einer Bauernarmee, des Arbeiter-Bauern-Bündnisses, der Vernichtung der Armee im frontalen Angriff, der Eroberung der Städte von den ländlichen Gebieten aus,...."(Ernesto Che Guevara: „Cuba, ¿Excepción histórica o vanguardia de la lucha contra el colonialismo?", 9. April 1961, Escritos y Discursos, Havanna 1977, Band 9, S. 37, eigene Übersetzung)

Che zieht aus der kubanischen Revolution in seiner Schrift „Der Guerillakrieg" drei entscheidende Lehren:

„1. können die Kräfte des Volkes im Krieg gegen eine reguläre Armee den Sieg davontragen;

2. muß man nicht immer warten, bis alle Bedingungen für eine Revolution herangereift sind, die Fürhung des Aufstands {span: foco insureccional, richtig: Fokus des Aufstands, A.d.Ü.} kann solche Bedingungen selbst schaffen;

3. muß der bewaffnete Kampf in den schwachentwickelten Ländern des lateinamerikanischen Kontinents hauptsächlich in den landwirtschaftlichen Gebieten geführt werden."
(Ernesto Che Guevara: „Der Guerillakrieg", 1960, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 1, S. 54)

Diese von Che zusammengefaßte Erfahrung der kubanischen Revolution war eine Herausforderung für die kommunistischen Kräfte aller Länder Süd- und Mittelamerikas, Formen des bewaffneten Kampfes im eigenen Land festzulegen und zu erproben. Ausgangspunkte für eine solche Analyse waren, wie insbesondere die Analyse der KP Kolumbiens/ML von 1965 hervorhob, daß in jedem Land die Besonderheiten in folgender Hinsicht analysiert werden müssen: das spezifische Gewicht der Arbeiterklasse einerseits und der ländlichen ausgebeuteten und werktätigen Massen andererseits, die geographischen Bedingungen auf dem Land, die bisherige Geschichte und Erfahrung des bewaffenten Kampfes im eigenen Land und die konkrete Situation der revolutionären Gruppen und Organisation, die zum bewaffneten Kampf bereit sind. Insbesondere die KP Kolumbiens/ML hat die überragende Rolle des Aufbaus der Kommunistischen Partei im Prozeß des bewaffneten Kampfes betont und ausdrücklich davor gewarnt, „mechanisch die Erfahrungen der kubanischen Revolution" zu kopieren (Orientation, Nr. 1, Dezember 1965, zitiert nach: MLSK 2/80, Nr. 29, S. 28).

Die Bedeutung von Agitation und Propaganda für die Verbindung mit den Massen

Grundlegend erklärt Che:

„Die revolutionären Ideen werden mit den verschiedensten propagandistischen Mitteln und Methoden unter den Massen verbreitet. Die Guerilla muß mit ihrer Propaganda die Bevölkerung des ganzen Landes erfassen."
(Ernesto Che Guevara: „Der Guerillakrieg", 1960, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 1, S. 166)

Eindeutig verweist Che 1960 schon auf die ***Rolle eines Zentralorgans*** und eines Rundfunksenders für die Propaganda der Partisanen, für die Verbindung mit und für die Erziehung der werktätigen und ausgebeuteten Massen:

> **„Die besten Ergebnisse werden aber durch die Propaganda im Guerillagebiet selbst erzielt. Das Ziel dieser Propaganda besteht darin, die Bewohner mit den Ideen der Aufständischen eingehend vertraut zu machen. Auch in diesem Gebiet ergibt sich die Notwendigkeit, Zeitungen für die Bauern, ein Zentralorgan für die Guerillabewegung, Proklamationen und Informationsblätter herauszugeben und propagandistische Rundfunksendungen zu organisieren."**
> (ebenda, S. 167)

Kriterium dabei ist,

> **„daß die ... verbreiteten Nachrichten wahr sein müssen. Eine Lüge ist, ganz gleich, wie gut sie auch gemeint sein mag, immer schlechter als die bescheidenste Wahrheit."**
> (ebenda, S. 168)

Für den bewaffneten Kampf zur Zerschlagung der reaktionären Armee und des gesamten reaktionären Überbaus der alten Gesellschaft, für die Vernichtung des Imperialismus!

Gerade das leidenschaftliche Bekenntisse Che Guevaras für die revolutionäre Gewalt, den bewaffneten Kampf, die gewaltsame Zerschlagung des reaktionären Staatsapparats, ruft noch heute das Wutgeheul der sich als „Guevara-Bewunderer" ausgebenden Revisionisten hervor. So hetzte der SED-Revisionist Eberhard Panitz über Guevaras „Botschaft an die Völker der Welt":

> **„Manches aus dieser Botschaft ist umstritten, manches entsprach nicht dem realen Kräfteverhältnis, vor allem nicht jene Apotheose des Wafffengangs um jeden Preis, die ‚zwei, drei, viele Vietnam auf der Welt', samt ihrem ‚Blutzoll', ‚ihren ungeheuerlichen Tragödien' einkalkulierte und sogar als erstrebenswert erklärte."**
> (E. Panitz, „Tamara Bunke - Mit Che Guevara in Bolivien", GNN-Verlag 1995, S. 115)

Der „friedliche", nämlich auf die Anwendung revolutionärer Gewalt verzichtende, auf die angebliche Möglichkeit der „Verwandlung" des bürgerlichen Parlaments durch Stimmzettel in ein „Organ des Volkswillens" gestützte „Weg zum Sozialismus", den die modernen Revisionisten der KPdSU verkündet hatten, der mit Lenin und seinen Lehren, mit dem gesamten wissenschaftlichen Kommunismus nicht das Geringste zu tun hatte, bekämpfte Che Guevara in den verschiedensten Schriften immer wieder, obwohl er nie - auch nach Veröffentlichung der „Polemik" durch die KP Chinas 1963 - die modernen Revisionisten namentlich und direkt angriff.

Che formulierte 1960 in seiner Schrift „Der Guerillakrieg" seine prinzipielle Position so, daß sie jegliche Möglichkeit eines „gewaltlosen Weges" ohne Zerschlagung des reaktionären Staatsapparats, insbesondere seiner Armee, ausschließt, was sich direkt gegen den Chruschtschow-Revisionismus richtet:

> **„Der Sieg ist solange nicht errungen, solange nicht auch das wichtigste Instrument des Machtapparats des verhaßten Regimes, seine Armee, vernichtet ist. Mehr noch: Die Guerilla muß alle Organe und Institutionen vernichten, auf die sich das alte Regime stützte. Das ist das A und O des Partisanenkrieges. Der Sieg der Revolution kann nur dann als sicher gelten, wenn auf diesem Gebiet im weitesten Sinne des Wortes ganze Arbeit geleistet wurde."***
> (Ernesto Che Guevara: „Der Guerillakrieg", 1960, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 1, S. 184)

1961 formuliert Che für die Länder Süd- und Mittelamerikas noch weitgehender, daß es um die Zerschlagung der reaktionären Armee und des ganzen alten Überbaus gehe:

> **„...der Sieg für die Volksmassen Lateinamerikas ist möglich, wenn dieser Weg eingeschlagen wird; der Weg des Guerillakampfes auf der Grundlage einer Bauernarmee, die Vernichtung der Armee im frontalen Angriff, die Eroberung der Städte von den ländlichen Gebieten aus, die Auflösung der Armee als erster Schritt zur vollständigen Zerschlagung des Überbaus der alten Kolonialwelt."**
> (Che Guevara: „ Kuba - Historische Ausnahme oder Vorhut im Kampf gegen den Imperialismus?", 4. April 1961, aus: Ausgewählte Werke, Band 4, Schriften zum Internationalismus, Bonn 1990, S. 44)

Für die Länder Süd- und Mittelamerikas schreibt Che 1962:

Fortsetzung S. 10

Che Guevaras Kampf gegen den Atombombenfetischismus der modernen Revisionisten

Die Chruschtschow-Revisionisten hatten in Anbiederung an den US-Imperialismus Anfang der 60er Jahre erklärt: „Die Atombombe hält sich nicht an das Klassenprinzip" (Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Berlin 1973, S. 270). Damit rechtfertigten sie ihre konterrevolutionäre Position, daß „lokale Kriege sehr gefährlich" seien, denn „jeder Krieg, selbst wenn er als gewöhnlicher, nicht als nuklearer Krieg beginnt, (kann) zu einem verheerenden Raketen- und Kernwaffenkrieg werden", der die „Arche Noah, den Erdball vernichten" würde (ebenda, S. 271) Deshalb werde sich die Sowjetunion bemühen, „die glimmenden Funken auszutreten, die einen Kriegsbrand entfachen könnten (ebenda, s. 221).

Gegen ähnlich kapitulantenhafte Auffassungen bezog Mao Tse-tung schon 1945 und dann im August 1946 Stellung:

> **„Die Atombombe ist ein Papiertiger, mit dem die USA-Reaktionäre die Menschen einschüchtern wollen. Sie sieht fürchterlich aus, aber in Wirklichkeit ist sie es nicht. Natürlich ist die Atombombe eine Massenvernichtungswaffe. Aber über den Ausgang eines Krieges entscheidet das Volk, nicht ein oder zwei Arten von Waffen."**
> *(Mao Tse-tung, „Gespräch mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louis Strong", 1946, Ausgewählte Werke Band IV, S. 101)*

Stalin argumentierte in dieselbe Richtung im September 1946:

> **„Ich glaube nicht, daß die Atombombe eine so schwerwiegende Macht ist, wie gewisse Politiker sie hinzustellen geneigt sind. Die Atombomben sind zur Einschüchterung von Leuten mit schwachen Nerven bestimmt, sie können aber nicht über die Geschicke eines Krieges entscheiden, da sie für diesen Zweck keineswegs genügen."**
> *(Stalin, „Antworten auf die Fragen des Moskauer Korrespondenten der ‚Sunday Times'", 1946, Werke Band 15, S. 88)*

Che Guevara stellte sich eindeutig auf diese kommunistische Grundposition und enlarvte schon 1962 die modernen Revisionisten, indem er schreibt:

> **„Woran wir festhalten ist, daß wir auf dem Weg der Befreiung bleiben müssen, selbst wenn er durch einen Atomkrieg Millionen Opfer kostet, weil wir im Kampf auf Leben und Tod zwischen zwei Systemem an nichts anderes denken könenn als an den endültigen Sieg des Sozialismus oder den Rückschritt durch den atomaren Sieg der imperialistischen Aggressoren."**
> *(Che Guevara, „Taktik und Strategie der lateinamerikanschen Revolution", Oktober-November 1962, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 138)*

Che läßt sich vom Atombombenfetischismus der modernen Revisionisten nicht einschüchtern, sondern bekämpft ihn prinzipiell. Er macht klar, daß die Atombombe natürlich eine fürchterliche Waffe ist, die bei ihrem Einsatz durch die Imperialisten Millionen Opfer kosten kann. Die Existenz von Atombomben bedeutet jedoch nicht, daß es nicht mehr möglich und notwendig ist, den revolutionären Kampf für den Sieg des Sozialismus zu führen. Durch die Atombombe werden die objektiven Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes, die Möglichkeit des Sieges der proletarischen Weltrevolution nicht beseitigt. Im Gegenteil, der revolutionäre Kampf, der revolutionäre Krieg auf Leben und Tod als einziger Weg zur Vernichtung des Imperialismus - und damit die Beseitigung der Möglichkeit imperialistischer Massaker und Verbrechen - wird angesichts der immer fürchterlicheren Massenvernichtungswaffen des Imperialismus immer wichtiger und notwendiger!

---

* Sowohl in der neunbändigen kubanischen Ausgabe von 1977 (Band 1, S. 171), als auch in der zweibändigen kubanischen Ausgabe von 1991 (Band 1, S. 133) wie auch in der mexikanischen Ausgabe von 1968 (S. 97) folgt statt: „Das ist das A und O....":

> **„Nur ist dies eben ein Guerilla-Handbuch und wir beschränken uns deshalb darauf, die Aufgabe der Verteidigung des Landes im Kriegsfall, im Falle eines Angriffs gegen die neue Macht zu analysieren."**
> *(Ernesto Che Guevara: „La Guerra de Guerillas", 1960, Escritos y Discursos, Havanna 1977, Band 1, S. 171, eigene Übersetzung)*

Zu Che Guevaras problematischen bzw. falschen theoretischen Positionen in der Debatte um die Möglichkeit eines „friedlichen Wegs zum Sozialismus"

Che Guevara hat sich ab 1960 bis kurz vor seiner Ermordung immer wieder an der Debatte über den Weg der proletarischen Revolution öffentlich beteiligt. In seinen Beiträgen geht es vor allem immer wieder um zwei Fragen: Gibt es in Süd- und Mittelamerika die Möglichkeit eines „friedlichen Weges" oder nicht? Wann muß mit dem bewaffneten Kampf begonnen werden bzw. wann mit der Vorbereitung der bewaffneten Revolution?

Die Antworten, die Che gibt, und die im folgenden ausführlich dargelegt werden, sind mehr oder weniger von Zugeständnissen an das falsche Schema vom „friedlichen und nichtfriedlichen Weg" geprägt und machen in manchen Passagen ganz falsch den Zeitpunkt des Beginns des bewaffneten Kampfs von der Haltung der Bourgeoisie abhängig.

Um diese Positionen Che Guevaras richtig einordnen zu können müssen folgende Punkte bewußt sein:

◆ Che beteiligte sich an dieser Debatte ohne jedoch direkt die modernen Revisionisten anzugreifen durch eine indirekte, nicht namentliche Polemik sehr intensiv und mit teilweise sehr ausführlichen und konkreten Beiträgen, die in ihrer Entwicklung betrachtet werden müssen.

◆ Die Situation, in der Che seine Beiträge schrieb, war vor allem dadurch gekennzeichnet, daß die KP Chinas 1963 zwar einen öffentlichen Kampf gegen die modernen Revisionisten und ihre Ideen eröffnete, jedoch auf der falschen, dem Revisionismus Vorschub leistenden Grundlage der „Zwei-Wege-Theorie", der Möglichkeit eines „friedlichen" und nicht-friedlichen Wegs zum Sozialismus.

◆ Che Guevaras problematische und falsche Positionen in dieser Debatte sind ebenso ein Teil des Erbes von Che Guevara wie seine großartigen revolutionären, direkt gegen die modernen Revisionisten gerichteten Passagen über die unbedingte Notwendigkeit des Bürgerkriegs, des bewaffneten Kampfs, der gewaltsamen Zerschlagung der reaktionären Armee, des ganzen alten, reaktionären Überbaus, die bereits vorgestellt wurden.

Um diese problematischen und falschen Positionen Che Guevaras besser beurteilen, einordnen und richtig gewichtet kritisieren zu können, wollen wir zuerst grundlegende kommunistische Positionen gegen das falsche Schema vom „friedlichen" und nicht-friedlichen Weg knapp charakterisieren.

Kommunistische Grundpositionen gegen das falsche Schema vom „friedlichen und nichtfriedlichen Weg zum Sozialismus"

Abgesehen von der Verdammung Stalins war die wohl „sensationellste Neuerung" Chruschtschows auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 die Propaganda von der Möglichkeit eines gewaltlosen, ja „friedlich-parlamentarischen Weges" zum Sozialismus, sogar in „ehemals kolonialen Ländern":

„Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Formen des Übergangs zum Sozialismus immer manigfaltiger werden. Dabei ist es nicht unbedingt notwendig, daß die Verwirklichung dieser Formen unter allen Umständen mit einem Bürgerkrieg verbunden sein wird...Und daß wir angeblich Gewalt und Bürgerkrieg als den einzigen Weg zur Umgestaltung der Gesellschaft anerkennen - das entspricht nicht den Tatsachen...

Die Eroberung einer stabilen parlamentarischen Mehrheit, die sich auf die revolutionäre Massenbewegung des Proletariats, der Werktätigen stützt, würde für die Arbeiterklasse einer Reihe kapitalistischer und ehemals kolonialer Länder die Voraussetzungen schaffen, um grundlegende soziale Umgestaltungen durchzuführen."

(„Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den 20. Parteitag", Berlin 1956, S. 45)

◆ Gegen den „friedlich-parlamentarischen Weg" der modernen Revisionisten muß ***prinzipiell*** vor allem betont werden, daß es eine gewaltlose, unbewaffnete Revolution als Weg zum Sieg des Proletariats niemals gegeben hat, heute nicht gibt und auch in der Zukunft nicht geben wird, daß ***die proletarische Revolution unter allen Umständen unmöglich ist ohne gewaltsame Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschinerie und ohne ihre Ersetzung durch eine neue Macht, die Macht der bewaffneten Arbeiterklasse.***

◆ Aus „taktischen" Gründen ***von zwei Möglichkeiten, zwei Wegen, einem „friedlichen" und nichtfriedlichen auszugehen, ist völlig falsch.*** Das Proletariat gar politisch auf beide Wege „vorbereiten" zu wollen, würde nur den Revisionisten in die Hände arbeiten, ihren konterrevolutionären Thesen Zugeständnisse machen und beim Proletariat Illusionen erzeugen und es mit falschen Hoffnungen einschläfern, so daß es von der unumgänglichen Vorbereitung auf den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie und seine bewaffnete Machtergreifung abgelenkt und abgehalten wird. Denn die Vorbereitung auf die gewaltsame, bewaffnete Revolution, auf den Bürgerkrieg ist keinesfalls eine von zwei möglichen Formen der Taktik, sondern eine große und prinzipielle Frage, die den ganzen Aufbau der Partei (nämlich nicht auf Basis des Legalitätsprinzips), die gesamte Erziehung der Massen im Geist des revolutionären Krieges auch und gerade in nichtrevolutionären Zeiten, die Grundfrage der Revolution überhaupt betrifft. Es ist eine zentrale Aufgabe der Kommunistischen Partei, unerbittlich sämtliche konterrevolutionären Manöver und Spielarten der Propaganda des „friedlichen Wegs" zu entlarven und zu bekämpfen.

1966 zeigte sich mit großer Dramatik in Indonesien, wohin jedes Zugeständnis an die Philosophie des „friedlichen Weges" gegenüber den hochgerüsteten Kräften der Weltfront der imperialistischen Reaktion führen wird: Das faschistische Regime Suhartos vernichtete in einer großangelegten Militäraktion fast vollständig die damals mächtige Kommunistische Partei Indonesiens, ermordete und inhaftierte Hunderttausende revolutionärer Genossinnen und Genossen. Das Politbüro der KP Indonesien hat im September 1966 eine äußerst wichtige Selbstkritik gegen jegliche Spekulation auf einen „friedlichen Weg" verfaßt, in der sie auch das von der KP Chinas in der „Großen Polemik" 1963 vertretene Schema vom „friedlichen und nichtfriedlichen Weg" zurückweist. Die KP Indonesiens formulierte:

„Um zu zeigen, daß der Weg, der beschritten werden sollte, nicht der opportunistische „friedliche Weg" war, sprach die Parteiführung unablässig von den *zwei Möglichkeiten*, nämlich von der Möglichkeit des „friedlichen" und des nichtfriedlichen Weges. Sie setzte hinzu, , daß es für die Partei besser sei, *sich auf die Möglichkeit des nichtfriedlichen Weges einzurichten, um so der Möglichkeit des „friedlichen Weges" näherzukommen.* Derartige Erklärungen enthüllten die Zweideutigkeit betreffs des Weges, den die Partei einschlagen sollte. Dadurch setzte sich in den Hirnen der Parteimitglieder, der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen die Hoffnung auf einen „friedlichen Weg" fest, der in Wirklichkeit gar nicht existierte."

(Selbstkritik des Politbüros der KP Indonesiens, September 1966, zitiert nach: „Gegen die Strömung", Nr. 55, „Die vor 25 Jahren veröffentliche Selbstkritik der KP Indonesiens ist nach wie vor aktuell: Der einzige Weg zur Befreiung ist die bewaffnete Revolution", S. 15)

◆ Die revisionistische Position, „zur Not" und als „Antwort" auf die reaktionäre Gewalt auch zur revolutionären Gewalt zu greifen, verurteilt das Proletariat von vornherein zur Niederlage. Denn damit erhält die imperialistische Reaktion die Initiative in die Hand. Das defensive Abwarten auf das Zuschlagen der Reaktion wie die Defensive überhaupt ist der Tod jedes bewaffneten Aufstands. Die Kommunistische Partei muß den Zeitpunkt des bewaffneten Kampfes und des bewaffneten Aufstands selbständig festlegen. Außerdem hat das Proletariat zwar den Wunsch, unnötige Opfer zu vermeiden. Die gewaltsame bewaffnete Revolution in Form des Krieges gegen die Bourgeoisie ist aber kein „notwendiges Übel", sondern hat vielmehr große Bedeutung für die Emanzipation des Proletariats. Die Kommunistische Partei muß für die aktive und offensive Anwendung der revolutionären Gewalt Sorge tragen.

◆ Um den Revisionisten alle Spekulationen aus der Hand zu schlagen, müssen wir auf der theoretischen Ebene, nicht in der praktischen Politik, erläutern, daß es ***historische*** Ausnahmesituationen gegeben hat, in denen Marx und Engels wie Lenin und Stalin von der realen Möglichkeit einer „friedlichen" Entwicklung der proletarischen Revolution ausgegangen sind, im Sinne von „ohne Bürgerkrieg", ***aber nicht ohne Waffen und Gewalt*** (soweit Teile des bürgerlichen Staatsapparats bereits ausgebaut waren, mußten diese auch unbedingt zerschlagen werden!), daß weiter in „ferner Zukunft", wie Stalin sagt, ein „friedlicher" Entwicklungsweg für manche kapitalistischen Länder unter den Bedingungen einer sozialistischen Umwelt ***theoretisch*** möglich, wenngleich auch dann wenig wahrscheinlich ist, im gleichen Sinne, d. h. ohne Bürgerkrieg, aber mit gewaltsamer Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats durch die bewaffnete Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Schließlich muß auch für alle „fernere Zukunft" festgehalten werden, daß in bezug auf die Machtergreifung auch die „unwahrscheinliche" Möglichkeit der Vermeidung des Bürgerkrieges ***nichts*** daran ändert, daß das Programm der Kommunistischen Partei – was die Machtergreifung des Proletariats betrifft – ***einzig*** sich auf den ***Bürgerkrieg*** zu orientieren hat!

Völlig verlogen ist insbesondere auch die Berufung der modernen Revisionisten auf die historische Erfahrung der „Doppelherrschaft", die in Rußland für eine gewisse Zeit nach der Februarrevolution 1917 bestand. In Wirklichkeit ***bestätigen*** die Erfahrungen in der Phase der „Doppelherrschaft", die nur eine bestimmte Phase im Gesamtprozeß der Revolution in Rußland war, die Prinzipien und Gesetzmäßigkeiten, daß die Zerschlagung des alten Staatsapparates durch den bewaffneten Kampf erfolgen muß, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter und anderen Ausgebeuteten bewaffnet sein müssen, daß der alte Staatsapparat unbedingt zerschlagen werden muß. Die Phase des „friedlichen Wegs" während der „Doppelherrschaft" widerlegt in Wirklichkeit die revisionistischen Theorien völlig. Lenin und Stalin verstanden etwas völlig anderes, völlig Entgegengesetztes, wenn sie damals für eine gewisse Zeit von der „friedlichen" Weiterentwicklung der Revolution sprachen: Sie war ***nur*** möglich auf der Basis des ***Bürgerkriegs*** im Februar 1917. Erst durch den bewaffneten Februaraufstand war die Grundvoraussetzung erfüllt, daß die Arbeiterklasse ***bewaffnet*** war. Durch die Februarrevolution, die den Zarismus stürzte, durch den Aufstand des Proletariats und seinen bewaffneten Kampf war bereits massiv begonnen worden, den alten Staatsapparat zu zerschlagen.

Che Guevaras falsche Positionen von angeblichen „Möglichkeiten des friedlichen Weges zum Sozialismus" in Süd- und Mittelamerika

Entsprechend der damals auch von der PAA und der KP Chinas propagierten These, daß der friedliche Weg zwar möglich, aber unwahrscheinlich sei, gab es auch bei Che Guevara theoretische Schwankungen, ja Positionen, wo er die

Möglichkeit eines „friedlichen Weges" für Süd- und Mittelamerika nicht wirklich ausschloß.

Im April 1961 schrieb Che Guevara:

„Das führt mitunter zu Vorstellungen, nach denen Revolutionäre immer mehr Parlamentssitze erringen müßten, bis hin zu dem Extrem, daß eines Tages eine qualitative Veränderung auf friedlichem Wege möglich sei. Ich glaube, daß sich diese Hoffnung unter den heutigen Bedingungen in allen lateinamerikanischen Ländern nur schwer realisieren lassen wird."[1]

(Ernesto Che Guevara, „Kuba - Historische Ausnahme oder Vorhut im Kampf gegen Imperialismus", 4. April 1961, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 40)

Che Guevara räumt hier, trotz aller Bedenken, die er hat, eine in Wirklichkeit nicht vorhandene Möglichkeit eines „friedlichen Wegs zum Sozialismus" unter den damals aktuellen Klassenkampfbedingungen in Süd- und Mittelamerika ein. Auch durch die Einschränkung, daß das „schwer realisierbar" sei unter den heutigen Bedingungen läßt er der revisionistischen Position dennoch Raum und propagiert eine Art „Zwei-Wege-Theorie" in abgeschwächter Form.

In einer seiner wichtigsten Schriften, „Taktik und Strategie der lateinamerikanischen Revolution", legt Che Guevara dar was er unter „friedlichem Übergang" versteht:

„Friedlicher Übergang ist nicht Erwerb einer formalen Macht in Wahlen oder die Veränderung der öffentlichen Meinung ohne direkten Kampf, sondern Aufbau der sozialistischen Macht, in ihrer ganzen Bedeutung, ohne den Einsatz des bewaffneten Kampfes."
(Che Guevara, „Taktik und Strategie der lateinamerikanischen Revolution"; Oktober-November 1962, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 125)

Che lehnt hier also eindeutig den „parlamentarischen Weg zum Sozialismus" ab, wie ihn die Chruschtschow-Revsionisten ab 1956 propagierten. Indem er aber weiter ausführt, daß dennoch eben die Möglichkeit eines „Weges zum Sozialismus ohne bewaffnete n Kampf" für Süd- und Mittelamerika besteht, beharrt er auf seiner falschen Position:

„Ist es oder ist es nicht möglich, unter den gegenwärtigen Bedinungen unseres Kontinents, dies (die sozialistische Macht, versteht sich) auf friedlichem Weg zu errichten? Wir antworten eindeutig: In der großen Mehrzahl der Fälle ist das nicht möglich."
(Che Guevara, „Taktik und Strategie der lateinamerikanischen Revolution"; Oktober-November 1962, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 125)

Ähnlich heißt es einige Seiten weiter in derselben Schrift:

„Wenn wir zu dem Schluß kommen, daß in Amerika der friedliche Weg als Möglichkeit fast zerstört ist..."
(Che Guevara, „Taktik und Strategie der lateinamerikanischen Revolution"; Oktober-November 1962, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 129)

In derselben Schrift schreibt Che Guevara:

„Wir können daraus folgern, daß mit der Entscheidung, gerechte Gesellschaftssysteme in Amerika aufzubauen, grundsätzlich an den bewaffneten Kampf zu denken ist. Trotzdem besteht noch eine gewisse Möglichkeit für einen friedlichen Übergang, erwähnt in den Arbeiten der Klassiker des Marxismus und bekräftigt in den Deklarationen der Parteien. Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen Amerikas macht jede Minute, die vergeht, das Beharren auf dem friedlichen Weg noch schwieriger..."
(Che Guevara, „Taktik und Strategie der lateinamerikanischen Revolution"; Oktober-November 1962, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 127)

Che Guevara macht zwar klar, daß er die Möglichkeit eines „friedlichen Wegs" in Süd- und Mittelamerika für immer unwahrscheinlicher hält, jedoch ist dennoch diese Passage in mehrere Hinsicht falsch und wieder ein Zugeständnis an die modernen Revisionisten.

Diese Passage zeigt das Dilemma: Che Guevara weiß, daß die Klassiker den „friedlichen Weg" ***erwähnt*** haben, aber er erklärt nicht genau die Zusammenhänge! Da die modernen Revisionisten ja gerade mit diesen Passagen der Klassiker spekulieren, sie aus ihrem historischen Zusammenhang reißen, um ihren „friedlichen Weg" zu rechtfertigen, nützt dieser Hinweis in dieser Form nur den modernen Revisionisten.

Die Berufung auf die Deklaration der 81 Parteien (Moskau 1959/60), die auch die KP Chinas und die PAA mit unterzeichnet hatten, ist ebenfalls ein Zugeständnis an den modernen Revisionismus und erweist sich als „Knackpunkt". Denn dort wird entgegen den Klassikern des wissenschaftlichen Kommunismus die revisionistischen These von den „Zwei Wegen zum Sozialismus", ja vom „friedlichen", „parlamentarischen Weg zum Sozialismus" unter den Bedingungen eines waffenstarrenden Imperialismus und reaktionärer Staaten propagiert.[2]

Interessant ist dabei, daß Che Guevara offensichtlich doch nicht sehr genau diese Deklaration analysiert hatte, denn er plante an dieser Stelle zwar die Einfügung eines Zitates aus der Deklaration, kam dann aber nicht mehr dazu, dieses Zitat einzufügen.

Im September 1963 nimmt Che Guevara erneut Stellung und schreibt:

„Der friedliche Kampf kann mittels Massenbewegungen vor sich gehen, um - in besonderen Krisensituationen - die Regierung zum Nachgeben zu zwingen, wobei eventuell die Volkskräfte die Macht ergreifen und die Diktatur des Proletariats errichten würden. Richtig in der Theorie!
(Ernesto Che Guevara: „Der Guerillakrieg - Eine Methode", September 1963, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 1, S. 29)

Nach diesem Absatz erläutert Che ausführlich, daß „in der Praxis", unter den damaligen Bedingungen der richtige Weg in Süd- und Mittelamerika der Weg des Partisanenkriegs ist, daß die Ausgebeuteten revolutionäre Gewalt anwenden müssen etc.[3]

Che Guevara geht hier zu sehr taktisch an die Revisionisten heran, anstatt prinzipiell auch theoretisch Stellung zu beziehen, was er, wenn er über die konkrete revolutionäre Praxis in Süd- und Mittelamerika spricht, immer wieder betont: Es gibt eben keine Möglichkeit eines „friedlichen Weges". Daß Che Guevara eben nicht so vorgeht hat - neben seinen zentristischen Grundpositionen - auch damit zu tun, daß er offensichtlich die Bedeutung der revolutionären Theorie unterschätzt, die ja gerade die Verallgemeinerung der revolutionären Erfahrungen aller Länder ist, wenn er lapidar formuliert „Richtig in der Theorie!". Es stellt sich angesichts dieser Formulierung auch die Frage, ob er nicht auch selbst an gewisse Möglichkeiten des „friedlichen Wegs" geglaubt hat, gewisse Hofnungen hatte, daß es unter den Bedingungen der revolutionären Krise und des entfalteten Massenkampfes eben doch ohne bewaffneten Kampf gehen könnte.

Falsches Schema zur Frage des Beginns des bewaffneten Kampfes und des Beginns der Vorbereitung der bewaffneten Revolution

In seiner Schrift „Der Guerillakrieg" von 1960 legt Che ein falsches Schema fest, wann mit dem bewaffneten Kampf begonnen werden sollte:

„Wir haben den Guerillero als einen Menschen bezeichnet, dessen Ziel es ist, den Willen des Volkes nach Befreiung von seinen Unterdrückern zu vollstrecken. Wenn die friedlichen Mittel zur Erreichung dieses Ziels erschöpft sind, beginnt er seine Aktionen und wird zum bewaffneten Vorkämpfer des Volkes."
(Ernesto Che Guevara: „Der Guerillakrieg - Eine Methode", September 1963, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 1, S. 95)

Hier ist falsch, den Beginn des bewaffneten Kampfs zeitlich an die „Erschöpfung der friedlichen Mittel" zu knüpfen. Denn es geht darum den bewaffneten Kampf und erst recht den Beginn des Partisanenkrieges selbständig und offensiv aufgrund der Analyse der Klassenkampfsituation festzulegen. Ob und inwieweit die „friedlichen" Möglichkeiten erschöpft sind zu dem Kriterium für den Beginn des bewaffneten Kampfs zu machen, macht die Kommunistische Partei vollständig von der Bourgeoisie abhängig, denn diese kann ja durch die Ersetzung der bürgerlichen Demokratie durch ein faschistisches Regime und umgekehrt, das Vorhandensein „friedlicher", legaler Kampfmöglichkeiten weitestgehend bestimmen. Damit erhält die imperialistische Reaktion die Initiative in die Hand. Hier wird den revisionistische Position, „zur Not" und als „Antwort" auf die reaktionäre Gewalt auch zur revolutionären Gewalt zu greifen, nicht wirklich entgegengetreten.

In seiner zentralen Schrift „Taktik und Strategie der lateinamerikanischen Revolution" von 1962 schreibt Che Guevara:

„Es ist logisch, daß alle progressiven Kräfte den Weg der bewaffneten Revolution nicht beginnen dürfen, sondern bis zur letzten Minute auf der Möglichkeit des legalen Kampfes innerhalb des bürgerlichen Staates beharren müssen."
(Che Guevara, „Taktik und Strategie der lateinamerikanischen Revolution"; Oktober-November 1962, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 128)

Diese Position Che Guevaras vertieft seinen Fehler von 1960. Er propagiert die ganz falsche Formel, die besagt, daß die Kommunistische Partei eben nicht von Anfang an, egal wie viele legale Möglichkeiten für den revolutionären Kampf noch bestehen, die bewaffnete Revolution vorbereiten muß, auf der Basis des illegalen Kampfes, durch seine Verbindung mit dem legalen Kampf, sondern diesen Weg erst einschlagen darf, wenn die Ausbeuter selbst die letzten legalen Möglichkeiten beseitigt haben, indem sie z.B. ein faschistisches Regime errichten. Diese Vorstellung verurteilt das Proletariat von vornherein zur Niederlage, wie die Ereignisse in Indonesien 1966 drastisch gezeigt haben.

---

[1] Hingegen heißt es in der neunbändigen kubanischen Ausgabe von 1977 (Band 9, S. 33), in der zweibändigen kubanischen Ausgabe von 1991 (Band 2, S. 413) sowie in der mexikanischen Ausgabe von 1968 (S. 522):

"Dies führt sogar zu Vorstellungen, durch immer mehr Sitze der revolutionären Kräfte im Parlament wäre eines Tages schließlich eine qualitative Veränderung möglich.

Wir denken, daß diese Hoffnung sich unter den gegenwärtigen Bedingnungen in den Ländern Lateinamerikas nur sehr schwer realisieren lassen."
(Ernesto Che Guevara: „Cuba, ¿Excepción histórica o vanguardia de la lucha contra el colonialismo?", 9. April 1961, eigene Übersetzung)

[2] *Siehe dazu: „Gegen die Strömung", Nr. 20, „Das Schema vom ‚friedlichen und nichtfriedlichen Weg' widerspricht dem Marxismus-Leninismus", Januar 1981*

[3] *Siehe: Ernesto Che Guevara: „Der Guerillakrieg", 1960, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 1, S. 30, 37*

Che Guevara und die Abhängigkeit Kubas von der revisonistischen Sowjetunion

Che Guevara legte im August 1961 in einer öffentlichen Rede überzeugend Erfolge der antifeudalen und antiimperialistischen Revolution in Kuba dar (siehe dazu: Che Guevara, „Die ‚Allianz für den Fortschritt' - Kubas Standpunkt", August 1961, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 61f). Der Übergang der antiimperialistisch-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats wird von Che Guevara zwar behauptet, aber nicht weiter theoretisch begründet (ebenda). Angesichts der Abhängigkeit Kubas von der revisionistischen Sowjetunion schon Anfnag der 60er Jahre steht nicht nur der sozialistische Charakter der Revolution in Kuba zur Diskussion, sondern auch die Erfolge der Unabhängigkeit Kubas.

Che Guevara selber sah sehr wohl die Rolle der Sowjetunion nicht nur positiv. Im Juli 1963 verglich er indirekt die Sowjetunion mit den USA:

„Darüber hinaus wird die UdSSR im wirtschaftlichen und industriellen Bereich - das wurde während des längeren Aufenthalts von Fidel Castro in der Sowjetunion beschlossen - für Kuba die Bedeutung einnehmen, die vor der Revolution die USA hatten."
(Ernesto Che Guevara, „Wir sind die revolutionäre Hefe für ganz Lateinamerika", Interview mit der französischen Zeitung "Express" vom Juli 1963, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 143 f.)

Bei diesem Besuch wurde 1960 ein 100-Millionen-Dollar-Kredit vereinbart und festeglegt, daß die Sowjetunion 5 Jahre lang jährlich 1 Million Tonnen kubanischen Zucker abnimmt.

Daß Che Guevara und die kubanische Führung 1963 keineswegs hundertprozentige Anhänger der revisionistischen Sowjetunion waren, wie die revsionistische DDR, wo schon in den 60er Jahren Anhänger der Linie der KP Chinas verhaftet und eingekerkert wurden, zeigt folgende Aussage Che Guevaras:

„Von Anfang an veröffentlichten wir mit derselben Unparteilichkeit gegenüber ihren Thesen die sowjetischen wie die chinesischen Papiere."
(ebenda, S.141)

Che Guevara zitiert 1964 ebenfalls, wohl nicht zufällig, Mao Tse-tung „Die Revolutionäre bewegen sich im Volk wie die Fische im Wasser" (siehe: Che Guevara: „Der Befreiungskampf muß offensiv geführt werden", Dezember 1964, aus: Ausgewählte Werke, Band 4, Schriften zum Internationalismus, Bonn 1990, S. 189). Ein überzeugter Chruschtschow-Anhänger hätte so etwas unterlassen.

Im März 1964, bei einer Ansprache vor der UNO, argumentiert Che Guevara folgendermaßen:

„Viele unterentwickelte Länder gelangen bei der Analyse ihrer Schwierigkeiten auf Grund einiger angeblich logischer Feststellungen zu dem Schluß, daß, wenn die Verschlechterung der Austauschverhältnisse angesichts des Sinkens der Preise für exportierte Rohstoffe und der Preissteigerungen für importierte verarbeitete Produkte eine objektive Realität und die Grundlage für die Mehrzahl der Probleme ist, und zwar im Rahmen des Weltmarktes, dann die sozialistischen Staaten bei den Handelsbeziehungen auf Grundlage der herrschenden Weltmarktpreise die Nutznießer der jetzigen Situation seien, da sie in der Regel Fertigprodukte exportieren und unsere Rohstoffe importieren."
(Che Guevara, "Über die Freiheit des Handels in unserer Zeit", 25. März 1964, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4 S. 170f.)

In den weiteren Absätzen schwächt er diese Kritik allerdings wieder etwas ab, indem er schreibt, daß die „sozialistsichen Länder" sich „aus historischen Gründen gezwungen sehen, ihren Handel zu den auf dem Weltmarkt herrschenden Bedingungen abzuwickeln (ebenda).

Die schärfste Kritik an der Rolle der Sowjetunion übte Che Guevara in seiner Rede von Algier im Februar 1965. Dort prangert er den ungleichen Handel der „sozialistischen Länder" an und sagte:

„Wieso kann von 'gegenseitigem Nutzen' gesprochen werden, wenn zu Weltmarktpreisen die Rohstoffe verkauft werden, die die unterentwickelten Länder Schweiß und grenzenloses Leid kostenb, und zu Weltmarktpreisen die Maschinen gekauft werden, die in den heutigen großen automatisierten Fabriken hergestellt werden?

Wenn wir dieser Art von Beziehungen zwischen zwei Gruppen von Ländern herstellen, dann müssen wir auch sehen, daß in gewisser Weise die sozialistischen Länder zu Komplizen der imperialistischen Ausbeutung sind. Es kann entgegengehalten werden, daß der Handel mit den unterentwickelten Ländern nur einen unbedeutenden Teil des Außenhandels dieser Länder ausmacht. Dies ist in der Tat richtig, dadurch verändert sich aber nicht der unmoralische Charakter dieses Austausches.

Die sozialistischen Länder haben die moralische Pflicht, ihre stillschweigende Komplizenschaft mit den westlichen Ausbeuterländern zu beenden."
(Ernesto Che Guevara, "Ansprache beim zweiten Wirtschaftsseminar der afro-asiatischen Solidarität", Februar 1965, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein 1997, .Band 3, S. 161f.)

Die weitere Entwicklung Kubas nach Che Guevaras Ermordung 1967 zeigte unserer Ansicht nach eindeutig, daß Kuba nicht wirklich den sozialistischen Weg, ja nicht einmal den Weg der wirklichen Unabhängigkeit eingeschlagen hat, sondern weitgehend in Abhängigkeit von der sozialimperialistischen Sowjetunion existierte, wie die folgende Erklärung vier an der KP Chinas und der PAA orientierter Parteien von 1978 richtig feststellte:

„Kuba ist ein Beispiel des Schicksals, welches uns erwartet, wenn in unseren Ländern prosowjetische staatskapitalistische Regimes die Oberhand gewinnen. Das genannte Land ist heute wirtschaftlich, politisch und militärisch abhängig vom sowjetischen Sozialimperialismus. Dieser ist es, der sich mit den Methoden, die er in Osteuropa anwendet, die Wirtschaft dieser Länder unter seiner Ordnung zu deformieren, sie auszubeuten und wirtschaftlich gänzlich gefügig zu machen, um nicht die Interessen ihrer Völker, sondern des eigenen sowjetischen Sozialimperialismus zu befriedigen, widersetzt hat, daß Kuba seine Produktion diversifizieren und eine unabhängige, auf die eigenen Kräfte gestützte Wirtschaft entwickeln würde. In Kuba genauso wie im Rest der Länder, in denen es ihm gelang, sie zu beherrschen, hat er die sogenannte 'internationale Arbeitsteilung' angewandt. Kuba ist heute ein einfacher Lieferant von Zucker und Zitrus-Früchten für die Länder des Comecon und besonders der UdSSR. Der Zucker macht 36% des kubanischen Exports aus. Diese Abhängigkeit wird vervollständigt durch die direkte Intergrierung Kubas in den Comecon. Das bedeutet, daß Kuba nicht einmal das Recht hat, seine wirtschaftlichen Pläne auf unabhängige Art und Weise aufzustellen, sondern daß sie aufgestellt werden von supranationalen Organisationen, die für diesen Zweck von der UdSSR gegründet wurden und durch sie kontrolliert werden, um sie in den Ländern, die unter ihrer Oberherrschaft stehen, anzuwenden. Auf der anderen Seite kommen 70% des Brennstoffs, der Rohstoffe, des Weizens und der Industrieprodukte, die in Kuba verbraucht werden, aus dem Comecon. Für die Jahre zwischen 1976 und 1980 ist vorgesehen, daß sich dieser für Kuba in hohem Maße schädliche Handel verdoppelt. Obwohl der Comecon für den Zucker einen etwas höheren Preis als den des internationalen Marktes zahlt, so hält sich der Sozialimperialismus doch schadlos, indem er für seine an Kuba verkauften Produkte Preise zwischen 10% und 50% höher als jene des Weltmarktes verlangt. Diese Abhängigkeit zwingt Kuba dazu, sich mit sowjetischem Kredit wie von anderen Ländern des Comecon fortschreitend zu verschulden, womit ein anderer Typ der Abhängigkeit, die politische Abhängigkeit, geboren wird. Seine Auslandsschuld überschreitet 5 Milliarden Dollar. Die Kredite, die Kuba erhält, sind zu 100% dazu bestimmt, Käufe in den Ländern des Comecon zu tätigen. Diese absolute Abhängigkeit von dem sozialimperialistischen Gebiet und die gigantische Deformierung, die sie der kubanischen Wirtschaft aufgezwungen hat, sind die Ursache dafür, daß dem Volke elementarste Bedarfsgüter fehlen, die auf dem Markt nicht vorhanden sind. Und dies, während die an der Macht befindliche bürokratische und militärische Bourgeoisie über die außergewöhnlichsten importierten Produkte verfügt, zu denen nur sie Zugang hat."
(Gemeinsame Erklärung der KP Kolumbiens/ML, der RKP Chiles, der KPML von Ekuador und der Partei Rote Fahne von Venezuela, verabschiedet am 30. September 1978, zitiert nach: MLSK Nr. 4/79 (27), S. 28f)

Unter dem Deckmantel des „Proletarischen Internationalismus" unterstützte Kuba Mitte der 70er Jahre die übelsten reaktionären Regimes und nahm mit Truppen und Waffen an imperialistischen Aggressionen des sowjetischen Sozialimperialismus teil. Drei Beispiele: Kuba hat in den 70er Jahren Waffen an das reaktionäre peruanische Regime von Velasco Alvarado entsandte, um bei der Zerschlagung des revolutionären Kampfs „behilflich zu sein".[1] Kuba hat einen Stellvertreterkrieg mit Hilfe kubanischer Truppen für den sowjetischen Sozialimperialismus in Angola geführt.[2] Kuba schickte 1978 Truppen nach Eritrea, die sich an der sozialimperialistischen geführten Offensive des äthiopischen reaktionären Regimes gegen die befreiten Gebiete der EPLF und ELF beteiligten.[3]

---

[1] Gemeinsame Erklärung der KP Kolumbien/ML, der RKP Chiles, der KPML Ekuador und der Partei „Rote Fahne" Venezuelas, September 1978, nach: MLSK 4/79 (27), S. 22

[2] Gemeinsame Resolution der Delegation des ZK der KP Brasiliens und der Delegation des ZK der KP Portugals (R), Mai 1976, nach: MLSK 1/78, (20), S. 103

[3] Stellungnahme Nr. 6 der EPLF „Soviet warships attack EPLF-positions", Khartoum, 5.12.1978, nach: K. Melchers, Die sowjetische Afrikapolitik von Chruschtschow bis Breschnew, Berlin 1980, S. 266

Zur besonderen Rolle und Gefährlichkeit des Zentrismus

Was ist „Zentrismus"?

Der Begriff „Zentrismus" wurde von Lenin geprägt im Kampf für den Aufbau von Kommunistischen Parteien in der ganzen Welt, die in der Kommunistischen Internationale zusammengefaßt werden sollten, im Kampf gegen die Parteien der II. Internationale, im Kampf gegen den Sozialchauvinismus im Ersten Weltkrieg. Die Zentristen, deren Hauptvertreter in Deutschland Kautsky war, standen in diesem Kampf sozusagen scheinbar in der „goldenen Mitte" : Sie forderten die Einheit, sie propagierten das Versöhnlertum zwischen den proletarisch-internationalistischen Kräften und den sozialchauvinistischen „Vaterlandsverteidigern". Die objektive Aufgabe dieser Strömung war es, unter marxistischen Phrasen den offenen Opportunismus plausibel zu machen, den Bruch mit ihm zu verhindern, den fortschrittlichen Arbeiterinnen und Arbeitern Augen, Verstand und Gewissen zu verkleistern. Der Kampf der Zentristen gegen den offenen Sozialchauvinismus war ein Scheinkampf mit dem Ziel, die Arbeiterinnen und Arbeiter an sich zu binden. Aus diesem Grund war die Strömung des Zentrismus für die Sache des revolutionären Kommunismus die gefährlichere.

Lehren aus der Haltung und Taktik Lenins gegenüber den Zentristen

Das Wesentliche am Kampf Lenins gegen die II. Internationale war die Unerbittlichkeit des Kampfes, das Vertrauen zur revolutionären Arbeiterklasse, die offene und frontale Propagierung der Spaltung von den Opportunisten. Die Frage der Haltung und Taktik gegenüber den Zentristen war dabei ein Schlüsselpunkt. Anhand dieses Kampfes kann und muß vor allem auch die keineswegs einfache Frage studiert werden, wie dieser Kampf auf einer prinzipiellen Grundlage Schritt für Schritt und mit aller Konsequenz vorwärtsgetrieben werden muß. Bei aller Taktik, auch bei der Zustimmung zu Kompromissen selbst mit gewissen opportunistischen Kräften, waren folgende Gesichtspunkte für Lenin gerade auch im Kampf für den Bruch mit den Opportunisten stets grundlegend:

❒ Keinen Prinzipienschacher betreiben, ideologische Widersprüche müssen ausgetragen werden und das klassenbewußte Proletariat muß anhand dieser Widersprüche erzogen werden.

❒ Kompromisse, die dazu führen, daß das Klassenbewußtsein der revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter getrübt wird, müssen ***abgelehnt*** werden.

❒ Die kommunistischen Kräfte fordern stets die unbedingte Freiheit der kommunistischen Propaganda und der Kritik des Opportunismus.

❒ Alle Maßnahmen im Kampf müssen geprüft werden im Hinblick darauf, ob sie wirklich einen Schritt vorwärts bedeuten zum Zusammenschluß der wirklich kommunistischen Kräfte ohne und gegen die Opportunisten. Lenin hat glasklar gegen jegliche Einheit mit Opportunisten formuliert:

„Die Einheit ist eine große Sache und eine große Losung! Doch die Arbeitersache braucht die Einheit unter den Marxisten, nicht aber die Einheit der Marxisten mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus."
(Lenin, „Einheit", 1914, Werke Band 20, S. 228)

Zum Kampf der antirevisionistischen Kräfte gegen den modernen Revisionismus

Der Kampf Lenins gegen Opportunismus und Zentrismus wurde leider nicht zum Vorbild genommen, als es galt, nach dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956 den Kampf für den radikalen Bruch mit den modernen Revisionisten herbeizuführen. Dazu galt es gerade auch die internationalen Konferenzen von 1957 und 1960 zu nutzen, auf der sowohl die Hauptvertreter des modernen Revisionismus als auch antirevisionistische Kräfte anwesend waren. Diese Konferenzen fanden zu einem Zeitpunkt statt, als nach dem 20. Parteitag der KPdSU die Hochflut des modernen Revisionismus in fast allen Kommunistischen Parteien der internationalen kommunistischen Bewegung ausbrach, zu einem Zeitpunkt, als die KPdSU mehr oder weniger offen die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens angriff, zu einem Zeitpunkt, als immer deutlicher wurde, daß es ernste und prinzipielle Widersprüche in der kommunistischen Weltbewegung gab. Die Einpeitscher des modernen Revisionismus, voran die Chruschtschow-Revisionisten, wollten auf diesen Beratungen der internationalen kommunistischen Weltbewegung ihr revisionistisches Programm, dargelegt auf dem 20. Parteitag der KPdSU, zum allgemeingültigen Programm der kommunistischen Weltbewegung machen. Die kommunistisch orientierten Kräfte, vor allem die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens, versuchten auf diesen Foren durch interne Debatten dem modernen Revisionismus, insbesondere dem Chruschtschow-Revisionismus, entgegenzutreten.

Weil die KP Chinas, aber auch die Partei der Arbeit Albaniens mit der Linie der Dokumente von 1957 und 1960, zunächst jedenfalls, in wesentlichen Fragen inhaltlich einverstanden waren, und weil sie auch in den Fragen, in denen sie abweichende Ansichten hatten, der Meinung waren, daß es erforderlich sei, sich in der Öffentlichkeit rückhaltlos zu den gemeinsam beschlossenen Dokumenten zu bekennen, führten sie den Kampf um die korrekten Standpunkte nicht offensiv und banden sich im weiteren die Hände. Dadurch entstand in der Öffentlichkeit der Eindruck eines „vollständigen Einvernehmens" zwischen ihnen und den Chruschtschow-Revisionisten. Indem sie nicht offen und öffentlich ihre Haltung zu den Dokumenten darlegten, indem sie den Chruschtschow-Thesen keine offensive Propagierung der kommunistischen Prinzipien und Standpunkte entgegensetzen, nahmen sie eine völlig defensive Haltung ein und boten den Chruschtschow-Revisionisten reichlich Raum und Handhabe für ihre Demagogien.

Bei alledem kam eine totale Verwirrung und Konfusion in der internationeln kommunistischen Bewegung heraus, da bei einem solchen Vorgehen kein wirklich offensiver Kampf für den Bruch mit dem Revisionismus geführt werden konnte.

Es war ein großer Fehler und Prinzipienschacher, die Dokumente von 1957 und 1960 zu unterzeichnen. Noch schwerer aber wiegt und noch folgenreicher war, daß die Fehler beim Vorgehen gegen den Chruschtschow-Revisionismus während der späteren öffentlichen Polemik der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens gegen den Chruschtschow-Revisionismus nicht korrigiert wurden und keine Selbstkritik geübt wurde, selbst dann nicht, als der Bruch mit den Chruschtschow-Revisionisten schon längst vollzogen war. Eine Ursache der Defensive und der Inkonsequenz im Kampf für den Bruch mit dem modernen Revisionismus ist mit Sicherheit die von der KP Chinas und auch den anderen Parteien propagierte Losung „Befolgung der Prinzipien ***und*** Wahrung der Einheit". Dieser Standpunkt, der die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus nicht an die erste Stelle setzt, widerspricht diametral den Lehren der Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus über den Kampf für eine prinzipienfeste Einheit ***ohne und gegen die Opportunisten und Revisionisten.***

Den „ehrenvollen Ruf des Spalters", bemerkte Stalin mit einem gewissen Schuß Ironie angesichts der prinzipienlosen Einheitsschreier, erwarben sich die Bolschewiki unter Leitung Lenins besonders im Kampf gegen den Opportunismus der II. Internationale, die zum Klassenverrat, zur Unterstützung des imperialistischen Krieges übergegangen war. Diese Zeitspanne enthält eben die Erfahrungen der leninistischen Linie der Spaltung und Abspaltung von ehemals revolutionären Parteien, die revisionistisch versumpft und unrettbar zu Kettenhunden des Imperialismus geworden sind. Genau diese Linie und Erfahrung wäre nach 1956 im Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus angebracht gewesen. Nachdem die Chruschtschow-Revisionisten die Einheit auf der Basis der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus bereits zerstört hatten, konnte gar nicht mehr die Rede davon sein, „die Einheit zu wahren" usw., sondern es konnte nur darum gehen, zielstrebig, aktiv und offensiv den ***Bruch*** mit dem Revisionismus herbeizuführen und den Gedanken an eine mögliche Einheit mit den modernen Revisionisten auch nicht eine Sekunde zuzulassen.

(Siehe dazu: „Rot Front - Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus", Nr. 3, Januar 1997, S. 239ff)

☆☆☆

Stellungnahmen sich am Marxismus-Leninismus orientierender Kräfte Südamerikas zur Konferenz von Havanna von 1964 und 1967 und zum kubanischen Revisionismus

Aus der Fülle von kontroversen Darstellungen zur Situation der sich kommunistisch nennenden Kräfte und des Kampfes zwischen Revisionismus und Kommunismus werden im folgenden uns gewichtig erscheinender Passagen als Diskussionsgrundlage in Auszügen vorgestellt.

RKP Chile (1966)

Die RKPChiles war neben einigen anderen an der KP Chinas und der PAA orientierter Kräfte Süd- und Mittelamerikas auf dem 5. Kongreß der PAA 1966 eingeladen. Dort gab ihr Vertreter folgende Stellungnahme zur Konferenz von Havanna von 1964 und zum kubanischen Revisionismus ab:

„Wie wir eine gemeinsame Aktion mit den Revisionisten ablehnen, so lehnen wir auch den Zentrismus ab, weil wir der Meinung sind, daß es keinen Mittelpunkt noch eine parallele Linie zwischen zwei Haltungen gibt, die ihrer Natur nach sich unterscheiden und im Gegensatz zueiander befinden. (...)

In Lateinamerika befinden sich heute die Marxisten-Leninisten in einer besonderen Situation, denn sie stehen im Kampfe gegen die Zusammenarbeit einiger sogenannter ‚Revolutionäre' mit den lateinamerikanischen Revisionisten und mit der führenden Clique der KP der SU. Während der größten Ebbe des Revisionismus in Lateinamerika, als die Revisionisten ideologisch und politisch diskreditiert waren und organisatorisch sich in Auflösung befanden, als die karibische Krise das kapitullerende und verräterische Gesicht der Sowjetrevisionisten enthüllte und Chruschtschow gestürzt worden war, beeilten sich die sogenannten ‚Revolutionäre' auf Verlangen der Chruschtschowrevisionisten ihnen zu Hilfe zu kommen. Und eben diesen Charakter hatte die Beratung der revisionistischen Parteien Lateinamerikas in Havana im Dezember 1964. Dort trafen sich, mit dem Spezialflugzeug aus Moskau kommend, der opportunistische Mist, die Renegaten und Verräter, die Diskreditierten und die von den lateinamerikanischen Massen Verachteten und Vergessenen und formulierten ihre bekannte Linie der Einstellung der Polemik und der Angriffe gegen die revolutionäre Linke. Sie machten Anstrengungen, um die Marxisten-Leninisten zu isolieren, die Revolution zu bekämpfen und die marxistisch-leninistischen Ideen und Prinzipien zu entstellen und zu verwerfen. Sie machten Anstrengungen, um die Verbreitung der revolutionären Ideen und Prinzipien zu verhindern. Wir denken, daß wir richtig handelten, als wir diese Beratung für eine Verräter-Beratung erklärten. Wir glauben, daß diese Menschen Mitarbeiter der Opportunisten geworden sind, indem sie versuchen, letztere zu tarnen, aber damit vermögen sie die Massen nicht zu betrügen und diese glauben zu machen, daß der Revisionismus revolutionär ist, weil er sein wahres Gesicht schon gezeigt hat.

Im Kampfe gegen unseren Hauptgegner, den Yankee-Imperialismus, kann es von einer Revolution keine Rede sein, wenn wir nicht die Revisionisten enthüllen, so wie es von einem bewaffneten Kampf keine Rede sein kann, wenn wir den revisionistischen Verrat und den ‚friedlichen Übergang' der Revisionisten nicht bekämpfen."

(Grußansprache des Genossen Jorge Díaz, Leiter der Delegation der Revolutionären KP Chiles, an den 5. Kongreß der PAA 1966, zitiert nach: Grußbotschaften der Kommunistischen und Arbeiterparteien und der marxistisch-leninistischen Bewegungen an den 5. Kongreß der PAA, Trana 1966, S. 190ff)

Oscar Zamora, KP Boliviens/ML (1968)

Oscar Zamora, der Generalsekretär der KP Boliviens/ML, hat in einem offenen Brief an Fidel Castro 1968 auf dessen Vorwort zum „Bolivianischen Tagebuch" geantwortet. Dort behauptet Castro, daß Zamora angeblich seine Zusagen Che gegenüber, daß er beim Aufbau der Partisanen in Bolivien mitkämpfen würde, feige nicht eingehalten hätte. In diesem Brief geht Oscar Zamora auch auf die Konferenz in Havanna 1964 und auf die damit zusammenhängenden Manöver Castros ein:

„Sie (Castro, Ad.V.) haben die Resolution der Konferenz der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas gemeinsam mit Codovilla, Corvalan, Monje (Führer revisionistischer lateinamerikanischer Parteien, A.dV.) u.a. unterzeichnet - eine Resolution, in der es eindeutig hieß:‚Alle Beziehungen zu den fraktionellen Gruppen müssen abgebrochen werden...' Aber sie sind noch weiter gegangen. Sie ergriffen die anmaßende Initiative, die *Kommunistische Partei Chinas* zu ‚zwingen', diese ihre Verhaltensweise zu billigen, und veranlaßten die Entsendung einer aus acht bekannten lateinamerikanischen Revisionisten bestehenden Delegation, die im August 1965 über Mosaku nach Peking fuhr, um der *Kommunistischen Partei Chinas* Beschlüsse der Havanna-Konferenz vorzulegen. Die Leitung hatte ihr persönlicher Vertreter, Carlos Rafael Rodríguez, der damit beauftragt war, dem Genossen Mao Tse-tung den sofortigen Abbruch der Beziehungen zwischen der chinesischen Partei und den marxistisch-leninistischen Bewegungen zu empfehlen, die damals in Lateinamerika im Enstehen begriffen waren - insbesondere mit unserer Partei, die einige Monate zuvor noch die totale und vorbehaltlose Unterstützung der kubanischen Partei und Regierung genossen hatten."

(Oscar Zamora, Primer Secretario del PCB, responde a Fidel Castro, hektographiert, 1968, S. 2, zitiert nach: B. Goldberg, Kommunismus in Lateinamerika, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, 1971, S. 399/400)

Oscar Zamora gibt in seinem offenen Brief an Castro einen Hinweis, daß Che Guevara mit den revisionistischen Kräften in Bolivien um Monje gebrochen hatte, weil diese Verrat am Partisanenkampf geübt hätten, während Castro und die kubanischen Führung zur selben Zeit die Revisionisten aus Bolivien auf einer Havanna-Konferenz 1967 hofierten:

„An der Konferenz der OLAS im Juli 1967 (in Kuba, A.d.V.) nahm aus Bolivien nur die von der Partei Monjes organisierte Delegation teil, obgleich Sie (Castro, A.d.V) durch die Informationen, die Che an ‚Manila' (die kubanische Führung, A.d.V.) gesandt hatte, über den Verrat Monjes und der Revisionisten an der Guerilla-Bewegung unterrichtet waren... *Sie* haben diese Delegation trotzdem eingeladen - mehr noch, Sie haben es ihr gestattet, eine angebliche Botschaft der bolivianischen Partisanen zu verlesen."

(ebenda, S. 603)

Die KP Brasiliens/ML und die KP Portugals (R) (1976) zur 2. Deklaration von Havanna von 1962

Hingegen wird die 2. Deklaration von Havanna von 1962 von der KP Brasiliens/ML und der KP Portugals (R) zu positiv eingeschätzt:

„Zur Zeit als Fidel Castro noch nicht in der sozialimperialistischen Zone aufgegnagen war, hatten ihn alle Revisionisten exkommuniziert. Sie waren von der 2. Deklaration von Havanna an die Völker Lateinamerikas in tiefen Schrecken versetzt worden, jenem wunderbaren revolutionärem Aufruf zum vereinten Kampf gegen Reaktion und US-Imperialismus"

(„Die Marxistisch-Leninistischen Parteien Brasiliens und Portugals bekräftigen ihre feste Einheit und prangern das Treffen der revisionistischen Renegaten in Lissabon an!", Mai 1976, zitiert nach: MLSK Nr. 1/78 (20), S. 103)

Denn diese Deklaration läßt die Möglichkeit eines „friedlichen Weges zum Sozialismus" offen:

„Ob die Revolution auf friedlichem Weg stattfindet oder nach einer schmerzlichen Geburt zur Welt kommt, hängt nicht von den Revolutionären , sondern von den reaktionären Kräften der alten Gesellschaft ab, die Widerstand leisten dagegen, daß die neue Gesellschaft geboren wird."

(Zitiert nach: Fidel Castro, Obras Esogidas. Tomo I, 1953-1962, Madrid 1976, S. 110)

Es bleibt die Aufgabe, Punkt für Punkt die Geschichte und die Positionen der Erklärungen und Konferenzen von Havanna in den 60er Jahren zu analysieren.

Fortsetzung von S. 5

„Warum halten wir unter den gegenwärtigen Bedingungen Amerikas den Guerillakrieg für den richtigen Weg?...Nimmt man als Wahrheit an, daß der Feind kämpfen wird, um seine Macht zu behaupten, dann muß man daran denken, das Heer des Unterdrückers zu zerstören; um es zu zerstören, muß ihm ein Volksheer entgegentreten."

(Che Guevara, „Taktik und Strategie der lateinamerikanischen Revolution", Oktober-November 1962, Ausgewählte Werke, Band 4 Schriften zum Internationalismus, S. 135)

In Anlehnung an Marx forderte Che Guevara die Anwendung revolutionäre Gewalt gegen die Ausbeuter:

„Die Gewalt ist kein Vorrecht der Ausbeuter, auch die Ausgebeuteten können sie anwenden und mehr noch, müssen sie anwenden im rechten Moment ... D. h., wir dürfen die Gewalt nicht fürchten, die Hebamme der neuen Gesellschaft."

(Ernesto Che Guevara: „Der Guerillakrieg - Eine Methode", September 1963, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 1, S. 31)

Wie ein Faustschlag ins Gesicht der modernen Revisionisten wirkte jene Passage aus der Schrift „Guerillakrieg - Eine Methode" von 1963, wo Che eine Lenin-Passage zitiert, in der klargestellt wird, daß ohne Bürgerkrieg keine sozialistische Revolution siegen kann:

„Lenin seinerseits sagte: 'Die Sozialdemokratie hat nie betrachtet und betrachtet nicht den Krieg von einem sentimentalen Standpunkt aus. Sie verdammt absolut den krieg als grausames Mittel der Klärung von Differenzen, aber sie weiß, daß Kriege

unvermeidlich sind, solange die Gesellschaft in Klassengespalten ist, solange es Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt. Und um mit dieser Ausbeutung Schluß zu machen, werden wir nicht vom Krieg absehen, zu dem immer und überall die eigenen Ausbeuter-, Herrscher- und Unterdrückerklassen greifen.' Das sagte er im Jahre 1905; später, als er im Militärprogramm der proletarischen Revolution eine tiefgründige Analyse der Natur des Klassenkampfes gab, stellte er fest: 'Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Gesellschaft eine natürlich, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. Alle großen Revolutionen bestätigen das. Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen, hieße in den äußersten Opportunismus verfallen und auf die sozialistische Revolution verzichten.'"
(Ernesto Che Guevara: „Der Guerillakrieg - Eine Methode", September 1963, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 1, S. 31f.)

Che Guevara ließ sich auch vom revisionistischen Gefasel über eine „friedliche Koexistenz von Imperialismus und Sozialismus" als neuer Strategie nicht blenden und propagierte die ***Vernichtung des Imperialismus:***

„Als Marxisten vertreten wir die Meinung, daß die friedliche Koexistenz zwischen Staaten nicht die Koexistenz zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, zwischen Unterdrückern und Unterdrückten umfaßt."
(Ernesto Che Guevara, „Kuba - ein freies Land auf dem amerikanischen Kontinent", Ansprache vor der Vollversammlung der UNO vom 11. Dezember 1964, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 194)

„Schließlich muß man in Rechnung stellen, daß der Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus ein weltumspannendes System ist, und daß er in einer *großen weltweiten Konfrontation* geschlagen werden muß. Das strategische Ziel dieses Kampfes muß die Vernichtung des Imperialismus sein."
(Ernesto Che Guevara, „Botschaft an die Völker der Welt", 16. April 1967, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 225)

Als Richtlinie für die Revolutionäre formulierte Che Guevara daher:

„Nicht an Bündisse denken, die nicht von der Arbeiterklasse geführt werden; nicht an Kollaboration mit den bürgerlichen furchtsamen Verrätern denken ...."
(Che Guevara, „Taktik und Strategie der lateinamerikanischen Revolution", Oktober-November 1962, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 134)

Die faktische Antwort Che Guevaras an die Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten: Die Praxis der Vorbereitung des Partisanenkampfs in Bolivien 1966/67

Che Guevara trat im April 1965 von sämtlichen Ämtern in Kuba zurück und ging 1966 nach Bolivien, um dort in enger Zusammenarbeit mit kommunistischen Kräften Boliviens den Partisanenkampf vorzubereiten als Teil des weltweiten Kampfes zur Vernichtung des Imperialismus. Diese internationalistische Haltung richtete sich direkt gegen all jene, die den revisionistischen „friedlichen Wege" auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Diese Entscheidung war eine Kampfansage an den Chruschtschow-Revisionismus in der Praxis!

Im „Bolivianischen Tagebuch" wird sehr detailliert geschildert wie die bolivianischen Partisanen versucht haben, sich eine erste logistische Basis - Lebensmittellager, Waffendepots etc. - zu schaffen, um im Kampf gegen die bolivianische Armee überhaupt überleben zu können. Denn von Anfang an bestand keine Verbindung zu den Bauern der Gegend, wie immer wieder im Tagebuch betont wird. Che Guevara schreibt am 30. April 1967 rückblikkend über den gesamten Monat:

„Die Isolierung ist weiterhin total. (...) Von einer Mobilisierung der Bauern kann keine Rede sein."
(*Ernesto Che Guevara, "Bolovianisches Tagebuch", 1967, VLB Nord, 1982, S. 111*)

Am 30. Juni 1967 faßt er den Monat zusammen:

„Die wichtigsten Erkenntnisse sind:

1. Wir sind weiterhin total isoliert, was uns auf die 24 Mann unserer Gruppe beschränkt...

2. Man fühlt das völlige Fehlen von Neuzugängen aus der Landbevölkerung. (...)"
(ebenda, S. 141)

Ende August 1967 resumiert Che Guevara:

„1. Wir machen weiter ohne Kontakte irgendwelcher Art und ohne wirkliche Hoffnung, bald welche herstellen zu können.

2. Wir machen weiter ohne Unterstützung der Landbevölkerung, eine logische Sache, wenn man in Betracht zieht, wie wenig Kontakt wir mit ihr in der letzten Zeit gehabt haben. (...)."
(ebenda, S. 173/175)

Einen Monat später, kurz vor seiner Ermordung, bringt Che Guevara die im Laufe des Sepember gemachten Erfahrungen auf den Punkt:

„Die Voraussetzungen sind die gleichen wie im vergangenen Monat, nur daß (...)

Che Guevara und die sogenannte „Focus-Theorie"

Nach Che Guevaras Tod wurde vor allem von antikommunistischen und kleinbürgerlich-revolutionären Kräften immer wieder behauptet, daß Che ein Anhänger und Verfechter der „Focus-Theorie" gewesen sei, die in ihrer extremsten Form besagt, daß die Kommunistische Partei unnötig sei, daß die Guerillagruppen die Massen durch den bewaffneten Kampf, durch ihre Aktionen mobilisieren würden bis es schließlich zum Aufstand gegen das reaktionäre Regime kommen würde, daß die Guerilliaarmee die Kommunistische Partei ersetzen könne.

Es ist sicherlich richtig, daß Che Guevara da und dort in seinen Schriften den Begriff „Focus" benutzt hat, um z.B. damit klarzumachen, daß zu Anfang des Partisanenkrieges relativ kleine Kerngruppen kämpfen, die sich dann im Verlauf des Partisanenkrieges durch die immer weitergehende Verbindung mit den ausgebeuteten Massen vergrößern werden bis hin zur Partisanenarmee. Ein Beispiel:

„Sehen wir, wie ein Guerillafokus anfangen könnte:

Relativ kleine Kerngruppen von Menschen wählen für den Guerillakrieg günstige Örtlichkeiten aus, sei es mit der Absicht, einen Gegenangriff zu entfesseln oder dem großen Sturm elastisch auszuweichen, und beginnen dort zu wirken. Man muß klar folgendes herausstellen: Im ersten Moment ist die relative Schwäche der Guerilla so groß, daß sie ihre Arbeit darauf beschränken müssen, sich im Gelände festzusetzen, die Umgebung kennenzulernen, indem sie Verbindungen zur Bevölkerung herstellen und die Orte verstärken, die eventuell zu Stützpunkten werden können."
(Ernesto Che Guevara: „Der Guerillakrieg - Eine Methode", September 1963, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 1, S. 41)

Aus Ches Schriften, die uns zugänglich sind, ist nicht zu erkennen, daß Che die „Focus-Theorie" vertreten hätte.

Nach Ches Tod wurde auch in Kuba mit der Autorität und dem Ansehen Ches spekulierend begonnen, an dem Begriff „Focus" eine antikommunistische, gegen die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei argumentierende „Theorie" zu verbreiten. Ein wichtiger Vertreter ist Régis Debray, der seit 1966 in Kuba lebte und 1967 das Buch „Revolution in der Revolution?" schrieb, wo es heißt:

„Schließlich wird die zukünftige Volksarmee die Partei hervorbringen, deren Instrument sie theoretisch hätte sein sollen. Die Partei ist im wesentlichen die Volksarmee"
(R. Debray, „Revolution in der Revolution?", Köln 1967, S. 111)

Debray behauptet, daß die Volksarmee die Kommunistische Partei hervorbringen wird, womit er frontal gegen die Position des wissenschaftlichen Kommunismus Front macht, die besagt, daß der Aufbau der Kommunistischen Partei eine eigenständige politische Aufgabe ist, die nicht als „Nebenprodukt" des Aufbaus einer Volksarmee durchgeführt werden kann. Debray geht eindeutig davon aus, daß die Kommunistische Partei im Kern identisch ist mit der Partisanenarmee, womit Debray faktisch die politischen Aufgaben der Kommunistischen Partei - wie z.B. die Schaffung des Klassenbewußtseins des Proletariats, die politische Führung der gerechten Kämpfe der Ausgebeuteten, des bewaffneten Kampfs der Arbeiterklasse - , die nur sie durchführen kann, ignoriert bzw. als Aufgaben der Volksarmee hinstellt.

Die Schrift Debrays wurde in Kuba und weltweit verbreitet, Debray selbst ging ebenfalls nach Bolivien, wo er im April 1967 verhaftet und verurteilt wurde. Debrays Thesen fielen gerade auch bei ehrlichen Kräften, die angeekelt vom Verrat der revisionistischen Parteien in Süd- und Mittelamerika den falschen Weg des revolutionären Kampfes ohne Aufbau einer revolutionären Kommunistischen Partei gingen, auf fruchtbaren Boden.

In den 80er Jahren war Debray als einer der engsten Berater Mitterands und als Generalsekrätär des „Rats für den Süpazifik beim Präsidenten der Republik" führend an der konnterrevolutionären Politik des französischen Imperialismus beteiligt (siehe: R. Debray, Die Weltmächte gegen Europa. Reinbek bei Hamburg 1986).

Zur Gefahr der Unterschätzung der Besonderheiten der Revolution in den verschiedenen Ländern Süd- und Mittelamerikas bei Che Guevara

Che Guevara hat in vielen seiner Artikel immer wieder betont, daß es in einer großen Zahl von Ländern Süd- und Mittelamerikas wesentliche Gemeinsamkeiten der Klassenkampfbedingungen gibt. Insbesondere hob er richtig die Kolonisierung weiter Teile Süd- und Mittelamerikas durch Spanien und anderer Kolonialmächte sowie die Tatsache hervor, daß in den 60er Jahren Süd- und Mittelamerika vor allem vom US-Imperialismus dominiert wurde. Sicherlich ist es so, daß es zwischen vielen Ländern Süd- und Mittelamerikas wesentlich größere Gemeinsamkeiten gibt als z.B. zwischen den Ländern in Europa, zwischen Frankreich und Deutschland, die genau herausgearbeitet werden müssen. Aus den vorliegenden Dokumenten geht aber hervor, daß Che Guevara eher den Akzent auf die Gemeinsamkeiten der Länder Süd- und Mittelamerikas legte, während unserer Meinung nach die Bedeutung der Gemeinsamkeiten nur durch die Klarheit über die großen, gravierenden Unterschiede hervortreten kann.

Bei dieser Betonung übersieht Che Guevara Besonderheiten der einzelnen Länder und deren Bedeutung für die Entwicklung des revolutionären Kampfes in seiner „Botschaft an die Völker der Welt" vom April 1967 eindeutig:

> **„Auf diesem Kontinent wird praktisch eine Sprache gesprochen, abgesehen vom Ausnahmfall Brasiliens, mit dessen Volk die Spanisch Sprechenden sich jedoch wegen der Ähnlichkeit der beiden Sprachen verständigen können. Die Gleichartigkeit der Klassen dieser Länder ist so groß, daß diese zu einer viel vollständigeren „international-amerikanischen" Vereinheitlichung gelangen, als es in anderen Kontinenten der Fall ist. Sprache, Gebräuche, Religion und der gemeinsame Herr einigen sie. Der Grad und die Formen der Ausbeutung gleichen sich in ihren Auswirkungen für Ausbeuter und Ausgebeutete in einem Großteil der Länder unseres Amerikas ähnlich. Die Rebellion reift in seinem Schoße immer schneller heran. "**
> *(Ernesto Che Guevara, „Botschaft an die Völker der Welt", April 1967, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 223)*

Che Guevara übersieht die Existenz und die Bedeutung der indigenen Sprachen in verschiedenen Ländern Süd- und Mittelamerikas, z.B. auch Boliviens, für die Verbindung mit den werktätigen und ausgebeuteten Massen. Er übersieht, daß vor allem aufgrund des verschiedenen Ausmaßes und der Intensität der Kämpfe der Ausgebeuteten in den jeweiligen Ländern, aufgrund der nationalen Besonderheiten der ideologischen und politischen Beeinflußung der ausgebeuteten Massen durch die herrschenden Klassen, aufgrund der Besonderheiten der politischen Regime der jeweiligen herrschenden Klassen (z.B. Peronismus in Argentinien) in jedem Land, trotz großer Gemeinsamkeiten, eben auch sehr große Unterschiede in den Klassenkampfbedingungen bestehen, die es notwendig machen, daß jede Kommunistische Partei im „eigenen" Land auch in Süd- und Mittelamerika aufgrund einer umfassenden Analyse den wissenschaftlichen Kommunismus richtig modifiziert auf die „eigenen" Bedingungen anwendet - ohne auch nur einen Milimeter von den allgemeingültigen Prinzipien der proletarischen Revolution abzurükken. Diese Aufgabe hat Che Guevara offensichtlich unterschätzt bzw. nicht gesehen. Dabei soll hier noch angemerkt werden, daß der Begriff „Lateinamerika" den großen Nachteil hat, daß eine Reihe von südamerikanischen Ländern, die vom englischen oder niederländischen Imperialismus kolonial oder neokolonial abhängig sind, ausgeklammert werden.

> **die Masse der Landbevölkerung (span: masa campesina, A.d.Ü) uns überhaupt nicht unterstützt und sich in Verräter verwandeln."**
> (ebenda, S. 197)

Trotz dieser Isolierung, trotz des Einsatzes von mehreren tausend Soldaten, Falschirmjägern und der Luftwaffe mit Hubschraubern und Flugzeugen, gelang es dem von US-imperialistischen Aufstandsbekämpfungspezialisten unterstützten reaktionären bolivianischen Regime mehrere Monate lang nicht, die Partisanengruppen zu zerschlagen. Die Partisanen kämpften immer wieder auch bewaffnet gegen die bolivianische Armee. Sie wandten die Partisanentaktik an, die Che in seinem Werk „Der Guerillakrieg" beschrieben hatte und konnten insbesondere in der ersten Zeit einige Trupps der bolivianischen Armee vernichten. Insgesamt erbeuteten sie 200 Waffen und Munition.

Die Partisanen in Bolivien kämpften 11 Monate lang für die Vorbereitung des Partisanenkrieges gegen die bolivianische Armee und erlitten im Oktober 1967 eine vernichtende Niederlage. Ihre Einheiten wurden umzingelt und zerschlagen, Che Guevara wurde ermordet.

Lehren der Niederlage der Partisanen in Bolivien

Nicht lange nach dieser Niederlage begannen die „Analysen" der modernen Revisionisten, die nur ein Ziel hatten: das revolutionäre Erbe Ches in den Dreck zu ziehen und zu verleumden. Die Kriterien zur Analyse der Ursachen der Niederlage in Bolivien finden sich bei Che selbst, in den besten seiner Passagen. Wir brauchen dafür ***nicht*** die besserwisserische Hilfe der Revisionisten! Drei entscheidende Punkte lassen sich feststellen:

1. Che Guevara hat bei seiner Auswertung der Erfahrungen der kubanischen Revolution sehr genau analysiert, daß eine Revolution in Süd- und Mittelamerika ohne massive imperialistische Intervention von US-Truppen wie in Kuba eine Ausnahme und Besonderheit war. Er schreibt:

> **„Das heißt auch, daß der Imperialismus die kubanische Lektion gelernt hat und daß er sich folglich in keiner unserer zwanzig Republiken und in keiner der noch bestehenden Kolonien, also in keiner Gegend Amerikas mehr überraschen lassen wird. Das bedeutet, daß sich alle diejenigen, die heute die Ruhe der Friedhöfe, den römischen Frieden stören wollen, auf große Schlachten der Volkskräfte mit mächtigen Interventionsarmeen einstellen müssen. Dies ist wichtig, denn wenn der kubanische Befreiungskrieg mit seinen zwei Jahren anhaltenden Kämpfen, Unruhen und Instabilitäten schwierig war, so werden die neuen Schlachten, die die Völker in anderen Regionen Lateinamerikas zu erwarten haben, noch viel schwieriger sein."**
> (Ernesto Che Guevara, „Kuba - Historische Ausnahme oder Vorhut im Kampf gegen Imperialismus", 4. April 1961, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S.38)

Für die Analyse der Niederlage in Bolivien ist wichtig, daß der US-Imperialismus und die bolivianischen herrschenden Klassen sich eben nicht überraschen ließen, sehr schnell Spezialeinheiten eingesetzt haben, ausgerüstet mit modernen Waffen aus den USA, um die Entwicklung eines Partisanenkampfes schon im Keim zu ersticken. Dies wurde bei der Vorbereitung des Partisanenkrieges in Bolivien offensichtlich nicht genügend berücksichtigt.

2. Che Guevara hat selbst klargemacht, daß ohne Verbindung zu den Massen kein Partisanenkrieg geführt werden kann. Er berief sich dabei auf Mao:

> **„Ich las in einer nordamerikanischen Schrift einen Ausspruch von Mao Tse-tung: 'Die Revolutionäre bewegen sich im Volk wie der Fisch im Wasser.' Die Nordamerikaner haben verstanden, daß dies die Kraft der Guerilla ausmacht, und auch, daß es notwendig ist, ihren gesamten Apparat in Bewegung zu setzen, um zu verhindern, daß dieser Zustand andauern kann."**
> (Ernesto Che Guevara: „Der Befreiungskampf muß offensiv geführt werden", Interview mit der Zeitschrift "Revolution Africaine", Dezember 1964, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 189)

Und weiter sagt er:

> **„Diese Art von Krieg ohne die Unterstützung der Bevölkerung verwirklichen zu wollen, ist der Auftakt zu einer unvermeidlichen Katastrophe"**
> (Ernesto Che Guevara: „Der Guerillakrieg - Eine Methode", September 1963, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 1, S. 25)

Ohne die Gründe für die Ursache genauer zu kennen, warum die erhofften und wohl auch geplanten Aktionen der Volksmassen nicht erfolgten, kann sicher festgestellt werden, daß gerade dieser Punkt für die Isolierung der Partisanen und ihre Niederlage wesentlich war.

3. Es ist ebenso offensichtlich, ohne daß wir die Gründe genau kennen, daß in Bolivien Agitation und Propaganda nicht oder nur in kleinen Ansätzen betrieben wurde, die Che Guevara ja selbst als unbedingt erforderlich bezeichnete. Insbesondere hob er ja selbst die überragende Rolle eines Zentralorgans und von Rundfunksendern hervor, was wohl beides im Partisanengebiet nicht eingesetzt wurde.

☆☆☆

Zu Che Guevaras grundlegenden Positionen zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus auf der Grundlage kommunistischen Bewußtseins und des proletarischen Internationalismus

1962 starteten die Revisionisten eine großangelegte ökonomische Debatte, die dazu diente die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und in anderen revisionistischen osteueropäischen Ländern theoretisch zu untermauern. Revisionistische Vorstellungen aus der Sowjetunion, vor allem von dem führenden revisionistischen Ökonomen Libermann, die besagen, daß der materielle Anreiz der entscheidende Hebel für den „Aufbau des Sozialismus" sei, um damit den kapitalistischen Profit der einzelnen Betriebe als höchstes Kriterium der revisionistisch-kapitalistsichen Produktion theoretisch begründen zu können, wurden in den revisionistischen Organen verbreitet und vor allem auch von der revisionistischen SED begeistert aufgegriffen.

Che Guevara war zu dieser Zeit Industrieminister von Kuba und hat insbesondere mit drei Artikeln in diese internationale Debatte eingegriffen: „Über das haushaltsmäßige Finanzierungssystem" (Februar 1964), „Die sozialistische Planung und ihre Bedeutung" (Juni 1964) und „Der Sozialismus und der Mensch in Kuba" (März 1965).

Seine Positionen zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus waren grundsätzlich gegen diese revisionistischen Positionen gerichtet, denn er hob die überragende Rolle der Entwicklung des Bewußtseins der Werktätigen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus hervor:

„Der Kommunismus ist ein Ziel, das die Menschheit nur bewußt erreicht; daher ist die Erziehung, die Beseitigung der Mißbildungen, die die alte Gesellschaft im Bewußtsein der Menschen hinterlassen hat, außerordentlich wichtig. Wir dürfen dabei natürlich nicht vergessen, daß ohne gleichzeitige Fortschritte auf dem Gebiet der Produktion eine kommunistische Gesellschaft nie erreicht werden kann."
(Ernesto Che Guevara, „Über das Haushaltsmäßige Finanzierungssystem", Februar 1964. Nach: E. Che Guevara, „Politische Schriften", Berlin 1976, S. 50)

Ähnlich heißt es in einer weiteren Schrift:

„Um den Kommunismus aufzubauen, müssen wir mit der materiellen Basis zugleich den neuen Menschen schaffen.

Daher ist es so wichtig, den richtigen Ansatz für die Mobilisierung der Massen zu wählen. Dieser Ansatz muß grundsätzlich moralischer Art sein, ohne den richtigen Einsatz des materiellen Anreizes, vor allem gesellschaftlicher Natur, außer Acht zu lassen."
(Ernesto Che Guevara, „Der Sozialismus und der Mensch in Kuba", März 1965, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 6, S. 20f.)

Gegen den revisionistischen „materiellen Anreiz" stellte Che Guevara richtig heraus:

„Wir lehnen die objektive Notwendigkiet des materiellen Anreizes nicht ab, doch wehren wir uns dagegen, ihn als grundlegenden anregenden Hebel zu gebrauchen. Wir glauben, daß in der Ökonomie diese Art von Hebel schnell zu einer selbsständigen Erscheinung wird und dann den Beziehungen zwischen den Menschen ihre eigene Kraft aufdrängt. Man darf nicht vergessen, daß sie vom Kapitalismus stammt und ihr Los im Sozialismus der Tod ist...

Dies ist ein Punkt, bei dem unsere Diskrepanzen konkrete Dimensionen annehmen. Es handelt sich nicht mehr um Schattierungen; für die Anhänger der finanziellen Eigentätigkeit stellt sich der direkte materielle Anreiz, in die Zukunft projeziert und die Gesellschaft in den verschiedenen Etappen des Aufbaus des Kommunismus begleitend, einer Entwicklung des Bewußtseins nicht entgegen; für uns ja. Deshalb kämpfen wir gegen seine Vorherrschaft, denn sie bedeutet den Verzug der Entwicklung der sozialistischen Moral."
(Ernesto Che Guevara, „Über das Haushaltsmäßige Finanzierungssystem", Februar 1964. Nach: E. Che Guevara, „Politische Schriften", Berlin 1976, S. 54f.)

Che nimmt hier sehr vehement öffentlich gegen die Revisionisten Stellung und betont, daß es eben nicht um „Schattierungen" geht, sondern um eine prinzipielle Frage.

Gegen revisionistische Vorstellungen, die dazu aufriefen Kategorien der Warenproduktion wie z.B. den Einfluß des Wertgesetzes immer weiter auszudehnen und das auch noch als „Entwicklung des Sozialismus" verkaufen wollten, entgegnete Che ebenfalls richtig:

„Wir vestehen, daß die Kategorien des Kapitalismus eine Zeitlang beibehalten werden, daß die Zeitdauer nicht von vorneherein festgelegt werden kann, aber die Merkmale der Übergangsperiode sind die einer Gesellschaft, die ihre alten Fesseln liquidiert, um schnellstens die neue Ära zu erreichen. Die *Tendenz* muß, unserer Meinung nach, die sein, so wirksam wie möglich die alten Kategorien zu vernichten: den Markt, das Geld, und daher den Hebel des materiellen Interesses, oder, besser, die Voraussetzungen, die ihre Existenz verursachten"
(ebenda, S. 63)

Che geht 1963 von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und der Weiterführung des Klassenkampfs nach dem Sturz der Bourgeoisie aus (siehe: Ernesto Che Guevara, „Technik in einer neuen Zeit",September 1963, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 6, S. 148) 1962 schrieb Che jedoch:

„Im Prozeß des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft und in dem Maße, wie die Kräfte der Reaktion geschwächt werden, wird es möglich sein, die Härte des Klassenkampfes zu mildern und vielen so den Übergang zum neuen Bewußtsein zu erleichtern, aber es ist unsere Pflicht, immer so viel zu retten wie nur zu retten ist, das Zurückgewinnbare zurückzugewinnen."
(Ernesto Che Guevara: „Die neue Universität", 11. Mai 1962, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 6, S. 98)

Che Guevara formuliert hier so allgemein, als würde insgesamt der Klassenkampf, auf allen Gebieten „gemäßigter", „weicher" je weiter das Proletariat voranschreitet und je schwächer die Reaktion wird. Diese falsche Vorstellung hat schon Stalin 1937 bekämpft und die Notwendigkeit der immer weitergehenden Verschärfung des Klassenkampfs bis zum Kommunismus begründet:

„Es ist notwendig, die faule Theorie zu zerschlagen und beseite zu werfen, daß der Klassenkamp bei uns mit jedem Schritt unseres Vormarsches mehr und mehr erlöschen müsse, daß der Klassenfeind in dem Maße, wie wir Erfolge erzielen, immer zahmer werde...

Im Gegenteil, je weiter wir vorwärtschreiten, je mehr Erfolge wir erzielen werden, um so größer wird die Wut der Überreste der zerschlagenen Ausbeuterklassen werden, um so eher werden sie zu schärferen Kampfformen übergehen, um so mehr Niederträchtigkeiten werden sie gegen den Sowjetstaat begehen, um so mehr werden sie zu den verzweifeltsten Kampfmittel greifen, als den letzten Mitteln zum Untergang verurteilter."
(Stalin, „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler", 1937, Werke Band 14, S. 136)

Che Guevara war bewußt, daß der Aufbau des Sozialismus in einem Land nur möglich ist, wenn er auf dem Boden des proletarischen Internationalismus stattfindet, Schulter an Schulter mit der revolutionären Arbeiterklasse aller Länder, was er vor allem auch durch seine revolutionäre Praxis immer wieder bewiesen hat:

„Der Revolutionär, ideologischer Motor der Revolution innerhalb seiner Partei, verbraucht sich in dieser unablässigen Aktivität, die erst mit dem Tod endet, es sei denn, der Aufbau ist weltweit erreicht. Wenn sein revolutionärer Elan nachläßt, sobald die dringlichsten Aufgaben auf örtlicher Ebene verwirklicht sind, und wenn er den proletarischen Internationalismus vergißt, dann hört die Revolution, die er leitet, auf, eine treibende Kraft zu sein und sinkt in bequeme Schläfrigkeit ab, die von unserem unversöhnlichen Feind, dem Imperialismus, ausgenutzt wird, um an Boden zu gewinnen. Der proletarische Internationalismus ist eine Pflicht, aber auch eine revolutionäre Notwendigkeit. So erziehen wir unser Volk."
(Ernesto Che Guevara, „Der Sozialismus und der Mensch in Kuba", März 1965, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 6, S. 33)

Obwohl Che nicht tief genug den revisionistischen Inhalt der Positionen z.B. eines Libermann herausstellt und angreift, und Positionen vertritt, die sich gegen die gesetzmäßige Verschärfung des Klassenkampfes bis zum Kommunismus richten, wird doch folgendes deutlich:

- Che hatte kommunistische Grundpositionen zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, die er auch öffentlich eindeutig gegen revisionistische Vorstellungen verteidigte!

- Che Guevara war nicht nur Revolutionär, der im bewaffneten Kampf den Imperialismus vernichten wollte. Seine eindeutig erklärten Ziele waren es, den Sozialismus und Kommunismus auf der Grundlage der Diktatur des Proletariats, der Entwicklung der ökonomischen Basis des Sozialismus und Kommunismus und des proletarischen Internationalismus aufzubauen. Hierfür hielt er den Kampf für ein kommunistisches Bewußtseins, eine kommunistische Moral, gegen die Reste der bürgerlichen Ideologie im Bewußtsein der Werktätigen für unerläßlich!

Wenn man das „Bolivianische Tagebuch" analysiert, kann nur eine Schlußfolgerung gezogen werden: Che Guevara hat in seiner Praxis in Bolivien offensichtlich die Bedeutung von Lenins Schrift „Was tun?" unterschätzt. Er hat die in „Was tun?" allseitig begründete Notwendigkeit einer wirklich revolutionären Kommunistischen Partei, die systematisch mit Hilfe ihres Zentralorgans vor allem auch anhand allseitiger politischer Enthüllungen sozialistisches Klassenbewußtsein von außen in die Arbeiterklasse hineinträgt, die die falschen Freunde der Ausgebeuteten und ihre Ideologien, insbesondere den Revisionismus und Opportunismus, entlarvt und bekämpft, nicht wirklich als Grundlage beim Aufbau der Partisanengruppen in Bolivien genommen.

Kritik und offene Fragen

Zentristische Haltung in der Polemik zwischen der KP Chinas und der KPdSU

Che Guevara schrieb 1962, also ein Jahr vor der Eröffnung der „Polemik" durch die KP Chinas, prinzipiell:

> **„Der Marxismus ist nach unserem Verständnis eine geschlossene Theorie, und so kann es lediglich Unterschiede bei seiner Anwendung in den einzelnen Ländern geben. Was die Unterschiede angeht, so wollen wir sie hinter verschlossenen Türen im Innern des Universiums und der Familie des Kommunismus diskutieren, um mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern, daß eine bestimmte Position den Konflikt überzieht und eine Spaltung hervorruft."**
> (Ernesto Che Guevara, „Wir sind die revolutionäre Hefe für ganz Lateinamerika", Interview mit der französischen Zeitung "Express" vom Juli 1963, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 143)

Diese grundlegend falsche Haltung hat Che Guevara nie aufgegeben. Hier wird eine Norm der „internen Beratung" zwischen den kommunistischen Kräften der verschiedenen Länder propagiert, die gegenseitige öffentliche Debatte und Kritik völlig ausschließt. Diese „Norm" wird dann auch noch als „Mittel gegen Spaltung" hingestellt.

Diese Positionen widersprechen völlig dem wissenschaftlichen Kommunismus. Allerdings war die „Norm der bloßen internen Beratung" auch bei den damaligen antirevisionistischen Kräften wie der KP Chinas in ähnlicher Form verbreitet (siehe „Gegen die Strömung", Nr. 11, „Zur Methode des Kampfes gegen den modernen Revisionismus", Juli 1979, S. 20f).

Unsere grundlegenden Positionen dazu sind:

❒ Es gibt innerhalb der kommunistischen Weltbewegung keinesfalls nur Debatten über die Anwendung des wissenschaftlichen Kommunismus in den einzelnen Ländern, sondern vor allem auch über seine Prinzipien, seinen revolutionären Kern, einen Kampf zur Verteidgung dieser Prinzipien gegen opportunistische Angriffe. Das übersieht Che Guevara.

❒ Es ist gesetzmäßig, daß die einzelnen Kommunistischen Parteien nicht nur Fehler bei der Anwendung des Marxismus im eigenen Land begehen, sondern opportunistische Positionen werden zwangsläufig in der einen oder anderen Partei mehr oder weniger stark in Erscheinung treten, ja die Gefahr der opportunistischen Zersetzung kann sich ausbreiten. Hier wird noch einmal deutlich, daß Che Guevara die Notwendigkeit des ideologischen Kampfs gegen den Opportunismus und vor allem den modernen Revisionismus nicht gesehen bzw. unterschätzt hat.

❒ Der Verzicht auf bewußt überlegte und geplante solidarische öffentliche Kritik zwischen den verschiedenen Kommunistischen Parteien *ist gleichbedeutend mit dem Verzicht, die internationale* wie die „eigene" Arbeiterklasse anhand von Fehlern einzelner Kommunistischer Parteien zu erziehen, damit diese Fehler nicht wiederholt, ausgebaut werden, sich nicht zu opportunistischen Ansichten entwickeln, ist gleichbedeutend mit dem Verzicht, die Arbeiterklasse zu wappnen, so daß sie gegen den Opportunismus für die Erhaltung und Stärkung der „eigenen" Kommunistischen Partei kämpfen kann.

Lenin hat 1914 am Beispiel der deutschen Sozialdemokratie den Stellenwert von öffentlicher Kritik an anderen Kommunistischen Parteien klargemacht:

> **„Wir dürfen die unbestreitbare Krankheit der deutschen Partei, die sich in derartigen Erscheinungen kundtut, nicht vertuschen und durch ‚offiziell-optimistische' Phrasen verhüllen, sondern wir müssen sie den russischen Arbeitern aufzeigen, damit wir aus den Erfahrungen einer älteren Bewegung lernen, lernen, was man nicht nachahmen soll."**
> (Lenin, „Was man der deutschen Arbeiterbewegung nicht nachahmen soll", Werka Band 20, 1914, S. 255)

❒ Bei Che Guevara ist „Spaltung" per se was Negatives, was „mit allen Mitteln" verhindert werden muß. Die entscheidende Frage jedoch ist: Geht es um eine revolutionäre Einheit oder um eine revisonistische Einheit? Lenins Rat ist dem von Che Guevara genau entgegengesetzt:

> **„Breite Öffentlichkeit - das ist das sicherste und das einzig zuverläßige Mittel, um Spaltungen, die vermieden werden können, zu vermeiden und um den Schaden der Spaltungen, die bereits unvermeidlich geworden sind, auf ein Minimum herabzumindern."**
> (Lenin, „Briefe an die Redaktion der Iskra", 1903, Werke Band 7, S. 107)

Wenn es sich um irreparable Felentwicklungen handelt, wenn es um eine nicht mehr im Rahmen der Kommunistischen Partei oder der internationalen kommunistischen Bewegung korrigierbare, fest zementierte revisionistische Linie geht, also um eine revisionistische Einheit, dann wird der Bruch dieser revisionistischen Einheit und die Schaffung einer neuen kommunistischen Einheit zur Pflicht der kommunistischen Kräfte. Wiederum ist hier Lenins Auffassung das Gegenteil von der Che Guevaras:

> **„Organisation ohne ideologischen Inhalt ist ein Unfug... Deshalb dürfen klassenbewußte Arbeiter niemals vergessen, daß es so ernsthafte Verletzungen der Prinzipien geben kann, daß der Bruch aller organisatorischen Beziehungen zur Pflicht wird."**
> (Lenin, „Der Kampf gegen die kadettisierenden Sozialdemokraten und die Parteidisziplin", 1906, Werke Band 11, S. 135)

Aber auch in den Jahren der „Großen Polemik" vermied Che Guevara eine eindeutige öffentliche direkte Kritik an der KPDSU. Ja, im Gegenteil, er schrieb ganz auf seiner Linie von 1962 auch noch 1967, wo die Polemik zwischen den modernen Revisionisten und den antirevisionistischen Kräften unter Führung der KP Chinas und der PAA schon vier Jahre in vollem Gange war und sich immer weiter verschärft hatte:

> **„Es ist die Stunde gekommen, unsere Meinungsverschiedenheiten zu mäßigen und alles in den Dienst des Kampfes zu stelllen. Daß heftige Kontroversen die für die Freiheit kämpfende Welt bewegen, das alles wissen wir und können wir nicht verheimlichen. Daß sie einen solchen Charakter und eine derartige Schärfe angenommen haben, daß der Dialog und die Aussönhnung äußerst schwierig ist, auch das wissen wir. Mittel zur Enleitung eines Dialogs zu suchen, dem die Streitenden aus dem Wege gehen, ist vergebliche Mühe ... Angesichts der Giftigkeit und Unnachgibigkeit, mit der jede Seite ihren Standpunkt verficht, können wir, die Besitzlosen, nicht für die eine oder andere Art, die Meinungsverschiedenheiten auszutragen, Partei ergreifen, selbst wenn wir manchmal mit gewissen Positionen der einen oder der anderen Seite, oder mehr mit denen der einen als mit denen der anderen Seite übereinstimmen. Im Augenblick des Kampfes bedeutet die Art, in der die derzeitigen Differenzen sichtbar werden, eine Schwäche; doch sie in dem Stadium, in dem sie sich befinden, durch Worte beilegen zu wollen, wäre eine Illusion. Die Geschichte wird sie auslöschen oder zu ihrer wahren Klärung bringen."**
> (Ernesto Che Guevara, „Botschaft an die Völker der Welt", April 1967, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 228 f.)

Ähnlich heißt es weiter:

> **„Schuldig sind auch die, die einen Krieg der Beschimpfungen und des Beinstellens aufrechterhalten, der schon seit langem von den Vertretern der beiden größten Mächte des sozialistischen Lagers angefangen worden ist."**
> (Ernesto Che Guevara, „Botschaft an die Völker der Welt", April 1967, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 216 f.)

Diese Einschätzungen Che Guevaras übersieht offensichtlich, daß es die Revisionisten um Chruschtschow waren, die durch ihre revisionistischen Angriffe auf die Prnzipien des wissen-

Che Guevaras falsche Haltung zur Rolle der Frauen im bewaffneten Kampf

In seinem Buch „Der Guerillakrieg" legt Che Guevara 1960 seine Auffassung über die Rolle der Frauen im Partisanenkrieg dar. Er betont zwar, daß die Frauen in der Revolution *„keine geringe Rolle"* spielen (*Ernesto Che* Guevara: „Der Guerillakrieg", 1960, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 1, S. 154),[1] er sieht die Frauen im Partisanenkrieg aber in der Hauptsache in der Rolle den männlichen Partisanen „das Leben durch gewisse häusliche Annehmlichkeiten zu erleichtern „. Im Kapitel „Die Rolle der Frauen in der Revolution" schreibt er darüber:

„Die Frauen können aber auch in den Einheiten der Guerilla mit anderen Aufgaben betraut werden, zum Beispiel mit der Zubereitung des Essens für die Kämpfer. Für einen Menschen, der das schwere Guerillaleben führt, ist es sehr angenehm, wenn er statt seines schnell selbst zurechtgemachten Essens schmackhaft zubereitete Mahlzeiten bekommt. Die Frauen erledigen das Kochen und die vielseitigen anderen häuslichen Arbeiten mit großer Freude und sorgen damit auf ihre Weise dafür, daß auch in dieser Hinsicht in das Leben der Guerilla eine gewisse Ordnung kommt. Konnten wir doch beobachten, daß sich die Guerilleros zu solchen Arbeiten immer recht oberflächlich verhielten und bestrebt waren, so schnell wie möglich wieder einen Kampfauftrag zu erhalten, um davonzukommen."[2]
(ebenda, S. 155)

Che Guevara zeigt hier ein falsches Verständnis dafür, daß die männlichen Partisanen die Hausarbeit ablehnen, und sieht es als selbstverständlich an, daß die Frauen diese Arbeiten übernehmen. Che bezieht hier die Position des „Herrenstandpunkts", er setzt sich hier nicht für den Kampf zur Befreiung der werktätigen Frau ein, der auch schon im und während des Partisanenkampfes von der Kommunistischen Partei geführt werden muß.

Um diesen Kampf erfolgreich führen zu könnnen, müssen die Arbeiterinnen und anderen werktätigen Frauen auch ihr mangelndes Selbstvertrauen, ihre Passivität vor allem in der politischen Arbeit selbst bekämpfen und überwinden. Es ist aber in erster Linie notwendig eine gewaltige Erziehungsarbeit unter den Arbeitern und anderen männlichen Werktätigen zu leisten. Denn es ist so, daß diese, voran die Kommunisten, ihre Überheblichkeit den Arbeiterinnen und anderen werktätigen Frauen gegenüber bekämpfen und ablegen müssen, wenn sie wirklich mit revolutionärer Perspektive kämpfen wollen.

Clara Zetkin betont in ihren „Erinnerungen an Lenin", daß Lenin im Gespräch mit ihr herausstellte:

„Wir müssen den alten Herrenstandpunkt bis zur letzten, feinsten Wurzel ausrotten - in der Partei und bei den Massen."
(Clara Zetkin, „Erinnerung an Lenin", 1925, zitiert nach: „Die kommunistische Revolution und die Befreiung der Frau", MLSK Nr. 35, Januar 1978, S. 155)

In derselben Schrift ist Che Guevara der ganz falschen Auffassung, daß es für Frauen kaum eine Notwendigkeit gibt, bewaffnet zu kämpfen, anstatt die Beteiligung der Frauen am bewaffneten Kampf vehement zu fordern, weil das den Partisanenkrieg verstärkt, weil gerade die Teilnahme am bewaffneten Kampf für die werktätigen Frauen ein wesentlicher Gesichtspunkt für ihre Entwicklung ist, weil gerade in diesem gemeinsam geführten Kampf der Herrenstandpunkt der männlichen Partisanen bekämpft werden muß:

"Die Frau kann den Mann auch bei allen anderen zivilen Arbeiten ersetzen. Unter besonderen Umständen können sie (die Frauen, A.d.V.) sogar mit der Waffe kämpfen, aber dafür besteht im Guerillakampf nur in den seltensten Fällen eine Notwendigkeit."
(Ernesto Che Guevara: „Der Guerillakrieg", 1960, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 1, S. 156)

Lenin legt dagegen in seiner Schrift „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution" richtig dar, daß die unterdrückten werktätigen Frauen in der Revolution Seite an Seite mit den werktätigen Männern bewaffnet kämpfen werden, wie während der Pariser Kommune 1871, daß nur so die proletarische Revolution siegen kann:

„Ein bürgerlicher Beobachter der Kommune schrieb im Mai 1871 in einer englischen Zeitung: ‚Wenn die französische Nation nur aus Frauen bestünde, was wäre das für eine schreckliche Nation!' Die Frauen und die Kinder vom 13. Lebensjahr an kämpften während der Kommune neben den Männern. Und auch in den kommenden Kämpfen um die Niederwerfung der Bourgeoisie kann es nicht anders sein. Die proletarischen Frauen werden nicht passsiv zusehen, wie die gut bewaffnete Bourgeoisie die schlecht bewaffneten oder gar nicht bewaffneten Proletarier niederschießt, sie werden wieder, wie 1871 zu den Waffen greifen,...."
(Lenin, „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution", September 1916, Werke Band 23, S. 77)

In dieser neuen Zeit, in der wir leben, in der Etappe des Aufbaus des Sozialismus, werden alle Diskriminierungen weggewischt , und es bleibt nur die einzige und maßgebende Diktatur der Arbeiterklasse, die als Klasse über den besiegten Klassen steht."
(Che Guevara, „Partei und Revolution", März 1963, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 6, S. 130f.)

Wir wollen unseren Leserinnen und Lesern einen Vergleich mit den beiden kubanischen Ausgaben und der mexikanischen Ausgabe nicht vorenthalten. Der Satz:

„Die Köchin kann die Ernährung erheblich verbessern..."
(Che Guevara, „La Guerra de Guerillas, 1960 in: Escritos y Discursos, Havanna 1977, Band 1, S. 132. Gleichlautend in: Obra Revolucionaria, Mexiko 1968, S. 90 und Obras Escogidas 1957 - 1967, Havanna 1991, Band 1, S. 107, eigene Übersetzung)

lautet in der Übersetzung von H.-E.Gross (und gleichlautend in der Ausgabe "Ernesto Che Guevara - Der Partisanenkrieg", Rixdorfer Verlagsanstalt Berlin-Neukölln, o. J., S. 98):

"Die Frauen erledigen das Kochen und die vielseitigen häuslichen Arbeiten mit großer Freude..."

Weiter heißt es in den beiden kubanischen Ausgaben und in der mexikanischen Ausgabe (a.A.o.):

"...und außerdem ist es leichter, sie dazu zu bewegen, daß sie diese Art Hausarbeit weiter verrichtet, denn eines der großen Probleme der Guerilla ist die Geringschätzung der zivilen Arbeiten durch die, die diese Arbeit verrichten und immer versuchen, diese Aufgaben liegenzulassen und sich bei den aktiven Kämpfern einzureihen."

Bei H.-G. Gross (a.A.o) folgt nun:

"...und sie (die Frauen, A.d.V.) sorgen damit auf ihre Weise dafür, daß auch in dieser Hinsicht in das Leben der Guerilla eine gewisse Ordnung kommt. Konnten wir doch beobachten, daß sich die Guerilleros zu solchen Arbeiten immer recht oberflächlich verhielten und bestrebt waren, so schnell wie möglich wieder einen Kampfauftrag zu erhalten, um davonzukommen."

Hier wird ein weiteres Mal das Dilemma der Quellenlage und Übersetzungsproblematik beim Werk Che Guevaras deutlich: Hat "nur" H.-E. Gross beim Übersetzen seinem Herrenstandpunkt "freien Lauf" gelassen? Oder handelt es sich bei der deutschen Übersetzung um Originalton von Che, der in den kubanischen Ausgaben und der mexikanischen Ausgabe gefälscht wurde angesichts der bewaffneten kubanischen Frauen, die sich 1959 an der kubanischen Revolution beteiligt hatten und sich nun mit Sicherheit nicht sagen lassen, daß sie eigentlich lieber "mit großer Freude" für ihre männlichen Genossen hätten kochen sollen?

---

[1] 1963 betont Che Guevara im Kern richtig:

„Eine Aufgabe der Partei ist eben die Erringung der totalen Freiheit der Frau, auch ihrer inneren Freiheit, denn nicht nur der physische Druck bewegt eine Frau in bestimmten Situationen zurückzustecken, sondern auch der Druck einer überlebten Tradition.

schaftlichen Kommunismus den Kampf innerhalb der kommunistischen Weltbewegung begonnen haben. Die Gleichsetzung jener Kräfte, die den Revisionismus propagieren, mit jenen, die den Revisionismus bekämpft haben, ist ideologisch nicht korrekt und historisch falsch.

Che Guevara nahm in diesen Passagen eine zentristische Position ein, die faktisch eine Unterstützung all jener bedeutete, die die Einstellung des Kampfes gegen den Revisonismus forderten. Ernesto Che Guevara war Zeit seines Lebens der Meinung, daß die öffentliche Polemik zwischen kommunistischen Kräften (und als solche sah er Chruschtschow, Mikojan und das ZK der KPdSU nach dem 20. Parteitag an) falsch sei. Er wählte den Weg der indirekten Polemik, um seine Position in der international entbrannten Debatte vor allem zwischen der KP Chinas und der KPdSU darzulegen. Zentralpunkte seiner Darlegungen waren aber inhaltlich gegen den Chruschtschow-Revisonismus gerichtet. Seine Entscheidung, sich wieder am bewaffneten Kampf zu beteiligen, war eine praktische Kampfansage an die Mentalität des revisionistischen „friedlichen Weges".

Offene Fragen

Bei der Einschätzung dieser zentristischen Positionen müssen folgende Probleme und offene Fragen bewußt sein:

❒ Es muß berücksichtigt werden, daß der Putsch in Indonesien von 1966 deutlich die Absurdität des „friedlichen Weges" gezeigt hat.

Der bewaffnete Kampf in Asien, vor allem in Thailand, Burma, Malaysia unter Führung neu gegründeter, an Mao Tse-tung und der KP Chinas orientierter kommunistischer Parteien hatte sich entwickelt.

❒ 1964 fand die Konferenz von Havana statt, wo die verschiedensten revisionistischen Kräfte beteiligt waren, die von der neugegründeten revolutionären KP Chiles 1966 als sehr negativ eingeschätzt wurde, wobei der kubanische Revisionismus als Variante des sowjetischen Revisionismus betrachtet wurde.

❒ Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, die Entwicklung der kubanischen Revolution, des kubanischen Revisionismus und seine Abhängigkeit von der revisionistischen Sowjetunion zu verstehen, um das revolutionäre Vermächtnis Che Guevaras umfassend analysieren zu können.

Denn ohne Frage war die revolutionäre Tätigkeit Che Guevaras bis zu seiner Ermordung mit dem kubanischen Staat und Fidel Castro verbunden.

❒ Eine zusätzliche Schwierigkeit bei der Analyse der Schriften Ches ist, daß die revolutionären Kräfte Kubas sich erst kurz vor bzw. nach dem 20. Parteitag der KPdSU zur kommunistischen Weltbewegung zugeordnet haben, also insbesondere die Gemeinsame Erklärung 1957 und 1960 eine wichtige Rolle zum Selbstverständnis von Che gespielt hat (siehe: Ernesto Che Guevara, „Taktik und Strategie der lateinamerikanischen Revolution"; April 1967, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S.127).

Zusammenfassung unseres Diskussionsstandes

Im Kampf zur Verteidigung der revolutionären Worte und Taten von Che Guevara ist es ein Trumpf der Imperialisten und Revisionisten, daß viele seiner Texte nicht veröffentlicht wurden, daß viele seiner Handlungen nicht von ihm selbst kommentiert werden konnten, so daß systematisch Spekulationen betrieben werden können.

Wir sind der Meinung, daß eine gründliche, auf Dokumenten und Beweisen beruhenden Debatte zwischen den kommunistischen Kräften der ganzen Welt, insbesondere auch mit den kommunistischen Kräften der Länder Süd- und Mittelamerikas unerläßlich ist, um die Auswertung des großen revolutionären Erbes Che Guevaras voranzutreiben und auch kritisch die Wirkung seiner Worte und Taten in der weiteren Entwicklung zu analysieren. Unser bisheriges Studium ergab zusammengefaßt folgende Einschätzung und Fragen:

Erstens: Che Guevara hat, teilweise klarer als die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens, in Theorie und Praxis den bewaffneten Kampf als Kampfform favorisiert und somit indirekt dem modernen Revisionismus empfindliche Schläge versetzt. Eine Vertiefung dieser Frage auf theoretischem Gebiet hat in den vorliegenden Dokumenten nicht stattgefunden, vielmehr gibt es in den vorliegenden Dokumenten auch – ähnlich den Dokumenten der KP Chinas - Zugeständnisse an die Apologeten des „friedlichen Weges". Ganz offensichtlich hat Che Guevara das Ausmaß des revisionistischen Verrats der Führung der KPdSU unterschätzt und falsch eingeschätzt. Unzweifelhaft hat Che Guevara auch öffentlich zentristische Positionen vertreten und jene zentristischen Kräfte auf internationaler Ebene unterstützt, die von einer öffentlichen Polemik zwischen Kommunismus und Revisionismus nichts wissen wollten. Che Guevara war nicht bereit mit dem modernen Revisionismus zu brechen.

Zweitens: Was den Weg des bewaffneten Kampfes angeht, die Rolle des Industrieproletariats und der werktätigen und ausgebeuteten Massen auf dem Land, die Frage der Schaffung bewaffenter Einheiten auf dem Land, die dort wachsen und dann, verbunden mit Aufständen der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Städten die großen Zentren der Macht in der Stadt angreifen, so sind seine theoretische und praktische Arbeit unverzichtbarer Bestandteil des revolutionären Erbes Süd- und Mittelamerikas und der ganzen Welt. Die gründliche Prüfung all seiner Argumente unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen und Entwicklungen im eigenen Land ist die ureigenste Aufgabe der Kommunistischen Kräfte, der kommunistischen Partei eines jeden Landes in Süd- und Mittelamerika. In der ***Wirkung*** seiner Argumentation und der Argumentation selbst muß in der Tat kritisch geprüft werden, inwieweit erstens bestimmte Besonderheiten der Revolution in Kuba doch zu selbstverständlich auf ein Land wie Bolivien und auf andere Länder übertragen wurden, und zweitens die Rolle des Aufbaus der Kommunistischen Partei, der Schaffung eines kommunistischen Zentralorgans, wie sie Che Guvara selbst gefordert hat, fälschlicherweise in den Hintergrund gerückt wurden.

Dabei ist die Debatte zwischen den sich als marxistisch-leninistisch verstehenden Kräften der KP Bolivien/ML und Che Guevara von besonderer Bedeutung und muß gründlich ausgewertet werden - so wie alle Diskussionsbeiträge kommunistischer Kräfte in Süd- und Mittelamerika zu den Schriften und dem Werk Che Guevaras systematisch zusammengetragen und ausgewertet werden müssen.

Drittens: In der Diskussion über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen Länder Süd- und Mittelamerikas sollte systematisch und Punkt für Punkt die Argumentation Che Guevaras, der recht genau die Lage anderer lateianamerikanischer Länder analysierte, geprüft werden. Aus den vorliegenden Dokumenten geht hervor, daß Che Guevara eher den Akzent auf die Gemeinsamkeiten der Ländern Süd- und Mittelamerikas, von Brasilien über Peru und Bolivien usw legte, während unserer Meinung nach die Bedeutung der Gemeinsamkeiten nur durch die Klarheit über die großen, gravierenden Unterschiede hervortreten kann, etwa auch die Bedeutung der indigenen Sprachen für die Verbindung mit den werktätigen und ausgebeuteten Massen.

Viertens: Geprüft werden sollte anhand der vorliegenden Dokumente alles, was Che Guevara über die Notwendigkeit des Aufbaus der Kommunistischen Partei und ihrer Rolle bei der Schaffung der nötigen Bewußtheit und Organisiertheit und der Leitung des bewaffneten Kampfes geschrieben hat, denn es ist unserer Meinung nach unzweifelhaft, daß verbunden mit der Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Kampfes die Schaffung einer wirklich kommunistischen Partei die Frage Nummer eins war und ist.

Fünftens: Ches erklärtes Ziel war die Erkämpfung des Sozialismus und Kommunismus. Er hat öffentlich - wenn auch nicht tief genug - revisionistische Angriffe zu Fragen des sozialistischen Aufbaus zurückgewiesen und dabei die überragende Rolle des Kampfes für die Vernichtung der bürgerlichen Ideologie im Bewußtsein der Ausgebeuteten und für die Entwicklung des kommunistischen Bewußtseins, der kommunistischen Moral zur Erkämpfung des Sozialismus und Kommunismus herausgestellt. Che Guevara stellte die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats heraus, hat aber auch Positionen verteten, die sich gegen die gesetzmäßige Verschärfung des Klassenkampfs unter der Diktatur des Proletariats bis zum Kommunismus richten.

Sechstens: Es ist unzweifelhaft und von größter Bedeutung bei der Diskussion über das Werk und das Leben von Che Guevara, daß er in den Herzen aller wirklich revolutionären Kräfte in der ganzen Welt ein Symbol des Kampfes gegen den Imperialismus ist, ein Symbol des uneigennützigen proletarischen Internationalismus, der Einheit von Wort und Tat, ein Symbol der Losung : Freiheit oder Tod!

Gerade deshalb ist das systematische und wissenschaftliche Studium all seiner Veröffentlichungen und die Debatte aller hier angeschnittene Fragen von größter Bedeutung.

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mitttwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Che Guevara:

Botschaft an die Völker der Welt: „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!“

(April 1967)

Es ist die Stunde der Weißglut, und nichts anderes als das Licht soll zu sehen sein.

José Martí

Seit dem Ende des letzten Weltkrieges sind bereits 21 Jahre vergangen, und verschiedene Veröffentlichungen in vielen Sprachen feiern als Symbol hierfür das Ereignis der japanischen Niederlage.

Es gibt einen trügerischen Optimismus in vielen Gruppen der verschiedenen Lager, in die die Welt sich teilt. Einundzwanzig Jahre ohne Weltkrieg scheinen in diesen Zeiten größter Auseinandersetzungen, gewaltiger Zusammenstöße und plötzlicher Umwälzungen eine sehr lange Zeit zu sein. Aber ohne die praktischen Resultate dieses Friedens weiter zu analysieren, eines Friedens, für den wir uns alle entschieden zu kämpfen bereit erklärten, sollte wegen der stets größer werdenden Misere, Erniedrigung und Ausbeutung von großen Teilen der Welt gefragt werden, ob dieser Friede real ist.

Es ist nicht die Absicht dieser Bemerkungen, die verschiedenen Konflikte lokalen Charakters, die sich seit der Kapitulation Japans ereignet haben, historisch einzuordnen. Es ist auch nicht unsere Aufgabe, von den zahlreichen und immer größer werdenden bürgerkriegsartigen Kämpfen, die in diesen Jahren scheinbaren Friedens ausgetragen wurden, zu berichten. Die Kriege von Korea und Vietnam reichen, um maßlosem Optimismus zu widersprechen.

Im Koreakrieg, nach Jahren gewaltigen Kampfes, blieb der nördliche Teil in der furchtbarsten Verheerung zurück, die die Annalen des modernen Krieges kennen: durchlöchert von Bomben, ohne Fabriken, Schulen und Krankenhäuser, ohne Wohnungen für die 10 Millionen Einwohner.

In diesem Krieg intervenierten unter der trügerischen Fahne der Vereinten Nationen Dutzende von Ländern. Diese Länder wurden militärisch von den Vereinigten Staaten geführt, gestützt durch die massive Teilnahme amerikanischer Soldaten und unter Benutzung der zu den Waffen gerufenen südkoreanischen Bevölkerung als Kanonenfutter.

Auf der anderen Seite konnten die Armee, das Volk von Korea und die Freiwilligen der chinesischen Volksrepublik mit dem Nachschub und dem Rat des sowjetischen Militärapparates rechnen. Von den Nordamerikanern wurde der Einsatz der verschiedensten Vernichtungswaffen unternommen, einschließlich der begrenzten Anwendung bakteriologischer und chemischer Waffen, lediglich mit Ausnahme thermonuklearer Waffen. In Vietnam führten die patriotischen Kräfte des Landes fast ununterbrochen militärische Aktionen gegen drei imperialistische Mächte: gegen Japan, dessen Macht nach den Bomben von Hiroshima und Nagasaki vollkommen zusammengebrochen war; gegen Frankreich, das sich von den besiegten Japanern seine indochinesischen Kolonien zurückeroberte, indem es die in Zeiten der Bedrängnis ge-

machten Versprechungen ignorierte; und gegen die Vereinigten Staaten, die in der letzten Phase dieser Auseinandersetzung stehen.

In allen Kontinenten gab es begrenzte Konfrontationen. Auf dem amerikanischen waren es lange Zeit nur Putsche und Versuche von Befreiungskämpfen. Dann gab die kubanische Revolution die Signale, die die Bedeutung dieses Gebietes unterstrichen. Sie zog sich dadurch aber den Haß der Imperialisten zu und mußte ihre Küsten, zunächst in Playa Giron und dann während der Oktoberkrise verteidigen. Dieser letzte Zwischenfall, die Konfrontation der Amerikaner und Sowjetrussen vor Kuba, hätte einen Krieg unermeßlichen Ausmaßes verursachen können.

Vietnam

Aber offensichtlich befindet sich im Augenblick der Schnittpunkt der Widersprüche in den Territorien der indochinesischen Halbinsel und deren Nachbarländern. Laos und Vietnam werden von Bürgerkriegen erschüttert. Sie nehmen einen neuen Charakter an, wenn der nordamerikanische Imperialismus mit seiner gesammelten Macht auftritt und damit das ganze Gebiet zu einem gefährlichen Zeitzünder wird. In Vietnam hat die Auseinandersetzung einen Grad extremer Zuspitzung erreicht. Wir möchten aber auch diesen Krieg nicht historisch einordnen, vielmehr werden wir nur einige Phasen seiner Entwicklung aufzeichnen.

Nach der verheerenden Niederlage von Dien Bien Phu im Jahre 1954 wurde das Genfer Abkommen unterschrieben. Das Abkommen teilte das Land in zwei Zonen und ordnete die Abhaltung von Wahlen innerhalb von 18 Monaten an, um die Regierung Vietnams zu wählen und die Form der Wiedervereinigung zu bestimmen. Die Nordamerikaner unterschrieben dieses Dokument nicht und begannen ein Intrigenspiel, um den französischen Marionetten-Kaiser Bao Dai durch einen ihren Absichten entsprechenden Mann zu ersetzen. Das Resultat war Ngo Djen Diem, dessen tragisches Ende allen bekannt ist: die vom Imperialismus ausgepreßte Orange.

Im Lager der Befreiungskräfte herrschte in den Monaten nach der Unterzeichnung des Abkommens Optimismus. Im Süden des Landes wurden antifranzösische Kampfzentren aufgelöst, und man erwartete die Erfüllung des Vertrages. Bald aber verstanden die Patrioten, daß es keine Wahlen geben würde, es sei denn, die Vereinigten Staaten wären in der Lage, ihren Willen in die Wahlurnen zu zwingen. Das aber hätte nicht einmal bei Anwendung aller ihnen bekannten Methoden des Betrugs geschehen können.

Von neuem begannen im Süden des Landes die Kämpfe und nahmen bis heute ständig an Intensität zu. Die nordamerikanische Armee besteht aus fast einer halben Million Invasoren, während die Marionettenkräfte an Zahl abnehmen und darüber hinaus vollständig ihren Kampfgeist verloren haben.

Vor zirka zwei Jahren begannen die Nordamerikaner die systematische Bombardierung der Volksrepublik Vietnam als weiteren Versuch, den Kampfgeist des Südens zu lähmen und eine Konferenz mit für sie günstigen Ausgangspositionen zu erreichen. Zunächst waren es einzelne Bombardements unter der Maske von Repressalien für angebliche Provokationen des Nordens. Dann nahmen sie an Intensität und Methode zu. Jetzt sind sie eine von den amerikanischen Luftstreitkräften durchgeführte gigantische Treibjagd, die von Tag zu Tag mit der Absicht stattfindet, jede Spur von Zivilisation im Norden des Landes zu zerstören. Es ist eine Episode der in trauriger Weise berühmten Eskalation.

Die materiellen Erwartungen der amerikanischen Machtelite haben sich trotz der äußersten Verteidigung der vietnamesischen Luftabwehreinheiten, der mehr als 1700 abgeschossenen Flugzeuge und der militärischen Hilfe des sozialistischen Lagers zu einem großen Teil erfüllt.

Es gibt eine peinliche Realität: Vietnam, jenes Land, das die Erwartungen und Hoffnungen der verlassenen Völker vertritt, ist in tragischer Einsamkeit. Dieses Volk muß die wilden Angriffe der US-Technologie fast ohne eine Möglichkeit der Abwehr im Süden und mit geringen Verteidigungsmöglichkeiten im Norden ertragen, aber immer allein.

Die Solidarität der fortschrittlichen Mächte der Welt mit dem vietnamesischen Volk ähnelt der bitteren Ironie, die der Beifall des Pöbels für die Gladiatoren im römischen Zirkus bedeutete.

Es geht nicht darum, den Opfern der Aggression Erfolg zu wünschen, sondern an ihrem Schicksal teilzunehmen, sie bis zum Tode oder bis zum Sieg zu beglei-

ten. Wenn wir die vietnamesische Einsamkeit analysieren, so wirkt dieses Moment der Unlogik innerhalb der Menschheit beängstigend.

Der nordamerikanische Imperialismus ist der Aggression schuldig, seine Verbrechen sind ungeheuer und überziehen die ganze Welt. Das wissen wir bereits, meine Herren! Aber schuldig sind auch die, die in der Stunde der Entscheidung zögerten, Vietnam zu einem unverletzlichen Teil des sozialistischen Lagers zu machen. Zwar hätte die Gefahr eines weltweiten Konflikts bestanden, aber andererseits wäre der Imperialismus zur Entscheidung gezwungen worden.

Schuld haben auch die, die einen Krieg von Beschimpfungen und Zänkereien aufrechterhalten, der schon vor langer Zeit von den Vertretern der beiden größten Mächte des sozialistischen Lagers begonnen wurde.

Fragen wir, um zu einer ehrlichen Antwort zu gelangen: Ist Vietnam isoliert oder nicht?

Steht es nicht im gefährlichen Balanceakt zwischen diesen konkurrierenden Mächten?

Und was für ein großes Volk! Welche Ausdauer und welcher Mut!

Und welch eine Lektion wird der Welt mit diesem Kampf erteilt!

Erst nach langer Zeit werden wir erfahren, ob Präsident Johnson wirklich ehrlich daran dachte, einige der notwendigen Reformen für sein Volk zu beginnen, um die Klassengegensätze, die mit explosiver Kraft und immer häufiger auftreten, zu mildern. Tatsache ist, daß die unter dem pompösen Titel des Kampfes um die „Große Gesellschaft" angekündigten Verbesserungen in die vietnamesische Kanalisation gefallen sind.

USA als größte imperialistische Macht

Die größte imperialistische Macht fühlt in ihren Eingeweiden die Blutung, die ein armes und zurückgebliebenes Land verursacht. Seine fabelhafte Ökonomie schwankt unter den Anstrengungen des Krieges. Töten hört auf, das bequemste Geschäft der Monopole zu sein.

Verteidigungswaffen, und die nicht einmal in genügender Zahl, sind alles, was diese wunderbaren vietnamesischen Soldaten haben außer ihrer Liebe zur Heimat {spanisch: patria, A.d.Ü.}, zu ihrer Gesellschaft und zu unbeugsamer Tapferkeit. Der Imperialismus hingegen versumpft in Vietnam. Er sucht verzweifelt einen Ausweg, der es ihm ermöglicht, die gefährliche Situation, in der er sich befindet, mit Anstand zu überwinden. Aber die Zange der „vier Punkte" des Nordens und der „fünf Punkte" des Südens ergreift ihn und fordert der Konfrontation immer mehr die Entscheidung ab.

Alles scheint darauf hinzudeuten, daß der Friede, dieser prekäre Friede, dem man diesen Namen gegeben hat, nur weil keine weltweite kriegerische Auseinandersetzung stattgefunden hat, wieder in Gefahr ist. Der unwiderrufliche und inakzeptable Schritt der Nordamerikaner droht ihn zu zerstören.

Und wir, Ausgebeutete der Welt, welches ist die Rolle, die auf uns zukommt? Die Völker dreier Kontinente sehen und lernen ihre Lektion in Vietnam.

Da die Imperialisten die Menschheit mit der Drohung eines Krieges erpressen, ist die richtige Antwort, den Krieg nicht zu fürchten. Die Taktik dieser Völker muß sein, hart und ununterbrochen in jeder Phase der Auseinandersetzung anzugreifen.

Aber in den Gebieten, in denen dieser miserable Friede, den wir erleiden, gebrochen worden ist, welche Aufgabe werden wir dort haben? Uns um jeden Preis zu befreien!

Europa

Die Situation der Welt zeigt eine große Vielfalt an Aufgaben. Sogar die Länder des alten Europa warten noch auf die Aufgabe der Befreiung. Sie sind zwar genügend entwickelt, um alle Widersprüche des Kapitalismus fühlen zu können, aber zu schwach, um imperialistische Ziele verfolgen oder diesen Weg jetzt noch beschreiten zu können. In den nächsten Jahren werden dort die Widersprüche einen explosiven Charakter annehmen. Ihre Probleme aber und darum letzten Endes auch deren Lösung sind verschieden von denen unserer abhängigen und ökonomisch zurückgebliebenen Länder. Der wichtigste Schauplatz der Ausbeutung durch den Imperialismus umfaßt die drei zurückgebliebenen Kontinente Amerika, Afrika und Asien. Jedes Land hat seine Besonderheiten, die sich dennoch auch in den Kontinenten als Gesamtheit darstellen.

Der amerikanische Kontinent

Amerika bildet mehr oder weniger eine homogene Gesamtheit, und beinahe im ganzen Territorium behaupten die amerikanischen Kapitalisten die absolute Vorherrschaft. Die Marionettenregierungen oder die im besten Falle schwächlichen und ängstlichen Regierungen können den Befehlen des Yankeeherrn nicht zuwiderhandeln.

Die Nordamerikaner haben fast den Höhepunkt ihrer politischen und ökonomischen Herrschaft erreicht. Sie können nur wenig mehr vorankommen. Jeder Wechsel der Situation könnte sich in einen Rückgang ihrer Vorherrschaft verwandeln. Ihre Politik besteht darin, das Eroberte zu halten. Die Leitlinie reduziert sich im gegenwärtigen Moment darauf, durch den brutalen Gebrauch der Macht Befreiungsbewegungen jeden Typs zu verhindern.

Hinter der Losung „Wir werden kein anderes Kuba erlauben" versteckt sich die Möglichkeit der Aggression ohne eigenes Risiko, wie die gegen Santo Domingo oder das Massaker von Panama. Dahinter steht die klare Warnung, daß die Yankeetruppen bereit sind, in jedem Gebiet, in jedem Ort Amerikas, wo die etablierte Ordnung in Frage gestellt wird, wo ihre Interessen gefährdet sind, zu intervenieren. Diese Politik rechnet mit einer fast absoluten Straflosigkeit. Die OEA (Organisation amerikanischer Staaten) ist eine bequeme Maske, auch wenn sie an Prestige verloren hat. Die UNO ist von einer Unfähigkeit, die am Rande des Lächerlichen oder Tragischen steht. Die Armeen aller Länder Amerikas stehen bereit zur Intervention, um ihre Völker zu unterjochen. Es hat sich in der Tat die Internationale des Verbrechens und des Verrats gebildet.

Andererseits haben die nationalen Bourgeoisien ihre ganze Widerstandskraft gegen den Imperialismus verloren. Wenn sie überhaupt je eine hatten, bilden sie nur das letzte Rad am Wagen des Imperialismus. Reformen sind nicht mehr möglich: entweder sozialistische Revolution oder Karikatur einer Revolution.

Asien

Asien ist ein Kontinent mit einer Reihe von Besonderheiten. Die Befreiungskämpfe gegen eine Kette von europäischen Kolonialmächten brachten als Resultat die Etablierung mehr oder weniger fortschrittlicher Regierungen. Ihre spätere Entwicklung führte in manchen Fällen zu einer Intensivierung der anfänglichen Ziele der nationalen Befreiung und in anderen Fällen zu einem Rückzug auf proimperialistische Positionen. Vom ökonomischen Standpunkt aus hatten die Vereinigten Staaten in Asien wenig zu verlieren und viel zu gewinnen. Die dortigen Veränderungen begünstigten die Vereinigten Staaten. Sie kämpfen um die Ablösung anderer neokolonialistischer Mächte und um neue ökonomische Einflußsphären zu erobern, manchmal direkt, oder auf dem Umweg über Japan. Aber es existieren spezielle politische Bedingungen, vor allem auf der indochinesischen Halbinsel, die Asiens Eigenarten fundamentale Bedeutung geben und die eine wichtige Rolle in der globalen Militärstrategie des nordamerikanischen Imperialismus spielen, die einen Zaun um China, von Südkorea über Japan, Taiwan, Südvietnam und Thailand gezogen hat.

Diese Doppelsituation, das heißt einmal ein so wichtiges strategisches Interesse wie der militärische Zaun um die Volksrepublik China, und andererseits das Kapitalinteresse, in diese von ihm noch nicht beherrschten Märkte einzudringen, machten Asien zu einem der explosivsten Orte der gegenwärtigen Welt. Darüber kann auch die scheinbare Stabilität außerhalb des vietnamesischen Bereichs nicht hinwegtäuschen.

Mittlerer Osten

Der Mittlere Osten, der geographisch zu diesem Kontinent gehört, aber seine eigenen Widersprüche hat, ist in höchster Spannung. Man kann nicht voraussehen, wohin dieser kalte Krieg zwischen Israel, von den Imperialisten unterstützt, und den progressiven Ländern dieser Zone führen wird. Der Mittlere Osten ist ein weiterer, die Welt bedrohender Vulkan.

Afrika

Afrika bietet Eigenarten eines jungfräulichen Gebietes für die neokolonialistische Invasion. Dort haben sich Veränderungen ereignet, die in gewisser Weise die neokolonialistischen Mächte zwangen, ihre alten Vorrechte absoluten Charakters aufzugeben. Aber mit dem Fortdauern dieser Prozesse wird der Kolonialismus durch einen gewalt-

losen(*) Neokolonialismus abgelöst. Er hat, was die ökonomische Beherrschung anbelangt, die gleichen Konsequenzen.

Die Vereinigten Staaten hatten in dieser Gegend keine Kolonien. Jetzt kämpfen sie darum, in die abgeschlossenen Jagdgründe ihrer Partner einzudringen. Man kann mit Sicherheit sagen, daß auf lange Sicht Afrika das Reservoir der strategischen Pläne des nordamerikanischen Imperialismus bildet. Seine jetzigen Investitionen sind nur in Südafrika von Bedeutung. Er beginnt, den Kongo, Nigeria und andere Länder, wo eine gewaltige Konkurrenz (bis jetzt friedlichen Charakters) mit anderen imperialistischen Mächten herrscht, zu durchdringen. Der nordamerikanische Imperialismus hat dort noch keine großen Interessen zu verteidigen, wenn man vom angemaßten Recht absieht, an jedem Ort der Welt, wo seine Monopole gute Gewinne erzielen oder die Existenz großer Rohstoffvorräte wittern, zu intervenieren.

Alle diese Vorgänge legen es nahe, die Frage nach der Möglichkeit der Befreiung der Völker in kurzer oder mittlerer Frist zu stellen.

Wenn wir Afrika analysieren, sehen wir, daß mit einer gewissen Intensität in den portugiesischen Kolonien von Guinea, Mozambique und Angola gekämpft wird, mit besonderem Erfolg in der ersten und mit unterschiedlichem Erfolg in den beiden anderen. Im Kongo kann man noch immer den Kampf zwischen den Nachfolgern Lumumbas und den alten Komplizen Tschombes beobachten. Der Kampf scheint zur Zeit die letzteren zu begünstigen, die zu ihrem eigenen Nutzen einen großen Teil des Landes „befriedet" haben, obwohl der Krieg latent bleibt.

In Rhodesien ist das Problem anders: der englische Imperialismus benutzte alle in seiner Hand befindlichen Mittel, um seine Herrschaft der weißen Minorität, die gegenwärtig an der Macht ist, zu übergeben. Der Konflikt ist vom Gesichtspunkt Englands aus absolut inoffiziell. Diese Macht hat nur mit der ihr eigenen diplomatischen Fähigkeit – was auf gut deutsch {spanisch: en buen romance, besser: deutlich gesagt} Heuchelei heißt – eine Fassade der Verstimmung über die Maßnahmen der Regierung Ian Smith aufgerichtet. In dieser schlauen Haltung wird England von einigen folgsamen Commonwealth-Ländern unterstützt. Ein guter Teil der Länder Schwarz-Afrikas, seien es die zahmen oder die unwilligen wirtschaftlichen Vasallen des englischen Imperialismus, greift diese Einstellung an.

In Rhodesien könnte die Situation sehr explosiv werden, wenn die Bemühungen der schwarzen Patrioten, sich bewaffnet zu erheben, erfolgreich wären und diese Bewegung wirksam von den benachbarten afrikanischen Nationen unterstützt würde. Aber zunächst werden diese Probleme in so unfähigen Organisationen wie UNO, Commonwealth oder OUA (Organisation of United Africa) erörtert.

Dennoch läßt die politische und soziale Entwicklung Afrikas eine kontinentale revolutionäre Situation nicht erwarten. Die Befreiungskämpfe gegen die Portugiesen müßten wohl erfolgreich enden, aber Portugal bedeutet nichts in der imperialistischen Namensliste. Die Auseinandersetzungen, die revolutionäre Möglichkeiten enthalten, sind die, die den ganzen imperialistischen Apparat in Schach halten. Dessen ungeachtet sollten wir nicht den Kampf um die Befreiung der drei portugiesischen Kolonien und um die Vertiefung ihrer Revolutionen einstellen. Wenn entweder die schwarzen Massen Südafrikas oder Rhodesiens ihren wirklichen revolutionären Kampf beginnen, oder wenn die verarmten Massen eines Landes sich anschicken, das Recht auf ein ehrliches Leben den Händen der regierenden Oligarchien zu entreißen, dann wird in Afrika eine neue Epoche begonnen haben.

Bis jetzt folgt ein Putsch dem anderen. Eine Gruppe von Offizieren löst eine andere ab. Sie lösen einen Regierungschef ab, der nicht mehr ihren Cliqueninteressen oder den Interessen der Mächte, die sie in hinterhältiger Weise manipulieren, dient. Aber es gibt keine vom Volk getragenen Aufstände. Im Kongo ergaben sich kometenhaft günstige Umstände, die durch die Erinnerungen an Lumumba vorangetrieben wurden. Sie haben

---

(*) Dies ist offensichtlich eine falsche Übersetzung. Che Guevara ging es hier nicht darum, den Neokolonialismus zu verharmlosen, ihn als „gewaltlos" zu bezeichnen, sondern darum, daß der Kolonialismus vom Neokolonialismus ohne Gewalt, ohne offene gewaltsame Auseinandersetzungen ***abgelöst*** wird. Es heißt in der kubanischen Ausgabe von 1977 (Band 9, S. 362), in der kubanischen Ausgabe von 1991 (Band 2, S. 590) sowie in der mexikanischen Ausgabe (S. 644):

„Aber mit dem Fortdauern dieser Prozesse wird der Kolonialismus ohne Gewalt {span.: sin violencia, A.dÜ.} durch einen Neokolonialismus abgelöst, der die gleichen Konsequenzen hat, was die ökonomische Beherrschung anbelangt."

(Ernesto Che Guevara, „Mensaje a los pueblos del mundo a través de la Tricontinental", April 1967, eigene Übersetzung)

aber in den letzten Monaten an Kraft verloren.

In Asien, wie wir gesehen haben, ist die Situation explosiv – und nicht nur in Vietnam und Laos, wo gekämpft wird, gibt es Reibungsflächen. Auch in Kambodscha, wo jeden Augenblick die direkte nordamerikanische Aggression beginnen kann, in Thailand, Malaysia und, natürlich, Indonesien, von dem wir nicht meinen sollten, daß dort durch die Liquidierung der KP und die Übernahme der Macht durch die Reaktionäre das letzte Wort gesprochen worden sei, gibt es Reibungsflächen. Und selbstverständlich im Mittleren Osten.

Bewaffneter Kampf in Süd- und Mittelamerika

In Lateinamerika kämpft man mit der Waffe in der Hand, in Guatemala, Kolumbien, Venezuela und Bolivien. Es tauchen schon die ersten Anzeichen des Kampfes in Brasilien auf. Auch andere Zentren des Widerstandes erscheinen kurz und verschwinden schnell wieder. Fast alle Länder des Kontinents sind für einen Kampf reif, der, um siegreich sein zu können, sich nicht mit weniger als der Einsetzung einer Regierung sozialistischen Typs begnügen darf.

In diesem Kontinent wird praktisch nur eine Sprache gesprochen, mit Ausnahme Brasiliens, mit dessen Volk die spanisch sprechenden Völker sich infolge der Ähnlichkeit beider Sprachen verständigen können. Es gibt in diesen Ländern eine so große Identität zwischen den Klassen, daß sie die Solidarität eines „international-amerikanischen" Typs erreichen, vollkommener als in anderen Kontinenten. Sprache, Sitten, Religion und der gleiche Herr vereinigen sie. Das Ausmaß und die Formen der Ausbeutung sind in ihren Konsequenzen für Ausbeuter und Ausgebeutete in vielen Ländern Amerikas ähnlich. Die Rebellion reift immer schneller heran. Wir können uns fragen: Diese Rebellion, was wird sie befruchten? Welche Form wird sie annehmen? Wir haben seit langer Zeit behauptet, daß der Kampf in Amerika auf Grund ähnlicher Bedingungen in den einzelnen Ländern – wenn es dazu kommt – kontinentale Dimensionen annehmen wird. Es wird der Schauplatz vieler großer Schlachten für die Befreiung der Menschheit werden.

Im Rahmen dieses Kampfes kontinentalen Ausmaßes sind die gegenwärtigen Kämpfe, die in aktiver Form geführt werden, nur Episoden. Die ersten Märtyrer aber sind bereits vorhanden. Sie werden in die amerikanische Geschichte eingehen als diejenigen, die bereits ihr Blut in dieser letzten Etappe für die totale Befreiung des Menschen gegeben haben. So werden die Namen des Kommandanten Turcios Lima, des Pfarrers Camillo Torres, der Kommandanten Fabricio Ojeda, Lobaton und Luis de la Puente Uceda herausragende Gestalten in den revolutionären Bewegungen von Guatemala, Kolumbien, Venezuela und Peru sein.

Aber die aktive Mobilisierung des Volkes schafft neue Führer: Cesar Montes und Yon Soso erheben die Fahne in Guatemala, Fabio Vasquez und Marulanda tun es in Kolumbien, Douglas Bravo und Americo Martin in Venezuela, im Westen des Landes und in El Bachiller.

Neue Keime des Krieges werden in diesem und in anderen amerikanischen Ländern, wie schon in Bolivien, auftauchen. Sie werden mit alle den Wechselfällen wachsen, die jener gefährlichen Tätigkeit, ein moderner Revolutionär zu sein, innewohnen. Viele werden ihren Irrtümern erliegen, andere werden im harten Kampf, der immer näher kommt, fallen.

Neue Kämpfer und neue Führer werden aus der Glut des revolutionären Kampfes entstehen. Das Volk wird seine Kämpfer und Führer im Krieg und aus dem Krieg bilden.

Das strategische Ziel muß die Zerstörung des Imperialismus sein

Die Yankee-Agenten der Repression werden zunehmen. Heute gibt es schon Berater in all den Ländern, in denen der bewaffnete Kampf stattfindet. Die peruanische Armee führte anscheinend eine erfolgreiche Schlacht gegen die Revolutionäre jenes Landes durch – beraten und trainiert von den Yankees. Aber wenn die hauptsächlichen Kampfgruppen mit genügender politischer und militärischer Schlagkraft geführt werden, werden sie praktisch unbesiegbar sein. Sie werden neue Verstärkungen der Nordamerikaner erforderlich machen. Mit Zähigkeit und Stärke reorganisieren in Peru neue, noch kaum bekannte Führer den Guerillakampf. Stück für Stück werden die altmodischen Waffen, die für die Niederhaltung kleiner bewaffneter Banden genügten, von modernen Waffen abgelöst. Das wird so bleiben bis zu dem Punkt, an dem man sich gezwungen sieht,

zunehmende Mengen regulärer Truppen zu schicken, um die relative Stabilität einer Macht zu sichern, deren nationale Marionettenarmee sich durch die Kämpfe der Guerillas auflöst. Es ist der Weg Vietnams; es ist der Weg, dem die Völker folgen müssen. Und es ist der Weg, dem Amerika in gleicher Weise folgen muß; die bewaffneten Gruppen müßten sich als lose Koordinationszentren formieren, um die repressive Aufgabe des Yankee-Imperialismus zu erschweren und die eigene Sache zu erleichtern.

Amerika ist in der Zeit der jüngsten politischen Befreiungskämpfe der Welt ein vergessener Kontinent gewesen. Es beginnt, sich durch die Stimme der Avantgarde seiner Völker, der kubanischen Revolution, mittels der Trikontinentalen Konferenz Gehör zu verschaffen. Es wird eine viel größere Aufgabe zu erfüllen haben: die Schaffung des zweiten oder dritten Vietnam in der Welt.

> ***Man muß endlich berücksichtigen, daß der Imperialismus ein Weltsystem, die letzte Stufe des Kapitalismus ist. Er muß in einer großen, weltweiten Auseinandersetzung besiegt werden. Das strategische Ziel muß die Zerstörung des Imperialismus sein.***

Die Aufgabe, die uns, den Ausgebeuteten und Zurückgebliebenen der Welt, gestellt ist, besteht in der Eliminierung der Ernährungsbasen des Imperialismus. Diese Ernährungsbasen sind unsere unterjochten Völker, aus denen Kapitalien. Rohstoffe, Techniken und billige Arbeitskräfte herausgezogen werden und wohin neue Kapitalien, Instrumente der Beherrschung, Waffen und Güter aller Art exportiert werden. Das alles läßt uns in absolute Abhängigkeit geraten.

Die reale Freiheit der Völker ist also der grundlegende Faktor dieses strategischen Zieles, eine Freiheit, die in den meisten Fällen erst der bewaffnete Kampf bringen wird. Dieser Kampf wird in Amerika fast unabwendbar die Eigenschaft haben, sich in eine sozialistische Revolution zu verwandeln.

Setzt man sich die Zerstörung des Imperialismus zum Ziel, muß man dessen Kopf identifizieren. Dieser Kopf ist kein anderer als die Vereinigten Staaten.

Wir müssen eine Aufgabe allgemeiner Natur erfüllen, mit dem taktischen Ziel, den Feind aus seiner Umwelt herauszudrängen, ihn zu zwingen, in Gegenden zu kämpfen, in denen seine Lebensgewohnheiten gegen die dort herrschenden verstoßen. Man darf allerdings den Feind nicht unterschätzen: Der nordamerikanische Soldat verfügt über technische Fähigkeiten und Mittel solchen Ausmaßes, daß er stets gefährlich bleibt.

Hingegen fehlt ihm die ideologische Motivation, die seine heute unbarmherzigsten Rivalen – die vietnamesischen Soldaten – im höchsten Grad haben.

> ***Wir werden nur in dem Maße eine solche Armee besiegen können, in welchem wir ihre Moral unterminieren.***

Und man unterminiert sie, indem man der Armee Niederlagen zufügt und ständige Strapazen aufnötigt.

Aber dieser knappe Entwurf einer Strategie schließt immense Opfer der Völker ein, Entbehrungen, die von heute an in aller Öffentlichkeit gefordert werden müssen. Sie sind immerhin vielleicht weniger schmerzhaft als die, die wir ertragen müßten, wenn wir kontinuierlich den Kampf vermieden und versuchten, andere für uns die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen.

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird sich das ***letzte Land*** ohne bewaffneten Kampf befreien. Die Leiden eines so langen und grausamen Krieges wie der, den die Imperialisten führen, wird diesem Volk erspart bleiben. Wahrscheinlich aber wird es unmöglich sein, diesen Kampf oder seine Auswirkungen in einer Auseinandersetzung weltweiten Charakters zu vermeiden, und man wird dann gleichermaßen oder noch stärker darunter leiden. Wir können die Zukunft nicht voraussagen, aber

> ***wir dürfen nie der Versuchung verfallen, Fahnenträger eines Volkes sein zu wollen, das sich zwar nach der Freiheit sehnt, aber den Kampf, den sie erfordert, vermeiden will in der Meinung, die Freiheit werde als Brosamen vom Tisch der Sieger fallen.***

Es ist vollkommen richtig, jedes unnütze Opfer zu vermeiden. Deswegen ist es so wichtig, sich über die tatsächlichen Möglichkeiten des abhängigen Amerika, sich in friedlicher Form zu befreien, klarzuwerden. Für uns ist die Lösung dieser Frage klar: Es mag sein, daß der jetzige Moment der richtige ist, um den Kampf zu beginnen – oder auch nicht. Wir dürfen uns aber weder der Illusion hingeben, die Freiheit ohne Kampf erreichen zu können, noch haben wir ein Recht darauf.

Und die Kämpfe werden nicht bloße Straßenkämpfe mit Steinen gegen Tränengas sein, nicht friedliche Generalstreiks und auch nicht der Kampf eines empörten Volkes, das in zwei oder drei Tagen das repressive Gerüst der regierenden Oligarchien stürzt. Es wird ein langer, blutiger Kampf, dessen Front die Stützpunkte der Guerillas in den Städten, in den Häusern der Guerilleros sein werden. Dort, wo die Repression die wehrlosen Opfer unter Familienangehörigen suchen wird. Der Kampf wird inmitten der massakrierten Bauernbevölkerung stattfinden, in den von feindlichen Bombardements zerstörten Dörfern und Städten.

Sie treiben uns in diesen Kampf hinein. Es gibt keinen anderen Ausweg, als ihn vorzubereiten, sich zu entscheiden, ihn zu unternehmen. Am Anfang wird es nicht leicht, vielmehr extrem schwer sein. Die ganze Leistungsfähigkeit der Repression, das ganze Ausmaß an Brutalität und Demagogie der Oligarchien wird sich in den Dienst der Unterdrückung stellen. In der ersten Stunde haben wir die Aufgabe zu überleben. Dann wird das fortdauernde Beispiel der Guerilla zu wirken beginnen. Sie wird die bewaffnete Propaganda in der vietnamesischen Bedeutung des Satzes betreiben, das heißt die Propaganda der Schüsse, der Kämpfe, die gewonnen oder verloren, aber gegen die Feinde geführt werden: die große Lehre der Unbesiegbarkeit jenes Krieges, der in den Massen der Entrechteten sich mehr und mehr entzündet. Hinzu kommt die Festigung des nationalen Bewußtseins, die Vorbereitung auf die härtesten Aufgaben, um die gewaltsamsten Repressionen abzuwehren.

Der Haß als Faktor des Kampfes, der unbeugsame Haß dem Feinde gegenüber, der den Menschen über seine physischen Grenzen hinaus antreibt und ihn in eine wirksame, gewaltsame, selektive und kalte Tötungsmaschine verwandelt. Unsere Soldaten müssen so sein; ein Volk ohne Haß kann über einen brutalen Feind nicht siegen.

Der Krieg muß dorthin gebracht werden, wohin der Feind ihn bringt: in sein Haus, in seine Vergnügungsviertel – der absolute Krieg. Man muß den Feind hindern, auch nur eine Minute Ruhe zu finden, eine Minute Ruhe außerhalb seiner Kasernen und sogar innerhalb derselben. Man muß ihn angreifen, wo immer er sich befindet. Man muß erreichen, daß er sich wie ein gehetztes Tier fühlt, wo immer er sich bewegt. Seine Moral wird damit mehr und mehr schwinden. Er wird noch bestialischer werden, aber es mehren sich die Zeichen für das Nachlassen seiner Kräfte.

Dann wird sich ein wahrer proletarischer Internationalismus herausbilden: mit internationalen *proletarischen* Armeen, in denen gekämpft wird unter der Fahne einer heiligen Sache, der Erlösung der Menschheit. Unter den Feldzeichen von Vietnam, Venezuela, Guatemala, Laos, Guinea, Kolumbien, Bolivien, Brasilien zu sterben – um nur die gegenwärtigen Schauplätze der bewaffneten Auseinandersetzung zu zitieren –, müßte gleich ehrenvoll und wünschenswert für einen Amerikaner, einen Asiaten, einen Afrikaner, ja sogar einen Europäer sein.

Jeder vergossene Tropfen Blut in einem Territorium, unter dessen Fahne man nicht geboren wurde, ist Erfahrung, die der Überlebende sich aneignet, um sie dann im Kampf um die Befreiung seines Geburtslandes anzuwenden. Und jedes Volk, das sich befreit, ist eine gewonnene Etappe in der Schlacht um die Befreiung des eigenen Volkes. Dies ist die Stunde, unsere Differenzen zurücktreten zu lassen und alles in den Dienst des Kampfes zu stellen.

Daß große Differenzen die Welt, die für die Freiheit kämpft, erschüttern, wissen wir alle, und wir können sie nicht verheimlichen. Daß sie einen solchen Charakter, eine solche Zuspitzung erfahren haben, die den Dialog und die Versöhnung äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich machen, wissen wir ebenfalls. Methoden zu suchen für einen Dialog, dem die Kontrahenten aus dem Wege gehen, ist eine nutzlose Aufgabe. Der Feind hingegen ist da, er schlägt jeden Tag und von neuem zu, und diese Schläge werden uns einen, heute, morgen oder übermorgen. Diejenigen, die dies begreifen und sich auf die notwendige Einigung vorbereiten, werden die Anerkennung der Völker finden!

Die Boshaftigkeit und die Unbeugsamkeit, mit der jeder seine Position verteidigt, machen es uns, den Entrechteten, unmöglich, Partei für die eine oder andere Fraktion zu ergreifen, auch wenn wir mit manchen Problemstellungen der einen oder der anderen Seite, oder überwiegend mit denen einer Seite als mit denen einer anderen, übereinstimmen. Im Augenblick des Kampfes bilden die aktuellen Differenzen in der Form, in der sie sichtbar werden, eine Schwäche. Aber die Differenzen im augenblicklichen Stadium durch Worte lösen zu wollen, ist Illusion: Die Geschichte wird sie allmäh-

lich auslöschen oder ihre wirkliche Erklärung geben.

In unserer Welt, die sich im Kampf befindet, müssen alle unterschiedlichen Auffassungen in Fragen der Taktik, der Aktionsmethoden zur Erreichung begrenzter Ziele mit der Rücksichtnahme, die die Vorstellungen von Dritten verdienen, analysiert werden. Aber in bezug auf das große strategische Ziel, die totale Vernichtung des Imperialismus durch den Kampf, müssen wir unbeugsam sein.

Fassen wir unsere Siegeshoffnungen folgendermaßen zusammen: Vernichtung des Imperialismus durch die Eliminierung seiner mächtigsten Basis, die imperialistische Herrschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die stufenweise Befreiung der Völker, eines nach dem anderen oder gruppenweise, muß als taktische Aufgabe angesehen werden. Dadurch wird der Feind zu einem komplizierten Kampf außerhalb seines Terrains gezwungen, und seine Ernährungsbasen, die abhängigen Territorien, werden liquidiert.

Das bedeutet einen langen Krieg, und wir wiederholen es noch einmal: einen grausamen Krieg. Niemand soll sich darüber täuschen, wenn er ihn beginnt, und niemand darf schwanken, ihn zu beginnen, aus Angst vor den Folgen, die für sein Volk entstehen könnten. Das ist fast die einzige Hoffnung auf den Sieg.

Wir können den Ruf der Stunde nicht überhören. Das lehrt uns Vietnam mit seiner permanenten Lektion des Kampfes und Todes, an deren Ende der Sieg steht.

Dort finden die Soldaten des Imperialismus, gewöhnt an den Lebensstandard der nordamerikanischen Nation, die nötige Unbequemlichkeit, dort werden sie einem feindlichen Land konfrontiert, dort erfahren sie die Unsicherheit dessen, der keinen Schritt tun kann, ohne das Bewußtsein, feindlichen Boden zu betreten, dort finden diejenigen den Tod, die die befestigten Stützpunkte verlassen, dort begegnen sie der permanenten Feindschaft der ganzen Bevölkerung. Und dies alles hat wieder Rückwirkungen in den Vereinigten Staaten selbst, indem es die Folge des Imperialismus erst in vollem Umfang sichtbar macht: den Klassenkampf sogar innerhalb des eigenen Territoriums.

Wie glänzend und nah wäre die Zukunft, wenn zwei, drei, viele Vietnam auf der Oberfläche des Erdballs entstünden, mit ihrer Todesrate und ihren ungeheuren Tragödien, mit ihren alltäglichen Heldentaten, mit ihren wiederholten Schlägen gegen den Imperialismus, mit dem Zwang für diesen, seine Kräfte unter dem heftigen Ansturm des zunehmenden Hasses der Völker der Welt zu zersplittern.

Und wenn wir fähig wären, uns zu vereinen, um unsere Schläge fester und gezielter durchführen zu können, um den kämpfenden Völkern Hilfe jeder Art noch wirksamer leisten zu können, wie groß wäre dann die Zukunft und wie nah. Wenn wir auf einem winzigen Punkt der Weltkarte die Aufgabe erfüllen, die wir vertreten, und wenn wir das wenige, was wir opfern können, unser Leben und unser Leiden, für den Kampf hingeben, an einem beliebigen Ort, schon von uns besetzt und mit unserm Blut getränkt, und wenn wir an einem dieser Tage unseren letzten Atemzug tun, so sind wir uns der Tragweite unseres Tuns bewußt und halten uns für nichts anderes als für Menschen in der großen Armee des Proletariats; aber wir sind stolz darauf, von der kubanischen Revolution und von ihrem höchsten Chef {spanisch: dirigente máximo, A.d.Ü.} die große Lehre gelernt zu haben, die aus seiner Haltung in diesem Erdteil resultiert: Was bedeuten die Gefahren oder Opfer eines Mannes oder eines Volkes, wenn das Schicksal der Menschheit auf dem Spiele steht.

Unsere ganze Aktion ist eine Kampfansage an den Imperialismus und ein Ruf nach der Einheit der Völker gegen den großen Feind des Menschengeschlechts: die Vereinigten Staaten von Nordamerika. An welchem Ort uns der Tod auch überraschen mag, er sei willkommen, wenn unser Kriegsruf nur aufgenommen wird und eine andere Hand nach unseren Waffen greift und andere Menschen bereit sind, die Totenlieder mit Maschinengewehrsalven und neuen Kriegs- und Siegesrufen anzustimmen.

(Quelle: Ernesto Che Guevara, Politische Schriften – Eine Auswahl, Wagenbach Berlin 1976. Übersetzung aus dem Spanischen: R. Dutschke und G. Salvatore)

Bemerkungen von „Gegen die Strömung" zum Nachdruck der letzten Schrift Che Guevaras „Botschaft an die Völker der Welt"

Es macht wenig Sinn, nur **über** einen Revolutionär wie Che Guevara zu schreiben, ihn aber nicht **selbst zu Wort kommen zu lassen.** Der Aufruf Che Guevaras an die Völker der Welt, auch veröffentlicht unter dem Titel „Schafft zwei, drei, viele Vietnams...", den er im April 1967 verfaßt hat, als er in Bolivien für die Vorbereitung des Partisanenkriegs kämpfte, gehörte in den siebziger Jahren wohl zu den bekanntesten Schriften Che Guevaras.

Wir veröffentlichen diesen Text ganz bewußt, nicht, weil wir ihn Wort für Wort richtig finden, sondern weil dieser Text Einblick gewährt in das Denken von Che Guevara, die Motive für seinen Versuch der Vorbereitung des Partisanenkampfes in Bolivien deutlich macht. Wir veröffentlichen diesen Text, weil er den Gegensatz zwischen Che Guevara und dem Revisionisten und Konterrevolutionär Fidel Castro, einem der größten Lobhudler Che Guevaras, klarmacht, der 1988 verkündete:

„Ich will keine unkontrollierte Explosion. Wichtiger als eine, zwei, drei, vier oder fünf Revolutionen ist in diesem Augenblick ein Ausweg aus der Krise, die Errichtung der neuen Weltwirtschaftsordnung."
(„Konsequent", Organ der revisionistischen SEW, 2/1988, S. 69)

Dieser Text Che Guevaras gewährt auch Einblick in die Motivation für einen der zentralen Fehler Che Guevaras, nämlich in der Polemik zwischen der KP Chinas und der KPdSU nicht klar Stellung zu beziehen, zeigt die **zentristische Illusion**, daß die Spaltung in der kommunistischen Weltbewegung unnötig und vermeidbar sei und dem Kampf des vietnamesischen Volkes schade.

★ ★ ★

Durch Hervorhebungen, Zwischenüberschriften von uns und die Gestaltung des Satzspiegels haben wir uns bemüht, unsere Sicht der besonderen Aktualität bestimmter Passagen Che Guevaras deutlich zu machen.

Folgende Kritiken und Anmerkungen zu diesem Text, die wir in chronologischer Reihenfolge darlegen, erscheinen uns besonders wichtig:

■ Che Guevara schreibt folgendes:

„Schuld haben auch die, die einen Krieg von Beschimpfungen und Zänkereien aufrechterhalten, der schon vor langer Zeit von den Vertretern der beiden größten Mächte des sozialistischen Lagers begonnen wurde."
(S. 3, links, in dieser Ausgabe)

Diese Einschätzung Che Guevaras übersieht offensichtlich, daß es die Revisionisten um Chruschtschow waren, die durch ihre revisionistischen Angriffe auf die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus den Kampf innerhalb der kommunistischen Weltbewegung begonnen haben. Die Gleichsetzung jener Kräfte, die den Revisionismus propagierten, mit jenen, die den Revisionismus bekämpft haben, ist ideologisch nicht korrekt und historisch falsch.

■ Bei Che Guevara heißt es:

„Sogar die Länder des alten Europa warten noch auf die Aufgabe der Befreiung. Sie sind zwar genügend entwikkelt, um alle Widersprüche des Kapitalismus fühlen zu können, aber zu schwach, um imperialistische Ziele verfolgen oder diesen Weg jetzt noch beschreiten zu können."
(S. 3, rechts)

Hier folgert Che Guevara aus einem zeitweiligen Phänomen, nämlich der Abhängigkeit des Kapitals europäischer Länder von der USA, daß der imperialistische Charakter der imperialistischen Länder Europas nicht mehr vorhanden ist. Diese Unterschätzung sowie damit verbunden die Überschätzung der USA hatte Stalin schon 1952 bekämpft, als er schrieb:

„Gehen wir zu den hauptsächlich besiegten Ländern über, zu (West-)Deutschland, und Japan. Diese Länder fristen jetzt unter dem Stiefel des amerikanischen Imperialismus ein elendes Dasein. Ihre Industrie und Landwirtschaft, ihr Handel, ihre Außen- und Innenpolitik, ihre ganze Lebensweise sind durch das amerikanische Besatzungs‚regime' gefesselt. Aber diese Länder waren doch gestern noch imperialistische Großmächte, die die Grundlagen der Herrschaft Englands, der USA und Frankreichs in Europa und in Asien erschütterten. Wollte man annehmen, diese Länder würden nicht versuchen, wieder auf die Beine zu kommen, das ‚Regime' der USA zu durchbrechen und auf den Weg einer selbstständigen Entwicklung vordringen – so hieße das, an Wunder zu glauben."
(J. W. Stalin: „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", 1952, zitiert nach: Werke Band 15, S. 325)

Dies ist besonders wichtig, da der deutsche Imperialismus in Konkurrenz zum US-Imperialismus in Mittel- und Südamerika

spätestens seit den 70er Jahren auf dem Vormarsch ist.

An anderer Stelle sieht Che Guevara durchaus richtig, daß die europäischen Imperialisten den US-Imperialismus im Konkurrenzkampf herausfordern:

„Es ist lange her, daß die letzte Aufteilung der Welt durchgeführt wurde, bei der die USA den Löwenanteil an unserem Kontinent erhielten; heute formieren sich von neuem die Imperialisten der Alten Welt, und die Potenz der EWG schüchtert selbst die Nordamerikaner ein."
(Che Guevara, „Guerillakrieg – eine Methode", September 1963, E. Che Guevara, Politische Schriften, Berlin 1976, S. 39)

In einer Rede vor der UNO 1964 entlarvt Che Guevara die imperialistische Invasion im Kongo 1960 und betont die Rolle der belgischen Imperialisten dabei:

„Wer sind die Drahtzieher? Belgische Fallschirmspringer, von nordamerikanischen Flugzeugen transportiert, die auf englischen Luftstützpunkten gestartet sind."
(Che Guevara, „Kuba – ein freies Land auf dem amerikanischen Kontinent", Dezember 1964, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, Bonn S. 197)

■ Che Guevara schreibt im Bezug auf die Länder des Mittleren Ostens:

„Man kann nicht voraussehen, wohin dieser kalte Krieg zwischen Israel, von den Imperialisten unterstützt, und den progressiven Ländern dieser Zone führen wird."
(S. 4, rechts)

Die Einschätzung, daß es in der arabischen Welt „fortschrittliche Länder" gibt, ist gewiß falsch, da selbst das Ägypten Nassers nicht wirklich vom Imperialismus unabhängig war und im Inneren eine reaktionäre, volksfeindliche und antikommunistische Politik betrieben hat. In keinem einzigen arabischen Land gab es wirklich fortschrittliche Staaten und Regierungen.

■ In der folgenden Passage übersieht Che Guevara möglicherweise doch, daß auf dem Weg zu „Regierungen von sozialistischem Typ" in einer Reihe von Ländern Süd- und Mittelamerikas auch volksdemokratisch-revolutionäre Staaten als erste Etappe der Revolution möglich und nötig sein werden:

„Fast alle Länder des Kontinents sind für einen Kampf reif, der, um siegreich sein zu können, sich nicht mit weniger als der Einsetzung einer Regierung sozialistischen Typs begnügen darf."
(S. 6, links)

An anderer Stelle wird klar, daß Che Guevara die Möglichkeit einer antiimperialistisch-antifeudalen Etappe der Revolution in bestimmten Ländern Süd- und Mittelamerikas nicht völlig ausschloß, wenn er davon ausgeht, daß die kubanische Revolution eine antiimperialistisch-antifeudale Etappe durchlaufen hat:

„Die kubanische Revolution ist eine antifeudalistische und antiimperialistische Agrarrevolution, die sich auf der Grundlage ihrer inneren Entwicklung und vor dem Hintergrund äußerer Aggressionen zu einer sozialistischen Revolution wandelte..."
(Che Guevara, „Die ‚Allianz für den Fortschritt' – Kubas Standpunkt", August 1961, Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Pahl-Rugenstein, Bonn 1997, Band 4, S. 61 f.)

■ Bei Che Guevara heißt es:

„In diesem Kontinent wird praktisch nur eine Sprache gesprochen, mit Ausnahme Brasiliens, mit dessen Volk die spanisch sprechenden Völker sich infolge der Ähnlichkeit beider Sprachen verständigen können. Es gibt in diesen Ländern eine so große Identität zwischen den Klassen, daß sie die Solidarität eines „international-amerikanischen" Typs erreichen, vollkommener als in anderen Kontinenten. Sprache, Sitten, Religion und der gleiche Herr vereinigen sie. Das Ausmaß und die Formen der Ausbeutung sind in ihren Konsequenzen für Ausbeuter und Ausgebeutete in vielen Ländern Amerikas ähnlich."
(S. 6, links und Mitte)

Che Guevara übersieht hier die Existenz und die Bedeutung der indigenen Sprachen in verschiedenen Ländern Lateinamerikas, z.B. auch Boliviens, für die Verbindung mit den werktätigen und ausgebeuteten Massen. Er übersieht, daß vor allem aufgrund des verschiedenen Ausmaßes und der Intensität der Kämpfe der Ausgebeuteten in den jeweiligen Ländern, aufgrund der nationalen Besonderheiten der ideologischen und politischen Beeinflussung der ausgebeuteten Massen durch die herrschenden Klassen, aufgrund der Besonderheiten der politischen Regime der jeweiligen herrschenden Klassen (z. B. der Peronismus in Argentinien) in jedem Land, trotz großer Gemeinsamkeiten, eben auch sehr große Unterschiede in den Klassenkampfbedingungen bestehen, die es notwendig machen, daß jede Kommunistische Partei im „eigenen" Land auch in Mittel- und Südamerika eben besondere Aufgaben hat.

■ Che Guevara schreibt:

„Mit großer Wahrscheinlichkeit wird sich das *letzte Land* ohne bewaffneten Kampf befreien."
(S. 7, rechts)

Hier bezieht sich Che Guevara offensichtlich auf folgende Passage von Stalin:

„In ferner Zukunft, wenn das Proletariat in den wichtigsten kapitalistischen Ländern gesiegt und die kapitalistische Umwelt einer sozialistischen Umwelt Platz gemacht haben wird, ist natürlich ein ‚friedlicher' Entwicklungsweg für manche kapitalistischen Länder durchaus möglich, deren Kapitalisten in Folge der ‚ungünstigen' internationalen Lage es für zweckmäßig halten werden, ‚freiwillig' dem Proletariat ernsthafte Zugeständnisse zu machen. Aber diese Annahme betrifft nur eine ferne und mögliche Zukunft. Für die nächste Zukunft gibt es für diese Annahme keinen, rein gar keinen Grund.

Deshalb hat Lenin recht, wenn er sagt:

‚Die proletarische Revolution ist unmöglich ohne gewaltsame Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschinerie und ohne ihre Ersetzung durch eine *neue*'."

(J. W. Stalin: „Über die Grundlagen des Leninismus", 1924, Werke Band 6, S. 104)

■ In folgenden Absätzen legte Che Guevara seine Position zur Polemik zwischen der KP Chinas und den Chruschtschowrevisionisten dar:

„Dies ist die Stunde, unsere Differenzen zurücktreten zu lassen und alles in den Dienst des Kampfes zu stellen...

Die Boshaftigkeit und die Unbeugsamkeit, mit der jeder seine Position verteidigt, machen es uns, den Entrechteten, unmöglich, Partei für die eine oder andere Fraktion zu ergreifen... Im Augenblick des Kampfes bilden die aktuellen Differenzen in der Form, in der sie sichtbar werden, eine Schwäche. Aber die Differenzen im augenblicklichen Stadium durch Worte lösen zu wollen, ist Illusion: Die Geschichte wird sie allmählich auslöschen oder ihre wirkliche Erklärung geben.

In unserer Welt, die sich im Kampf befindet, müssen alle unterschiedlichen Auffassungen in Fragen der Taktik, der Aktionsmethoden zur Erreichung begrenzter Ziele mit der Rücksichtnahme, die die Vorstellungen von Dritten verdienen, analysiert werden. Aber in bezug auf das große strategische Ziel, die totale Vernichtung des Imperialismus durch den Kampf, müssen wir unbeugsam sein."
(S. 8, rechts / S. 9, links)

Diese Absätze zeugen von der Illusion, Kommunismus und Revisionismus versöhnen zu wollen. Immerhin fügt Che Guevara hinzu, daß Unbeugsamkeit dem strategischen Ziel gegenüber existieren muß, den Imperialismus zu vernichten. Er hat aber gewiß unrecht, die Polemik über einen „friedlichen Weg" lediglich als taktische oder methodische Frage und **nicht** als strategische und prinzipielle Frage zu begreifen.

Che Guevara nahm in diesen Passagen eine zentristische Position ein, die faktisch eine Unterstützung all jener bedeutete, die die Einstellung des Kampfes gegen den Revisionismus forderten. Ernesto Che Guevara war Zeit seines Lebens der Meinung, daß die öffentliche Polemik zwischen kommunistischen Kräften (und als solche sah er Chruschtschow, Mikojan und das ZK der KPdSU nach dem 20. Parteitag an) falsch sei. Er wählte den Weg der indirekten Polemik, um seine Position in der international entbrannten Debatte vor allem zwischen der KP Chinas und der KPdSU darzulegen. Zentralpunkte seiner Darlegungen waren aber inhaltlich gegen den Chruschtschowrevisionismus gerichtet, seine Entscheidung, sich wieder am bewaffneten Kampf zu beteiligen, war eine praktische Kampfansage an die Mentalität des revisionistischen „friedlichen Weges".

☆

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4,
60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mitttwoch – Freitag
16.30 – 18.30 Uhr

Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

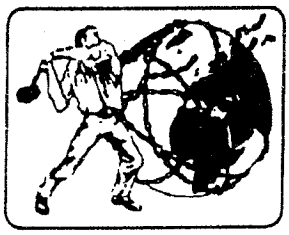
GEÖFFNET:

Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

12/97 Dezember 1997

Warum die kritische Analyse der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland nach 1945 notwendig ist:

Aus den Erfahrungen der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland für künftige Kämpfe lernen!

Während der deutsche Imperialismus international auf dem Vormarsch ist bei der Ausbeutung und Knechtung anderer Völker sowie bei der Rivalität mit den anderen imperialistischen Großmächten, verschärft dieser zugleich die Ausbeutung und Unterdrückung auch hierzulande, verschlechtert sich die wirtschaftliche und soziale Lage der breiten Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Ausgebeuteten auch in Deutschland. In den letzten Jahren haben Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige immer wieder gezeigt, daß sie nicht bereit sind, dies alles kampflos hinzunehmen. Tatsache ist aber ebenso, daß es der DGB-Führung und all den anderen Lakaien des Kapitals immer wieder und sogar mit ganz ähnlichen Methoden und Manövern gelingen konnte, Kämpfe, ja ganze Kampfbewegungen abzuwürgen bzw. in die Niederlage zu führen.

Um in ihrem Kampf wirklich voranzukommen, müssen die revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter unter Führung ihrer Kommunistischen Partei die Summe der Erfahrungen ihrer Kämpfe, international und in einem jeden Land, verarbeiten und die Lehren daraus ziehen. Dies schließt auch die Analyse der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland bzw. Westdeutschland ein. Es ist auf weitere Sicht undenkbar, daß Kader ohne profunde Kenntnisse dieser Erfahrungen, ohne selbst die entscheidenden Lehren daraus zu verstehen und propagieren zu können, die Fortgeschrittensten des Proletariats für den Kommunismus, für die Kommunistische Partei gewinnen können.

In frischer Erinnerung sind bei vielen die Kämpfe der letzten fünf Jahre. Im Februar 1996 haben die ***Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan-Werften in Bremen und Bremerhaven*** die Werft besetzt. Im Juni 1996 protestierten Hunderttausende ***gegen das Sozialabbauprogramm*** der Bundesregierung. Im September 1996 streikten und demonstrierten Hunderttausende ***gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.*** Im Frühjahr 1997 protestierten Zehntausende ***Bergarbeiter*** und ***Stahlarbeiter*** gegen drohende Massenentlassungen. Viele wissen auch noch, daß die ÖTV-Führung den ***Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten im öffentlichen Dienst im April 1992*** abwürgte, indem sie sich unverschämt über das eindeutige Ergebnis der Urabstimmung hinwegsetzte, in der mit Mehrheit das Verhandlungsergebnis der Gewerkschaftsführung abgelehnt und die Fortführung des Streiks beschlossen worden war.

Einigermaßen bekannt ist auch noch, daß es 1993 die ***Kali-Arbeiterinnen und Arbeiter in Bischofferode*** in der Ex-DDR waren, welche ohne und gegen die „zuständige" Gewerkschaftsführung mehr als ein Jahr lang die Kali-Mine „Thomas Müntzer" besetzt hatten.

Gut in Erinnerung ist schließlich zumindest bei vielen klassenkämpferisch eingestellten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, daß vor genau zehn Jahren die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in den achtziger Jahren ihren Höhepunkt und ihre größte Zuspitzung in dem über 5 Monate dauernden ***Kampf Tausender Stahlarbeiter von Krupp-Rheinhausen*** 1987/88 gegen die Stillegungspläne von Krupp und Mannesmann fanden. Nicht nur die unmittelbar betroffenen Arbeiter kämpften, sondern nahezu die gesamte werktätige Bevölkerung des Orts führte damals eine Fülle kämpferischer Aktionen durch. Nicht vergessen ist aber auch, wie es den verschiedenen Arbeiterbürokraten schließlich in Rheinhausen doch gelang, einen der massivsten Kämpfe in Westdeutschland putschartig abzuwürgen.

Eine weitgehend bekannte Tatsache ist wohl auch noch, daß es 1984 über Monate hinweg eine breite ***Streikkampfbewegung für die 35-Stunden-Woche*** bei vollem Lohnausgleich gab, an der vor allem Metallarbeiterinnen und -arbeiter, aber auch Druckerinnen und Drucker beteiligt waren. Trotz der Kampfentschlossenheit vieler Arbeiterinnen und Arbeiter und vieler einzelner kämpferischer Aktionen hatten die DGB-Führer und ihr bestochener arbeiteraristokratischer Anhang von Anfang an die Initiative in diesem Lohnkampf, dessen Erfolg sie mit ihrer Abwiegelungstaktik, Verbreitung von Legalismus sowie auch chauvinistischer Hetze weitgehend verhinderten. Statt 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wurden nur teilweise Arbeitszeitverkürzungen erreicht und „flexiblere Arbeitszeiten" festgeschrieben, die für die Kapitalisten je nach „Konjunktur" vorteilhaft sind.

Einigermaßen bekannt sind schließlich auch die Proteste Hunderttausender Arbeiterinnen und Arbeiter ***gegen die Verschärfung des § 116*** im Jahr 1986, welche die Wirkung des Aussperrungsterrors der Kapitalisten verstärkt („kalt" Ausgesperrte sollen in der Regel kein Arbeitslosengeld mehr erhalten). Die Proteste, die klar unter der abwieglerischen Führung der DGB-Vorstände standen, konnten die Verschärfung des § 116 allerdings nicht verhindern.

Schon viel weniger wissen, daß im August ***1983*** die Werftarbeiter der AG Weser in Bremen und der HDW in Hamburg ein wichtiges Zeichen gesetzt hatten, als sie ***spontan und ohne die Gewerkschaftsführung in den Streik traten*** und ***in Bremen eine Woche und in Hamburg neun Tage lang die Werften besetzten,*** um gegen die geplante Schließung des Werks, d. h. gegen die Entlassungspläne zu protestieren.

★★★

Was für bedeutsame Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter gab es aber in den siebziger, sechziger und fünfziger Jahren? Die Kapitalisten und ihre Lakaien, die DGB-Führung und der DGB-Apparat, haben nicht das geringste Interesse, an die wichtigen Kämpfe 1969 bis 1973 zu erinnern, geschweige denn die wirklichen Erfahrungen dieser Kämpfe wahrheitsgemäß darzustellen. Denn die ***Septemberstreiks 1969*** ebenso wie die Welle spontaner Streiks 1973, darunter insbesondere der ***Fordstreik 1973***, waren Streiks, die ***ohne und gegen die Gewerkschaftsführung*** durchgeführt wurden. Das waren vielfach Streiks, bei denen gerade auch ***die Kampfkraft der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern*** deutlich wurde, während sich andererseits die wirkliche ***Fratze der Arbeiteraristokraten*** als

Dieses Flugblatt ist eine Zusammenfassung der Analyse aus „Rot Front" Nr. 5, „Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949 - 1974", Januar 1998

Agenten der Bourgeoisie, als ***Einpeitscher des deutschen Chauvinismus*** offenbarte.

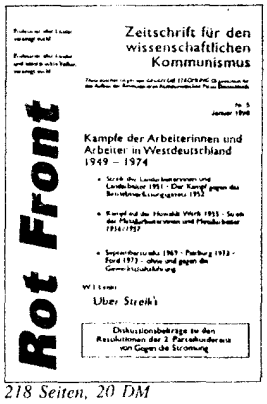
Weit verbreitet ist allerdings auch die irrige Meinung, daß die Septemberstreiks die ersten spontanen Streiks ohne und gegen die Gewerkschaftsführung in der Geschichte des westdeutschen Staates gewesen seien. Richtig ist zwar, daß die Septemberstreiks 1969 zum erstenmal nach einer langen Flaute die gewerkschaftsoffizielle Tarifpolitik durchbrochen haben. Fast nicht bekannt ist aber, daß es ***in den fünfziger Jahren bereits wichtige Streiks ohne und gegen die Gewerkschaftsführung gegeben hat.***

Die Kenntnis der Erfahrungen dieser Streiks in den fünfziger Jahren ist vor allem deshalb wichtig, weil diese nicht selten ***unter Führung der KPD*** standen bzw. ***die KPD vor allem in einer Anzahl wichtiger Großbetriebe erheblichen Einfluß hatte.*** Wer weiß zum Beispiel, daß die KPD 1953 auf der Weser AG in Bremen die absolute Mehrheit im Betriebsrat hatte oder daß die Führung der IG Bau-Steine-Erden 1956 die gesamte Bezirksorganisation Nordrhein mit 49 000 Gewerkschaftsmitgliedern auflöste, weil dieser Bezirk „in kommunistischer Hand" gewesen sei?

★★★

Es geht also zunächst einfach darum, daß jede Genossin und jeder Genosse, jede klassenbewußte Arbeiterin und jeder klassenbewußte Arbeiter über die wichtigsten Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland Bescheid wissen, wenigstens über ein ***Mindestmaß an Kenntnissen*** verfügen muß. Darüber hinaus ist dieses Wissen Voraussetzung, um tiefergehend zu verstehen, daß ***die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter heute sehr viel mit den früheren Kämpfen zu tun*** haben.

Offenkundig ist dieser Zusammenhang etwa bei der Widerstands- und Protestbewegung gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung bei Krankheit im Jahr 1996. Hier ging es um die ***Verteidigung*** einer Errungenschaft, für deren ***Durchsetzung*** 1956/57 Zehntausende Metall-Arbeiterinnen und -Arbeiter in Schleswig-Holstein einen mehr als viermonatigen Streik durchgeführt hatten.



218 Seiten, 20 DM

Wir stehen heute bei der erneuten Entwicklung einer wirklich revolutionären Arbeiterbewegung in vielerlei Hinsicht wieder ***am Anfang.*** Zugleich steht fest, daß sich diese revolutionäre Arbeiterbewegung insgesamt ***nicht voraussetzungslos*** herausbilden wird. Denn trotz aller Brüche wirken – im engen Zusammenhang mit der Kontinuität der „deutschen Zustände" überhaupt – auf der Grundlage der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten massiv spezifische geschichtliche Voraussetzungen und Tendenzen weiter. Das bedeutet:

Einerseits müssen die ***Hindernisse, Fehler und Schwächen*** analysiert und deutlich festgestellt werden, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten wirkliche Erfolge in den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter großteils verhindert haben.

Andererseits kommt es bei der Analyse ebenso entscheidend darauf an, die ***klassenkämpferischen, revolutionären und internationalistischen Keimformen, Elemente und Ansätze*** zu analysieren und bewußtzumachen, die in den Kämpfen der letzten Jahrzehnte zutage getreten sind – gerade angesichts der unbestreitbaren Schwäche dieser Keimformen, Elemente und Ansätze. Anhand der Analyse dieser positiven Erfahrungen, die zumeist sehr rasch wieder unterdrückt und vom Reformismus und Chauvinismus zugedeckt wurden, kann ansatzweise verdeutlicht werden, welchen Weg die zukünftige revolutionäre Arbeiterbewegung gehen, in welche Richtung sie sich entwickeln, welche Kampfmethoden sie verwenden muß. Diese Analyse zeigt vor allem auch, welche großen Möglichkeiten die revolutionäre Arbeiterbewegung hat, wenn die Lehren aus den bisherigen Kämpfen gezogen, die alten Fehler möglichst konsequent vermieden werden.

Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949 – 1974

Wir können hier nur einige Streiks und Streikbewegungen des Proletariats herausgreifen, die uns besonders wichtig erscheinen.

Drei wichtige politische Kämpfe

Ohne Zweifel waren es innerhalb der deutschen Bevölkerung vor allem die kommunistisch organisierten und orientierten Arbeiterinnen und Arbeiter, die in tiefer Illegalität der Nazi-Herrschaft Widerstand entgegengesetzt hatten. Doch dieser Widerstand war insgesamt viel zu schwach, war der Kampf einer geringen Minderheit, führte nicht zu Massenaktionen des antifaschistischen Kampfes und vor allem nicht zu bewaffneten Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland. Die Nazi-Barbarei – der Völkermord an 6 Millionen Juden, 500 000 Sinti und Roma und die Ermordung von Abermillionen in Polen, in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und vielen anderen versklavten Ländern – mußte von „außen", durch die Rote Armee und die Armeen Englands und der USA, durch machtvolle Partisanenbewegungen und Volksbefreiungsarmeen beendet werden. Das Potsdamer Abkommen hat völlig richtig die „Mitschuld des deutschen Volkes" und damit auch der Arbeiterklasse an den Naziverbrechen festgestellt.

Vor diesem Hintergrund entbrannte nach der militärischen Niederlage des Nazifaschismus zunächst der erste große politische Kampf zwischen antinazistisch aufgerüttelten Teilen des Proletariats und der zwar darniederliegenden, aber keineswegs vernichteten deutschen Bourgeoisie um die Frage der ***Entnazifizierung*** auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet. Viele Kämpfe zielten auf die ***Entfernung von Nazis*** aus den Betrieben sowie aus politischen Positionen. Dabei wurden auch eine Reihe von einzelnen Erfolgen erzielt. Die Proteste und Aktionen der Bergarbeiter erzwangen z. B. im Dezember 1945 und Januar 1946 die Entlassung von 70 Direktoren und leitenden Angestellten der Montanindustrie sowie einiger zu sehr belasteter Nazis aus den Bergwerksverwaltungen. Dennoch muß insgesamt klar festgestellt werden, daß es auch 1945 bis 1949, also in der Zeit der meisten antinazistischen Kämpfe, nur eine relativ kleine Minderheit von Arbeiterinnen und Arbeitern war, die sich aktiv am antinazistischen Kampf beteiligte.

Die zweite große politische Auseinandersetzung war ab 1949 dann vor allem der ***Kampf gegen die Remilitarisierung.*** In den Jahren unmittelbar nach der Gründung des Staates des deutschen Imperialismus beteiligten sich trotz der prinzipiellen Zustimmung der DGB-Führer zur Remilitarisierung Hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige an den Protesten und Kämpfen ***gegen die Remilitarisierung.*** Bei der von der KPD initiierten Volksbefragung „Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?" sprachen sich über 9 Millionen Personen gegen die Wiederaufrüstung aus. Doch diese Bewegung führte nicht in nennenswerter Weise zu Streiks. An den Kundgebungen und Demonstrationen der Bewegung gegen die ***atomare Bewaffnung der Bundeswehr*** 1958 beteiligten sich zwar noch Hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter, aber in den Betrieben gab es, abgesehen von sehr kurzen, manchmal nur zehnminütigen Arbeitsunterbrechungen, kaum größere Streiks. Der einstündige, ohne Zustimmung der IG Metall durchgeführte Streik von 8 800 Arbeiterinnen und Arbeitern des Volkswagen-Hauptwerkes in Wolfsburg sowie der Proteststreik im VW-Zweigwerk in Braunschweig am 28. März 1958 sind eher eine Ausnahme. Politisch wurde diese Bewegung – wie schon zuvor die „Ohne uns"-Bewegung Mitte der fünfziger Jahre – von reaktionären Kräften, insbesondere von der SPD dominiert und verebbte relativ rasch.

1968 verabschiedeten die westdeutschen Imperialisten die sogenannte „Notstandsverfassung" und „Notstandsgesetze", um bei „drohender Gefahr" für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" dem offen terroristischen Vorgehen gegen die aufbegehrende Arbeiterklasse einen legalen Anstrich zu geben. ***Gegen die Notstandsgesetze*** protestierten Hunderttausende in Demonstrationen, Kundgebungen usw. Am Sternmarsch nach Bonn nahmen 40 000 teil, darunter 3 000 Kölner Ford-Arbeiterinnen und -Arbeiter. In Frankfurt/Main demonstrierten Tausende von Arbeiterinnen und Arbeitern, in ca. 30 Betrieben verließen sie die Fabriken. Die DGB-Führung hintertrieb den Kampf jedoch und verriet ihn dann ganz offen. Kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes kündigte die DGB-Führung ihre bis dahin in diesem Punkt praktizierte Zusammenarbeit mit der außerparlamentarischen Opposition auf und boykottierte die gemeinsam geplante Protestdemonstration in Bonn.

Bei all diesen wichtigen politischen Kämpfen war also eine Schwäche, daß der Widerstand und Protest nicht zu wuchtigen politischen Massenstreiks geführt hat. Gerade diese wären aber in Verbindung mit politischen Kampfdemonstrationen nötig gewesen, um dem Vormarsch der Reaktion, des westdeutschen Imperialismus wirksam entgegenzutreten.

Sieben ökonomische Streiks sowie Kämpfe gegen die Einschränkung der legalen Möglichkeiten des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse

● ***Der Landarbeiterstreik 1951:*** Vom 4. bis 14.8.1951 fand der größte Streik von Landarbeiterinnen und Landarbeitern in der Geschichte des westdeutschen Staates statt, der Streik der Landarbeiter und -arbeiterinnen für Lohnerhöhungen in Hessen und Niedersachsen im August 1951. Neben der Polizei ging auch die ***Klassenjustiz*** mit voller Härte gegen die streikenden Landarbeiterinnen und Arbeiter vor. Der Streik zeigt, daß es eine wichtige Aufgabe der Arbeiterinnen und Arbeiter der industriellen Großbetriebe ist, ihre Klassenschwestern und Klassenbrüder auf dem Land im Kampf zu unterstützen, und daß es sehr wichtig ist, sich mit der Lage der Landarbeiterinnen und der Landarbeiter auseinanderzusetzen, um sich deren Rolle im Gesamtrahmen des Kampfes des Proletariats für die sozialistische Revolution klarzumachen.

● ***Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952:*** Um vor allem jeden politischen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben gegen das Kapital und seinen Staat zu verhindern,

ließen die westdeutschen Imperialisten 1952 das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz verabschieden. Dieses kriminalisiert jeden politischen Streik, ja verbietet überhaupt selbständige Streiks ohne und gegen die Gewerkschaftsführung. Die Betriebsräte sollen zugleich auf Erfüllungsgehilfen der Kapitalisten bei der Sicherung des ausbeuterischen „Betriebsfriedens" festgelegt werden. In der zweiten Maihälfte 1952 protestierten ungefähr ***2,5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige*** in allen Teilen Westdeutschlands mit Warnstreiks, Kundgebungen und Demonstrationen gegen das Betriebsverfassungsgesetz. Höhepunkt der Kämpfe war der zweitägige politische Streik der Drucker: Am 28. und 29. Mai erschienen in ganz Westdeutschland – sowie auch in Westberlin – keine Zeitungen. Die DGB-Führung fiel dem Kampf offen in den Rücken, indem sie noch vor der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes offiziell alle Proteste einstellte.

● ***Kampf auf der Howaldt-Werft 1955:*** Zu den bedeutendsten Lohnstreiks im Jahr 1955 gehörte der Streik von über 8 000 Werftarbeitern der Hamburger Howaldt- und der 3 500 Werftarbeiter der Stülcken-Werft vom 22.8. bis zum 1.9.1955. Dieser Streik ragt vor allem heraus, weil es ein von der KPD geführter Streik ohne und gegen die Gewerkschaftsführung war.

● ***Der Streik der Metallarbeiterinnen und -arbeiter in Schleswig-Holstein 1956/57:*** Vom ***14. Oktober 1956 bis zum 15. Februar 1957*** streikten in 38 Betrieben über 34 000 Metallarbeiterinnen und -arbeiter für die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Dieser Streik ragt nicht nur heraus, weil die Arbeiterinnen und Arbeiter vier Monate lang den Versprechungen und Druckmaßnahmen von Kapitalisten und Polizei widerstanden. Der mit 114 Tagen bis dahin längste Streik seit Gründung des westdeutschen Staates wurde vielmehr auch gegen die schamlose Abwiegelei der Gewerkschaftsführung geführt, die in mehreren Urabstimmungen Niederlagen hinnehmen mußte.

★★★

Angesichts des sogenannten „Wirtschaftswunders", angesichts des KPD-Verbots 1956 und vor allem auch angesichts der völligen Liquidierung der KPD als antiimperialistische und kommunistische Kraft durch die modernen Revisionisten kam es Ende der fünfziger Jahre nicht nur zu einem zahlenmäßigen Rückgang der Kämpfe, sondern die reaktionäre Gewerkschaftsführung und die SPD errang für mehrere Jahre die weitgehend ungehinderte Kontrolle über die Arbeiterbewegung. Insgesamt waren die Jahre von 1958 bis 1968 die Zeit mit den wenigsten Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in Westdeutschland.

● ***Die Septemberstreiks 1969:*** Die Wirtschaftskrise 1966/67, bei der es erstmals seit 1945 einen absoluten Produktionsrückgang gab, war durch verschärfte Ausbeutung in eine regelrechte Gewinnexplosion übergegangen. Ausgelöst wurden die Kämpfe für höhere Löhne und gegen die gewerkschaftliche Tarifpolitik durch den ***Streik auf der „Westfalenhütte" von Hoesch in Dortmund,*** der richtungsweisende Bedeutung hatte und praktisch die Initialzündung für die ganze Welle spontaner Streiks ohne und gegen die Gewerkschaftsführung war. Die Septemberstreiks erfaßten zwischen dem 2. und 20. September 1969 insgesamt 69 bestreikte Betriebe mit 140 000 Streikenden. Fast alle Streiks nahmen die ***Form der faktischen Betriebsbesetzung*** an. Die Wirkung der Streiks wurde vielfach noch durch Demonstrationen durch die jeweilige Stadt verstärkt. Das herausragende Merkmal der Septemberstreiks ist die Tatsache, daß diese ***Kämpfe gegen den Willen der Gewerkschaftsführung*** durchgeführt wurden. Auch wenn die - großteils auch durchgesetzten - Forderungen der Streikenden nicht über den Rahmen eines Kampfes für den besseren Verkauf der Arbeitskraft hinausgingen, zeigten die Streiks doch eindrucksvoll die Kraft der Arbeiterklasse, wenn sie entschlossen den Kampf für ihre berechtigten Interessen aufnimmt, wenn sich die Arbeiterinnen und Arbeiter vom lähmenden Einfluß der DGB-Arbeiterbürokraten und anderer Sozialverräter freimachen und selbständig ihre Forderungen und Interessen in die Hände nehmen.

● ***Der Pierburg-Streik 1973:*** Der Streik vom 13. 8. bis zum 20. 8. 1973 in dem Neusser Betrieb Pierburg war einer der wichtigsten spontanen Streiks 1973. Der Streik zeigt insbesondere die ***Kraft der Arbeiterinnen,*** hier vor allem der Arbeiterinnen aus anderen Herkunftsländern, ***die im Kampf vorangegangen*** sind, die ***größte Energie und Initiative*** entwickelt haben und weder vor „ihrem" Ausbeuter noch vor den massiven Polizeieinsätzen noch vor dem abwieglerischen Druck „ihrer" Gewerkschaftsführung zurückgewichen sind. Der ohne und gegen die Gewerkschaftsführung geführte Streik bei Pierburg Neuss im August 1973 ist bis heute in West/Deutschland das herausragende Beispiel dafür, daß ein ***gemeinsamer Kampf von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern zusammen mit deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern möglich*** ist und ***Erfolg haben*** kann.

● ***Der Ford-Streik 1973:*** Vom 24. bis 30. August 1973 kam es im Ford-Werk Köln/Niehl zu dem ***bis heute härtesten Streik in der Geschichte des westdeutschen Staates***. Dieser ohne und gegen die Gewerkschaftsführung durchgeführte Streik war vor allem von Arbeitern aus anderen Herkunftsländern getragen, vor allem von Arbeitern aus der Türkei. Den Ford-Kapitalisten war es im Verbund mit Presse und mit Schützenhilfe des Staates gelungen, bei den deutschen Arbeitern eine Front gegen die „Chaoten" und die „von ihnen aufgewiegelten" Arbeiter aus der Türkei aufzubauen. Beim Ford-Streik zeigte sich offen die Fratze der Arbeiteraristokratie und des deutschen Chauvinismus. Tiefsitzender deutscher Chauvinismus auch bei den untersten Schichten der deutschen Arbeiter war ein Hauptfaktor, der letztere vom gemeinsamen Kampf abgehalten und an ihre Ausbeuter gebunden hat. Der Streik wurde von den Arbeiterbürokraten des Betriebsrats und den Arbeiteraristokraten vereint mit hunderten von Spitzeln, Zivilpolizisten und der Polizei mit großer Brutalität niedergeschlagen. Die Niederschlagung des Streiks hatte die unmittelbare ***Rückendeckung und Unterstützung durch die Regierung*** des westdeutschen Imperialismus. Der Ford-Streik zeigt die enorme ***Größe der Aufgaben*** des unversöhnlichen Kampfes gegen den deutschen Chauvinismus auf sehr weite Sicht.

Das ist einer der vielen Polizeieinsätze, die es in West/Deutschland schon gegen Streikende gegeben hat wie 1969, beim Fordstreik 1973 oder hier beim spontanen Streik von deutschen Arbeitern und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern bei Dynamit Nobel in Nürnberg 1975.

Entwicklung und Stand der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland müssen realistisch eingeschätzt werden

Die deutsche Bourgeoisie hat ein großes Interesse daran, es so erscheinen zu lassen, als ob es in den letzten Jahrzehnten in West/Deutschland im Grunde genommen keine wirklichen Kämpfe mehr gegeben habe, als ob es eine ungebrochene Einheit, eine Art „Volksgemeinschaft" des kapitalistischen Wiederaufbaus nach 1945, des „Wirtschaftswunders" und der erneuten Expansion gegeben habe. Um dies als Lüge zu entlarven, wäre es allerdings ganz falsch, ein Bild großartiger Klassenkämpfe des Proletariats in den letzten Jahrzehnten dagegenzuhalten. Der bürgerlichen Klassenversöhnungsdemagogie muß als Ausgangspunkt eine in mehrfacher Hinsicht ***differenzierte Einschätzung*** entgegengestellt werden.

In der Tat läßt sich unschwer nachweisen, daß es auch seit Bestehen des westdeutschen Staates praktisch in jeder Etappe der Entwicklung Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie auch anderer Werktätiger gegen verschärfte Ausbeutung, Sozialabbau, aber auch gegen verschiedene Verschärfungen der politischen Reaktion gegeben hat. Insofern bestätigt auch die Realität West/Deutschlands, was Marx im weitern Sinne über die objektive Gesetzmäßigkeit der Kämpfe der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Gesellschaft wie jeder anderen Klassengesellschaft gesagt hat.

Andererseits muß eindeutig festgestellt werden, daß diese Kämpfe in folgenden Relationen ***schwach*** waren.

Auch die wichtigsten und militantesten Kämpfe nach 1945 waren schwach im Vergleich mit den Kämpfen vor 1933, als die Arbeiterinnen und Arbeiter unter Führung der KPD mehrmals auch bewaffnete Abwehrkämpfe und Aufstände durchführten.

Sie waren aber auch schwach im Vergleich zu den Tageskämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter der meisten kapitalistischen Länder, sowohl was die Zahl der Beteiligten als auch ihre Heftigkeit angeht. Dazu genügt der Hinweis auf die unvergleichlich massiveren Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Italien und in Frankreich in den letzten Jahrzehnten. Eine so gewaltige klassenkämpferische Auseinandersetzung wie im ***Mai und Juni 1968 in Frankreich,*** als zehn Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in den Generalstreik traten und Hunderttausende im Bündnis mit Studentinnen und Studenten auf den Barrikaden gegen die Polizei kämpften, hat es in Westdeutschland in den letzten Jahrzehnten auch nicht ansatzweise gegeben.

Einige wenige Zahlenangaben der offiziellen Streikstatistik zeigen das eindeutig:

Zwischen 1948 und 1968 gab es gemäß Streikstatistik in Westdeutschland nur 894 Streikaktionen. Das ist in zwanzig Jahren lediglich soviel wie in Frankreich in einem streikarmen Jahr wie 1958. (Kalbitz, Rainer, „Die Entwicklung von Streiks und Aussperrungen in der BRD", in: Kritisches Jahrbuch '73, Frankfurt/M. 1973, S. 163)

Zwischen 1970 und 1993 wurden je 1 000 Beschäftigte im Jahresdurchschnitt in Italien 928 Arbeitstage gestreikt, in Griechenland 734, in Spanien 673, in Kanada 640, in Irland 502, in Finnland 456, in Australien 440, in Großbritannien 382, in Neuseeland 315, in den USA 270, in Frankreich 124, in Westdeutschland aber nur ***37***. Das ist nur rund ein Fünfundzwanzigstel der Streiks in Italien. (ILO, OECD, Landesquellen, hier angegeben nach: iwd 11/95, Hrsg. Deutscher Instituts-Verlag)

An dieser Gesamteinschätzung ändert sich gewiß einiges, aber dennoch nichts Wesentliches, wenn wir in Rechnung stellen, daß die bürgerliche Statistik sehr viele Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter „vergißt", nicht erfaßt.

Inhaltlich waren die Grenzen dieser Kämpfe weitgehend durch tagespolitische Ziele gezogen, und

hier vor allem ökonomische Kämpfe sowie Kämpfe gegen die Einschränkung der legalen Möglichkeiten des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse. Es waren Jahrzehnte vorwiegend ökonomischer Abwehrkämpfe. ***Von einem bewußten politischen Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie kann in den letzten Jahrzehnten in West/Deutschland im wesentlichen nicht gesprochen werden.***

Die spontanen Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter für ökonomische oder tagespolitische Ziele (erst recht, wenn sie unter der Führung von bürgerlichen oder opportunistischen Kräften stehen) sind lediglich ***Keimformen*** des Klassenkampfes, denn sie kämpfen noch nicht ihrer Lage und ihren Aufgaben gemäß ***bewußt*** und als Klasse organisiert.

Die Auseinandersetzungen der Arbeiterklasse mit dem Kapital bergen in sich die ***Möglichkeit*** der Erkenntnis, daß dieses ganze kapitalistische System zerschlagen werden muß, um es durch eine neue Welt des Sozialismus und Kommunismus zu ersetzen. Doch ergibt sich diese Erkenntnis ***nicht von allein.*** Hier liegt vielmehr eine der großen Aufgaben der Kommunistischen Partei, die nicht nur alle Kämpfe zusammenfassen, organisieren und führen muß, sondern vor allem auch die nötige Klarheit und Zukunftsperspektive in die sich entwickelnde Arbeiterbewegung hineintragen muß. Hier liegen die großen Aufgaben der Kommunistischen Partei, um die Führung im Klassenkampf in all seinen Formen zu kämpfen, mit dem Ziel der sozialistischen Revolution, der Diktatur des Proletariats, des Sozialismus und des Kommunismus. Die Basis der Kommunistischen Partei muß aber in den Betrieben, vor allem den industriellen Großbetrieben liegen, gemäß Lenins Losung: „Jeder Betrieb muß unsere Festung sein."

★★★

Die entscheidende Aufgabe der kommunistischen Kräfte in Deutschland ist der Aufbau einer revolutionären Kommunistischen Partei, welche die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf gegen den Opportunismus verteidigt und immer besser mit den Besonderheiten Deutschlands zu verbinden versteht. Das Hauptkettenglied beim Aufbau der Kommunistischen Partei ist nach wie vor die theoretische Arbeit. Es geht um den Aufbau der Kommunistischen Partei, die fest im Proletariat verankert ist, deren Mitglieder vor allem aus den fortgeschrittensten Arbeiterinnen und Arbeitern bestehen und deren Grundorganisation die Betriebszelle sein muß. Ausgangspunkt der gesamten Arbeit dafür ist die Überzeugung und Kenntnis von der welthistorischen Rolle des Proletariats.

Um wirklich die fortgeschrittensten Kräfte des Proletariats in die Kommunistische Partei aufnehmen und die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei, die Bewußtmachung und Organisierung der Arbeiterklasse zum Sturz der Bourgeoisie, wirklich durchführen zu können, muß die Kommunistische Partei vor allem in den Betrieben, vor allem in den Großbetrieben des Kapitals aufgebaut werden, wo die fortgeschrittensten Arbeiterinnen und Arbeiter sich konzentrieren – auf dieser Grundposition basiert unsere ganze kommunistische Betriebsarbeit.

Aufgaben auf dem Weg zum revolutionären Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie

Es geht darum, die Einsicht zu fördern und zu vertiefen, daß bei jedem ernsthaften Arbeitskampf die Arbeiterinnen und Arbeiter sich nur auf die eigene Kraft verlassen und nur auf diese vertrauen dürfen. Denn wenn sie sich auf die Gewerkschaftsführer oder überhaupt auf den Gewerkschaftsapparat verlassen – dann sind sie verlassen! Nur wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig und im Kampf gegen die DGB-Führung den Kampf im eigenen Betrieb organisieren, Kontakte zu anderen Betrieben herstellen usw., kann ihr Kampf Erfolge erzielen.

In diesem schwierigen und umfangreichen Kampf gilt es, einige grundlegende Ausgangspunkte für die Arbeit kommunistischer Betriebszellen im Hinblick auf den Zusammenschluß der fortgeschrittensten Initiativen in Betrieben und Gewerkschaften festzuschreiben:

- Die Einheit zwischen den untersten Schichten der Arbeiterklasse, unabhängig von Nationalität, Religion und Hautfarbe, ist unverrückbarer Ausgangspunkt.
- Die Formen des Kampfs müssen darauf orientiert sein, den legalistischen Rahmen (z. B. das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz), der kaum oder gar keinen Erfolg ermöglicht, zu sprengen und auf Betriebsbesetzungen, langandauernde, immer mächtiger werdende Streiks, kämpferische Aktionen auf der Straße usw. das Hauptgewicht zu legen.
- Dabei ist besonders wichtig, daß der eigene Kampf im Betrieb, in einer Region nicht isoliert wird, daß der Kampf ausgeweitet, über Einzelgewerkschaften, Branchen und Regionen hinaus breit verankert und von vornherein auch mit dem Kampf von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern verbunden wird.
- Große Anstrengungen müssen gemacht werden, um die Erwerbslosen, die überwiegend Teil des Proletariats sind, in den Kampf gegen das Kapital einzubeziehen.
- Es muß vor Ort und darüber hinaus der möglichst enge Kontakt und die enge Zusammenarbeit mit der fortschrittlichen Jugendbewegung hergestellt werden, die gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Terror kämpft, die sich konsequent demokratische und revolutionäre Aufgaben stellt.
- Es muß in einer demokratischen Atmosphäre Raum und Gelegenheit für grundlegende Debatten geben, um das ganze System des Kapitalismus in Frage zu stellen und Perspektiven für ein anderes Gesellschaftssystem zu diskutieren, eine Atmosphäre, in der revolutionäre und kommunistische Positionen nicht ausgegrenzt, sondern gründlich und der Situation entsprechend debattiert werden können.

Das alles erfordert, daß die am wirklichen Kampf gegen das Kapital interessierten Kolleginnen und Kollegen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft einen umfangreichen ideologischen und organisierten Kampf gegen das gesamte Arsenal des deutschen Chauvinismus, des Rassismus und der klassenversöhnlerischen Partnerschaftsideologie sowie den Aberglauben an den Staat führen müssen, um Kolleginnen und Kollegen selbständig, ohne und gegen die Gewerkschaftsfürsten zu mobilisieren.

Dabei müssen wir uns auf einen harten Kampf mit allen Spielarten des Reformismus, des Revisionismus und des Opportunismus, der Abwiegelei und des Verrats auch innerhalb der Gewerkschaften einrichten.

Einen von allen falschen Freunden, von Gewerkschaftsbürokraten, von Arbeiteraristokraten, egal welcher bürgerlichen Partei sie angehören, gereinigten, militanten und internationalistisch orientierten Kampf initiieren und entwickeln, dessen Führung in den Händen der kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben liegt – das ist der einzig mögliche Weg, um wirkliche, wenigstens zeitweilige Erfolge im gewerkschaftlichen Kampf, gegen Massenentlassungen, Lohnraub und den Abbau der sozialen Rechte, gegen die Abwiegelei, Resignation und Demoralisierung durch die DGB-Fürsten durchsetzen zu können.

Die wirklich kommunistischen Kräfte werden in alle berechtigten Tageskämpfe ihre Kampfkraft, ihre Aktivität, ihre Argumentation hineintragen und diese Kämpfe nach Kräften unterstützen. Sie werden dabei nicht verschweigen, daß aus jedem Abwehrkampf auf lange Sicht nur dann ein Erfolg hervorgehen kann, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter offensiv das Kapital und seinen Staat, das System des Kapitalismus angreifen, das Ausbeutersystem mit allen seinen Wurzeln diktatorisch beseitigen und für eine sozialistische und dann kommunistische Gesellschaft kämpfen.

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mitttwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

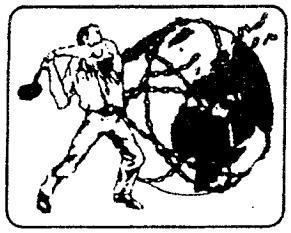
Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung" sind u. a. erhältlich:

*In **Berlin:** Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5; M 99, Manteuffelstr. 96; Nachladen, Waldemarstraße 36; in **Bonn:** Antiquariat W. Marrow, Breite Straße 52; in **Braunschweig:** Antifacafé, Cyriaksring 55; in **Dortmund:** Buchladen Taranta, Humboldtstraße 54; in **Duisburg:** Antiquariat, Pulverweg 33b; in **Frankfurt:** Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4; in **Freiburg:** Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15; in **Göttingen:** Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; in **Hamburg:** Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, in **Hannover:** Internationalismus Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; in **Karlsruhe:** Der andere Buchladen, Marienstr. 15; in **Kiel:** Buchladen Zapata, Jungfernsteg; in **Köln:** Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; in **München:** Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41- 43; in **Nürnberg:** Libresso Buchhandlung, Peter-Vischer-Str. 25; in **Stuttgart:** Buchhandlung Niedlich, Schmale Straße 9.*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

1/ 98 Januar 1998

Gründe, warum das Studium des Hauptwerks von Karl Marx von gundlegender und aktueller Bedeutung im ideologischen Kampf ist

Studiert „Das Kapital"!

Ob Freund oder Feind - niemand bestreitet, daß „Das Kapital" das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus von Karl Marx ist. Kommunistin oder Kommunist zu sein, aber in der Diskussion und im Kampf mit ideologischen Vertretern des Klassenfeindes zugeben zu müssen, daß man dieses Hauptwerk nicht gelesen hat, ist zunächst einmal ganz einfach blamabel. Man macht sich zur Witzfigur, fängt an zu stammeln oder erweckt aus falscher Verteidigung gar den Eindruck, als könne man kommunistischer Kader auch sein, wenn man dieses Buch nicht gelesen hat bzw. daß es auch genüge, irgendwelche Zusammenfassungen in Sekundärquellen zu lesen. Zugegeben, ist dies noch kein sehr inhaltsreiches Argument. Es ist eher trivial. Aber es ist ein sehr schlagendes Argument. Ohne Kenntnisse des Grundwerkes von Marx ist eine Verteidigung der Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus nicht möglich. Dieser Argumentation kann nur widersprechen, wer „Das Kapital" nicht als „Hauptwerk" akzeptiert. Doch es gibt wesentlich mehr gute Gründe. Aus einer bestimmten Einschätzung der ideologischen Situation heute wollen wir einige hervorheben - und bewußt auch zur Diskussion stellen.

Feste Überzeugung von der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution

Der eigentlich Sinn und Zweck des Buches war und ist, die Unlösbarkeit der grundlegenden Probleme des Kapitalismus im Rahmen des Kapitalismus als ersten Schritt aufzuzeigen, um sodann das Todesurteil umfassend zu begründen, und die Rolle des Proletariats als „Enteigner der Enteigner", als Totengräber des Kapitalismus, als einzige geschichtlich reale Perspektive zur Sprengung des Kapitalismus nachzuweisen. Die feste Überzeugung der unlösbaren inneren Widersprüche des Kapitalismus angesichts des weltweiten Elends, angesichts der realen Möglichkeiten des Sozialismus und Kommunismus kann und muß aus dem gründlichen und systematischen Studium der wissenschaftlichen Beweisführung im „Kapital" erwachsen. Es wird von bleibendem Eindruck sein, wenn die Marxsche Entwicklung der Summe aller Gegensätze des Kapitalismus aus dem Gegensatz zwischen Gebrauchswert und Tauschwert in der einfachen Ware, dann der Ware Arbeitskraft verfolgt und selbständig durchdacht wird. Es ist in der Tat bis heute so, wie Engels über „Das Kapital" festgestellt hat:

> **„Solange es Kapitalisten und Arbeiter in der Welt gibt, ist kein Buch erschienen, welches für die Arbeiter von solcher Wichtigkeit wäre, wie das vorliegende."**
> (Friedrich Engels, „Rezension des Ersten Bandes 'Das Kapital' für das 'Demokratische Wochenblatt'" 1868, Marx-Engels-Werke Band 16, S. 235)

Systematische Orientierung auf die Arbeiterklasse: Die reale Situation der Arbeiterklasse und der „Doppelcharakter" der Tageskämpfe

Es klingt auf den ersten Blick vielleicht nicht überzeugend, aber dieses Buch „Das Kapital" ist in Hinblick auf die Arbeiterklasse ein in vielerlei Hinsicht ganz und gar nicht „theoretisches" Buch.

Die Schilderung der Arbeitsumstände, der Verlängerung des Arbeitstages und des Kampfes dagegen und die Mechanismen der Verschärfung der Ausbeutung während einer gegebenen Zeitspanne ist von tiefer Verbundenheit mit den „Verdammten dieser Erde", mit den arbeitenden Menschen gekennzeichnet. Jeder, der sich hineindenkt, spürt und versteht, in welcher Hinsicht und wie tiefgehend Karl Marx der Theoretiker der Arbeiterklasse ist, daß er den Standpunkt der Arbeiterklasse theoretisch und praktisch eingenommen hat und kein „über den Klassen stehender" Wissenschaftler ist.

In diesem Rahmen sind die „reformistisch" scheinenden Kämpfe um den 8-Stunden-Tag von großer grundlegender Bedeutung, wie überhaupt sämtlich im gewerkschaftlichen Rahmen bleibenden Argumentationsketten von Marx. Ein wirklich grundlegendes Verständnis der Wechselwirkung von notwendigen Tageskämpfen der Arbeiterklasse und der solidarischen und scharfen Analyse, daß auch diese Tageskämpfe einen „Doppelcharakter", zwei Seiten haben, Ausgangspunkt von Reformusmus oder eben Ausgangspunkt für klassenkämpferische, am Kommunismus orientierte revolutionäre Perspektiven sein können, - ein solches Grundverständnis kann und muß anhand aller entsprechender Passagen im „Kapital" herausgearbeitet werden.

Die Bedeutung der Widerlegung der Argumentationen der pseudowissenschaftlichen Vertreter der Kapitalistenklasse

Das Studium dieser Schrift wird auch zeigen, daß und warum Marx viel Mühe auf die systematische Widerlegung der „besten Vertreter" der Kapitalistenklasse verwandt hat. Dieser Punkt hat sehr viel mit der Atmosphäre zu tun, die Marx dadurch schaffte, daß er als leitender Genosse der Kämpfe der Arbeiterklasse ohne jeden Respekt, ja mit berechtigter und vernichtender Kritik an den ungekrönten wissenschaftlichen Autoritäten der damaligen Zeit auch und gerade in einer Sphäre auftrat, die bis dahin vollständig von der Bourgeoisie beherrscht worden war. Man konnte Marx nicht mit irgendwelchen neuen Thesen und Theorien „verblüffen" - er wußte und kannte die angeblich ach so schlauen Köpfe, ihre verquere Begrifflichkeit und ihre gröbsten Fehler alle in und auswendig und konnte sie gründlich genug öffentlich blamieren, so wie es je nach Situation nötig war. Das Wissen um diese Tatsache gab der Arbeiterklasse das berechtigte Gefühl der Überlegenheit gegenüber den Theoretikern der Bourgeoisie, und dies ist atmosphärisch in der Tat einer der Grundbedingungen für den notwendigen Mut und die notwendige Entschlossenheit, es mit einem in vielerlei anderer Hinsicht „überlegenen" Gegner aufzunehmen.

Wichtige Gedanken zum Sozialismus und Kommunismus

Diese Schrift streift an vielen Stellen keinesfalls zufällig die Frage, was wäre, wenn - zum Beispiel - die Technik nicht unter kapitalistischen, sondern unter kommunistischen Bedingungen mehr Produkte in kürzerer Zeit ermöglichen würde.

Sehr dezent, aber mit großer Überzeugungskraft werden hier die Perspektiven einer nicht auf Mehrwertproduktion und Ausbeutung der „Ware Arbeitskraft", der Arbeiterklasse beruhenden Gesellschaftsordnung deutlich. Ein Ziel der Schulung von „Das Kapital" ist, systematisch all diese Passagen zusammenzustellen, auszuwerten und als Ausgangspunkt für die Thesen von Marx und Engels über die zwei Phasen, Sozialismus und Kommunismus, für die Theorie der Diktatur des Proletariats in der Epoche des Übergangs zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu studieren, wie sie insbesondere in der „Kritik des Gothaer Programms" entwickelt wurden.

Gegen den europäischen Chauvinismus die Bedeutung der „ursprünglichen Akkumulation des Kapitals" herausarbeiten

Das Werk „Das Kapital" nimmt vor allem die realen Zustände und Entwicklungen im damals entwickeltsten Land, in England, zum Ausgangspunkt. Immer wieder gibt es auch während des Textes Querverweise auf die internationalen Beziehungen Englands mit seinen Kolonien, vor allem die Ausplünderung und Versklavung von Indien.

Völlig klar wird der Kampf von Marx gegen den europäischen Chauvinismus jedoch in seinem tiefen weltgeschichtlichen Abriß der „ursprünglichen Akkumulation" des Kapitals, also bei der Behand-

Selbstkritik von GEGEN DIE STRÖMUNG zur Darstellung der Wurzeln der Ausbeutung

„Gerechter Tausch" oder „ungleicher Handel"

Eine sehr wichtige Kritik an den „Rot Front"-Nr. 2 und 4 betrifft den gründlich mißglückten Versuch, in Kürze das Geheimnis der Verschleierung der Ausbeutung zu lüften. Die entsprechende Stelle lautet:

„Der springende Punkt aber ist, daß Kapitalismus bedeutet, daß der sogenannte 'gerechte Tausch' zwischen Arbeitskraft hie und Lohn da in Wirklichkeit ein höchst ungleicher Handel ist."
(„Rot Front" Nr. 2, Juli 1996, S.166-167. Eine ähnliche Passage findet sich in „Rot Front" Nr. 4, S. 11 und S. 58)

Ein Leser hat völlig zurecht kritisiert, daß die kapitalistische Ausbeutung, der „springende Punkt", gerade *nicht* eine Frage eines „höchst ungleichen Handels" ist. Im „Kapital" beweist Marx gerade - wie in der Selbstkritik in "Rot Front" Nr. 5 belegt wird -, daß im Durchschnitt die Ware Arbeitskraft gegen Geld nicht „ungleich" getauscht wird. Nicht der Tausch enthält das Geheimnis der Mehrwertproduktion, nicht in der Sphäre der Zirkulation ist die Ausbeutung verwurzelt, sondern im Produktionsprozeß, durch die Ausbeutung der Arbeitskraft. "Der Zirkulationsprozeß", schreibt Marx im „Kapital", „oder der Warenaustausch schafft keinen Wert", und daher auch keinen Mehrwert (Siehe Marx-Engels Werke, Band 23, S. 177 f.)

Der gravierende Fehler in „Rot Front" 2 und 4 zeigt, wie wichtig es ist, tiefgehend „Das Kapital" von Marx zu studieren.

(Vgl. ausführlich dazu in "Rot Front" Nr. 5, S.199 - 201)

lung der Frage, woher die industriell fortgeschrittenen Länder Europas überhaupt die Mittel angehäuft hatten, um Industrien schaffen zu können. Die Antwort ist konkret und überzeugend, sagt viel über die „außerökonomischen Faktoren", über die „Rolle der Gewalt in der Geschichte", kurz, über Raub und Totschlag als Mittel der Vorbereitung des Kapitalismus - sowohl gegenüber den außereuropäischen Völkern, als auch durch Raub und Diebstahl in jeweiligen eigenen Land, vor allem der bäuerlichen Bevölkerung gegenüber.

Es ist wichtig, für jeden kommunistischen Kader, die Notwendigkeit des Kampfes gegen den europäischen Chauvinismus von der Wurzel her zu begreifen. Das Studium des Abschnittes im „Kapital" über die ursprüngliche Akkumulation ist ein wesentliches Mittel dafür.

Kritisches Studium

Marx selbst polemisiert erläuternd nicht selten mit jenem „christlich-abendländischen Bildungsgut", das die Wissenschaftler der damaligen Zeit für sich in Anspruch nahmen, aber in Wirklichkeit, wie Marx polemisch nachweist, sehr oft selbst gar nicht beherrschen, auch auf diesem Gebiet „Nullen" sind. Griechische Tragödie, biblische Ausdrucksweisen und an manchen Stellen auch ein schwer oder gar nicht zu akzeptierenden Humor etwa im Zusammenhang mit der Rolle der aus Deutschland nach Polen eingewanderten Juden, — all diese Passagen, die eigentlich schon aus der damaligen Sicht, vor allem aber aus unserer heutigen Sicht kritisch analysiert und beurteilt werden müssen, fordern uns heraus:

Wir sollten es uns nicht zu leichtmachen mit einer Kritik, aber auch auf keinen Fall kritische Fragen und Kritiken zu vermeiden suchen. Das Ziel eines Studiums ist, nach allen Seiten hin ein Werk abzuklopfen, zu analysieren, was der Klassenfeind angreifen, ausnutzen und benutzen wird und genau zu überlegen, wie ein kommunistischer Kader darauf reagieren muß. Das gilt nicht nur in Hinblick auf stilistische Fragen, unpassende Metaphern, sondern vor allem auch in Hinblick auf die zentrale Frage im Kampf gegen den Revisionismus: Was ist noch gültig an der Argumentation im „Kapital" und was ist wirklich geschichtlich in der Epoche des Imperialismus und der heutigen Zeit nicht mehr so wie zur Zeit von Marx? Dies grundsätzliche Fragestellung soll das Studium von der ersten bis zur letzten Seite begleiten, um nicht nur die dialektisch-materialistische Methode aus Aufbau und Entwicklung dieser Schrift zu entnehmen, sondern selbst konsequent auf diese Schrift anzuwenden.

* * *

Nicht wenige Genossinnen und Genossen waren und sind der Meinung, „Das Kapital" sei „viel zu schwer" für das eigene Verständnis, für ein individuelles und kollektives Studium sowie für die Schulung. Ohne Zweifel ist die Lektüre dieses Buches nicht gerade leicht. Aber was folgt daraus? Marx selbst hat fünf Jahre nach Erscheinen des Buches gegen diesen Einwand festgestellt:

> **„Es gibt keine Landstraße für die Wissenschaft, und nur diejenigen haben Aussicht, ihre lichten Höhen zu erreichen, die die Mühe nicht scheuen, ihre steilen Pfade zu erklimmen."**
> (Karl Marx, „Das Kapital", „Vorwort und Nachwort zur französischen Ausgabe" von 1872, Marx-Engels-Werke Band 23, S. 31)

Das bedeutet eben, daß der Sozialismus bzw. Kommunismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden ist, eben auch wie eine Wissenschaft betrieben, d.h. studiert werden muß. Ganz und gar falsch ist aber die Meinung, daß „ungebildete" Arbeiterinnen und Arbeiter das „Kapital" angeblich sowieso nicht verstehen könnten. Lenin hat in „Was tun?" darauf hingewiesen, daß gerade die Arbeiterinnen und Arbeiter die kommunistische Theorie sich so gründlich und tief aneignen können, weil diese Theorie tiefer und richtiger als jede andere die Ursachen des Elends der Arbeiterklasse aufzeigt und den Weg des revolutionären Kampfes dagegen weist.

A. Schapowalow, einer der ersten Arbeiterrevolutionäre und Bolschewik Rußlands berichtet in seinem autobiographischen Roman „Auf dem Wege zum Marxismus" von einer ausschlußreichen Episode zu diesem Thema:

> *„Unterwegs, auf der Reise nach Sibirien, erzählte man mir von einem Gespräch zwischen Lenin und dem hervorragenden Marxisten Paul Lafargue... Als Lafargue von Lenin hörte, daß es in Rußland noch keine Parteien im westeuropäischen Sinne, sondern bloß Arbeiterzirkel gebe, fragte er:*
>
> *- 'Was treibt ihr denn in eurem Arbeiterzirkel?'*
>
> *- 'Wir halten vor den Arbeitern populäre Vorlesungen. Später studieren dann die Fähigeren unter den Arbeitern Karl Marx.'*
>
> *- 'Die Arbeiter lesen Karl Marx?'*
>
> *- 'Ja.'*
>
> *- 'Und können sie ihn verstehen?'*
>
> *- 'Ja.'*
>
> *- 'Da täuschen sie sich ganz sicher', bemerkte der giftige Franzose. 'Die Arbeiter verstehen sicher kein Wort. Unsere sozialistische Bewegung ist schon zwanzig Jahre alt. Aber Marx versteht bei uns niemand.'*
>
> *Gleich zu Beginn der Bewegung gingen wir russischen Arbeiter an die Urquelle, d. h. an das 'Kapital', und das war sicher eine der Ursachen für die ungewöhnlichen Erfolge des Marxismus bei uns. Lenin unterstützte dieses Bestreben der Arbeiter in jeder Weise."*
>
> (Siehe: A. Schapowalow, „Auf dem Wege zum Marxismus", zuerst erschienen im Jahr 1922, Nach-Druck 1997, Verlag Olga Benario und Herbert Baum)

Auch heute müssen wir wieder zur „Urquelle" gehen, um wirklich radikal und unversöhnlich den Kampf für die Zerschlagung des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus in der bewaffneten sozialistischen Revolution des Proletariats auf weite Sicht führen zu können.

Gegen diverse „Marxologen" und revisionistische Berufsreformisten, die sich insbesondere bei jüngeren am wissenschaftlichen Kommunismus interessierten Menschen gern als „Kapitalspezialisten" aufspielen, muß dabei von vornherein klargestellt werden, daß das Studium des „Kapitals" ebenso wie aller grundlegenden Werke des wissenschaftlichen Kommunismus kein Selbstzweck ist, sondern als Anleitung für die revolutionäre Praxis gemeistert werden muß. Das bedeutet, daß das Studium und die Schulung ***mit den grundlegenden und brennenden Fragen des ideologischen, theoretischen und praktischen Kampfes heute vor Augen*** erfolgen ***und untrennbar verbunden sein muß mit der revolutionären Linie und Politik*** im Kampf für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei. Nur das entspricht dem Standpunkt und dem Herangehen von Karl Marx selbst.

Weitere Flugblätter von Gegen die Strömung zu Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus

- ***Studiert das „Manifest der Kommunistischen Partei" von Marx und Engels!*** (Februar 1993)
- ***Warum die Stalinsche Schrift „Über die Grundlagen des Leninismus" studieren?*** (Juli 1994)
- ***Über die aktuelle Bedeutung von Lenins Schrift „Was tun?"*** (April/Mai 1995)
- ***Über die aktuelle Bedeutung von Lenins Schrift „Staat und Revolution": Den Aberglauben an den Staat bekämpfen!*** (Juni 1997)

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mitttwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

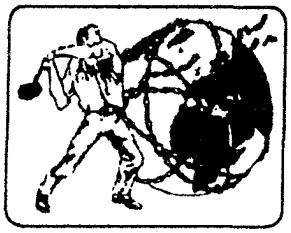
GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

2/98 Februar 1998

Aus dem beispielhaften Kampf der Erwerbslosen in Frankreich lernen!

Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit und ihre kapitalistischen Ursachen aufnehmen!

In Deutschland wie Frankreich, Spanien, Italien, Türkei, Polen usw. herrscht heute millionenfache Massenerwerbslosigkeit, die weiter zunimmt und immer größeres Massenelend bedeutet. Um dies zu beschönigen und zu rechtfertigen, vor allem aber um jedes kämpferische Aufbegehren dagegen zu verhindern, werden verschiedene reaktionäre Demagogien verbreitet. So wird die massenhafte Erwerbslosigkeit nur als eine Art vorübergehende „Panne" des Kapitalismus hingestellt, die von ihm behoben werden könne. Oder aber es wird so getan, als ob die Einführung neuer Techniken und Maschinen „an sich" die Ursache der Erwerbslosigkeit sei. Jahr für Jahr und Monat für Monat werden Millionenmassen vertröstet, daß leider nur im Moment „noch keine Wende" absehbar sei. In Verbindung damit wird die chauvinistisch-rassistische Vorstellung geschürt, daß die Wurzel der „Arbeitslosigkeit" in der „Überbevölkerung" vor allem der abhängigen Länder liege, was in der nazistischen Parole „Ausländer raus!" gipfelt. Gleichzeitig wird die Lage der Erwerbslosen durch drastische Verschärfungen Zug um Zug verschlechtert. Die kapitalistischen Profiteure setzen dabei auf die Vereinzelung der Erwerbslosen, die angeblich einer solchen Situation ohnmächtig ausgeliefert seien und angeblich keine Chance auf die Solidarität der beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie anderen Werktätigen hätten. Doch in Frankreich haben zehntausende Erwerbslose „Schluß" gesagt und den Kampf dagegen aufgenommen. Sie beweisen, daß es möglich ist, zu kämpfen, Druck auf die Herrschenden auszuüben, sich über die Grenzen der Nationalität und Staatsangehörigkeit hinweg solidarisch im Kampf auch mit anderen vom Kapital Unterdrückten und Ausgebeuteten zusammenzuschließen. Und zugleich haben sie vielfach auch die Frage der grundsätzlichen Ursache der Erwerbslosigkeit aufgeworfen, die im kapitalistischen Profitsystem selbst liegt.

Der Kampf der Erwerbslosen in Frankreich

In Frankreich sind derzeit offiziell ca. 3,2 Millionen Menschen „arbeitslos" gemeldet, das sind 12,4 % der erwerbsfähigen Bevölkerung.[1] In Wirklichkeit gibt es annähernd 7 Millionen Erwerbslose im Land: 3,2 Millionen Erwerbslose, eine Million Sozialhilfeempfänger, eine Million Vorruheständler, 2,8 Millionen prekäre Arbeitsverträge und eine halbe Million jugendliche Erwerbslose.[2]

Wer von den Kapitalisten aufs Pflaster geworfen wird, stürzt sehr rasch in tiefes Elend. Erwerbslose beziehen zunächst noch 70 Prozent ihres letzten Gehaltes als Arbeitslosengeld. Alle vier Monate sinkt das Arbeitslosengeld um 17 Prozent, solange bis nichts mehr übrig ist. Dann bleibt nur noch die sogenannte „Solidaritäts-Unterstützung" oder die Sozialhilfe RMI, umgerechnet sind dies zwischen 650 und 700 DM im Monat. Die unter 25-Jährigen bekommen derzeit nicht einmal Sozialhilfe.[3]

Festnahme von erwerbslosen Frauen durch französische Polizei

Mehr als ein Drittel der Erwerbslosen ist schon länger als ein Jahr erwerbslos.[4] Mindestens 500.000 Erwerbslose sind auf die „Solidaritätshilfe" von 2.300 Francs

Streiflichter der Proteste der Erwerbslosenbewegung in Frankreich

Aus der Fülle der vielfältigen Aktionen können wir hier nur ganz wenige herausgreifen.

Die erste Etappe der Kämpfe war deren Ausbreitung über ganz Frankreich im Verlauf des Dezembers 1997.

❒ Am 4. Dezember 1997 fand in Marseille die erste Demonstration zugunsten der Forderung nach 3.000 Franc (rund 900 DM) „Prämie" zum Jahresende statt.

❒ Am 11. Dezember wurde in Marseille schließlich auch die erste Besetzung einer Arbeitslosenkasse (Arbeitsamt) durchgeführt.

❒ Rasch folgten über ganz Frankreich verteilt ein gutes Dutzend weiterer Besetzungen. Auch die Solidarität begann sich bald zu organisieren. So sammelten die Besetzer in Marseille in einer Stunde an einer Autobahn-Mautstelle 5.600 Franc Unterstützungsspenden.

❒ In Paris besetzten am 17. Dezember 1997 Erwerbslosen- und Wohnungslosenkomitees symbolisch das Louvre-Museum.

In der zweiten Etappe Anfang Januar 1998 wird die Bewegung der Erwerbslosen so stark, daß sie von der Regierung nicht mehr einfach ignoriert oder als „minoritär" abgetan werden kann.

❒ Die Aufrufe der „sozialistischen" Arbeitsministerin Aubry und der Chefin der SP-Gewerkschaft CFDT Notat, die Erwerbslosen sollten ihre „minoritären", „illegalen" und „ungerechtfertigten" Aktionen abbrechen, quittierten diese im nordfranzösischen Arras, indem sie eine Notat-Stoffpuppe verbrannten. (taz, 7.1.1998)

❒ In Bordeaux hatten Erwerbslose am 7.1.1998 abends den örtlichen Handelskammervorsitzenden mehrere Stunden als Geisel genommen. Die Gespräche mit ihm gingen anschließend ebenso über französische Radiosender wie ein Telefongespräch mit dem Chef des „Arbeitgeberverbandes" CNPF, Ernest-Antoine de Seilliere, gegenüber dessen Sekretärin sich die anrufenden Erwerbslosen als Minister ausgegeben hatten. (taz, 9.1.1998)

❒ Am 7.1.1998 findet der erste landesweite Aktionstag mit Demonstrationen, Besetzungen und anderen Aktionen statt. Am 8.1. redet Jospin erstmals mit Vertreterinnen und Vertretern der Erwerbslosenbewegung, denen er zusätzliche Mittel verspricht.

Die dritte Etappe beginnt mit dem Doppelmanöver der Regierung, einerseits mit Polizeigewalt gegen die Erwerbslosen vorzugehen, andererseits lächerlich geringe Zugeständnisse zu machen, was beides die Bewegung der Erwerbslosen nicht stoppen kann .

❒ Am 10.1.98 läßt die Regierung in ganz Frankreich die besetzten Gebäude mit Polizei räumen. In manchen Städten haben sich die Demonstrantinnen und Demonstranten zum Teil in den Büros festgekettet. Jospin begründet die Räumungen mit Bedarf an „Autorität".

Fortsetzung auf S. 2

Fortsetzung von S. 1

❒ Am Abend der Räumungen haben Demonstrantinnen und Demonstranten eine Livesendung auf France 2 unterbrochen und auch die beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter aufgerufen, sich an den seit drei Wochen andauernden Protesten zu beteiligen. (taz, 12.1.1998)

❒ Die Aktivistinnen und Aktivisten der Erwerbslosenbewegung lassen sich nicht einschüchtern, geben vielfach noch eins drauf. Trotz des verschärften Vorgehens der Polizei werden die Aktionen, insbesondere die Besetzungen verschiedener Ämter fortgesetzt.

❒ Beim 2. Nationalen Protesttag am 13.1.1998 demonstrierten über 10.000 in Paris, 40.000 in ganz Frankreich. Am Ende der Demo gelang es Erwerbslosen, die Industrie- und Handelskammern zu besetzen. Bei der Räumung der besetzten Handelsbörse kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei, die mit Reizgas vorging. Die Demonstrantinnen und Demonstranten verteidigten sich, indem sie Mülltonnen anzündeten und Mobiliar aus dem Fenster warfen.

❒ 15.1.1998 Besetzung einer Pariser Elite-Hochschule.

❒ In Paris besetzten etwa 30 Erwerbslose in der Nacht vom 16. zum 17.1.1998 eine Filiale des staatlichen Elektrizitätswerkes (EDF). Sie verlangten, daß die Gesellschaft bei Erwerbslosen ab sofort nicht mehr Strom und Gas abschaltet, wenn diese ihre Rechnungen nicht bezahlen können. Der Strommonopolist hatte, mitten im Winter, bei Zahlungsunfähigen Strom oder Gas abgeschaltet. Der Versuch der Direktion, die Besetzerinnen und Besetzer hinauszudrängen, scheiterte an der Solidarität der anwesenden Kunden der Stromgesellschaft. Ähnliche Besetzungsaktionen gegen die EDF gab es auch in anderen französischen Städten.

❒ Beim Aktionstag am 17.1.1998 nahmen in Paris ca. 20.000 Menschen an einer Demonstration teil. Der Protestbewegung haben sich zahlreiche Sozialinitiativen, Obdachlosenvereinigungen und Gruppierungen von Schülerinnen und Schülern angeschlossen. Die reformistischen Gewerkschaften CFDT und FO erklärten, daß sie an der Demonstration nicht teilnehmen.

❒ Am 17.1.98 protestierten mehrere tausend Demonstrantinnen und Demonstranten in Lyon gegen die faschistische „Front National". Die Demonstrantinnen und Demonstranten bekundeten zugleich ihre Solidarität mit den anhaltenden Protesten der Erwerbslosen. (jw, 19.1.1998)

❒ Vor einer angekündigten Fernsehansprache von Jospin am 21.1.1998 haben die Erwerbslosen ihre Proteste verstärkt. Am Morgen des 21.1. demonstrierte eine Gruppe vor der Wohnung Jospins. Etwa 200 Demonstranten besetzten mit dem Ruf „Hunger" und „Wir haben die Schnauze voll von Erwerbslosigkeit" das Gebäude des Wirtschafts- und Sozialrates. Von den Besetzern wurden Vertreterinnen und Vertreter von „Sans papiers" eingeladen, über ihren Kampf zu berichten.

❒ Ebenfalls am 21.1.1998 verhinderten in Brest Erwerbslose eine halbe Stunde lang die Abfahrt des Hochgeschwindigkeitszuges TGV nach Paris. Derartige Zugblockaden gab es auch an anderen Orten.

❒ Am 22.1.1998 haben ca. 100 Erwerbslose am Nachmittag für viereinhalb Stunden den Sitz der „Sozialistischen Partei" in Paris besetzt. Am 23.1.98 besetzten in Montpellier Erwerbslose zwei Stunden lang das Regionalbüro der SP und in vielen anderen Städten andere offizielle Einrichtungen. Damit reagierten sie auf die Fernsehrede des „sozialistischen" Premierministers Jospin, in der er lächerliche Zugeständnisse angekündigt hatte.

❒ Am 27.1.1998 demonstrierten Zehntausende von Menschen in zahlreichen Städten für die 35-Stunden-Woche und Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit.

(650 DM) im Monat angewiesen, eine Million auf das noch niedrigere „Mindesteinkommen zur Wiedereingliederung" (Sozialhilfe).[5]

Laut einer Studie müssen heute in Frankreich insgesamt 6 Millionen Menschen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Mindestrente und Behindertenunterstützung leben. Dazu kommen noch 2,8 Millionen „Arbeiterinnen und Arbeiter in Armut", die zwar eine Beschäftigung haben, zumeist Teilzeit, aber unter 5.000 Francs (1.490 DM) pro Monat verdienen. Rund 11 % der Bevölkerung leben unter der offiziellen Armutsgrenze von ca. 3.300 Francs (rund 970 DM).[6]

Darüber hinaus gibt es Tausende Menschen „Sans papiers", d.h. Menschen, deren Existenz in Frankreich für „illegal" erklärt wird, indem ihnen die Papiere für den legalen Aufenthalt verweigert werden. Diese müssen oft seit Jahren von der Solidarität ihrer Kolleginnen und Kollegen leben bzw. „schwarz" arbeiten. Stets von der Abschiebung bedroht, ist ihre Lage besonders prekär, ihr Elend besonders groß.

Auslöser der Proteste

Im Juli 1997 beschloß die französische Regierung eine sogenannte „Reform" der Erwerbslosenunterstützung (UNEDIC). Um „effektiver" zu wirken, verwalten nunmehr außenstehende Organisationen in Form von Fonds die Gelder. Das hat für viele Erwerbslose die Folge, daß sie keine Sonderhilfen mehr beanspruchen können, weil der direkte Ansprechpartner in der Erwerbslosengeldstelle nunmehr fehlt. So hatten in den Vorjahren örtliche Erwerbslosenkassen häufig Zusatzsummen zum Jahresende ausbezahlt. Damit konnten Erwerbslose teilweise die ärgsten Haushaltslöcher stopfen. Die „Reform" macht dies nahezu unmöglich. Die Selbstorganisationen der Erwerbslosen protestierten gegen diese faktische Einschränkung, die zum 1. Oktober 1997 wirksam wurde. In Verbindung damit wurden eine Reihe elementarer Forderungen erhoben:

Rücknahme der „Reform" vom 2. Juli 1997;

Erhöhung des Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Mindestsatzes von derzeit 2.430 Francs (knapp 730 DM) um 1.500 Francs (knapp 450 Mark) sofort und für alle;

Eine Jahresendprämie von 3.000 Francs (knapp 900 DM) für Erwerbslose entsprechend dem 13. Monatsgehalt.

Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche.

Die kämpferischen Merkmale der Erwerbslosenbewegung in Frankreich

Die gegenwärtige Bewegung der Erwerbslosen in Frankreich begann mit ihren Aktionen Anfang Dezember 1997 in Marseille. Dort wurde am 11. Dezember die erste Besetzung einer Arbeitslosenkasse durchgeführt. Ein weiterer Ausgangspunkt der kämpferischen Bewegung waren die von der Erwerbslosigkeit besonders betroffenen Regionen an der belgischen Grenze. Im Lauf des Dezembers breitete sich die Bewegung rasch in ganz Frankreich aus. Anfang Januar waren landesweit bis über 30 Arbeitsämter gleichzeitig besetzt. Tag für Tag werden auch andere kämpferische Protestaktionen durchgeführt, z. B. Bahnhöfe und Eisenbahnstrecken blockiert, verschiedene öffentliche Gebäude besetzt, Demonstrationen durchgeführt. Folgende Merkmale der Erwerbslosenbewegung in Frankreich gilt es unserer Meinung nach besonders herauszustellen:

● ***Militanz der Protestaktionen.*** Die Erwerbslosenbewegung in Frankreich erzeugte vor allem deshalb echten Druck gegen die Regierung der französischen Imperialisten, weil sie ihre Aktionen weitgehend ohne Rücksicht darauf durchgeführt haben, ob diese nach bürgerlichem Recht „erlaubt" sind oder nicht. So stürmten in Arles am 11. Januar 1998 etwa 20 Erwerbslose nach ihrer polizeilichen Vertreibung aus dem Arbeitsamt das Rathaus und setzten zwei stellvertretende Bürgermeister fest.[7] Ein Höhepunkt der Aktionen war ohne Zweifel die Besetzung der Pariser Börse am 13.1.1998 durch 500 Erwerbslose, welche sich gezielt und bewußt dieses „Symbol des Kapitalismus" ausgewählt haben. Dabei verteidigten sich die in der Börse verbarrikadierten Besetzerinnen und Besetzer militant gegen die mit Reizgas angreifende Polizei. Gleich nach dem Einzug in die Börse wurden die Türen mit den Renovierungsgerüsten, Tischen und Stühlen verbarrikadiert. Aus dem 2. Stock wurde die das Gebäude umzingelnde Polizei mit Möbelstücken beworfen. Gleichzeitig fand im Gebäudeinnern eine Beratung über das weitere Vorgehen statt.

● Ein wichtiges Merkmal der kämpferischen Erwerbslosenbewegung in Frankreich ist, daß sie in einem ***engen, solidarischen wechselseitigen Zusammenhang mit anderen fortschrittlichen Bewegungen steht,*** mit der Bewegung „Sans papiers" und der Bewegung der Obdachlosen, und sich insbesondere auch den engen Zusammenschluß mit den beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeitern zum Ziel stellt und dementsprechend auch handelt.

● So hatte die AC („Agir ensemble contre le chômage!", „Gemeinsam gegen die Erwerbslosigkeit handeln!" schon vor geraumer Zeit bei Renault eine Demonstration vor den Werkstoren organisiert und während des Mittagessens wurde ***gemeinsam mit den Beschäftigten diskutiert.***

● ***Enges Zusammenwirken mit der Bewegung „Sans papiers".*** So zogen nach dem Ende der Besetzung der Handelsbörse in Paris am 13.1.1998 alle an der Aktion Beteiligten in einer nicht angemeldeten Demonstration von der Börse zum Senat, wo gerade eine Kundgebung der Bewegung „Sans papiers" gegen ein rassistisches Gesetz stattfand. Während der Demonstration wurden sowohl Parolen gegen die Erwerbslosigkeit als auch Parolen für das Bleiberecht für alle illegalen Flüchtlinge gerufen, so z. B. „Erwerbslose, Wohnungslose, Papierlose – ein Kampf". Als in Arras im Norden Frankreichs Erwerbslose eine Autobahnmautstelle besetzt hatten, haben sie die Autos so durchgelassen und von den mehrere tausend Francs Spenden die Hälfte an die Hungerstreikenden von „*Sans papiers*" in Lille weitergeleitet.

Ein Flugblatt der Erwerbslosenbewegung Frankreichs:

Wir sind nichts, werden wir alles!

Niemand kann heute das Elend des Alltagslebens in seiner gesamten Breite ignorieren.

Und weil das Elend generell ist, wird der Protest dagegen selbst generell und muß in Zukunft noch genereller werden. Die Frage der Erwerbslosigkeit in der gegenwärtigen Formulierung kann nicht gestellt werden, wenn nicht die Frage nach der Arbeit gestellt wird und konsequenterweise, die nach der Beschäftigung mit dem Leben selbst. Daher kommt es, daß der Kampf der Erwerbslosen *jeden* betrifft.

Wenn wir heute die Ecole Normale Suprieure der rue d'Ulm besetzen, so geschieht dies zunächst aus einem unmittelbaren praktischen Grund: Es geht darum, ein Forum für alle zu eröffnen, wo alles, was zu diktieren ist, diskutiert werden kann. Nur dieser Ort eröffnete uns die Aussicht auf mehrere Tage in Sicherheit vor den Ordnungskräften. Die Isolierung der Individuen ist die Hauptschwäche der vorangegangenen Kämpfe gewesen und die wertvolle Waffe der heutigen Macht. Und es ist genau das, was wir zerbrechen müssen.

Die Entscheidung die ASSEDIC's (Arbeitsämter) zu schließen, ist ganz und gar eine Entscheidung der Regierung und des Vorstands der UNEDIC (Nicole Notat). Diese Maßnahme hat offensichtlich nur das Ziel, die am wenigsten informierten Erwerbslosen gegen die jetzt schon kämpfenden aufzuhetzen.

Es ist bekannt, welchen Profit der Kapitalismus aus dem Ausmaß der Erwerbslosigkeit zieht als Bedrohung, welche Druck gegen jeden Werktätigen macht. So ist die Erwerbslosigkeit ein wirksames Instrument zur Sicherung der Gesellschaft und ihres Elends. Aber die Erwerbslosigkeit ist auch eine notwendige Konsequenz des Kapitalismus, gegen welche er nichts machen kann. Das Problem der Erwerbslosigkeit wirft das Problem des Überlebens des Kapitalismus auf. Und wichtig ist nun, daß sich der Kampf gegen die Ausbeutung und die Entfremdung selbst organisiert. Es geht um nichts weniger als darum, daß wir unser Leben wieder in Besitz nehmen.

Kommt zu uns! Kommt zu Euch!

- zur besetzten ENS Ulm, dem Forum, dessen Erhalt von Eurer Unterstützung abhängt (Tägliche Generalversammlung um 18.00 Uhr)

- zur Kundgebung am Samstag 14 Uhr, „République"

● Die ***Bauernorganisation*** „Confederation Paysanne" erklärte sich „solidarisch mit dem Kampf, der in Frankreich von den Erwerbslosen und ihren Vereinigungen seit mehreren Wochen geführt wird. In verschiedenen Departements ist die Confederation Paysanne bei den Aktionen der Erwerbslosen dabei." (Aus einer Erklärung der Confederation Paysanne vom 15.1.1998)

● Sehr wichtig ist auch der Zusammenhang mit der fortschrittlichen ***Jugendbewegung***. Die Jugenderwerbslosigkeit liegt in Frankreich bei über 25 %. Es gab letztes Jahr erfolgreiche Proteste von Jugendlichen gegen die Absenkung des Einstiegseinkommens. In zahlreichen Städten gab es Demonstrationen, Straßenkämpfe und Aktionen. Trotz Repression war der Widerstand erfolgreich. Die Pläne der Regierung verschwanden (vorerst) wieder in der Schublade.

Die Proteste der Erwerbslosen überschnitten sich zum Jahreswechsel 1997/98 unmittelbar mit militanten Jugendprotesten. Diese waren durch den Tod von zwei Jugendlichen aus Vorstädten einige Tage vor Weihnachten ausgelöst worden. Ein 16jähriger Junge wurde beim Durchfahren einer Straßensperre in Dammerie-les-Lys, einem Pariser Vorort, von einem Polizisten erschossen. Nur wenige Stunden später wurde der junge Familienvater Fabrice Fernandez auf einer Polizeiwache in Lyon erschossen. Die Regierung reagierte auf die gerechten Jugendproteste mit harter Repression, scharfen Strafen, sowie der Ankündigung von Gesetzesverschärfungen.

● Generell ist es der Regierung und ihren Mittelsleuten in den Zentralen der CGT und der CFDT nicht gelungen, die Bewegung der Erwerbslosen in der werktätigen Bevölkerung zu isolieren. Im Gegenteil, ***die weit überwiegende Mehrheit sympathisiert mit den Zielen und Aktionen der kämpfenden Erwerbslosen***. Das bestätigte auch eine Umfrage der Zeitung Le Parisien vom 31. Dezember, in der 63 Prozent der Befragten ihre Solidarität oder Sympathie gegenüber der Bewegung der Erwerbslosen erklärten.[8] Die polizeiliche Räumung der besetzten Arbeitsämter sowie anderer Einrichtungen verfolgte dabei im übrigen auch das Ziel, eine stärkere Solidarisierung von Werktätigen der betreffenden Institutionen bzw. von „Kunden" der betreffenden Institutionen mit den Besetzern möglichst zu verhindern. Als z. B. am 19.1.1998 die Direktion der Pariser Filiale der staatlichen Elektrizitätswerke versuchte, die Besetzer gewaltsam hinauszuwerfen, verhinderten dies in den Räumlichkeiten anwesende Kunden zusammen mit den Aktivistinnen und Aktivisten.[9]

● ***Verbindung von Aktion und Diskussion***. In der Erklärung der erwerbslosen Besetzerinnen und Besetzer einer Pariser Elite-Hochschule vom 15.1.1998 heißt es:

> *„Wenn wir heute die Ecole Normale Supérieure der rue d'Ulm besetzen, so geschieht dies zunächst aus einem unmittelbaren praktischen Grund: Es geht darum, ein Forum für alle zu eröffnen, wo alles, was zu diskutieren ist, diskutiert werden kann. Nur dieser Ort eröffnete uns die Aussicht auf mehrere Tage in Sicherheit vor den Ordnungskräften. Die Isolierung der Individuen ist die Hauptschwäche der vorangegangenen Kämpfe gewesen und die wertvolle Waffe der heutigen Macht. Und es ist genau das, was wir zerbrechen müssen."*
>
> (Aus dem Flugblatt „Wir sind nichts, werden wir alles!" der Besetzerinnen und Besetzer der Ecole Normale Superieure in Paris, eigene Übersetzung)

Die Politik der Regierung der französischen Imperialisten: Zuckerbrot und Peitsche

Die sogenannte „Linksregierung" reagierte gegenüber der Bewegung der Erwerbslosen mit der bürgerlichen Doppeltaktik: Zum einen machte sie demagogische Versprechungen und kleine Zugeständnisse, um die Bewegung abzuwürgen. Zum anderen ging sie mit Polizeigewalt gegen die kämpfenden Erwerbslosen vor. In der Nacht vom 10. auf den 11. Januar 1998 ließ die Regierung die besetzten Arbeitsämter durch die Polizei räumen. Allerdings erreichte sie weder mit dem einen noch mit dem anderen bisher ihr Ziel. Die Reaktion der Erwerbslosen auf die Räumungen war: *„Sie können uns vertreiben, aber sie können uns nicht zum Verschwinden bringen"*.[10] Unmittelbar danach führten die Erwerbslosen neue Besetzungen durch.

Auch das sogenannte „Entgegenkommen" der Regierung wurde von den Aktivistinnen und Aktivisten der Erwerbslosen weitgehend durchschaut und zumeist entschieden zurückgewiesen. Organisationen der Erwerbslosen haben diese Manöver entlarvt, indem sie nachgewiesen haben, daß die angekündigten Verbesserungen den Betroffenen insgesamt umgerechnet nur knapp 30 Mark mehr im Monat bringen![11]

Die Erwerbslosen haben erkannt, daß die Regierung gegenüber den Hauptforderungen der Erwerbslosen, generelle Erhöhung der Erwerbslosen- und Sozialhilfe sowie Zusatzzahlung am Jahresende, völlig unnachgiebig blieb.

Die Funktion dieser Regierung besteht darin, als Sachwalterin der französischen Imperialisten deren reaktionäre und imperialistische Interessen nach innen und außen zu sichern und durchzusetzen. Das „linke" Mäntelchen dient dieser Funktion. Mit dem Image der „Linksregierung" soll erreicht werden, was einer offen reaktionären Regierung in dieser Situation womöglich nicht gelingt: mit einer geschickten sozialen Demagogie die fortschrittlichen Bewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen, aller vom Kapital Unterdrückten und Ausbeuteten, abzuwürgen.

Die selbständige Bewegung der Erwerbslosen vor allem auch mit ihren Besetzungsaktionen ist allen reaktionären Kräften ein Dorn im Auge:

Organisationen der Erwerbslosen

❒ Die Bewegung der Erwerbslosen wird im wesentlichen von vier Organisationen getragen, wobei wir genaueres über die Rolle der einzelnen Organisationen nicht wissen:

❒ AC! („Agir ensemble contre le chômage!", „Gemeinsam gegen die Erwerbslosigkeit handeln!), ist eine um 1992/93 entstandene Basisbewegung, die seit 1994 auch mehrere größere landesweite und internationale Märsche von Erwerbslosen organisierte, u.a. 1997 zum Amsterdamer EU-Gipfel.

❒ MNCP („Mouvement national des chômeurs et des précaires", „Nationale Bewegung der Erwerbslosen und Prekären"). 1981/82 wurde in Frankreich die erste „Gewerkschaft der Erwerbslosen" gegründet, die in den Achtzigern eine Reihe spektakulärer Aktionen durchführte, u.a. die Besetzung des Sitzes des Kapitalistenverbands CNPF. Diese Bewegung bot vor den Wahlen 1986 allen politischen Parteien einen „Beschäftigungspakt" an. Um 1987 spaltete sich davon die MNCP ab.

❒ CGT-Erwerbslosenkomitees („Comités des travailleurs privé d'emploi", „Komitees der ihrer Beschäftigung beraubten Arbeiter") wurden bereits in den siebziger Jahren gegründet und stehen unter Führung der revisionistischen PCF.

❒ APEIS („Association pour l'emploi, l'information et la solidarité", „Vereinigung für Beschäftigung, für Information und Unterstützung") wurde 1987 von der revisionistischen PCF gegründet, führt kaum Aktionen durch.

Die „sozialistische" Arbeitsministerin Martine Aubry forderte dazu auf, die „illegalen Besetzungen der Ämter" zu beenden. Die Aktionen seien „durch nichts gerechtfertigt."[12]

Die grüne Umweltministerin Voynet ging deutlich auf Distanz zu den Besetzungsaktionen. „Der Dialog ist hergestellt, und nichts rechtfertigt mehr, das normale Funktionieren der Ämter der Arbeitslosenkasse zu behindern", sagte sie im Radio."[13]

Der „PCF"-Transportminister Jean-Claude Gayssot begrüßte ausdrücklich Jospins Entscheidung, am 10.1.98 die Arbeitsämter räumen zu lassen. Er erklärte: „Ich bin solidarisch" – und meinte damit nicht die Erwerbslosen, sondern das Kabinett[14] – ebenso distanzierte sich die pseudolinke CGT-Zentrale von der Besetzung der Handelsbörse in Paris.

Die „oppositionelle" faschistische „Front National" hat sich deutlich gegen die Bewegung der Erwerbslosen ausgesprochen. Die Erwerbslosenbewegung wird ebenso wie die „Ohne-Papiere"-Bewegung und die Obdachlosenbewegung von den FN-Faschisten beschimpft: *„Nach dem Samba der Ohne-Papiere (Ex-Versteckte) und dem Rumba der Ohne-Wohnung (Ex-Clochards), nun der Salsa der Ohne-Arbeit (Ex-Erwerbslose)"*.[15] Trotz dieser offenen Verunglimpfung dürfen die Anbiederungsdemagogie und die Versuche der FN-Faschisten, in der Erwerbslosenbewegung Fuß zu fassen, nicht unterschätzt werden.

Die größte Befürchtung all dieser reaktionären Kräfte besteht darin, daß sich die kämpferische Erwerbslosenbewegung, an der sich heute Tausende aktiv beteiligen, weiter ausdehnt und sich zunehmend mit der kämpferischen Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie anderen Werktätigen in den Betrieben und auch mit der fortschrittlichen Jugendbewegung verbindet.

☆☆☆

Zur Bedeutung der Bewegung sagt ein Aktivist der AC!: *„An einer Bewegung wie der unseren ist wichtig, daß wir den Kopf wieder hoch erhoben haben und daß wir anderen beweisen, daß es möglich ist, zu kämpfen."*[16]

In diesem Kampf - wie bei anderen Kämpfen auch - ist ein großes Problem, daß die diversen revisionistischen, reformistischen Kräfte in den Kampf ihren Reformismus hineintragen. So wird die Illusion verbreitet, daß über Arbeitszeitverkürzungen die Erwerbslosigkeit im Rahmen des Kapitalismus angeblich beseitigt werden könne. Gleichzeitig tragen diverse kapitaltreue Kräfte auch das Gift des nationalen Chauvinismus unter die Massen, indem sie mit der „Würde der Nation" usw. argumentieren. So zeigt sich auch in Frankreich heute sehr stark die Notwendigkeit einer wahrhaft revolutionären Kommunistischen Partei, die in der Lage ist, proletarisches Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse hineinzutragen und zu schaffen, all die gerechten Kämpfe zusammenzufassen, Reformismus und Chauvinismus wirksam zu bekämpfen und als politische Kampfzentrale die proletarische Revolution vorzubereiten.

Gerade eine solche kämpferische Bewegung wie die der Erwerbslosen in Frankreich bietet umgekehrt aber auch die große Möglichkeit unter den Militanten und den breiten Massen, in der Debatte um die prinzipiellen Grundfragen voranzukommen. So wird in der bereits zitierten Erklärung der erwerbslosen Besetzerinnen und Besetzer einer Pariser Elite-Hochschule vom 15.1.1998 auch deutlich gemacht, worüber es zu diskutieren gilt: *„Es ist bekannt, welchen Profit der Kapitalismus aus dem Ausmaß der Erwerbslosigkeit zieht als Bedrohung, welche Druck gegen jeden Werktätigen macht. So ist die Erwerbslosigkeit ein wirksames Instrument zur Sicherung der Gesellschaft und ihres Elends. Aber die Erwerbslosigkeit ist auch eine notwendige Konsequenz des Kapitalismus, gegen welche er nichts machen kann. Das Problem der Erwerbslosigkeit wirft das Problem des Überlebens des Kapitalismus auf. Und wichtig ist nun, daß sich der Kampf gegen die Ausbeutung und die Entfremdung selbst organisiert."* (Aus dem Flugblatt „Wir sind nichts, werden wir alles!" der Besetzerinnen und Besetzer der Ecole Normale Superieure in Paris, eigene Übersetzung)

Prinzipielle Fragen des Kampfes gegen die Erwerbslosigkeit

Ursachen der Erwerbslosigkeit

Erwerbslosigkeit wird offiziell vom deutschen Staat und seinen Repräsentanten als „Arbeitslosigkeit" bezeichnet. Ihr Ziel ist dabei, zu vertuschen, daß für alle Werktätigen insgesamt Arbeit genug da ist, daß nicht Arbeit fehlt, sondern die Erwerbsmöglichkeiten.

Zentral muß herausgestellt werden: ***Das kapitalistische System als Ganzes ist die Ursache*** der Massenerwerbslosigkeit. Marx bewies in seinem Werk „Das Kapital":

> **„Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser (kapitalistischen, A.d.V.) Produktionsweise."**
> (Karl Marx, „Das Kapital", Band 1, 1867, Marx/Engels Werke Band 23, S.647)

Das ökonomische Grundgesetz besteht im Imperialismus, dem höchsten Stadium des Kapitalismus, in der Sicherung des Maximalprofits des Finanzkapitals durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Werktätigen des „eigenen" Landes, durch Versklavung und Ausplünderung der Völker anderer Länder, insbesondere der vom Imperialismus abhängigen Länder, sowie durch Militarisierung und imperialistische Kriege, die der Sicherung der Maximalprofite dienen.

Unter diesem Gesetz der Profitmacherei ist ein Wesenszug dieses Systems: Ein Kapitalist schlägt viele andere Kapitalisten tot, d. h. im Kampf auf Leben und Tod um Profitmaximierung trachten die Kapitalisten danach, die Konkurrenten auszuschalten, ihre rentablen Betriebe zu schlucken und selbst immer größer, fetter und mächtiger zu werden.

Der Kapitalist ist auf der Grundlage der imperialistischen Konkurrenz gezwungen, in steigendem Maße neue Techniken, neue Produktionsmittel einzuführen, um die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter und somit seinen Maximalprofit zu erhöhen.

Auf dieser Basis entsteht gesetzmäßig eine industrielle Reservearmee, die Armee der Erwerbslosen.

Die Verteidiger und Propagandisten der bestehenden kapitalistischen Ordnung verbreiten die falsche Vorstellung, daß die Einführung neuer Techniken und Maschinen die Ursache der Erwerbslosigkeit sei. Der ganze Widersinn der kapitalistischen Produktionsweise wurde von Marx gerade auch an den Möglichkeiten neuer Technik aufgedeckt:

> **„Es ist eine unzweifelhafte Tatsache, daß die Maschinerie an sich nicht verantwortlich ist für die ‚Freisetzung' der Arbeiter von Lebensmitteln."**
> (Ebenda, S.464)

„An sich" heißt: von den gegebenen Bedingungen abgesehen, ohne den Irrsinn der kapitalistischen Anwendung der Maschinen. Jede sachliche Überlegung zeigt sofort, daß eine neue Maschine bei leichterer und kürzerer Arbeitszeit die Lebensmittel für die Gesellschaft vermehren müßte. Im Kapitalismus trifft jedoch genau das Gegenteil zu. Wie Marx ausführt, ist es so, daß

> **„also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum der Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert usw."**
> (Ebenda, S. 465)

Schuld ist also nicht die Einführung neuer Techniken „an sich", denn bei dem heutigen Stand der Produktivkräfte könnte bei planmäßiger, nicht am Profit orientierter Produktion jeder Mensch arbeiten und mit ausreichend Lebensmitteln versorgt werden. Schuld ist nicht die scheinbare „Überbevölkerung", denn diese ist ja nichts anderes als die Nichtversorgung eines Teils der Weltbevölkerung mit Arbeit und Lebensmitteln, verursacht durch das kapitalistische System.

Lenin erklärte beispielhaft anhand der Entdekkung eines Verfahrens zur unmittelbaren Gewinnung von Gas aus Steinkohlenflözen durch den englischen Chemiker Ramsay:

> **„Unter dem Kapitalismus wird die ‚Freimachung' der Arbeit von Millionen mit der Gewinnung von Kohle beschäftigter Bergarbeiter unvermeidlich zu Massenarbeitslosigkeit, zu einem gewaltigen Anwachsen des Elends, zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter führen. Den Profit aber aus der großen Erfindung werden sich die Morgan, Rockefeller, Rjabuschinski, Morosow und ihr Gefolge von an Advokaten, Direktoren, Professoren und anderen Lakaien des Kapitals in die Tasche stecken.**
>
> **Im Sozialismus wird die Anwendung des Verfahrens von Ramsay, indem es die Arbeit von Millionen Bergarbeitern usw. ‚frei macht', gestatten, den Arbeitstag *für alle* sofort von 8 Stunden auf beispielsweise 7 Stunden oder sogar noch weniger zu verkürzen..."**
> (Lenin, „Ein großer Sieg der Technik", 1913, Werke Band 19, S.43)

Die erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter sind Teil der Arbeiterklasse

Die Erwerbslosen rekrutieren sich aus allen Schichten der Bevölkerung, zu großen Teilen auch aus der Arbeiterklasse, aus dem städtischen und ländlichen Proletariat. Kern der Herangehensweise muß sein, daß die überwiegende Masse der

Erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter Teil der Arbeiterklasse ist. Entgegen den Beschönigungen der bürgerlichen Propagandisten muß die Lage der Erwerbslosen auch in jede Beurteilung der Lage der Arbeiterklasse einbezogen werden.

> **„Wenn über die materielle Lage der Arbeiterklasse gesprochen wird, hat man gewöhnlich die in der Produktion beschäftigten Arbeiter im Auge und läßt die materielle Lage der sogenannten Reservearmee von Arbeitslosen außer acht. Ist es richtig, an die Frage der materiellen Lage der Arbeiterklasse so heranzugehen? Ich denke, das ist nicht richtig. Wenn die Reservearmee von Arbeitslosen existiert, deren Angehörige von nichts anderem leben als vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, dann gehören die Arbeitslosen natürlich zum Bestand der Arbeiterklasse, wenn sie aber zum Bestand der Arbeiterklasse gehören, dann kann ihre elende Lage nicht ohne Einfluß auf die materielle Lage der in der Produktion beschäftigten Arbeiter bleiben. Darum meine ich, daß bei einer Charakteristik der materiellen Lage der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern auch die Lage der Reservearmee der arbeitslosen Arbeiter berücksichtigt werden müßte."**
> (Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", 1952, Werke Band 15, S.335)

Das Verständnis der erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter als Teil der Arbeiterklasse betrifft auch die Frage der kommunistischen Organisierung. Die Zelle ist die Grundorganisation der Kommunistischen Partei, die entscheidende Form der Zelle ist aber die Betriebszelle. Denn die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei ist die Bewußtmachung und Erziehung der Arbeiterklasse, die dort am besten durchgeführt werden kann, wo sich die fortgeschrittensten Arbeiterinnen und Arbeiter konzentrieren - vor allem in den Großbetrieben des Kapitals. In diesem Sinne gilt „Jeder Betrieb muß unsere Festung sein" (Lenin). Da die Kommunistische Partei aber ebenso auch unter den erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeitern ihre Grundeinheiten haben muß, sind auch Straßen- und Wohnviertelzellen unverzichtbar, die wiederum in engster Verbindung mit den Betriebszellen stehen müssen.

Massenerwerbslosigkeit in Deutschland

In Deutschland sind laut offizieller Statistik über 4,8 Millionen Menschen erwerbslos. In Wirklichkeit sind es noch mindestens zwei Millionen mehr, denn mit diesen Statistiken werden ganz gezielt und bewußt die Zahlen verfälscht. Nicht mitgezählt werden nämlich

Vor allem die längere Zeit Erwerbslosen, die kein Geld mehr aus der sogenannten „Arbeitslosenversicherung" bekommen,

Frauen, die längere Zeit keine Arbeit mehr angenommen haben,

Werktätige, die umgeschult werden,

vorübergehend in ABM-Stellen Beschäftigte,

Arbeiter und -arbeiterinnen, die kurzarbeiten müssen,

Werktätige aus anderen Ländern, die angesichts der zunehmenden Erwerbslosigkeit gezwungen werden, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren,

frühzeitige Rentner und Jugendliche, die nach der Schulausbildung eine „Weiterbildung" oder ähnliches absolvieren.

Sie alle werden einfach nicht mitgezählt, um die Verhältnisse zu beschönigen und das ganze Ausmaß der immer weiter voranschreitenden Verelendung zu vertuschen.

Sogar der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" kommt zu zusätzlichen 2 Millionen Erwerbslosen, indem die ABM-Stellen, die Kurzarbeit und die aus persönlichen Gründen nicht erwerbslos gemeldeten Personen dazugerechnet werden.

Dazu kommt aber noch der Großteil der sogenannten „geringfügig Beschäftigten". Schätzungen gehen von viereinhalb bis sechs Millionen, die in sogenannten „610-DM-Jobs" tätig sind, wobei die Tendenz schnell steigend ist. Allein im Einzelhandel arbeiten schon weit über eine halbe Million Aushilfen versicherungsfrei.[17]

Gerade bei den aus dem Produktionsprozeß hinausgeworfenen Teilen der Werktätigen zeigen sich Merkmale absoluter Verelendung besonders deutlich: Die Zahl der Langzeiterwerbslosen gerade auch unter Jugendlichen nimmt zu. Ende Dezember 1997 waren 1,54 Millionen Menschen bereits über ein Jahr erwerbslos, 26 % mehr als im Dezember 1996. Immer mehr sind auf Sozialhilfe, Wohngeld usw. angewiesen, das zudem ständig eingeschränkt und gekürzt wird. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg in Westdeutschland in den letzten 15 Jahren um das Doppelte auf ca. 4 Millionen an. Die Zahl der Obdachlosen steigt an, gerade auch unter Jugendlichen und jungen Familien.

Die Antwort der Herrschenden darauf sind vor allem weitere Verschärfungen. Dazu gehören unter anderem:

Dreimonatige Meldepflicht: Wer die Frist nicht einhält, verliert für 2 bzw. 6 Wochen seinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Nur noch monatliche Zahlungen der Geldleistungen (am Ende des Monats).

Nachweis von „Eigenbemühungen" bei der Arbeitssuche, die das Arbeitsamt weitgehend willkürlich bewerten kann.

Bis zu 75% der Abfindungen werden nun auf das Arbeitslosengeld angerechnet.

Verkürzung der Dauer des Arbeitslosengeldbezuges für Werktätige ab 42 Jahren.

Verschlechterung ergeben sich besonders auch für Frauen, die neben der Arbeitslosenhilfe Erziehungsgeld beziehen: Bislang war es möglich, Erziehungsgeld neben der Arbeitslosenhilfe als Vollzeitleistung zu erhalten. Durch den neuen Status als „Teilzeitarbeitslosigkeit" werden Frauen, deren Erziehungszeiten als Arbeitszeiten angerechnet werden, fortan weniger Arbeitslosenbezüge erhalten. Zudem müssen sie nachweisen, daß sie dem Arbeitsmarkt für mindestens 15 Wochenstunden zur Verfügung stehen.[18]

Geplante Zwangsarbeit: So sollen Erwerbslose verstärkt bei der Weinlese, Obst- und Gemüseernte sowie in der Gastronomie eingesetzt werden. Wer sich weigert, dem kann sogar das Arbeitslosengeld gestrichen werden - notfalls bis zur Höchstgrenze von zwölf Wochen.

Weitere Einschränkungen der Erwerbsmöglichkeiten von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern: Die zulässige Höchstzahl an Saisonarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Herkunftsländern wird ab diesem Jahr um zehn Prozent verringert.

Erwerbslosigkeit - ein ökonomisches, politisches und ideologisches Instrument der deutschen Imperialisten

Erwerbslosigkeit ist gerade auch für die deutsche Bourgeoisie ökonomisches, politisches und ideologisches Mittel zur Sicherung und Festigung ihres Ausbeuterparadieses.

- Einerseits dient sie als „Menschenreservoir", aus dem nach Belieben entsprechend den Notwendigkeiten der kapitalistischen Profitmaximierung Arbeitskräfte in diese oder jene neuen Produktionsvorhaben geworfen werden können, ohne daß die kapitalistische Mehrwertproduktion unterbrochen werden muß.
- Andererseits ist sie ein wichtiges Instrument der Diktatur der Bourgeoisie, um ihre reaktionäre Politik des „Teile und Herrsche" durchzusetzen.

Mit zunehmender Erwerbslosigkeit verstärkt die deutsche Bourgeoisie die Konkurrenz zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern. Die Erwerbslosigkeit ist ein Hebel für die Verschärfung und Intensivierung der Ausbeutung der noch in der Produktion stehenden Arbeiterinnen und Arbeiter, für Lohndrückerei durch die Drohung mit Entlassung, die angesichts des Erwerbslosenheeres besonders große Wirkung zeigt, für die Demontage der in vergangenen Kämpfen durchgesetzten minimalen sozialen Standards. Zwei Beispiele:

Die krankheitsbedingten Fehlzeiten in den Betrieben sind im letzten Jahr um mehr als 10 % zurückgegangen, wobei klar ist, daß in Wirklichkeit der Gesundheitszustand der Arbeiterinnen und Arbeiter angesichts der verschärften Arbeitshetze mit Sicherheit schlechter geworden ist.

Arbeiterinnen und Arbeiter werden zu „Selbständigen" erklärt, die keinen sozialen Schutz mehr haben. Bürgerliche Fachleute schätzen, daß sich in Deutschland mittlerweile eine bis anderthalb Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in äußerster sozialer Unsicherheit als Scheinselbständige durchschlagen müssen.[19]

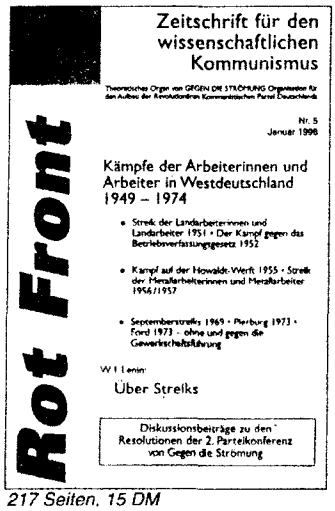
Marx geht in seinem Werk „Das Kapital" auf diesen Zusammenhang ein:

> **„Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt."**
> (Karl Marx, „Das Kapital", Band 1, 1867, Marx/Engels Werke Band 23, S.665)

In der Tat handelt es sich bei der Erwerbslosigkeit heute um eine chronische, dauernde und dauernd auf hohem Niveau verbleibende Erwerbslosigkeit. Diese bietet den Kapitalisten die Möglichkeit, die Arbeitsintensität in höchstem Maße zu steigern, die durch die übermäßig anstrengende Arbeit ausgesogenen Arbeiter hinauszuwerfen und dafür neue, kräftigere und gesündere Arbeiter einzustellen. Wer heute über 40 Jahre alt und er-

werbslos ist, hat in vielen Branchen praktisch keine Chance mehr, wird als „nicht mehr vermittelbar" ausgemustert. Dadurch verringert sich das ‚Arbeitsalter' der Werktätigen und die Dauer ihrer Beschäftigung im Betrieb ganz erheblich. Die Sorge der beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter um die nächste Zukunft verstärkt sich.

Die Drohung mit Massenentlassungen bzw. Teilentlassungen, um die kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus dem Betrieb zu entfernen, ist ein wichtiger Hebel der Diktatur der Bourgeoisie, Tageskämpfe gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Ausgebeuteten, insbesondere Streikkämpfe schon im Keim zu ersticken.



217 Seiten, 15 DM

Die Erwerbslosigkeit dient insbesondere auch zur Schürung nationaler Widersprüche, vor allem durch die Verbreitung des deutschen Chauvinismus, indem suggeriert wird, daß nicht das Kapital, sondern die Werktätigen aus anderen Ländern den deutschen Werktätigen die Arbeitsplätze wegnehmen würden, so als wäre nicht das kapitalistische System die tiefste und grundlegendste Ursache von Erwerbslosigkeit.

Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit führen, das Bündnis der beschäftigten und unbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter schaffen!

Auch in Deutschland sind mittlerweile Ansätze zu einer Bewegung der Erwerbslosen entstanden. Am 5. Februar 1998 wurde ein erster Aktionstag durchgeführt, an dem in ganz Deutschland ca. 40.000 Erwerbslose teilgenommen haben. Weitere Aktionen sollen folgen.

Als Kommunistinnen und Kommunisten werden wir die Entwicklung einer wirklich kämpferischen Erwerbslosenbewegung so weit wie möglich unterstützen. Dies erfordert aber insbesondere auch, all die abwieglerischen Kräfte zu bekämpfen und zu entlarven, deren größte Sorge darin besteht, daß die Aktionen der Erwerbslosen „ruhig und friedlich" ablaufen und keinesfalls den Rahmen der bürgerlichen Legalität überschreiten. Eine kämpferische Erwerbslosenbewegung kann sich nur im Kampf gegen den gerade in Deutschland auch unter den breiten Massen der ausgebeuteten Werktätigen tiefsitzenden Legalismus, gegen den Aberglauben an den Staat entwickeln.

Ebenso gilt es all die opportunistischen Kräfte zu entlarven, welche so tun, als könne die Hoffnung der Erwerbslosen in einem „Kurswechsel" bzw. Regierungswechsel von der CDU/CSU-geführten Regierung hin zu einer SPD-geführten Regierung liegen. Gerade das Beispiel Frankreich zeigt, daß die sogenannte „Linksregierung" eben auch eine Regierung des Kapitals ist. Nötig ist dagegen, daß die Erwerbslosen klar erkennen, daß ihre ureigensten Interessen diametral entgegengesetzt sind zu allen bürgerlichen Parteien einschließlich der PDS. Bei der Verteidigung des Kapitalismus und damit auch des Elends der Erwerbslosen wetteifert die PDS lediglich mit den anderen bürgerlichen Parteien um die angeblich zielführendsten „Reformideen".

Im Kampf gegen die reaktionäre Politik des „Teile und Herrsche", welche die deutsche Bourgeoisie auch mit dem Hebel „Arbeitslosigkeit" durchzusetzen versucht, gilt es, das Bündnis der beschäftigten und unbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeite zu schaffen. Der Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit muß, ohne Illusionen in den Kapitalismus zu schüren, geführt und mit dem Kampf gegen die allgemeine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen verbunden werden. Es gilt daher, wie Marx feststellte, ***„eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren"*** (Karl Marx, „Das Kapital", Band 1, 1867, Marx/Engels Werke, Band 23, S.669).

Wichtig ist auch, aus den reichen Erfahrungen der KPD sowie anderer Kommunistischer Parteien zur Zeit der Kommunistischen Internationale zu lernen, die auch in den eigenen Reihen den Kampf gegen die Unterschätzung der Bedeutung der Erwerbslosenbewegung führen mußten und die offenbar auch heute ungeschmälert wichtige Verpflichtung der Kommunistischen Parteien betonten,

> **„nicht in Worten, sondern in der Tat um die *Einheitsfront der Erwerbslosen und der betriebstätigen Arbeiter*, auf Grundlage des gemeinsamen Kampfes für Sozialversicherung, gegen Arbeitsdienstpflicht, Verschlechterung der Sozialversicherung, Massenentlassungen und für Heranziehung der Erwerbslosen in den Streikkampf des Proletariats zu kämpfen."**
> (12. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 1932, zitiert nach: Die Kommunistische Internationale in Thesen, Resolutionen, Beschlüssen und Aufrufen, Band 2, S.387)

Die gerechten Tageskämpfe der Erwerbslosen werden sich in den nächsten Wochen und Monaten, Monaten und Jahren, Jahren und Jahrzehnten zunehmend gegen das kapitalistische System als tiefste und grundlegendste Ursache der Erwerbslosigkeit richten.

Es gilt für die kommunistischen Kräfte vor allem, die proletarische Revolution als einzigen Ausweg aus der Erwerbslosigkeit immer konkreter zu beweisen und möglichst große Teile der erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter für den Kampf um den Kommunismus zu gewinnen.

Anmerkungen

[1] Frankfurter Rundschau, 10.1.1998.

[2] taz, 8.1.1998.

[3] Frankfurter Rundschau, 19.1.1998.

[4] Frankfurter Rundschau, 19.1.1998.

[5] Jungle World 2/98, S.19.

[6] Politische Berichte 2/98, S.10.

[7] Süddeutsche Zeitung, , 12.1.1998.

[8] Jungle World 2/98.

[9] Jungle World 4/98.

[10] Taz, 12.1.1998.

[11] Frankfurter Rundschau, 23.1.1998.

Die sogenannten „Verbesserungen", welche die Regierung angekündigt hat, bestehen weiterhin darin:

- Das „Beschäftigungsprogramm" für Jugendliche besteht zu einem erheblichen Teil ausgerechnet darin, 70.000 neue Polizisten aus diesen Jugendlichen zu rekrutieren.

- Die Einführung der 35-Stunden-Woche ab dem Jahr 2.000 erfolgt in einer „flexiblen" Form, die völlig den Profitinteressen der Kapitalisten angepaßt ist.

- Der von Premierminister Jospin angenommene Vorschlag des revisionistischen Fraktionsvorsitzenden Bocquet, der Erwerbslosen oder Sozialhilfeempfängern über 55 Jahren den Status von Frühpensionisten geben will, wenn sie mindestens 40 Jahre lang Beiträge zur Erwerbslosenversicherung bezahlt haben, betrifft effektiv nur 22.000 Personen.

- Die am 4. Januar bekanntgegebene „Freigabe" von 500 Millionen Francs für die Unterstützung von Umschulungsmaßnahmen bedeutet lediglich, daß die Regierung nunmehr ein Fünftel der Kürzungen rückgängig macht, die das Kabinett von Juppé 1996 vorgenommen hatte. (Jungle World, 2/98)

[12] taz, 5.1.1998

[13] jw, 13.1.1998

[14] taz, 12.1.98, jungle world 5, 29.1.1998

[15] „National Hebdo", 15-21.1.1998

[16] Zitiert nach „Le Monde", 31.12.1997, eigene Übersetzung.

[17] Vgl. „Der Spiegel", 39/1997, S. 100

[18] jw 3./4.1.1998 und 5.1.98.

[19] Der Spiegel, 39/1997, S. 100.

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mitttwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

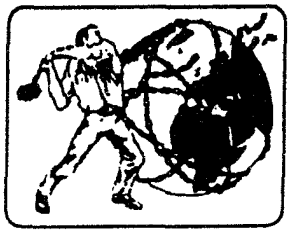
GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

3/ 98 März 1998

Solidarität mit den gerechten Entschädigungsforderungen des Volkes der Herero in Namibia!

Der Völkermord der deutschen Imperialisten an den Herero wird weder vergeben noch vergessen !

Der Staatsbesuch des obersten Repräsentanten des deutschen Imperialismus Herzog in Namibia war ein direkter Schlag ins Gesicht des Volkes der Herero, die Opfer des Völkermords der deutschen Kolonialarmee in den Jahren 1904 bis 1907 waren. Der deutsche Bundespräsident lehnte jegliche Entschädigungen und jegliche Entschuldigung strikt ab, ja weigerte sich, die Vertreter des Volkes der Herero zu empfangen. Das Ziel von Herzogs Reise war in der Tat auch ein ganz anderes. Es ging darum, die reaktionären Beziehungen zu dieser ehemaligen deutschen Kolonie zu verstärken, insbesondere zu den 30.000 „Deutschstämmigen", die weitgehend die Rolle einer „5. Kolonne" des deutschen Imperialismus haben, um dessen Hegemonialinteressen dort voranzutreiben. Dies alles ist verbunden mit der Zurschaustellung von großdeutschem Chauvinismus, wobei Herzogs Beschwörung des „in Namibia noch lebendigen deutschen Erbes" angesichts der ungeheuerlichen Verbrechen der deutschen Machthaber im sogenannten „Deutschsüdwestafrika" eine kaum zu überbietende Provokation und Verhöhnung der Völker Namibias ist. Das alles darf von den fortschrittlichen und insbesondere kommunistischen Kräften nicht unwidersprochen hingenommen werden. Dabei gilt es nicht nur die räuberische und aggressive Politik der deutschen Imperialisten zu entlarven, sondern auch die revolutionäre Haltung des Proletariats zur unbestreitbaren Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse und der anderen werktätigen und ausgebeuteten Massen an den Verbrechen der herrschenden Klasse mit allen Konsequenzen herauszuarbeiten.

Der Völkermord der deutschen Imperialisten an den Herero

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ging der Kapitalismus in sein höchstes und letztes Stadium, das Stadium des Imperialismus über, so daß um die Jahrhundertwende die territoriale Aufteilung der Erde unter die Großmächte abgeschlossen war. In diesem „Wettlauf" um die koloniale Aufteilung der Erde war der deutsche Imperialismus zwar „zu spät gekommen". Doch überall dort, wo der deutsche Imperialismus seine Kolonialmacht errichten konnte, wie in Togo, Kamerun, „Ostafrika" (vorwiegend das heutige Tansania) und „Südwestafrika" (das heutige Namibia), bewies er bereits, daß er – auf dem Weg zur Auslösung des imperialistischen 1. Weltkriegs - seine kolonialen Ansprüche mit besonderer Aggressivität bis hin zu den Methoden des Völkermords wie zum Beispiel in Südwestafrika durchsetzt.

„Deutschsüdwestafrika" war von 1884 bis 1917 deutsche Kolonie. Zu Beginn der Kolonisierung, seit 1842 zunächst vor allem durch die „Rheinische Missionsgesellschaft", war das Territorium des heutigen Namibia hauptsächlich von Herero und Nama bewohnt. Zwischen ihnen lebten verstreut Damara und einzelne Gruppen der Saan.[1]

1884 wurde offiziell die deutsche „Schutz"-herrschaft errichtet. Die deutschen Kolonialisten rissen mit betrügerischen Methoden große Teile des Landes an sich. So setzten sie in Verträgen z. B. statt der dort bekannten englischen Meile (ca. 1,5 km) deutsche Meilen ein (ca. 7,4 km).[2] Führende Kraft der Kolonialisierung war dabei ab 1885 die „Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika". Diese war getragen von der Dresdner Bank, der Deutschen Bank usw.[3]

Im Oktober 1885 kündigte der führende politische Vertreter der Herero aus Protest den sogenannten „Schutzvertrag" einseitig. Bismarck ließ in Namibia den ersten deutschen Truppenteil an Land setzen. Damit begann im Juni 1889 die militärisch absicherte deutsche Kolonialherrschaft.

Unter dem Schutz des Militärs kamen zunehmend deutsche Siedler.[4] Zwischen 1887 und 1912 ließen sich insgesamt etwa 13.000 deutsche Siedler in Südwestafrika nieder.[5]

Auf ihren Ländereien entstanden hauptsächlich Rinderfarmen, auf denen einheimische Tagelöhner arbeiten mußten. Die Siedler duldeten keine Nomaden auf „ihrem" Land.

Die deutschen Kolonialisten begannen ab 1898, in Südweswtafrika ein System der „Rassentrennung" anzuwenden. Sie errichteten an abgelegenen „Plätzen" sogenannte „Eingeborenen"-Reser-

Nazi-Mord an der 14-jährigen Antifaschistin Jana Georgi in Saalfeld am 26.3.1998!

Am Donnerstag, den 26.3.1998 wurde Jana Georgi um ca. 15.45 Uhr auf offener Straße im Stadtteil Gondorf, der Nazi-Hochburg von Saalfeld, von einem Nazi mit mehreren Messerstichen in den Hals ermordet. Jana war mit Freunden auf dem Weg von Gonndorf ins „Klubhaus", einem linken Jugendklub im Stadtzentrum, als eine Gruppe Nazis angriff, aus der heraus der fünfzehnjährige Nazi seine Mordtat begehen konnte. Die Tatsache, daß in Saalfeld die nazistische Indoktrinierung und die gesamte naziterroristische Atmosphäre dazu führte, daß ein fünfzehnjähriges Mitglied der Nazi-Szene zum Mörder wurde, spricht Bände.

Kurze Zeit später konnte der Nazi von der Polizei festgenommen werden. Er selbst sagte aus, er habe den Mord aus Rache begangen, weil Jana ihn als „Fascho" beschimpft habe. Er bezeichnete sich selbst als Mitglied der Nazi-Szene (taz, 30.3.1998). Polizei, Staatsanwaltschaft und bürgerliche Medien versuchten in bekanntem Zusammenspiel den nazistischen Mord zu vertuschen: Der Nazi-Mörder wurde als „Einzelgängertyp" hingestellt, der angeblich der Nazi-Szene nicht zuzuordnen sei (FR, 27.3.1998). Der leitende Oberstaatsanwalt Koeppen behauptete, ein politischer Hintergrund sei „ein Hirngespinst der Linken", „dummes Zeug", „kaum vertretbare Stimmungsmache" (FR, 28.3.1998, jw, 28./29.3.1998). Die Polizei behauptete, es habe sich angeblich um „eine Beziehungstat ohne politischen Hintergrund" gehandelt (FR, 30.3.1998, taz, 30.3.1998)!„Bild" hetzte gegen Antifaschisten und machte diese für den Nazi-Mord verantwortlich, weil sie sich an der „Haß-Agitation zwischen Links und Rechts" beteiligt hätten (FR, 30.3.1998).

Noch am selben Abend wurde in Gondorf eine Mahnwache von 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten organisiert. Nazis griffen die Mahnwache an und drohten: „Haut ab oder wir stechen euch auch ab!" (jw, 28./29.3.1998). Die Antifaschistinnen und Antifaschisten ließen sich jedoch nicht einschüchtern und demonstrierten um 21.30 Uhr am selben Abend durch die Saalfelder Innenstadt, um ihre Wut zum Ausdruck zu bringen. Auf einem Transparent stand: „Wir trauern um Jana, ermordet von Nazis."

Am Samstag, den 28.3.1998, demonstrierten 1500 Menschen durch Saalfeld gegen den nazistischen Mord.

Nichts vergessen, nichts vergeben!

Tod dem Nazismus!

***„Die wasserlose Omaheke sollte vollenden, was die deutschen Waffen begonnen hatten: Die Vernichtung des Hererovolkes."* (Der deutsche Generalstab 1904)**

vate, die eng umgrenzt waren und wirtschaftlich als uninteressant galten. Außerhalb dieser Reservate waren die Farmen der Kolonialisten in den landwirtschaftlich ergiebigsten und an Bodenschätzen reichen Gebieten.[5]

Das alles machte die Lage des Hererovolkes zunehmend verzweifelt. Durch die zahlreichen Landverkäufe war ihr Gebiet bereits auf einen Bruchteil zusammengeschrumpft. Der geplante Bau einer Eisenbahnlinie, die quer durch das ihnen verbliebene Land führen sollte, hätte das Ende ihrer Existenz als freie Rinderhirten bedeutet. Unter dem Druck der anderen politischen Vertreter und Stammesältesten rief der oberste Repräsentant der Herero Samuel Maharero zu Beginn des Jahres 1904 zum Aufstand auf. Sämtliche Hererostämme erhoben sich zum Kampf gegen die deutschen Kolonialherren.

Gleich beim ersten Gefecht erlitten die deutschen Truppen eine schwere Niederlage, nur eine schnelle Flucht bewahrte sie vor der vollständigen Vernichtung. Ihr Oberbefehlshaber forderte in Berlin eilig Verstärkung an, die umgehend geschickt wurde.

Die deutsche Kolonialarmee ging mit einer Grausamkeit gegen die Herero vor, die in vielem an die Greueltaten der Nazis im Zweiten Weltkrieg erinnert. Massenerschießungen von Gefangenen und Niedermetzelung verwunderter Hererokrieger waren an der Tagesordnung.

Am 11. August 1904 kam es am Waterberg zur Entscheidungsschlacht zwischen der Hauptmacht der Aufständischen und der vorrückenden deutschen Soldateska. Die kämpfenden Herero wurden von der mit überlegenen Waffen ausgerüsteten deutschen Armee umzingelt und von allen Seiten mit Panzerzügen, Geschützen und Gewehren beschossen. Es blieb ihnen nur der Versuch, aus dem Belagerungsring auszubrechen. Mit mörderischer Absicht ließ die deutsche Armee den Durchbruch bewußt in einer einzigen Richtung zu, in die wasserlose Omahekewüste. Um die Herero nicht mehr aus der Wüste entkommen zu lassen, errichtete die mörderische deutsche Soldateska eine Reihe von schwerbewaffneten Lagern an den Wüstenrändern. Nur eine geringe Zahl von Herero erreichten Betschuanaland, wo sie bei den Briten Asyl erhielten. Die meisten der 80.000 getöteten Herero - Kinder, Frauen, Männer und Greise - wurden ermordet, indem sie von jeglichen Wasserquellen abgeschnitten wurden, so daß sie in der Wüste von Omaheke verdursten mußten! Ausbruchsversuche endeten im Kugelhagel, zu Verhandlungen geladene Vertreter der Herero wurden erschossen, Herero, die sich den Wasserstellen näherten, niedergemetzelt.

Jan Cloete aus Omaruru sagte unter Eid aus:

> **„Ich war dabei, als die Herero bei Hamiri in der Nähe des Waterberges besiegt wurden. Nach der Schlacht wurden alle Männer, Frauen und Kinder ohne Gnade getötet, die, ob verwundet oder nicht, den Deutschen in die Hände fielen. Dann verfolgten die Deutschen die übrigen, und alle Nachzügler am Wegrand und im Sandfeld wurden niedergeschossen oder mit dem Bajonett niedergemacht. Die große Masse der Herero war unbewaffnet und konnte sich nicht wehren."[6]**

Der Kommandeur Hendrik Campbell, der eine mit der deutschen Armee verbündete einheimische Einheit kommandierte, sagte unter Eid aus:

> **„Als das Gefecht vorüber war, entdeckten wir acht oder neun kranke Hererofrauen, die zurückgelassen worden waren. Einige von ihnen waren blind. Wasser und Nahrung hatten sie noch. Die deutschen Soldaten haben sie bei lebendigem Leibe in der Hütte, in der sie lagen, verbrannt."[7]**

Der oberste politische Repräsentant der Bergdamara sagte ebenfalls unter Eid aus:

> **„Die Deutschen schonten niemand. Sie töteten Tausende und Abertausende. Ich habe diese Schlächterei Tag für Tag mit angesehen."[8]**

Doch auch in den folgenden Jahren kämpften Abteilungen der Herero gemeinsam mit den nunmehr ebenfalls aufständischen Nama gegen die deutschen Kolonialtruppen weiter. Dank des lang andauernden Widerstands der aufständischen Nama, der meist in Form einer meisterhaften Guerillataktik erfolgte und zeitweilig von südafrikanischen Minenarbeitern unterstützt wurde[9], konnte die geplante vollständige Vernichtung des Hererovolkes verhindert werden. Trotz ständiger Verstärkungen gelang es den bis zu 20.000 deutschen Soldaten kaum, mit wenigen Hundert schlechtbewaffneter Aufständischer fertigzuwerden.

Obwohl der Kriegszustand in „Deutsch-Südwest" am 31. März 1907 offiziell aufgehoben wurde, gingen die Kämpfe weiter: Nach einer entsprechenden Vereinbarung ihrer Regierungen gingen schließlich deutsche und britische Truppen gemeinsam gegen die noch kämpfenden Anteilungen aufständischer Afrikaner vor. Am 20. September 1907 fiel der Namaführer Jakob Marengo, der bis heute ein Symbol für den Widerstandskampf der Völker Namibias, für einen mutigen und entschlossenen Guerillakampf ist. Er erklärte 1906 in einem Interview, warum er sich am Krig gegen eine der mächtigsten Militärmächte der Welt beteilige:

> **„Weil ich zu der Überzeugung gekommen bin, daß uns die Deutschen grausam behandelt haben, wie Hunde, und daß wir uns das nicht gefallen lassen, sondern lieber kämpfen und sterben sollen. Sonst gibt es keine Gerechtigkeit."[10]**

Nach Schätzungen überlebten von den 80.000 Herero nur 15.130, von den etwa 20.000 Nama 9.781.[11] Gefangengenommene Herero wurden in Ketten gelegt, ihnen wurden die Buchstaben „GH" (Gefangene Herero) eingebrannt und sie wurden zur Zwangsarbeit gezwungen. Andere überlebende Gruppen wurden in KZs an der kalten und feuchten Atlantikküste interniert, wo sie zu Tausenden im ungewohnten Klima starben. Teilweise wurden sie auch in andere deutsche Kolonien deportiert. Die Stammesorganisationen der Herero wurden gewaltsam aufgelöst, die politischen Repräsentanten der Herero wurden als „Rädelsführer" hingerichtet.

Als „Vergeltung" wurde der gesamte noch verbliebene Grundbesitz der Herero und Nama „eingezogen", also enteignet. Im Jahr 1907 wurde gar eine Verordnung erlassen, nach der es für alle Zeiten Afrikanern verboten sein sollte, Land zu besitzen. Die einstmals freien Herdenbesitzer mußten nun als besitzlose Lohnarbeiter ihren Lebensunterhalt unter sklavereiähnlichen Bedingungen auf deutschen Farmen bzw. - nachdem 1908 die ersten Diamantenvorkommen entdeckt waren - im von deutschen Kapitalisten betriebenen Bergbau verdingen. Brutale Repressalien waren die Folge, wenn ein Herero sich der Zwangsarbeit widersetzte. Paßpflicht und „Arbeitsbuch" garantierten eine lückenlose Kontrolle.

Nach dem Völkermord an den Herero perfektionierten die deutschen Imperialisten in Südwestafrika höchstoffiziell ihr rassistisches Apartheidregime. 1905 wurde das Verbot von „Mischehen" erlassen, das 1908 als § 17 in die kolonialistische „Selbstverwaltungsordnung" übernommen wurde. Das hatte zur Folge, daß davon betroffene Ehepaare und deren Nachkommen automatisch die bürgerlichen Rechte und damit auch das Wahlrecht verloren. Der damalige Gouverneur erklärte dazu in Nazi-Manier, geschlechtliche Beziehungen zwischen Europäern und Afrikanern seien *„nicht nur ein Verbrechen gegen die Reinhaltung deutscher Rasse und deutscher Gesittung..., son-*

Unverhüllte Propaganda des Völkermords des deutschen Imperialismus

Befehl des deutschen Generals von Trotha vom Oktober 1904 an die Herero nach der Niedermetzelung des Aufstands:

„Ich, der große General der deutschen Soldaten, sende diesen Brief an das Volk der Herero. Herero sind nicht mehr deutsche Untertanen... Das Volk der Herero muß jetzt das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, so werde ich mit dem großen Rohr es dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero, mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh, erschossen. Ich nehme keine Weiber und keine Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen. Das sind meine Worte an das Volk der Herero.

Der große General des mächtigen Kaisers: v. Trotha."[1]

Nach der Ermordung fast aller Herero in der Wüste Omaheke wurde 1906 vom Deutschen Generalstab in einem „Generalstabsbericht„ öffentlich die Vollendung des Völkermords an den Herero verkündet:

„Die wasserlose Omaheke sollte vollenden, was die deutschen Waffen begonnen hatten: Die Vernichtung des Hererovolkes.... Die mit eiserner Strenge monatelang durchgeführte Absperrung des Sandfeldes vollendete das Werk der Vernichtung. ... Das Drama spielte sich auf der dunklen Bühne des Sandfeldes ab. Aber als die Regenzeit kam, als sich die Bühne allmählich erhellte und unsere Patrouillen bis zur Grenze des Betschuana-Landes vorstießen, da enthüllte sich ihrem Auge das grauenhafte Bild verdurstender Heereszüge. Das Röcheln der Sterbenden und das Wutgeschrei des Wahnsinns ... verhallten in der erhabenen Stille der Unendlichkeit! Das Strafgericht hatte sein Ende gefunden. Die Hereros hatten aufgehört, ein selbständiger Volksstamm zu sein."[2]

1 Zitiert nach: Martha Mamozai: Schwarze Frau, weiße Herrin, Reinbek bei Hamburg, 1989, S. 36.
2 Zitiert nach: Karlheinz Graudenz: Die deutschen Kolonien, Augsburg 1989, S.65 und Helgard Patemann: Lernbuch Namibia, Wuppertal 1985, S.109.

Die Kontinuität des deutschen Imperialismus am Beispiel des General Paul von Lettow-Vorbeck

Der berüchtigte deutsche Kolonialgeneral Paul von Lettow-Vorbeck war einer der führenden Exponenten des kaiserlichen deutschen Kolonialheeres. 1901 war er bei der Niederschlagung der revolutionären Bewegung in China („Boxeraufstand") eingesetzt.

In den Jahren 1904 bis 1906 war er als erster Adjudant des Generals von Trotha an der Hinmordung des Herero-Volkes beteiligt. Im ersten Weltkrieg befehligte er die deutsche Kolonialarmee in Ostafrika.

1919 war Lettow-Vorbeck als Divisionskommandeur der Reichswehr an führender Stelle bei der blutigen Niederschlagung der aufbegehrenden Arbeiterinnen und Arbeiter in Hamburg im Juni 1919 und anschließend in Mecklenburg. 1920 war er maßgeblich am Kapp-Putsch beteiligt.

Unter den Nazis, die im Punkt 3 des Programms der Nazi-Partei den erneuten Raub von Kolonien zum Ziel gestellt hatten, wurde er als Idol gefeiert.

Nach dem zweiten Weltkrieg setzten die westdeutschen Imperialisten Lettow-Vorbeck erneut ein, um in Afrika erneut Einfluß zu gewinnen. 1953 reiste er dazu nach Süd- und Südwestafrika. Er spielte auch eine maßgebliche Rolle bei der Gründung der zahlreichen Vereinigungen der „alten Kameraden" des deutschen Kolonialismus. Auf der Jahresversammlung des „Stahlhelm"-Landesverbandes Weser Ems in Wilhelmshaven 1959 fand sich im trauten Verein von „Vertretern des neu entstandenen Seebataillons der Bundesmarine" und von Wilhemshavener Stadträten auch Lettow-Vorbeck ein, um einen Kranz mit der „Reichskriegsflagge" niederzulegen. Zum 90. Geburtstag von Lettow-Vorbeck 1960 fanden sich neben zahlreichen „Afrika-Veteranen" auch hohe Vertreter der Bundeswehr sowie der damalige schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel ein. Glückwunschtelegramme schickten unter anderem Bundeskanzler Adenauer und Bundespräsident Lübke, das Telegramm von Lübke wurde sogar im regierungsoffiziellen Bulletin veröffentlicht.

1964 wurde Lettow-Vorbeck im Landkreis Segeberg beerdigt. Die Trauerrede hielt der damals amtierende Kriegsminister Kai-Uwe von Hassel. In Hamburg, in der Stadt, in der Lettow-Vorbeck einst die revoltierenden Arbeiterinnen und Arbeiter niederschoß und niederschießen ließ, trägt eine Kaserne seinen Namen. Auf dem Hof jener Kaserne steht das 1939 von den Nazis aus Anlaß des 35. Jahrestags des Massakers am Waterberg errichtete „Schutztruppen-Ehrenmal" - bis zum heutigen Tag.

(Quellen: Martha Mamozai: Schwarze Frau, weiße Herrin, Reinbeck bei Hamburg 1989. Eberhard Czaya: Über kolonial-chauvinistische Traditionspflege und den Mißbrauch der Auslandsdeutschen in Afrika, in: Deutsche Außenpolitik, Sonderheft I/1960, Berlin. Detlef Bald, Peter Heller, Volkhard Hundsdörfer, Joachim Paschen: Die Liebe zum Imperium - Deutschlands dunkle Vergangenheit in Afrika, Bremen 1978)

dem könnten die Stellung des weißen Mannes hier überhaupt gefährden."[12] Die rassistische „Kulturpolitischen Grundsätze" des ehemaligen Ansiedlungskommissars für „Deutsch-Südwest" Rohrbach aus dem Jahr 1909 stimmen fast wörtlich überein mit den „Rassenpolitischen Leitsätzen zur deutschen Kolonialpolitik" der NSDAP.[13]

Hunderte von deutschen Farmen entstanden auf dem Land der großteils ermordeten Herero. 1912 waren von den 835.000 Quadratkilometer umfassenden Gesamtfläche Südwestafrikas nur noch 12.373 Quadratkilometer, d.h. nur noch 1,5 Prozent der Gesamtfläche im Besitz der Völker Südwestafrikas. Den meisten Profit strich die „Deutsche Kolonialgesellschaft" ein. Ihr Aktienkurs stieg allein im Jahr 1909 um 2.000 Prozent; 64 Prozent Dividende zahlte sie in diesem Jahr ihren Eignern aus. Die Bergwerksgesellschaften exportierten zwischen 1908 und 1913 allein 5,3 Millionen Karat Diamanten.[14]

Rosa Luxemburg rief mehrmals die weitgehend in Vergessenheit geratene grausame Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus in Afrika in Erinnerung, besonders seinen mörderischen Unterdrükkungs- und Ausrottungsfeldzug von 1904 bis 1907 in Südwestafrika. 1914 schrieb sie etwa:

> **„Wo blieb ... der Entrüstungssturm im Reichstag, als deutsche Militärs wehrlose Hereroweiber und Kinder in die Wüste trieben, um sie dort in Wahnsinn verröcheln zu lassen?"**[15]

Sie erklärte sich solidarisch mit dem Freiheitskrieg der Völker der Herero und Nama gegen die Kolonialherrschaft der deutschen Imperialisten, die ihren ersten Völkermord an 80.000 Herero begingen.[16]

Die furchtbaren Tatsachen des fast vergessenen Völkermords an den Herero ins Bewußtsein zu rücken, ist gerade auch heute unerläßlich für den Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus. Die Bundeswehr führt bereits wieder „Auslandseinsätze" durch wie in Somalia, Ex-Jugoslawien und anderswo und bereitet sich systematisch auf zukünftige groß angelegte Aggressionen und Kriege vor. Denn der deutsche Imperialismus verfolgt auf der Jagd nach Maximalprofit heute - nach zwei verlorenen Weltkriegen - mit besonderer revanchistischer Aggressivität im wesentlichen die gleichen Ziele wie damals und schreckt im Kampf um weltweite Einflußsphären und Vorherrschaft vor keinem noch so großen Verbrechen gegen die Völker zurück.

Den deutschen Neokolonialismus und Revanchismus in Namibia heute entlarven und bekämpfen!

„Deutschsüdwest" geriet als Folge der Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg unter das „Mandat" des britischen Imperialismus, der die Verwaltung des Landes an Südafrika übergab. Der Besitz der deutschen Großgrundbesitzer und Kapitalisten wurde dadurch aber keineswegs angetastet. Daran hat sich auch nach einem jahrelangen Befreiungskrieg zur Beseitigung der Apartheid und der Erlangung der formellen Unabhängigkeit Namibias im Jahr 1990 nichts wesentliches geändert. Die durch den deutschen Kolonialterror und Völkermord geschaffenen Besitzverhältnisse bestehen grundlegend nach wie vor. Aller wertvoller Boden befindet sich noch immer im Besitz der weißen, vorwiegend „deutschstämmigen" Bevölkerungsminderheit, Industrie und Bergbau wird von Konzernen der imperialistischen Länder betrieben. Ein Großteil der schwarzen Bevölkerungsmehrheit ist erwerbslos.

Formal unabhängig ist Namibia heute faktisch eine Neokolonie, wobei der deutsche Imperialismus in führender Position ist. Deutschland ist größter „Entwicklungshilfegeber" Namibias.[17] Namibia ist auch das Land, das pro Kopf gerechnet weltweit am meisten deutsche „Entwicklungshilfe" erhält.[18] Herzogs Appell an die deutschen Kapitalisten, in Namibia verstärkt zu investieren, bedeutet, daß die Völker Namibias noch mehr vom deutschen Imperialismus ausgepreßt werden sollen.

Dort wo in den Jahren 1904 – 1907 deutsche Truppen den Völkermord an den Herero begingen, wurde im Jahr 1989, bemäntelt durch einen „UNO-Einsatz zur Überwachung der Wahlen", bereits wieder der deutsche „Bundes*grenz*schutz" eingesetzt.[19] In Namibia ist auch eine „deutsche Militärberatergruppe" stationiert, die vom Generalinspekteur der Bundeswehr anläßlich von Herzogs Staatsbesuch in Namibia „inspiziert" wurde.[20]

Bei seinen weltweiten imperialistischen und revanchistischen Aktivitäten bedient sich der deutsche Imperialismus der alten, von den Nazifaschisten überall in der Welt geknüpften Fäden, zugleich belebt er auch traditionelle Beziehungen zu seinen alten Kolonien in Afrika oder auch in Asien. Das trifft in besonders hohem Maß auf Namibia zu.

In Namibia gibt es unter den 1.6 Millionen Einwohnern heute etwa 30.000 Menschen „deutscher Herkunft". Von der deutschen Kolonialherrschaft und dem Völkermord an den Herero über die Jahrzehnte der Apartheid bis heute handelt es sich bei diesen weitgehend um eine privilegierte Oberschicht, Nutznießer und Einpeitscher der Unterdrückung und Ausbeutung der Völker Namibias, diese sind „tonangebend in der Wirtschaft."[21]

Nur *ein* Beispiel dafür ist der führende Funktionär der „Deutsch-Namibischen Entwicklungsgesellschaft" Funkeldey, der aus seinen Nazi-Überzeugungen keinen Hehl macht und sich offen dazu bekennt. Funkeldey ist einziger Träger des Bundesverdienstkreuzes erster Klasse in Namibia.[22]

Der deutsche Imperialismus nützt das reaktionäre Potential der „Deutschstämmigen" gezielt als „5. Kolonne", als Basis für die Unterwerfung Namibias unter seine Vorherrschaft. Dabei wird widerlicher deutscher Nationalismus und Chauvinismus sowie Rassismus eingesetzt und zur Schau gestellt. Der Staat des deutschen Imperialismus garantiert heute noch allen „Deutschstämmigen" die deutsche Staatsangehörigkeit. Der deutsche Bundeskanzler Kohl begrüßte bei seinem von starken Protesten und Forderungen nach Entschädigung für die Herero begleiteten Besuch 1996 die „deutschstämmige" Minderheit als „Liebe Landsleute" und erzählte ihnen von den Problemen des fernen „Vaterlandes"[23] Der deutsche Bundespräsident Herzog stieß bei seinem Besuch im März 1998 ins selbe Horn, indem er in seiner Rede in Namibia das „lebendige deutsche Erbe" rühmte.

Den Kampf für die Durchsetzung der Entschädigungsforderungen der Herero führen!

Der jetzige führende politische Vertreter des Herero-Volkes Kusima Riruako hat wiederholt eine Entschädigung für die Nachkommen der damals massakrierten Angehörigen des Herero-Volkes gefordert. Eine Dokumentation über den Völkermord wurde nicht nur der deutschen Botschaft in Namibia übergeben, sondern auch den Vereinten Nationen und dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag übermittelt.[24]

Der deutsche Bundespräsident hat bei seinem Besuch in Namibia völlig unverschämt Entschädigungszahlungen an das Volk der Herero ausgeschlossen. Ebenso betonte er, daß es *„eine Entschuldigung nicht geben wird"*.[25] Herzog hat sich überhaupt geweigert, die von weit her angereisten Repräsentanten offiziell zu empfangen. Der Völkermord an den Herero wird in der Rede Herzogs nicht einmal erwähnt. Er läßt ihn folgendermaßen verschwinden: *„Wir haben auch eine kurze Periode gemeinsamer Geschichte, die nicht sehr glücklich (!!) war. Für Deutschland war diese Periode mit dem Ende des Ersten Weltkriegs abgeschlossen."* In den bürgerlichen Medien wird auch die folgende infame Äußerung von Herzog bei seinem Staatsbesuch in Namibia angeführt: *„Wir sind uns natürlich bewußt, daß die Auseinandersetzung (!!) zwischen der deutschen Kolonialverwaltung und den Hereros nicht in Ordnung war."*[26] Zum einen wird so der Völkermord auf ungeheuerliche Weise zu einer bloßen „Auseinandersetzung" bagatellisiert. Zum anderen werden die Herero selbst zu Schuldigen erklärt, weil diese sich nicht dem Joch der deutschen Kolonialherrschaft unterwarfen, sondern es gewagt hatten, sich zum Befreiungskrieg dagegen zu erheben.

Um die gerechten Forderungen der Herero wegzuwischen, hat sich Herzog während seines Staatsbesuchs in Namibia in einem Interview noch den Trick zurechtgelegt, daß es *„nach dem zu jener Zeit gültigen Völkerrecht"* noch keine internationalen *„Regeln zum Schutz von Rebellen"* gegeben habe. Das ist eine reaktionäre Provokation, womit der oberste Repräsentant des deutschen Imperialismus nur von der Tatsache der Niedermetzelung und weitgehenden Vernichtung eines ganzen Volkes, des Völkermords am Volk der Herero durch die deutschen Kolonialtruppen ablenken und jegliche Verantwortung dafür ablehnen will.

Die Solidarität mit dem Volk der Herero, der Nama sowie der anderen Völker Namibias erfordert, diese reaktionäre Haltung und Politik des deutschen Imperialismus und seiner Repräsentanten anzuprangern und für die Durchsetzung von Entschädigungen zu kämpfen. Diese prinzipielle Aufgabe hat mehrere unmittelbare und weiterreichende Aspekte:

Erstens: Die Kommunistische Partei muß den Kampf für Reparationen und Entschädigungen schon jetzt führen. Ohne entschiedenes Eintreten dafür hier und heute kann kein Bündnis mit den Völkern gegen den deutschen Imperialismus geschaffen werden.

Zweitens ist es eine Tatsache, daß die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter, die deutschen Werktätigen mitschuldig an den Verbrechen des deutschen Imperialismus sind. Dies gilt für den Völkermord an den Herero wie für die ganze ungebrochene Kette von Verbrechen des deutschen Imperialismus in allen Teilen der Welt. Friedrich Engels, der Mitbegründer des wissenschaftlichen Kommunismus, schrieb dazu bereits 1848:

> **„Die Schuld der mit Deutschlands Hülfe in andern Ländern verübten Niederträchtigkeiten fällt nicht allein den Regierungen zu, sondern zu einem großen Teil dem deutschen Volke selbst zur Last. Ohne seine Verblendungen, seinen Sklavensinn, seine Anstelligkeit als Landsknechte und als 'gemütliche' Büttel und Werkzeuge der Herrschaft 'von Gottes Gnaden' wäre der deutsche Name weniger gehaßt, verflucht, verachtet im Auslande..."**
> (Engels, „Auswärtige deutsche Politik", „Neue Rheinische Zeitung" Nr. 33, 3. Juli 1848, Marx/Engels Werke Band 5, S.155)

Drittens folgt daraus, daß den Arbeiterinnen und Arbeitern bewußt gemacht werden muß, daß sie gerade auch nach dem Sturz der Bourgeoisie vor der Aufgabe stehen, maximalen Ausgleich zu schaffen für die unter der Herrschaft des Imperialismus begangenen Verbrechen. Engels hat programmatisch festgestellt:

> **„Nun aber steht hinter dem offiziellen Deutschland das sozialistische Deutschland, die Partei, der die Zukunft.. des Landes gehört. Sobald diese Partei an die Herrschaft kommt, kann sie diese weder ausüben noch festhalten, ohne die Ungerechtigkeiten wiedergutzumachen, die ihre Amtsvorgänge gegen andre Nationen begangen."**
> (Engels, „Der Sozialismus in Deutschland", 1891, Marx/Engels Werke Band 22, S.253)

Neben dem Ziel des Sturzes der Herrschaft des Kapitals und schließlich seiner restlosen Enteignung hier in Deutschland gehört zur unmißverständlich klaren programmatischen Aussage der proletarischen Revolution und der revolutionären Diktatur des Proletariats in Deutschland gegen den deutschen Imperialismus die Feststellung, daß sämtliche deutsche Kapitalien in anderen Ländern den Völkern dieser Länder gehören. Die Kommunistische Partei propagiert und kämpft für die bedingungslose Liquidierung des deutschen Kapitals sowie für die bedingungslose Liquidierung sämtlicher politischer Machtpositionen und militärischer Stützpunkte in anderen Ländern.

Gerade nach dem Sturz der deutschen Bourgeoisie, der Zerschlagung des deutschen Imperialismus, wird das revolutionäre Proletariat den vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völkern maximale Reparationen und darüber hinaus maximale Hilfe überhaupt leisten, gemäß deren Bedingungen und Forderungen. Ohne dies in der Tat zu leisten, ist an den proletarisch-internationalistischen Zusammenschluß mit den vom deutschen Imperialismus unterdrückten Völkern auf dem Weg zum vertrauensvollen, freiwilligen Verschmelzen der Nationen im Kommunismus nicht zu denken.

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus !

Quellen

[1] junge welt (jw), 13.3.1998

[2] Der Vorreiter des deutschen Kolonialismus in Südwestafrika, der deutsche Handelskapitalist Lüderitz erteilte seinem Beauftragten Vogelsang folgende Anweisung, den Landverkäufer Frederiks bewußt zu täuschen: *„...Da in unserem Kaufcontracte steht = 20 geogr. Meilen Inland, so wollen wir diese auch beanspruchen. Lassen Sie Joseph Frederiks aber vorläufig im Glauben, daß es 20 englische Meilen sind. Ebenso kaufen Sie z. Z. die übrige Küste mit 20 geogr. Meilen Inland..."* (Zitiert in: Helgard Patemann: Lernbuch Namibia, Wuppertal 1985, S. 77

[3] jw, 13.3.1998

[4] blätter des iz3w, Nr. 156, März/April 1989

[5] Vgl. Helgard Patemann: Lernbuch Namibia, Wuppertal 1985, S. 96

[6] Zitiert nach: ebenda, S. 106

[7] Zitiert nach: ebenda, S. 106

[8] Zitiert nach: ebenda, S. 106

[9] jw, 9.3.1998

[10] Helgard Patemann: Lernbuch Namibia, Wuppertal 1985, S. 116; Manfred O. Hinz, Helga Patemann, Armin Meier (Hrsg.): Weiß auf Schwarz - 100 Jahre Einmischung in Afrika. Deutscher Kolonialismus und afrikanischer Widerstand, Berlin 1984, S. 104 f.

[11] jw, 13.3.1998

[12] Zitiert nach: Helgard Patemann: Lernbuch Namibia, Wuppertal 1985, S.113

[13] Siehe Helgard Patemann: Lernbuch Namibia, Wuppertal 1985, S.113/114

[14] jw, 9.3. und 13.3.1998

[15] Rosa Luxemburg, „Die Bilanz von Zabern", Januar 1914, Gesammelte Werke, Band 3, S.370

[16] Siehe auch Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 3, S. 70 und 412, sowie Band 4, S.161

[17] Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 5.3.1998

[18] Frankfurter Rundschau (FR), 5.3.1998

[19] Siehe „Out of Area", BRD + Dritte Welt, Heft 48, S.6

[20] FAZ, 5.3.1998

[21] FR, 7.3.1998

[22] FR, 7.3.1998

[23] FR, 7.3.1998

[24] jw, 9.3.1998

[25] FR, 5.3.1998

[26] FR, 7.3.1998

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mitttwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung" sind u. a. erhältlich:

*In **Berlin:** Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5; M 99, Manteuffelstr. 96; Nachladen, Waldemarstraße 36; in **Bonn:** Antiquariat W. Marrow, Breite Straße 52; in **Braunschweig:** Antifacafé, Cyriaksring 55; in **Dortmund:** Buchladen Taranta, Humboldtstraße 54; in **Duisburg:** Antiquariat, Pulverweg 33b; in **Frankfurt:** Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4; in **Freiburg:** Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15; in **Göttingen:** Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; in **Hamburg:** Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, in **Hannover:** Internationalismus Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; in **Karlsruhe:** Der andere Buchladen, Marienstr. 15; in **Kiel:** Buchladen Zapata, Jungfernsteg; in **Köln:** Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; in **München:** Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41- 43; in **Nürnberg:** Libresso Buchhandlung, Peter-Vischer-Str. 25.*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Die soziale und moralische Verpflichtung der Rückgabe des Eigentums, das das Volk der Herero und Mbanderu während des deutschen Kolonialismus und dem daraus folgenden Krieg verloren hat

Vorschlag (Entwurf)

Memorandum einer Vereinbarung zwischen the Six Royal Houses of Ovambanderu and Ovaherero und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bezüglich der sozialen und moralischen Verpflichtung zur Rückgabe des Eigentums, das das Volk der Hereros und Mbanderus während des deutschen Kolonialismus und dem daraus folgenden Krieg verloren hat.

Die Six Royal Houses of Ovambanderu und Ovaherero und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, im Geiste unserer historischen Bande zwischen den Ovambanderu, Ovaherero und dem deutschen Volk, vom Wunsch beseelt,eine neue Ära bilateraler Annäherung durch die Anerkennung der vergangenen Umwälzungen zu stärken und zu intensivieren und eine neue Kultur im Geiste der Zusammenarbeit zu entwickeln, im Bewußtsein, daß die Wahrung dieser Vereinbarung die Basis für dauerhaften Frieden und Aussöhnung zwischen den Parteien bildet, mit der Absicht, die soziale und ökonomische Entwicklung der Opfer der Ovambanderu und Ovaherero der deutschen Kolonialzeit zu heben und den Deutschen für die begangenen Völkermordgreultaten in der ehemaligen Kolonie verzeihend, haben das Folgende vereinbart:

Artikel 1

1. Dieses Memorandum der Vereinbarung soll einen grundlegenden Rahmen schaffen innerhalb dessen die Six Royal Houses Ovambanderu and Ovaherero und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zusammenarbeiten für eine Lösung der Kontoverse aus der Periode der deutschen kolonialen Okkupation, die durch folgende unvergeßliche Ereignisse charakterisiert ist:

a) Völkermord sowie das Dekret zur Vernichtung der Hereros und Mbanderus durch General von Trotha 1904 und die Hinrichtung der Mbanderu und Herero Führer 1896;

b) Vertreibung der Herero und Mbanderu, was viele von ihnen zwang, ihr Ursprungsland zu verlassen und Flüchtlinge in den Nachbarländern zu werden;

c) Verlust oder Enteignung vieler Hektar Land;

d) Demütigungen durch solche Taten wie in der Gefangenschaft in Konzentrationslagern und sexueller Mißbrauch, dessen Folge viele vaterlose Kinder waren;

e) und Beschlagnahme von einer ungeheuren Summe Reichtums (Rinder), die das Rückgrat ihres Überlebens bildeten.

Artikel 2

1. Es gab zwei Parteien, die an diesen vergangenen Konflikten und Kriegen beteiligt waren, nämlich die deutsche Regierung und die Six Royal Houses of Ovambanderu and Ovaherero, die den Widerstandskrieg gegen die deutsche Besatzung geleitet haben, besonders die folgenden Houses:

a) Nguvauva Royal House, b) Tjamuaha Royal House, c) Otjikaoko Royal House, d) Onguatjindu Royal House, e) Otjimaruru Royal House, f) Vita Royal House.

2. Kraft ihres historischen Erbes dieser Autoritäten sollten die gegenwärtige deutsche Regierung und die gegenwärtige „Royal leadership" die rechtmäßigen Partner sein, um eine gütliche Lösung dieser Konflikte zu finden, um die Opfer des Kriegs zu rehabilitieren und darüber hinweg zu trösten.

Artikel 3

Als Folge dieses Widerstandskrieges gegen die deutsche Okkupation lebt die heutige Generation der Hereros und Mbanderus in erniedrigenden Verhältnissen:

1. Sie muß in unfruchtbaren, trockenen und übervölkerten Reservaten leben, was in wenig

angenehmen Lebensbedingungen gipfelt und ihren Lebensunterhalt bedroht;

2. Verlust des Lands ihrer Vorfahren, das nun zum größten Teil in der Hand von deutschen Siedlern ist;

3. Verlust der kulturellen Identität und traditioneller Werte als Ergebnis des Aufzwingens deutscher Sprache und Religion;

4. ein psychologisches Trauma, das von dem sexuellen Mißbrauch unserer Frauen durch Deutsche herrührt und bis dahin reicht, daß ihre Kinder nicht herausfinden wer ihr Vater ist, so wie „oruzo";

5. das schlimmste von allem ist die zahlenmäßige Minimierung unserer Gruppen, zum Beispiel mit der Tatsache fertig zu werden, daß nur ein Viertel (¼) von uns überlebt hat und drei Viertel (¾) in diesem Widerstandskrieg gestorben ist;

6. und die Wideransiedelung der Flüchtlinge, die vor dem Vernichtungsbefehl von 1904 nach Botswana in das Gam-Gebiet geflohen sind. Ein Gebiet, das eine unberührte Region ohne entwickelte Infrastruktur ist; lediglich Unterbringung, Umzäunung und Wasserversorgung sind vorhanden.

Artikel 4

Angesichts all dieser Tatsachen besteht der starke Wunsch der Six Royal Houses, den Dialog mit dem deutschen Präsidenten und dem Kanzler zu beginnen, um einige Bereiche der Entschädigung zur Wiedergutmachung schwerer Schäden oder Verluste und zur Heilung von Qualen zu bestimmen. Die drei folgenden Kriterien würden im Zentrum des Dialogs stehen:

1. Anschaffung verlorenen Besitzes und Reichtums
2. Wiederherstellung der Kultur
3. und humanitäre Hilfe

1. Anschaffung verlorenen Besitzes und Reichtümer

Die deutsche Regierung hilft den Hereros und Mbanderus finanziell, Farmen zu erwerben, wovon die meisten auf Ländern liegen, die ihnen während der Kolonialzeit weggenommen worden sind. Gleichzeitig wird die deutsche Regierung Rinder für die Hereros und Mbanderus kaufen, denn diese waren der Hauptanteil des Reichtums der während der Kolonialverwaltung weggenommen worden ist.

2. Wiederherstellung der Kultur

In Zusammenarbeit mit Deutschen würden die Six Royal Houses es wagen die Herero/Mbanderu Kultur wiederaufzubauen, um sie für künftige Generationen wieder zu beleben und zu erhalten. Zu allererst sollte der gegenwärtige Stand der Herero/Mbanderu Kultur mit der Hilfe von Informationen in deutschen Museen bezüglich der Mbanderu/Herero Geschichte, Literatur und Traditionen erfaßt werden.

3. Humanitäre Hilfe

a) Abgesehen von der kulturellen Beraubung erfahren die Hereroes und Mbanderus ökonomisches Elend und Mangel an Entwicklung für die Menschen. Die deutsche Regierung wird als Beitrag zu dieser Entwicklung den Herero und Mbanderu Kommunen mit der Gründung von Erziehungseinrichtungen in ihren Regionen helfen und ihrer Jugend Stipendien verleihen. Außerdem werden die Royal Houses Hilfe zur Entwicklung der Infrastruktur als Werkzeug zur Ankurbelung ihrer Wirtschaft in ihren gegenwärtigen Gebieten erhalten. Die deutsche Regierung wird bei der Repatriierung und dem Wiederansiedelungsprozeß der Herero und Mbanderu Flüchtlingen von Botswana helfen.

b) Die Modalitäten wie die Lösungen alle umgesetzt werden, könnten und sollten durch die deutsche Regierung und die Herero/Mbanderu Kommunen über die Regierung von Namibia bestimmt werden.

Artikel 5

1. Dieses Memorandum der Vereinbarung ist wirksam durch die Unterschriften der beiden Parteien, hier erwähnt als Six Royal Houses of Ovambanderu and Ovaherero, und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

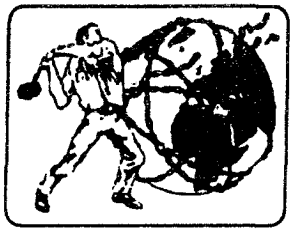
2. Das Memorandum der Vereinbarung hält fest, daß die Six Royal Houses of Ovaherero and Ovambanderu nicht an der Hosea Kutako Foundation beteiligt sind. Also die Interessen der Komunen werden durch die Six Royal Houses vertreten und nicht von der obengenannten Stiftung repräsentiert.

Anmerkung der Redaktion:
Die Übersetzung erfolgte durch die Redaktion aus dem Englischen.
Die durch die „Chief Hosea Kutako Foundation" überreichte Petition lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

4/ 98 April 1998

Mai 1997 bis April 1998 - Schlaglichter zum Vormarsch des deutschen Imperialismus:

Die Resignation bekämpfen!

Der deutsche Imperialismus ist an allen Fronten in der Offensive, das ist eine unbestreitbare Tatsache. Er scheint noch mehr als z.B. der französische Imperialismus „alles im Griff" zu haben. Im Kampf gegen Resignation und Defätismus muß herausgestellt werden: Es ist notwendig die Analyse der Offensive des deutschen Imperialismus durchzuführen. Aber eine solche Analyse muß verbunden werden mit der nicht schönfärberischen, sondern realistischen, die ganze Wahrheit aussprechenden Analyse der gerechten Kämpfe in Deutschland. Denn es gab und gibt Widerstand, - gerade auch gegen den Vormarsch der Nazis - es gab und gibt Kämpfe, zwar viel zu wenige und viel zu schwache. Aber gerade deshalb ist es um so wichtiger sie zu propagieren trotz all ihren Schwächen und Halbheiten, um daraus maximal lernen zu können, so daß der Kampf gegen den deutschen Imperialismus verstärkt werden kann!

Bundesregierung verweigert Reparationen gegenüber Nazi-Opfern aus Griechenland und gegenüber den Herero in Namibia!

Mit der Arroganz von Herrenmenschen hat die Bundesregierung zynisch auf vielfältige berechtigte Reparationsforderungen geantwortet. Hier nur zwei Beispiele:

Griechenland: „Reparationsforderungen sind 50 Jahre nach Kriegsende nicht mehr angebracht" - so lautete der Originalton der Bundesregierung im Herbst 1997 auf Reparationsforderungen aus Griechenland! Die gesamte Höhe der Reparationsforderungen Griechenlands mit Zinsen belaufen sich heute auf 70 Milliarden Dollar, lediglich 115 Millionen Dollar sind in den 60er Jahren gezahlt worden.[1] Dem deutschen Imperialismus ging es darum, international ein weiteres Mal ein Zeichen zu setzen, daß endlich Schluß sein müsse mit der „Beschmutzung der deutschen Ehre", was dazu dient, die Nazi-Verbrechen zu verharmlosen, den Nazi-Faschismus aufzuwerten, ja Stück für Stück zu rehabilitieren.

Namibia: Der Staatsbesuch des obersten Repräsentanten des deutschen Imperialismus Herzog in Namibia im März 1998 war ein direkter Schlag ins Gesicht des Volkes der Herero, die Opfer des Völkermords der deutschen Kolonialarmee in den Jahren 1904 bis 1907 waren. Der deutsche Bundespräsident lehnte jegliche Entschädigungen und jegliche Entschuldigung strikt ab, ja weigerte sich, die Vertreter des Volkes der Herero zu empfangen. Das Ziel von Herzogs Reise war in der Tat auch ein ganz anderes. Dem deutschen Imperialismus ging es darum, die reaktionären Beziehungen zu dieser ehemaligen deutschen Kolonie zu verstärken, insbesondere zu den 30.000 „Deutschstämmigen", die weitgehend die Rolle einer „5.Kolonne" des deutschen Imperialismus haben, um dessen Hegemonialinteressen dort voranzutreiben.

NATO-„Osterweiterung" im Bundestag ratifiziert: Der deutsche Imperialismus baut seine Vormachtstellung in Osteuropa auch mit Hilfe der NATO immer weiter aus!

Im März 1998 wurde der NATO-„Osterweiterung" nach Polen, Ungarn und Tschechien hochoffiziell im Bundestag zugestimmt.[2] Daß das nur ein Anfang sein soll, betonte Rühe schon im Mai 1997: Im Jahr 2000 soll Rumänien, Bulgarien und Slowenien folgen. Mit der „Ost und Südosterweiterung" von EU und NATO soll die Stationierung von Bundeswehreinheiten in Polen, in der Tschechischen Republik, in der Slowakei, in Ungarn und danach in anderen Ländern erfolgen, es soll der direkte, auch militärische Griff nach Ost- und Südosteuropa sowie nach anderen „Euro-Regionen" vorbereitet und vorangetrieben werden. In Polen und in der Tschechischen Republik führt die Bundeswehr bereits Militärmanöver durch, die slowenische Armee wird nach Grundsätzen und mit Hilfe der Bundeswehr aufgebaut.[3] Ob mit der Einführung des „Euro", der nun auch höchstrichterlich vom BVG als „mit dem Grundgesetz übereinstimmend" legitimiert wurde, oder mit der NATO-Ost- bzw. Südosterweiterung - der deutsche Imperialismus nutzt diese Projekte, um seine Vormachtstellung in Europa weiter auszubauen, um seine Expansionspolitik noch besser durchführen zu können.

Deutsche „Normalität": Bundeswehrsoldaten mit Hitlergruß im Kriegseinsatz in anderen Ländern!

Die ständige Kriegspropaganda des deutschen Imperialismus - wie z.B. während des „Hochwassereinsatzes" der Bundeswehr an der Oder im Sommer 1997 - hat Wirkung gezeigt: Die Stationierung von Bundeswehrsoldaten in Ex-Jugoslawien und in anderen Ländern ist zur deutschen „Normalität" geworden, gegen die es so gut wie keinen Protest gibt. Rühe betonte öffentlich, daß die Bundeswehr in Bosnien bleiben werde, verkleinert als Spezialtruppe, die mit dem „Euro-Fighter" ausgerüstete werden wird![4] Es ist schon „normal", daß ***deutsche Soldaten mit dem Hitlergruß im Kriegseinsatz*** sind, wie z.B. in Bosnien als Teil der SFOR-Truppen. Im Oktober 1997 grölten Soldaten der Bundeswehr mit Ustascha-Faschisten öffentlich das nazistische „Horst-Wessel-Lied".[5] Offiziere des deutschen SFOR-Kontingents bezeichneten albanische Soldaten als „Scheißjuden".[6]

Das Ausmaß nazistischer Erziehung und nazistischen Einflusses in der Bundeswehr am Beispiel des sogenannten „Bundeswehrskandals"

Wie weitgehend die Bundeswehr die Nazi-Organisationen auch materiell unterstützt, ihre Soldaten und Offiziere ideologisch und „praktisch" nazistisch erzogen werden und wie weitgehend Nazis in der Bundeswehr ihren Einfluß und ihre Strukturen ausgebaut haben und weiter ausbauen - das zeigte der sogenannte „Bundeswehrskandal", der ja nur die wirklich nicht mehr zu verschleiernden Tatsachen zum Vorschein brachte, also die Spitze des Eisberges.

Hier nur einige der wichtigsten Punkte: Ein führender Nazi-Kader, Roeder, war 1995 Referent an der Bundeswehr-Führungsakademie.[7] Roeders nazistisches „Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk" bekam drei Bundeswehr-LKWs geschenkt, die nach Rußland geschafft worden sind.[8] Schon 1994 wurden ehemalige SS-Mitglieder in die Akademie eingeladen, ebenso bekam ein „SS-Kameradenwerk" zwei LKWs geschenkt.[9] Laut Angaben der REPs sollen 78 Offiziere und Feldwebel und 400 Soldaten REP-Mitglieder sein. Bekannt wurde auch, daß der Nazi-Versandhandel der DVU, in den Bundeswehrkasernen betrieben wird, um die Soldaten mit nazistischen Büchern, Zeitschriften und Videos zu versorgen.[10] Der Alltag der Bundeswehr ist mehr und mehr von Antisemitismus, der Erstellung von nazistischen Videos mit

S. 3/4: Chronologie der wichtigsten Anti-Nazi-Demonstrationen 1997/98

Flugblätter von „Gegen die Strömung" 1997/98 (Auswahl)

● Bekämpft das Zusammenspiel von Staat und Nazis gegen Kirchenasyl für Flüchtlinge! Solidarität! (Juli 1997)

● Entlarven wir die in blutiger Tradition stehenden Europa-Pläne des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus! Die deutsche „Neuordnung Europas" bekämpfen! (August/September 1997)

● Vor dreißig Jahren wurde Che Guevara von den Schergen des Imperialismus im Kampf ermordet! Kampf um das revolutionäre Erbe Ernesto Che Guevaras!, (Oktober/November 1997), 2 DM

● Aus dem beispielhaften Kampf der Erwerbslosen in Frankreich lernen! Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit und ihre kapitalistischen Ursachen aufnehmen! (Februar 1998)

● Solidarität mit den gerechten Entschädigungsforderungen des Volkes der Herero in Namibia! Der Völkermord der deutschen Imperialisten an den Herero wird weder vergeben noch vergessen! (März 1998)

Schein-Folterungen, Schein-Erschießungen, sowie Schein-Vergewaltigungen, geprägt, ja in ganzen Truppenteilen herrscht eine zutiefst nazistische Atmosphäre vor, die auch dazu führt, daß immer wieder Bundeswehrsoldaten nazistische Angriffe auf der Straße gegen diejenigen durchführen, die sie als „undeutsch" bezeichnen, wie z.B. im Sommer 1997 in Detmold, als Soldaten der Rommel-Kaserne (benannt nach dem Nazi-General Erwin Rommel!), Freiwillige für den Einsatz der Bundeswehr in Bosnien, Jagd auf Menschen machten, die sie als „Ausländer" bezeichneten.[11] Dieses „praktische Training" auch in Deutschland dient dazu die Soldaten für ihre kommenden „Aufgaben" im Kriegseinsatz „vorzubereiten", ja es geht darum, daß sie heute schon diese „Praktiken" während ihrer Kriegseinsätze immer öfter „anwenden". Es geht darum die deutschen Soldaten zu deutschen Herrenmenschen zu erziehen, die keine Gnade kennen, um die Ziele der deutschen Imperialisten auch militärisch durchzusetzen!

Die Nazi-Banden werden gestärkt, indem ihre Kader militärisch in der Bundeswehr ausgebildet werden, vor allem auch bei den Kriegseinsätzen im Ausland wie z.B. in Kroatien und Bosnien, indem ihr ideologischer und personeller Einfluß im Staatsapparat des deutschen Imperialismus weiter ausgebaut wird und nicht zuletzt auch durch die materielle militärische Unterstützung durch Kriegsgerät.

Weitere Verschärfung der mörderischen Abschiebepolitik des deutschen Imperialismus!

Auch in den vergangenen 12 Monaten sind Tausende von Flüchtlingen aus der mörderischen Abschiebehaft oder direkt an den deutschen Grenzen vom deutschen Polizeiapparat abgeschoben worden, viele Flüchtlinge direkt in reaktionäre Staaten, ja gezielt und geplant direkt ins Gefängnis dieser Staaten, was oftmals Folter, ja Mord für sie bedeutete! Der Tod von Flüchtlingen auch in Deutschland wird durch diese gesamte Atmosphäre des Terrors, vor allem auch durch die mörderische Abschiebehaft, systematisch vorbereitet. In der Abschiebehaft sind ständig ca. 3500 Flüchtlinge unter schlimmsten Haftbedingungen bis zu ihrer Abschiebung eingesperrt. Seit 1993 haben sich 39 Flüchtlinge in Haft aus Angst vor Abschiebung selbst getötet. Am 5.8.1997 hat sich ein Mann aus Rumänien in Oldenburg aus Angst vor Abschiebung in einem Fluß ertränkt. 14 Flüchtlinge sind bei versuchten Selbstötungen schwer verletzt worden. 73 Flüchtlinge wurden bei der versuchten Einreise nach Deutschland, mehrere Flüchtlinge bei Abschiebungen getötet.[12]

„Grenzen dicht" - mit dieser Parole hat es der deutsche Imperialismus geschafft, daß 1997 nur 104.000 Flüchtlinge Asyl beantragten, 10% weniger als 1996.[13] Als Mittel für die Abschottung Deutschlands dient nicht nur die faktische Abschaffung des Asylrechts, sondern auch in immer größerem Ausmaß die brutale Menschenjagd von BGS und reaktionären Bürgerwehren vor allem an der polnischen Grenze: Seit 1990 haben allein diese Bürgerwehren 160 Flüchtlinge gefangengenommen und dem BGS übergeben.[14]

Neue ***reaktionäre Gesetze gegen „Ausländer"***, die im Juli 1997 verabschiedet wurden, erleichtern weitere Abschiebungen: Eine Abschiebung ist jetzt legal möglich bei Verurteilung zu 3 Jahren Haft. Wegen Landfriedensbruchs ohne Bewährung verurteilte Menschen ohne deutschen Paß werden gezwungen auszureisen, die Ausweisung von „Ausländern" soll in der Regel, bei Teilnahme an einer verbotenen oder aufgelösten Demonstration, durchgeführt werden.[15] Ein ***neues „Asylbewerberleistungsgesetz"***, das im Juni 1997 verabschiedet wurde, führt dazu, daß mehreren hunderttausend Flüchtlingen jegliche soziale Leistungen gestrichen werden.[16] Allen Flüchtlingen wird ein Leben unter Sozialhilfeniveau verordnet! Das eh schon unerträgliche Leben der Flüchtling in Deutschland wird dadurch noch unerträglicher.

Politische Stellungnahmen zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Kommunismus in Flugblättern und Plakaten von „Gegen die Strömung"

1989/90, 78 Seiten, 8 DM
1991/92, 82 Seiten, 8 DM
1993/94, 117 Seiten, 10 DM
1995/96, 170 Seiten, 15 DM

Der Polizeistaat marschiert!

Die staatliche Faschisierung richtete sich außer gegen die Flüchtlinge vor allem auch gegen die demokratischen und revolutionären Kräfte, um Widerstand und Kampf gegen die imperialistischen Projekte schon im Keim zu ersticken.

Am 11.6.1997 durchsuchten 500 Polizisten, mehrere Häuser und Wohnungen in Berlin, in der größten Durchsuchungsaktion in Berlin nach 1945, um die Zeitschrift „Interim" zu zerschlagen.[17] Diese Aktion ist eine ***Drohung an alle demokratischen und revolutionären Zeitungsprojekte.***

Der Freispruch des Polizisten, der Halim Dener am 1. Juli 1994 durch einen gezielten Schuß in den Rücken erschossen hat, im Juni 1997[18] muß als Freibrief für alle Polizisten zum gezielten Todesschuß, als Drohung an alle demokratischen und revolutionären Kräfte ernst genommen werden!

Massive Bürgerkriegsmanöver wie beim Castor-Transport nach Ahaus am 20.3.1998 mit 30.000 Polizisten wird zur „Normalität". Gegen die insgesamt 20.000 Demonstranten, die auch militante Aktionen wie Gleisunterhöhlungen und Schienenblockaden durchführten, wurden Wasserwerfer, Schlagstöcke und Polizeihunde eingesetzt, 500 Demonstranten wurden festgenommen.[19] Anti-Nazi-Demonstrationen werden immer öfter verboten, massives Polizeiaufgebot von mehreren Tausend Polizisten, massenhafte Durchsuchungen und Festnahmen sind eigentlich inzwischen bei jeder Anti-Nazi-Demonstration die Regel.

Der ***„Große Lauschangriff"*** erleichtert das eh schon massenhafte Abhören durch bessere juristische Absicherung. Das Abhören wird für 50 „Straftaten" legalisiert und bei Verdacht für weitere „Straftaten" u.a. auch bei „illegaler Einschleusung von Ausländern",[20] was sich massiv auch gegen die Flüchtlinge und ihre Unterstützer richtet.

Deutsche „Normalität": Nazi-Morde, alltäglicher brutaler Nazi-Terror und eine steigende Zahl von Nazi-Demonstrationen unter dem Schutz der deutschen Polizei!

Alltäglicher Nazi-Terror durch gezielte Mordanschläge, Brandanschläge, Verwüstungen von jüdischen Friedhöfen und Synagogen, Nazi-Schmierereien und andere nazistische Aktionen gehört seit Jahren zur „deutschen Normalität". 1997/1998 kam es zu einer weiteren Steigerung des Nazi-Terrors: Allein im zweiten Quartal von 1997 registrierte selbst das BKA 216 antisemitische Taten, wobei es 2 Verletzte gab.[21] Allein in Sachsen spricht das LKA von 1460 „rechtsorientierten Delikten, 1996 waren es noch 960.[22] Insgesamt wird aus Quellen des deutschen Bundestags von 2800 rassistischen und antisemitischen Straftaten ausgegangen, mit dutzenden von Verletzten - die Nazi-Aktionen in der Bundeswehr und die Angriffe gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten, Punks, Obdachlose etc. nicht mitgezählt.[23] Folgende in den letzten 12 Monaten dokumentierten *Nazi-Morde* sind uns bekannt:

> ***Ein 42 jähriger Vietnamese stirbt im Mai 1997 an den Folgen eines Nazi-Mordanschlags.***[24]
>
> ***Ein 45 jähriger Mann aus Potzlow wird am 23.8.1997 von Nazis mit Baseballschlägern ermordet.***[25]
>
> ***Der 59 jährige Josef Anton Gera aus Bochum wird am 14.10.1997 durch Fußtritte und durch Schläge mit einem Eisenrohr von mehreren Nazis ermordet.***[26]
>
> ***Die Antifaschistin Jana Georgi wird am 26.3.1998 in Saalfeld von einem Nazi durch mehrere Messerstiche in den Hals ermordet.***

Daß diese Zahlen die wirkliche furchtbare Realität nicht wiedergeben ist klar. Die im Zusammenspiel von Polizei, Staatsanwaltschaft und bürgerlichen Medien verschleierten Nazi-Morde,

Nazi-Anschläge und nazistischen Aktionen gehen mit Sicherheit nochmal in die Hunderte!

Seit die Nazis im März 1997 in München den größten Nazi-Aufmarsch seit 1970 mit 5000 Nazis gegen die Wehrmachtausstellung im Bündnis mit der CSU unter Polizeischutz durchführen konnten, obwohl 10.000 antifaschistische Demonstrantinnen und Demonstranten dies versuchten zu verhindern, haben die Nazis immer öfter zu einer neuen Taktik gegriffen: Sie organisieren nahezu monatlich ***nazistische Demonstrationen*** mit mehreren hundert Nazis. Dabei spielt die NPD und ihre Jugendorganisation JN eine entscheidende Rolle, die durch die Aufnahme vieler neuer Mitglieder vor allem aus den verbotenen Nazi-Organisationen, zahlenmäßig und von ihrem Einfluß bei nazistisch beeinflußten Jugendlichen zu einer der wichtigsten Nazi-Organisationen wurde.

Bei dieser Nazi-Taktik geht es vor allem um folgendes: Erstens geht es darum zu versuchen, antifaschistische Kräfte zu zermürben, zweitens geht es darum Nazi-Aufmärsche auf der Straße als „Normalität" durchzusetzen als weiteren Schritt in der Aufwertung der Nazi-Organisationen, drittens zielen diese Nazi-Demonstrationen unter dem deutsch-chauvinistischen Motto „Den Deutschen die deutschen Arbeitsplätze" oder „Gegen Drogen" darauf ab, für die nächste Bundestagswahl die NPD und andere Nazi-Parteien wie die REPs oder die DVU als „rechte Alternative" zur CDU/CSU hoffähig zu machen, um als nächste Etappe in den Bundestag einzuziehen.

Kämpfe gegen Imperialismus und Reaktion in anderen Ländern

◆ 3000 Gefangene in ***Bolivien*** kämpften 1997 für bessere Haftbedingungen. In ***Honduras*** wurden im August 1997 bewaffnete Gefängnisaufstände von mehreren Tausend Gefangenen durchgeführt. Ein Ziel war es, aus den Gefängnissen zu fliehen, was auch mehreren Hundert Häftlingen gelang (jW, 15.8.1997). Auch in ***Brasilien*** gab es im Juli 1997 bewaffnete Aufstände in mehreren Gefängnissen; Militär mußte gegen die kämpfenden Gefangenen eingesetzt werden, mehrere Gefangene wurden ermordet (taz, 23.7.1997). Faschistische Banden ermordeten politisch führende Genossinnen und Genossen der zunehmenden Massenkämpfe der landlosen Bauern in Brasilien.

Trotz Massaker der mexikanischen Armee in Chiapas gab es in ***Mexiko-City*** Demonstrationen von mehreren Zehntausend gegen das reaktionäre mexikanische Regime.

◆ Der schon jahrzehntelang geführte Guerillakampf in ***Kolumbien*** dauert unvermindert an und konnte trotz brutalstem reaktionärem Terror nicht vernichtet werden. Mehrere Tausend Guerilleros kämpfen nach wie vor bewaffnet gegen das reaktionäre kolumbianische Regime.

◆ Der bewaffnete Befreiungskampf des tamilischen Volkes auf ***Sri Lanka*** reißt nicht ab. Immer wieder greifen tamilische bewaffnete Kräfte die reaktionäre Armee militärisch an, z.B. im Juni, Juli und August 1997, wobei auch die reaktionäre Armee schwere Verluste hinnehmen mußte (jW, 4.8.1997).

◆ In ***China*** gibt es neue Massenproteste gegen das polizeistaatlich-revisionistische chinesische Regime: Im Juli 1997 demonstrierten über 100.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die weit verbreitete staatliche Korruption. 100 Demonstranten wurden bei Kämpfen mit staatlichen bewaffneten Kräften verletzt, 81 wurden festgenommen (jW, 18.7.1997).

◆ Die immer wiederkehrenden mächtigen Kämpfe und Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Ländern Afrikas reißen auch 1997/98 nicht ab, wie z.B. der Streik der Ölarbeiter in ***Nigeria*** im Oktober 1997 oder die militante Demonstration von 15.000 Minenarbeitern in Johannesburg/***Südafrika*** für höhere Löhne im Februar 1998 zeigte, bei dem das reaktionäre südafrikanische Regime mit Blendgranaten und Plastikgeschossen gegen die Minenarbeiter vorging (FR, 25.2.1998).

◆ 10.000 Bergarbeiter in ***Spanien*** (Asturien) führen seit Dezember 1997 einen zum Teil militanten Streik durch.

◆ In ***Frankreich*** entstand eine kämpferische Erwerbslosenbewegung, die in engem Zusammenhang vor allem mit der fortschrittlichen Flüchtlings- und Jugendbewegung, sowie mit fortschrittlichen Bauernorganisationen ihren Kampf führte und führt.

Der Kampf gegen die Nazis, der Kampf gegen den Abschiebeterror und der Kampf der Erwerbslosen

Es muß als erstes festgestellt werden: Gegen viele reaktionäre Vorstöße des deutschen Imperialismus wie vor allem seine Kriegspropaganda, die Kriegseinsätze der Bundeswehr sowie seine Verweigerung von Reparationen hat es so gut wie keine Proteste, geschweige denn Widerstand gegeben. Es herrscht ein erschreckender „Gewöhnungseffekt" gegenüber dieser „deutschen Normalität" vor, auch bei den sich als demokratisch und revolutionär verstehenden Kräften. Das ist die traurige Realität.

Es muß jedoch auch festgestellt werden: Gegen andere reaktionäre Vorstöße des deutschen Imperialismus - insbesondere gegen den Vormarsch der Nazis - sowie gegen die immer weiter vorangetriebene Verelendung der Werktätigen, der steigenden Zahl an Erwerbslosen, die insgesamt ca. 7 Millionen (4,8 Millionen der offiziellen Statistik und noch 2 Millionen, die durch die offiziellen staatlichen Statistiken nicht berücksichtigt werden) beträgt, entwickelten sich hingegen Kämpfe und Widerstand.

Es gab nur sehr wenige ***Warnstreiks der Arbeiterinnen und Arbeiter*** um Lohnerhöhungen sowie vereinzelte Streiks in kleineren Betrieben. Die Zahl der Streikenden ist gegenüber dem Vorjahr massiv zurückgegangen. Die Bourgeoisie hatte Hand in Hand mit ihren DGB-Fürsten an diesem Punkt in den letzten 12 Monaten die Lage wirklich weitgehend „im Griff".

Der Kampf der Studentinnen und Studenten für bessere Ausbildungsbedingungen erreichte am 27.11.1997 in Bonn seinen Höhepunkt mit der Demonstration von 40.000, wo mehrere Hundert Studenten und Studentinnen versuchten in die Bannmeile einzudringen und es auch zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. Am 4.12.1997 waren bundesweit 100.000 auf der Straße, Straßenblockaden wurden durchgeführt.[27]

Gegen die mörderische Abschiebepolitik gab es trotz der vielen gezielten Nazi-Anschläge gegen Kirchen und trotz vieler Polizeieinsätze gegen Kirchengemeinden, die Flüchtlinge vor Abschiebung schützen, wichtige öffentliche Aktionen durch antirassistische „Kirchenasyl"-Gruppen. Die Aktion „Kein Mensch ist illegal" wird von vielen fortschrittlichen Organisationen unterstützt, ihr Motto lautet: Flüchtlinge notfalls auch verstecken.[28]

Auch in Deutschland sind - angelehnt an die Erwerbslosenbewegung in Frankreich - ***Ansätze zu einer Bewegung der Erwerbslosen*** entstanden. Am 5.2.1998 protestierten mehr als 50.000 Erwerbslose in 100 Städten vor Arbeitsämtern mit Demonstrationen, mit Besetzungen von Arbeitsämtern, wie z.B. in Oldenburg und Berlin.[29] Im März 1998 wurde der Aktionstag wiederholt, der nun monatlich stattfinden soll.

Am Widerstand gegen den Castor-Transport beteiligten sich 20.000 Menschen.

Von besonderer Bedeutung ist die Kontinuität und Fülle der ***Kampfdemonstrationen gegen den Vormarsch der Nazis***. Diese haben sich vor allem gegen die öffentlichen Nazi-Aufmärsche, Nazi-Veranstaltungen und -Parteitage gerichtet. Um die Bedeutung und Energie, die positive Entwicklung der Anti-Nazi-Bewegung in Deutschland herauszustellen, soll eine ausführliche ***Chronologie der wichtigsten Anti-Nazi-Demonstrationen*** vorgestellt werden:

- 14.6.1997: 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrieren in Berlin gegen einen Aufmarsch von 600 Nazis.[30]
- 21.6.1997: 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrieren gegen eine nazistische Sonnenwendfeier in Hetendorf auf einem Nazi-Gelände; 1000 Polizisten schützen die Nazis.[31]
- 20.7.1997: Mehrere hundert Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren in Wehr (Südbaden) gegen einen Parteitag der REPs. 270 Polizisten sind zum Schutz der Nazis im Einsatz.[32]
- Juli 1997: 700 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren gegen eine geplante Nazi-Kundgebung, die unter dem Motto „Kirchenasyl wieder Gesetz und Recht" stattfinden sollte. Die Nazi-Kundgebung fand daraufhin nicht statt.
- 16.8.1997: 450 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren in Bergisch Gladbach gegen ein JN-Zentrum.
- 13.9.1997: 4000 Antifaschisten und Antifaschistinnen verhindern in Hamburg einen Nazi-Aufmarsch der NPD; 2000 Polizisten sind im Einsatz gegen die Anti-Nazi-Demo.[33]
- 27.9.1997: 450 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren in Passau gegen den DVU-Parteitag, der mit 3000 Nazis in der Nibelungenhalle stattfindet. 2000 Polizisten schützen die Nazis.[34]
- 24.1.1998: 1200 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren gegen den Aufmarsch von 1200 Nazis, der sich gegen die Wehrmachtausstellung richtet; 3000 Polizisten schützen den Nazi-Aufmarsch.[35]
- 31.1.1997: 600 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren gegen den Aufmarsch von 150 Nazis, teilweise militant mit Straßenblockaden in Lübeck. 82 Antifaschisten und Antifaschistinnen werden festgenommen, 600 Polizisten sind im Einsatz.[36]
- 7.2.1998: 2500 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren gegen über 3500 Nazis, die einen NPD-Kongreß in Passau abhalten.

Die Nazis ziehen unter massivem Polizeischutz durch die Straßen.[37]

- 14.3.1998: 2000 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren teilweise militant in Lübeck gegen 300 aufmarschierende Nazis, die von 1200 Polizisten den Weg frei geknüppelt bekommen. 500 Anti-Nazi-Demonstranten werden festgenommen.[38] 2500 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis in Saalfeld. 3000 Polizisten sind gegen die Anti-Nazi-Demonstrantinnnen und -Demonstranten im Einsatz, allein 500 Polizisten schützen den Nazi-Aufmarsch, 135 Antifaschisten und Antifaschistinnen werden festgenommen. In Neustrelitz demonstrieren 300 Antifaschisten und Antifaschistinnen gegen 200 Nazis, die durch die Straßen ziehen und von der Polizei geschützt werden.[39]

Weitere wichtige Anti-Nazi-Demonstrationen, die sich nicht unmittelbar gegen Nazi-Aufmärsche richteten, sondern gegen den alltäglichen Nazi-Terror, waren:

- 9.10.1997: 7000 Polizisten verhindern eine Anti-Nazi-Demonstration in Saalfeld, die sich gegen die Nazi-Aktivitäten in der Nazi-Hochburg Saalfeld richten sollte, über 400 Antifaschisten und Antifaschistinnen werden festgenommen. 300 Antifaschisten und Antifaschistinnen blokkierten zeitweilig aus Protest gegen den Polizeiterror die A 9 bei Eisenberg, 300 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren in Erfurt, 600 in Leipzig gegen den Polizeiterror.[40]

- November 1997: 1000 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren zum Gedenken an den Nazi-Mord an Silvio Meier in Berlin. Die Polizei behindert mit einem Großaufgebot die Demonstration.[41]

- 8.2.1998: 1000 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren zum ersten Todestag von Frank Böttcher in Magdeburg, der von Nazis ermordet wurde. Es kommt zu militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei.[42]

- 28.3.1998: 1500 Antifaschisten und Antifaschistinnen demonstrieren am 28.3.1998 gegen den Nazi-Mord an Jana Georgi in Saalfeld.

So positiv und unterstützenswert die Anti-Nazi-Bewegung (und natürlich auch die Aktionen und Kämpfe gegen den Abschiebeterror) sind, darf jedoch folgendes nicht übersehen werden:

Die Anti-Nazi-Bewegung und die Bewegung zur Unterstützung der Flüchtlinge muß in der nächsten Zeit durch systematische, eigenständige Recherche Informationen über die Nazi-Opfer und die Opfer der mörderischen staatlichen Abschiebepolitik zentral sammeln, auswerten und den demokratischen und fortschrittlichen Kräften zur Verfügung stellen. Es geht darum die Lügen, das systematische Verschweigen und Vertuschen dieses Staates und seiner bürgerlichen Medien aufzudecken und zu entlarven! Die Nazi-Opfer und die Opfer der mörderischen Abschiebepolitik des deutschen Imperialismus dürfen nicht vergessen werden!

Ob dies gelingt oder nicht, hängt auch in großem Maße damit zusammen, weitergehende Kampfperspektiven in den Blick zu nehmen und zu diskutieren.

Verbindung aller Tageskämpfe zu einem einheitlichen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und die Perspektive der proletarischen Revolution

Es gibt innerhalb Deutschlands vor allem folgende große tagespolitische Aufgaben:

Den ***Kampf gegen die*** zunehmend stärker werdenden ***internationalen ökonomischen, politischen und militärischen Großmachtaktivitäten des deutschen Imperialismus,*** Militarismus und Revanchismus.

Kampf gegen die Politik des deutschen Chauvinismus: Als angebliche Ursache für die zunehmende Verelendung wird vom deutschen Staat, seinen Parteien, den bürgerlichen Medien und den Nazis der deutsche Chauvinismus in allen Varianten hochgezogen. Das „nationale Projekt heißt - nach innen gerichtet - „Ausländer rausekeln", „Ausländer abschieben", „Abschrecken" durch Polizei, Mord, Totschlag und Brandstiftung sowie tägliche juristische Schikane. Verschiedene Abteilungen, die sich manchmal in die Quere kommen, arbeiten daran: Staatsanwälte, Richter, Medien, Polizei, politische Parteien, Nazis usw. Große Teile der deutschen Bevölkerung werden so chauvinistisch verseucht.

Gegen die Faschisierung des Staatsapparates: Um mögliche und wirkliche Gegenwehr gegen die soziale Verelendung und das nationale Projekt „Ausländer jagen" schon im Ansatz zu verhindern, werden alle konsequent gewerkschaftlich, demokratisch und revolutionär kämpfenden Gruppen von einem sich zunehmend faschisierenden Staatsapparat überwacht, mit Polizeiterror verfolgt, mit Gefängnis und Verbot bedroht oder verfolgt. Gleichzeitig droht auch allen „Linken" zunehmend der Nazi-Terror.

Kampf gegen die nazistischen Organisationen und Gruppen: Der Kampf gegen die Nazis muß auf der Straße und gegen ihre Ideologie geführt werden.

> ***Doppelt und dreifach zurückschlagen, die wirkliche Solidarität mit allen von den Nazis Verfolgten durch sämtliche konsequent demokratischen Kräfte aller Nationalitäten organisieren - das ist eine der ersten und wichtigsten Tagesaufgaben!***

Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung: Das Ausmaß der Erwerbslosigkeit, der absoluten Verelendung, der Armut vergrößert sich, die Ausbeutung verschärft sich in wachsendem Tempo und fordert den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter, den Kampf aller ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen.

Die Verstärkung und Radikalisierung, ja die Verbindung all dieser Kämpfe zu einem einheitlichen militanten demokratischen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und all seiner Abteilungen muß gegen die Abwiegelei der opportunistischen Kräfte angepackt werden. Doch dabei darf nicht stehen geblieben werden.

Die Ursachen für Ausbeutung, Faschisierung, Nazismus und Erwerbslosigkeit liegen im kapitalistischen System selbst. Deshalb geht es darum für ***die Vorbereitung der proletarischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung*** zu kämpfen, die demokratischen Kämpfe in diesen Kampf ein- und ihm unterzuordnen. Heute ist vor allem der ***Kampf um den Aufbau einer Revolutionären Kommunistischen Partei*** entscheidend, die die nötige Bewußtheit und Organisierung in die Arbeiterklasse hineinträgt. Denn nur so kann *dort* die Kraft, der Haß und die Entschlossenheit entstehen, um das gesamte verfluchte System des deutschen Imperialismus in der bewaffneten, proletarischen Revolution zu vernichten!

Quellen

[1] taz, 1./2.11.1997, [2] FR, 27.3.1998, [3] FAZ, 3.5.1997, [4] taz, 13.10.1997, [5] FR, 6.10.1997, [6] junge Welt (jW), 19.2.1998, [7] FR, 8.12.1997, [8] FR, 11.12.1997, [9] taz, 16.1.1998, [10] jW, 19.2.1998, [11] Antifaschistisches Info-Blatt Nr. 42, S. 9, [12] FR, 5.8.1997, [13] jW, 14.1.1998, [14] FR, 6.3.1998, [15] jW, 5.7.1997, [16] jW, 7./8.2.1998, [17] taz, 13.6.1997, [18] FR, 28.6.1997, [19] FR, 21.3.1998, [20] jW, 7./8.3.1998, [21] taz, 22.8.1997, [22] jW, 16.1.1998, [23] jW, 28.2.1998, [24] taz, 6.5.1997, [25] jW, 15.1.1998, [26] taz, 24.10.1997, [27] FR, 5.12.1997, [28] FR, 16.10.1997, [29] taz, 6.2.1998, FAZ, 10.2.1998, [30] Antifaschistisches Info-Blatt 40/1997, S. 30/31, [31] FR, 22.6.1997, [32] FR, 21.7.1997, [33] taz, 15.9.1997, [34] „Die Rote Hilfe", 1/1998, S. 13, [35] Rechter Rand, Nr. 51, S. 17/18, [36] jW, 2.1.1998, [37] jW, 9.2.1998, [38] FR, jW, 18.3.1998, [39] FR, 18.3.1998, jW, 16.3.1998, [40] jW, 13.10.1997, [41] jW, 24.11.1997, [42] jW, 9.2.1998.

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mitttwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

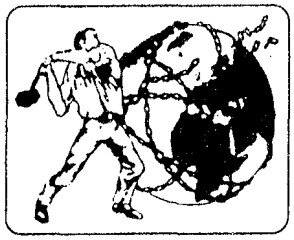
Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung" sind u. a. erhältlich:

*In **Berlin:** Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5; M 99, Manteuffelstr. 96; Nachladen, Waldemarstraße 36; in **Bonn:** Antiquariat W. Marrow, Breite Straße 52; in **Braunschweig:** Antifacafé, Cyriaksring 55; in **Dortmund:** Buchladen Taranta, Humboldtstraße 54; in **Duisburg:** Antiquariat, Pulverweg 33b; in **Frankfurt:** Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4; in **Freiburg:** Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15; in **Göttingen:** Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; in **Hamburg:** Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, in **Hannover:** Internationalismus Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; in **Karlsruhe:** Der andere Buchladen, Marienstr. 15; in **Kiel:** Buchladen Zapata, Jungfernsteg; in **Köln:** Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; in **München:** Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41- 43; in **Nürnberg:** Libresso Buchhandlung, Peter-Vischer-Str. 25.*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

5/98 Mai 1998

Leipzig, 1. Mai 1998:

Militanter Kampf - der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!

Die nazistische NPD hatte für den 1. Mai eine Demonstration in Leipzig angekündigt. Der NPD gelang es in diesem Jahr mit 5.000 bis 6.000 Nazis unter dem Schutz der Polizei vor dem sogenannten „Völkerschlachtdenkmal" aufzumarschieren und ihre Kundgebung abzuhalten. Doch das ist nur die eine Seite der Sache. Den militanten antifaschistischen Kräften gelang es im Kampf gegen Polizei und Nazis zu verhindern, daß das Nazi-Pack ihren geplanten Marsch durch die Straßen von Leipzig durchführen konnte. Durch diesen militanten Kampf der antinazistischen Kräfte gelang es auch, vor der Weltöffentlichkeit das Zusammenspiel von deutschem Staatsapparat und den Nazis aufzudecken und anzuprangern.

Das Zusammenspiel von deutschem Staatsapparat und Nazis

Erste Etappe: Geschickt inszeniertes Verwirrspiel vor dem 1. Mai

Das Ordnungsamt der Stadt Leipzig hatte am 17. April die Nazi-Demonstration erstmals verboten. Argumentiert wurde dabei vor allem damit, daß nicht genügend Polizeikräfte vorhanden seien, um die Nazis vor den Gegendemonstranten zu schützen. Das Verwaltungsgericht Leipzig bestätigte am 27. April zunächst das Verbot. Das sächsische Oberverwaltungsgericht hob dieses Urteil am 30. April zumindest teilweise wieder auf: die Nazis dürften keine Demonstration durchführen, wohl aber eine Kundgebung vor dem Völkerschlachtdenkmal.

Daraufhin sprach die Stadt Leipzig ein zweites Verbot aus. Begründung: es gebe neue Erkenntnisse, daß mit noch mehr „gewalttätigen" Nazigegnern zu rechnen sei. Auch dieses Verbot wurde vom Verwaltungsgericht Leipzig aufgehoben. Nach dem dritten Verbot durch die Stadt Leipzig erlaubte am Morgen des 1. Mai das Verwaltungsgericht Leipzig endgültig die Nazi-Demonstration.[1]

Das Bundesverfassungsgericht bestätigte dann das Urteil des sächsischen Oberverwaltungs-

Militante Antifaschistinnen und Antifaschisten im Kampf mit der Polizei!

Solidarität mit den vom Polizeiterror bedrohten Antifaschistinnen und Antifaschisten!

Wir drucken hier die Presseerklärung der Roten Hilfe, Ortsgruppe Göttingen ab, die den Polizeiterror gegen 39 Antifaschistinnen und Antifaschisten anprangert und die juristische Rechtfertigung und den Vorwand für diesen Polizeiterror entlarvt:

Hausdurchsuchung beim Archiv der Roten Hilfe e.V. - Politische Verfolgung im Schafspelz der Strafverfolgung

Am Dienstag, den 12.5.98 durchsuchte die Polizei mehrere Wohnungen in Berlin, Hamburg, Göttingen, Passau, München, Nürnberg, Bielefeld und Mühlheim. Bei den Durchsuchungen wurden Computer, Disketten, Flugblätter und persönliche Unterlagen beschlagnahmt. Die Durchsuchungen richteten sich gegen 39 Antifaschistinnen und Antifaschisten, die eine „kriminelle Vereinigung" im Sinne des § 129 gebildet haben sollen. Hintergrund sind 100 angebliche Straftaten, die sich gegen Veranstaltungen politischer Gegner, staatlicher Einrichtungen und der Stadt Passau gerichtet haben sollen.

In Göttingen wurden unter anderem die Räume des Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7 durchsucht. Diese Durchsuchung galt unter anderem dem Archiv der Roten Hilfe e.V. Die Staatsanwaltschaft München wollte dort Mitgliederlisten der Ortsgruppe der Roten Hilfe e.V. (OG) Passau beschlagnahmen. Begründet wurde dies damit, daß die OG Passau ein Teil der Antifaschistischen Aktion Passau (AAP) sei. Die AAP soll eine kriminelle Vereinigung im Sinne des § 129 StGB darstellen.

Diese Begründung ist absurd und fadenscheinig. Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige und strömungsübergreifende Schutzorganisation für politisch Bedrängte und Verfolgte. Sollten Mitglieder der Antifaschistischen Aktion Passau zugleich Mitglieder der Roten Hilfe sein, so wäre dies nur verständlich, angesichts der hier erneut deutlich gewordenen Verfolgung von AntifaschistInnen durch den deutschen Staat.

Daraus kann jedoch in keinem Fall geschlossen werden, daß die OG Passau Teil der AAP ist. Eine Mitgliederliste der OG Passau ist für die Ermittlungen gegen die AAP ohne Belang.

Das Suchen nach einer solchen Liste zeigte dagegen, daß die Staatsanwaltschaft keinerlei Hinweise auf die angebliche „kriminelle Vereinigung" hat. Dafür wären zumindest Personen erforderlich, die der Begehung von Starftaten verdächtigt werden. Eben diese versucht die Staatsanwaltschaft nun bei der Roten Hilfe zu finden - eine Groteske, doch für die Rote Hilfe leider bitterer Ernst.

Wie schon in der Vergangenheit werden im Tarngewand der Strafverfolgung politisch mißliebige Personen eingeschüchtert und ihre Arbeit behindert. Die Rote Hilfe ist der Staatsanwaltschaft München offensichtlich bei ihren Machenschaften im Wege und wird gleich mit auf die schwarze Liste gesetzt.

Fortsetzung auf S. 2

Anti-Nazi-Demonstration in Solingen am 30.5.1998 zum 5. Jahrestag der Nazi-Morde! 12.00 Uhr, Alter Markt

Beilage: Kommunistische Positionen zum reaktionären „Völkerschlachtdenkmal"

Fortsetzung von S. 1

Der § 129 StGB ist dabei ein ideales Werkzeug für die Einschüchterer und Disziplinierer, sie müssen keine konkreten Straftaten mehr aufklären, sondern können sich ungeniert ihren Verschwörungsphantasien und ihrer Ausschnüffelei politisch Andersdenkender hingeben.

Musterbeispiel für derartiges Vorgehen ist im Übrigen das Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) in Göttingen, bei dem jahrelang Treffen gefilmt, Telefone abgehört und schließlich eine Großrazzia durchgeführt wurde. Bekanntes Ergebnis: Das Verfahren wurde eingestellt.

■ *Die Rote Hilfe protestiert gegen die Durchsuchungen* und behält sich rechtliche Schritte wie Dienstaufsichtsbeschwerde und Strafanzeige vor.

■ Die Rote Hilfe erklärt sich mit den betroffenen AntifaschistInnen solidarisch und wünscht ihnen Durchhaltevermögen und Mut, angesichts der staatlichen Verfolgung. Ihr seid nicht allein.

■ Zum Schutz der politischen Freiheit: der § 129 StGB muß abgeschafft werden!

■ Die Rote Hilfe Göttingen ruft zu einer Kundgebung *gegen die Durchsuchungen auf. Sie* findet am Samstag den 16.5.1998 um 12.00 Uhr auf dem Marktplatz (Gänseliesel) in Göttingen statt.

13.5.98

gerichts, das die Kundgebung am „Völkerschlachtdenkmal" erlaubte.[2] ***Somit hat das oberste Gericht in Deutschland den Naziaufmarsch genehmigt.***

So zeigte sich bei allem Hin und Her auch ganz praktisch, was theoretisch eh klar ist: der Staatsapparat des deutschen Imperialismus mit seinen Gerichten wird wie bisher so auch in Zukunft Schutzmacht der nazistischen Bewegung sein.

Zweite Etappe: Militante Straßenkämpfe gegen die Polizei, die die Nazis schützte!

Das Leipziger „Bündnis gegen Rechts", die Gruppen der Antifaschistischen Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO) und andere hatten mit der Parole „Nazi-Aufmarsch in Leipzig verhindern!" für den 1. Mai bundesweit nach Leipzig mobilisiert. Rund 5.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten waren diesem Aufruf gefolgt. Insgesamt waren am 1. Mai über 6.100 Polizisten in Leipzig im Einsatz, um den Aufmarsch der Nazis zu schützen. Schon während der Anreise gelang es einigen Antifaschistinnen und Antifaschisten, kleine Gruppen von Nazis anzugreifen und aufzulösen.[3]

Im Verlauf der militanten Kämpfe in Leipzig gegen die Nazis zeigte sich, daß nicht nur die deutsche Polizei gegen die Antifaschisten vorging. Es war von großer Bedeutung, daß die Anti-Nazi-Kräfte sich auch von drei Abwiegelmanövern nicht von ihrem Kampf abhalten ließen.

Erstes Ablenkungsmanöver: Es gelang in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai dem DGB, die nächtliche Besetzung des Platzes vor dem „Völkerschlachtdenkmal" nach einem Musik-Konzert, das etwa 10.000 Menschen besuchten, zu verhindern. Das war ein taktischer Nachteil, der den Nazis ihren Aufmarsch am 1. Mai erleichterte.

Zweites Ablenkungsmanöver: Am Morgen des 1. Mai startete der DGB aus Gründen der Abwiegelei seine traditionelle 1. Mai-Demonstration mit ca. 5.000 Teilnehmern um 9.00 Uhr von Connewitz aus zur offiziellen DGB-Kundgebung am Marktplatz, also weit weg vom „Völkerschlachtdenkmal", dem Aufmarschort der Nazis.[4] Die Opportunisten von PDS und MLPD entlarvten sich, indem sie lediglich an einer Kundgebung des DGB auf dem Leipziger Marktplatz teilnahmen, nicht aber am militanten Kampf gegen die Nazis. Diese Manöver wirkten schon weniger. Die Hälfte der Teilnehmer entfernte sich von der DGB-Kundgebung, um am militanten Kampf gegen die Nazis und die Polizei teilzunehmen.[5]

Drittes Ablenkungsmanöver: Angesichts der militanten Kämpfe kam es zu üblen abwieglerischen Durchsagen vom Lautsprecherwagen aus. So wurde von diesen Abwieglern betont, man sei ja nicht gegen die Polizei, sondern gegen die Nazis, die Polizei könne auf unserer Seite kämpfen, wenn sie die Uniform ausziehen würde, usw. Am übelsten war aber, daß behauptet wurde, alle Antifaschistinnen und Antifaschisten, die sich mit Steinen bewaffnen, seien Provokateure, denen man das Handwerk legen müsse. Solche Durchsagen stießen jedoch auf heftige Proteste, mehrere Menschen protestierten direkt am Lautsprecherwagen gegen diese verleumderischen und pazifistischen Durchsagen, die so - auch angesichts der Schlägertrupps der Polizei - keine durchschlagende Wirkung auf die militanten antifaschistischen Kräfte hatten.

Doch sowohl der massive Polizeiterror als auch diese und andere Abwiegelungsmanöver konnten den militanten Kampf nicht verhindern:

Zunächst gelang es der Polizei verschiedene Demonstrationszüge der antinazistischen Kräfte am Vormittag zu spalten und teilweise sogar zu zerstreuen. Doch immer wieder formierten sich neue kämpferische Demonstrationszüge auf dem Weg zur Nazi-Kundgebung am „Völkerschlachtdenkmal".

Immer wieder griffen die verstreuten Gruppen von mehreren hundert bis mehreren tausend Nazigegnerinnen und Nazigegnern die Polizeisperren militant an, die diese daran hin-

Von militanten Antifaschistinnen und Antifaschisten im Kampf gegen die Polizei errichtete brennende Barrikaden

35 Seiten, 4 DM

Zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main

Inhaltsverzeichnis

Neonazis ermorden 2 Frauen und 3 Mädchen aus der Türkei

Mörderischer Brandanschlag in Solingen
Solingen ist kein Einzelfall!
Weitere Mordversuche und Mordandrohungen

Der west/deutsche Staatsapparat und die Nazis Hand in Hand

Die wahren Brandstifter sitzen in Bonn!
Polizei, Bundesanwaltschaft und die bürgerlichen Medien arbeiten Hand in Hand an der Vertuschung und Verharmlosung des Nazi-Anschlags von Solingen

Protestaktionen gegen den Nazi-Anschlag von Solingen

Die antinazistische Selbsthilfe organisieren!
Widerstandsaktionen vom 29.5. bis zum 7.6. im Überblick

Anhang:
Die Nazi-Morde von Mölln und die Protestaktionen dagegen
Chronologie
Der Nazi-Terror geht weiter: Von rassistischen Anschlägen bis zu Pogromen!

Argumentieren, wo möglich, zuschlagen, wo nötig!

Angesichts des alltäglichen Nazi-Terrors und des weiteren Anwachsens der Nazi-Bewegung steht die massive Notwehr und der militante Kampf gegen die Nazi-Banden im Vordergrund. Mit Geschwätz und guten Worten, „Betroffenheit" weit ab von den Nazi-Überfällen läßt sich gar nichts ändern. Abwiegelei mit der Phrase „bloß keine Gewalt" sowie die reaktionäre Berichterstattung in den bürgerlichen Medien über erfolgreiche Anti-Nazi-Gegenwehr demokratischer und revolutionärer Kräfte sind gleichermaßen große Gefahren. Dieser Art von Druck darf auf keinen Fall nachgegeben werden. Gegenüber Nazis in Aktion gibt es keinen Spielraum für Diskussionen und Überzeugung, da heißt es handeln, mit aller Konsequenz und ohne jedes Mitleid mit diesen Mordbanden. Mit aller Kraft, überall, wo die Nazis auftreten, muß die Selbsthilfe gegen den Nazi-Terror organisiert werden!

Doch das allein reicht eben nicht. Überall wo Kämpfe gegen die Nazis geführt werden, zeigt sich recht bald, daß es auch notwendig ist, sich mit ihren dreckigen Argumenten, ihrer faschistischen Ideologie vom „Recht des Stärkeren" auseinanderzusetzen und sie zu bekämpfen. Dabei ist entscheidend: Die Ideologie der heutigen Nazi-Bewegung hat ihre Wurzeln in dem ganzen System der Nazi-Ideologie, die zwischen 1933 und 1945 offizielle Staatsdoktrin in Deutschland war und millionenfach verbreitet wurde. Bis heute sind deutliche Spuren der Nazi-Ideologie in den Köpfen großer Teile der deutschen Bevölkerung zu finden. Aber auch das greift noch zu kurz. So wie der Nazifaschismus nur eine bestimmte ***Form*** der Herrschaft des deutschen Finanzkapitals, des deutschen Imperialismus war, nämlich seine „offen terroristische Diktatur", so ist die Nazi-Ideologie im Grunde nur die ins Extreme gesteigerte Ideologie der deutschen Bourgeoisie, des deutschen Imperialismus: deutscher Chauvinismus - Rassismus - Antisemitismus - Antiziganismus - Antikommunismus.

Und so wie der deutsche Imperialismus die Kontinuität, die ungebrochene Tradition des Nazifaschismus verkörpert, herrscht seine verbrecherische Ideologie ebenso ungebrochen in allen Lebensbereichen - auch in den Köpfen der Masse der Werktätigen, der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Wer also einen wirklich konsequenten Kampf gegen die Nazis heute führen will, einen Kampf, der radikal ist, an die Wurzeln geht, der muß auch den deutschen Imperialismus selbst und seine Ideologie bekämpfen!

Deshalb geht es auch darum, in der Anti-Nazi-Bewegung wo immer möglich weitergehende Diskussionen zu führen über den revolutionären Kampf zum Sturz der deutschen Bourgeoisie in der proletarischen Revolution, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats über die gestürzte Bourgeoisie, ihre Nazis und sämtliche Reaktionäre als Instrument zur Vernichtung des Kapitalismus und für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus!

dern sollten, bis zum Denkmal vorzudringen. An vielen Stellen in Leipzig (vor allem in den Stadtteilen Stötteritz, Thonberg und Marienbrunn)[6] wurden Barrikaden errichtet und teilweise angezündet, wurden Polizeisperren mit Steinen, Flaschen Leuchtspurmunition und Feuerwerkskörpern angegriffen und oftmals auch durchbrochen, trotz Einsatzes von Wasserwerfern und Tränengas.

Am Nachmittag gelang es den meisten der in Leipzig anwesenden Nazigegnerinnen und Nazigegnern, sich auf der Prager Straße, in Sichtweite des Denkmals, zu versammeln. Am Denkmal hing, wie im Vorjahr, ein großes Transparent mit der Aufschrift „Nie wieder Faschismus". Der Weg zum Denkmal war auf der Höhe des alten Messegeländes durch mehrere Polizeiketten und Wasserwerfer versperrt. Noch kurz bevor die Mehrheit der Gegendemonstranten dort eintraf, hatte die Polizei einem verirrten Nazibus den Weg durch die Gegenkundgebung freigeprügelt.

Mit den nun anwesenden 4.000 bis 5.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten konnte die Kreuzung vollständig blockiert werden.

Bald darauf kam die Meldung, daß die Busse der Nazis durch das Osttor der alten Messe den Heimweg antraten. Nahezu alle Teilnehmer der Straßenblockade machten sich daraufhin auf den Weg zum Osttor, wo es erneut zu militanten Angriffen gegen die Nazis und gegen die Polizei, die die Nazis schützte, kam. Wie schon in der Nacht zum 1. Mai wurden auch nach dem Ende der Nazikundgebung immer wieder Nazi-Busse, -PKW und einzelne Nazigruppen angegriffen.

Dritte Etappe: Polizeiterror und Pressehetze nach der Anti-Nazi-Demonstration

Auf dem Rückweg von Leipzig nach Berlin wurden mehrere Busse gestoppt und 174 Leute festgenommen. Die Berliner Antifaschistinnen und Antifaschisten wollten nach den Demonstrationen in Leipzig am Abend noch an einer der revolutionären 1. Mai-Demonstrationen in Berlin teilnehmen. Zum Teil wurden sogar Leute, die es ohne Behinderungen durch die Polizei von Leipzig nach Berlin geschafft hatten, aus S-Bahnzügen heraus festgenommen. Nachdem die Demonstration in Berlin nach massiven Angriffen der Polizei für aufgelöst erklärt wurde, kam es auch in Berlin zu militanten Kämpfen. Im Laufe der Nacht wurden über 400 weitere Menschen festgenommen.

Die Polizei meldete am Abend des 1. Mai mehr als 90 in Leipzig verhaftetet Antifaschistinnen und Antifaschisten. Gegen acht von ihnen wurden Haftbefehle wegen „Landfriedensbruch" und „Widerstand gegen die Staatsgewalt" erlassen.[7]

Die bürgerliche Presse einigte sich auf die staatsoffizielle Doktrin, daß Nazis dasselbe seien wie Anti-Nazi-Demonstranten, „Links" dasselbe wie „Rechts", mit der altbekannten Konsequenz: Samthandschuhe für die Nazis, Justiz- und Polizei-Terror gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Militanter Kampf gegen die Nazis und weitergehende Perspektiven

So wichtig und unerläßlich der militante Kampf gegen die Nazis ist, er ist nicht der einzige: Unerläßlich bleibt es, über Ursachen des Nazismus und Perspektiven des Kampfes gegen seine Wurzeln zu diskutieren und Klarheit über Perspektiven des Kampfes gegen dieses Gesellschaftssystem, gegen den deutschen Imperialismus zu gewinnen.

Die Realität einer nazistischen Massenbewegung zeigt dabei, daß der Bürgerkrieg vorprogrammiert ist: Der Kampf für Sozialismus und Kommunismus wird nicht ein Kampf von 99,9% gegen 0,1% sein. Auch wenn es in langwierigen und schwierigen Kämpfen gelingen wird, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf gegen Nazismus und Kapitalismus zu gewinnen, für den revolutionären Kampf zu mobilisieren, werden die Kräfte der Konterrevolution nicht nur aus Bundeswehr, Polizei, Justiz und Presse bestehen. Es ist absehbar, daß auch eine nazifaschistische Massenbewegung in allen Phasen des Kampfes eine wichtige und blutige Waffe der Konterrevolution sein wird.

Schon heute wird sichtbar, daß die Nazi-Organisationen in für viele Illusionisten unvorstellbarem Umfang Waffen und Munition aller Art gebunkert haben, Übungen durchführen, ihre Kader in Bundeswehr und Polizei militärisch ausgebildet wurden und werden. Es ist für die Nazis nur eine taktische Frage, wann

Wasserwerferangriff gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten

und in welchem Umfang sie Gewehre, Maschinenpistolen und Granatwerfer einsetzen. Vorbereitet dazu sind sie schon heute. Die Liste ihrer Mordtaten ist heute schon so lang, daß eigentlich niemand daran zweifeln dürfte, daß die nazistische Bewegung zu Mord und Totschlag entschlossen und bereit ist. Dies ist ein wichtiger Aspekt für alle ehrlichen Kräfte, die wirklich gegen die Nazis kämpfen wollen.

Januar 1993, 2 Seiten, A 3

Februar 1997, 4 Seiten, A 3

April 1998, 4 Seiten, A 3

Flugblätter von „Gegen die Strömung" zu bestellen bei : Buchladen Georgi Dimitroff

★★★

Durch das Anwachsen der Nazi-Parteien, vor allem der DVU und der NPD, hat das Gewicht und die Bedeutung offen nazistischer Bewegungen in den letzten Jahren zugenommen. Für die Durchführung ihres nazifaschistischen Terrors können die Nazi-Organisationen in Deutschland und international auf ein immer weiter ausgebautes Netzwerk zurückgreifen, in dem die deutschen Nazis eine führende Rolle spielen.

Die Nazi-Banden und die Nazi-Parteien dürfen keinesfalls getrennt oder unabhängig vom Staatsapparat des deutschen Imperialismus betrachtet werden. In Wahrheit handelt es sich um ergänzende und flankierende Maßnahmen des deutschen Imperialismus im gesamten System seiner reaktionären Maßnahmen. Die Nazi-Parteien dienen dabei auch als „Vorreiter", als „Versuchsballons", um herauszufinden, wie weit sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse schon an offenere nazifaschistische Propaganda und Terror gewöhnt hat.

Die nazifaschistischen Stoßtrupps werden vom deutschen Staatsapparat gefördert, unterstützt und in Schutz genommen. Sie werden sogar gezielt gegen antifaschistische und revolutionäre Kräfte direkt und indirekt eingesetzt. Gerade durch die Unberechenbarkeit ihrer Aktionen gelingt es den Nazi-Banden, eine Atmosphäre des alltäglichen Terrors zu verbreiten.

Der Kampf gegen die Nazi-Banden und ihre Aktionen, gegen die Nazi-Parteien und ihre Hetzpropaganda ist unerläßlich und ist heute noch dringender geworden. Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen, muß dennoch klargemacht werden, daß die zunehmende ***Faschisierung hauptsächlich vom Staat des deutschen Imperialismus ausgeht,*** daß der hauptsächliche Träger nazifaschistischer Ideologie und offen terroristischer Handlungen das gesamte kapitalistische Gesellschaftssystem in Deutschland ist. Dieses Gesellschaftssystem muß grundlegend, von oben bis unten zerschlagen werden, wenn man die Nazi-Banden und Nazi-Parteien wirklich vernichten will und die Gefahr eines erneuten Wechsels der heutigen parlamentarischen Republik zu einer nazifaschistischen Staatsform wirklich beseitigen will!

Der ***Kampf*** zur Verteidigung demokratischer Rechte ***gegen staatliche Faschisierung und gegen Nazi-Banden / Nazi-Parteien*** muß in den Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung eingeordnet und diesem untergeordnet werden.

★★★

Den Kampf gegen die Nazis auf der Straße und gegen ihre Ideologie führen!

Doppelt und dreifach zurückschlagen!

Den Kampf der von den Nazis Verfolgten wirklich solidarisch unterstützen und den gemeinsamen Kampf der wirklich konsequent demokratischen Kräfte aller Nationalitäten organisieren!

Den Nazifaschismus mit der Wurzel ausrotten heißt, das imperialistische System, den Kapitalismus vernichten!

Quellen

[1] Jungle World Nr. 19 (6.5.98), S. 29, [2] Taz 2./3.5.98, S. 3 und ak 414 (7.5.98), S. 5, [3] ak 414, 7.5.98, S. 5, [4] Leipziger Volkszeitung, 2./3.5., S. 13, [5] jW 2./3.5., S. 1, [6] Leipziger Volkszeitung, 2./3.5., S. 13, [7] jW 4.5., S. 4

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung" sind u. a. erhältlich:

In ***Berlin:*** *Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5; M 99, Manteuffelstr. 96; Nachladen, Waldemarstraße 36; in* ***Bonn:*** *Antiquariat, Breite Straße 52; in* ***Braunschweig:*** *Antifacafé, Cyriaksring 55; in* ***Dortmund:*** Buchladen Taranta, Humboldtstraße 54; in ***Duisburg:*** *Antiquariat, Pulverweg 33b; in* ***Frankfurt:*** *Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4; in* ***Freiburg:*** *Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15; in* ***Göttingen:*** *Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; in* ***Hamburg:*** *Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, in* ***Hannover:*** *Internationalismus Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; in* ***Karlsruhe:*** *Der andere Buchladen, Marienstr. 15; in* ***Kiel:*** *Buchladen Zapata, Jungfernsteg; in* ***Köln:*** *Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; in* ***München:*** *Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41- 43;*

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN:
Mittwoch bis Freitag 16.30 – 18.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
GEÖFFNET:
Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

Eine berechtigte KRITIK am Flugblatt 5/98: **"Militanter Kampf - der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!"**

Auf der dritten Seite des Flugblatts ist ein Foto von 3 Antifaschisten während eines Wasserwerferangriffs, bei welchem mir aufgefallen ist, daß die Gesichter von zweien davon sehr gut zu erkennen sind, außerdem auch der Name einer regionalen Gruppe auf dem Transparent steht, ihre Identität also mit wenig Mühe festzustellen wäre, wenn man das wollte.

Im Gegensatz dazu halte ich die (in vielen antifaschistischen Publikationen durchaus gängige) Praxis für richtig, die Gesichter von Antifas oder Revolutionären zu schwärzen oder sonstwie unkenntlich zu machen.

Ich finde, das sollte man grundsätzlich so machen, aus 2 Gründen:

1. Selbst wenn die Polizei bei dieser Demonstration alles abgefilmt haben und so die Identität unvermummter Demonstranten sowieso leicht feststellen kann, bleiben immer noch die Nazis, die Steckbriefe von Antifas verfassen und dabei sicher gerne auch auf Informationen zurückgreifen, die sie nicht direkt von der Polizei erhalten.

Außerdem ist das ja auch nicht bei allen Demonstrationen so, manche werden nicht abgefilmt und ein Teilnehmer macht Fotos, die dann im lokalen Antifa-Blatt veröffentlicht werden, das finde ich fatal.

2. Selbst wenn ich - zu eurem Vorteil - davon ausgehe, daß das Foto aus einer Zeitung stammt, die über die Demonstration berichtet hat, das Foto also sowieso schon veröffentlicht wurde, sollte man solche Fotos schwärzen wegen der Wirkung, die die Flugblätter ja haben sollen. Gerade dieses Flugblatt ruft auf zur Militanz, zur Organisiertheit und zur Wachsamkeit gegenüber der Reaktion, da muß man auch hier ein Beispiel geben, ein Vorbild sein gegen Legalismus und gegen Vertrauensseligkeit.

Mich würde interessieren ob Eure Position eine andere ist, oder ob es ein Versehen war.

Kritiken an der Flugblatt-Beilage "Kommunistische Positionen zum reaktionären Völkerschlachtdenkmal"

(Beilage zum Flugblatt 5/98)

Im folgenden drucken wir zwei Kritiken zur Flugblattbeilage über das "Völkerschlachtsdenkmal" und eine Antwort auf das erste Kritikpapier, daß inhaltlich aber auch als eine erste Antwort zum zweiten Kritikpapier angesehen werden kann. Es sind Beiträge zur Diskussion über die schwierige Situation im Kampf gegen Napoleon.

Erste Kritik

Beim Lesen der Beilage zum "Völkerschlachtdenkmal" bzw. den sogenannten "Befreiungskriegen" ist mir folgendes aufgefallen: Die erfolgreiche Mobilisierung breiter Massen der Bevölkerung für die reaktionären Ziele Preußens wird irgendwie unterschätzt und "die Franzosen" kommen "zu schlecht" weg. Vielleicht kann man es an folgender Passage festmachen:

"Schon der Name dieses Denkmals fälscht bewußt die Wirklichkeit. An der militärischen Schlacht bei Leipzig im Oktober 1813 waren nahezu ausschließlich die Armeen Preußens und seiner Verbündeten auf der einen Seite sowie die napoleonische Armee auf der anderen Seite beteiligt. Es war also keineswegs ein berechtigter Kampf deutscher werktätiger

Massen gegen Napoleons Eroberungsarmee, eine ‚Völkerschlacht', sondern eben ein Kampf der reaktionären Armee Preußens etc. gegen eine andere reaktionäre Macht, die napoleonische Armee."

Ich glaube, das Problem ist viel schwieriger und es ist nicht richtig gelungen, es in diesem kurzen Abschnitt richtig darzustellen. Zwei Punkte will ich anmerken:

1. Die Erklärung, es kämpfte auf der einen Seite die Armee Preußens und ihrer Verbündeten, also war es keine "Völkerschlacht", greift zu kurz. Soweit ich weiß, verwenden Marx und Engels, wenn es um die sogenannten "Befreiungskriege" der deutschen Staaten gegen Napoleon geht, auch die Begriffe "Völkerkrieg" oder "Volkskrieg". Im "Reaktionären Preußentum" heißt es Engels zitierend, daß das ganze Volk aufgestanden sei und König Friedrich Wilhelm zum Krieg gegen Napoleon gezwungen habe ("Marx und Engels gegen das reaktionäre Preußentum", S. 35). Ich kann nicht sehen, wieso "Völkerschlacht" etwas ganz anderes sein soll. Mehring hebt sogar hervor, daß es den preußischen Junkern gelang, die deutsche Bevölkerung für ihre Ziele zur massenhaften Rekrutierung gegen Frankreich zu bewegen:

"Das ist eine in aller Geschichte äußerst seltene Leistung; sie beweist jedenfalls, daß es sich in der Tat um eine Massenbewegung gehandelt hat Es ist unmöglich, daß sich mit allen noch so gewaltsamen Rekrutierungsmitteln eine gleich hohe Heeresziffer erreichen läßt, wenn die Bevölkerung nicht mit heller Begeisterung zu den Waffen eilt."

(Mehring, 1813–1819, Krieg und Politik II, Berlin, 1961, S. 381. Siehe auch: Info 7/95)

Die Behauptung, da standen sich mehr oder weniger zwei Armeen gegenüber, unterschätzt das nationalistische und chauvinistische Mobilisierungspotential der deutschen reaktionären herrschenden Klassen. Deutlich wird dies auch an der Formulierung in der Beilage:

"Es war also keineswegs ein berechtigter Kampf deutscher werktätiger Massen gegen Napoleons Eroberungsarmee, eine ‚Völkerschlacht', sondern ..."

Gerade in der deutschen Geschichte gibt es ja nicht wenige Beispiele, in denen sich deutsche werktätige Massen zu ganz "unberechtigen Kämpfen" haben aufhetzen lassen, in denen es den reaktionären herrschenden Klassen gelang, unter Berufung auf eine wirkliche oder vermeintlich "berechtigte" Forderung breite Massen der Bevölkerung für ihre reaktionären Ziele zu mobilisieren.

2. Die Darstellung der napoleonischen Armee als .reaktionäre Macht (1. Spalte der Beilage, S. 1), die Einschätzung Napoleons als "Repräsentant der französischen Großbourgeoisie" (3. Spalte der Beilage, S. 1) haut so pauschal auch nicht hin.

In und für Preußen und seine Verbündeten war Napoleon in erster Linie ein Repräsentant der französischen Revolution (obgleich er im eigenen Land die französische Revolution erstickt hatte und mit seinem Staatsstreich der Großbourgeoisie zur Macht verholfen hatte). In seinen Kriegen gegen Preußen kämpfte "Napoleon gegen die Kräfte der Reaktion, wobei er sich auf die Kräfte des Fortschritts stützte" heißt es im "Reaktionären Preußentum" auf S. 33 Stalin zitierend, und Preußen verfocht die Sache der Reaktion. Durch die Französische Revolution, die mit dem Feudalismus radikal aufgeräumt hatte, war auch noch die Besatzung der deutschen Staaten durch die napoleonische Armee geprägt. Frankreichs Armeen kamen mit dem (für damalige Verhältnisse fortschrittlichen) Code Civil, in einigen Bundesstaaten wurde z. B. die rechtliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung verankert usw. Lenin schreibt zu der Situation zwischen Frankreich und Deutschland nach Preußens Niederlage 1806:

"Es (das ‚deutsche Volk') stand nicht nur der militärischen Macht und Stärke des Eroberers Napoleon gegenüber, es stand einem Land gegenüber, das in revolutionärer und politischer Beziehung höher stand als Deutschland ... Dieses Land stand unermeßlich höher als das Volk, das in der Hörigkeit von Imperialisten und Gutsbesitzern vegetierte."

(Lenin, Referat über die Ratifizierung des Friedensvertrags, 1918, Werke Band 27, S. 176)

Antwort auf die Kritik

Der Gegensatz im Flugblatt ist nicht allein "Masse oder Armee", sondern berechtigter Kampf deutscher Massen contra Armee. Dies ist der hauptsächliche Gegensatz bei der Charakterisierung und es ist gleichzeitig so, daß Mehring recht hat, daß große Teile der Werktätigen Massen hinter der preußischen Armee standen und in die preußische Armee strömten. Es ist dennoch ein erheblicher Unterschied ob es zu einem Volksaufstand oder einer Völkerschlacht kommt oder es schon einer existierenden Armee gelingt, breite Massen zu ihrer Unterstützung zu mobilisieren. Es ist daher in gewisser Weise eine Ergänzung und keine wirkliche Kritik, wenn auf die Bedeutung der chauvinistisch verhetzten Massen verwiesen wird.

Es scheint, daß die Kritik zu wenig die Bedeutung des Wortes "berechtigter" in den kritisierten Zitaten berücksichtigt. Es wird ja nicht bestritten, daß es auch Aufhetzungen zu unberechtigten Kämpfen gegeben hat.

> "Das reaktionäre Preußentum und seine Ideologen schürten übelste nationalistische Hetze gegen die 'gottlosen Franzosen' und verbreiteten das ideologische Gift der Deutschtümelei, womit es ihnen gelang den Groll und Zorn der Bevölkerungsmassen auf die französischen Eroberer abzulenken."
>
> (Flugblatt, S. 2, Sp. 1, Absatz 1)

Zur 2. Kritik muß angemerkt werden, daß Napoleons Armee in verschiedenen Phasen auch verschiedene Rollen gespielt hat. Beim Rückzug nach der Niederlage von Moskau, muß in der Tat noch einmal geprüft werden ob hier Napoleon sich noch auf "die Kräfte des Fortschritts" stützte oder ob hier nicht die erste Phase der Intervention der napoleonischen Armeen in anderen Ländern gegen die reaktionären Mächte Europas gemeint war.

Zwischen 1806 und 1813 liegen immerhin sieben Jahre. Insofern ist es auch historisch nicht exakt, das Zitat Lenins zum Jahr 1806 mit der Situation 1813 sozusagen unhistorisch einfach miteinander zu verbinden.

Zweite Kritik an der Flugblatt-Beilage zum "Völkerschlachtdenkmal"

Die Stellungnahme zum Leipziger "Völkerschlachtdenkmal" und zu den sogenannten "Befreiungskriegen" gegen das napoleonische Frankreich von 1812 bis 1815 hat mir insgesamt ausgezeichnet gefallen - besonders wie es bei diesem Thema gelingt, einen Bogen von den Ideologen der deutschen Imperialisten, von den bürgerlichen Politikern über die Nazis bis hin zu den SED-Revisionisten zu schlagen und die Gemeinsamkeit aller Varianten des deutschen Nationalismus auf den Punkt zu bringen.

An einer Passage möchte ich dennoch eine Kritik anbringen, wo ich meine, daß die Stellungnahme es sich zu einfach macht, wenn die militärische Schlacht bei Leipzig im Oktober 1813 "nahezu ausschließlich" auf die Beteiligung von reaktionären Armeen reduziert wird. In der linken Spalte der ersten Seite heißt es im letzten Absatz:

> "Es war also keineswegs ein berechtigter Kampf deutscher werktätiger Massen gegen Napoleons Erobererarmee, eine "Völkerschlacht", sondern eben ein Kampf der reaktionären Armeen Preußens etc. gegen eine andere reaktionäre Macht, die napoleonische Armee."

Ich stimme voll zu, daß es "keineswegs ein berechtigter Kampf deutscher werktätiger Massen gegen Napoleons Erobererarmee" war, denn diese Militärschlacht war Teil eines Krieges mit reaktionären Zielen, weder von der militärischen Führung, der vorherrschenden Ideologie, noch vom Ergebnis her war es ein "nationaler Befreiungskrieg", wie im folgenden sehr richtig ausgeführt wird. Die Bezeichnung "Völkerschlacht" ist deshalb auch völlig falsch.

Aber die Gegenüberstellung von Volksmassen einerseits und der reaktionären Armee Preußens andererseits finde ich in diesem Fall unzulässig.

Die Besonderheit im Jahr 1813 und auch bei dieser Kriegsschlacht war gerade, daß es dem reaktionären Preußentum, der feudalistischen Reaktion gelungen war, breitere Teile der Volksmassen - unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Fremdherrschaft - für ihre reaktionären Ziele, für die Unterdrückung der Errungenschaften der französischen Revolution, für die Restauration ihrer alten feudal-absolutistischen Ordnung zu mobilisieren und einzuspannen.

Der berechtigte Zorn der deutschen Volksmassen auf die Eroberungs- und Unterdrückungspolitik des napoleonischen Frankreichs verband sich nicht mit dem Haß auf die einheimische feudale Reaktion, um Ausgangspunkt zu einem revolutionären Volksaufstand gegen den Preußenstaat und für ein demokratisch geeintes Deutschland zu werden. Vielmehr gelang es den preußischen Junkern, mit allen möglichen Reformversprechungen und mit nationalistischer Hetze und Deutschtümelei, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung allein auf die fremden Eroberer abzulenken, ohne daß die feudale Obrigkeitshörigkeit und der preußische Untertanengeist von den Volksmassen in Frage gestellt worden wären.

Daß im Jahre 1813 breitere Teile der Volksmassen in Preußen am Widerstand und Krieg gegen die napoleonische Armee beteiligt waren, zeigen die Ausführungen Franz Mehrings. Dieser weist darauf hin, daß "die preußischen Provinzen nicht weniger als sechs Prozent ihrer Gesamtbevölkerung unter die Waffen gestellt haben", was beweise, "daß es sich in der Tat um eine Massenbewegung gehandelt" habe. Denn "mit allen noch so gewaltsamen Rekrutierungsmitteln" sei dies nicht erreichbar, "wenn die Bevölkerung nicht mit heller Begeisterung zu den Waffen eilt." (Siehe Franz Mehring, Krieg und Politik II, Berlin 1961, S. 381.)

Eine der bezeichnenden Traditionen der "deutschen Misere" besteht gerade darin, daß es den herrschenden Klassen in entscheidenden Situationen öfters gelang, Einfluß auf breitere Volksmassen zu erlangen und sie für ihre reaktionären Ziele einzuspannen oder auch objektiv mehr oder weniger berechtigten Massenbewegungen ihren reaktionären Stempel aufzudrücken.

Wenn in der oben zitierten Passage einfach nur von der "nahezu ausschließlichen" Beteiligung der "reaktionären Armee Preußens" gesprochen wird und die freiwillige, teilweise begeisterte Beteiligung von Teilen breiterer Massen an den Kriegsschlachten im Jahre 1813, auch an der bei Leipzig, damit nahezu ganz ausgeschlossen wird, dann entspricht dies nicht den geschichtlichen Tatsachen. Zudem kann so die hier sich manifestierende negative Tradition der deutschen Geschichte, die auch eine Mitschuld breiter Volksmassen an der "deutschen Misere" beinhaltet, nicht aufgedeckt und deren Bedeutung nicht herausgestellt werden.

* * *

Kommunistische Positionen zum reaktionären „Völkerschlachtdenkmal“

„Das erste, was die Deutschen in ihrer Revolution zu tun haben, ist, mit ihrer ganzen schimpflichen Vergangenheit zu brechen“ (Friedrich Engels, 1848)[1]

Die Medien des deutschen Imperialismus sind sich weitgehend einig: Das „Völkerschlachtdenkmal“ gehört zum „positiven Erbe“ der deutschen Geschichte, die Nazis würden dieses Symbol angeblich nur „mißbrauchen“ - so heißt es. In Wirklichkeit diente und dient die „Erinnerung an die heroischen nationalen Befreiungskriege“ den Ideologen, Politikern und Pädagogen der Reaktion und des Imperialismus in Deutschland von jeher für ihre reaktionären Zwecke, für die Schürung von deutschem Chauvinismus.

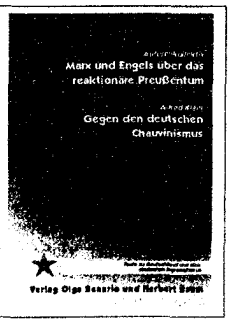
Die Nazis planen nun schon Jahr für Jahr ihren Aufmarsch zum 1. Mai vor dem sogenannten „Völkerschlachtdenkmal“ in Leipzig. Das ist kein Zufall. Dieses Denkmal ist mehr als ein Symbol für den deutschen Militarismus und Nationalismus, es ist ein Bindeglied zwischen allen reaktionären Abteilungen in der Geschichte Deutschlands bis heute. Es soll an den Sieg der Armeen Preußens und ihrer Verbündeten gegen die napoleonische Armee in einer Schlacht bei Leipzig vom 16.-19. Oktober 1813 „erinnern“. Nach dieser Schlacht waren die napoleonischen Armeen entscheidend geschlagen und mußten sich aus den deutschen Staaten zurückziehen.

Die Nazis stellen ganz bewußt ihren „nationalen Widerstand gegen alles Undeutsche“ in die Tradition der sogenannten „Befreiungskriege“ gegen das napoleonische Frankreich 1811-13.

Es zeigt sich aber auch, daß die von Revisionismus und Nationalismus befallene SED schon Anfang der 50er Jahre im Zusammenhang mit ihrer falschen Linie „des nationalen Befreiungskampfes gegen die USA“ mit der nationalistischen Verklärung der sogenannten „Befreiungskriege gegen Napoleon“ begann und diese nach ihrer vollständigen revisionistischen Versumpfung ab Mitte der 50er Jahre weiter steigerte und ausbaute.

Um im ideologischen Kampf gegen den deutschen Nationalismus und Chauvinismus an all diesen Fronten bestehen zu können, ist es unerläßlich die reaktionäre Tradition dieses Denkmals zu entlarven, die kommunistische Position zu den sogenannten „Befreiungskriegen“ herauszuarbeiten, und auch die nationalistischen Positionen der noch revolutionären SED sowie der revisionistischen SED zu diesem Punkt zu kritisieren bzw. zu bekämpfen.

Autorenkollektiv
Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum
Alfred Klahr
Gegen den deutschen Chauvinismus
ca. 130 Seiten, 10 DM
Zu bestellen bei:
Verlag Olga Benario und Herbert Baum
Vertriebsadresse:
VKS GmbH
Postfach 102051
63020 Offenbach



Zur ungebrochenen reaktionären Rolle und Tradition des „Völkerschlachtdenkmals“

Schon der Name dieses Denkmals fälscht bewußt die Wirklichkeit. An der militärischen Schlacht bei Leipzig im Oktober 1813 waren nahezu ausschließlich die Armeen Preußens und seiner Verbündeten auf der einen Seite sowie die napoleonische Armee auf der anderen Seite beteiligt. Es war also keineswegs ein berechtigter Kampf deutscher werktätiger Massen gegen Napoleons Erobererarmee, eine „Völkerschlacht“, sondern eben ein Kampf der reaktionären Armeen Preußens etc. gegen eine andere reaktionäre Macht, die napoleonische Armee.

Einer der ersten, der die Errichtung eines „Völkerschlachtdenkmals“ vorschlug, war ***Arndt,*** Antisemit und Einpeitscher des deutschen Nationalismus und Chauvinismus „gegen alles Französische“ während der sogenannten „Befreiungskriege“, der damit das „Deutschtum“ ehren wollte. In den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts setzte sich der chauvinistische und reaktionäre „Deutsche Patriotenbund“ vehement für die Errichtung des Denkmals ein, bis schließlich 1898 im Auftrag von ***Wilhelm II.*** mit dem Bau begonnen wurde.[2] 1913 wurde das Denkmal mit einer riesigen chauvinistischen, militaristischen und imperialistischen Feier mit Kaiser, Militär und Aufmärschen reaktionärer „Vereine“ und militaristischer Verbände „eingeweiht“.[3] Diese Feier war Teil der ideologischen Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus, der dann 1914 den Ersten Weltkrieg, einen von allen imperialistischen Mächten geführten reaktionären, imperialistischen Krieg auslöste.

Die ***Nazifaschisten*** begannen vor allem mit der sich abzeichnenden militärischen Niederlage nach der Schlacht um Stalingrad 1943 immer häufiger, die sogenannten „Befreiungskriege“, die „Völkerschlacht“ von 1813 propagandistisch einzusetzen, um „die nationale Einheit gegen die fremden Eindringlinge“ bis zum „Endsieg“ zu beschwören. Insbesondere der Nazi-Film „Kolberg“, der die erfolgreiche Verteidigung der preußischen Festung Kolberg gegen die napoleonische Armee als Thema hatte, sowie auch öffentliche Parteiaufmärsche und Militärparaden vor dem „Völkerschlachtdenkmal“, waren Mittel der Nazis, um das deutsche Volk immer enger an sich zu ketten.

Nach der Einverleibung der DDR 1990 wurde das „Völkerschlachtdenkmal“ wie auch die anderen reaktionären Symbole und Denkmäler von den Ideologen und Politikern des deutschen Imperialismus hochoffiziell wieder in ihre Reihe der „Denkmäler und Symbole Deutschlands“ aufgenommen.

Es steht also fest: Dieses Denkmal war und ist ein Symbol der Reaktion, des deutschen Imperialismus und seiner Nazis.

Die Auswirkungen der Französischen Revolution auf Deutschland und die sogenannten „Befreiungskriege“ gegen das napoleonische Frankreich 1811-13

Die Französische Revolution am Ausgang des 18. Jahrhunderts, die mit aller Entschiedenheit die feudalen Einrichtungen und Zustände hinwegfegte und auch in Deutschland einen Widerhall auslöste, stieß auf den wildesten Haß und den erbittertsten Widerstand des reaktionären Preußentums und der herrschenden Klassen der anderen deutschen Staaten. Das deutsche Volk erhob sich jedoch nicht zum entschiedenen Kampf. Der jahrhundertealte Druck der feudalen Hörigkeit, die ökonomische und politische Rückständigkeit hatten die Volksmassen der deutschen Staaten, namentlich die Bauernschaft, unfähig gemacht zu einer großen revolutionären Aktion. Das Proletariat war erst im Entstehen begriffen und konnte noch keine führende Rolle spielen.

Von den führenden Männern der deutschen Bourgeoisie und Intelligenz wurde die Französische Revolution zunächst enthusiastisch begrüßt. Aber diese Begeisterung war, wie Engels feststellte, *„von deutscher Art“, „sie sollte nur den Theorien der französischen Revolutionäre gelten“* („Deutsche Zustände I“, 1845, Marx/Engels Werke Band 2, S. 567). Als die französische Revolution jedoch in der Tat zur entschiedenen Abrechnung mit den Kräften des Feudalismus schritt, ***„da verwandelte sich diese Begeisterung Deutschlands in einen fanatischen Haß gegen die Revolution.“*** (ebenda, S. 568). Deutschland unterstützte die auf seinem Territorium gebildeten konterrevolutionären Abteilungen französischer Adliger und anderer Reaktionäre, die aus Frankreich geflüchtet waren. Preußen übernahm wieder seine Rolle als Gendarm, diesmal dem revolutionären Frankreich gegenüber.

Die Kriege Preußens und der anderen reaktionären Mächte Europas gegen die französische Republik in den Jahren 1790 bis 1806 endeten mit dem Sieg Frankreichs. Die vernichtende Niederlage der preußischen Armee bei Jena (1806) deckte die ganze Fäulnis des preußischen Staatssystems auf. Bei einem anderen Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte Deutschlands, bei größerer revolutionärer Energie und Initiative hätten die Volksmassen die Niederlage von Jena als Ausgangspunkt zu einer allgemeinen revolutionären Volksaktion, zum Sturz der feudalabsolutistischen Reaktion, zur Zerschlagung des preußischen Staats, zur Schaffung eines demokratischen und geeinten Deutschlands ausnutzen können. Doch das deutsche Volk ging nicht diesen Weg. Dagegen nutzte das reaktionäre Preußentum und die übrige feudalistische Reaktion in Deutschland die innere wie internationale Situation geschickt aus, um ihre feudal-absolutistische Macht zu restaurieren.

Die internationale Situation war zur damaligen Zeit davon gekennzeichnet, daß der Krieg in Deutschland gegen Napoleon ***Teil eines viel umfassenderen Krieges von Spanien bis Rußland gegen Napoleon war.***[4]

Da Napoleon, der Repräsentant der französischen Großbourgeoisie, der mit seinen Armeen auch die deutschen Staaten besetzt hatte, die deutsche Bevölkerung durch enorme Kontributionen und maßlos hohe Steuern ausplünderte und das Französische zur Amtssprache zu machen suchte, steigerte sich der Haß auch in breiten Teilen der werktätigen Bevölkerung gegen die französischen Eroberer immer mehr. Außerdem zwang Napoleon die jungen Männer Preußens und anderer Gebiete in seinem Herrschaftsbereich zur Teilnahme am Krieg gegen andere Völker.

In dem Widerstand und Kampf der Volksmassen gegen die französische Herrschaft waren in Deutschland nach den Jahrhunderten der politischen Apathie und Passivität auch Elemente und Anfänge eines demokratisch-oppositionellen Bewußtseins entstanden, es gab einen Aufschwung der Aktivität der Massen. Doch dem reaktionären Preußentum gelang es sehr rasch weitgehend, die Unzufriedenheit breiter Massen für seine reaktionären Ziele auszunutzen und sich ganz schnell an die Spitze ihres Kampfes zu

setzen. Unter dem Druck der napoleonischen Herrschaft war der preußische Staat1807 bis 1811 zu bürgerlichen Reformen gezwungen (Aufhebung der Erbuntertänigkeit, teilweise Aufhebung der Standesprivilegien, Einführung einer Städteordnung, Heeresreform), aber diese Maßnahmen gab dem reaktionären Preußentum wieder das Heft in die Hand. Das reaktionäre Preußentum und seine Ideologen schürten übelste nationalistische Hetze gegen die „gottlosen Franzosen" und verbreiteten das ideologische Gift der Deutschtümelei, womit es ihnen gelang den Groll und Zorn der Bevölkerungsmassen auf die französischen Eroberer abzulenken.

GEGEN DIE STRÖMUNG

Kriegsverbrecher Friedrich II. als Vorbild?

Gegen alle nationalistischen Verklärungen der sogenannten „Befreiungskriege" muß klargestellt werden, daß weder die militärische Führung, die vorherrschende Ideologie noch das Ergebnis dieses Krieges den Begriff „nationale Befreiungskriege" rechtfertigen. Es gab keinen Bruch mit dem verfluchten preußischen Untertanengeist, das Ergebnis der sogenannten „Befreiungskriege" war die Restauration und Stärkung der feudal-reaktionären Mächte, die Zementierung der „deutschen Zustände", der Triumph der politischen Reaktion (Wiener Kongreß 1815). Daher schrieb Engels:

> **„Der ‚glorreiche Befreiungskrieg' von 1813/14 und 1815, die ‚glorreichste Periode der deutschen Geschichte' etc., wie sie genannt worden ist, war ein Wahnsinn, der jedem ehrlichen und intelligenten Deutschen noch manches künftige Jahr das Blut in die Wangen treiben wird."**
> (Engels, Deutsche Zustände I, 1845, Marx/Engels Werke Band 2, S. 569/570)

Die nationalistische Verklärung der sogenannten „Befreiungskriege" durch die SED Anfang der 50er Jahre

Die SED hatte seit ihrer Gründung 1946 auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens im Kampf für die Vernichtung der Überreste des Nazi-Faschismus auf politischem und ökonomischem Gebiet wichtige Erfolge errungen. Sie verstand sich als Teil der kommunistischen Weltbewegung. 1950 wurde von allen demokratischen und revolutionären Kräften der Welt die Demontage des Denkmals von Friedrich des II., einem Symbol des reaktionären Preußentums, in Berlin (DDR) begrüßt.

Auf der 2. Parteikonfernz der SED im Juni 1952 gab Ulbricht, Generalsekretär des ZK der SED, das Startsignal für eine andere Linie:

> *„daß solche geschichtlichen Persönlichkeiten, die große Verdienste im Kampf um die Einheit Deutschlands haben wie Scharnhorst, Fichte Gneisenau, Jahn, in ihrer historischen Bedeutung dargestellt werden müssen. Das Studium des Befreiungskrieges 1813 wird die interessantesten geschichtlichen Tatsachen ans Licht bringen."*[5]

Ein theoretischer Hintergrund für deutsch-nationalistische Positionen der SED ist die ganz falsche Parallele der Situation nach 1945 zu der von 1812/13. Es ging angeblich in beiden Situationen um den „nationalen Kampf um die Einheit Deutschlands" gegen einen „ausländischen Eroberer" (nach 1945 eben die USA!) - wie die SED propagierte.[6] Dies wurde als Vorwand genommen, um - mit verschiedenen Äußerungen bei Marx, Engels und Lenin über die Kriege gegen Napoleon spekulierend - die grundlegenden Kritiken von Marx und Engels an den führenden reaktionären Ideologen der sogenannten „Befreiungskriege" zu unterschlagen bzw. zu verfälschen und diese reaktionären Ideologen in Dutzenden von Broschüren und Artikeln in deutschtümlerischer Weise zu verherrlichen.

Zwei Beispiele: Der Turnwüterich und Rassist Jahn, der 1813 einer der größten Deutschtümler war und zur schlimmsten Hetze gegen „die gottlosen Franzosen" aufrief,[7] wird im „Neuen Deutschland", dem Zentralorgan der SED, als *„ein Vorbild für alle Streiter um Freiheit und Recht"* bezeichnet.[8]

Albert Norden, Mitglied des ZK der SED, stellt in seinem nationalistischen Machwerk „Um die Nation" von 1952 den Antisemiten Arndt[9] in eine Reihe mit Kommunisten wie Ernst Thälmann und Karl Liebknecht, ja er lobt Arndt, der angeblich ein *„unermüdlicher Prediger und Dichter der nationalen Freiheit"* gewesen sei.[10]

Im Zusammenhang mit der endgültigen revisionistischen Versumpfung der SED nach dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956 wurden diese Positionen verfestigt und immer weiter ausgebaut.

Die angeblich „positive Rolle" des reaktionären Preußentums 1813 und die offene Verehrung des reaktionären „Völkerschlachtdenkmals" durch die SED-Revisionisten

In den 70er und 80er Jahren gab es in Berlin (DDR) nicht nur einen Jahn-Platz oder Denkmäler für solche Militaristen wie Blücher und Yorck, hohe Offiziere der reaktionären preußischen Armee 1813 und danach,[11] 1986 wurde auch das Denkmal Friedrich des II., das 1950 demontiert worden war,[12] zu seinem 200. Todestag begleitet von einer Militärparade der NVA in Berlin (DDR) wiedererrichtet! Diese Schande der SED-Revisionisten wurde ideologisch schon Ende der 70er Jahre vorbereitet und gerechtfertigt, indem immer häufiger von den „zwei Seiten" des reaktionären Preußentums, der reaktionären und der angeblich „fortschrittlichen" Seite, auch im Zusammenhang mit 1813 die Rede war. So heißt es z.B. im theoretischen Organ der SED, der „Einheit" 1979:

> *„...weshalb Preußen im Kampf gegen die napoleonische Fremdherrschaft zu einem Zentrum des nationalen Widerstandes wurde und während des Befreiungskrieges 1813 eine historisch positive Rolle spielen konnte."* [13]

1813 spielte Preußen, also auch der preußische Staat eine „historisch positive Rolle"... die SED-Revisionisten ließen hier auch die letzten Hemmungen fallen. Ganz auf dieser Linie lag dann auch der offizielle DDR-„Denkmalsführer" der Stadt Leipzig zum „Völkerschlachtdenkmal", wo es heißt:

> *„In unseren Tagen ist das Völkerschlachtdenkmal mehr denn je zum Mahnmal geworden. Unzähligen Deutschen vermittelt die Beschäftigung mit dem nationalen Befreiungskampf von einst das politische Rüstzeug für heute... Die Stätten, wo einst russische und deutsche Soldaten gemeinsam ihr Blut für die Freiheit vergossen, sind geweiht. Die Deutsche Demokratische Repubblik ehrt und schützt diese Stätten."*[14]

Das reaktionäre „Völkerschlachtdenkmal" wird „geehrt und geschützt" und wird faktisch gleichgesetzt mit den antinazistischen Mahnmalen für die Nazi-Verbrechen, die Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre in der SBZ bzw. DDR für die von der Nazi-Wehrmacht und SS ermordeten Rotarmisten errichtet wurden. Gemäß dieser ideologischen Linie wurden in dieser Zeitspanne der DDR auch Vereidigungen von Soldaten der NVA sowie „Fahnenweihen" bei diversen Turn- und Sportfesten vor dem „Völkerschlachtdenkmal" durchgeführt.[15]

☆☆☆

Es ist verblüffend und erschreckend zugleich: Das von den heutigen Nazis favorisierte „Völkerschlachtdenkmal" ist ein Kristallisationspunkt aller Varianten des deutschen Nationalismus - die sich von rechts bis scheinbar „links" an einem Punkt gegen den proletarischen Internationalismus gerichtet einig sind: „Deutschland über alles". Der ideologische Kampf zur Klärung aller zentralen Fragen der deutschen Geschichte muß ein Baustein sein im Kampf für die möglichst vollständige Widerlegung der reaktionären deutschen Geschichtsmythen, gegen die „deutsche Ideologie" überhaupt.

Fußnoten

[1] Engels, „Die Vereinbarungssitzung vom 17. Juni", 1848, Marx/Engels Werke Band 5, S. 87

[2] Wallfahrtsstätten der Nation, Hrsg. Hans-Jürgen Koch, Frankfurt/Main 1986, S. 117-119

[3] ebenda, S. 119/120

[4] In der Akzentsetzung der verschiedenen Äußerungen von Marx, Engels und Lenin zu den Kriegen gegen das napoleonische Frankreich gibt es gewichtige Unterschiede, die diskutiert werden müssen. Dabei kommt es vor allem darauf an die Schriften und Äußerungen der Klassiker im Zusammenhang, in ihrer Entwicklung, in der jeweils betreffenden historischen Epoche als Ergebnis des Kampfes gegen den jeweils vorherrschenden Revisionismus bewußt zu studieren und zu verstehen; bestimmte Äußerungen und Formulierungen sind nur verständlich in Kenntnis der Polemik, innerhalb derer sie verwendet werden. Die schon vorhandenen umfangreichen Vorarbeiten zu diesem Thema sollen in absehbarer Zeit in der Form eines Schulungsbriefes zur deutschen Geschichte veröffentlicht werden.

[5] zitiert nach: Albert Norden: Das Banner von 1813, Berlin 1952, S. 5

[6] Siehe z.B: Albert Norden, Das Banner von 1813, Berlin 1952, S. 52

[7] Jahns Deutschtümelei benutzte schon einen rassistischen Ansatz bei der Definition seines „Deutschen Volkstums", der zu einer Quelle des nazistischen Rassismus wurde:

> *„Mischlinge von Tieren haben keine echte Fortpflanzungskraft und ebensowenig Blendlingsvölker ein eigenes volkstümliches Fortleben... das Immer-wieder-Überpfropfen taugt nicht in der Baumschule und in der Völkerzucht noch weit weniger."*
> (F.L. Jahn, Deutsches Volkstum, 1806, zitiert nach: Meyers Volksbücher 1896, S. 32/33)

[8] Fritz Lange, F.W. Jahn, S. 5, erschienen auch im „Neuen Deutschland", 9.6.1952

[9] Arndts deutscher Chauvinismus hatte auch einen rassistischen Antisemitismus, der eine Quelle des nazistischen Antisemitismus darstellt, zur Grundlage. Er schrieb 1814:

> *„Die Juden als Juden passen nicht in diese Welt und in diese Staaten hinein, und darum will ich nicht, daß sie auf eine ungebührliche Weise in Deutschland vermehrt werden. Ich will es aber auch deswegen nicht, weil sie ein durchaus fremdes Volk sind und weil ich den germanischen Stamm so sehr als möglich von fremdartigen Bestandteilen rein zu halten wünsche."*
> (E.M. Arndt, Ein Blick aus der Zeit auf die Zeit, 1814, zitiert nach: Graph von Westphalen, Geschichte des Antisemitismus, S. 15)

[10] Albert Norden, „Um die Nation", Berlin 1952, S. 261 bzw. S. 31

[11] Zitiert nach: H. Meier / W. Schmidt: Erbe und Tradition, Köln 1989, S. 75

[12] Anstatt 1950 dieses Symbol des reaktionären Preußentums zu schleifen, in die Luft zu sprengen als Bestandteil des Bruchs mit der ganzen „schimpflichen Vergangenheit" (Engels)... stattdessen hat die SED das Denkmal Friedrichs des II. eben nur demontiert und aufbewahrt. Dies zeigt, daß schon 1950 bei der Demontage im Zusammenhang mit der immer wieder von der SED wiederholten falschen Parole von der „Pflege *des* deutschen Kulturerbes" die Vorstellung dahinter stehen mußte, daß dieses Denkmal eben doch als „erhaltenswert" galt.

[13] „Einheit", 34, 1979, zitiert nach: H. Meier / W. Schmidt: Erbe und Tradition, Köln 1989, S. 123

[14] zitiert nach: Wallfahrtsstätten der Nation, Hrsg. H-J. Koch, Frankfurt/Main 1986, S. 122

[15] Leipziger Volkszeitung, 2./3. Mai 1998, S. 3

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Zur Durchsuchung beim Buchladen Georgi Dimitroff in Frankfurt am Main und beim Buchladen „Vertrieb für internationale Literatur" in Berlin:

Presseerklärung

1. Am Samstag den 16. Januar 1999 wurde der Buchladen Georgi Dimitroff in Frankfurt am Main, der Buchladen „Vertrieb für Internationale Literatur" in Berlin und eine Privatwohnung von der Polizei durchsucht und Exemplare des Flugblatts „Leipzig, 1. Mai 1998: **Militanter Kampf - der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis"** der Zeitschrift GEGEN DIE STRÖMUNG beschlagnahmt. Ein „Hochleistungskopierer" wurde versiegelt.

Wir betonen: dies war nicht eine Aktion der Nazis gegen GEGEN DIE STRÖMUNG, sondern eine Aktion der Polizei - so als wollte sie noch einmal eine Vorführung geben, daß sie sich auch außerhalb von Demontrationen schützend vor die Nazi-Banden stellt.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

5/98 Mai 1998

Leipzig, 1. Mai 1998:

Militanter Kampf - der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!

beschlagnahmt!

Die nazistische NPD hatte für den 1. Mai eine Demonstration in Leipzig angekündigt. Der NPD gelang es in diesem Jahr mit 5.000 bis 6.000 Nazis[illegible] dem Schutz der Polizei vor dem sogenannten „Völkerschlachtdenkmal" zu versammeln und ihre Kundgebung abzuhalten. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Den militanten antifaschistischen Kräften gelang es im Kampf gegen Polizei und Nazis zu verhindern, daß das Nazi-Pack ihren geplanten Marsch durch die Stadt Leipzig durchführen konnte. Durch diesen militanten Kampf der antinazistischen Kräfte gelang es auch, vor der Weltöffentlichkeit das Zusammenspiel von deutschem Staatsapparat und den Nazis

2. Der Vorwand und Vorwurf lautet:

„... verdächtigt, als verantwortlicher Redakteur in der Maiausgabe 1998 der von ihm gedruckten und herausgegebenen Flugschriften 'Gegen die Strömung' das militante, gewalttätige Vorgehen der Antifa am 01. 05.1998 in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise gebilligt und verherrlicht zu haben."

Ausgestellt am 23. Oktober 1998 von Richterin STILP, wurde der Durchsuchungsbeschluß drei Monate später vollstreckt (in Frankfurt von Krminaloberkommissar ARETZ, Kriminalhauptmeister BRUCHMANN und einem Herrn DIGUAL) - eine Woche nach der großen Demonstration in Berlin zum Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Nicht uninteressant ist, daß die letzte willkürliche Durchsuchung von Buchläden und Privaträumen gegen GEGEN DIE STRÖMUNG am Tag genau vor zwei Jahren (am Wochenende der damaligen Demonstration anläßlich der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht) erfolgte.

Und ein Kriminalbeamter mit Namen REINER ZUFALL war nicht dabei.

3. Der Durchsuchungsbefehl gibt keine konkrete Passage des Flugblatts an, die beweist, daß GEGEN DIE STRÖMUNG irgendetwas „verherrlicht".

Offensichtlich, nach nochmaligem Studium, scheint sich alles auf folgende Passage des Flugblatts zu konzentrieren:

> **„Angesichts des alltäglichen Nazi-Terrors und des weiteren Anwachsens der Nazi-Bewegung steht die massive Notwehr und der militante Kampf gegen die Nazi-Banden im Vordergrund."**

Was den militanten Kampf der antinazistischen Kräfte (der „Antifa") angeht, so wird er klar als prinzipiell berechtigte Notwehr dargestellt, die die sogenannte „putative Notwehr" (also die zeitweilige Offensive) einschließt, ohne in das weinerlich-peinliche defensive Gejammer der Opportunisten einzustimmen.

Eine VerHERRlichung des militanten Kampfes ist mit Sicherheit in dieser wie in anderen Publikationen von GEGEN DIE STRÖMUNG nicht zu finden, da wir, im Gegensatz zu Nazis und Polizei, den HERRENmenschenstandpunkt, den HERRENstandpunkt und jede Form religiös gefärbter VerHERRlichung prinzipiell bekämpfen.

☆☆☆

Wir – wie auch die Polizei – kennen ja die weit verbreitete Praxis solidarischer Antifas, beschlagnahmte Flugblätter In großer Anzahl nachzukopieren und weiter zu verbreiten.

Frankfurt am Main / Berlin, den 18. 1. 1999

GEGEN DIE STRÖMUNG

BUCHLADEN GEORGI DIMITROFF

VERTRIEB FÜR INTERNATIONALE LITERATUR

Buchladen Georgi Dimitroff

Politischer Buchladen zur Unterstützung des Kampfes gegen Imperialismus und Faschismus

In deutscher, türkischer sowie in anderen Sprachen erhältlich:

- Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und der Kommunistischen Internationale
- Proletarisch-revolutionäre Romane,
- Antifaschistische und antiimperialistische Literatur
- Materialien zum Kampf gegen Rassismus, Antisemistismus, Antiziganismus, deutschen Chauvinismus und Nationalismus
- Materialien zur revolutionären Bewegung in anderen Ländern
- Literatur und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und zum deutschen Imperialismus
- die monatlichen Flugblätter und weitere Publikationen von „Gegen Die Strömung"

GELEGENHEIT ZUM SCHMÖKERN UND DISKUTIEREN

Georgi Dimitroff

- 18.Juni1882 — 2.Juli 1949 -

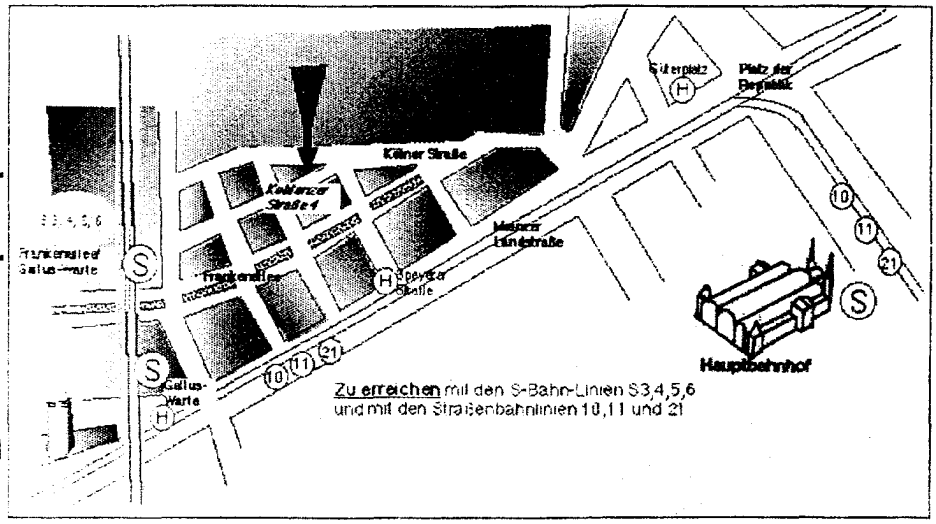
Bulgarischer Kommunist

- wurde **1923** als Leiter eines bewaffneten Aufstandes zum Tode verurteilt
- seit **1923** aktiv im Exekutivkomitee der **Kommunistischen Internationale**
- **1933** vom Hitlerfaschismus im berühmten **Reichstagsbrandprozeß** vor Gericht gestellt; er benutzte die Tribüne des Gerichts zur Entlarvung des wahren Gesichts des deutschen Faschismus
- **1935** zum Generalsekretär der Kommunistischen Internationale gewählt; vertrat auf dem VII.Weltkongreß der KI die revolutionäre Linie einer antifaschistischen Einheitsfront
- leitete **1945** den Aufbau der neuen Volksdemokratischen Republik Bulgariens unterstütze aktiv den Kampf gegen den Tito-Revisionismus, dem Vorboten des nach 1956 an die Macht gelangten Chruschtschow-Revisionismus

Öffnungszeiten:

Mittwoch bis Freitag
von 16.30—18.30 Uhr
Samstag
von 10.00—13.00 Uhr

Koblenzer Straße 4
(Im Gallusviertel)
60327 Frankfurt/Main
FAX-Nr. 069/730920



Grußadresse von Gegen die Strömung - Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands - an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des "Internationalen Tags des revolutionären Gefangenen" in Gent am 20.6.1998

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir senden Euch ganz herzliche revolutionäre und internationalistische Grüße und wünschen Euch ein gutes Gelingen der Veranstaltung sowie interessante und fruchtbare Debatten, die uns alle im Kampf zur Unterstützung und Solidarität mit den revolutionären und demokratischen Gefangenen weiterbringen. Wir sind in den Einladungsschreiben gebeten worden, unsere Haltung zur internationalistischen Solidarität mit den revolutionären Gefangenen kurz darzulegen und tun das sehr gerne, möglicherweise ergibt sich daraus ja schon eine erste Diskussion.

☆ Hunderttausende von revolutionären und demokratischen Gefangenen sind heute in den Gefängnissen der Imperialisten und Reaktionäre eingekerkert. Die Zahl der Kämpferinnen und Kämpfer, die in den letzten Jahrzehnten weltweit durch die Gefängnisse gegangen sind, geht in die Millionen. Gerade dort, wo sich die Klassenkämpfe verschärfen, sind Terror, Mißhandlungen, Demütigungen, Übergriffe, systematische Prügel, Folterungen durch Gefängniswärter und die Folterschergen der Geheimdienste und nicht selten Mord auf der Tagesordnung. Das Fehlen einer schlagkräftigen Organisation der proletarisch-internationalistischen Solidarität, wie es zum Beispiel die Internationale Rote Hilfe der Kommunistischen Internationale zu Zeiten Lenins und Stalins war, zeigt ihre krassen Auswirkungen auch auf dem Gebiet der Solidarität mit den revolutionären und demokratischen Gefangenen. Es ist ein Mangel, daß die revolutionäre Bewegung sich nicht die Aufgabe stellt, einen systematischen Überblick über die Lage der gefangenen revolutionären und demokratischen Kämpferinnen und Kämpfern zu bekommen, ihre Erfahrungen auszuwerten. Oft genug ist es so, daß angesichts einer schwachen Solidaritätsbewegung die Gefangenen selbst durch ihre Kämpfe die revolutionäre Öffentlichkeit auf sich aufmerksam machen müssen.

☆ Jede ernste linke politische Bewegung und Organisation muß sich gerade auch an ihrer Haltung zu den revolutionären und demokratischen politischen Gefangenen messen lassen! Die Solidarität mit den kämpfenden demokratischen und revolutionären Gefangenen ist ein Maßstab für die Reife der revolutionären Bewegung eines jeden Landes.

☆ Die Kenntnis über die Situation in den Gefängnissen des Imperialismus, die Solidarität mit den demokratischen und revolutionären Gefangenen, die Unterstützung ihrer Kämpfe ist in mehrfacher Hinsicht von großer Bedeutung für die revolutionäre Bewegung insgesamt: Zum einen können und müssen wir gerade durch die systematische Entlarvung der Situation der revolutionären und demokratischen Gefangenen dem mörderischen imperialistischen System seine heuchlerische, scheindemokratische Maske herunterreißen. Andererseits können sich die fortschrittlichen, geschweige denn die revolutionären Teile der Arbeiterklasse nicht fortentwickeln, ohne mit wärmster Sympathie die gerechten Kämpfe der Gefangenen zu unterstützen, ohne wirkliche Solidarität mit den kämpfenden Gefangenen.

☆ Diese Solidarität bedeutet für die nicht-eingekerkerten revolutionären und kommunistischen Kräfte, möglichst maximal alle gerechten Kämpfe dieser Gefangenen zu unterstützen. Die revolutionären und demokratischen Gefangenen müssen spüren, daß wir "hier draußen" sie in diesen Löchern nicht vergessen, daß wir für eine Verbesserung ihrer Lage und auch für ihre Befreiung weiterkämpfen. Möglichkeiten und Wege zur Entwicklung dieser

ganz praktischen, materiallen Solidarität gibt es genug: und möglicherweise können wir im Laufe des heutigen Tages Erfahrungen austauschen und neue Ideen entwickeln. Dabei geht es natürlich einmal konkret um eine moralische Stärkung. Die Grundlage der Standfestigkeit und Stärke ist gerade eine Frage der ideologischen Festigkeit. Deshalb halten wir es für außerordentlich wichtig, die Gefangenen in die politisch-ideologischen Debatten miteinzubeziehen, eine revolutionäre Debatte über die grundlegenden Fragen der Revolution zwischen "Drinnen" und "Draußen" in Gang zu bringen, in dieser Debatte voneinander zu lernen, um die zentralen Fragen der proletarischen Revolution zu lösen. Eine solche Debatte, auch das ist wichtig, bedeutet jedoch nicht, vorbehaltlos auch die falschen Vorstellungen von Kämpfenden zu unterstützen, sondern sie schließt gerade auch eine solidarische Kritik ein. In diesem Zusammenhang sei vielleicht noch erwähnt, daß wir seit ca. zwei Jahren mit einem Genossen der CCC eine Debatte über revolutionäre Strategie und den bewaffneten Kampf führen. die für uns wichtig ist und bei der wir auch einiges gelernt haben.

☆ Der Kampf für die Forderung nach Freilassung aller revolutionären und demokratischen Gefangenen kann und muß eine Antriebskraft für die Einbeziehung breiter Massen in den Kampf gegen den Imperialismus werden. Dabei muß bewußt sein, daß über einzelne Erfolge in diesem Kampf hinaus nur wirklich große Siege der revolutionären Bewegung die Gewähr dafür sind, daß alle demokratischen und revolutionären Gefangenen befreit werden.

☆ Der Kampf für die Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparats schließt unbedingt den Kampf gegen das ganze System der Gefängnisse und Zuchthäuser des Imperialismus mit ein. Jedoch ist der Kampf der revolutionären, kommunistisch orientierten Arbeiterinnen und Arbeiter für die Diktatur des Proletariats auch ein Kampf dafür, daß die Mörder, die den Krieg vorbereiten, die kapitalistischen Verbrecher, die den Arbeiterinnen und Arbeitern täglich den Mehrwehrt in den Fabriken abpressen. das ganze Ausbeutergesindel und seine konterrevolutionären Helfer von Roten Richterinnen und Richtern abgeurteilt und bestraft werden.

☆ Die Frage der politischen Unterdrückung, der aus politischen Gründen Inhaftierten ist von jeher ein Brennpunkt des Kampfes zwischen proletarischer und bürgelicher Ideologie. Es kommt unserer Meinung nach darauf an, das große Ziel der klassenlosen Gesellschaft, des Kommunismus, mit der zentralen Aufgabe der sozialistischen Revolution, der Durchführung der bewaffneten Revolution der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten und der Errichtung der Diktatur des Proletariats, der sozialistischen Demokratie, zu verbinden, vor allem Klarheit über die grundlegenden Aufgaben der sozialistischen Revolution zu schaffen. Wir meinen, daß die Auseinandersetzung darüber dringend nötig ist, um wirklich auf lange Sicht die Solidaritätsarbeit mit den demokratischen und revolutionären Gefangenen voranzubringen und nicht im antikommunistischen Sumpf enden zu lassen.

Wir haben vergangenes Jahr in einem Flugblatt zum Thema der demokratischen und revolutionären Gefangenen ausführlicher Stellung genommen und bemühen uns, es in andere Sprachen zu übersetzen, um es unter den revolutionären Kräften in anderen Ländern verbreiten und diskutieren zu können im Bestreben, die Debatte und praktische Unterstützung für die kämpfenden revolutionären und demokratischen Gefangenen voranzubringen.

☆ Es lebe der proletarische Internationalismus!

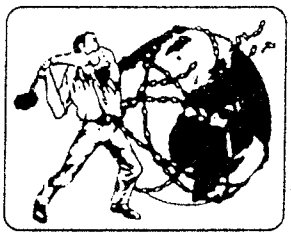
☆ Freiheit für alle revolutionären und demokratischen Gefangenen!

Frankfurt, 16.6.1998

PROLÉTAIRES DE TOUS LES PAYS, UNISSEZ-VOUS!
PROLÉTAIRES DE TOUS LES PAYS ET PEUPLES OPPRIMÉS, UNISSEZ-VOUS!
GEGEN DIE STRÖMUNG
Organe pour l'édification du Parti Communiste Révolutionnaire d'Allemagne

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

6/7 98 Juni/Juli 1998

Gegen die 60-Jahre-Jubelfeier des „Musterbetriebs" des deutschen Monopolkapitals:

VW – in der ungebrochenen Tradition der Verbrechen des Nazi-„Musterbetriebs"

Am 26. Mai 1938 legten die Nazis mit großem propagandistischen Aufwand den Grundstein für das VW-Werk. Heute, zum 60jährigen „Jubiläum" loben nicht nur die VW-Kapitalisten selbst, sondern auch viel Prominenz aus Politik und Wirtschaft" die „Erfolgsgeschichte" und die „Leistungen" des VW-Konzerns in höchsten Tönen. Das ist kein Zufall. Denn dieses von den Nazis gegründete, bewußt als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb" aufgebaute Unternehmen spielt in der Tat damals wie heute nicht nur eine große Rolle im Ausbeutungssystem des deutschen Imperialismus, sondern hat auch in vielerlei Hinsicht eine Vorreiterrolle im System der reaktionären und chauvinistischen „Deutschen Ideologie".

Die Kontinuität des Nazismus, die Tradition des Musterbetriebs für das deutsche Monopolkapital geht in mehrfacher Hinsicht über das Jahr 1945 hinaus. Bis heute weigert sich VW, die Opfer der Zwangsarbeit zu entschädigen.

Gleichzeitig muß herausgestellt werden, daß die riesigen Profite von VW auch heute sehr wesentlich durch die extreme Ausbeutung und Unterdrückung zehntausender VW-Arbeiterinnen und -Arbeiter vor allem in den abhängigen Ländern erzielt werden sowie auch durch die besonders starke Ausbeutung weitgehend rechtloser Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern bei VW in Deutschland selbst.

I. Weder vergeben, noch vergessen: Die Verbrechen des Nazi-Rüstungsbetriebes VW

Das VW-Werk und die eigens dafür aus dem Boden gestampfte „Stadt des Kraft-durch-Freude-Wagens" war von vornherein zentraler Bestandteil der Kriegsindustrie des deutschen Imperialismus. VW hatte im unmittelbaren Auftrag für das Nazi-Kriegsministerium eine kriegswichtige Rolle zur Durchführung des Raubkriegs des deutschen Imperialismus:

- Schon 1939, ein Jahr nach der Grundsteinlegung des Werks, wurde mit der Produktion von Kriegsflugzeugen begonnen (vor allem JU-88 und des Focke-Wullf-Jägers Ta 152)[1].
- Verschiedene Minenarten (Teller- und Sprengminen), Schwimmgeräte und Motoren für Panzer wurden bei VW hergestellt.[2]
- Rund 60.000 „Kübelwagen" produzierte VW für die Nazi-Wehrmacht und Waffen-SS.[3]
- VW war selbst größter Serienproduzent der „V1"-Rakete (ca. 13.500) und koordinierte die gesamte V1-Produktion.[4]

Dabei profitierte VW nicht nur von den nazistischen „Arisierungsmaßnahmen" (z. B. Luckenwalder Feintuchfabrik 1941), sondern es gelang den VW-Konzernherren unter der Leitung von Porsche und Piëch auch im Gefolge der militärischen Überfälle Nazi-Deutschlands, in den okkupierten Länder Fabriken an sich zu reißen (z. B. das Peugeot-Werk Montbéliard). Am 30. April 1943 erhielt VW den Titel „Kriegsmusterbetrieb" für „ganz besondere Leistungen in der Rüstungsproduktion".[6]

Der Nazi-Konzern VW existierte von Anfang an auf dem Blut und Schweiß der Sklavenarbeiterinnen und -arbeiter

Rund 18.000 Menschen waren während des Nazifaschismus bei VW beschäftigt, nur rund 1/6, also 3000, waren deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter, größtenteils Vorarbeiter und Meister. Von den „Errungenschaften für die Belegschaft" des Nazi-Konzerns kann in Herrenmenschenmanier nur reden wer vertuscht, daß die Produktion bei VW in der Hauptsache auf der extremen Ausbeutung von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen beruhte, die dort vielfach zu Tode geschunden wurden.[7]

- *Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter:* Auf der Suche nach Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern folgte VW den Spuren der Nazis in die überfallenen Länder. Im Jahre 1940, also ein Jahr nach Produktionsbeginn, kamen die ersten Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, 1500 Polinnen und Polen, bei VW an.[8] Im Oktober 1942 wurden weitere 1500 polnische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter geschickt.[9] Sie mußten das Kennzeichen „P" deutlich sichtbar auf der rechten Brustseite tragen. Mitte 1943 wurden ca. 1.500 Franzosen und 500 Belgier für die Zwangsarbeit bei VW deportiert.[10] Nach größeren Streikaktionen in den Niederlanden 1943 wurden von den Nazi-Besatzern kurzerhand alle Studenten zur Zwangsarbeit „verpflichtet", 200 bis 300 niederländische Studenten wurden so zu VW verschleppt[11]. Die größte Anzahl von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern – bis 1944 waren es zwischen 4000-5000[12] –, wurde aus der sozialistischen Sowjetunion verschleppt. War die Lage der Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter insgesamt von brutalster Unterdrückung gekennzeichnet, so war dies besonders der Fall bei den aus Polen und der sozialistischen Sowjetunion verschleppten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Auf der Grundlage der Nazi-Ideologie von den „slawischen Untermenschen" wurden sie systematisch geschunden und mißhandelt. Gleich nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 schickte die VW-Leitung einen persönlichen Referenten Porsches in die besetzte Sowjetunion, um sich „vor Ort" Zwangsarbeiter zu beschaffen.[13]

Bei der „Beschaffung" von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern wurde mit äußerst brutalen

Arbeiter von VW-Wolfsburg, die aus guten Gründen anonym bleiben wollen, protestieren gegen die Verweigerung von Entschädigungszahlungen an Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter

Methoden vorgegangen: vom Sperren der Lebensmittelkarten, über die Androhung zur Erschießung, der Verhaftung von Familienmitgliedern bis hin zu regelrechten Menschenjagden. Vor allem in Polen und der Sowjetunion wurden ganze Dörfer umstellt. Die Einwohner wurden aus ihren Häusern gezerrt, zusammengetrieben und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Darunter waren nicht selten auch Kinder, die schon ab 10 Jahren als „Arbeitskräfte" gerechnet wurden[14].

Über die qualvollen Tage und Wochen des Transports von nicht selten Tausenden von Kilometern in Viehwaggons berichtet ein ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter:

> **„Hier [in Lublin] war ein Sammellager, wo furchtbare Bedingungen herrschten: Hunger, Kälte, Angst und wir mußten stundenlang in Reihen stehen. Viele weinten, jammerten und schrieen, denn man nahm die Kinder von den Müttern weg und sortierte uns alle wie Ware zum Verkauf... Dann wurde ein großer Transport von arbeitsfähigen Personen zusammengestellt, und in Güterwagen wurden wir nach Deutschland gebracht. Wir waren ungefähr zwei Wochen unterwegs... Manchmal versorgte man uns mit einem Stück Brot oder etwas Suppe. So brachte man uns in die ‚Stadt des KdF-Wagens'. Hier sagte man uns, daß wir in der Fabrik arbeiten werden. So kamen mehrere Meister heraus aus der Fabrik und suchten sich einige Personen aus."[15]**

• ***Kriegsgefangene:*** Beim Einsatz von Kriegsgefangenen in der Rüstungsproduktion spielte VW eine Vorreiterrolle. VW-Beauftragte suchten sich Kriegsgefangene im „Stammlager XI B" in Fallingbostel[16], aber auch in den Kriegsgefangenenlagern in den von den Nazis besetzten Gebieten in der Sowjetunion aus.[17]

Schon im Herbst 1941 kamen 850 sowjetische Kriegsgefangene[18], 1942 verlangte VW weitere 800 französische Kriegsgefangene. 1943, nach dem Sturz Mussolinis, wurden 1400 italienische Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit bei VW gezwungen[19]; ebenso erging es 200 serbischen Kriegsgefangenen[20]. Übereinstimmend schildern Überlebende, daß die sowjetischen Kriegsgefangenen am brutalsten behandelt wurden. Jeglicher Kontakt mit den übrigen Arbeiterinnen und Arbeitern war ihnen verboten, sie litten unter Hunger, Kälte und der Brutalität ihrer Bewacher. Zeitweise hatten sie gar keine Unterkünfte und mußten unter freiem Himmel schlafen.

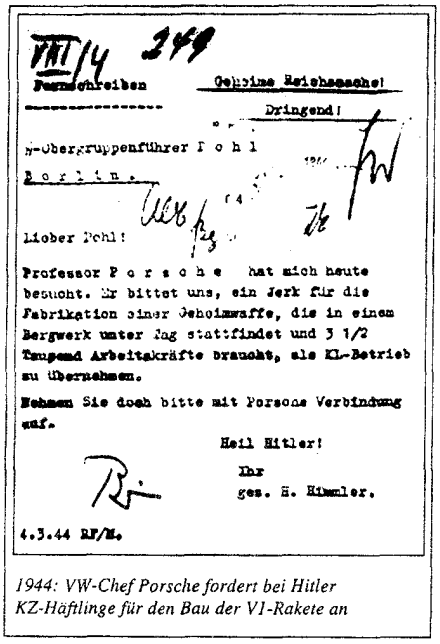
• ***KZ-Häftlinge:*** Besonders auch bei der Erprobung des „Einsatzes" von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie preschte VW voraus. Vier KZs wurden bis 1945 auf dem VW-Gelände oder in unmittelbarer Nähe davon errichtet.

Das erste war ein KZ mit dem zynischen Namen „Arbeitsdorf" auf dem Gelände des VW-Werks. Auf Vorschlag Porsches hatte Hitler am 11.1. 1942 angeordnet, daß für die Fertigstellung und den Ausbau der Leichtmetall-Gießerei im VW-Werk KZ-Häftlinge eingesetzt werden sollen. Das KZ „Arbeitsdorf" war ein „Pilotprojekt", in dem die für die Nazifaschisten effektivste Form der Ausbeutung von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie „erprobt" werden sollte. Die SS stellte dafür rund 1200 KZ-Häftlinge zur Verfügung, vor allem aus den KZs Sachsenhausen, Neuengamme und Buchenwald.[21] Nahezu die Hälfte der Häftlinge wurde während der halbjährigen Dauer des „Pilotprojekts" zu Tode geschunden.

Joseph Sobieralski, ein Überlebender, berichtet:

> **„Ich wurde mit 600 anderen Häftlingen nach Fallersleben gebracht und nach drei Monaten waren von uns ca. 150 gestorben und mit mir wurden 150 nach Sachsenhausen als arbeitsunfähig zurückgebracht. Am Ende der Aufbauarbeiten, d.h. nach sechs Monaten, kamen nochmals 150 Mann nach Sachsenhausen zurück, die mir selbst sagten, daß die restlichen 150 Mann während der letzten drei Monate gestorben waren."[22]**

Den KZ-Häftlingen war jeder Kontakt mit den übrigen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen verboten. Geschunden durch die Schwerstarbeit bei VW, durch Unterernährung und Krankheiten waren die KZ-Häftlinge noch den Schlägen und Knüppeln der SS ausgesetzt. Über ein Drittel aller verstorbenen KZ-Häftlinge sind durch Mißhandlungen und Folter der VW-SS-Männer ermordet worden.[23]



Fernschreiben — Geheime Reichssache! — Dringend!

An SS-Obergruppenführer P o h l

B e r l i n .

Lieber Pohl!

Professor P o r s c h e hat mich heute besucht. Er bittet uns, ein Werk für die Fabrikation einer Geheimwaffe, die in einem Bergwerk unter Tag stattfindet und 3 1/2 Tausend Arbeitskräfte braucht, als KL-Betrieb zu übernehmen.

Nehmen Sie doch bitte mit Porsche Verbindung auf.

Heil Hitler!

Ihr
ges. H. Himmler.

4.3.44 RF/M.

1944: VW-Chef Porsche fordert bei Hitler KZ-Häftlinge für den Bau der V1-Rakete an

Nicht nur in Wolfsburg selbst setzte VW KZ-Häftlinge in der Produktion ein. Im März 1944 wurde VW bei Himmler vorstellig und forderte für sein Erzbergwerk im französischen Tiercelet 3500 Häftlinge aus dem KZ Natzweiler für die V1-Produktion unter Tage an.[24] Wegen der herannahenden Truppen der Anti-Hitler-Koalition ließ VW die Produktion dann im September 1944 in das KZ Dora-Mittelbau verlegen.

In den Jahren 1944/45 wurden drei weitere KZs in Wolfsburg errichtet. Am 24. April 1944 wurde auf dem Laagberg, 3 km vom VW-Werk entfernt, eine Außenstelle des KZs Neuengamme errichtet. Dort wurden rund 800 französische sowie 350 spanische KZ-Häftlinge inhaftiert.[25]

• ***Jüdische KZ-Häftlinge:*** Im Mai kam eine Gruppe von 800 ungarischen Juden auf dem Laagberg an, die in Auschwitz von VW-Ingenieuren als „arbeitstauglich" selektiert worden waren und bei VW für die Produktion der „V1" eingesetzt werden sollten.[26] Im August 1944 wurden ungarische Jüdinnen von Auschwitz in das VW-Werk deportiert. Für sie wurde im VW-Werk als Außenstelle des KZ Neuengamme im Keller Halle 1 ein KZ errichtet. Insgesamt mußten dort ca. 650 weibliche KZ-Häftlinge bei der Produktion von Munition und Tellerminen schuften.[27]

• ***Kinderermordungen:*** Schwangere polnische und sowjetische Frauen aus dem Volkswagenwerk mußten kurz vor der Geburt in die Baracken des „VW-Kinderheims". Bei der Entbindung wurden sie nicht medizinisch betreut und spätestens 16 Tage nach der Geburt wurden sie wieder zur Rückkehr an ihren Arbeitsplatz gezwungen. Ihre Babys mußten die Frauen im „VW-Kinderheim" zurücklassen. Anfangs war das Kinderermordungsheim auf dem VW-Gelände im sog. „Ostlager" untergebracht, danach wurde es in den Ort Rühen verlegt.[28] Ungefähr 400 Säuglinge und Babys wurden dort durch Unterernährung, mangelnder Hygiene und Krankheiten getötet.[29] 1944 betrug die Todesrate unter kranken Säuglingen beispielsweise nahezu 100 Prozent.[30] Leiter des „VW-Kinderheims" war der VW-Werksarzt Körbel, ein Nazi der ersten Stunde.[31]

☆☆☆

Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge waren einem ungeheuren Terror ausgesetzt. Der VW-„Werkschutz", hervorgegangen aus dem „SS-Sondersturm Volkswagen", bestand fast ausschließlich aus SS-Männern. In seine Zuständigkeit fiel auch die Bewachung der Lager der Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge[32]. Über die Folterung eines französischen Zwangsarbeiters heißt es:

> **„Die SS brachte ihn in einen Wald, der sich auf dem Werksgelände befand, und zwang ihn, kniend eine schwere Eisenstange wiederholt hochzuheben. Jedes Mal, wenn der so Bestrafte die Eisenstange anhob, erhielt er einen Schlag mit der Peitsche auf den nackten Rükken...."[33]**

Der VW-Werkschutz verfügte auch über einen sogenannten Strafbunker, wo die SS-Männer aus den geringsten Anlässen, mißhandelten und folterten. Auch die Gestapo hatte im VW-Werk eine Dienststelle.[34] In ihre Zuständigkeit fiel das VW-eigene „Straflager" (Lager18)[35] sowie das ge-

Überlebende Häftlinge des VW-eigenen KZs Laagberg bei ihrer Befreiung durch die Truppen der Anti-Hitler-Koalition im April 1945

Mommsens „Standardwerk" über die Rolle von VW im Nazifaschismus: Eine nachträgliche Rechtfertigung der Verbrechen von VW und eine Verhöhnung der Nazi-Opfer

Im Jahre 1986 bezahlten die VW-Konzernherren dem bürgerlichen Historiker Mommsen 2,6 Millionen DM für ein Forschungsprojekt über die Verwicklung VWs mit der „Zwangsarbeiterfrage". Fünf Jahre später war daraus Mommsens 1055 Seiten umfassendes Machwerk „Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich" (Düsseldorf 1996) entstanden. Unter dem Deckmantel einer „wissenschaftlichen Studie" schönt und rechtfertigt dieses Machwerk einerseits die Verbrechen von VW und verhöhnt andererseits die Zwangsarbeiterinnen und –arbeiter, die KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen, schildert ihre Lage mit unglaublichem Zynismus und stellt ihre Aussagen als unglaubwürdig dar.

Mommsens methodischer Trick, mit dem er erreicht, daß nach der Lektüre der 1055 Seiten „keiner mehr durchblickt", besteht darin, einen Wust von Details, von unwichtigen und vor allem ablenkenden Fragen mit wesentlichen Fragen zu vermischen. Seitenlang läßt er sich darüber aus, wieviele Lehrlinge 1944 die Abschlußprüfung mit welchen Noten bestanden haben, um wieviel Kubikzentimeter der Hubraum des VW-Kübelwagens in seiner „Tropenversion" erhöht wurde usw.

1. Drecksargument: Nazi-Lehrlingsausbildung = „ernstzunehmende Reform des zeitgenössischen Berufsschulunterrichts"

Wer Mommsens Machwerk liest, wird schnell merken, daß sich hinter der Fassade der scheinbaren Wissenschaftlichkeit und Objektivität eine unverholene Parteinahme für die VW-Verbrecher verbirgt. Übel wird einem schon bei der Wortwahl, die Mommsen verwendet und womit er verrät „wes' Geistes Kind" er ist. Die VW-KZs nennt er auch „Arbeitslager"[1], ungeniert spricht er im Nazi-Jargon von „Ostarbeitern"[2], die Befreiung Wolfsburgs ist für ihn eine „Besetzung". Unverkennbar beeindruckt ist Mommsen jedoch von Leistungen und Erfolgen des Nazi-Musterbetriebs. Die Nazi-Lehrlingsausbildung beschreibt er als „ernstzunehmende Reform des zeitgenössischen Berufsschulunterrichts".[3]

2. Drecksargument: „Zwangsarbeiterbeschäftigung...eine erstaunliche organisatorische und logistische Leistung"

Anerkennung findet bei ihm auch die Organisierung der mörderischen Zwangsarbeit über die er schreibt:

„Die Ausländer- und Zwangsarbeiterbeschäftigung in der Volkswagenwerk GmbH stellt in mancher Beziehung eine erstaunliche organisatorische und logistische Leistung dar...."[4]

Geradezu harmonisch und als modellhaft für heutige kapitalistische Konzerne erklärt Mommsen:

„Mit Ausnahme der KZ-Häftlinge,....trafen die übrigen Ausländer einschließlich der Kriegsgefangenen am Arbeitsplatz aufeinander, und in dieser Beziehung bildete sich eine multi-ethnische Struktur unterhalb der Leitungsebene ...[5]"

Hingegen beklagt er die „verminderte Leistungsbereitschaft[6]" und „Motivation" der Zwangsarbeiter, die er auf „fehlende Arbeitsanreize"[7] zurückführt.

3. Drecksargument: Aussagen überlebender KZ-Häftlinge werden als Lügen hingestellt!

Für sein „Forschungsprojekt" hatte Mommsen Zugang zu den gesamten VW-Archiven. Hierauf stützt sich nahezu die gesamte „Studie". Um sein Ziel zu Erreichen, den VW-Konzern „reinzuwaschen", scheut sich Mommsen auch nicht, die Aussagen Überlebender zu diskreditieren und in den Dreck zu ziehen. Ehemalige Häftlinge des VW-KZs Laagberg, die in späteren Prozessen ausgesagt haben, werden von Mommsen als Lügner dargestellt:

„Die Aussagen, die überwiegend im Zusammenhang von Strafprozessen stehen haben teilweise die Tendenz, die Zustände im Lager möglichst unerträglich zu schildern und den jeweiligen Beschuldigten möglichst zu belasten."[8]

4. Drecksargument: „Die hygienischen Bedingungen" der Nazi-VW-KZs werden als „zufriedenstellend" bezeichnet!

Für Monmsen hingegen war die Lage der KZ-Häftlingen „einigermaßen erträglich"[9]. Zum VW-KZ „Arbeitsdorf" erklärt er:

„Die hygienischen Bedingungen waren – jedenfalls im Vergleich zu anderen Lagern – zufriedenstellend..."[10].

Was soll der relativierende Verweis auf andere KZs? Sollen die KZ-Häftlinge VW etwa noch dankbar sein, daß sie bessere Klos hatten als in den KZs, aus denen sie zu VW geschickt wurden??

5. Drecksargument: Mommsen propagiert das Nazi-Bild vom „dreckigen Polen" und hetzt gegen ausgebeutete italienische Arbeiter

Die unglaubliche Beschönigung der mörderischen Sklavenbedingungen bei VW vermischt sich darüber hinaus mit Mommsens dumpfen Rassismus, dem Bild von „dreckigen Polen", die deutsche Herrenmenschen sogar zum Waschen zwingen müssen. Es

„wurden neben einer monatlichen Desinfizierung der Baracken verordnet, daß jeder Insasse einmal wöchentlich ... eine öffentliche Badeanstalt aufsuchte. Man erzwang die Einhaltung der Vorschrift, indem die Ausgabe der Essensmarken davon abhängig gemacht wurde."[11]

Deutlich wird: Mommsen verachtet und verabscheut die ausgebeuteten italienischen Arbeiter. Zum Protest ausgebeuteter italienischer Arbeiter gegen die unzureichende Ernährungslage ist Mommsens verhöhnender Kommentar:

„Der unentbehrlich scheinende Chianti,... war immer seltener zu erhalten."[12]

6. Drecksargument: Mommsen im Stile eines SS-Wachmanns über den Widerstand in den Nazi-VW-KZs: „Zusammenrottung" - „plündernde Zwangsarbeiter"...

Mommsens Arroganz wird ergänzt durch seinen Haß gegen den Widerstand. Eine spontane Widerstandsaktion im VW-Werk zur Solidarisierung französischer und niederländischer Zwangsarbeiter, in ihrer Mehrzahl niederländische Studenten, ist für Mommsen eine „Zusammenrottung". Im Stil eines SS-Wachmanns schreibt er:

„Der Zwischenfall stellte gewiß keine bewußte Zusammenrottung dar, sondern beruhte auf jugendlichem Leichtsinn der Beteiligten."[13]

Schließlich, kurz vor der Befreiung Wolfsburgs empört sich Mommsen über „renitente", widerspenstige Zwangsarbeiter:

„Schon in den vorausliegenden Tagen hatte es bei der ausländischen Belegschaft Anzeichen von Renitenz gegenüber dem Werkschutz gegeben. Nunmehr bestand die Gefahr, daß durch protestierende und plündernde Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene erheblicher Sachschaden entstand."[14]

Quellen:

1 Mommsen, Hans/Grieger, Manfred, Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 796; 2 ebenda, S. 597, 3 ebenda, S. 241, 4 ebenda, S. 44, 5 ebenda, S. 513, 6 ebenda, S. 522, 7 ebenda, S. 583, 8 ebenda, S. 769 f., 9 ebenda, S. 510, 10 ebenda, S. 510, 11 ebenda, S. 576, 12 ebenda, S. 299, 13 ebenda, S. 734, 14 ebenda, S. 950.

fürchtete KZ-ähnliche „Arbeitserziehungslager" Lager 21 bei Salzgitter, in dem die Häftlinge nicht selten zu Tode geprügelt wurden. Jeden Monat wurden dort zur Abschreckung mehrere Zwangsarbeiter öffentlich erhängt.[36]

118 Seiten, 10 DM

Widerstandsaktionen bei VW

Selbst unter dem grausamen Terrorregime bei VW gab es Widerstand. Bei VW in Wolfsburg erfolgte dieser fast ausschließlich von seiten der Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen. Dokumentiert sind vor allem Sabotageaktionen, Manipulation von Werkzeugen, provozierte Kurzschlüsse und Stromausfälle sowie die Produktion von Ausschuß. Sowjetische Zwangsarbeiter, die in der Materialinspektion arbeiteten, unterrichteten z.B. die Arbeiter in der Produktion von dem zu hohen angefallenen Ausschuß, die dann den Ausschuß heimlich aus der Inspektion abholten und in den Mittellandkanal warfen[37]. Versucht wurde auch Informationen über die Kriegsproduktion bei VW den Armeen der Anti-Hitler-Koalition zukommenzulassen.[38]

Sowjetische und französische Kriegsgefangene versuchten, in einer gemeinsam organisierten Widerstandsaktion mehrere Male im VW-Werk das Kraftwerk zu sprengen, um so den ganzen Betrieb lahmzulegen. Als diese Versuche gescheitert waren, beschlossen sie, die Turbine außer Kraft zu setzen, was auch gelang.[39]

Solidarität von Deutschen erfuhren die VW-Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen in erster Linie von deutschen KZ-Häftlingen oder sogenannten „Militärstrafgefangenen", also u.a.Wehrmachtsdeserteuren. Dokumentiert ist ein Fall bei dem 20 deutsche Militärhäftlinge gegen einen SS-Werkschutzmann vorgingen, der einen sowjetischen Kriegsgefangenen mißhandelte.[40]

Anders war die Situation in den VW-Betrieben außerhalb Deutschlands, so etwa in dem von Nazi-Deutschland okkupierten Frankreich. Zum Beispiel verlief die Produktion im französischen Peugeot-Werk Montbéliard mit 15.500 Arbeiterinnen und Arbeitern nicht so, wie die Nazis sich das erwünscht hatten. Es gab im besetzten Frankreich eine starke, auch bewaffnet kämpfende Widerstandsbewegung, die von breiten Teilen der Bevölkerung unterstützt wurde. Seit 1943 mehrten

sich auch im Peugeot-Werk Sabotageaktionen. So konnte im September 1943 das gesamte Reifenlager von der Résistance abgebrannt werden. Der VW-SS-Werkschutzleiter schickte daher einen SS-Obersturmführer ins Peugeot-Werk. In seinem Bericht heißt es:

> „In dieser Zeit hatte die französische Maquis schon begonnen, sich zu regen. Daher ergab es sich als wichtige Aufgabe, die Werksanlagen und den Gang der Produktion so sehr zu sichern, wie es nur möglich war ... Alle gefährdeten Hallen und Maschinen wurden durch Mauern, Drahtverhaue, Sondereingänge vor Sabotage geschützt. Tag und Nacht kontrollierten laufende Streifen, verstärkten dadurch die stehenden Doppelposten..."[5a]

Wiederholt kam es im Werk zu Streiks: Als die VW-Werksleitung 1944 ein Fahrradverbot erließ, weil Widerstandskämpfer auf Fahrrädern VW-Wachposten erschossen hatten, traten alle französischen Arbeiterinnen und Arbeiter in einen Streik. Schließlich mußte VW die Fabrik schließen, nicht ohne vorher jedoch ihr Beutegut, „Arbeiter und Maschinen" nach Deutschland zu verschleppen. [5b]

VW = Nazi-Musterbetrieb

Das Volkswagen-Werk war ein Nazi-Vorzeigebetrieb und wurde mit den verschiedensten „Auszeichnungen" ausgestattet: Im Mai 1943 erhielt VW das „Leistungsabzeichen in Silber für vorbildliche Berufserziehung"[41], im gleichen Jahr erhielt es die „Auszeichnung in Silber für vorbildliche Heimstätten und Wohnungen"[42]. Am 1. Mai 1944 wurde VW schließlich als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb" ausgezeichnet.[43]

Noch heute wird anläßlich der diversen VW-Jubiläumsfeiern 1998 direkt oder indirekt die reaktionäre und pronazistische Demagogie verbreitet, daß es beim VW-Konzern der Nazis diesbezüglich angeblich doch auch „positive Seiten" gegeben habe, nämlich ein „für seine Zeit hochmodernes Unternehmen" auch mit „vorbildlichen sozialen Errungenschaften für die Belegschaft".

In der Tat gab es für die hochprivilegierten deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter, die selbst als „einfache" Arbeiterinnen und Arbeiter faktisch Vorarbeiterrolle hatten, gewisse soziale Leistungen wie allgemeine Speise- und Waschsäle, Betriebsärzte, die Einrichtung einer betriebseigenen Krankenkasse, relativ umfassende Lehrlingsausbildung an den damals modernsten Maschinen usw. Damit sollten die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter korrumpiert und an die Ideologie und Politik von der „Volksgemeinschaft" gekettet werden, was in einem sehr hohen Maß auch gelungen ist. Außerdem gab es zahlreiche nazikulturelle und -sportliche Veranstaltungen, damit die Ideologie des Nazi-Musterbetriebs alle Lebensbereiche durchdrang.

Mit der These von der angeblich „fortschrittlichen Seite" des Nazi-Musterbetriebs VW, hinter der im Grunde die These von der angeblich „fortschrittlichen Seite" des Nazismus überhaupt steht, wird ausgeblendet und beschönigt, daß der VW-Konzern insgesamt und in jeder Hinsicht Produkt und Nutznießer des Nazifaschismus war und jede seiner Maßnahmen dessen aggressiven imperialistischen Weltherrschaftszielen bis hin zum Völkermord diente. Die Ideologie der nazistischen klassenversöhnlerischen „Volksgemeinschaft", in der es nur noch „Volksgenossen" und „Arbeitskameraden" gibt, die „alle an einem Strang ziehen", existiert bis heute in abgewandelter Form. Diese These von der „fortschrittlichen Seite" beruht vor allem auch auf dem deutsch-chauvinistischen Herrenmenschenstandpunkt. Denn dabei wird ausgeblendet, daß überhaupt nur deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter in den Genuß dieser „sozialen Leistungen" kamen, während die übergroße Mehrheit, die Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, die Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge Sklavenarbeit verrichten mußten.

Zu einigen Besonderheiten des Nazi-Betriebs VW

Tatsache ist, daß es während der Zeit der Nazi-Diktatur in der deutschen Bevölkerung wenig Widerstand gab. Tatsache ist aber auch, daß dieser Widerstand in erster Linie von seiten der Arbeiterinnen und Arbeiter kam. Diese allgemeine Feststellung läßt sich jedoch auf VW nicht so ohne weiteres übertragen. Denn gerade der Nazi-„Musterbetrieb" weist einige Besonderheiten im Vergleich zu vielen anderen kapitalistischen Großbetrieben im damaligen Nazi-Deutschland auf.

Ganz allgemein muß zunächst festgestellt werden, daß sich die Lage und Struktur der Arbeiterklasse in Deutschland von 1933 bis 1938 und noch mehr dann ab 1940/41 erheblich verändert hatte:

- Als die Bauarbeiten für die Errichtung des VW-Werks begannen, war es den Nazifaschisten bereits gelungen, die kommunistische und Arbeiterbewegung in Deutschland, ihre Organisationen weitgehend zu zerschlagen. Ein sehr großer Teil der Genossinnen und Genossen der KPD war in den Gefängnissen und KZs.

- Das VW-Werk wurde innerhalb kürzester Zeit in einem nicht-industrialisierten Gebiet aus dem Boden gestampft. Es war insofern eine geschichtslose Fabrik ohne gemeinsame Kampftradition und -erfahrung der Arbeiterinnen und Arbeiter, ohne langjährige kommunistische Betriebsarbeit.

- Bei der Anwerbung der deutschen Facharbeiter suchte sich VW gezielt Nazis bzw. Nazi-Anhänger aus[44], soweit das beim herrschenden Arbeitskräftemangel möglich war. Um bei VW einen Ausbildungsplatz zu erhalten, mußte z. B. ein Empfehlungsschreiben der HJ vorgelegt werden. Das Lehrlingsheim unterstand der HJ und während der dreijährigen Ausbildung in der betriebseigenen Werksschule wurde auf die Vermittlung der Nazi-Ideologie höchsten Wert gelegt[45]. Damit sollte ein neuer Typus von „deutschen Facharbeitern" herangebildet werden, der eine „hohe Qualifikation mit nationalsozialistischer Gesinnungsfestigkeit" verband.[46]

- Anders als seine kapitalistischen Konkurrenten verfolgte VW als Vorreiter von Beginn an das Konzept, daß die Belegschaft nur zu 30 % aus Facharbeitern, Vorarbeitern und Meistern bestehen sollte, 70 % sollten Hilfsarbeiter sein[47]. Letztere waren bei VW vor allem seit Kriegsbeginn die Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, die Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge.

- Die deutschen Arbeiter- und -arbeiterinnen bei VW waren in jeder Hinsicht privilegiert. Nur sie kamen in den Genuß der „großzügigen betrieblichen Sozialleistungen", und während die Zwangsarbeiter in Baracken hausen mußten, konnten sie in die neu gebauten Wohnungen in der „Stadt des KdF-Wagens" einziehen. Ideologisch versuchte VW – nicht ohne Erfolg – die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter mit dem Gift des deutschen Chauvinismus und Herrenmenschentums zu verhetzen.[48]

Mithilfe dieser materiellen Korrumpierung und auf Grundlage der verbrecherischen Nazi-Herrenmenschen-Ideologie gelang es den VW-Oberen sehr weitgehend, eine ihr ergebene Schicht von privilegierten und korrumpierten Arbeitern heranzuzüchten, die das Elend der Zwangsarbeiter nicht nur skrupellos mitansehen, sondern die Zwangsarbeiter oft genug selbst beschimpften, mißhandelten, schlugen und nicht selten zu Tode prügelten.[49] Auf die große Masse der 3.000 deutschen Werktätigen bei VW in Wolfsburg zur Zeit des Nazifaschismus trafen durch diese Privilegierung gegenüber der übergroßen Mehrheit der 15.000 bis aufs Blut und bis in den Tod extrem ausgebeuteten Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen daher weitgehend die Merkmale jener Schicht zu, die als Arbeiteraristokratie bezeichnet wird.[49a]

Nicht wenige aus der deutschen Bevölkerung in Wolfsburg bereicherten sich zusätzlich noch ganz persönlich an der verbrecherischen Zwangsarbeit der Nazifaschisten. Zum Beispiel gab es einen regelrechten Sklavenmarkt italienischer Zwangsarbeiter. Sie mußten sich sonntags um 9.00 Uhr in Fünferreihen aufstellen und wurden dann zu Arbeiten in Privathaushalten eingeteilt.[50]

Eindrucksvoll ist die Schilderung von Julia Kertesz. Sie war in Auschwitz der Selektion entgangen und ins VW-Werk deportiert worden. Wenn sie zusammen mit anderen Leidensgenossinnen sonntags von den SS-Wachmannschaften zur Feldarbeit getrieben wurde, passierten sie Wolfsburg:

> **„Es gab uns einen Stich ins Herz, als wir die Privathäuser mit Gardinen sahen und die Zivilbevölkerung schmuck und sonntäglich gekleidet. Wir waren betroffen darüber, daß – während wir als Maulwürfe vegetierten – draußen das Zivilleben weiterging."**[51]

II. Die ungebrochene Tradition bei VW und in Wolfsburg über die militärische Niederlage des deutschen Imperialismus hinaus

1945 war der deutsche Imperialismus geschlagen, aber nicht vernichtet und zerschlagen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem blieb erhalten, die deutschen Banken und Konzerne gelangten zu alter Macht und Herrlichkeit. Wie in einem Brennglas läßt sich diese Entwicklung bei VW in Wolfsburg verfolgen und zeigt dennoch einige Besonderheiten auf.

Insbesondere wird hier mit aller Deutlichkeit das hohe Maß der Kontinuität des Nazismus auch unter den bürgerlich-demokratischen Verhältnissen seit 1945 deutlich.

Dabei muß die Widersprüchlichkeit dieser Entwicklung gesehen werden, denn es gab allgemein und auch bei VW durchaus einige Ansätze des Antinazismus, die allerdings keine nachhaltige Wirkung zeigten.

Zum einen führt die Geschichte von VW nach 1945 deutlich vor Augen, warum es 1945 absolut notwendig war, daß Deutschland von den Truppen der Anti-Hitler-Koalition militärisch besetzt werden mußte, um die Naziherrschaft zu beseitigen. Zum andern wird daran auch sichtbar, daß die von der Anti-Hitler-Koalition im Potsamer Abkommen beschlossene Demokratisierung und Entnazifizierung Deutschlands in Westdeutschland nur auf dem Papier blieb, weil die darin vorgesehenen Maßnahmen durch die westlichen Imperialisten im Zuge des sich verstärkenden Antikommunismus zunehmend sabotiert wurden.

„Das VW-Werk ist zum Sammelbecken reaktionärer und nationalsozialistischer Elemente geworden..."

Nach anfänglichen Entnazifizierungsmaßnahmen erklärte der britische Werkskommandant Major Hirst im April 1946 die Entnazifizierung für beendet. Dies stieß auf heftigen Widerstand des VW-Betriebsrats und der Gewerkschaft.[52] Zwei weitere Entnazifizierungsausschüsse wurden gebildet und tagten ab Mai 1946 im Volkswagenwerk. Bei einer Belegschaft von 8000 (darunter nun viele im Rahmen des Potsdamer Abkommens aus Polen und der Tschechoslowakei umgesiedelte Deutsche) behandelten sie 1161 Fälle und schlugen die Entlassung von lediglich 208 Personen wegen Betätigung für die NSDAP vor[53]. Vor allem VW-Werksangehörige in leitenden Positionen konnten dagegen immer wieder erfolgreich Berufung einlegen.

Im Juni 1946 fand in Helmstedt vor einem britischen Militärgericht der Prozeß gegen den leitenden VW-Werksarzt Körbel statt. Dabei zeigte sich bereits, wie stark das nazistische und pronazistische Potential war. Körbel wurde wegen „bewußter Vernachlässigung" von Hunderten von verstorbenen Babys und Kindern polnischer und sowjetischer Nationalität im VW-„Kinderheim" zu Tode verurteilt.[54] Dagegen wurde eine Unterschriftensammlung gestartet, in der sich innerhalb von 11 Tagen 589 Wolfsburgerinnen und Wolfsburger gegen das Todesurteil aussprachen. Der Kirchenvorstand betonte in einem Gnadengesuch an die Militärbehörden Körbels „Frömmigkeit".[55]

Ehemalige KZ-Häftlinge und Antifaschisten schrieben an 18.6.1947 an die Werksleitung von VW:

> **„Uns ist wohlbekannt, daß das Volkswagenwerk zum Sammelbecken reaktionärer und nationalsozialistischer Elemente geworden ist."[56]**

Das galt nicht nur für die VW-Werke im damaligen Westdeutschland. VW baute eine regelrechte Rattenlinie in seine Produktionsorte vor allem in den abhängigen Ländern Süd- und Mittelamerikas auf, durch die Hunderte von kleinen und großen Nazi-Henkern geschleust wurden. In einem Interview erklärte Simon Wiesenthal Ende der 70er Jahre, ebenso wie Krupp und Siemens, sind die VW-Werke ***„wahre Nazinester"*** und es arbeiten darin Hunderte kleiner Nazi-Henker und wenigstens 18 SS-Offiziere.[57] Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Äußerung eines brasilianischen Kollegen. Aufgrund des autoritären und repressiven Verhaltens der deutschen Chefs im brasilianischen VW-Werk vermutet er sicherlich ganz richtig:

> **„Die Nazis, die man in Wolfsburg nicht mehr haben will, werden ‚zu uns nach drüben' geschickt!"[58]**

Einer der großen Nazi-Henker, für die sich VW „erkenntlich" gezeigt und „nach drüben" geschickt hat, ist beispielsweise Franz Paul Stangel, *der **Kommandant des Vernichtungslagers Treblinka.*** In Treblinka wurden in eineinhalb Jahren über 800.000 Menschen, vor allem die jüdische Bevölkerung aus den Ghettos von Wilna, Warschau und Bialystock, durch Giftgas ermordet. Stangel kam bis zu seiner Verhaftung als Chef der Montageabteilung bei VW-Brasilien in São Paulo unter.[59]

Im VW-Werk in Wolfsburg wurde mit dem Jahresbeginn 1948 Heinrich Nordhoff neuer VW-Chef. Der Nazi Nordhoff war von 1942 bis 1945 Produktionsleiter des Opel-Lastkraftwagenwerks

Volkswagen übernimmt auch heute die Rolle des Vorreiters und Musterbetriebs des deutschen Imperialismus

○ Ideologische Vorreiterrolle bei der Propagierung der klassenversöhnlerischen „Sozialpartnerschaft"

Ähnlich wie schon für die Nazis übernimmt Volkswagen auch heute eine besondere Rolle, die Rolle des Vorreiters und „Versuchsballons" für den deutschen Imperialismus.

Durch extreme Propagierung von Sozialpartnerschaftsideologie unter dem nationalistischen Tenor der Erhaltung und Sicherung des „Standorts Deutschland" und der mehr oder minder offenen Propaganda, daß „deutsche Arbeitsplätze zuerst für deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter" bereitgestellt werden, führt Volkswagen die nazistische Volksgemeinschaftsideologie im modernen Gewand fort. An diese nazistische Tradition wurde in den Jahren nach 1945 direkt angeknüpft. 1947 erklärte VW-Generaldirektor Münch in den mit dem Betriebsrat vereinbarten „10 Gründen für die Arbeit im Volkswagenwerk", daß „sämtliche Arbeiter und Angestellte im Volkswagenwerk" eine „Leistungsgemeinschaft bilden"[60]. Auch sein Nachfolger Nordhoff, der die Arbeiterinnen und Arbeiter auf Betriebsveranstaltungen gerne mit „Liebe Arbeitskameraden" begrüßte, setzte diese Tradition fort:

> *„Der Arbeiter weiß, wie sehr seine Existenz mit der des Werkes verwachsen ist. Er hat noch immer Angst, mit dem Werk seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Ihm diese Unsicherheit zu nehmen, war in diesen Nachkriegsjahren die erste Aufgabe jeder gewissenhaften Betriebsführung. Durch die Erfüllung dieser Aufgabe entsteht ein neues Verhältnis zwischen Führung und Arbeiter: die menschliche Beziehung. Dieses Verhältnis ist produktiv und dem unfruchtbaren Klassenkampf diametral entgegengesetzt."[61]*

○ Anbindung an Volkswagen durch Privilegierung

Als zusätzliches Anbindungsmittel an den „eigenen" Konzern, an die „eigene" Firma nutzt Volkswagen auch weiterhin das Mittel der Privilegierung der eigenen Arbeiterinnen und Arbeiter. Durch die riesigen Extraprofite, die Volkswagen insbesondere aus der Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter in den vom Imperialismus abhängigen Ländern preßt, hat Volkswagen zusätzliche Mittel zu Bevorzugung und Bestechung der Arbeiterinnen und Arbeiter vor allem aber der Arbeiteraristokratie in den Werken in Deutschland zur Verfügung.

Durch die Bezahlung höherer Löhne im Vergleich zu anderen Metallbranchen, durch den Abschluß sogenannter „Haustarifverträge" mit besonderen Vergünstigungen der Arbeiterinnen und Arbeiter hier, hat es VW in seinen Werken in Deutschland bisher erreicht, größeren Widerstand gegen die Verschärfung der Ausbeutung, vor allem aber auch größere Solidaritätsaktionen mit den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in anderen Ländern, zu verhindern.

○ Vorreiterrolle bei der Erprobung und Einführung neuer Ausbeutungskonzepte

Unter den Schlagworten wie „Flexibilisierung der Arbeitszeit" und „atmendes Unternehmen" setzte VW mit eifriger Beihilfe der Arbeiterbürokraten des VW-Gesamtbetriebsrates und der IG-Metall mit der Einführung des neuen Arbeitszeit-Modells und der 4 Tage-Woche bei VW im Januar 1994 eine massive Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen bei VW durch.

Nach dem neuen Modell arbeiten die Kolleginnen und Kollegen wöchentlich zwischen Montag und Freitag 28,8 Stunden, je nach Bedarf kann die Arbeitszeit auf 38,8 Wochenstunden ausgeweitet werden. Durch zusätzliche Sonderschichten am Samstag soll die Samstagsarbeit wieder Regelarbeitstag werden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sollen VW dann zur Verfügung stehen, wenn es dem Konzern paßt. Außerdem werden Neueingestellten vermehrt nur befristete Arbeitsverträge aufgezwungen. Zusätzlich wird die Kontrolle der Arbeiterinnen und Arbeiter durch die Einführung der sogenannten „Teamarbeit" verstärkt. Durch den Abbau von 20.000 Arbeitsplätzen allein in Wolfsburg seit 1991 hat VW den Druck auf die Arbeiterinnen und Arbeiter so verstärkt, daß der „Krankenstand" inzwischen auf 3,4 % gesunken ist.

Mit all diesen Maßnahmen haben die VW-Ausbeuter ihre Profite enorm steigern können. Lohnverlust von 18%, Einsparungen von 3 Mrd. DM an Sozialplankosten, starke Intensivierung der Ausbeutung und Vermeidung von „Leerlaufzeiten" - alles das streichen die VW-Ausbeuter durch ihr neues Modell ein.

○ Vorreiterrolle auch bei der Intensivierung der Ausbeutung international

VW setzt alles daran, diese intensivierten Ausbeutungsmethoden an allen VW-Standorten weltweit durchzuführen. Gerade in Ländern, wo VW mit einer kämpferischen Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter konfrontiert ist, spielt bei der Durchsetzung dieser „modernen" Auspressungsmethoden die Hilfe durch die Gewerkschafts- und Betriebsratsbürokraten eine wichtige Rolle. So verkündeten die VW-Arbeiteraristokraten bei der Gründung des VW-Welt-Betriebsrats am 13.5.1998 in Wolfsburg:

> *„Die Mitbestimmung und das VW-Modell einer kooperativen Konfliktlösung sind gefragte Exportartikel. So wurden im engen Kontakt mit den deutschen Betriebsräten in diesem Frühjahr die VW-Werke in Brasilien saniert: statt Entlassungen setzten die Betriebsräte Arbeitszeitverkürzungen nach deutschem Muster durch."[62]*

in Brandenburg.[60] Unter seiner Regie kam es bei VW zu massenhaften Wiedereinstellungen der im Zuge der Entnazifizierung entlassenen Nazis. Ein Kollege berichtet:

> **„Die Nazis, die im Sommer 1946 das Feld räumen mußten, sind allmählich alle wieder eingesickert, mit wenigen Ausnahmen haben sie ihre alten Positionen oder auch bessere wieder bezogen... Für politisch Belastete öffnen sich die Türen des Werks sehr schnell und sehr weit. Demokraten... werden trotz laufender Neueinstellungen systematisch abgelehnt."[61]**

Nazi-Umtriebe in und um VW nach 1945

1947 tauchten an den Wänden innerhalb und außerhalb des VW-Werks Hakenkreuze und Nazi-Parolen auf. Die VW-Leitung ließ sie nicht entfernen. Im gleichen Jahr wurde auf dem Gelände des VW-Werks zweimal die Hakenkreuzflagge gehißt. Bei der Übertragung eines Liedes mit der Melodie des „Deutschland-Liedes" über Werkfunk streckte eine große Anzahl von Werksangehörigen den Arm zum Hitler-Gruß.[62]

Kurz vor den für November 1948 angesetzten Kommunalwahlen gründete sich die Nazi-Partei „Deutsche Reichspartei" („DReP").[63] Auf der DReP-Kandidatenliste befanden sich allesamt ehemalige NSDAP-Mitglieder.[64] Auffällig ist dabei auch die personelle Verquickung mit VW: So war der Vorsitzende der Nazi-Ortsgruppe Rudolf Knöring[65] ein Arbeiter von VW. Kurzzeitiges DReP-Mitglied war auch Helmuth Hillebrecht, ehemaliger Fallschirmjägermajor der Nazi-Wehrmacht und „Ritterkreuzträger". Hillebrecht war jahrelang Vorsitzender des VW-Betriebsrates[66]. Kurze Zeit später gründete er die Nazi-Partei SRP mit. Die Nazis von der DReP führten ihren Wahlkampf unter der Parole „Kampf gegen Entnazifizierung und Demontage"[67] und betrieben offene Nazi-Propaganda: „Maske ab und mutig hingestellt! Die Besatzungsmächte sollen erkennen, was unsere Meinung ist!" rief Nazi-Kader Falck von der DReP am 10. Oktober 1948 auf einer Wahlkampfveranstaltung in Wolfsburg seinen 1000 Zuhörern zu.[68]

Am 28. November 1948, drei Jahre nach der militärischen Niederlage des Nazifaschismus, konnte in Deutschland eine Nazi-Partei wieder durchschlagende Wahlerfolge erzielen: ***Die DReP-Nazis gewannen die Wolfsburger Kommunalwahl mit einer Zweidrittelmehrheit.[69] Wolfsburgs neuer Bürgermeister war ein Nazi*** von der DReP namens Heuchling, Elektro-Ingenieur bei VW.[70] Nach ihrem Wahlerfolg wurde den DReP-Nazis vom neuen VW-Chef Nordhoff sofort „gute Zusammenarbeit" zugesagt.[71] Ein damaliger Beobachter schildert die Atmosphäre:

> **„Die Nazis wagen wieder den Hitlergruß. Man verkündet auf der Straße, daß entsozifiziert wird. In der öffentlichen Versammlung wird dieses vorsichtshalber widerrufen, man unterstreicht aber durch stürmischen Beifall, daß die Entnazifizierung in Wolfsburg sofort aufhört ... Nazistische und Pogrom-Lieder werden gesungen. Mit dem Horst-Wessel-Lied marschiert man zum Bahnhof."[72]**

Das Nazi-Auto „Volkswagen" und VW als Träger und Mittler der Nazi-„Auto-Ideologie"

Der Nazi-Musterbetrieb VW war von Anfang an verbunden mit der Propaganda eines „Volkswagens" als Bestandteil der Nazi-Volksgemeinschafts"-Ideologie. Weitgehend bekannt ist, daß beispielsweise der Begriff „Volksempfänger" ein von den Nazis erfundener Ausdruck ist. Der bis heute weithin „unverkrampfte" Umgang mit dem Begriff „Volkswagen" dagegen zeigt, daß die Ideologie des Nazi-Musterbetriebs VW sehr tiefgehend ein kaum hinterfragter, geradezu selbstverständlicher Bestandteil der herrschenden reaktionären Ideologie ist.

Wir meinen, daß der Kampf für den allseitigen Bruch mit der bürgerlichen Ideologie im allgemeinen und der Nazi-Ideologie im besonderen es erforderlich macht, sich auch mit diesen und ähnlichen Aspekten der „deutschen Ideologie" auseinanderzusetzen. Einige Aspekte sollen daher hier knapp beleuchtet und auch zur Diskussion gestellt werden.

Der „Volkswagen", so Hitler, sollte bedeuten, daß der Autobesitz „nicht länger ein klassentrennendes Mittel"[79] sein sollte. So sollte das Auto, und sei es zunächst auch nur das Versprechen eines „Autos für alle" die Funktion erhalten, die nazistische „Volksgemeinschaftsideologie" zu festigen. Es geht darum, daß die Nazis etwas gefunden bzw. geschaffen hatten, was offenbar hervorragend geeignet war, ihre ideologischen und politischen Ziele voranzubringen.

Wenn man heute in Deutschland feststellt, daß es seit Jahrzehnten so etwas wie eine „Auto-Ideologie" gibt, dann ist es unbedingt nötig, auf diesen einen Ursprung dieser Ideologie hinzuweisen. Im größeren Zusammenhang steht dies auch mit den berüchtigten Nazi-„Autobahnen". Diese stehen noch heute massenhaft in dem besten Ruf, daß „Hitler" damit angeblich immerhin dauerhafte „deutsche Qualitätsarbeit" geschaffen habe, egal ob darauf nun Armeefahrzeuge zu den Fronten des Nazi-Krieges rollten oder deutsche Urlauber zu ihren Ferienzielen.

Es geht darum, daß es für die Herrschenden durchaus wichtig ist, über Mechanismen wie einen Auto-Kult bzw. Auto-Fetischismus die ideologische Anbindung breiter werktätiger Massen an das bürgerliche Kommando zu erreichen. Dies ist ein vielfältiger und vielschichtiger Komplex.

Die materielle Seite dieses Komplexes läßt sich durch einen Vergleich verdeutlichen. Bekanntlich haben Marx und Engels wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß der „eingefleischte Eigentumssinn" der Kleinbauern ein überaus mächtiger Faktor ist, der diese an die herrschende Großbourgeoisie und den Kapitalismus bindet. Damit wird die Erkämpfung des Bündnisses des revolutionären Proletariats mit den unteren Schichten der Bauernschaft im Kampf für die sozialistische Revolution erschwert, selbst wenn die Lage der meisten Kleinbauern sehr elend ist, diese hoch verschuldet sind usw. Sicherlich unterscheidet sich die grundlegende Klassenlage der breiten Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter objektiv sehr wesentlich von jener der unteren Schichten der Bauernschaft. Denn letztere besitzen, selbst wenn sie keine fremde Arbeitskraft ausbeuten, dennoch im allgemeinen eigene Produktionsmittel. Dennoch läßt die herrschende Bourgeoisie nichts unversucht, um auch bei den breiten Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter den gleichen Effekt zu erzielen, nämlich die bürgerliche bzw. kleinbürgerliche Besitzermentalität zu verankern. Und das pausenlose Trommeln der „Auto-Ideologie" tut schon seit Jahrzehnten seine Wirkung. Jahrelang wird für ein neues Auto „gespart". Das endlich erstandene Auto wird dann gehegt und gepflegt, samstags gewaschen und poliert; und wehe, es ist mal ein Kratzer im Lack. So zeigt sich, und im Grunde wissen das auch alle, daß das Auto nicht nur ein Gebrauchsgegenstand, sondern vor allem ein Statussymbol ist. Es muß „standesgemäß" sein, gleichzeitig ermöglicht es aber auch, diese „Standesunterschiede" zu verschwischen. Das Thema „Auto" ist somit auch eine wahre Domäne der Spießerideologie. Wenn ein Arbeiter dann mal ein „dickeres" Auto fährt als der eigene Chef, scheint es, als ob damit auch die Klassengegensätze verwischt sind. Der Auto-Fetischismus schafft die Illusion einer vermeintlichen – weil eben für die breiten werktätigen Massen in dieser kapitalistischen Gesellschaft nicht vorhandenen – Unabhängigkeit („Freie Fahrt für freie Bürger"). Für diese „Unabhängigkeit" begeben sich Hunderttausende, ja Millionen in tiefe finanzielle Abhängigkeit. Denn für den Kauf eines Autos verschuldet man sich. Das wirkt aber als ein nicht zu unterschätzender Bremsklotz gegen den wirklich rücksichtslosen Klassenkampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter.

Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß der Besitz eines PKW oder etwa eines Kleintransporters tatsächlich den Übergang zu einer bürgerlich-kleinbürgerlichen Existenzgrundlage bildet bzw. bilden kann, insofern dieser Besitz oftmals erste Voraussetzung für die Aufnahme bestimmter „selbständiger" Tätigkeiten bildet, als Handelsvertreter, Kleintransportunternehmer usw.

In der „Auto-Ideologie" kommt überhaupt auch die für den Kapitalismus typische Brutalisierung, des „Jeder gegen jeden" zum Ausdruck, die ihre Grundlage in der bürgerlich-kapitalistischen Konkurrenz hat. In den letzten Jahrzehnten sind allein in Deutschland mehrere Hunderttausend Menschen auf den Straßen umgekommen, ein vielfaches davon sind Verletzte, oftmals mit lebenslangen Folgeschäden. Unter den Opfern sind ein hoher Prozentsatz Kinder und Jugendliche. Wären ebensoviele bei Schießereien getötet oder verletzt worden, würde man von Bürgerkrieg oder bürgerkriegsähnlichen Zuständen sprechen. Die von den Herrschenden geförderte und in tausenderlei Formen und in zahllosen Medien verbreitete „Auto-Ideologie" bedeutet diesbezüglich auch den „Kitzel", hinter dem Steuer des Automobils buchstäblich über Leben und Tod zu entscheiden, es beim Überholen „gerade noch geschafft" zu haben usw.

Es ist kein Zufall, daß über Meldung von jährlich Zigtausend Toten im Autoverkehr nicht einmal ein Bruchteil der Betroffenheit herrscht wie etwa bei einem Zugunglück, geschweige denn, daß die bürgerlichen Politiker irgendetwas dagegen unternehmen. Dahinter stehen mächtige Interessen der Kapitalisten der Autoindustrie, eine der größten Industriezweige in Deutschland überhaupt. Mehr noch, hinter der „Auto-Ideologie" stecken tiefergehend die Probleme, die untrennbar mit der Grundstruktur der am Streben nach Maximalprofit orientierten kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftsordnung verbunden sind. Aus der typisch kapitalistischen Infrastruktur, ihrer Verteilung der industriellen Standorte, der Wege der Rohstoffzufuhr und des Absatzes, aber auch der Verteilung der Produktionsstandorte einerseits und der Wohngebiete andererseits ergeben sich mit steigender Tendenz geradezu aberwitzige und vielfach direkt absurde Ströme von Individualverkehr und Warentransporten auf den Straßen.

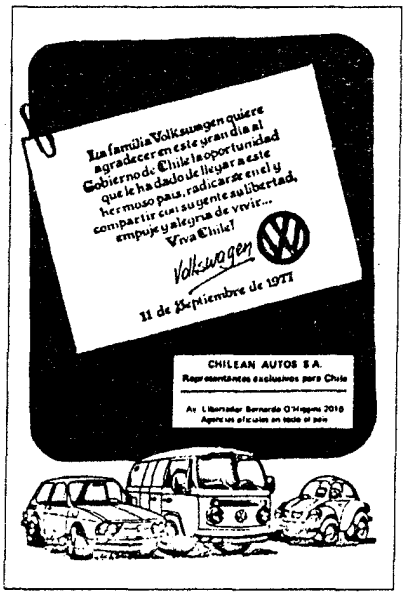
Gegen die individual-kapitalistische „Auto-Ideologie" muß bewußt gemacht werden, daß das Programm der sozialistischen Revolution, das Ziel der klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft auch die bewußte und geplante Umwälzung der ganzen kapitalistischen Infrastruktur einschließt, im kollektiven Interesse der Produzenten und durch die Produzenten, namentlich durch das Proletariat.

Das Ergebnis der Kommunalwahlen von 1948 wurde schließlich aufgrund einer Wahlbeschwerde wegen eines Formfehlers annuliert[73] und die „DReP" im März 1949 für den Kreis Gifhorn wegen ihrer nazistischen Propaganda von den britischen allierten Militärbehörden verboten[74]. Auch wenn einige DRep-Nazis für kurze Zeit mit einem politischen Betätigungsverbot belegt wurden, fanden sie sehr schnell wieder eine „politische Heimat" in den restlichen bürgerlichen Parteien. Der ehemalige Landes-Parteivorsitzende Schlüter landete bei der FDP und wurde später niedersächsischer Kultusminister. Luise Gericke, langjährige Betriebsärztin und zeitweise Betriebsrätin bei VW, ging nach ihrer Mitgliedschaft in der in den 50er Jahren gegründeten Nazi-Partei „Nationale Arbeiterpartei" zuerst zur FDP, dann zur CDU und landete schließlich bei der SPD.[75]

Bis heute keine Entschädigung für die Opfer der mörderischen Zwangsarbeit bei VW

Es ist ja nicht so, daß VW grundsätzlich individuelle Entschädigungsansprüche ablehnt ... Entschädigt wurden nämlich die 340.000 deutschen Sparer, die mit ihren Sparkarten einen „KdF-Wagen" bestellt und vorfinanziert hatten.[76]

Ganz anders jedoch der Umgang des VW-Konzerns mit Entschädigungszahlungen an die Frauen und Männern, die während der Zeit des Nazi-Faschismus im VW-Werk als Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge Sklavenarbeit verrichten mußten. Aus Gründen der Imagepflege gab VW-Vorstandsmitglied Frerk im Oktober 1991 bekannt, es würden 12 Millionen Mark bereitgestellt für „Zwecke der infrastrukturellen Hilfeleistungen auf sozialem und kulturellem Gebiet" in den Ländern, aus denen die Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen verschleppt worden sind. Bis heute lehnen die VW-Oberen – unter fadenscheinigsten „Begründungen", so etwa daß dies zur „Wettbewerbsverzerrung für VW" führe[77] – die rechtliche Verpflichtung zu individuellen Entschädigungszahlungen ab. So hieß es vor ein paar Tagen aus den VW-Vorstandsetagen, VW habe „zwar eine historische und politische Verpflichtung, zu seiner Vergangenheit im Nationalsozialismus zu stehen (!!), eine rechtliche Verpflichtung besteht jedoch nicht"[78]. Auch bei dem jetzt in Aussicht gestellten „Hilfsfond" für Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, der angeblich im September 1998 eingerichtet werden soll – zynischer Weise nur für die Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, die zwischen 1944 und 1945 bei VW bis aufs Blut ausgebeutet wurden, so als hätte es vor 1944 keine brutale Zwangs- und Sklavenarbeit bei VW gegeben! – wird betont, daß sich die „Rechtsauffassung" von VW nicht geändert habe.[78a]



11. September 1977: Volkswagen gratuliert dem mörderischen Terrorregime in Chile zum 4. Jahrestag des Putsches

„Die Volkswagen-Familie möchte an diesem großen Tag der Regierung Chiles für die ihr gegebene Gelegenheit danken, in dieses schöne Land zu kommen, sich darin niederzulassen und mit seinen Menschen ihre Freiheit, ihren Schwung und ihre Lebensfreude zu teilen.... Es lebe Chile!

Volkswagen, 11. September 1977

(El Mercurio, 11.September 1977. In: Brasilien-Nachrichten, „VW do Brasil -Entwicklungshilfe im besten Sinne?", Bonn 1978, S.84)

III. Volkswagen – einer der größten internationalen Ausbeuterkonzerne des deutschen Imperialismus

Volkswagen als einer ***der*** internationalen Großkonzerne tritt den Arbeiterinnen und Arbeitern als weltweiter Ausbeuter und Blutsauger gegenüber. Insgesamt werden 280.000 Arbeiterinnen und Arbeiter direkt in ca. 35 Volkswagen-Werken auf der ganzen Welt ausgebeutet.[84] In den 10 VW-Werken in Deutschland sind knapp 140.000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt. Hinzu kommen weitere über 50.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus den VW-Werken in Polen, Tschechien, Ungarn, der Slowakei, Portugal und Spanien. In Süd- und Mittelamerika, vor allem Mexiko, Argentinien und Brasilien, sind es rund 50.000. Schließlich beutet VW in seinem Werk in Südafrika ca. 6.000 Arbeiterinnen und Arbeiter und in China rund 15.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus. Insgesamt sind es mehrere Hunderttausend, die VW über Tochtergesellschaften (z. B. in Südkorea, Indonesien, Philippinen) auspreßt.

VW hat in Konkurrenz zu den anderen großen Automobilkonzernen nach 1945 systematisch seine Position auf dem Automobilmarkt ausgebaut und verfügt heute über einen Weltmarktanteil von 10,4 Prozent aller verkauften Pkws und Nutzfahrzeuge. Mit Aufkäufen von Konkurrenzfirmen wie Audi, SEAT, Skoda und vor kurzem Rolls Royce konnte VW seine Position nicht nur behaupten, sondern seinen Einfluß in „neuen Märkten" verstärken. Über Skoda läßt VW seit Mai 1998 in Sarajevo Autos produzieren.[85]

Mit in den letzten Jahren ständig verfeinerten Ausbeutungsmethoden und Verschärfung der Arbeitshetze hat Volkswagen die Ausbeutungsintensität so verschärft, daß allein in den letzten drei Jahren der Gewinn jeweils verdoppelt wurde. 1997 hat Volkswagen mit 1,4 Mrd. DM nach Abzug von Steuern den höchsten Gewinn in der Geschichte des Konzerns aus den Arbeiterinnen und Arbeitern weltweit herausgepreßt.[86]

Einige Schlaglichter aus den Kämpfen fortschrittlicher Kolleginnen und Kollegen bei VW in Deutschland nach 1945

Gegen die verschärfte Ausbeutung und den Abbau demokratisch-gewerkschaftlicher Rechte hat es auch in den VW-Werken in Deutschland Protest und Widerstand gegeben. So beispielsweise beim Kampf um die 35-Stunden-Woche 1984 oder beim Kampf gegen den § 116.

- Besonders brutal von der brutalen Ausbeutung und vor allem auch von der chauvinistisch-rassistischen Spaltungspolitik des VW-Konzerns sind die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Herkunftsländern betroffen. Gegen ihre schlechte Behandlung und die Arbeitsbedingungen hat sich immer wieder Widerstand bei VW Wolfsburg geregt. So streikten ***1962*** 4.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern bei VW Wolfsburg gegen zu ***geringe Bezahlung, gegen nationalistische Hetze, unzureichende ärztliche Betreuung und schlechtes Essen.*** Anfang November ***1963*** kam es zu einem eintägigen ***Streik gegen die Wohnsituation im sogenannten „Italienerdorf"*** von VW Wolfsburg, der mit Hilfe der Bereitschaftspolizei niedergeschlagen wurde. Daraufhin wurden ca. 20 Arbeiter entlassen und über 200 weitere verließen „freiwillig" das Werk.[83]
- Hervorzuheben ist dabei auch, daß in den 50er Jahren in den VW-Werken Wolfsburg und Braunschweig einer der wenigen Proteststreiks gegen die Remilitarisierung und atomare Bewaffnung der Bundeswehr stattfand. Am ***28. März 1958*** legten ohne Zustimmung der IG Metall 8.000 Arbeiterinnen und Arbeiter von VW-Wolfsburg für eineinhalb Stunden die Arbeit nieder. Sie protestierten damit sowohl ***gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr*** als auch ***gegen die Weigerung der DGB-Führung, dagegen das Kampfmittel des politischen Generalstreiks*** einzusetzen. Zur selben Zeit kam es auch im VW-Zweigwerk Braunschweig zu einem Warnstreik von 3.200 Arbeiterinnen und Arbeitern gegen die atomare Aufrüstung. Der Betriebsratsvorsitzende distanzierte sich gegenüber der Presse und erklärte, daß es sich bei dem Streik „um eine spontane Aktion der Belegschaft" ohne vorherige Zustimmung des Betriebsrats gehandelt habe.[82]
- Von ausserordentlicher Bedeutung ist auch der eineinhalbstündige ***Solidaritätsstreik*** von 600 Arbeiterinnen und Arbeitern von VW Salzgitter vom 18. August 1987 mit dem ***Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter bei VW-Mexiko.*** Solche oder ähnliche Aktionen gab und gibt es viel zu wenige, sie sind dennoch erste Schritte hin zu einer praktizierten internationalistischen Solidarität, die die fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen bei VW in Deutschland unbedingt erkämpfen müssen.

Einige Kämpfe und Streiks von Kolleginnen und Kollegen bei bei VW in anderen Ländern

Mexiko: Einer der herausragendsten Kämpfe der damals 11.000 VW-Arbeiterinnen und -arbeiter in Puebla war der 58-tägige Streik und die Besetzung des VW-Werks in Puebla im Juli/August 1987. Auslöser war die Ankündigung von VW, trotz einer Inflationsrate von mehr als 130 Prozent die Löhne um 15 Prozent zu kürzen, verschiedene Zulagen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu halbieren sowie mehr als 700 Arbeiterinnen und Arbeiter zu entlassen.[1] Aufgrund der kämpferischen Haltung der VW-Arbeiterinnen und -arbeiter in Puebla und der Unterstützung ihres Kampfes in Mexiko setzten die Arbeiterinnen und Arbeiter eine 78 Prozent Lohnerhöhung durch.

Im September 1988 wurde in einem viertägigen Streik die Absetzung des Gewerkschaftsführers Duran, dem die Kolleginnen und Kollegen Kollaboration mit der Firmenleitung bei der Entlassung von 1.200 Arbeiterinnen und Arbeitern vorwarfen, durchgesetzt.[2] Gleichzeitig richtete sich der Streik gegen die geplanten Entlassungen und gegen die seit Wochen im Werk stationierten Polizeieinheiten. Im Verlauf des Kampfes wurden 65 Kolleginnen und Kollegen festgenommen, viele weitere zum Teil schwer verletzt.[3]

Brasilien: Im VW-Werk São Bernärdo streikten im Dezember 1986 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter für die von der Firmenleitung zugesagte Auszahlung einer 20% Lohnerhöhung.[4]

Im Oktober 1987 kam es zum Streik von 40.000 Metallarbeiterinnen und -arbeitern für eine 66% Lohnerhöhung und gegen die massiven Entlassungen in der Metallindustrie in der Region um São Paulo.[5]

Anfang Mai 1989 entstand mit über 2 Millionen die größte Streikbewegung in Brasilien seit Ende der Militärdiktatur 1985. Bei einer Demonstration in São Paulo wurden fünf Arbeiter, darunter drei Kollegen von VW, angeschossen. Im Verlaufe des Streiks wurden100 Kolleginnen und Kollegen von VW entlassen. Als letzter Großbetrieb stimmten dann die VW- Arbeiterinnen und Arbeiter von São Bernärdo einer 45% Lohnerhöhung zu und beendeten den Streik Mitte Mai. [6]

Südafrika: Im Juni/Juli 1980 führten die Arbeiterinnen und Arbeiter des VW-Werkes in Uitenhage gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von 12 Fabriken einen dreiwöchigen Streik erfolgreich für die Erhöhung ihrer Löhne durch. [7]

Im Oktober 1987 streikten 5.000 Arbeiterinnen und Arbeiter für die Wiedereinstellung eines entlassenen Kollegen.[8]

Im Rahmen der Tarifverhandlungen im August 1989 in der Autobranche streikten 12.000 Arbeiterinnen und Arbeiter, auch die Belegschaft des VW-Werks um höhere Löhne.[9] Um den Streik nach mehr als zwei Wochen zu brechen, sperrte VW die 5.500 VW-Arbeiterinnen und -arbeiter aus.

Im Oktober 1995 streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter des VW-Werks in Uitenhage gegen die Entlassung eines Kollegen.[10]

Belgien: Im September 1994 streikten 5.600 Arbeiterinnen und Arbeiter im VW-Werk Vorst im Süden Brüssels drei Wochen für bessere Arbeitsbedingungen, und die Wiedereinstellung entlassener Kolleginnen und Kollegen. Begonnen wurde der Streik von den Fließbandarbeiterinnen und -arbeitern gegen die ständige Erhöhung der Laufgeschwindigkeit und die damit einhergehende Verschärfung der Arbeitshetze.[11]

Quellen

1 TAZ, 3. und 31.7.1987
2 TAZ, 29.9.1988
3 TAZ, 3.10.1988
4 TAZ, 12.12.1986
5 TAZ, 22.10.1987
6 TAZ, 10.5.1989
7 Geisler, W./Wellmer, G., DM-Investitionen in Südafrika, in Informationsstelle südliches Afrika e.V, Bonn 1983
8 TAZ, 24.10.1987
9 TAZ, 9.8.1989
10 TAZ, 10.10.1995
11 TAZ, 30.9.1994

Insbesondere in den vom Imperialismus abhängigen Ländern Afrikas, Südamerikas und Asiens preßt VW mit niedrigsten Löhnen, brutalster Arbeitshetze und schlechtesten Arbeitsbedingungen riesige Profite aus den Arbeiterinnen und Arbeitern dieser Länder. Kinderarbeit, Behinderungen und Verbote gewerkschaftlicher Organisationen und Tätigkeit in den VW-Werken sind gängige Praxis der verschärften Ausbeutung durch VW in diesen Ländern.

Dabei zeigt sich vor allem: VW investiert in „bester deutscher Tradition" gerade in denjenigen Staaten, in denen faschistische Militärdiktaturen VW maximale Ausbeutungsmöglichkeiten sichern. Bezeichnend ist die Aussage des ehemaligen Chefs von VW do Brasil Werner Paul Schmidt von 1971, der seine volle Unterstützung für das reaktionäre Terrorregime in Brasilien bekundete:

> **„Sicher foltern Polizei und Militär Gefangene, um wichtige Informationen zu erlangen; sicher wird beim Politisch-Subversiven oft gar kein Gerichtsverfahren gemacht, sondern gleich geschossen. Aber eine objektive Berichterstattung müßte jedes Mal dazufügen, daß es ohne Härte eben nicht vorwärtsgeht. Und es geht vorwärts."[87]**

Auf der anderen Seite verstehen es die gut geschulten und erfahrenen Demagogen bei Volkswagen aber auch, jegliche noch so kleine „Demokratisierung" in diesen Ländern als Ergebnis des „positiven" Einwirkens zu verkaufen und werbewirksam auszuschlachten. Hier einige Beispiele zu den Ausbeutungspraktiken von VW in anderen Ländern:

- *VW-Brasilien:* Im Werk São Bernärdo, dem größten Automobilwerk Südamerikas, beutet VW ca. 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus[88]. In der Zeit der Militärdiktatur in Brasilien von 1964 bis Mitte der 80er Jahre nutzte und forcierte VW die dortigen polizeistaatlichen Verhältnisse: Gewerkschaftliche Organisierung wurde massiv behindert, Gewerkschaftsversammlungen auf dem Betriebsgelände waren verboten usw.[89] Der VW-Werkschutz in São Bernärdo, aufgebaut von bei VW untergetauchten Nazis und Tummelplatz ehemaliger brasilianischer Militärs[90], ist bei den Arbeiterinnen und Arbeitern nicht minder gefürchtet als die brasilianische Militärpolizei. So berichtete die Wochenzeitung „O São Paulo":

> **„Wann immer es zu einem Verdacht, einem Fehler oder zu einer Reiberei mit den Chefs kommt, werden die Arbeiter in die Räume der ‚Sicherheit' gebracht. Die Verhöre, die dort dann ablaufen, sind härter als auf einer Polizeiwache. Drohungen und Aggressionen wie etwa: ‚Dich bringen wir in die Folterkammer', sind keinesfalls selten. In anderen Fällen werden Arbeiter während der Dienstzeit - bis zu einer Woche - in diesen Räumen eingesperrt, als ob sie ein privates Gefängnis seien. Immer wieder werden Menschen gezwungen, Diebstähle zu gestehen, die sie gar nicht begangen haben. Sogar Kinder, Schüler der werkseigenen Schule, werden von den Wächtern bedroht. ... Nach Auskunft des Gewerkschaftsführers Lula ist die ‚Sicherheit' bei Volkswagen, verglichen mit sämtlichen Betrieben der Branche, einem Polizeiapparat am ähnlichsten."[91]**

- *VW-Mexiko:* In Mexiko ist VW seit 1964 präsent. Zur Zeit beutet VW in Puebla 15.200 Arbeiterinnen und Arbeiter aus. Die Arbeitsbedingungen bei VW Mexiko sind gekennzeichnet von brutalster Ausbeutung, schlechtesten Arbeitsbedingungen und niedrigsten Löhne. Der durchschnittliche Monatslohn beträgt zur Zeit 3600 Pesos (750 DM).[93]

Gegen die mörderische Ausbeutung führen die Arbeiterinnen und Arbeiter bei VW in Puebla immer wieder einen entschlossen Kampf, den VW nicht selten durch den Einsatz von Militärpolizei niederschlagen läßt. Dabei hat VW Mexiko eine besondere Strategie entwickelt, um kämpferische Kolleginnen und Kollegen „loszuwerden": Nach einem einwöchigen Streik im Juni 1992 wurde die gesamte Belegschaft entlassen. Die Wiedereinstellung von 1.500 Kolleginnen und Kollegen, die als „Rädelsführer und Gesetzesbrecher" galten, wurde abgelehnt.[94] Eine Demonstration der nicht wiedereingestellten Kolleginnen und Kollegen vor den Werkstoren der Fabrik ließ VW dann von Polizei mit Schlagstöcken und einer Hundestaffel auseinanderknüppeln, mehrere Demonstranten mußten mit Schlag- und Bißwunden ins Krankenhaus eingeliefert werden.[95]

Am Beispiel von VW Mexiko zeigt sich sehr deutlich die reaktionäre Rolle der Arbeiterbürokraten. So bewilligte der VW-Betriebsrat beim 58 tägigen Streik bei VW de Mexico in Puebla 1987 im Baunataler-Werk bei Kassel die Einführung einer Sonderschicht, um die Stockung der Lieferungen aus Mexiko aufzufangen. Erst aufgrund des Drucks der Arbeiterinnen und Arbeiter in VW-Werken wie z.B. dem 1,5 stündigen Solidaritätsstreik von 600 VW-Arbeiterinnen und Arbeitern in Salzgitter mußte die Sonderschicht und offene Streikbrecherarbeit zurückgenommen werden. Die IG-Metall Zentrale wie auch der Gesamtbetriebsrat in Wolfsburg versagen den kämpfenden mexikanischen Arbeiterinnen und Arbeitern die Solidarität mit der Begründung, daß die dortige Gewerkschaft nicht Mitglied in der offiziellen CTM sei. Erst nach fünf Wochen sieht sich der Gesamtbetriebsrat bei VW Wolfsburg gezwungen den Streikenden eine Solidaritätserklärung zu zu senden.[96]

Beim Streik 1992 in Puebla, als VW zunächst die gesamte Belegschaft des Werkes entlassen hatte, antwortete das im Betriebsrat für internationale Beziehungen zuständige Betriebsratmitglied Uhl auf die Frage, ob es wieder zu Streikbrecherarbeiten wie 1987 kommen könnte, ganz im Sinne der VW-Kapitalisten:

„Können wir hinnehmen, daß in Deutschland wegen Streiks in Mexiko kurzgearbeitet werden muß?"[97]

- *VW-Südafrika:* Volkswagen ist mit seinem Werk in Uitenhage, in dem zur Zeit 6.500 Arbeiterinnen und Arbeiter ausgebeutet werden, der größte ausländische Konzern in Südafrika. In drei Schichten und einer 6-Tage-Woche preßt VW mit niedrigsten Arbeitslöhnen und schlechtesten Arbeitsbedingungen rund um die Uhr riesige Profite aus den Arbeiterinnen und Arbeitern in Uitenhage.

Gegen die brutalen Ausbeutungspraktiken von Volkswagen in diesen Länder haben die Arbeiterinnen und Arbeiter immer wieder unter schwierigsten Bedingungen erfolgreich den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, für freie gewerkschaftliche Betätigung und für höhere Löhne geführt. Gerade diese Kämpfe können den Arbeiterinnen und Arbeitern in Deutschland Vorbild und Ansporn sein, der ständigen Verschärfung der Ausbeutung durch VW wirksam entgegenzutreten.

☆☆☆

VW zeigt die Notwendigkeit des Kampfes für den revolutionären Bruch mit allen Ausbeutungsverhältnissen und allen reaktionären Ideologien

Die Fakten über Vergangenheit und Gegenwart des VW-Konzerns zeigen, welche großen Aufgaben anstehen, um bei einem so wichtigen „Musterbetrieb" des deutschen Monopolkapitals eine progressive und revolutionäre Bewegung von Arbeiterinnen und Arbeitern zu entwickeln. Um die wirklich fortschrittlichen Arbeiterinnen und Arbeiter im gewerkschaftlichen und demokratischen Kampf zusammenschließen und organisieren zu können, müssen vor allem zwei Prüfsteine in den Vordergrund gerückt werden:

Erstens der Kampf für die Entschädigung der Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, der Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge. Die Verpflichtung zum Kampf für die gerechten Forderungen der Opfer der Verbrechen des Nazi-Konzerns VW wie für die Opfer der Nazi-Barbarei überhaupt ergibt sich für die Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus. Das Beispiel VW zeigt dabei sehr deutlich:

Das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse hat diese Verbrechen nicht verhindert. Abgesehen davon, daß die große Mehrheit sich direkt daran beteiligte, sie guthieß oder nichts dagegen unternahm – das deutsche Volk insgesamt war nicht in der Lage, die Nazi-Führung zu stürzen und den verbrecherischen Krieg von sich aus zu beenden.

Zweitens der Kampf gegen den deutschen Chauvinismus und Rassismus, für den proletarisch-internationalistischen Zusammenschluß mit den vom „eigenen" Imperialismus ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern sowie aus anderen Herkunftsländern. Die Verpflichtung dazu ergibt sich auch hier aus der Mitschuld der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter an den Verbrechen der herrschenden Klasse, wenn sie diese Verbrechen nicht verhindern.

Aus beiden Punkten folgt, daß den Arbeiterinnen und Arbeitern bewußt gemacht werden muß, daß nach dem Sturz der Bourgeoisie das dann als herrschende Klasse organisierte Proletariat auch vor der Aufgabe steht, maximalen Ausgleich zu schaffen für die unter der Herrschaft des Imperialismus begangenen Verbrechen. Ohne dies in der Tat zu leisten, ist an den proletarisch-internationalistischen Zusammenschluß mit den vom deutschen Imperialismus unterdrückten Völkern auf dem Weg zur vertrauensvollen, freiwilligen Verschmelzung der Nationen im Kommunismus nicht zu denken.

Die ungebrochene Kette von Verbrechen von VW, von Siemens, Krupp, BMW usw. in allen Teilen der Welt und der riesige Ballast der verfluchten chauvinistischen Ideologie der „Volksgemeinschaft" zeigt, daß es grundlegend vor allem darauf ankommt, den deutschen Imperialismus wirklich zu vernichten, den Kapitalismus in Deutschland zu vernichten, die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Demokratie im Kampf für den Kommunismus aufzubauen - kurz, die sozialistische Revolution durchzuführen, als entscheidendes und einziges Mittel, als einzigen Weg

„ ... zur *Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt*, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen."
(Karl Marx, „Die Klassenkämpfe in Frankreich", 1848, Marx/Engels Werke Band 7, S. 90)

Anmerkungen und Quellen

1 Siegfried, K-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 12/13.

2 ebenda, S. 12/13.

3 ebenda, S. 13.

4 ebenda, S. 12/13.

5a Zitiert in: Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939 – 1945, Frankfurt, 1993, S. 128.

5b ebenda, S. 129.

6 ebenda, S. 27.

7 Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung",Band 2: Niedersachsen I, Köln 1985, S. 64.

8 Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939 – 1945, Frankfurt, 1993, S. 13

9 Siehe Mommsen, H./Grieger,M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 528

10 Siegfried, K-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 34

11 ebenda, S. 35

12 ebenda, S. 36

13 ebenda, S. 167

14 ebenda, S. 154

15 ebenda, S. 154

16 Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939 – 1945, Frankfurt, 1993, S. 45

17 „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung",Band2: Niedersachsen I, Köln 1985, S. 65

18 Siegfried, K-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 174

19 Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939 – 1945, Frankfurt, 1993, S. 36

20 Siehe Mommsen, H./Grieger,M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 529

21 „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung",Band2: Niedersachsen I, Köln 1985, S. 67. Siehe auch: Siehe Mommsen, H./Grieger,M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 514

22 „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung",Band2: Niedersachsen I, Köln 1985, S. 67

23 So wird berichtet, daß die SS-Schergen einem sowjetischen Häftling nach einem angeblichen Fluchtversuch mit einem Gewehrkolben den Schädel zertrümmerten. Zur Abschreckung wurde seine Leiche im Lager zur Schau gestellt und alle anderen KZ-Häftlinge mußten an ihm vorbeimarschieren. Siehe Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. – New York, 1993, S. 154

24 „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung",Band2: Niedersachsen I, Köln 1985, S. 67

25 Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939 – 1945, Frankfurt, 1993, S. 155

26 Mommsen, H./Grieger,M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 864

27 Siegfried, K.-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. – New York, 1993, S. 60

28 ebenda, S. 169

29 „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung",Band2: Niedersachsen I, Köln 1985, S. 66

30 Siegfried, K-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. – New York, 1993, S. 19

31 Der VW-Werksarzt Körbel war am 1.12.1927 mit 18 in die NSDAP eingetreten, am 1.11.1929 in die SA. 1935 trat er in die SS ein, 1939 wurde er zum SS-Hauptsturmführer befördert (Siehe: Siegfried, K-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 318 f.)

32 Mommsen, H./Grieger,M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 536

33 Siegfried, K-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 101

34 Mommsen, H./Grieger,M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 411

35 Siegfried, K-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. – New York, 1993, S. 94

36 ebenda, S. 104

37 Zitiert in: Siegfried, K-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 204

38 Mommsen, H./Grieger,M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 737

39 Brodski, J.A., Im Kampf gegen den Faschismus, Berlin 1975, S. 183. Zitiert in: Siegfried, K-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 202

40 Mommsen, H./Grieger,M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 431

41 Siegfried, K-J., Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. – New York, 1993, S. 217

42 ebenda

43 ebenda, S. 14

44 In der VW-Personalabteilung war ein SS-Sturmführer eigens für die „politische Überprüfung" von Neueinstellungen verantwortlich (Siehe Mommsen, H. /Grieger,M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 411)

45 Die VW-eigene Berufsschule umfaßte u.a. das Fach „Reichskunde" mit Unterrichtseinheiten wie „Unsere neue Heimat – Das VW-Werk. Geschichte des Volkswagens: Idee des Führers und Lebenswerk Prof. Dr. Porsches." (Siehe Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 236)

46 Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 232 f.

47 ebenda, S. 272

48 So ist in der VW-Werkszeitung von Ende 1943 zu lesen, daß „die Leistung der ausländischen Arbeitskräfte nur dann befriedigend ist, wenn sie von deutschen Menschen dauernd zur Arbeit angehalten und belehrt werden. (Siehe „Arbeitskräfte, zeigt Nationalbewußtsein", in: Das Volkswagenwerk und wir, 2 Jahrgang (1943). Zitiert in: Mommsen, H./Grieger, M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 535)

49 Siegfried, K-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 74.

49a Seit das kapitalistische Ausbeutungssystem mit dem Übergang in sein imperialistisches Stadium um 1900 zu einem Weltsystem der kolonialen Ausplünderung und Versklavung geworden ist, haben die Kapitalisten der großen imperialistischen Industrienationen mit Hilfe der riesigen Extraprofite, die sie aus den Arbeiterinnen und Arbeiter der unterdrückten und abhängigen Länder herauspressen, die Möglichkeit der Bestechung einer besonderen Schicht der Arbeiterklasse in ihren Ländern, der Arbeiteraristokratie.

Lenin charakterisiert diese Schicht als völlig verspießerte Speichellecker der Bourgeoisie:.

> **„Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der ‚Arbeiteraristokratie', in ihrer ganzen Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert,...sie sind wirkliche *Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung,* Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse ... wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus."**
>
> (Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", Werke Band 22, 1916, S.198)

50 Siegfried, K-J., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt/M. - New York, 1988, S. 120

51 Initiativkreis für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter (Hrsg.), Erlitten, vergeben, nicht vergessen – Erinnerungen ehemaliger KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter in der Stadt des KdF-Wagens, S. 37

52 Bode, C., „Jedermann rechts heran!", Die Deutsche Rechtspartei (DReP) und die Wolfsburger Kommunalwahl vom 28. November 1948. Eine Untersuchung zum frühen Rechtsextremismus in Niedersachsen, Hildesheim 1995, S. 39

53 Mommsen, H./Grieger,M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S.958

54 Hohnsbein, H., Begegnungen mit der Wolfsburger Geschichte, Wolfsburg 1977, S. 39

55 VVN/BdA (Hrsg), Wolfsburg 1945: Neuanfang oder Nazikontinuität?, Wolfsburg 1998, S. 7

56 Resolution der VVN Wolfsburg an die Leitung des VW-Werks vom 18.6.1947. Auszugsweise zitiert in: VVN/BdA (Hrsg), Wolfsburg 1945: Neuanfang oder Nazikontinuität?, Wolfsburg 1998, S. 16

57 Reporter, Rio de Janeiro, Nr. 6, April 1979. Zitiert in: Gaby Weber, ‚Krauts' erobern die Welt. Der deutsche Imperialismus in Südamerika, Hamburg, 1982, S. 142

58 Brasilien-Nachrichten, „VW do Brasil -Entwicklungshilfe im besten Sinne?", Bonn 1978, S. 96

59 Spiegel, Nr. 23 vom 5.6.1978, S. 104. Zitiert in: Gaby Weber, ‚Krauts' erobern die Welt. Der deutsche Imperialismus in Südamerika, Hamburg, 1982, S. 142

60 Andrea Neugebauer (Hrsg.), „...ohne Rücksicht auf die Verhältnisse": Opel zwischen Weltwirtschaftskrise und Wiederaufbau, Frankfurt, 1997, S. 68

61 Archiv der Sozialen Demokratie (FES), Nr. 184. Zitiert in: Bode, C., S. 75

62 Resolution der VVN Wolfsburg, a.a.O.

63 Drei Nazi-Kader von außerhalb wurden zum Aufbau einer Ortsgruppe nach Wolfsburg geschickt, darunter Adolf von Thadden, später lange Zeit Vorsitzender der Nazi-NPD.

64 Schmollinger, H., Die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei. In: Stöss, R. (Hrsg.), Parteienhandbuch, Opladen 1983, S. 1014. Zitiert in: Bode, C., a.a.O., S. 61

65 Bode, C., a.a.O., S. 99

66 Bode, C.,.a.a.O., S. 129

67 Dudek, P./Jaschke, H.-G., Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Opladen, 1984, S.191. Zitiert in: Bode, C. , a.a.O., S. 61

68 Siehe Bode, C., a.a.O., S. 81

69 Bode, C., a.a.O., S.1

70 Bekanntmachung über das endgültige Ergebnis der Gemeindewahl am 28. November 1948 in der Gemeinde Wolfsburg, Landkreis Gifhorn. Zitiert in: Bode, C., a.a.O., S. 102

71 Archiv der Sozialen Demokratie (FES), Nr. 184. Zitiert in: Bode, C., a.a.O., S. 75

72 Ebenda.

73 Bode, C., a.a.O., S. 117

74 Bode, C., a.a.o., S.123

75 VVN/BdA (Hrsg), Wolfsburg 1945: Neuanfang oder Nazikontinuität?, Wolfsburg 1998, S. 14

76 TAZ, 19.12.1991. In dem 1956 geführten „Volkswagensparer-Prozeß" erklärte sich VW zwar für „nicht rückerstattungspflichtig", war aber dennoch zu einer Abfindung der deutschen Sparer bereit. (Siehe Mommsen, H./Grieger,M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S.200)

77 TAZ, 19.12.1991

78 FR, 18.06.1998

78a Handelsblatt, 8.7.1998

79 Mommsen, H./Grieger,M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S.188.

80 Mommsen, H./Grieger,M., Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 960 f.

81 Zitiert nach: Koch, G., „Arbeiternehmer steuern mit". In: „Mitbestimmung in Theorie und Praxis", Bund-Verlag 1987, S.85

82 Siehe Rot Front – Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus. Theoretisches Organ von Gegen die Strömung, Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands. Nr. 5, Januar 1998, S. 40

83 Siehe Rot Front – Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus. Theoretisches Organ von Gegen die Strömung, Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands. Nr. 5, Januar 1998, S.170 f.

84 PFN der IG Metall, 19.5.1998

85 http//:www.volkswagen.com.br/prelease/

86 „Die Strategie stimmt", Sonderveröffentlichung der Volkswagen AG vom 3.6.1998

87 Weber, G, „Krauts erobern die Welt - Der deutsche Imperialismus in Südamerika", Hamburg 1982, S. 141

88 TAZ, 12.12.86

89 Brasilien-Nachrichten, „VW do Brasil -Entwicklungshilfe im besten Sinne?", Bonn 1978, S.4

90 So war in den 70er Jahren ein ehemaliger Oberst des brasilianischen Militärs auch Chef des VW-Werksschutzes in São Bernärdo. Siehe Brasilien-Nachrichten, „VW do Brasil -Entwicklungshilfe im besten Sinne?", Bonn 1978, S.96

91 „O São Paulo", 17.10.80, S.3. Zitiert in in: Weber, G, „Krauts erobern die Welt - Der deutsche Imperialismus in Südamerika", Hamburg 1982, S. 141

92 Metall 6/98

93 IGM-Pressestelle, dpa-Basisdienst vom 22.5.1998

94 TAZ, 30.7.1992 und 21.8.19.92

95 Lateinamerika-Nachrichten, Sept./Okt. 1992, S. 11

96 TAZ, 11.8.87

97 TAZ, 11.8.92. Eine ekelerregende deutsche Überheblichkeit zeigten die bestochenen Arbeiterbürokraten vom Gesamtbetriebsrat bei VW Wolfsburg z. B. auch nach einem Besuch im brasilianischen Werk São Bernärdo 1978. Als die dortige Firmenleitung natürlich alle Vorwürfe von Folter, Kinderarbeit usw. in einem gemeinsamen Gespräch mit den Betriebsratsdelegierten abstreitet, kommen diese Arbeiterbürokraten zu dem Schluß, daß *„die brasilianischen Kolleginnen und Kollegen weitgehend desinformiert"* seien, daß sie *„noch mal von ganz vorne anfangen müßten"* und sich erst mal *„über eine anständige Gewerkschaftsschulung die notwendige Basis im Betrieb verschaffen müßten"*. (Siehe „Volkswagen do Brasil- Entwicklungshilfe im Besten Sinne?", Brasilien-Nachrichten, S. 7, Bonn 1978)

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mitttwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

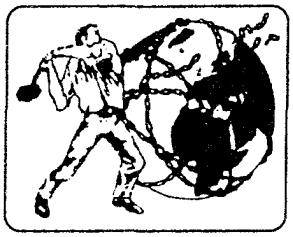
Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung" sind u. a. erhältlich:

*In **Berlin:** Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5; M 99, Manteuffelstr. 96; Nachladen, Waldemarstraße 36; in **Bonn:** Antiquariat W. Markov (Che & Chandler), Breite Straße 52; in **Braunschweig:** Antifacafé, Cyriaksring 55; in **Dortmund:** Buchladen Taranta, Humboldtstraße 54; in **Duisburg:** Antiquariat, Pulverweg 33b; in **Frankfurt:** Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4; in **Freiburg:** Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15; in **Göttingen:** Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; in **Hamburg:** Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, in **Hannover:** Internationalismus Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; in **Karlsruhe:** Der andere Buchladen, Marienstr. 15; in **Kiel:** Buchladen Zapata, Jungfernsteg; in **Köln:** Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; in **München:** Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41- 43; in **Nürnberg:** Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

8/ 98 August 1998

Vor 60 Jahren erschien eines der bedeutendsten Werke des wissenschaftlichen Kommunismus:

Gute Gründe, die „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang" heute zu studieren

Die Anwendung der kommunistischen Theorie in der Praxis – das ist das Thema des „Kurzen Lehrgangs". Sie wird erläutert anhand des Aufbaus der Kommunistischen Partei in Rußland, der Vorbereitung und Durchführung der demokratischen und sozialistischen Revolution und des bewaffneten Aufstands, der Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats beim Aufbau einer Gesellschaft ohne Ausbeutung, beim Aufbau des Sozialismus. Als das Buch 1938 erschien, wurde es in fast allen Ländern der Welt von den kommunistischen Kräften – oft unter Lebensgefahr – nachgedruckt, verbreitet und vor allem ***studiert und geschult*** **mit dem Ziel, im eigenen Land die Kommunistische Partei aufzubauen, die Revolution vorzubereiten, durchzuführen und weiterzuführen als Teil der proletarischen Weltrevolution!**

Antikommunisten und Opportunisten verhöhnten und verhöhnen das Buch als „schematisch" und „Kanonisierung". Die kompakte Klarheit dieses Buches, die übersichtliche Gliederung und die deutlichen Hinweise zum Weiterstudium, die konsequente Anwendung der historisch-materialistischen Grundsätze – das ist Gift für diese Feinde der Revolution. Die Chruschtschowrevisionisten haben entsprechend schnell gehandelt: nach ihrer Machtübernahme auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 wurde der „Kurze Lehrgang" „aus dem Verkehr gezogen" und eine revisionistische „Geschichte der KPdSU" herausgebracht und verbreitet.

Die wirklich revolutionären Kräfte auf der ganzen Welt, alle sich am Kommunismus orientierenden Kräfte werden beim Studium des wissenschaftlichen Kommunismus, beim Kampf zu seiner Anwendung durch die gründliche und kritische Auseinandersetzung mit dieser Zusammenfassung der welthistorischen Erfahrungen der KPdSU(B) vorwärts schreiten.

Überblick über Entstehung und Inhalt wichtiger Werke von Lenin und Stalin

Zu Beginn der revolutionären Bewegung in Rußland war eine der wichtigsten Aufgaben die Verbreitung des Marxismus, die Übersetzung und Verbreitung der grundlegenden Werke von Marx und Engels, wie z.B. das „Manifest der Kommunistischen Partei" oder „Das Kapital" – das wird im 1. Kapitel des „Kurzen Lehrgangs" sehr deutlich. Nur so war es möglich, im Kampf gegen die antimarxistischen Strömungen, vor allem die „Volkstümler", in der revolutionären Bewegung, in der Arbeiterklasse den Marxismus bekannt zu machen, zu verbreiten und einen Kern von kommunistischen Kadern zu schaffen („Kurzer Lehrgang", S. 14-23).

Lenins „Was tun?" von 1902, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" von 1904, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" von 1905, „Materialismus und Empiriokritizismus" von 1909, Stalins Schrift „Grundlagen des Leninismus" von 1924, seine Rechenschaftsberichte an die Parteitage der KPdSU(B) sowie seine Schrift „Über dialektischen und historischen Materialismus", die einen Abschnitt des „Kurzen Lehrgangs" bildet – all diese Werke und Schriften, die im „Kurzen Lehrgang" vorgestellt werden, verallgemeinerten die Erfahrungen des kommunistischen Kampfes in Rußland, der Sowjetunion und weltweit und sind nach wie vor Grundlage für den Kampf um die proletarische Revolution. Grundschriften von Lenin und Stalin werden bewußt in dreifacher Hinsicht vorgestellt: Als erstes werden die historischen Umstände der Entstehung der jeweiligen Schrift erläutert. Zweitens werden die konkreten, opportunistischen Auffassungen dargestellt und kritisiert gegen die die Schrift polemisiert. Auf der Basis dieser Darstellung der Entstehung und Polemik der jeweiligen Schrift werden dann drittens die Kernpunkte von prinzipieller Bedeutung behandelt (siehe z.B. „Kurzer Lehrgang", S. 57-67). Diese Darstellung ist eine unerläßliche Hilfe für das kritische Studium – gegen die revisionistische Entstellung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus, aber auch gegen eine schematische Übernahme aller Erfahrungen der Oktoberrevolution, auch derjenigen, die wirklich „spezifisch russisch" waren und eben deshalb nicht als Anleitung für den revolutionären Kampf aller Länder gültig sein können.

Der prinzipienfeste Aufbau der Kommunistischen Partei in den Betrieben gegen zaristischen Staatsterrorismus und im Kampf gegen den Opportunismus

Der Aufbau der Kommunistischen Partei in Rußland – das war ein Kampf auf Leben und Tod gegen den zaristischen Staatsterrorismus, gegen Verhaftungen, Verbannung, Hinrichtungen, gegen zehntausende Schergen der zaristischen Polizei und ein Heer von Spitzeln. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die Kommunistische Partei auf illegaler Basis vor allem in den Industriebetrieben der Städte aufzubauen, der Notwendigkeit der Verbindung des legalen und dem illegalen Kampfs. Jedoch reichte der Kampf gegen den zaristischen Staatsterror keineswegs aus. Der Kampf gegen die sich als „Arbeiterfreunde" ausgebenden Popen und ihre klerikalen Organisationen sowie vor allem der Kampf gegen die verschiedenen legalistischen Opportunisten, deren Einfluß in der Arbeiterklasse zerschlagen werden mußte, waren unbedingte Voraussetzung für die Schaffung einer revolutionären Kommunistischen Partei mit engster Verbindung zu den Millionenmassen der Arbeiterklasse. („Kurzer Lehrgang", S. 446)

Diskutieren und argumentieren im innerparteilichen Kampf gegen opportunistische Phrasen

Wirkliche Klarheit schaffen gegen das opportunistische wischi-waschi Geschwätz auch in den eigenen Reihen, eine wissenschaftliche Sprache, eine messerscharfe Analyse der opportunistischen Phrasen – das war ein Wesensmerkmal des innerparteilichen Kampfs der KPdSU(B).

Gegen die Phrase vom „spontan entstehenden Klassenbewußtsein" oder die Phrase „jeder Streikende kann Mitglied der Kommunistischen Partei sein" oder die Formel „Der Zar geht, der Sozialismus kommt" - gegen diese und alle anderen opportunistische Positionen wurden die richtigen kommunistischen Prinzipien herausgestellt und propagiert: das Prinzip der Notwendigkeit der Schaffung des Klassenbewußtseins bei den Arbeiterinnen und Arbeitern von „außen" durch die Kommunistische Partei; das Prinzip, daß Parteimitglied nur der sein kann, wer das Programm anerkennt, die Kommunistische Partei materiell unterstützt sowie in einer ihrer Organisationen mitarbeitet; die Notwendigkeit einer demokratischen Etappe der Revolution in Rußland gegen die zaristisch-feudalistischen Positionen in Basis und Überbau als Vorbereitung der sozialistischen Revolution (siehe z.B. „Kurzer Lehrgang", S. 40 f.).

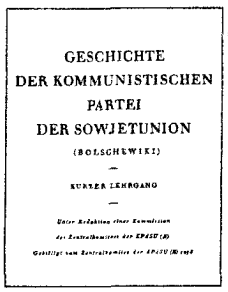
In diesem Kampf trennten sich die kommunistischen Kräfte von den opportunistischen, nur so konnten die Opportunisten wie Lenin sagte, alleine in den Sumpf geschickt werden.

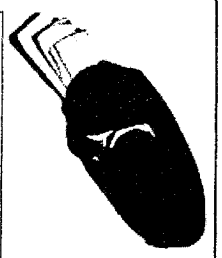
Analyse der konkreten Situation

Die Aprilthesen Lenins von 1917 hatten weltgeschichtliche Bedeutung. Es ging darum, die eigene Linie zu konkretisieren, wenn die Wirklichkeit sich ändert, ohne die kommunistischen Prinzipien aufzugeben, mit dem Ziel, die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion zu erkämpfen: Die Aprilthesen Lenins waren der theoretisch begründete, konkrete Plan, wie der Übergang zur sozialistischen Revolution in Rußland in Angriff genommen werden konnte („Kurzer Lehrgang", S. 230-233). Lenin orientierte aufgrund der Analyse der konkreten Situation vorerst nicht auf die direkte Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstands, sondern auf die Kräftesammlung zur Vorbereitung des Sturzes der Bourgeoisie – ohne das Prinzip der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfs, des Bürgerkriegs beiseite zu werfen. Aufgrund der veränderten Klassenkampfsituation wurde dann ab Juli/August 1917 der bewaffnete Aufstand unter Führung der Kommunistischen Partei direkt vorbereitet. Im Oktober 1917 siegte der bewaffnete Aufstand in Rußland, die Bourgeoisie wurde gestürzt, die Diktatur des Proletariats errichtet! Dies hatte eine unbeschreiblich mobilisierende Wirkung auf die Unterdrückten der Welt und ihren revolutionären Kampf, denn es war das erste Mal in der Geschichte, daß die Diktatur des Proletariats in einem Land erkämpft

Im Frauen-KZ Ravensbrück leitete Martha Desrumeaux, französische Kommunistin und Vertreterin der französischen Widerstandskämpferinnen in der internationalen Widerstandsorganisation des KZ Ravensbrück, Schulungen über die „Geschichte der der KPdSU (B) – Kurzer Lehrgang". Es war ihr gelungen, ein Kapitel dieser Schrift ins KZ zu schmuggeln und dieses versteckt in den Sohlen ihrer Pantoffeln aufzubewahren.*

* Müller, Charlotte: Die Klempnerkolonne in Ravensbrück, Berlin 1985, S. 39





Der Pantoffel von Martha Desrumeaux

werden konnte. Die bürgerliche Lüge, daß die Macht der Bourgeoisie „ewig" bestehe, die Ausgebeuteten nicht ohne ihre Ausbeuter auskommen können, wurde ebenso entlarvt wie das sozialdemokratische Gift vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus".

Bewaffneter Kampf als Kernfrage der Vorbereitung auf die Diktatur des Proletariats

Den kommunistischen Kräften in Rußland, die die entsprechenden Hinweise von Marx und Engels studiert und ausgewertet hatten, war klar: Der revolutionäre bewaffnete Kampf ist zwingend, nicht nur als Defensive, als Abwehr gegen den zaristischen Staatsterror, sondern er mußte weitergehen, offensiv angepackt werden. Es ging darum, im bewaffneten Kampf gegen Zarismus und Kapitalismus den alten Staatsapparat der Ausbeuter zu zerschlagen – vor allem die Armee – und einen neuen Staat, die Diktatur des Proletariats, zu errichten, als einzig möglicher Weg, den Sieg über die Welt der Ausbeuter erringen zu können.

Der „Kurze Lehrgang" hat hervorgehoben, daß die Erfahrungen des bewaffneten Kampfs, – selbst wenn er, wie Lenin feststellte, 1917 mit einer militärischen Niederlage enden sollte – einen riesigen Gewinn im Kampf zur Vernichtung des Kapitalismus bedeutet (siehe z.B. „Kurzer Lehrgang", S. 118-120). Denn die dadurch gemachten Erfahrungen sind Erfahrungen für die kommenden bewaffneten Kämpfe der kommunistischen Kräfte in der ganzen Welt, die durch nichts und niemand mehr aus der Welt zu schaffen sind - auch nicht nach über 40 Jahren revisionistischen Verrats seit dem 20. Parteitag der KPdSU 1956. Dieser Gewinn, die Erfahrungen des bewaffneten Kampfs, in Rußland ist konzentriert im „Kurzen Lehrgang".

Die konkrete Analyse der internationalen Lage ist unverzichtbar

Die Windungen und Wendungen im Klassenkampf zwingen zu ständigen Analysen und Diskussionen der internationalen Klassenkampfsituation – das wurde zu einem unverzichtbaren Prinzip der Bolschewiki. Das wird insbesondere am Beispiel des Ersten Weltkriegs im „Kurzen Lehrgang" klar: Einerseits war da der chauvinistische Taumel in allen am Krieg beteiligten Ländern der teilweise bis tief in die Reihen der Arbeiterklasse vordrang. Aber dennoch war der Erste Weltkrieg aufgrund der Schwächung des Weltimperialismus durch die Verschärfung der Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächten eine indirekte Quelle des Sieges der Oktoberrevolution („Kurzer Lehrgang", S. 201-205, bzw. S. 266).

Die internationale Lage und die Lage im eigenen Land sind also untrennbar miteinander verbunden, ja die internationale Lage, insbesondere während eines imperialistischen Kriegs, ist der Ausgangspunkt, um zu begreifen, was im eigenen Land passiert. Der „Kurze Lehrgang" zeigt dies für die Jahre 1905 (Krieg des Zarismus gegen Japan), 1914 (Ausbruch des Ersten Weltkriegs), 1917 (Februarrevolution als Ergebnis der Niederlage des Zarismus im imperialistischen Krieg) bis zum Bürgerkrieg in Spanien 1936 als Vorbote des Zweiten Weltkriegs. Nur durch diese ständige Analyse der internationalen Situation waren die Bolschewiki in der Lage, die innere Situation und ihre Aufgaben zu analysieren, maximal die Bewußtheit und Organisiertheit der werktätigen Massen zu erhöhen, ihre eigenen Stärken und Schwächen, diejenigen der Feinde, sowie ihre Verbündeten richtig einzuschätzen. Nur so waren sie in der Lage, an der richtigen Stelle und zum richtigen Zeitpunkt zuzuschlagen, wie dies beim Oktoberaufstand 1917 durchgeführt wurde, wo es auf Tage und Stunden, auf die richtige Auswahl der Städte und der Gebäude für den Beginn des Aufstands ankam.

Sozialistische Revolution: das radikalste Brechen mit der alten Welt auf allen Gebieten

Was beim Studium des „Kurzen Lehrgangs" auffällt, ist die Radikalität und Konsequenz des revolutionären Kampfs, der tiefgehende Bruch mit der alten Welt, mit den zaristisch-feudalistischen, den kapitalistischen, imperialistischen und kolonialistischen Elementen, die ein enormes Gewicht in Rußland hatten. Der „Kurze Lehrgang" ist auch radikal gegenüber dem Revisionismus, den damaligen Parteien der Sozialdemokratie, die als Sozialchauvinisten und Verräter gebrandmarkt werden, insbesondere auch gegen die deutsche Sozialdemokratie, deren Führer als Wegbereiter der Nazis gekennzeichnet werden („Kurzer Lehrgang" S. 376).

Klar wird der Weg zum Kommunismus begründet: Der erste Schritt nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats war die Enteignung der Kommandohöhen der Ökonomie in Stadt und Land, aber es gab zunächst noch eine NÖP, es gab noch Waren und Handel, es gab noch Ausbeutung, vor allem auf dem Land durch die Kulaken. Als nächster Schritt nach der industriellen Großbourgeoisie wurden die reichen, ausbeuterischen Bauern, die Kulaken, die letzte Ausbeuterklasse, angegriffen, da sonst kein weiterer Schritt zum Kommunismus möglich war. Es ging um nichts weniger als um die Vernichtung der Kulaken als Ausbeuterklasse, also um die vollständige Vernichtung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in der Sowjetunion in einem gigantischen Klassenkampf! („Kurzer Lehrgang", S. 377 f.) Es ist klar, daß gerade dies die heftigsten Angriffe der Antikommunisten der ganzen Welt auslöste: in den diversen „Schwarzbüchern des Kommunismus" lügen und geifern sie immer wieder von dem angeblichen „millionenfachen Mord", ja von einem angeblichen „Holocaust" an den Kulaken.

Radikal war auch der Kampf auf dem Gebiet der Kulturrevolution. Trotz der besonderen Rückschrittlichkeit des zaristischen Rußlands (Analphabetentum, Agrarland, großer Einfluß der Religion etc.) und der dadurch hervorgerufenen ungeheuren Schwierigkeiten wurde der lesende Arbeiter, die lesende Arbeiterin in der Moskauer U-Bahn, der gebildete Partisan, die gebildete Partisanin zum Inbegriff kommunistischer Emanzipation. Der ideologische Kampf zur Vernichtung der Überreste der bürgerlichen Ideologie in den Köpfen der Werktätigen, ja der Ideologie der Ausbeuterklassen insgesamt wurde nicht nur propagiert („Kurzer Lehrgang", S. 400/401), sondern auch systematisch angepackt, wie z.B. auf dem Gebiet der Philosophie oder der nationalen Frage („Kurzer Lehrgang", S. 131 f. und S. 401)

★★★

Der Sieg der sozialistischen Sowjetunion über den Nazifaschismus wäre unvorstellbar gewesen ohne die Bewaffnung vieler Millionen Werktätiger mit den Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus gerade auch mit Hilfe des „Kurzen Lehrgangs": Die sowjetischen Völker steckten riesige Schläge weg, die Ermordung von über 20 Millionen Menschen, riesige materielle Zerstörungen... aber dennoch hißte die Rote Armee schließlich die Rote Fahne in Berlin als Zeichen des militärischen Sieges über den deutschen Imperialismus und seiner Nazis. Nach 1945 wurde mit ungeheurer Energie mit dem Wiederaufbau des zerstörten Landes begonnen.

Daß die revisionistischen Bürokraten schließlich nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 die Ideen des Kommunismus verrieten und den antisozialistisch-kapitalistischen Weg in der ehemaligen sozialistischen Sowjetunion beschritten zeigt wie recht Stalin 1937 hatte als er – angesichts gewisser Tendenzen zur Überheblichkeit, fehlender Wachsamkeit und dem Vorhandensein einer revisionistischen Theorie der „Abschwächung des Klassenkampfs" innerhalb der KPdSU(B) - die Verschärfung des Klassenkampfs als Kern für die weiteren siegreichen Schritte zum Kommunismus bezeichnete! (siehe J.Stalin, „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler", 1937, Werke Band 14, S. 136/137.) Dies ist ein Aspekt, der zu wenig in den „Kurzen Lehrgang" aufgenommen wurde.

Es gilt den „Kurzen Lehrgang" kritisch zu studieren, Passagen und Formulierungen zu hinterfragen, um für den heutigen Kampf maximale Klarheit beim Aufbau der Kommunistischen Partei, der Vorbereitung der sozialistischen Revolution, dem Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus zu bekommen!

Der „Kurze Lehrgang" ist zum Preis von 10 DM zu erhalten bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mitttwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

Kritik am GDS-Flugblatt von August 1998 "Gute Gründe, die ‚Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang' heute zu studieren"

Ihr schreibt:

> "Die Chruschtschowrevisionisten haben entsprechend schnell gehandelt: nach ihrer Machtübernahme auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 wurde der ‚Kurze Lehrgang' ‚aus dem Verkehr gezogen'" (...)
>
> "Daß die revisionistischen Bürokraten schließlich nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 die Ideen des Kommunismus verrieten und den antisozialistischen-kapitalistischen Weg in der ehemaligen sozialistischen Sowjetunion beschritten" (...)

Diese Stellen sind unrichtig. **Die Machtübernahme fand schon vor dem 20. Parteitag statt.** Sie wurde auf dem 20. Parteitag sozusagen nur offiziell bekannt gemacht, sie war 1956 schon so gefestigt, daß sich die Revisionisten trauten, ganz offiziell wesentliche Bestandteile des Marxismus-Leninismus über Bord zu werfen. Die tatsächliche (militärische) Machtübernahme muß schon zwischen Stalins Tod 1953 und dem 20. Parteitag stattgefunden haben.

Antwort auf die Kritik

Die Kritik an der ersten Passage ist insoweit **richtig**, daß die politisch-militärische und organisatorische Machtübernahme der Chruschtschow-Revisionisten in der Sowjetunion **nach Stalins Tod 1953** schrittweise bereits **vor dem 20. Parteitag der KPdSU 1956** stattgefunden haben muß. Sie hatten sich schon wesentliche Machthebel gesichert, als sie ihren umfassenden Frontalangriff auf den wissenschaftlichen Kommunismus starteten. Insofern ist es nicht richtig, daß die "Machtübernahme (der Chruschtschow-Revisionisten) auf dem 20. Parteitag der KPdSU" stattgefunden hat.

Der Tod Stalins 1953 bedeutete einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung der KPdSU und der Sowjetunion, wie wir in verschiedenen Dokumenten und besonders auch in unserer zentralen Erklärung zum 20. Parteitag der KPdSU hervorgehoben haben (siehe Flugblatt Juli-August 1996 in der Flugblatt-Sammlung 1995/96, S. 113–122):

> "Nach Stalins Tod gelang es den Chruschtschow-Revisionisten die Führung in der KPdSU an sich zu reißen. Dieser konterrevolutionäre Machtwechsel war gut vorbereitet und erforderte nur wenig Zeit. Am Kommunismus festhaltende Parteimitglieder, die sich dem revisionistischen Verrat entgegenstellten und ihren Widerstand nicht aufgaben, wurden aus ihren Positionen entfernt, aus der Partei ausgeschlossen, mit sozialfaschistischem Terror verfolgt, ins Gefängnis geworfen oder gar ermordet."
>
> (ebd., S. 113)

Der Zeitpunkt dieses konterrevolutionären Machtwechsels kann bis heute nicht genau bestimmt werden, auch die einzelnen Schritte können wir aufgrund fehlender beweiskräftiger Dokumente nicht genau angeben.

Die Kritik ist jedoch insofern **falsch**, wenn behauptet wird, daß diese Machtübernahme "**auf dem 20. Parteitag** sozusagen **nur offiziell bekannt gemacht**" wurde. Dies beinhaltet eine gewaltige Unterschätzung der Bedeutung des 20. Parteitags der KPdSU und der Durchsetzung der **ideologischen Linie** der modernen Revisionisten.

Der 20. Parteitag der KPdSU vom Februar 1956 und die endgültige Durchsetzung der ideologischen Linie der Revisionisten in der gesamten Partei sind von grundlegender Bedeutung für den konterrevolutionären Machtantritt der Chruschtschow-Revisionisten. Denn um die Führungspositionen in der Partei, die Schalthebel im Staatsapparat und die Kommandohöhen in der Wirtschaft wirklich für die Restauration des Kapitalismus nutzen zu kön-

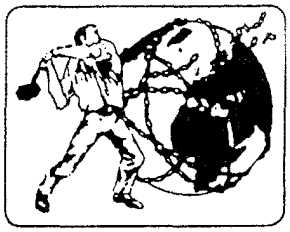
nen, ist die Zerstörung des revolutionären Charakters der Kommunistischen Partei der entscheidende Hebel.

Den Chruschtschow-Revisionisten gelang drei Jahre nach Stalins Tod auf dem 20. Parteitag der KPdSU der **entscheidende ideologische Durchbruch**. Sie eröffneten höchstoffiziell und vor aller Welt ihren Frontalangriff auf die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus. Das durch und durch revisionistische Programm des 20. Parteitags legten sie als richtungsweisend für die gesamte kommunistische Weltbewegung fest. Der **20. Parteitag der KPdSU 1956** war insofern **entscheidender ideologischer Wendepunkt zur Restauration des Kapitalismus** in der Sowjetunion und zur imperialistischen Konterrevolution (siehe Titel des Flugblatts Juli-August 1996).

Der revisionistische Verrat, die Verstümmelung und Revision der Grundideen des wissenschaftlichen Kommunismus, die spätestens durch die revisionistische Linie des 20. Parteitags der KPdSU besiegelt wurden, sind die Ursache für die Vernichtung der revolutionären Substanz der KPdSU und der anderen Kommunistischen Parteien, für die Vernichtung der Diktatur des Proletariats und die erneute Errichtung einer Diktatur der Bourgeoisie. Das war die zweite **entscheidende Voraussetzung** für die konterrevolutionäre, kapitalistische Entwicklung in der Sowjetunion unter scheinbar sozialistischem Mäntelchen und die Herausbildung einer sozialimperialistischen Großmacht. (Siehe Vorbemerkung zur "Resolution 1 der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung", in Rot Front Nr. 1, Januar 1996, S. 8.)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

9-10/ 98 September 1998

Gegen den Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Kosova!

Die sich zuspitzende Lage in Kosova wird vom deutschen Imperialismus zum Vorwand genommen für seinen weiteren militärischen Vormarsch mit dem Ziel der Kriegsvorbereitung, um die breiten Massen der Ausgebeuteten zunehmend an den Krieg für die Raub- und Weltherrschaftsinteressen des deutschen Monopolkapitals zu gewöhnen.

Die Lage im Kosova ist kompliziert und beim gegenwärtigen Stand an Informationen schwer einzuschätzen. Fest steht einerseits, daß dort vor allem die Massen der kosovaalbanischen Bevölkerung von den reaktionären Machthabern in Belgrad brutal ausgebeutet und unterdrückt werden, wobei die heutige Unterdrückung die Fortsetzung einer schon seit Jahrzehnten währenden Diskriminierung und Auspressung ist. Andererseits aber findet auch ein heftiger Kampf zwischen verschiedenen reaktionären Kräften statt, vor allem auch zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächten und den mit ihnen eng verbundenen reaktionären einheimischen Cliquen. Dabei hat der deutsche Imperialismus eine besondere Einpeitscherrolle. Fest steht auch, daß die Anprangerung der reaktionären Politik und Unterdrückungsmaßnahmen der reaktionären serbischen Machthaber im Kosova im unversöhnlichen Gegensatz zur antiserbischen Hetze der deutschen Imperialisten erfolgen muß. Dabei muß besonders auch herausgestellt werden, daß die deutschen Imperialisten gerade auch auf dem Gebiet von Ex-Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg ungeheure Verbrechen verübten und ihre Völkermordpolitik betrieben.

Unklarheiten und Unsicherheiten etwa über die Einschätzung der „Befreiungsarmee Kosovas" (UCK) dürfen keinesfalls den Kampf gegen den deutschen Imperialismus abschwächen, denn der Kampf für dessen Zerschlagung ist die politische Hauptaufgabe des revolutionären Proletariats hier in Deutschland.

Die expansionistischen und kriegstreiberischen Ziele des deutschen Imperialismus in Ex-Jugoslawien bzw. in Kosova

Der gegenwärtige Krieg in Kosova steht in Verbindung mit den Kriegen und Militärinterventionen, die seit Anfang der Neunzigerjahre auf dem Territorium Ex-Jugoslawiens durchgeführt wurden. Die Verantwortung dafür haben nicht nur die einheimischen reaktionären und chauvinistischen Kräfte. Die eigentlichen Anheizer der chauvinistisch-nationalistischen Konflikte und der nationalen Unterdrückung in Ex-Jugoslawien, die eigentlichen Kriegsbrandstifter sind die imperialistischen Großmächte, darunter vor allem auch der deutsche Imperialismus.

Der Krieg in Ex-Jugoslawien wurde ohne Frage vor allem vom deutschen Imperialismus gewollt und geschürt. Dieser drängte am meisten – und nicht zum erstenmal – auf die gewaltsame, auch militärische Zerschlagung Jugoslawiens, um seine expansionistischen und revanchistischen Ziele voranzutreiben und durchzusetzen.

Die Vorreiterrolle der deutschen Imperialisten bei der Anerkennung Kroatiens bedeutete bereits klar und eindeutig, den nationalistischen Bürgerkrieg zu provozieren und auszulösen. Ebenso bedeutete die diplomatische „Anerkennungspolitik" angesichts der Herrschaft äußerst

Unterstützen wir die beispielhaften militanten Kämpfe der Werktätigen in Chile!

Die herrschenden Klassen Chiles hatten den 11. September, den chilenischen „Feiertag" im Andenken an den faschistischen Militärputsch von 1973, zum Tag der „nationalen Aussöhnung, der Stärkung der nationalen und Einheit" erklärt, gleichzeitig aber mit einem riesigen Aufgebot von Polizei und Carabinieri (chilenische Militärpolizei) vor allem in der Hauptstadt den Belagerungszustand verhängt – wohlwissend, daß die kämpferischen Arbeiterinnen und Arbeiter Chiles nicht so „aussöhnungsbereit" wie gewünscht sein würden.

Als Auftakt zu den militanten Straßenkämpfen vor allem in der chilenischen Hauptstadt Santiago, die drei Tage lang andauern sollten, versammelten sich bereits am Freitag morgen mehrere Tausend Demonstrantinnen und Demonstranten, darunter viele Jugendliche, die sich auch durch das riesige Polizeiaufgebot nicht einschüchtern ließen. Sie versuchten gemeinsam, mit Molotow-Cocktails, Steinen und Stöcken bewaffnet die Polizeiabsperrung zu durchbrechen und zum Präsidentenpalast vorzudringen.

Mit Hilfe von Wasserwerfern und Tränengas gelang es den Polizeikräften den Versuch abzuwehren, unmittelbar zum Präsidentenpalast durchzudringen. Doch die Kämpfe nahmen deshalb nicht ab, sie weiteten sich vielmehr auf die südlichen Arbeiterviertel Santiagos aus. Mit brennenden Autos, Ampeln und Straßenschildern wurden über mehrere Tage hinweg in den Stadtteilen Barrikaden errichtet, verschiedene Polizeireviere wurden angegriffen, allein in Santiago 18 Polizeifahrzeuge zerstört. Im Verlauf der Straßenkämpfe wurden mehrere Banken attackiert und teilweise deren Büroräume zertrümmert.

Die Kämpfe weiteten sich auf weitere chilenische Großstädte wie Valparaíso und Viña del Mar aus, wo es zu Straßenschlachten mit der Polizei kam.

Im Verlauf der militanten Straßenkämpfe wurden in Santiago rund 80 Verletzte in die Krankenhäuser eingeliefert, immerhin knapp die Hälfte davon waren Angehörige der reaktionären chilenischen Carabineri.

Durch die militanten Kämpfe der Werktätigen Chiles wurde dem reaktionären chilenischen Staat vor aller Welt seine scheindemokratische Maske heruntergerissen und seine polizeistaatliche Fratze entblößt: Mindestens zwei Demonstrantinnen und Demonstranten wurden ermordet, der 47jährige Christian Varela wurde am Kopf von einer Tränengasgranate getroffen, die 25jährige Claudia López wurde erschossen. Allein in Santiago de Chile gab es 330 Verhaftete.

Die unversöhnlichen und militanten Kämpfe der Werktätigen, vor allem der Arbeiterinnen und Arbeiter Chiles zeigen, daß auch eine jahrzehntelange Folter-Diktatur und die nahtlos daran anknüpfende heutigen scheindemokratischen Verhältnisse in Chile nicht die Friedhofsruhe herstellen konnten, die die herrschenden Klassen Chiles sich wünschen.

Diese Kämpfe zeigen aber auch, daß es nicht nur erforderlich ist, unversöhnlich und militant gegen die feindlichen Klassen vorzugehen, sondern auch unversöhnlich und ohne Illusionen in die sich ihnen anbiedernden „Ar-

Fortsetzung auf S. 2

Fortsetzung von S. 1

beiterfreunden". Die Arbeiterinnen und Arbeiter Chiles stehen heute nicht nur dem gleichen *Apparat der Carabinieri und Polizisten gegen*über wie vor 25 Jahren, es biedern sich ihnen auch die gleichen revisionistischen Verräter an, die ihre Kämpfe unter ihre Fittiche bekommen und abwiegeln wollen.

51 Seiten, 4 DM

Mit dem Sieg Allendes bei den chilenischen Präsidentschaftswahlen 1970 und mit der Bildung der *Regierung der „Unidad Popular"*, an der die revisionistische KP Chiles maßgeblich beteiligt war, feierten die modernen Revisionisten den angeblichen Sieg des „chilenischen Weges" zum Sozialismus, ihrer Theorie vom „friedlichen Weg" zum Sozialismus. Doch die Ereignisse bis zum faschistischen Militärputsch vom September 1973 brachten die Wahrheit ans Licht: Mit Hilfe der Propaganda des „friedlichen Weges" zum Sozialismus entwaffnete die revisionistische KP Chiles die Arbeiterinnen und Arbeiter Chiles ideologisch, die Allende-Regierung wurde als „Sozialismus" verkauft, obwohl der alte reaktionäre Staatsapparat, vor allem der Polizei- und Militärapparat, nicht zerschlagen war.

Einige Monate vor dem Militärputsch unter Führung Pinochets 1973 gab die „K"P Chiles die Losung: „Nein zum Bürgerkrieg!" heraus. Jahre später ist der „K"P-Chef Corvalan noch stolz auf diese konterrevolutionäre „Leistung" und schreibt:

„Als es nach der Wahl im März feststand, daß die Reaktion die Regierung durch einen Staatsstreich stürzen wollte, brachten wir die Losung 'Nein zum Bürgerkrieg' heraus."
(L. Corvalan, „Ausgewählte Reden und Aufsätze", Dietz Verlag, 1983, S. 171)

In ihrem Zentralorgan verbreitete die revisionistische „K"P Chiles zutiefst reaktionäre Losungen, schürte Illusionen in die reaktionäre Armee und Polizei, die während und nach dem Putsch die blutigen Massaker und Folterungen durchführten:

„Lieber Soldat, das Volk ist mit dir!", „Es lebe die Armee und die Carabinieri!", „Carabinieri, Armee und Polizei sind das Volk selbst!"
(„El Siglo", 30. Juni 1973)

Noch am 9. September 1973, zwei Tage vor dem Putsch, log das Zentralorgan der „K"P Chiles:

„Nichts kann irgendeinen antagonistischen Widerspruch zwischen dem Volk und seiner Regierung und Armee hervorrufen."
(„El Siglo", 9. September 1973)

Die blutige Bilanz des konterrevolutionären Militärputsches in Chile gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter Chiles, die sowohl von der Allende-Regierung, aber vor allem durch die revisionistische „K"P Chiles ideologisch und auch ganz praktisch entwaffnet wurden, lautet:

30.000 ermordet, 150.000 gefoltert und eine Million aus Chile geflüchtet!

Dieser Verrat der modernen Revisionisten darf nie vergessen werden!

Quellen: El País und TAZ , 13.9.1998

reaktionärer und nationalistischer Kräfte in allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien voraussehbar, daß die Lunte an das Pulverfaß in Bosnien-Herzegowina gelegt wurde, wo früher die serbische, kroatische und bosnische Bevölkerung in einer staatlichen Einheit gelebt hatte.

Genau am 1. September 1995, dem Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen, war dann mit den Luftangriffen mit Hilfe der deutschen Soldaten in Bosnien der erste direkte und offene Kriegseinsatz der Bundeswehr Realität geworden. Im März 1997 unternahmen Einheiten der Bundeswehr in Albanien eine bewaffnete Intervention und Aggression. Dabei schossen Soldaten der Bundeswehr gezielt auf albanische Zivilisten.[1]

Ziel der deutschen Imperialisten war und ist es dabei, mit der direkten Militärintervention und Stationierung von Bundeswehreinheiten in Ex-Jugoslawien und in anderen Ländern ihren enorm gewachsenen politischen und ökonomischen Einfluß in Ex-Jugoslawien militärisch abzusichern und weiter voranzutreiben. In Bosnien sind bereits ca. 3.000 Bundeswehrsoldaten stationiert, die dort faktisch als Okkupationsarmee wirken.

Der deutsche Imperialismus nutzt nunmehr besonders die Lage in Kosova aus, um militärisch weiter vorzustoßen. Im Juni 1998 war die Bundeswehr mit 8 voll bewaffneten Tornados an NATO-Manövern in Albanien und Mazedonien beteiligt[2]. Im August 1998 sprangen deutsche Fallschirmjäger bei einem NATO-Manöver in Albanien ab. Für eine geplante NATO-Militäraggression gegen Serbien hat die Regierung des deutschen Imperialismus 14 „Tornado"-Kampfflugzeuge angeboten.[3] Im Juli 1998 wurde schließlich auch bekannt, daß die Bundeswehr bei einem NATO-Einmarsch in Kosova mit Soldaten eingeplant sei.[4] Im September 1998 drohte Rühe erneut offen, daß *„in den nächsten drei bis fünf Wochen"* Serbien bombardiert werden könnte. Kinkel drohte am 22.9.1998 vor der UNO ebenso mit einer Militäraggression gegen Serbien.

Bundeskriegsminister Rühe formulierte den Anspruch des deutschen Imperialismus, sich militärisch im Kosova-Konflikt einzumischen: *„Die Zeiten sind vorbei, wo wir nur den anderen etwas raten und ihnen dann alles Gute wünschen".*[5] Außenminister Kinkel formulierte ähnlich kriegstreiberisch: ***„Mir wär's recht, wenn Milosevic nicht reagiert in Moskau und wenn wir nicht vorankommen, wenn wir eingreifen könnten im Kosova, da bin ich sehr dafür und bei allem dabei".***[6] Diese Äußerungen Rühes und Kinkels liegen voll in der „Logik" der Entwicklung des deutschen Imperialismus als besonders aggressive und raubgierige imperialistische Großmacht, die ihre Weltmachtrolle immer offener militärisch anmeldet und mit der Bundeswehr weltweit durchsetzen will.

Mit der „step-by-step"-Methode und großangelegter Verdummungspropaganda, die ihre Wirkung gerade auch mit Hilfe der Kriegs-„Grünen" entfaltet, sollen die Ausgebeuteten daran gewöhnt werden, wieder fürs „Vaterland", d.h. für die Raub- und Weltherrschaftsinteressen des deutschen Monopolkapitals in den Krieg zu ziehen, wodurch die Ausgebeuteten immer schwerere Mitschuld an Verbrechen gegen die Völker tragen.

Vor einigen Jahren heuchelte Kohl noch, ein Bundeswehreinsatz in Ex-Jugoslawien sei vollkommen ausgeschlossen. Inzwischen will sich Kohls Kriegsminister beim Kriegseinsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien *„notfalls"* auch offen über das Völkerrecht hinwegsetzen.[7] Der SPD-Fraktionsvorsitzende Scharping verkündete ebenso ein Kriegseinsatz der Bundeswehr könne auch ohne UN-Mandat erfolgen, es könne für die Bundeswehr erforderlich sein, *„auch vorher militärisch einzugreifen"*[8]. J. Fischer von der Partei der Grünen fordert möglichst rasch eine Intervention in Kosova. Wie Rühe und Scharping hält er eine Situation für denkbar, *„in der ein UN-Mandat hinfällig wird."*[9]

Wohlgemerkt, mit der Zustimmung der UNO zur imperialistischen Militäreskalation etwa in Bosnien 1995 hat sich deutlich gezeigt, daß die UNO ein imperialistisches Kriegsinstrument ist. Die UNO, die unter der Flagge des „Menschen- und Völkerrechts" segelt, dient den imperialistischen Räubern, gerade auch dem deutschen Imperialismus, nur als Feigenblatt, um ihre räuberischen Ziele zu verhüllen. Doch wenn Politiker des deutschen Imperialismus sich mittlerweile hinstellen können, um einen Kriegseinsatz der Bundeswehr auch ohne „Legitimierung" durch die UNO zu propagieren, so zeigt das eben die besondere Aggressivität des Vorgehens des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus.

Unübersehbare Tatsache ist, daß sich heute in dieser Region vor allem wieder jene imperialistischen Mächte politisch, ökonomisch und militärisch vordrängen, die dort im zweiten Weltkrieg als Okkupanten ungeheure Verbrechen gegen die Völker Jugoslawiens und Albaniens begangen haben: die deutschen, aber auch die italienischen Imperialisten.[10]

Die Behauptung, es gehe dem deutschen Imperialismus vor allem um die „Solidarität" mit den „Verbündeten" USA, England, Frankreich usw. ist reine Heuchelei. In Wirklichkeit geht es vor allem um die ***eigenen*** Ziele des deutschen Imperialismus:

- Gewöhnung der Massen der werktätigen Bevölkerung an direkte Kriegseinsätze,
- Übung der eigenen Armee und die Erprobung der Waffen im „Ernstfall",
- militärisch die handfesten wirtschaftlichen Ausbeutungsinteressen des deutschen Imperialismus in dieser Region abzusichern und voranzutreiben,
- Vorbereitung lokaler, eigenständig geführter imperialistischer Kriege des deutschen Imperialismus, die sich gegen imperialistische Rivalen und vor allem auch gegen die Befreiungskämpfe der Völker in allen Teilen der Welt richten,

- langfristige Vorbereitung weltweiter imperialistischer Kriege zur Neuaufteilung der Welt gegen die anderen imperialistischen Großmächte.

Schon gar nicht geht es den Politikern des deutschen Imperialismus um das Elend der Flüchtlinge aus dem Kosova. Diese angebliche „Sorge" wird nur vorgeschoben, um eine Militärintervention vorzubereiten und zu rechtfertigen. Das zeigt allein schon die Tatsache der fortgesetzten Abschiebungen von Kosova-Flüchtlingen zurück in das Land, aus dem sie geflohen sind und wo sie direkt ihren Unterdrückern ausgeliefert werden. Das zeigt ebenso die Tatsache, daß etwa an Mazedonien 60 Schützenpanzer geliefert wurden, die dort zur Abschottung der Grenze gegen Flüchtlinge aus Kosova eingesetzt werden.[11a] Die deutschen Imperialisten wollen gerade verhindern, daß Flüchtlinge aus Kosova nach Deutschland kommen, um hier Asyl zu erhalten. Kinkel meinte, Deutschland müsse *„alles tun, damit die Flüchtlinge in der Region bleiben und nicht nach Deutschland kommen."* [11b] Der Beauftragte für die „Rückführung" der Bosnienflüchtlinge, Dietmar Schlee, sagte es besonders deutlich: *„Wir sind an einer Lösung des Kosovo-Konfliktes aber aus deutscher Sicht elementar interessiert, weil Kosovo-Albaner über Albanien direkt nach Deutschland kommen."* [11c]

Daß sich die deutschen Imperialisten dabei auch noch auf die „Verantwortung aus der deutschen Geschichte" berufen, ist ein beispielloser Zynismus.[12] Die grundlegende Wahrheit ist: Der deutsche Imperialismus ist schon längst wieder ein eigenständiger Kriegsherd, eine besonders aggressive und raubgierige imperialistische Großmacht, denn er ist im Kern derselbe Imperialismus, der den 1. Weltkrieg ausgelöst hat, der im 2. Weltkrieg mit Hilfe des Nazi-Faschismus schon einmal die Weltherrschaft der deutschen „Herrenrasse" auf bestialische Weise verwirklichen wollte.

Gesichtspunkte und Diskussionspunkte für die weitere Auseinandersetzung und für die proletarisch-internationalistische Solidarität

1) Beim Krieg zwischen den kroatischen und den serbischen Machthabern war die Situation eindeutig so: Mit den beiden Hauptkontrahenten, den serbischen reaktionären Kräften nach dem Vorbild der monarchofaschistischen Tschetniks und den kroatischen reaktionären Kräften, die an die Tradition der Ustascha-Faschisten anknüpfen, standen sich vor allem zwei konterrevolutionäre Kräfte gegenüber, die beide von den revolutionären Kräften der Völker Jugoslawiens entschieden bekämpft werden müssen.

2) Eine wesentliche Schwierigkeit der Einschätzung ist, daß beim gegenwärtigen Kampf in Kosova ganz unterschiedliche Widersprüche eng miteinander vermengt sind, die angesichts falscher oder fehlender Informationen momentan kaum differenziert eingeschätzt und nicht genau gewichtet werden können: ***Widersprüche zwischen dem unterdrückten Volk und seinen Unterdrückern*** sowie ***zwischen den demokratischen und den reaktionär-nationalistischen albanischen Kräften*** einerseits, ***Widersprüche im Lager der Reaktion, des Weltimperialismus, zwischen den imperialistischen Großmächten*** andererseits.

3) Bei der Einschätzung der Rolle des albanischen Nationalismus in Kosova[13] gilt es den wichtigen Hinweis Lenins zu beachten:

> **„*Jeder* bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemein demokratischen Inhalt, der sich *gegen* die Unterdrückung richtet, und diesen Inhalt unterstützen wir *unbedingt*, wobei wir das Streben nach eigener nationaler Exklusivität streng ausschalten..."**
> (Lenin, „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", 1914, Werke Band 20, S.415, Hervorhebungen im Original)

Geschichtliche Hintergründe zur Lage in Kosova

Was heute in Kosova geschieht, läßt sich keineswegs allein durch die Geschichte erklären. Doch die Kenntnis wichtiger historischer Fakten und Zusammenhänge ist für das Verständnis der heutigen Situation in Kosova unerläßlich.

Erstens. Nach dem Ende der türkischen Herrschaft auf dem Balkan im Ergebnis des Ersten und Zweiten Balkankriegs 1912/1913 wurde auf der Londoner Botschafterkonferenz der Großmächte von 1913 Kosova dem Königreich Serbien eingegliedert. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Kosova ein Bestandteil des SHS-Staats, des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen". Jugoslawien entstand als „Vielvölkerstaat", gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Nationen und nationalen Minderheiten – Serben, Kroaten, Slowenen, Mazedonier, Montenegriner, Albaner, Ungarn, Roma, um einige zu nennen. Der Kampf zwischen der serbischen und kroatischen Bourgeoisie um die politische Vorherrschaft im SHS-Staat endete mit der serbischen Hegemonie. Die nicht zum „Staatsvolk" der Serben, Kroaten und Slowenen gerechneten Nationalitäten wurden besonders scharf unterdrückt. Charakteristisches Merkmal über weite Strecken war in der Geschichte des jugoslawischen Staates die Herrschaft des serbischen Chauvinismus, der sich gerade auch gegen die albanische Bevölkerung richtete.

Zweitens. Am 6.4.1941 überfiel der deutsche Imperialismus (im Bunde mit dem faschistischen Italien) Jugoslawien. Die nazistische deutsche Wehrmacht und die SS besetzten das Land und es wurde ein brutales Terror- und Mordregime errichtet: Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Roma, Massenmorde an serbischer Bevölkerung sowie brutales und grausames Vorgehen gegen die antifaschistische Befreiungsbewegung...

Insgesamt wurden von den Nazis und ihren einheimischen Handlangern 1,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Jugoslawiens ermordet, der materielle Schaden wurde auf 9,1 Mrd. Dollar beziffert.

Während unter der Schirmherrschaft des deutschen Nazi-Aggressors kroatische Faschisten vier Tage nach dem Überfall der deutschen Nazi-Wehrmacht den „Unabhängigen Staat Kroatien" ausriefen, wurde Serbien von den deutschen Besatzern als „Feindland" behandelt, Montenegro zerschlagen und in zehn Besatzungsgebiete zerstückelt, Slowenien zwischen Deutschland und Italien aufgeteilt. Kosova wurde in drei Besatzungszonen aufgeteilt. Nazi-Deutschland sicherte sich den Nordzipfel mit dem bedeutenden Zink- und Bleibergwerk Trepca. Bulgarien annektierte die östlichen Distrikte. Der größte Teil wurde italienische Besatzungszone und wurde am 12. August mit dem bereits am 7. April 1939 von Italien überfallenen und okkupierten Albanien zu einem „Großalbanien" vereint. Nach der Kapitulation Italiens im September 1943 wurde „Großalbanien" von der Nazi-Wehrmacht besetzt. Die Nazis erklärten demagogisch, sie respektierten das „unabhängige und freie Albanien".

Dies war ein gefährliches Manöver der Nazis, um die Völker Jugoslawiens zu spalten, um sich gar noch als „Befreier vom serbischen Joch" bzw. von „italienischer Knechtschaft" auszugeben.

Die serbischen monarchistischen Tschetnikverbände des Generals Mihailovic kollaborierten bald mit den nazifaschistischen Besatzern gegen die unter Führung der KP Jugoslawiens stehende antifaschistische Befreiungsfront und die Volksbefreiungsarmee. Die Tschetniks führten gerade auch unter der Kosova-albanischen Bevölkerung Massaker durch.[1]

Drittens. Lediglich nach dem Sieg der Partisanenarmee im Bündnis mit der Roten Armee über die Nazifaschisten gab es für kurze Zeit einen Hoffnungsschimmer für die Völker Jugoslawiens, auf dem Weg hin zum Sozialismus auch die nationale Unterdrükkung abzuschaffen und ein friedliches, freiwilliges Zusammenleben der verschiedenen Nationen und Nationalitäten zu erreichen. Das fand seinen Ausdruck auch in der jugoslawischen Verfassung, in der das Recht auf Lostrennung einer jeden Nation fixiert wurde (Artikel 1 der Verfassung „Recht auf freien Austritt").

Viertens. Doch Tito und seine Anhänger gingen den Weg des Verrats, den Weg der Anbiederung an die Imperialisten, den kapitalistischen Weg und machten damit all diese Hoffnungen zunichte. Nach einigen fortschrittlichen Maßnahmen wie der Bodenreform im August 1945 schlug die KP Jugoslawiens eine grundlegend falsche Politik des jugoslawischen Nationalismus und der Klassenversöhnung ein.[2]

Kosova wurde unter Mißachtung des nationalen Selbstbestimmungsrechts an die Republik Serbien angeschlossen.[3]

Es zeigte sich in der Folge immer deutlicher, daß nicht die Arbeiterklasse die Macht hatte, sondern eine Klasse von Profiteuren, Fabrikdirektoren, Staatsbürokraten und Agrarkapitalisten. Das alles bedeutete unvermeidlich auch, daß das im Kampf gegen die nazifaschistischen Okkupanten entstandene Bündnis der Völker Jugoslawiens untergraben und zerschlagen wurde. Denn dort, wo wirtschaftlich nur noch das nackte Profitinteresse regiert, kann es auch kein friedliches Zusammenleben in einer Föderation gleichberechtigter Nationen und Nationalitäten geben. Dort zählt nicht mehr, was für das Bündnis der Völker wichtig ist, sondern gilt der nackte nationale Egoismus. Es herrschte fortan in Jugoslawien immer heftigerer nationaler Streit und nationale Unterdrückung, auch wenn dies nach außen zunächst noch nicht offen ausbrach. Besonders deutlich zeigte und zeigt dies die scharfe Unterdrückung des Kosova, der faktisch ein serbisch kontrolliertes Territorium ist, sowie die seit langem stattfindende Diskriminierung und Vertreibung der Roma.

Kosova, wo 90 Prozent der Bevölkerung albanisch ist, blieb unter der Herrschaft der Tito-Revisionisten das rückständigste Gebiet Jugoslawiens.

Das Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung betrug in Kosova nur einen Bruchteil des slowenischen, des kroatischen oder serbischen. Die Arbeitslosigkeit in Kosova war um ein Vielfaches höher als in Serbien, Kroatien oder Slowenien. In den Betrieben bestand die überwältigende Mehrheit der Führungskräfte, der Spezialisten, der qualifizierten und unqualifizierten Arbeiterinnen und Arbeiter nicht aus Albanerinnen und Albanern. Albanische Kinder mußten Schulen besuchen, in de-

Fortsetzung auf S. 4

Das bedeutet, daß wir in dem national unterdrückten Kosova prinzipiell den Kampf gegen die nationale Unterdrückung, für das demokratische Recht auf nationale Selbstbestimmung bis hin zur staatlichen Lostrennung propagieren und unterstützen müssen. Wer dies ablehnt, steht praktisch auf der Seite der nationalen Unterdrückung.

Andererseits kommt es auch bei der Haltung zum Nationalismus einer unterdrückten Nation zugleich entscheidend darauf an, die Abgrenzungslinie zum *„Streben nach eigener nationaler Exklusivität"* zu ziehen. Diese „Exklusivität" besteht darin die eigene Nation auf Kosten anderer Nationen und Völker voranzustellen.

4) Bei der Diskussion über die Lage und die Perspektiven in Kosova ist aus revolutionärer, kommunistischer Sicht ein Ausgangspunkt, daß zur Zeit des revolutionären Befreiungskriegs gegen die Nazi-Okkupanten sowohl die KP Jugoslawiens als auch die KP Albaniens (später Partei der Arbeit Albaniens) das Recht von Kosova auf staatliche Lostrennung anerkannten und propagierten, daß aber weder die KPJ noch die KPA das Ziel der staatlichen Vereinigung des Kosova mit Albanien propagierten, sondern die Lösung der nationalen Frage in Kosova in den Zusammenhang mit dem Kampf für den Sieg des revolutionären Befreiungskampfes in Jugoslawien bzw. in Albanien stellten.[14]

5) Die Kräfte des bewaffneten Kampfes gegen die serbisch dominierte reaktionäre Armee und Polizei in Kosova sind keine einheitliche Kraft. Die Bedeutung und das Gewicht revolutionär orientierter Kräfte ist unklar. Reaktionäre und direkt von den Imperialisten gelenkte Kräfte spielen aber sicherlich eine gewichtige, ja in der Führung dominierende Rolle. Letzteres zeigt sich auch in offiziellen Erklärungen des „Generalstabs der Befreiungsarmee Kosovas":

- Ganz entschieden zu verurteilen und als Handlangerdienst für die imperialistischen Kriegstreiber zu entlarven ist der Ruf nach einer NATO-Militärintervention.[15]
- Ebenso abzulehnen und zu verurteilen ist die Forderung, daß der reaktionäre albanische Staat sich in Kosova einmischen solle und überhaupt ein „gesamtalbanischer" Kampf von Albanien, Kosova und den Albanern in Mazedonien propagiert wird.[16]
- Entschieden zu verurteilen ist auch die üble chauvinistische Hetze, wenn der Kampf gegen die serbisch dominierte reaktionäre Armee und Polizei als Kampf gegen die *„primitiven Karpatenbewohner"* propagiert wird.[17]

Dennoch wäre es nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge bzw. unserer Kenntnisse darüber aus einer Reihe von Gründen falsch, die Kräfte des bewaffneten Kampfes in Kosova pauschal als reaktionär und proimperialistisch einzuschätzen:

In Kosova gibt es schon seit längerem eine Widerstandsbewegung, deren Organisationen sich teilweise ideologisch als marxistisch-leninistisch verstanden und an der Partei der Arbeit Albaniens orientierten.[18] Bei diesen Kräften bestand insofern auch ein Bezug zur Tradition der albanischen Revolution, zum revolutionären Befreiungskrieg gegen die italienischen Faschisten, dann gegen die deutschen Nazis und schließlich für die Diktatur des Proletariats. Es ist eine wichtige Aufgabe, herauszufinden, ob und inwieweit Kräfte in dieser Tradition in Kosova heute vorhanden sind, welche Positionen sie vertreten und wie sie am Kampf beteiligt sind, inwieweit es Widerstand gegen die proimperialistischen Kräfte gibt. Es ist eine wichtige Aufgabe, mit fortschrittlichen, antiimperialistischen und revolutionären Kräften Kontakt herzustellen, die Debatte mit ihnen zu suchen und sie in ihrem Kampf zu unterstützen

6) Als gewichtiger Einflußfaktor auf die Lage und Entwicklung auch in Kosova muß auch der bewaffnete Aufstand in Albanien im März 1997 gesehen werden. Damals hatte sich die albanische Zivilbevölkerung zu großen Teilen bewaffnet. Der bisherige, völlig korrupte vom Impe-

Fortsetzung von S. 3

nen serbisch gesprochen wurde, Aufnahmeprüfungen mußten in serbischer Sprache abgelegt werden, es gab keine Hochschulen mit albanischer Unterrichtssprache, kein albanisches Theater, keinen albanischen Film. Albanisch war keine gleichwertige Unterrichtssprache. Laut den jugoslawischen Behörden waren 1967 noch immer 40 Prozent der Bevölkerung des Kosova Analphabeten.[4]

Gegen die nationale Unterdrückung im Kosova brachen im November 1968 in verschiedenen Städten des Kosova Massendemonstrationen aus. Sie verlangten nach nationalen Rechten, etwa das Recht auf Zweisprachigkeit, Gründung einer albanischen Universität, Selbstbestimmung sowie auch den Status einer Republik für Kosova. Die Demonstrationen wurden von Polizeikräften gewaltsam unterdrückt. Auf Grund der Proteste erhielt Kosova in der neuen jugoslawischen Verfassung von 1974 zwar den Status eines autonomen Gebiets und in Prishtina wurde eine albanische Universität gegründet. Die Forderung, Kosova zu einer gleichberechtigten föderativen Republik Jugoslawiens zu machen, wurde aber nicht akzeptiert. So blieb Kosova weiter unter der Fuchtel der revisionistischen serbischen Machthaber. 1981 wurden Massenproteste der Kosova-albanischen Bevölkerung, gerade auch der Studentinnen und Studenten, erneut brutal unterdrückt, wobei die Unterdrückungskräfte viele Demonstrantinnen und Demonstranten erschossen, viele verhafteten, folterten und zu langen Gefängnisstrafen verurteilten.[5]

Als sich in der immer schärferen wirtschaftlichen Krise in Jugoslawien der Kampf zwischen den verschiedenen nationalen bürgerlichen Cliquen, vor allem zwischen kroatischen und serbischen Nationalisten, in den Achtzigerjahren immer mehr zuspitzte, wurde der Nationalismus zunehmend auch als Ablenkungsinstrument und Spaltungsmittel für die unzufriedenen Werktätigen mobilisiert, die in ganz Jugoslawien immer wieder machtvolle Demonstrationen gegen Entlassungen, Lohnkürzungen und sozialen Abbau durchführten.

1989 hoben die reaktionären Machthaber in Belgrad unter Führung des serbischen Chauvinisten Milosevic handstreichartig die Autonomie des Kosova als „antiserbisch" auf. Am 28. Juni 1989, zum 600. Jahrestag der „Schlacht auf dem Amselfeld"[6], führte Milosevic auf angeblich „heiligem serbischen Boden" nahe Prishtina, der Hauptstadt des Kosova, mit Hunderttausenden serbischen Chauvinisten eine finstere serbisch-chauvinistische Hetzveranstaltung durch.

Fünftens. Seit dem Zerfall, ja seit der territorialen Zerschlagung Jugoslawiens hat sich die Situation der albanischen Bevölkerungsmehrheit in Kosova nur weiter verschlechtert. Seit 1989 wurden Hunderte albanische Zivilisten ermordet, viele wurden durch Folter umgebracht, in "Schnellverfahren" zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Doch auch der Widerstand dagegen verstärkte sich. So führten 1989 die Bergarbeiter von Trepca einen bedeutenden Hungerstreik für mehr demokratische Rechte durch, dem sich andere Bergarbeiter und die Studenten des Kosova anschlossen.[7]

Quellen und Anmerkungen

1 Deutschsprachige Ausgabe von Le monde diplomatique, April 1998.

2 Kurz nach dem Ende des 2. Weltkriegs machten die Tito-Revisionisten auch bereits den Versuch, sich ganz Albanien einzuverleiben, was im letzten Moment durch den Widerstand Stalins und der KPdSU(B) sowie auch aus der Partei- und Staatsführung der Volksrepublik Albanien verhindert wurde.

Nach einer Phase der solidarischen Kritik Stalins, der KPdSU(B) und des Kommunistischen Informationsbüros (der 1947 gegründete Zusammenschluß mehrerer Kommunistischer Parteien, dem zunächst auch die KP Jugoslawiens angehörte) mußte die titoistische Führung der KP Jugoslawiens als konterrevolutionär verurteilt werden, da sie auf ihrer falschen Politik und Ideologie beharrte und den Weg des Verrats beschritt.

Die weitere Entwicklung der KP Jugoslawiens bestätigte, daß diese Verurteilung völlig zurecht geschah:

1951 bereits wurde ein „Abkommen über gegenseitige Verteidigungshilfe" mit den US-Imperialisten abgeschlossen, welches amerikanische Rüstungslieferungen im Austausch gegen Rohstoffe vorsah.

In der internationalen Politik unterstützten die Tito-Revisionisten unverhohlen die US-Aggression in Korea 1950. In der UNO stimmten die Vertreter der Tito-Clique für das „Embargo" gegen China und Korea.

Auf dem Land wurde die von der KPdSU(B) und dem Kominform zuvor kritisierte, bürokratisch verordnete und überhastete Kollektivierungsbewegung bald völlig abgebrochen und überhaupt fast ganz rückgängig gemacht. Bereits 1956 waren 91 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in privater Hand.

Im titoistischen Jugoslawien gab es weder eine geplante Binnenwirtschaft noch ein Außenhandelsmonopol. Der jugoslawische „Selbstverwaltungs-Sozialismus" war nichts als ein Betrug an den Arbeiterinnen und Arbeitern Jugoslawiens. Das zeigte schon die Tatsache, daß die ‚selbstverwalteten' Betriebe sich gegenseitig Konkurrenz machten. Anfang der Sechzigerjahre bereits waren Hunderttausende arbeitslos und gezwungen, ihre Arbeitskraft in anderen Ländern zu verkaufen.

(Die Kritik der Kominform und des ZK der KPdSU(B) an der KP Jugoslwiens ist abgedruckt in: „Der Kampf J.W. Stalins und der Kominform gegen den Titorevisionismus". Diese Broschüre kann beim Buchladen Georgi Dimitroff für 2 DM bestellt werden. Zahlreiche Fakten zum kapitalistisch-revisionistischen System in Jugoslawien finden sich in der Schrift „Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?", dem dritten Kommentar der KP Chinas zur „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", Peking 1963.)

3 Dabei war dieser Anschluß des Kosova an Serbien von Seiten der Tito-Revisionisten als deutlicher Kniefall vor dem serbischen Chauvinismus geplant. Der berüchtigte jugoslawische Revisionist Rankovic erklärte z. B. in chauvinistischer Weise bereits auf einer außerordentlichen Versammlung der Antifaschistischen Versammlung Serbiens im April 1945, daß dieser Anschluß

„die beste Antwort für jene ist, die von der Gefahr der Zerstückelung ‚serbischen' Bodens tönen."

(„Borba", 8. April 1945, zitiert nach: „Die Forderung, Kosova den Status einer Republik zuzuerkennen, ist gerecht", Artikel von „Zeri i popullit", Organ des ZK der PAA, 17. Mai 1981, Tirana 1981, S. 18)

4 Alle Angaben aus: „Die albanische Bevölkerung Jugoslawiens läßt sich von der titoistischen Clique nicht betrügen und unterjochen", Zeri i Popullit, 5.4.1967, Tirana 1967, und „Die Forderung, Kosova den Status einer Republik zuzuerkennen, ist gerecht", Artikel von „Zeri i popullit", Organ des ZK der PAA, 17. Mai 1981, Tirana 1981.

5 Genaue Zahlen dieser unbestreitbaren Unterdrückungsmaßnahmen sind uns nicht bekannt. Diese fehlen auch in den Broschüren der PAA zu diesen Ereignissen.

6 Bei der *„Schlacht auf dem Amselfeld"* Ende des 14. Jahrhunderts besiegte das Heer des Osmanischen Reiches die vereinigten Heere Serbiens und Bosniens.

7 Quelle: Council for the Defence of Human Rights and Freedoms in Prishtina, Prishtina 1998, www.albanian.com/kmdlnj.

nalismus abhängige Staatsapparat war weitgehend weggebrochen. Die Aufständischen hatten – teilweise mit offener Hilfe von Soldaten – Waffenlager und Kasernen gestürmt und weitgehend ländliche Gebiete sowie in gewissem Umfang auch die Städte des Südens, teilweise sogar Tirana unter Kontrolle. Die Ursachen für diesen die breiten Massen der Bevölkerung erfassenden, relativ professionell organisierten Aufstand liegen vordergründig an der extremen Ausplünderung der werktätigen Menschen Albaniens durch betrügerische Finanzgeschäfte in einem ungeahnten Umfang. Dahinter steht, daß die Mehrheit der Bevölkerung Albaniens insgesamt am eigenen Leib gespürt hat, was Kapitalismus und Unterordnung unter imperialistischer Kontrolle ***wirklich*** bedeutet, und dagegen den Kampf aufgenommen hat. Den Kräften der Reaktion und des Imperialismus ist es vorläufig zwar zu einem großen Teil gelungen, diesen bewaffneten Aufstand mit Hilfe der konterrevolutionären Regierungs-„Sozialisten", durch imperialistischen militärischen Druck (mehrfache NATO-Manöver), imperialistische Polizeiberater usw., nicht zuletzt aber auch durch das Schüren von extremem albanischem Nationalismus niederzuwerfen. Aber die Tatsache dieses Aufstands hat ohne Zweifel eine Auswirkung auch auf Kräfte des bewaffneten Kampfes in Kosova.[19]

Flugblatt von „Gegen die Strömung" vom September 1996

Aus dem Inhalt:

- Nazi-Verbrechen in Jugoslawien
- Die Bundeswehr: Eine Armee in der Tradition der Nazi-Wehrmacht und des deutschen Militarismus und Revanchismus
- Die menschenverachtende Abschiebepolitik der deutschen Imperialisten liefert Kanonenfutter für den Krieg in Jugoslawien
- Die kriegstreiberischen Demagogien der Grünen entlarven!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Bosnien!

7) Das Vorhandensein reaktionärer und vom Imperialismus gelenkter Kräfte im Krieg in Kosova, die entlarvt werden müssen, darf nicht dazu führen, die Bekämpfung der krassen Unterdrückung und der Verbrechen der serbisch-jugoslawischen reaktionären Machthaber abzuschwächen.

8) Bei jeder Stellungnahme zu den Ereignissen und Entwicklungen auf dem Gebiet Ex-Jugoslawiens muß stets ***der Kampf gegen die antiserbische Hetze*** der deutschen Imperialisten ein wesentlichen Ausgangspunkt sein. Die antiserbische Hetze, wie sie von den Politikern und Medien des deutschen Imperialismus tagtäglich betrieben wird, muß als chauvinistische und kriegstreiberische Hetze bekämpft werden, die zurück geht bis zur Zeit des 1. Weltkriegs und vor allem auch des 2. Weltkriegs, als die deutschen Nazi-Okkupanten ungeheure Verbrechen gerade auch gegen die serbische Bevölkerung verübt haben.

☆☆☆

Im unerbittlichen Kampf gegen nationalistische und chauvinistische Entzweiungs- und Unterdrückungspolitik werden die Völker Ex-Jugoslawiens mit Hilfe sich bildender revolutionärer, kommunistischer Organisationen anhand ihrer eigenen Erfahrungen feststellen, daß sie sich nur auf demokratischer Grundlage – unter effektiver Sicherung des nationalen Selbstbestimmungsrechts einschließlich des Rechts auf staatliche Lostrennung – im gemeinsamen Kampf zusammenschließen können und müssen.

Die Perspektive des Kampfes kann nur die revolutionäre Umwälzung der ganzen bisherigen Gesellschaftsordnung sein, der Befreiungskrieg gegen die Einmischung der imperialistischen Großmächte und gegen die einheimischen Kräfte, die in der einen oder anderen Weise mit den imperialistischen Großmächten verbunden sind.

Unsere Aufgabe ist es, alle revolutionären Kräfte in Kosova sowie in Ex-Jugoslawien sowie auch in Albanien in ihrem harten Kampf tatkräftig zu unterstützen und unermüdlich den deutschen Imperialismus anzuprangern, der mit seinem Arsenal an ökonomischen, militärischen, politischen und ideologischen Mitteln versucht seinen Einfluß in Kosova und ganz Ex-Jugoslawien immer weiter auszubauen.

Gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Kosova, gegen alle Formen des Militäreinsatzes und der Stationierung von Bundeswehr-Truppen in Ex-Jugoslawien und in Albanien und gegen die Bundeswehr überhaupt muß die Propaganda und Agitation verstärkt werden. Antimilitaristische Aktionen gegen Kriegseinsätze müssen wir nach Kräften unterstützen und wo immer möglich mit der langfristigen Perspektive des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus verbinden.

Die systematische Entlarvung sämtlicher Operationen dieser imperialistischen Bundeswehr über Jahre, ja Jahrzehnte hinweg ist Ansatzpunkt, damit zunächst aus Tageskämpfen gegen dieses oder jenes Verbrechen der Bundeswehr schließlich Kämpfe werden, die unter Führung einer wirklich kommunistischen Partei das ganze System des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus in Frage stellen, welche die Ideen des Sozialismus und Kommunismus und der Vernichtung des Kapitalismus zum Ziel haben werden. Nur in solchen Kämpfen wird eine revolutionäre bewaffnete Arbeiterklasse entstehen, die nicht nur die Bundeswehr und die anderen bewaffneten Formationen, sondern den gesamten Staatsapparat des deutschen Imperialismus im Bürgerkrieg zerschlagen wird, die gestützt auf die proletarische Demokratie auf dem Weg zum Sozialismus und Kommunismus die Waffe der Diktatur des Proletariats über alle Reaktionäre nicht mehr aus der Hand geben wird!

Quellen und Anmerkungen

1 Siehe dazu: Erklärung von „Gegen die Strömung" gegen die bewaffnete Intervention und Aggression des deutschen Imperialismus in Albanien und für die Entwicklung des bewaffneten Aufstands in Albanien, März 1997, Beilage zum Flugblatt „Erfahrungen aus dem militanten Kampf der Bergarbeiter".

2 Antifaschistische Nachrichten 14/98

3 Frankfurter Rundschau, 12.8.1998

4 junge Welt, 23.7.1998.

5 Rühe in der „Bild am Sonntag", zitiert nach „junge welt", 2.6.1998.

6 Kinkel im „Heute Journal" am 16.6.1998, zitiert nach Antifaschistische Nachrichten 14/98.

7 Siehe „Der Spiegel" 28/98, S. 126.

8 Scharping im Focus 25/98, zitiert nach Focus 26/98, S. 30, vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.6.1998

9 Siehe FAZ, 10.6.1998.

10 Hier in Deutschland muß besonders „unsere" imperialistische Großmacht, der deutsche Imperialismus, ins Visier genommen werden. Das bedeutet aber nicht, die Rolle der anderen Imperialisten zu ignorieren oder gering zu schätzen. Das gilt in dieser Region besonders auch für den italienischen Imperialismus, der immer offener seine alten hegemonialen Ansprüche geltend macht. So schreiben sogar bürgerliche Medien, man habe geradezu den Eindruck, daß Albanien als „21. Region Italiens" bzw. „sechste Provinz Apuliens" behandelt werde. Anläßlich der „italienischen Wirtschaftsmesse der Levante", die in Tirana durchgeführt wurde, heißt es:

„Italienische Polizei- und Militär-Angehörige in Uniform, Carabinieri und Finanzpolizei desgleichen, alle mit ordentlichen Fahrzeugen ausgerüstet, dazu albanische Sicherheitskräfte in den neuesten Fiat-Autos... Europa sollte es nur recht sein, wenn Italien dieses Land unter seine Fittiche nähme. Ganz exklusiv wird es nicht sein. Denn im Straßenbild von Tirana herrschen deutsche Automobile vor, und das erste Schild am Flughafen ‚Rinas' weist auf den Neubau durch die Firma Siemens hin, finanziert von der Bundesrepublik Deutschland."
(FAZ, 29.5.1998)

11a Siehe Frankfurter Rundschau, 28.8.1998.

11b Kinkel, zitiert nach Antifaschistische Nachrichten 14/98.

11c Zitiert nach Antifaschistische Nachrichten 14/98.

12 J. Fischer von der Partei der Grünen, der sich der „Peinlichkeit" einer deutschen Militäraggression in Ex-Jugoslawien oder in Albanien vollauf bewußt ist, rät zur Durchsetzung der Ziele des deutschen Imperialismus dort,

„es bleibe nur die Möglichkeit einer ‚zurückgenommenen' Politik, die *deutsche Interessen* auf dem Wege der europäischen Integration, ‚mittels Partnerschaft' verfolge."
(FAZ, 10.6.1998)

Dies ist ein Beispiel dafür, wie Politiker des deutschen Imperialismus „Europäertum" benützen, um ihre eigenen imperialistischen Interessen zu verfolgen und durchzusetzen. (Vgl. dazu ausführlich das Flugblatt 8/9/97 von „Gegen die Strömung" „Die deutsche ‚Neuordnung Europas' bekämpfen!".

13 Der Generalstab der Befreiungsarmee Kosovas propagiert „das Albanertum", also reinsten Nationalismus als ihre Ideologie:

„Die UCK fordert alle Schichten des albanischen Volkes im nationalen, politischen, intellektuellen, beruflichen, studentischen usw. Raum auf, daß sie als *Ideologie das Albanertum* haben."
Politische Erklärung Nr. 4, Prishtina, 17.7.1998, Generalstab der Befreiungsarmee Kosovas.

14 In der damaligen Atmosphäre des revolutionären Befreiungskampfes, an dessen Spitze Kommunistische Parteien standen, die jahrzehntelang in der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossen und im Geiste des wissenschaftlichen Kommunismus erzogen waren, stand es nach teilweise heftigen innerparteilichen Kämpfen und Kritiken durch die Kommunistische Internationale bzw. von Stalin für die KP Jugoslawiens außer Frage, das Recht auf staatliche Lostrennung zu propagieren. So erklärte sogar Tito, der wenige Jahre später selbst in Jugoslawien nationale Unterdrükkung praktizierte, Ende Dezember 1942 in einem Artikel in „Proleter"mit dem Titel *„Die nationale Frage in Jugoslawien im Licht des Nationalen Befreiungskampfes"*, der als programmatisches Dokument der KPJ über die nationale Frage gilt:

„Die Kommunistische Partei Jugoslawiens hat nicht auf das Prinzip verzichtet und wird niemals darauf verzichten, das von unseren großen Lehrern und Führern Lenin-Stalin aufgestellt wurde, ein Prinzip, nach dem jedes Volk das Recht auf Selbstbestimmung bis hin zur Lostrennung hat... Die Frage Mazedoniens, die Frage Kosovas und Metohijas, die Frage Montenegros, die Frage Serbiens, die Frage Kroatiens, die Frage Sloweniens, die Frage Bosniens und der Herzegowina wird leicht zu lösen sein, wobei alle zufrieden sein werden. Nur auf diese Weise wird das Volk sie selbst lösen."
(Zitiert nach: „Die Forderung, Kosova den Status einer Republik zuzuerkennen, ist gerecht", Artikel von „Zeri i popullit", Organ des ZK der PAA, 17. Mai 1981, Tirana 1981, S. 7/8)

In der 1971 erschienenen „Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens" heißt es über die Haltung der KP Albaniens während des Befreiungskriegs:

„Was die Frage Kosovas und der anderen, von Albanern bewohnten Gebiete Jugoslawiens betraf, so hatte die KPA die faschistische Losung eines ‚Großalbanien' niemals gebilligt. Sie erwartete die gerechte Lösung dieser Frage vom Sieg der Volksrevolution in Albanien und Jugoslawien. Die KPA hatte öffentlich erklärt, daß die Bevölkerung Kosovas mit dem Sieg der Revolution in den beiden Ländern das Recht erlangen würde, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden."
(S.244/245)

15 So werden in der uns als Übersetzung vorliegenden „Erklärung Nr. 49" der UCK vom 12. Juli 1998 die imperialistischen Machenschaften begrüßt :

„Wir begrüßen das diplomatische Engagement rund um den Krieg in Kosova der internationalen Gemeinschaft, besonders jenes der Vereinigten Staaten von Amerika. Aber wir verlangen, daß dieses Engagement schneller und konkreter sei."

In der uns ebenfalls als Übersetzung vorliegenden „Botschaft an das albanische Volk" des „Generalstabs der Befreiungsarmee Kosovas" vom 8.9.1998 heißt es reaktionärerweise:

„Wir unterrichten die NATO, daß wir überall, wo es nötig ist, nicht gegen eine militärische Intervention sind."

16 In der uns als Übersetzung vorliegenden „Botschaft an das albanische Volk" des „Generalstabs der Befreiungsarmee Kosovas" vom 8.9.1998 heißt es:

„Wir fordern die politischen Subjekte der drei albanischen Zentren und die ganze Maschinerie des albanischen Staates auf, schnell und konkret als Nation zu handeln, da die Zeit nicht still steht. Fürchten wir uns nicht vor dem Zusammenschluß im Kampf für die Freiheit."

17 In der „Botschaft an das albanische Volk" des „Generalstabs der Befreiungsarmee Kosovas" vom 8.9.1998 heißt es im Sprachgebrauch albanischer Nationalisten über die Serben:

„Die Befreiungsarmee Kosovas, geboren aus dem Feuer des Freiheitskampfes, wird auch nach der Vandalenoffensive der primitiven Karpatenbewohner den Kampf bis zum Sieg weiterführen."

18 In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" heißt es: *„Die Wurzeln der Untergrundgruppen reichen weit in die sechziger und siebziger Jahre zurück. Als älteste der derzeit sowohl im Kosovo als auch im Ausland aktiven Organisationen ist die 'Volksbewegung Kosova' (LPK) zu nennen. Sie wurde am 17. Februar 1982 in Deutschland als 'Volksbewegung für eine Republik Kosova' (LPRK) gegründet. Dabei handelte es sich jedoch nicht um eine Neugründung, sondern um einen Zusammenschluß folgender vier bis dahin unabhängiger Untergrundorganisationen: der 'Nationalen Befreiungsbewegung Kosova und der anderen albanischen Gebiete Jugoslawiens' (LNCKVSHJ), der 'Marxistisch-leninistischen Organisation Kosova' (OMLK), der 'Kommu-nistischen Marxistisch-leninistischen Partei der Albaner in Jugoslawien' (PKMLSHJ) sowie schließlich der 'Roten Volksfront' (FKB)."* (FAZ, 4.3.1998)

Die „Süddeutsche Zeitung" erwähnte ehemalige politische Gefangene im titoistischen Jugoslawien, *„die im Jugoslawien Titos ihre Hoffnungen auf das Albanien Enver Hoxhas gerichtet hatten"* (SZ, 27.8.1998).

Leider liegen uns keinerlei Dokumente von den erwähnten Kräften vor.

19 Kürzlich erschien auf albanisch das Buch „Das verratene Volk" von Koco Danaj. Daraus kennen wir nur das von der Zeitschrift „Aufbau Albanien" auf deutsch übersetzte Kapitel „Wieso stellte sich die euroamerikanische Politik gegen die Volksbewegung?" Dieses Buch und seinen Autor können wir daher nicht einschätzen.

Plakat und Stellungnahme von „Gegen die Strömung" gegen die bewaffnete Intervention des deutschen Imperialismus in Albanien und für die Entwicklung des bewaffneten Aufstands in Albanien vom 17.März 1997 können bestellt werden bei:

Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mitttwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung" sind u. a. erhältlich:

*In **Berlin:** Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5; M 99, Manteuffelstr. 96; Nachladen, Waldemarstraße 36; in **Bonn:** Antiquariat W. Marrow, Breite Straße 52; in **Braunschweig:** Antifacafé, Cyriaksring 55; in **Dortmund:** Buchladen Taranta, Humboldtstraße 54; in **Duisburg:** Antiquariat, Pulverweg 33b; in **Frankfurt:** Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4; in **Freiburg:** Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15; in **Göttingen:** Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; in **Hamburg:** Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, in **Hannover:** Internationalismus Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; in **Karlsruhe:** Der andere Buchladen, Marienstr. 15; in **Kiel:** Buchladen Zapata, Jungfernsteg; in **Köln:** Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; in **München:** Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41- 43; in **Nürnberg:** Libresso Buchhandlung, Peter-Vischer-Str. 25.*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

Selbstkritische Stellungnahme zum Flugblatt (9/10-98) „Gegen den Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Kosova"

Auszug aus dem Editorial in der Broschüre von GDS: „Zum Krieg des deutschen Imperialismus gegen Jugoslawien":

Zur Komplexität der nationalen Fragen in Jugoslawien und den benachbarten Staaten

Bei der Lösung der geschichtlich bedingten und von den Imperialisten geschürten nationalen Frage in Jugoslawien und seinen Nachbarstaaten steht eines fest:

Nicht imperialistische Großmächte, die Völker selber müssen alle Fragen klären und die Probleme selber lösen. Das Studium der Geschichte der Kommunistischen Internationale und ihrer kommunistischen Parteien in den Balkanländern, das Studium der Dokumente der Kommunistischen Parteien dieser Region nach 1945 zeigt, wie komplex eine Fülle von heute neu und imperialistisch aufgeworfenen Fragen bereits diskutiert wurde. Dabei gab es auch Widersprüche und sich ausschließende Positionen innerhalb der kommunistischen Weltbewegung. Dies muß bewußt sein, eine klärende Stellungnahme dazu ist jedoch sehr schwierig.

Wenn Kommunistische Parteien das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Kernpunkt eines demokratischen Programms in der nationalen Frage betonen, war gleichzeitig klar:

Die Kommunistinnen und Kommunisten in Vielvölkerstaaten wie dem zaristischen Rußland oder dem ehemaligen Jugoslawien sind dort zwar für das *Recht* auf Lostrennung, propagieren aber in der Regel keinesfalls die Lostrennung selbst. Denn die grundlegende Linie des proletarischen Internationalismus erfordert ja gerade den maximalen Zusammenschluß der Völker im revolutionären Kampf für die Zerschlagung des sie unterdrückenden Ausbeuterstaates.

Nach dem Sieg von demokratischen und sozialistischen Revolutionen kann es auch sein (und die Lostrennung des reaktionären finnischen Staates vom revolutionären Rußland zeigt dies), daß das demokratische Recht auf Lostrennung unterdrückter Nationen von reaktionären Kräften ausgenutzt wird.

Dennoch, auch in solchen Fällen werden die Kommunistinnen und Kommunisten dieses Recht aus langfristigen Gründen *nicht* verweigern, um nationalistischer Demagogie den Boden zu entziehen und sich so langfristig für den revolutionären Zusammenschluß der Völker einzusetzen.

Dabei muß bewußt sein, daß es gerade auch beim Studium der Probleme in der nationalen Frage unbedingt nötig ist, diese Probleme *konkret* und in *ihren historischen und aktuellen Zusammenhängen* zu studieren. An Hand der Formulierung im Flugblatt „Gegen den Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Kosova!" vom September/Oktober 1998 wird deutlich, daß wir es uns in der Frage des Kosova diesbezüglich zu leicht gemacht haben:

„Das bedeutet, daß wir in dem national unterdrückten Kosova prinzipiell den Kampf gegen die nationale Unterdrückung, für das demokratische Recht auf nationale Selbstbestimmung bis hin zur staatlichen Lostrennung propagieren und unterstützen müssen Wer dies ablehnt, steht praktisch auf der Seite der nationalen Unterdrückung."
(Flugblatt von GDS 9-10/98, „Gegen den Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Kosova!". S. 4)

Das Problem in dieser Passage wird deutlich. wenn wir diese mit der jugoslawischen Verfassung vom 31. Januar 1946 konfrontieren, wo es heißt:

„Artikel 1
Die Föderative Volksrepublik ist ein Bundes-Volksstaat republikanischer Form, eine Gemeinschaft gleichberechtigter Völker, die auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes, das

das Recht auf freien Austritt einschließt, erklärt haben, in einem föderativen Staat zusammen zu leben."

Hier wird eindeutig das *Recht* der in der föderativen Volksrepublik Jugoslawien damals zusammengeschlossenen Völker auf Lostrennung garantiert. Damit war aber offenbar *nicht* „prinzipiell" dieses Recht auch für Kosova festgeschrieben. In nächsten Artikel wird nämlich konkret ausgeführt:

„Artikel 2
Die Volksrepublik Serbien, die Volksrepublik Kroatien, die Volksrepublik Slowenien, die Volksrepublik Bosnien und Herzegowina, die Volksrepublik Mazedonien und die Volksrepublik Montenegro bilden die Föderative Volksrepublik Jugoslawien. Zum Verbande der Volksrepublik Serbien gehören die Autonome Provinz Vojvodina und das Autonome KosovoMetohija-Gebiet."
(Verfassung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien vom 31. Januar 1946, Wien 1947)

Hinter unserer Formulierung steht also noch ein anderes heute hoch aktuelles Problem: In der jugoslawischen Verfassung erhielt Kosova nicht den Status einer Republik, sondern den Status eines autonomen Gebietes. Die Bedeutung dieses Unterschieds liegt darin, daß die nationalen Rechte des Kosova nicht das Recht auf Lostrennung einschließt.

Autonome Gebiete kannte bekanntlich auch die sozialistische Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins. Diese wurden überall dort konstituiert, wo es galt, die nationalen Rechte einer relativ kompakten Nationalität zu gewährleisten, wo aber die Voraussetzungen für eine mögliche staatliche Lostrennung objektiv nicht gegeben waren.[1]

Im Fall des Kosova war die Entscheidung für den Status einer autonomen Provinz innerhalb der Republik Serbien seitens der albanischen Kommunistinnen und Kommunisten nicht unumstritten, wurde aber stillschweigend akzeptiert. Dies zeigen die Dokumente der in den ersten Jahren nach 1945 noch Kommunistischen Partei Jugoslawiens ebenso wie die Dokumente der KP Albaniens.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können wir dieses Problem - das haben unsere Diskussionen über die oben zitierte Passage aus dem Flugblatt 9-10198 ergeben - noch nicht einschätzen.

Wir sind daher der Meinung, daß es falsch war, uns in dieser Passage auf die (seit 1981 von der PAA offen vertretene) Position festzulegen, daß die Verfassung von Jugoslawien von 1946 ungerecht war. Zudem wurde noch unsauber formuliert, als ob nicht prinzipiell das *Recht* auf Lostrennung, sondern der konkrete Kampf für die Lostrennung Kosovas von Jugoslawien heute von uns unterstützt würde.

Möglicherweise aber war ideologisch und politisch in dieser Zeitspanne ausschlaggebend, daß eine andere Lösung faktisch die Wiederherstellung des von den Nazis installierten Projekts eines Großalbaniens begünstigt hätte und damit die nötige ruhige Atmosphäre der Völkerfreundschaft im föderalen Verbund des Staates Jugoslawien massiv verunmöglicht worden wäre.

Möglicherweise gab es 1946 auch schon Tendenzen zu Zugeständnissen an den serbischen Nationalismus, der die Anwesenheit der albanischen Mehrheit in Kosova als geschichtlich ungerecht bezeichnet hatte.

Wir werden in absehbarer Zeit ein Dokumentation zu diesen Fragen und Problemen zusammenstellen.

Die „richtige Lösung" ohne Kompromisse, wird es gerade in dieser Region so einfach nicht geben. Uns ist bewußt, wie rasch vereinfachte schematische Lösungen der nationalen Frage eigentlich nur Aussagen über die Überheblichkeit und Unkenntnis der Verfasser enthalten. Dies gilt ganz besonders für das äußerst komplizierte Geflecht der nationalen Fragen in Jugoslawien sowie auf dem gesamten Balkan.

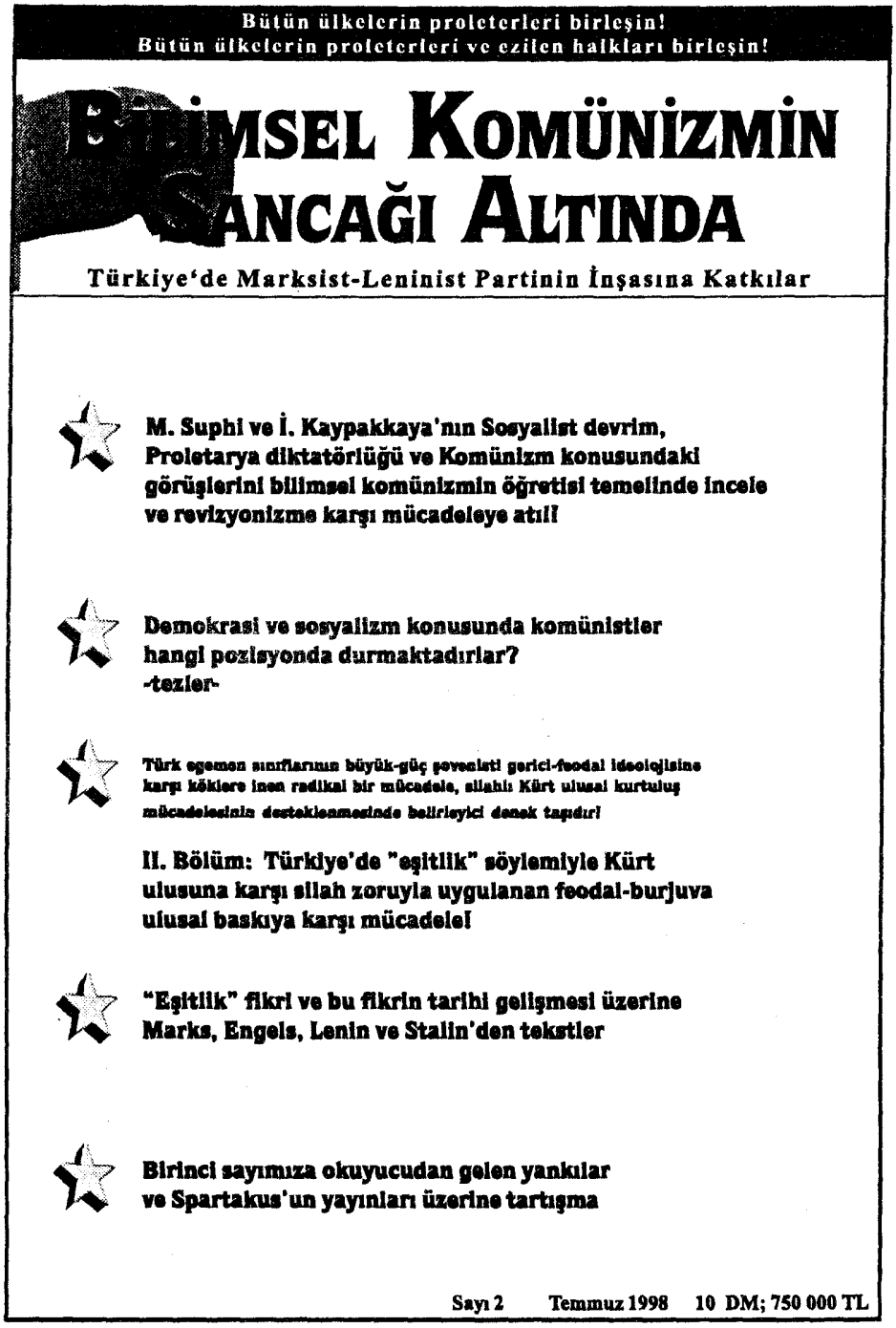
---

[1] Wieder anders war die Regelung für die Gewährleistung der Rechte (Sprache, Schulen usw.) jener nationalen Minderheiten, die nicht kompakt in einem Gebiet lebten, sondern verstreut wie etwa die Polen in der Ukraine. Siehe dazu: J. W. Stalin, Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, Nachdruck Köln 1976, S.89 und 99.

„SPARTAKUS"

"Organ für Beiträge zum Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei in der Türkei (Europa)"

Erscheint seit Januar 1997 in türkischer Sprache



Bestellungen und Zuschriften bitte an:

„SPARTAKUS"

c/o Buchladen Dimitroff , Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

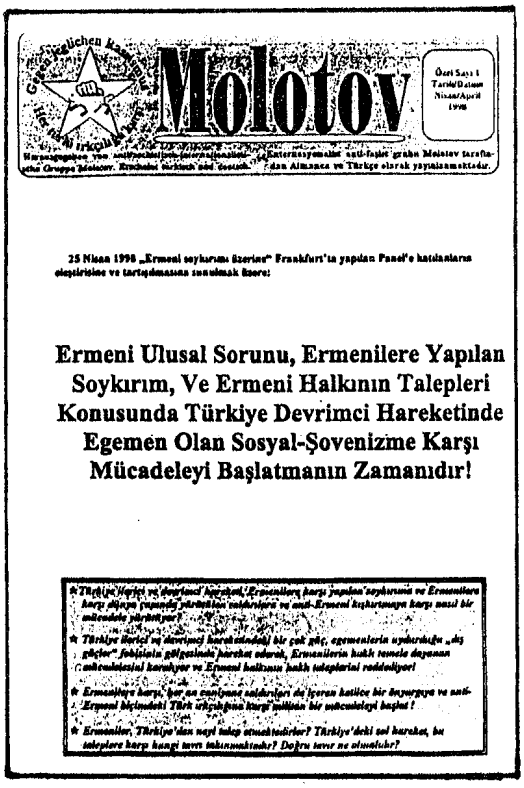
■ Zeitschrift der antifaschistisch-internationalistischen Gruppe „Molotov“

Erscheint in türkischer und deutscher Sprache

Am 25. April 1998 auf der Podiumsveranstaltung in Frankfurt zur Diskussion gestellt:

Es ist höchste Zeit, in der Armenischen Frage und der Frage des Völkermordes, den Kampf gegen den herrschenden Sozialchauvinismus in der revolutionären Bewegung der Türkei aufzunehmen!

- Wie führt die fortschrittliche und revolutionäre Bewegung in der Türkei den Kampf, gegen den geschichtlichen Völkermord, gegen die weltweite Angriffe und gegen die antiarmenische Hetze?
- Viele Kräfte der fortschrittlichen und revolutionären Bewegung sind von der sogenannten „äußeren Kräfte“ Phobie erfaßt und verneinen aufgrund dieser Argumentation die berechtigten Forderungen des Armenischen Volkes und ziehen den berechtigten Kampf der Armenier durch den Schmutz!
- Organisieren wir gegen die verbrecherischen antiarmenischen Angriffe und gegen den türkischen Rassismus einen militanten Kampf!
- Was erwarten die Armenier von der Türkei? Welchen Standpunkt vertritt die Linke Bewegung angesichts dieser Erwartungen? Wie ist der richtige Standpunkt in dieser Frage?



ANTIFASCHISTISCHE INITIATIVE SAAR

Gemeinsame Nummer der antifaschistischen Gruppen Molotov und Antifaschistische Initiative Saar:

☆Thesen zum antifaschistischen Kampf und zur Notwendigkeit einer internationalen antifaschistischen Front

☆Über die Nationale Befreiungsbewegungen und Aufgaben der Antifaschisten

☆Anmerkungen, Plakate und Redebeiträge zur Demonstration in Karlsruhe: Gegen die Vertuschung des Nazibrandanschlags in Lübeck

☆Ein Bericht über den Widerstand in der Asylbewerberunterkunft in Neckarsulm

☆Stellungnahme zu den Brandanschlagen in Den Haag und Krefeld

Preis: 5,-DM

Bestellungen:

* Buchladen Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

* Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch !

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch !

Unterstützen wir die "Verdammten dieser Erde" gegen den deutschen Imperialismus !

- Deutsche Konzerne pressen weltweit in den abhängigen und halbkolonialen Ländern durch Hungerlöhne Riesenprofite aus den dort lebenden Arbeitern und Arbeiterinnen.

- Mit deutschen Waffen und deutschem Geld werden überall in der Welt die Völker unterdrückt, demokratische und revolutionäre Bewegungen bekämpft.

- Die deutschen Grenzen sind dicht für die von Imperialismus und Reaktion verfolgten, Sondergesetze verschärfen die elenden Lebensbedingungen für die dennoch durchgekommenen ins unerträgliche.

- Die in Deutschland lebenden Flüchtlinge und Werktätige aus anderen Ländern werden in besonderem Maße ausgebeutet und ständig bedroht durch Nazis, Polizei und Abschiebung.

Politisches Asylrecht für die von Imperialismus und Reaktion Verfolgten !

Gegen Chauvinismus und Rassismus

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus

Reader

Aus dem BUCHLADEN G. DIMITROFF

Zur Frage der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern

Dokumente
zur grundlegenden Linie von *Gegen die Strömung*

Auszüge aus den Debatten zu dieser Frage

Mai 1998

28 S.
Preis: 6 DM

Zur Frage der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern

Texte von Marx, Engels, Lenin und Stalin

Mai 1998

80 S.
Preis: 6 DM

Materialien zur Schulung

KARL MARX

Das Kapital

Kritik der politischen Ökonomie

Erster Band

Buch I:
Der Produktionsprozeß des Kapitals

Oktober 1998

208 S.
Preis: 25 DM

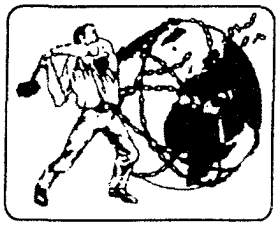
Bestellungen:

* Buchladen Dimitroff, Koblenzer Str. 4,
60327 Frankfurt/Main

* Vertrieb für Internationale Literatur,
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

11-12/98 November/Dezember 1998 1 DM

Der Novemberpogrom 1938:

Vor aller Augen!

Vor 60 Jahren wurde das bis dahin größte Verbrechen gegen die Jüdinnen und Juden in Nazideutschland durchgeführt. Im gesamten Herrschaftsbereich des deutschen Imperialismus und seiner Nazis wurden vor aller Augen am 9./10. November 1938 die Jüdinnen und Juden mißhandelt, gequält, geschlagen, vergewaltigt und gefoltert. Viele wurden zum Teil schwer verletzt, viele wurden ermordet, praktisch alle Synagogen und jüdischen Friedhöfe, Tausende Geschäfte und Wohnungen zerstört. Entgegen anderen falschen Positionen stellte der Vorsitzende der KPD Wilhelm Pieck 1939 zu Recht fest: *„Wo blieben Äußerungen des kollektiven Protestes der Arbeiter in den Betrieben gegen die Bande von Brandstiftern, Mördern und Räubern, die unter dem Schutz der Polizei ihr erbärmliches Handwerk ausübte? Wir hatten nicht solche kollektiven Proteste..."*[1] Der Novemberpogrom setze sich in den Tagen danach fort und verschärfte sich. Vor aller Augen wurden am 10. November 1938 30.000 Juden und Jüdinnen generalstabsmäßig verhaftet, durch die Straßen und öffentlichen Plätze getrieben und in KZs verschleppt. Mehrere Hundert wurden unmittelbar nach ihrer Verschleppung in den Nazi-KZs ermordet. Vorausgegangen war dem Nazi-Massaker die vor aller Augen stattfindende Deportation von 17.000 der 50.000 polnischen Jüdinnen und Juden in Deutschland am 27./28. Oktober 1938, die unter unmenschlichen Bedingungen in Waggons und Lagern an der deutsch-polnischen Grenze festgehalten wurden.

Diese mörderischen Nazi-Maßnahmen waren keine Geheimaktionen - sie geschahen vor aller Augen. Sie waren die Fortsetzung des 1933 begonnenen, 1935 weiter verschärften antisemitischen Nazi-Terrors, der schließlich in der Vernichtungspolitik der Nazis, im Völkermord an der europäischen jüdischen Bevölkerung endete. Der Novemberpogrom war zweifellos das Werk der Nazis. Aber „die Nazis" – das waren nicht nur die „reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals", die die offen terroristische Diktatur des deutschen Finanzkapitals, den Nazifaschismus errichtet hatten, wie Georgi Dimitroff auf dem 7. Weltkongress der Komintern 1935 richtig ausführte, sondern das war gerade auch eine nazistische „Volks"bewegung ungeheuren Ausmaßes. Nazis und deutsches Volk ohne Überschneidung ausgerechnet als sich ausschließende Gegensätze hinzustellen genau das war und ist eben falsch. Denn der Novemberpogrom geschah nicht nur vor aller Augen, die Nazis hatten Massenorganisationen mit über 12 Millionen „Volksgenossen", die Nazi-Partei hatte 1938 mehrere Millionen Mitglieder, die Nazis hatten fanatischen und begeisterten Massenanhang in allen Schichten des deutschen Volks!

Der 17 jährige Herschel Grynszpan aus Hannover kaufte sich nach der Deportation seiner Eltern nach Polen im Oktober 1938 einen 6,35 mm Revolver und demonstrierte vor aller Welt, daß es galt, Nazis wie Ernst Rath ein Loch in den Kopf zu schießen, bewaffnete Aktionen durchzuführen, einen Kampf auf Leben und Tod gegen die Nazi-Mörder zu führen! Der internationale Kampf auf Leben und Tod gegen die Nazis, der unbedingt den bewaffneten Kampf beinhalten mußte, war nicht nur ein Kampf gegen einzelne Nazi-Führer. Er war auch ein Kampf gegen fanatisierte deutsche Volksmassen, die bis zum Mai 1945 in einem kaum zu fassenden Ausmaß die bewaffneten Nazi-Kräfte gegen die Kräfte der Anti-Hitler-Koalition unterstützten!

Die Massendeportationen von 17.000 Juden und Jüdinnen mit polnischem Paß aus Deutschland im Oktober 1938

Im Oktober 1938 führten die Nazis die bis dahin größten Massendeportationen von Jüdinnen und Juden nach Polen durch. Der Vorwand war, daß die polnischen Papiere zehntausender Jüdinnen und Juden bald nicht mehr gültig seien. So wurden am 27. und 28. Oktober 1938 in ganz Deutschland auf einen Schlag etwa 17.000 Jüdinnen und Juden polnischer Staatsangehörigkeit verhaftet und nach Polen deportiert.[2] Das war auch die erste große Deportation, welche in engster Koordination von Gestapo, SS, Polizei, Reichsbahn sowie Diplomatie und Finanzbehörden durchgeführt wurde. Die verhafteten Jüdinnen und Juden wurden auf bestialische Weise in verschlossenen Eisenbahnwaggons

Nazi-Sprengstoffanschlag auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland

Innerhalb weniger Monate sind auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden in Berlin und des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, zwei nazistische Anschläge verübt worden.

Bei dem ersten Anschlag Ende September 1998 wurde das Grab geschändet und teilweise zerstört. Am 19.12.1998 haben Nazi-Terroristen die Grabplatte des Grabes durch Sprengstoff völlig zerstört. Bundespräsident Herzog sprach nicht von Nazis, sondern lügnerisch vom „Ausfluß einer verrückten Gesinnung" und von „wirren Einzelgängern", um von den organisierten nazistisch-antisemitischen Tätern abzulenken und sie damit faktisch in Schutz zu nehmen. (FR, 22.12.1998)

Evelyn Galinski stellte zu Recht einen Zusammenhang zu der Rede Walsers in der Paulskirche in Frankfurt/Main her, wo Walser im Stile der nazistischen „Deutschen Nationalzeitung" das Erinnern an Auschwitz als „Einschüchterungsmittel oder Moralkeule" bezeichnete, wenn sie betonte, daß „geistige Brandstifter und Schreibtischtäter" dafür verantwortlich seien, daß solche Verbrechen verübt werden (FR, 21.12.1998).

Dieser antisemitische Nazi-Sprengstoffanschlag ist nur ein Glied in der langen Kette von antisemitischen Verbrechen in West/Deutschland nach 1945, die in der Tradition des Antisemitismus während der Nazi-Herrschaft stehen.

Wir können hier nur einige Schlaglichter des Antisemitismus nach 1945 in West/Deutschland aufzeigen:

Antisemitischer Terror gegen jüdische Friedhöfe, Synagogen und andere jüdische Einrichtungen ab 1945

Es zeigt sich daß es seit 1945 bis heute eine ununterbrochene Kette von antisemitischem Terror gegen jüdische Einrichtungen gegeben hatte. 1949 wurden 14 Friedhöfe und mehrere Synagogen geschändet (Wolfgang Kraushaar, Die Protestchronik, 1949-1952, Band 1, Hamburg 1996, S. 122, 140). Insgesamt gab es in Jahren von 1949 bis 1957 mit 176 angezeigten Straftaten mehr antisemitische Aktionen als in der Weimarer Republik mit 125 antisemitischen Angriffen gegen jüdische Friedhöfe. 1959/1960 war die Schändung der Synagoge vom 24./25.12.1959 in Köln der Auftakt für hunderte weitere antisemitische Aktionen innerhalb eines Monats und insgesamt 1092 antisemitische Straftaten im Jahre 1960. (ebenda, S. 2073)

1965 gab es ein erneutes verstärktes Hervorbrechen von antisemitischen Straftaten wie z.B. Friedhofsschändungen. Unmittelbare Anlässe waren die Debatte im Bundestag über die strafrechtlichen Verjährungsfristen von Nazi-Verbrechen, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel und die Urteilsverkündung im Ausschwitz-Prozeß im August 1965.

Antisemitischer Naziterror in den 70er und 80er Jahren

Die 1973 gegründete und bis 1980 legal bestehende Nazi-„Wehrsportgruppe Hofmann"

Fortsetzung auf S. 2

Beilage: ■ **Aufruf des ZK der KPD „Gegen die Schmach der Judenpogrome!" vom November 1938 mit kritischer Einschätzung**
■ **Die 1893 verabschiedete Resolution der deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus mit kritischer Einschätzung**

Fortsetzung von S.1

konnte bis 1980 mehr oder weniger ungehindert zahlreiche rassistische und antisemitische Verbrechen begehen, bis hin zu insgesamt 16 Morden. 1980 ermordete diese Gruppe den jüdischen Verleger Lewin und seine Lebensgefährtin Poeschke.

Manfred Röder, einer der vehementesten Verfechter der sogenannten „Auschwitz -Lüge", d.h. der nazistischen Leugnung des Nazi-Völkermords an der jüdischen Bevölkerung Europas, der 1982 wegen Nazi-Brand- und Sprengstoffanschlägen verurteilt wurde, der in jüngster Zeit für seine revanchistischen Projekte offen von der Bundeswehr unterstützt wurde, verübte 1973 einen antisemitischen Anschlag gegen eine „Auschwitz Ausstellung" in Mannheim (taz, 14.6.1996).

Bitburg 1985

1985 war der Startschuß für das Hervorbrechen von unverhülltem Antisemitismus und offen antisemitischer Hetze wie „Die Schonzeit für *Juden ist vorbei*" von Politikern und Medien des westdeutschen Imperialismus. Anläßlich der Ehrung der SS-Gräber in Bitburg am 8. Mai 1985 durch Kohl und Reagan und der geplanten Aufführung des antisemitischen Stückes von Rainer Werner Fassbender „Der Müll, die Stadt und der Tod" wurde der Antisemitismus auch offiziell wieder hoffähig.

Eine neue Welle von antisemitischen Schändungen jüdischer Friedhöfe, Synagogen und Gedenkstätten 1992/93

1992/93 begann eine neue Welle von antisemitischem Terror gegen jüdische Friedhöfe, Synagogen und Gedenkstätten. In München, Bad Cannstatt, Karlsruhe, Stuttgart, Michelstadt, Wuppertal, Frankfurt am Main, Dortmund und an der Außenstelle des KZs Dachau in Überlingen gab es 1992 und 1993 Schändungen gegen die jüdischen Friedhöfe und Gedenkstätten (FAZ, 4.10.1992 und 24.10.1992 und „Neues Deutschland", 8.10.1992, taz, 30.1.1993, FR 28.8.1992). Die Zerstörungen im jüdischen Friedhof in Gauting verschwieg die Polizei ungefähr zwei Wochen lang (SZ, 6.8.1992).

Nazi-Brandanschlag gegen die jüdische Baracke im KZ Sachsenhausen 1992

In der Nacht zum 26. September 1992 hatten Brandstifter die Ausstellung in der jüdischen Baracke im KZ Sachsenhausen in Flammen aufgehen lassen.

Nazi-Brandanschläge gegen die Synagoge in Lübeck 1994 und 1995

Auf die Synagoge in Lübeck wurde im März 1994 und im Mai 1995, d.h. innerhalb von 14 Monaten zweimal ein Brandanschlag verübt. Diese Anschläge waren vorläufige Höhepunkte in einer langen Reihe von antisemitischen Verbrechen der sich formierenden nazistischen Bewegung in den letzten Jahren nach der Einverleibung der DDR.

Antisemitisches Exempel in Gollwitz gegen jüdische Immigrantinnen und Immigranten 1997

Im Brandenburger Dorf Gollwitz hat der Gemeinderat im September 1997 beschlossen, ein bisher einmaliges rassistisches und antisemitisches Exempel zu statuieren: er beschloß, daß keinerlei jüdische Immigrantinnen und Immigranten aufgenommen werden sollen und fand damit die Unterstützung praktisch des gesamten Dorfes (JW, 6.10.1997).

Antisemitischer Alltag 1998: 17 Schändungen jüdischer Friedhöfe pro Woche

Im Dezember 1998 wurden in Deutschland pro Woche 17 jüdische Friedhöfe geschändet. Am 28. Oktober 1998 haben Nazis ein mit einem Davidsstern und dem Wort „Bubis" beschmiertes Schwein über den Alexanderplatz in Berlin gejagt (SZ, 7.12.1998).

an die polnische Grenze verschleppt. Die letzten sieben Kilometer bis zur Grenzstation Zbaszyn mußten sie zu Fuß zurücklegen. Unter Schlägen, Drohungen und Gewehrschüssen der SS wurden sie über die Grenze getrieben, wo ihnen polnische Grenzwachen den Weg verstellten. Tausende wurden dann wochen- und monatelang in Polen an der Grenze unter menschenunwürdigen Bedingungen interniert. So lebten im Lager Zbaszyn, das erst im Juli 1939 aufgelöst wurde, auf engstem Raum 5.000 bis 8.000 Menschen. Otto Bucholz, einer der 17.000 Jüdinnen und Juden polnischer Staatsangehörigkeit, berichtete in einem Brief an seine Verwandten am 19.12.1938 aus Zbaszyn über die Deportation unter anderem:

> ***„Freitagmittag um 4 Uhr wurden wir dann unter strenger Bewachung von Polizei und SS nach dem Hauptbahnhof gebracht. Jeder bekam einen Laib Brot und Margarine und wurde dann in die Waggons verladen. Das war ein Bild der Grausamkeit. Weinende Frauen und Kinder, herzzerreißende Szenen. Dann wurden wir unter strengster polizeilicher Bewachung in geschlossenen Waggons an die Grenze transportiert. Samstagmittag, um 5 Uhr an der Grenze angelangt, wurden wir über die Grenze geschoben. Ein neues grausames Schreckensbild war hier zu sehen. Drei Tage lang waren wir auf dem Bahnsteig und Bahnhofshallen, 8000 Menschen. Frauen und Kinder ohnmächtig, wahnsinnig, Sterbefälle, die Gesichter gelb wie Wachs. Der reinste Leichenfriedhof. Unter den Ohnmächtigen war ich auch. Nichts, als das trockene Gefängnisbrot ohne etwas zu trinken. Geschlafen überhaupt nicht, zwei Nächte auf dem Bahnsteig und eine Nacht in der Bahnhofshalle, wo ich zusammenbrach."***[3]

Sendel Grynszpan, der Vater von Herschel Grynszpan, berichtete von der Deportation im Prozeß gegen Eichmann 1961 in Jerusalem:

> ***„Man hat uns in einen Konzertsaal am Leineufer geführt, wo wir ungefähr 600 Personen aus allen Stadtteilen vorfanden. Wir sind da ca. 24 Stunden bis Freitag abend geblieben. Dann hat man uns in Polizeiwagen gebracht. Ca. 20 Personen pro Wagen, und zum Bahnhof gefahren. Die Straßen von Hannover waren voller Leute, die schrien: ‚Juden nach Palästina!'***
>
> ***Wir wurden mit dem Zug bis zur deutschen Grenze Neu-Bentschen auf der Strecke Frankfurt an der Oder - Posen transportiert....***
>
> ***Als wir die Grenze erreichten, wurden wir durchsucht. Wir durften zehn Mark mitnehmen, das übrige wurde beschlagnahmt... Wir konnten mit niemandem Kontakt aufnehmen, wir wurden bewacht. Und die SS sagte uns, wir müßten ca. zwei Kilometer bis zur polnischen Grenze gehen. Die SS sind mit Peitschen gekommen und haben uns geschlagen, die nicht gehen konnten, wurden geschlagen. Blut floß auf der Landstraße. Man riß ihnen die Pakete, die sie trugen, aus den Händen. Sie verhielten sich grausam und barbarisch. Zum erstenmal sah ich, welche Barbaren die Deutschen waren. Sie befahlen uns zu laufen und schrien: ‚Lauft, lauft schnell.' Ich selbst erhielt einen Hieb und fiel auf den Rand der Landstraße. Aber mein Sohn Marcus zog mich an der Hand und sagte: ‚Komm Papa, wir laufen, sonst holen sie dich.' Wir erreichten die Grenze. Wir überschritten sie, die Frauen voran, denn man begann auf uns zu schießen."***[4]

Gegen das Verbrechen gegen die Jüdinnen und Juden aus Polen gab es in Deutschland so gut wie ***keinen*** Protest. In den bürgerlichen Medien der anderen kapitalistischen bzw. imperialistischen Länder wurde darüber berichtet, aber auch dort gab es kaum Reaktionen oder Proteste.

Die historische Bedeutung der bewaffneten Aktion Herschel Grynszpans für den Kampf gegen Nazi-Deutschland

In dieser Situation entschloß sich der in Paris lebende 17jährige Herschel Grynszpan zu einer bewaffneten Aktion, um die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf den Nazi-Terror gegen die Jüdinnen und Juden aus Polen zu lenken. Herschel Grynszpan, der zunächst mit seinen Eltern und Geschwistern in Hannover und dann in Frankfurt/M. gelebt hatte, war 1937 nach Paris geflohen. Am 27. Oktober waren seine Eltern und Geschwister nach Zbaszyn deportiert worden.[5] Von dort erhielt er am 3. November 1938 eine Postkarte seiner Schwester über deren Deportation und Internierung in Zbaszyn. Außerdem las er die Berichte darüber vor allem in der jiddischen Pariser Zeitung „Hajnt" vom 4. November.

Herschel Grynszpan verschaffte sich Zutritt zur deutschen Botschaft in Paris indem er behauptete, er hätte von Rath ein wichtiges Dokument zu übergeben. Er wird dann in das Büro von Rath gebracht. Rath fragt ihn nach dem Dokument, im selben Augenblick zieht Herschel seinen Revolver aus der Tasche, richtet ihn auf den Nazi und ruft: ***„Sie sind ein ‚sale boche', hier ist das Dokument, im Namen der 12.000 verfolgten Juden!".***[6] Herschel Grynszpan erschoß am 7. November 1938 in der deutschen Botschaft in Paris den Nazi-Diplomaten von Rath mit fünf Schüssen aus seinem Revolver. Von Rath war ein Nazi, der bereits vor 1933 der Nazi-Partei beigetreten war.[7]

Das war ***eine mutige Tat***, eine bewaffnete Aktion des Protestes angesichts der allgemeinen Gleichgültigkeit gegenüber den Massendeportationen. Mehr noch, Herschel Grynszpan machte damit vor der ganzen Welt und auch für die jüdischen Opfer deutlich, daß es unbedingt nötig war, dem Nazi-Terror mit allen Mitteln entgegenzutreten, sich mit Waffengewalt dagegen zu wehren. Er tat damit eigentlich das naheliegenste, was unbedingt hätte massenhaft geschehen müssen.[8] Herschel Grynszpan hat mit seiner mutigen Tat den Finger in die Wunde gelegt. Es galt den Kampf auf Leben und Tod gegen die Nazis aufzunehmen. Die Nazis erkannten diese Brisanz, diesen für sie besonders gefährlichen Aspekt der Sache durchaus.

Das Nazi-Geschrei von der „Verschwörung des Weltjudentums" usw. war äußerste Demagogie. So propagierte die Nazipresse nach der Aktion von Herschel Grynszpan auch einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Erschießung des höchstge-

gestellten Nazifunktionärs in der Schweiz, des Nazi-Landesgruppenleiters Wilhelm Gustloff im Februar 1936 in Davos durch den jüdischen Studenten jugoslawischer Staatsangehörigkeit David Frankfurter.[9]

In der Tat aber war es den Nazis wichtig herauszubekommen, ob hinter der gerechten Erschießung von Rath eine Organisation stand, welche eventuell dazu übergehen könnte, dem Nazi-Terror gegen die Jüdinnen und Juden auf breiterer Basis bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen.

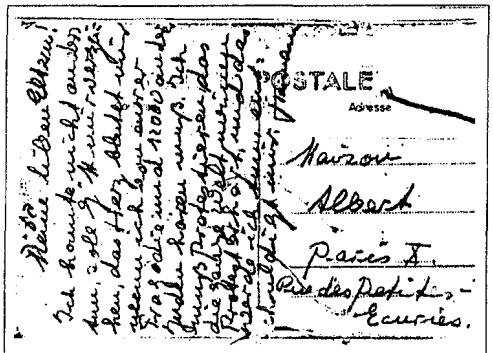
Die Nazis nahmen das Attentat des 17jährigen Herschel Grynszpan auf den Legationsrat von Rath in der deutschen Botschaft in Paris am 7. November 1938 als Vorwand für die Auslösung und Durchführung des Novemberpogroms 1938 im Sinne ihrer antisemitischen Zielsetzungen. Mit ihrem Terror gegen alle Jüdinnen und Juden, der Geiselnahme von 30.000 Jüdinnen und Juden, die nach dem 9. November teilweise mehrere Monate lang in KZs verschleppt, dort gefoltert und mehrere hundert von ihnen ermordet wurden, gaben sie als groß angelegte Drohung auch das mörderische Muster vor, wie sie dann mit äußerstem Terror, mit massenhafter systematischer Vernichtung gegen alle vorgingen, die den bewaffneten Kampf gegen die Nazis aufnahmen, darunter auch gegen den bewaffneten Kampf von Jüdinnen und Juden, den diese in Polen und den anderen besetzten Ländern führten. Das Naziprinzip, Nazi-Massaker und massenhafte Geiselmorde für einen toten Nazi, wurde beim Pogrom am 9./10. November und bei den massenhaften Morden an den in die KZs verschleppten Jüdinnen und Juden das erste Mal vorexerziert, um zu demonstrieren, daß bewaffneter Widerstand, ja Widerstand angeblich insgesamt sinnlos sei!

Die Nazi-Massaker am 9./10. November 1938

Die Nazifaschisten und die antisemitisch aufgehetzten Bevölkerungsteile übten in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 sowie am 10. November einen mörderischen Terror aus, der sich praktisch gegen alle Jüdinnen und Juden im Herrschaftsbereich der Nazis richtete. Tausende, ja zehntausende Jüdinnen und Juden, Männer, Frauen, Greise und Kinder wurden in ihren Wohnungen, in jüdischen Altersheimen, Krankenhäusern, Waisenhäusern, auf den Straßen sowie in den Synagogen und Bethäusern von den Nazihorden und deren Gefolgschaft entsetzlich gequält, mißhandelt, geprügelt, gefoltert und vergewaltigt, viele zum Teil schwer verletzt, viele ermordet und in den Tod getrieben, ihre Wohnorte, ihre Geschäfte vielfach völlig verwüstet, die Synagogen, Gebetshäuser und jüdischen Friedhöfe nahezu alle vernichtet und geschändet.[10]

Es bedurfte vielerorts nicht der besonderen Anstrengungen der Nazi-Führung, damit größere Massen in den Straßen sich am Pogrom freiwillig und mit Begeisterung beteiligten. Der aus den Synagogen aufsteigende Brandgeruch, das Klirren der Fensterscheiben, die Todesschreie der Opfer lockten vielfach sofort größere Menschenmengen an. Die Masse des Nazi-Terrors gegen die Jüdinnen und Juden sowie der Zerstörung ihrer Geschäfte, Synagogen usw. fand im Angesicht einer oft nach Hunderten oder – in größeren Städten – nach Tausenden, ja zehntausenden zählenden Menschenmenge statt. Aus sensationslüsternen, dem Nazi-Massaker freudig zustimmenden Zuschauerinnen und Zuschauern wurden massenhaft Mithelfer, ja oftmals auch Aktivisten der Nazi-Massaker. Es ist vielfach dokumentiert, daß große Teile dieser nazistisch verhetzten Massen der SA-Führung spontan in die jüdischen Wohnungen oder in die Synagogen folgten und sich dort an den Nazi-Massakern gegen die Jüdinnen und Juden beteiligten.[11] Sie halfen mit, Juden und Jüdinnen zu mißhandeln, zu prügeln, ja zu ermorden, Synagogen zu zerstören, Kult- und Einrichtungsgegenstände herauszutragen und auf einem öffentlichen Platz zu verbrennen, Wohnungen zu zerstören und zu plündern. Andere wiederum warteten das Ende des „offiziellen" Einsatzes ab, ehe sie sich in die verwüsteten Wohnungen und Geschäfte wagten, vor allem um zu plündern.

„Ich muß protestieren, daß die ganze Welt meinen Protest erhört..."



Quelle: Yad Vashem Archiv Jerusalem

Herschels Abschiedskarte an seine Eltern , die er am 7. November 1938 geschrieben hat, enthält folgende Zeilen:

„Meine liben Eltern,

Ich konnte nicht anders tun, soll G"tt mir verzeihen, das Herz blutet mir wenn ich von eurer Tragödie und 12.000 anderer Juden hören muß. Ich muß protestieren, das die ganze Welt meinen Protest erhört, und das werde ich tun, entschuldigt mir. Hermann."

Herschel unterzeichnete die Karte mit der deutschen Form seines Vornamens.

Herschel Grynszpan, November 1938

Mordaktionen

Die nazistische Bezeichnung „Reichskristallnacht" enthält auch die Verharmlosung, daß beim Novemberpogrom 1938 eigentlich nur viele Sachen, vor allem Schaufensterscheiben zerschlagen worden seien. Dagegen ist es sehr wichtig, gerade die vielfach mörderischen Nazi-Massaker zu betonen. In verschiedenen Quellen ist nur ein Teil dieser Morde dokumentiert:

■ In ***Nürnberg*** wurden ***mindestens zehn Menschen*** an diesem Tag ***ermordet***.[12] So wurde in der Hochstraße Jacob Spaeth ermordet, indem er bestialisch mit Knüppeln zusammengeschlagen und dann die Treppe hinuntergeworfen wurde.[13] Paul Lebrecht wurde in der Pirkheimer Straße von den SA-Mördern aus einem Haus in den Hof geworfen, blieb dabei am Geländer eines Balkons hängen und starb. In der Rankestraße wurde Nathan Langstadt mit durchgeschnittener Kehle aufgefunden.

■ In ***Königsbach*** weigerte sich ein Mann, auf die Torarollen zu urinieren. Er erhielt daraufhin von der SA einen Schlag auf den Kopf, der ihn sofort tötete.[14]

■ In ***Landau*** wurde Herr Wolf aus Böchingen ergeschlagen.[15]

■ In ***Oberdorf-Bopfingen*** wurden zwei Männer, Vater und Sohn, verhaftet und auf der Fahrt ins Gefängnis aufgefordert, in den Wald zu laufen. Sofort beschoss die SA die beiden und verletzte den Vater am Oberschenkel. Der Sohn wurde wahrscheinlich erschossen und von der SA heimlich in Gmünd begraben.[16]

■ In ***Hamm*** wurde in der Pogromnacht ein Mann namens Strauss in seinem Bett erschossen.[17]

■ In ***Bremen*** wurde eine Frau, die ihren Sohn schützen wollte, durch die Schüsse der Nazis so schwer verletzt, daß sie kurz darauf verstarb.[18]

■ In ***Neidenburg*** gab es mindestens ***zwei Tote***: Der SA-Mann Uhlrich brach gewaltsam in die Wohnung der Familie Zack ein. Mit seinem Dolch stürmte er durch die Wohnung und stach dabei brutal auf alle Personen ein, die sich dort befanden. Frau Zack wurde dabei ermordet, ihre Söhne Aron, Kurt und Helmut schwer verletzt.[19] Ebenfalls in Neidenburg drangen die SA-Männer Tybussek, Kubin und Strysio in die Wohnung der Familie Naftali ein. Als Herr Naftali versuchte, aus der Wohnung zu flüchten, ermordete der SA-Scherge Strysio ihn mit drei Dolchstichen.[20]

■ In ***Lesum*** drang ein SA-Trupp in die Wohnung der Familie Goldberg ein. Im Schlafzimmer erschoss der Scharführer Frühling mit seiner Pistole Frau Goldberg, während der „Rottenführer" Mahlstedt ihren Mann ermordete.[21]

■ In ***Eberstadt*** dringen vier Nazis in die Wohnung von Frau Susanna Stern ein. Der Ortsgruppenleiter der NSDAP, der Bauer Heinrich Frey erschießt Frau Stern kaltblütig mit drei Schüssen aus seiner Dienstpistole.[22]

■ In ***Düsseldorf*** konnte Paul Marcus bei der vollkommenen Zerstörung seines Cafés durch den SA-Mob zunächst noch flüchten. Im Laufe der Nacht wurde er dann jedoch erschossen und am Martin-Luther-Platz tot aufgefunden.[23]

■ In ***Hilden*** wurden ***vier Menschen ermordet***: Frau Willner und ihr Sohn Ernst wurden von den Nazis erstochen. Auch Carl Herz und Nathan Mayer wurden in dieser Nacht in Hilden ermordet.[24]

■ In ***Luenen*** (bei Dortmund) wurde ein jüdischer Mann aus seinem Haus geholt und auf dem Weg ins Polizeigefängnis in die Lippe geworfen, wo er ertrank.[25]

Zu den Opfern im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom müssen auch alle Jüdinnen und Juden gerechnet werden, die den Terror, die Ermordung von Familienangehörigen, die Erniedrigungen usw. nicht überstanden haben und durch Herzschlag usw. starben. Dazu gehört insbesondere auch die große Zahl von Jüdinnen und Juden, welche durch den Nazi-Terror in den Tod getrieben wurden. Allein in Nürnberg wurden am 10. November 10 jüdische Menschen durch den Pogromterror in den Tod getrieben.[26]

Die Nazis selbst haben offiziell 91 Tote am 9./10. November 1938 zugegeben, in Wirklichkeit

Einige Fakten zum Raub am Eigentum der jüdischen Bevölkerung

Das „Arisierungsverfahren", d.h. der Raub des Eigentums der Jüdinnen und Juden, dem ein legaler Anstrich gegeben wurde, lief in der Regel nach folgendem Muster ab: „Arisierungsinteressent", finanzierende Bank, profitierende Nazis und das willfährige Finanzamt arbeiteten Hand in Hand. Sie ließen dem jüdischen Geschäfts-, Betriebs- oder Konzerninhaber keine andere Wahl, als seinen Besitz so weit unter Wert zu verkaufen, daß es in den meisten Fällen die Vernichtung der Existenzgrundlage bedeutete. Wo dies keine Wirkung zeigte, wurde der jeweilige Eigentümer so lange in „Schutzhaft" genommen, bis sein Widerstand und häufig auch seine Persönlichkeit gebrochen war.

Von den 1933 von Jüdinnen und Juden unterhaltenen selbständigen Betrieben, d.h. Privatbanken, Warenhäuser, Industriefirmen, Hotels, Läden, Handwerksbetrieben, Ärzte- und Rechtsanwaltspraxen, waren Mitte 1938 etwa zwei Drittel bereits aufgelöst oder „arisiert". Mindestens die Hälfte der jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätigen waren erwerbslos.[1]

Öffentliche Versteigerung von geraubtem jüdischen Eigentum an Deutsche, 1942

Die Hauptnutznießer des Raubzugs waren ohne Zweifel die großkapitalistischen Unternehmen des deutschen Monopolkapitals. Hier einige Beispiele[2]:

❒ Die Berliner Handelsgesellschaft wurde von einer kombinierten industriellen Gruppe übernommen, die sich vor allem aus der **AEG** und der **IG Farben** zusammensetzte.

❒ In der Metall- und Elektroindustrie vereinnahmte der **Mannesmann**-Konzern die Firma Wolff, Netter & Jacobi und die Hahnschen Werke.

❒ Der **Siemens**-Konzern sicherte sich das Kabelwerk Dr. Cassierer und die Heliowatt-Werke.

❒ Die Warenhausfirmen Karstadt und Epa wurden von einem Bankenkonsortium unter Führung der **Dresdner Bank** und der **Commerz**- und Privatbank „übernommen".

❒ Das von der **Dresdner Bank** kontrollierte Bankhaus Hardy riß die Privatbanken I. Bleichröder und Gebr. Arnold an sich.

Die verbrecherischen Erfahrungen beim Raub des Besitzes von Jüdinnen und Juden in Deutschland hat für Banken wie die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, Konzerne wie Siemens, Krupp usw. auch eine große Rolle gespielt für die spätere Ausplünderung der von Nazideutschland besetzten Länder. So heißt es in einem Bericht der amerikanischen Untersuchungskommission von 1946 über die Dresdner Bank:

„In den sechs Jahren von 1938 bis 1944 erfuhr die Dresdner Bank eine gewaltige Expansion (...). Diese außergewöhnliche Entwicklung, für die es praktisch keine Parallele gibt, war nur deshalb in so kurzer Zeit möglich, weil die Dresdner Bank unter Leitung von Carl Goetz die Finanz- und Industrieressourcen der besetzten Gebiete Europas rücksichtslos ausbeutete (...). Die Erfahrung und Geschicklichkeit, mit der die Dresdner Bank die Wirtschaftsressourcen dieser Länder ausbeutete, hatte sie an der deutschen Heimatfront mit der ‚Arisierung' jüdischen Eigentums erworben."[3]

Doch nicht nur das Großkapital profitierte vom Raub. Die mittlere Führerclique der Nazis setzte sich zu einem Großteil aus deklassierten Elementen des Kleinbürgertums zusammen, deren wirtschaftliche Existenz teilweise durch den ersten Weltkrieg und die Inflation zerstört worden war. Diesen deklassierten Elementen der Nazibewegung konnte durch den Raub kleiner Unternehmen von Jüdinnen und Juden eine neue wirtschaftliche Position gegeben werden. Auf diese Art und Weise wurden bestimmte Elemente fest an die Nazibewegung gekettet.

An diesem gigantischen Raub waren aber auch große Massen der ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen beteiligt, und dies nicht nur am 9. November 1938. Gerade auch während des Krieges und der Okkupation zahlreicher Länder durch die Nazifaschisten bereicherten sich massenhaft und wissentlich auch zehntausende von Werktätigen am Eigentum der verschleppten und ermordeten Jüdinnen und Juden. Das belegen die über lange Zeit streng verschlossenen Akten etwa der Oberfinanzdirektion Köln. Aus den Unterlagen ist klar ersichtlich, wer die Bettwäsche, die Handtücher oder den Kohlenkasten seines ehemaligen Nachbarn billig erwarb. Denn jedwede Veräußerung von Möbeln oder Gebrauchsgegenständen der deportierten Jüdinnen und Juden wurde per Quittung festgehalten und abgeheftet. Die Käuferinnen und Käufer wußten also, daß das angeeignete Gut aus dem Schrank der deportierten Familie stammte. Sie wußten auch, daß diese Familie nicht zurückkehren würde, um Rechenschaft zu verlangen. Es wurde stets darauf hingewiesen, daß es sich bei dem „Erworbenen" um ehemaligen Besitz von Jüdinnen und Juden handelte. Allein die Oberfinanzdirektion Düsseldorf hatte bis zum Sommer 1945 auf diesem Weg über 117 Millionen Mark kassiert. Tatsächlich war es so, daß, *„wenn irgendwo eine Familie ausgebombt wurde, sie grundsätzlich anschließend in jüdischen Möbeln saß. Das war ein offenes kollektives Geheimnis."*[4] Nach 1945 haben dann häufig die gleichen Finanzbeamten, die zuvor für die Versteigerung jüdischer Wohnungseinrichtungen zuständig waren, durch ihre Aussagen bei Wiedergutmachungsklagen überlebender Opfer Entschädigungen verzögert oder vereitelt.[5]

1 Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, Frankfurt/Main 1988, S. 105.

2 Siegbert Kahn, Antisemitismus und Rassenhetze – Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland, Berlin 1948, S. 81.

3 FR,10.11.1998.

4 Zu diesem Ergebnis kommt der Historiker Wolfgang Dreßen in einer umfangreichen Studie anhand der Durchsicht der Akten der Oberfinanzdirektion Köln (FR, 30.10.1998).

5 FR, 30.10.1998.

war die Zahl der Ermordeten um ein vielfaches höher.[27]

Öffentliche Quälereien und Mißhandlungen

Auf den Straßen fanden regelrechte Hetzjagden und Spießrutenläufe statt, bei denen Jüdinnen und Juden oft vor Hunderten und Tausenden öffentlich gequält und erniedrigt wurden. So kamen am 10. November 1938 rund 50 Juden aus dem Kreis Bautzen in das Dresdner Polizeigefängnis und berichteten über den antisemitischen Terror in Bautzen: *„Man hing uns Schilder mit der Aufschrift ‚Jude' um und zwang uns zu rufen: ‚Juda verrecke'. Dann wurden wir sieben Stunden lang kreuz und quer durch Bautzen getrieben, stellte uns auf Plätzen auf, wo wir beschimpft, bespuckt und mit Steinen beworfen wurden. Wir wurden vor dem Gerbertore an die Spree geführt und am Ufer aufgestellt. Es war beabsichtigt alle Juden in die Spree zu stürzen. Diese Ungeheuerlichkeit unterblieb in letzter Minute."*[28]

Jüdinnen und Juden wurden auf Plätzen, in Hallen und Gefängnissen zusammengetrieben, um sie zu mißhandeln, zu quälen und zu demütigen. In Erfurt zum Beispiel wurden in der Pogromnacht alle Männer zwischen 18 und 80 abgeholt und in die Turnhalle gebracht. Eines der Opfer, der Rechtsanwalt und Notar Dr. Harry Stern berichtet: *„Wir mußten in Kniebeuge gehen, was die größte Qual war, die ich je erlebt habe... Eine Anzahl von Juden – ohne Rücksicht auf Alter und Körperbeschaffenheit – mußte die in der Turnhalle angebrachten Leitern heraufklettern. Unten standen Nazis mit Reitpeitschen, sie schlugen so lange zu, wie die Menschen auf den Leitern in Reichweite waren... Wir mußten antreten und nach den Klängen des Horst-Wessel-Liedes herummarschieren. Dann wurde kommandiert ‚Juda verrecke!' zu schreien, was wir tun mußten. Danach wurden wir in Omnibusse verladen und nach Buchenwald gebracht..."*[29]

In Potsdam war eines der ersten Ziele des Pogromterrors das jüdische Kinderheim im Vorort Caputh. Die dort untergebrachten Kinder wurden aus dem Schlaf gerissen und unter Beschimpfungen und schrecklichen Mißhandlungen hinausgejagt.[30]

In Fürth wurden alle Juden und Jüdinnen, auch Kinder in jüngstem Alter, schwangere Frauen und Kranke, aus den Wohnungen getrieben. Sie wurden brutalst verprügelt und mußzen dann, kaum bekleidet, drei Stunden lang auf dem Marktplatz stehen. Die jüdischen Männer wurden anschließend schrecklich mißhandelt, auf Lastwagen getrieben und ins KZ Dachau verschleppt.[31]

Zerstörung der Synagogen und der jüdischen Friedhöfe

Ein besonderer Schlag gegen alle Jüdinnen und Juden in Deutschland war die nahezu vollständige Zerstörung aller Synagogen und Bethäuser sowie die Zerstörung der jüdischen Friedhöfe. Über 1.000 Synagogen im Herrschaftsgebiet der Nazifaschisten waren vor aller Augen abgebrannt und rund hundert weitgehend zerstört worden.[32] Das Zerstörungswerk folgte fast überall dem gleichen Grundmuster: Nazi-Horden drangen in die Synagogen ein, zerstörten deren Inneres, setzten die Gebäude mit Benzin und anderen Brandbeschleunigern in Brand und warfen Thorarollen, Gebetbücher usw. in die Flammen. Die Feuerwehr hatte die Anweisung, die in Brand stehenden Synagogen und Gebetsräume nicht zu löschen und trat allenfalls in Aktion, um angrenzendes sogenanntes „arisches" bzw. „deutsches" Eigentum vor dem Übergreifen

der Flammen zu schützen. Gleiches galt für die Polizei. Fast in allen Fällen war die Vernichtung der Synagogen begleitet von einer gaffenden hunderte, ja tausende zählenden Menge, die sich in der Nähe der brennenden Synagogen eingefunden hatte. Die Vernichtung der Synagogen und Bethäuser war dabei oft verbunden mit der extremen Demütigung und Verhöhnung der Jüdinnen und Juden gerade auch an jenen Orten, welche vor allem für religiöse Jüdinnen und Juden eine zentrale Bedeutung haben. In Baden-Baden mußten religiöse Juden unter Androhung der Ermordung in der zuvor zerstörten Synagoge das nazistische „Horst-Wessel-Lied" singen und aus Hitlers „Mein Kampf" vorlesen.[33]

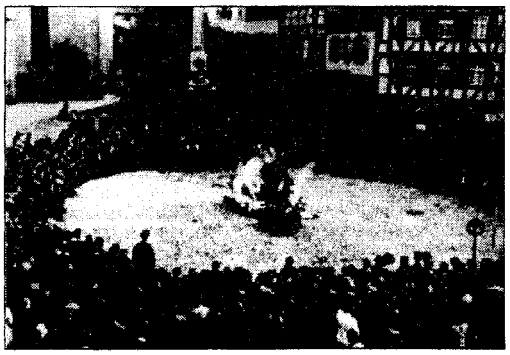
Auch die jüdischen Friedhöfe wurden während des Pogroms geschändet und zerstört. So wurde in Leipzig der gesamte jüdische Friedhof zerstört, Gebäude wurden in Brand gesteckt, Grabsteine umgeworfen, Gräber geschändet.[34]

Zerstörung und Plünderung von Geschäften und Wohnungen

Während des Pogroms wurden tausende, praktisch alle Ladengeschäfte und viele Wohnungen der Jüdinnen und Juden im Herrschaftsbereich der Nazis beschädigt, demoliert, vielfach auch weitgehend zerstört. Im Augenzeugenbericht von Inge Deutschkron heißt es etwa über Berlin, wo Nazi-„Fachleute" zuvor die jüdischen Hauptgebäude isoliert haben, indem sie die Telefonleitungen abgeschnitten, die Strom- und Heizanlagen abgestellt haben und der Verkehr „von den neuralgischen Punkten" durch die Polizei umgeleitet worden ist: *„Auf den Straßen Berlins war die Hölle los. Mit Äxten, Beilen und Knüppeln hatten SA-Männer in der Nacht des 9. November die Fensterscheiben der durch ihre Kennzeichnung leicht auszumachenden jüdischen Geschäfte eingeschlagen und eine heillose Zerstörung angerichtet... Plünderer hatten das Bild der Zerstörung und der Gewalt noch vervollständigt... Dichte Rauchschwaden hingen über der Fasanenstraße, dort wo die Synagoge stand..."*[35]

Während und nach den Nazi-Massakern wurden jüdische Wohnungen, Geschäfte und Synagogen geplündert. So wurden z.B. in Darmstadt sämtliche jüdischen Wohnungen zerstört und geplündert.[36] In Ostrich in der Nähe von Wiesbaden wurden jüdische Wohnungen und Geschäfte von nazistisch verhetzten Massen ausgeraubt.[37] In Wölfersheim plünderten nach dem antisemitischen Nazi-Massaker große Teile der Einwohner und Einwohnerinnen von Wölfersheim jüdische Wohnungen.[38]

Ein kaum zu überbietender Zynismus war schließlich noch, daß den Opfern des Pogroms, den Jüdinnen und Juden eine sogenannte „Sühneleistung" in Höhe von einer Milliarde Mark sowie die „Wiederherstellung des Straßenbildes" auf eigene Kosten auferlegt wurde. Die Erstattungen der Versicherungen für die während des Pogroms angerichteten Schäden dagegen wurden zugunsten des Nazi-Staates eingezogen.[39]



Die Bevölkerung von Mosbach bei der Verbrennung der Einrichtung und der religiösen Gegenstände der Synagoge am 10.11.1938

Der Novemberpogrom und der Masseneinfluß der Nazis

Am Abend des 9. November 1938 war in München ein großer Teil der Nazi-Führung und der oberen Nazi-Funktionäre versammelt zum alljährlichen „Gedenken" an den Nazi-Putsch vom 9. November 1923. Als dort die Nachricht eintraf, daß von Rath seinen Verletzungen erlegen war, wurde umgehend der Befehl zur Durchführung des Pogroms im gesamten Herrschaftsbereich der Nazifaschisten gegeben. Die dort gehaltene antisemitische Hetzrede von Goebbels war das Signal zum Losschlagen und zugleich Handlungsanleitung. Die hohen Führer der Nazi-Partei, der SA usw. machten sich sogleich daran, den untergebenen Dienststellen ihrer Organisationen entsprechende Weisungen zu geben. Diese Befehle und Nachrichten stimmten nach ihrem Inhalt und vielfach auch nach ihrem Wortlaut weitgehend überein.[40] Ziele und Methoden der Aktion wurden genau bezeichnet und auch bis zur untersten Ebene ziemlich genau verstanden.

Der Pogrom selbst wurde in erster Linie von den Nazi-Organisationen angeführt, wobei deren Mitglieder nicht Uniformen, sondern Zivilkleidung zu tragen hatten. Unter den Nazi-Organisationen lag die Hauptrolle bei den regional gegliederten Formationen der SA und der Allgemeinen SS. Der Befehl zur Durchführung des Pogroms erging vor allem an die etwa zwei Millionen Mitglieder (!!) zählenden SA-Einheiten, die sich in Gruppen, Brigaden, Standarten, Stürme und Trupps gliederten. Abgesehen von den hauptberuflichen führenden Nazi-Funktionären bestanden diese vor allem aus Mitgliedern und Unterführern, die zivile Berufe ausübten.[41] Das waren Angestellte, Beamte oder Arbeiter, Besitzer von kleinen Läden oder Handwerksstätten. Andere betätigten sich in sogenannten geistigen oder freien Berufen. Sie alle lebten in ihren privaten Wohnungen, aus denen sie durch ein eintrainiertes Benachrichtigungssystem an jene Stellplätze befohlen wurden, die ihnen von früheren Einsätzen her, zum Teil noch aus der Zeit vor 1933, bekannt waren.

In den Reihen der Nazi-Partei und ihrer paramilitärischen Verbände, vor allem in der unausgesetzt aufgewiegelten SA und der SS, hatte sich durch die jahrelange antisemitische Nazi-Hetze und den von 1933 bis 1938 auch auf der Straße durchgeführten antisemitischen Terror ein mörderischer Antisemitismus entwickelt, der sich im November 1938 im gesamten Herrschaftsbereich der Nazis in einem Ausmaß zerstörend, brandschatzend und mordend über die Jüdinnen und Juden ergoß, wie dies in Deutschland bisher noch nie der Fall war.

Eines der wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus war, daß er sich in Deutschland auf eine breite ***Massenbasis*** von Millionen von verhetzten Werktätigen stützen konnte.

Dieser Einfluß bestand nicht nur ideell, im Bewußtsein dieser Massen, wobei der gigantische Nazi-Propagandaapparat eine enorme Bedeutung hatte. Die Nazis haben diesen Einfluß organisatorisch verankert, indem sie eine Vielzahl von riesigen nazistischen Massenorganisationen geschaffen hatten, welche breiten Massen der Werktätigen von der Kindheit („Pimpfe") über die Jugend („Hitlerjugend" inklusive „Bund deutscher Mädchen") und im Erwachsenenalter in allen gesellschaftlichen Bereichen erfaßte („Deutsche Arbeitsfront" usw.). Allein die Nazi-Partei hatte auch 1938 schon mehrere Millionen Mitglieder, die SA 2 Millionen, die SS 250.000-300.000. In der HJ war ab einem bestimmten Alter die gesamte von den Nazis als „gesund und arisch" eingestufte deutsche Jugend organisiert, 1939 ca.12,5 Millionen. Paul Merker, Mitglied des ZK der KPD, berechnete für das Jahr 1939 5-6 Millionen Nazi-Funktionäre. Es ist sicherlich nicht übertrieben, was Paul Merker über die Situation im Jahr 1939 geschrieben hat *„Die Gesamtzahl der unter dem Einfluß der NSDAP Gestandenen dürfte im Jahre 1939 mindestens 22,5 Millionen betragen haben oder 50 Prozent der erwachsenen deutschen Bevölkerung von 45 Millionen. Und auch von den restlichen 50 Prozent waren bei weitem nicht alle bewußt antinazistisch gesinnt."*[42]

Gaffende Deutsche vor der brennenden Synagoge in Frankfurt/Main (Börneplatz) während der Pogromnacht, 9./10.11.1938

Eine sich ausschließende Gegenüberstellung von Nazi-Organisationen hier und werktätigen Massen dort ist 1938 falsch. Dies muß von vornherein bei der Frage bewußt sein, in welcher Weise ausgebeutete und werktätige Massen am Pogrom beteiligt waren.

Und insofern geht es um die Unterscheidung zwischen der Nazi-Führung und den Nazi-Kernorganisationen einerseits und den eher peripheren Nazi-Organisationen bis hin zu den nicht organisierten, aber unter dem Einfluß der Nazis stehenden Massen andererseits.

Die Nazis mobilisierten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige direkt zur Teilnahme am Pogrom. In den Großstädten[43] wurde in größerem Umfang die Mobilisierung von Werktätigen aus den Betrieben mittels der Nazi-Betriebs-Organisationen praktiziert.[44] Auf dem Land dagegen gelang es den Nazi-Bürgermeistern, Nazi-Lehrern usw. oft sogar vor dem Hintergrund der traditionell vorhandenen reaktionären Atmosphäre der „Dorfgemeinschaft" nicht selten, annähernd die gesamte Bevölkerung zur Teilnahme am Pogrom zu mobilisieren.[45]

In zahllosen Berichten der jüdischen Opfer des Pogroms wurde mit großer Bitterkeit die Tatsache festgestellt, daß sich an den Verbrechen des Novemberpogroms massenhaft auch „einfache Bürger", Nachbarn, langjährige Kunden der Geschäfte, ehemalige Kollegen usw. ohne entsprechende Nazi-Mobilisierung, also aus eigener Initiative, beteiligten. So zeigte sich beim Novemberpogrom 1938 eine noch nie dagewesene Massenveranke-

rung der rassistisch-antisemitischen Ideologie und Politik als Wesensmerkmal des Nazifaschismus. Diese Massenverankerung war so weitgehend, daß die große Mehrheit der werktätigen und ausgebeuteten Massen den Nazis die Treue bewahrte, zumindest bis sie den Krieg für endgültig verloren hielten, selbst dann nicht dazu bereit waren, sich gegen die Nazi-Führung zu erheben.

Die Verschleppung 30.000 jüdischer Geiseln in die Nazi-KZs

Am 10. November 1938 und in den Tagen danach wurden 30.000 Juden nach vorher aufgestellten Listen im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom aus dutzenden Städten, Kleinstädten und Dörfern vor aller Augen in die KZs Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt. Oftmals wurden die Jüdinnen und Juden nicht nur von der SA oder SS auf diesen Märschen gequält, sondern auch von am Straßenrand sich versammelnden nazistisch verhetzter Massen. So wurden in Frankfurt/Main am 12. November 1938 Juden und Jüdinnen von antisemitisch verhetzten Massen am Frankfurter Südbahnhof beschimpft und mit Fäusten geschlagen. Viele Jüdinnen und Juden wurden zum Teil schwer verletzt.[45a]

In den KZs wurden die verschleppten Jüdinnen und Juden wochenlang, teilweise monatelang festgehalten. Mißhandlungen aller Art, Prügel, Folter, der alltägliche Terror sowie tagtägliche Morde an den jüdischen Häftlingen - die SS-Führer und -Mannschaften gingen mit entsetzlichem Mord-Terror gegen die verschleppten Jüdinnen und Juden vor. Der oftmals durch Prügel, Peitschenhiebe und scharfe Hunde „begleitete" Transport in die KZs, die ersten qualvollen „Appelle", das Stunden um Stunden währende Strammstehen auf den zentralen Lagerplätzen, der darauf folgende systematische mörderische SS-Terror verbunden mit den schrecklichen Lebensbedingungen in den KZs wie Hunger, Krankheiten und Kälte - all das führte dazu, daß in kurzer Zeit mehrere Hundert jüdische Häftlinge ermordet wurden. Der in den KZs ausgeübte Terror sollte die jüdischen Opfer auch einschüchtern. Zugleich wurde der materielle Raub am Besitz der Jüdinnen und Juden vorangetrieben. Die Freilassung gebunden an Emigration wurde vielfach von der Unterschrift unter entsprechende Schriftstücke über „Übereignungen", „Schenkungen" usw. abhängig gemacht.

Einer der etwa 6.000 Hamburger Jüdinnen und Juden, die im November 1938 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen gebracht wurden, beschrieb unmittelbar nach seiner Freilassung am 21. November 1938 den Nazi-Terror gegen die ins KZ Sachsenhausen verschleppten Juden:

„Bei unserer Ankunft in Sachenhausen empfing uns eine große Anzahl SS-Leute und begann sofort mit ... Mißhandlungen durch Treten und Schlagen mit Gewehrkolben und Knüppeln...- die körperliche Anstrengung und das unausgesetzte Schlagen und Stoßen durch die SS war derart, daß zwei von unserer Gruppe auf dem 15 Minuten langen Marsch tot liegen blieben.

Dann begann das Furchtbarste, was in der Wirkung vor allem auf mich alle körperlichen Mißhandlungen als gering erscheinen ließ – wir mußten 19 Stunden lang im Lager stehen (bei einzelnen dehnte sich diese Zeit bis zu 25 Stunden aus), und während dieser Zeit, falls einer oder der andere zusammenbrach, Fußtritt und Schläge mit Gewehrkolben in Empfang nehmen. Als erstes ertönte dann der Ruf nach dem Rabbiner, der am Bart gezerrt und mißhandelt wurde – ihm wurde dann ein Schild in die Hand gegeben mit der Aufschrift: ‚Ich bin ein Landesverräter und mitschuldig am Tode von Rath's.' Dieses Schild mußte er mit gestrecktem Arm 12 Stunden umhertragen... Wir wurden nun an Bart und Kopfhaaren geschoren und mußten wieder sechs Stunden ohne Essen, Trinken und Kopfbedeckung im Freien im Regen stehen – wir waren mithin zwei Tage und Nächte ohne Schlaf und Essen und mußten die längste Zeit stehen..."[46]

Im KZ Buchenwald war der Nazi-Terror besonders barbarisch, die Methoden des Ausraubens besonders brutal, hier wurden bis zum Februar 1939 600 jüdische Menschen ermordet, die am 9./10. November 1938 und in den Tagen danach ins KZ Buchenwald verschleppt wurden. Davon wurden allein über 70 in der Nacht vom 10. auf den 11. November 1938 von SS-Mördern bestialisch erschlagen.[47] Im Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald wird das Leiden dieser jüdischen Häftlinge, der Nazi-Mordterror geschildert:

Deutsche Bevölkerung in den Straßen von Regensburg beobachtet die Deportation jüdischer Männer ins KZ Dachau, 10.11.1938

„Nach einer qualvollen Treibjagd von Weimar her kamen sie vollkommen erschöpft in Buchenwald an. Kinder von zehn Jahren bis zu Greisen im Alter von 80 Jahren wurden mit Peitschen und Gewehrkolben ins Lager getrieben. Die Schwachen wurden am Ende des Zuges erschossen. Besonders schlimm war der Zustand der Männer aus Thüringen, die, gehetzt von Hunden, schon vorher einen langen Fußmarsch zurückzulegen hatten.

Auf dem Appellplatz wurden die Mißhandlungen fortgesetzt. Niedergeschlagene wurden sofort ausgeraubt...

Links vom Tor waren fünf Baracken: 1 a bis 5 a. 2500 Menschen wurden in jeder Baracke untergebracht. Durch Löcher und Spalten fegte der eisige Wind. Strohsäcke und Decken gab es nicht. Abortanlagen und Waschräume waren nicht vorhanden. Nach einigen Tagen wurden zwei Latrinen gebaut. Diese reichten nicht...In der neutralen Zone, einem etwa 2 m breiten Geländestreifen längs des elektrischen Zaunes, der nicht betreten werden durfte, lagen die Erschossenen. Körperschwache stürzten beim Austreten in die Latrine und ertranken. Selbstmord durch Erhängen, Öffnen der Pulsadern und freiwilliger Sprung in die Latrine waren häufig und konnten kaum von den Mithäftlingen verhindert werden...

29 wahnsinnig Gewordene mußten mit Draht gefesselt werden. SS-Leute holten sie plötzlich ab und trieben sie mit Schlägen zum Bunker, wo sie vom Scharführer Sommer mit einem eisernen Dreikant erschlagen wurden. Tausende sahen, von Schrecken gelähmt, diesem grausigen Treiben zu.

Unter Führung von SS-Scharführer Janssen drangen nachts Grüne in die Baracken ein. Sie zogen Lebenden und Toten die Ringe von den Fingern, brachen Goldzähne aus und erschlugen alle, die sich widersetzten...

Als einmal zwei Baracken wegen Überlastung zusammenbrachen, drang wieder die SS ein und ermordete 16 Gefangene."

Im KZ Dachau sind bis zum August 1939 von den im Zusammenhang mit dem Novemberprogrom verschleppten jüdischen Menschen 185 ermordet worden.[47a]

Während des Pogroms und in den Monaten danach wurden insgesamt weit mehr als 1000 Juden und Jüdinnen im Herrschaftsbereich des deutschen Imperialismus ermordet.[48]

Kombinierte Vorgehensweise der Nazi-Führung, um ihren antisemitischen Masseneinfluß ausweiten zu können

Die Nazifaschisten hatten von Anfang an erklärt, daß sie die sogenannte „Judenfrage" nicht mit „Radau"-Antisemitismus, wie sie das nannten, sondern auf dem Weg des staatlichen „Vernunft"-Antisemitismus bzw. des „wissenschaftlichen" Antisemitismus „lösen" wollten. Das bedeutete, daß die Jüdinnen und Juden durch das von antisemitisch-rassistischer „Vernunft" geleitete staatliche Vorgehen „ausgeschaltet", ja vernichtet werden sollten.[49] Von vornherein war damit aber das Element des Pogroms, des antisemitischen Appells an die niedrigsten Instinkte und der Schürung der Pogromstimmung bzw. des Pogroms selbst ***nicht*** ausgeschlossen.

So kam es im Vorfeld der Verabschiedung der rassistisch-antisemitischen „Nürnberger Gesetze" im Sommer 1935 zu einer neuen Welle antisemitischen Terrors gegen die Jüdinnen und Juden, von Boykottaktionen jüdischer Geschäfte, über die Zunahme des alltäglichen Antisemitismus wie Beleidigungen, Pöbeleien, körperliche Angriffe, eine extreme Zunahme von antisemitischen Verbotsschildern in den Städten und Dörfern Deutschlands bis zu Nazi-Angriffen auf Synagogen, die sich über ganz Deutschland erstreckten.[50]

Im Januar 1937 wiederum hatte das „Judenreferat im SD-Hauptamt" als das *„wirksamste Mittel"* zur beschleunigten *„Lösung der Judenfrage"* den *„Volkszorn"* empfohlen, *„der sich in Ausschreitungen ergeht..., da der Jude durch Pogrome... viel gelernt hat und nichts so fürchtet als eine feindliche Stimmung, die sich spontan gegen ihn wenden kann."*[51]

Im Juli 1938 dagegen gab etwa Karl Krimmich, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank bei der Beratung der Rolle der Banken bei der „Totallösung der Arisierung" den geräuschlosen vor den spektakulären den Vorzug.[52]

Beide Aspekte spielen für die Nazi-Politik bzw. für die deutschen Imperialisten eine Rolle. In bestimmten Situationen schürten die Nazifaschisten also durchaus kaltblütig auch Pogrome und führten diese durch. Doch in der ***Gesamtstrategie*** der Nazis hatte dies letztendlich eher den Charakter einer ***flankierenden*** Maßnahme für die Durchführung der offiziellen staatlich-organisierten antisemitischen Politik.

Das war auch im November 1938 so. Schon an den Befehlen und Anweisungen der Nazi-Führer, wie der Pogrom durchzuführen sei, zeigt sich, daß der Rahmen und die Grenzen der durchzuführenden Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung ziemlich genau überlegt und festgelegt waren. Noch bedeutsamer aber war, daß schon sehr rasch,

bereits am 10. November der nazistische Grundkurs betont wurde, die sogenannte „Judenfrage" auf „staatlichem Weg" zu lösen. Auf der ersten Seite des zentralen Nazi-Hetzorgans „Völkischer Beobachter" verkündete der Nazi-Propagandaminister Goebbels, der bei der Auslösung des Pogroms die führende Einpeitscherrolle gespielt hatte: *„Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. der Verordnung dem Judentum erteilt werden."*[53] Für die Jüdinnen und Juden bedeutete dies unmittelbar am oder direkt nach dem 9. November die staatlich organisierte Deportation von 30.000 Juden in die KZs.

Die nazistischen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Chelmno, Sobibor, Majdanek-Lublin, Belzec – das ist der furchtbare Beweis dafür, daß für die Vernichtung der Jüdinnen und Juden sowie der Roma und Sinti im Gesamtrahmen der Nazi-Politik nicht das Element des Pogroms entscheidend war, sondern der staatlich-bürokratische Weg hin zum kaltblütig und „wissenschaftlich" geplanten Völkermord unter Einsatz aller staatlicher Mittel.

★★★

Sicherlich hat es unter den obersten Nazi-Führern sowie im Nazi-Apparat angesichts des Kompetenzgerangels zwischen den verschiedenen Nazi-Ministern, der Gestapo, der SS, der SA usw. auch Widersprüche über die Zweckmäßigkeit der anzuwendenden Mittel der antisemitischen Politik gegeben, so auch über den Ablauf des Novemberpogroms 1938. In der Nazi-Konferenz über den Novemberpogrom am 12. November 1938 kritisierte z. B. der für den Nazi-Wirtschaftsplan zuständige Göring, der den Grundgedanken des Novemberpogroms vollauf billigte, die massenhafte Zerstörung von Schaufenstern, von Ladeninhalten und Wohnungseinrichtungen als unnötige Vernichtung von Werten, die letzten Endes dem „deutschen Volksvermögen" verlorengingen: *„Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet"*.[54] In der Grundlinie der staatlich vollzogenen antisemitischen Politik bis hin zum staatlich organisierten Völkermord waren sich die Nazi-Führer grundlegend einig.

Ebenso gab es auch nicht exakt einkalkulierbare Momente in der Wechselwirkung zwischen der Nazi-Parteistruktur und dem Nazi-Umfeld bis hin zu unorganisierten Antisemiten, welche durchaus auch „selbständig" oder in Verbindung mit einzelnen „übereifrigen" Nazifunktionären am jeweiligen Ort zum Pogrom schritten. So hat es schon am 7. und 8. November 1938 in einer ganzen Reihe von kleineren Orten Pogrome gegeben, die von Nazi-Ortsgruppenleitern initiiert wurden, die teilweise deren Kontrolle entglitten, weil sich große Teile der Bevölkerung massiv daran beteiligten.[55]

Insgesamt konnten die Nazi-Führer selbstverständlich bei der Durchführung ihrer antisemitischen Politik nicht alles vorausplanen. So waren sie auch bei der Durchführung des Novemberpogroms zum Teil gezwungen zu improvisieren. Angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ging es nicht anders, wenn sie den Pogrom unter dem Vorwand der „Rache" und des angeblich so spontanen „Volkszorns" durchziehen wollten. Das allein zu betonen heißt aber die ganze Wahrheit zu vertuschen.

Ausschlaggebend für die Durchführung des antisemitischen Terrors mit all seinen Verbrechen war die Tatsache, daß in Situationen wie am 9. November 1938 ein jahrelang eingespielter Apparat vorhanden war, daß die Nazi-Führer bei der Durchführung ihres Terrors jederzeit über die Gewaltmittel des bürgerlichen Staatsapparats verfügten, dessen Hebel von den deutschen Imperialisten in die Hände der Nazi-Partei gelegt worden waren, um deren aggressive Weltherrschaftspläne mit allen Mitteln bis hin zum Völkermord durchzusetzen. Und für den Erfolg des Verbrechens war schließlich auch ausschlaggebend, daß sich die Nazis beim Entschluß zur raschesten Durchführung des Pogroms auf den tiefsitzenden Einfluß des Rassismus und Antisemitismus unter breitesten Teilen der ausgebeuteten und werktätigen Massen stützen konnten.

Die furchtbaren Nazi-Verbrechen, der internationalistische Widerstand der Häftlinge gegen die Nazi-Mörder, organisiert und geleitet durch das Internationale Lagerkomitee, die Befreiung des KZ Buchenwald durch die US-Truppen mit Unterstützung durch bewaffnete Häftlingsgruppen - all das wird in beeindruckender Weise in diesem Dokument von 1949 genauestens geschildert, basierend auf den Berichten der überlebenden Häftlinge; es ist damit eine Waffe gegen sämtliche reaktionäre Lügen über das KZ Buchenwald.

205 Seiten, Preis 20 DM, ISBN 3-932636-26-0

Zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff,
Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main

★★★

Von Anfang an trommelten die Nazis tagaus tagein: „Die Juden sind unser Unglück! Juda verrecke!". Angesichts des Vorhandenseins einer unter Führung der KPD erstarkenden revolutionären Arbeiterbewegung und angesichts der für die deutschen Imperialisten drohenden Gefahr, daß die revolutionäre Gärung in Teilen der Arbeiterklasse bei einer herangereiften revolutionären Situation zum bewaffneten Aufstand der revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter führt, hatte gerade auch die chauvinistische und antisemitische Hetze für die deutschen Imperialisten vor 1933 eine wichtige ***Ablenkungsfunktion***.[56]

Dennoch kann die Funktion des groß angelegten Novemberpogroms 1938 ***nicht*** gleichgesetzt werden etwa mit der Funktion der großen Pogrome, die der Zarismus in Rußland 1905 durchführte, um die breiten Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie vor allem auch die Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land vom revolutionären Kampf, von der Revolution abzulenken. Denn 1938 gab es in Deutschland keine revolutionäre Situation. Mehr noch: Es gab wohl während der gesamten 12 Jahre der Herrschaft des Nazifaschismus keine Zeit (außer in den ersten Kriegsjahren nach den nazistischen „Blitzsiegen"), die weiter von einer revolutionären Situation entfernt war als das Jahr 1938. Und wohl zu keinem anderen Zeitpunkt konnte sich das Nazi-Regime auf eine derart breite Massenbasis stützen wie im Herbst 1938.

Innenpolitisch war es den nazifaschistischen Machthabern gelungen, die größten Teile der Parteiorganisation der KPD in Deutschland zu zerschlagen und damit den wirksam handelnden revolutionären Kern des Widerstands gegen die Nazifaschisten und den deutschen Imperialismus überhaupt sehr weitgehend zu schwächen. Vor allem durch die Rüstungsproduktion gab es zumindest keine sichtbare Massenerwerbslosigkeit mehr. Die olympischen Spiele in Berlin 1936 bedeuteten für die Nazifaschisten einen nicht unerheblichen internationalen Prestigegewinn. Außenpolitisch hatte sich der deutsche Imperialismus durch die Erfolge der „friedlichen" Annexion Österreichs im März 1938 sowie durch die Annexion der Grenzgebiete der Tschechoslowakei im Oktober 1938 erheblich gestärkt und war durch die „München"-Politik der französischen und englischen Imperialisten in seiner Aggressivität ermutigt worden. So saßen die nazifaschistischen Machthaber des deutschen Imperialismus im Herbst 1938 vergleichsweise fest im Sattel.

Warum aber dann der Pogrom? Und warum überhaupt die immer weiter getriebene Verschärfung des antisemitischen Terrors, bei dem es zwischenzeitlich nur scheinbare „Entspannung" gab (aus durchsichtigen Gründen etwa zur Zeit der Olympischen Spiele), um dann nur um so grausamer und mörderischer fortgeführt zu werden bis zum Völkermord in den Todesfabriken.

Der KPD-Genosse Paul Merker hat 1944 über die Funktionen des Rassismus der Nazis richtig festgestellt:

> ***„Der Rassismus der Nazis diente nicht mehr bloß zur Ablenkung betrogener Volksmassen, sondern er war zugleich das Mittel zur Stützung der höchsten Machthaber, zur materiellen Korrumpierung der mittleren und unteren Nazifunktionäre und zur ideologischen Vorbereitung des Raubkrieges. Jeder rassistisch-antisemitische Vorstoß erfolgte deshalb nach jeweiliger kaltblütiger Abwägung des Für und Wider, nach genauer Berechnung des zu erzielenden Ergebnisses zur gegebenen Zeit. Deshalb erfolgte er nach genauer Ausarbeitung der jeweils anzuwendenden Methoden, die sich von der Schmähung und Demütigung bis zur blutigen Terrorisierung und Ausrottung der jüdischen Bevölkerung entwickelte."***[57]

In der Tat waren Rassismus, Chauvinismus und Antisemitismus für die deutschen Imperialisten nicht nur geeignetes Gegenmittel gegen den Klassenkampf des Proletariats, gegen die Gefahr der proletarischen Revolution, sondern boten auch die geeignete pseudowissenschaftliche Begründung für deren Weltherrschaftspläne, für die Unterwerfung und Versklavung anderer Völker, die auch nicht halt macht vor der Ausrottung der als „minderwertig" hingestellten Völker.

Sehr wichtig ist auch zu sehen, daß der immer schärfer durchgeführte Antisemitismus eine wesentliche praktische nazistische „Erziehungs"funktion breiter Massen, vor allem der Jugend für die Durchführung der Nazi-Politik mit all ihren Verbrechen hatte. Dazu schrieb Paul Merker:

> ***„Durch den Rassismus und Antisemitismus wurde Hunderttausenden eingeimpft, den Massenmord freudig durchzuführen. Doch die Erziehung zum Massenmord konnte nicht allein durch das Wort erreicht werden. Tägliche Einpaukung von Theorie und Paxis war erforderlich, um den Nazijünglingen die herrenmenschliche Arro-***

Warum Kommunistinnen und Kommunisten sich angesichts antisemitischer Aktionen im Interesse der revolutionären Erziehung der Arbeiterklasse schützend vor jüdische Kapitalisten stellen müssen

Es entspricht dem Klassenstandpunkt der Kommunistinnen und Kommunisten, daß sie wissen und propagieren, daß es ausgebeutete und unterdrückte jüdische Werktätige gibt so wie andere Werktätige und daß es große wie kleine jüdische Ausbeuter und Unterdrücker gibt so wie andere Ausbeuter und Unterdrücker.

Die proletarische Revolution zerschlägt nicht nur den Staatsapparat der herrschenden Klasse, sondern enteignet schließlich auch ***alle*** Kapitalisten, unabhängig von ihrer Nationalität, Religionszugehörigkeit oder anderen Merkmalen.

Warum kann es dann aber Situationen geben, in denen sich die Kommunistinnen und Kommunisten sogar schützend vor jüdische Kapitalisten, also vor eine Zielscheibe der proletarischen Revolution stellen müssen, obwohl diese doch als Ausbeuter und Unterdrücker bekämpft werden müssen und auf lange Sicht von der proletarischen Revolution enteignet werden?

Genau dies war 1938 die Situation: Es war die Pflicht der Kommunistinnen und Kommunisten, aller fortschrittlichen und revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter, die jüdische Bevölkerung zu verteidigen und zu schützen, im Bewußtsein der bestehenden Klassenunterschiede.

Eine solche besondere Situation ist allgemein ***dann*** gegeben, wenn Reaktionäre oder gar direkt nazistische Elemente bestimmte, vielleicht gar berechtigte ökonomische Forderungen ausnutzen für die Entfachung eines deutschnationalen, antisemitischen, rassistischen „Protests", also eine zutiefst reaktionäre Bewegung entfachen, die das Klassenbewußtsein der Arbeiterinnen und Arbeiter verhindert, vernebelt und vernichtet.

Es ist doch offensichtlich, daß z. B. die deutschen Nazifaschisten bei ihrer Hetze und ihren Pogromen bewußt die Hetze personalisiert haben, diesen oder jenen jüdischen Bankier oder Kaufhausbesitzer zuerst zur Hatz freigaben, um sich selbst als Vertreter eines „nationalen Sozialismus" darzustellen.

Im Interesse der ideologischen Erziehung der Arbeiterklasse, im Interesse des revolutionären proletarischen Klassenbewußtseins, ist es die unbedingte Pflicht der Kommunistinnen und Kommunisten, jeglichem Rassismus, Chauvinismus und Antisemitismus entgegenzutreten, hier ***keinerlei Zugeständnis*** zu machen, da ohne eine solche Erziehung und Vorbereitung eine siegreiche proletarische Revolution unmöglich ist.

Das heißt in einer Situation der Pogrome und ihrer Vorbereitung mußten sich die Kommunistinnen und Kommunisten damals und müssen sie sich heute ***vor alle nationalistisch, rassistisch Verfolgten stellen, auch vor einzelne Kapitalisten,*** um rassistische und chauvinistische Übergriffe abzuwehren, und der Demagogie trotzen, daß sie sich damit für Kapitalisten einsetzen würden. Die Kommunistinnen und Kommunisten müssen sich nicht nur schärfstens von jeglichem Antisemitismus abgrenzen, sondern sich sogar schützend vor die nazistisch diskriminierten und verfolgten Gruppen stellen, auch vor etwaige Kapitalisten, ***nicht weil sie Kapitalisten sind, sondern obwohl sie Kapitalisten sind.***

Denn beim Kampf gegen antijüdische Hetze und Pogrome muß man sich bewußt sein, daß sie sich nicht teilen läßt in einen angeblich berechtigten Teil, den gegen die „reichen Juden" und einen unberechtigten Teil, gegen die „armen Juden". Und wer der Hetze und Verfolgung von Jüdinnen und Juden zusieht, weil die betreffenden ja „nur" Kapitalisten sind, macht sich mitschuldig an der Verbreitung des Giftes des Antisemitismus und Rassismus, das für jede revolutionäre Arbeiterbewegung tödlich ist.

Mag eine solche Haltung es Demagogen erleichtern, die Kommunistinnen und Kommunisten als „Verteidiger der Kapitalisten" zu diffamieren, auf lange Sicht stärkt diese Haltung das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse und den Kampf zum Sturz des Kapitalismus. Selbstverständlich ändert dies nichts am Programm und der Perspektive der Zerschlagung des kapitalistischen Systems und der Enteignung aller Kapitalisten, wovon dann eben auch jene betroffen sein werden, die vorher vielleicht von den Kommunistinnen und Kommunisten versteckt wurden, um sie vor Pogromen zu schützen. Und dies ändert auch nichts daran, daß Ausbeutung und Unterdrükkung – von wem sie auch immer ausgehen – bekämpft und angegriffen werden müssen.

★★★

Paul Singer, kaum eine Genossin, kaum ein Genosse kennt diesen Namen. Angesichts der antisemitischen Wellen der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts hat die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie zu Lebzeit Engels bewußt und demonstrativ einen Juden, der zumindest zu Beginn seiner Sympathie für den revolutionären Kampf des Proletariats Textilfabrikant war, in ihre Reihen aufgenommen und als Kandidat für die Stadtverordnetenwahl aufgestellt!

Die klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins verstanden sehr wohl, daß dies keine Hinwendung zum Kapitalismus, sondern ein Schlag gegen den Antisemitismus war – zumal sich Genosse Singer voll und ganz auf den Standpunkt des Proletariats, des Marxismus stellte.

Es war nicht nur eine Demonstration der revolutionären Sozialdemokratie gegen Antisemitismus, es wurde zunehmend eine machtvolle Demonstration der Arbeiterschaft in Berlin, die liebevoll, in vollem Bewußtsein über den reaktionären Charakter des Antisemitismus ihren Paul Singer feierten. Ein vor den Nazis geflohener Augenzeuge berichtete 1944:

„Und da geschah das, weswegen ich hier davon erzähle. Vom obersten Rang herab nämlich klang es plötzlich in den Raum, mit einer unendlich zärtlichen Stimme ‚Judenpaule! Judenpaule!' Die Massen horchten auf. ‚Bravo Judenpaule!' Hoch, Judenpaule!' tönte es noch einmal von oben. Und wie eine Flamme sauste der Ruf durch den Saal. Einzelne nahmen ihn auf. Jetzt mehrere. Jetzt ganze Scharen. Und bald schwoll es zu einem Orkan. Das Wort war völlig aus der Art der Berliner Arbeitersprache geboren. So würde man auch sonst etwa einen Berufsgenossen jüdischen Glaubens angeredet haben, mit einer spielenden Charakteristik seiner Besonderheit, ohne eine Spur von unerfreulichem Nebengeräusch. Auch hier benutzte man diese Titulierung gänzlich harmlos. Sie war lediglich ein Ausdruck noch gesteigerter Vertrautheit. Das verstanden alle. Hunderte, Tausende wiederholten: ‚Judenpaule! Judenpaule!' Es umbrauste die mächtige Gestalt des Gefeierten, der noch am Rednerpult stand und, zuerst erstaunt und sprachlos, dann bis ins Innerste ergriffen, die eigenartige Huldigung entgegennahm. Die Arbeiter konnten sich gar nicht beruhigen. Sie stürmten auf das Podium und holten Singer herunter. Sie hoben ihn hoch und trugen ihn im Triumph aus dem Gebäude auf die Straße . . . So etwas begab sich einmal in Deutschland. Es ist freilich fast zwei Menschenalter her ..."
(Zitiert nach: Paul W. Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/Main 1959, S. 183)

Paul Singer starb am 18.1.1911. Lenin schrieb über Paul Singer, daß er sich in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts dem revolutionären Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter zugewandt habe und 1870 den sozialdemokratischen Protest gegen die Lostrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich durch Deutschland unterzeichnete. 1878 trat Paul Singer der revolutionären deutschen Sozialdemokratie bei. Lenin erklärte über Paul Singer, daß es *„selten solche Menschen gibt, die aus dem Lager der Bourgeoisie kommen und sich dem Sozialismus anschließen"* (Lenin, Paul Singer, 1911, Werke Band 17, S. 78). Lenin schilderte die revolutionäre Tätigkeit des Genossen Singer:

„Er war vor allem und vornehmlich praktischer Organisator der illegalen Partei zur Zeit des Ausnahmegesetzes, ferner Berliner Stadtverordneter und Parlamentarier nach Aufhebung dieses Gesetzes." (ebenda, S. 78)

Lenin betont, daß Paul Singer ***„stets an der Spitze der standhaftesten und entschiedensten Kämpfer gegen alle Erscheinungen des Opportunismus"*** stand (ebenda, S. 78).

Lenin berichtete über Paul Singers Beerdigung:

„Am 5. Februar dieses Jahres trug die deutsche Sozialdemokratie einen ihrer ältesten Führer, Paul Singer, zu Grabe. Die gesamte Arbeiterbevölkerung Berlins, viele Hunderttausende waren dem Ruf der Partei gefolgt und zur Trauerdemonstration erschienen, waren gekommen, um das Andenken eines Mannes zu ehren, der seine ganze Kraft, sein ganzes Leben in den Dienst der Befreiung der Arbeiterklasse gestellt hatte. Niemals zuvor hat die Dreimillionenstadt Berlin solche Massen gesehen: Nicht weniger als eine Million Menschen nahmen an dem Zug teil oder säumten die Straßen."
(ebenda, S. 76)

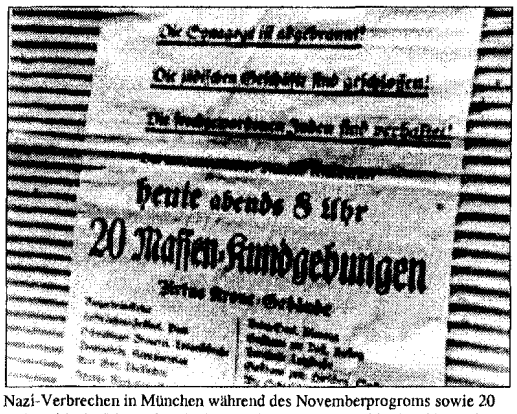
ganz, die Verachtung des Mitmenschen, die terroristische Grausamkeit, die kaltblütige Mordbereitschaft beizubringen. Dieser praktischen Erziehung zur Herzlosigkeit, Unmenschlichkeit, Grausamkeit und Mordbereitschaft dienten die kaltblütigen Folterungen und Mordtaten an wehrlosen politischen Gegnern und Juden."[58]

Die zunehmende Aggressivität des nazistischen Antisemitismus ist von daher nicht Ausdruck der zunehmenden Schwäche der Nazi-Machthaber bzw. der immer größeren Unzufriedenheit breiter Massen der ausgebeuteten und unterdrückten Massen, sondern gerade umgekehrt. Um so fester die Nazifaschisten im Sattel saßen, um so mehr Handlungsspielraum sie nach innen und außen erhielten, um so mehr vorübergehende „Rücksichtnahmen" wegfielen, um so mehr sich die deutschen Imperialisten durch die „zurückhaltenden" oder sogar unterstützenden Reaktionen der anderen imperialistischen Großmächte in ihrem aggressiven Expansionismus bestärkt sahen (siehe etwa „Münchner Abkommen"), desto mehr verschärften sie den Terror gegen die Jüdinnen und Juden, bis schließlich durch den Überfall Nazideutschlands auf Polen sowie durch die Kriegserklärungen Frankreichs und Englands an Deutschland und den Zweiten Weltkrieg überhaupt[59] irgendwelche „Rücksichtnahmen" sowieso weitestgehend hinfällig wurden.

Die grauenvollste Besonderheit des Nazifaschismus ist der welthistorisch zum ersten Mal begangene industriell durchgeführte rassistische Massenmord an der jüdischen Bevölkerung sowie an den Sinti und Roma. Dieses „deutsche Morden", der staatlich angeordnete und auf lange Sicht geplante, industriell organisierte, bürokratisch geregelte und mit preußischer Mentalität durchgeführte Völkermord ist bisher in der Geschichte ***einmalig***.

Dies kann nicht allein auf ein unmittelbares ökonomisches Interesse reduziert werden, wie das manche Vulgärmarxisten meinen. Der Nazifaschismus setzte zwar keineswegs das Profitstreben als höchstes Gesetz des Imperialismus außer Kraft. Das deutsche Monopolkapital zeigte tatsächlich, daß es sich an den KZs, ja selbst an den Vernichtungslagern durch Beraubung und Sklavenarbeit der Häftlinge vor ihrer Ermordung noch bereichern konnte.

Aber weder die unmittelbar ökonomischen Profitinteressen noch die konkreten militärischen Erfordernisse können wirklich umfassend erklären, warum in den Kriegsjahren und vor allem in den Jahren der sich abzeichnenden militärischen Niederlage des Nazi-Regimes die Nazi-Henker weiter Züge mit Hunderttausenden von Menschen in die Vernichtungslager dirigierten, Millionen Menschen fabrikmäßig ermordeten.



Nazi-Verbrechen in München während des Novemberprogroms sowie 20 antisemitische Massenkundgebungen in München am 11.11.1938 werden öffentlich auf Plakaten bekanntgemacht.

Der unmittelbare Zweck des mörderischen Antisemitismus der Nazis war die Vernichtung der Jüdinnen und Juden, das ideologische Programm der Ausrottung aller Jüdinnen und Juden in die Tat umzusetzen.

Dahinter stand, langfristig und weltweit für „1000 Jahre" ein Exempel an Brutalität und Grausamkeit zu statuieren, wie es die Welt bisher nicht gesehen hatte, um jeglichen Widerstand gegen das Nazi-Regime, gegen die Welteroberungspläne des deutschen Imperialismus zu zerschlagen.

Der industrielle Völkermord an den Jüdinnen und Juden sowie auch an den Sinti und Roma wirkt heute beim dritten Anlauf auf die Weltherrschaft um so mehr als Drohung an die Völker, dem deutschen Imperialismus „freiwillig" Platz zu machen und sich ihm zu unterwerfen.

Zur kommunistischen Linie des Kampfes gegen den Nazifaschismus angesichts nazistisch verseuchter Volksmassen in Deutschland

In den bürgerlichen Darstellungen und Einschätzungen des Novemberpogroms 1938 wird immer wieder betont, daß große Teile der Bevölkerung die antisemitischen Gewalttaten der Nazis in der Novemberpogromnacht abgelehnt hätten. Zumindest hätte sich doch nur eine kleine Minderheit daran beteiligt. Die Darstellungen der modernen Revisionisten gehen in die gleiche Richtung.

Diesen Fälschungen ist zunächst ein sicherlich noch vordergründiges Argument entgegenzuhalten: Soweit diese Ablehnung, diese Distanz bestand, betraf sie vielfach nur die extremen antisemitischen Pogrom-Verbrechen bzw. die „sinnlose" Vernichtung großer Sachwerte, reichte aber nicht bis zur generellen Ablehnung des Antisemitismus. Das zeigte sich schon daran, daß dieselben Leute dann zumeist gegen die „gesetzmäßigen" antisemitischen Maßnahmen nichts mehr einzuwenden hatten. Das gilt besonders für bestimmte deutschnationale Kreise, die selbst stark antisemitisch waren.

Grundlegend ist der entscheidende Punkt aber, daß die überwältigend große Mehrheit nichts gegen den antisemitischen Terror unternahm, den Jüdinnen und Juden in ihrer entsetzlichen Bedrängnis und Todesangst nicht tatkräftig zur Seite stand, sie nicht unterstützte und schützte.

Genau ***das*** ist ein entscheidender Punkt, aus dem ***große Mitschuld*** erwächst.[60]

Dabei kann beim Novemberpogrom sich niemand herausreden, „nichts davon gewußt" zu haben. Die Verbrechen fanden im gesamten Herrschaftsbereich des Nazifaschismus statt – und alles dies geschah größtenteils vor aller Augen und vor einer Kulisse von Hunderten, Tausenden, in größeren Städten von zehntausenden von Zuschauerinnen und Zuschauern. Die 30.000 jüdischen Menschen, welche in die KZs verschleppt wurden, wurden in langen Kolonnen und durch ein Spalier von hunderten, tausenden, ja zehntausenden von „Zuschauern" durch deutsche Großstädte, Kleinstädte und Dörfer geführt. Und die Nachricht von den brennenden Synagogen und den zerstörten Geschäften erreichte zweifellos auch jene, die in Städten und Dörfern wohnten, die schon „judenfrei" waren. Die gesamte Nazi-Presse machte den Pogromterror im gesamten Herrschaftsbereich der Nazis bekannt.

Die Nazis führten zahlreiche öffentliche Massenkundgebungen vor allem am 10. November 1938 durch. Auf diesen Kundgebungen wurden antisemitische Hetzreden gehalten, die „Erfolge" des Pogroms gefeiert und zugleich neuer antisemitischer Terror angekündigt. Die Nazi-Führer ließen sich von hunderttausenden begeisterten Nazi-Anhängern feiern. In Nürnberg fand zum Beispiel nach der Pogromnacht eine öffentliche Massenkundgebung der Nazis statt an der 100.000 freiwillig teilnahmen und der antisemitischen Hetzrede von Streicher, dem Herausgeber des „Stürmer", einem der schlimmsten Antisemiten Nazi-Deutschlands und „Gauleiter von Franken", zujubelten.[61] Allein in München gab es an zwanzig Orten Massenkundgebungen. Dazu wurde auf Plakaten und in der Nazi-Presse aufgerufen, die auch Verbrechen gegen die Jüdinnen und Juden verkündeten. In München rechtfertigte der Nazi-„Gauleiter" Adolf Wagner bei der Hauptkundgebung im Zirkus Krone vor tausenden Nazi-Anhängern den Mord an dem polnischen Juden Chaim Both.[62]

In der Straßenbahn, in Lokalen, überall war das im Nazi-Jargon als „Judenaktion" bezeichnete Nazi-Massaker Tagesgespräch. Somit konnte niemand in Deutschland sagen, von den Verbrechen gegen die Jüdinnen und Juden bis hin zu den Morden nichts gewußt zu haben.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist, daß sich ein großer Teil der Werktätigen auch direkt an den Nazi-Massakern, vor allem am Raub beteiligte bzw. davon profitierte. Die weite Verbreitung des Begriffes „Schnäppchenjagd" stammt in der Tat aus dem Raub am Eigentum der Jüdinnen und Juden. Massenhaft wurden die verwüsteten Wohnungen von Jüdinnen und Juden ausgeraubt, deren Inhaberinnen und Inhaber oft geflohen oder deportiert waren. Auf den Straßen und Höfen wurden regelrechte Versteigerungen von Wohnungsinventar durchgeführt.

Antisemitische Massenkundgebung in München im Zirkus Krone am 11. November 1938, abgedruckt in der Nazi-Zeitung „Völkischer Beobachter" vom 12.11.1938.

Die Anerkennung der Mitschuld der ausgebeuteten und werktätigen Massen an den Nazi-Verbrechen in der Tradition von Marx und Engels sowie

Wichtige Flugblätter von „Gegen die Strömung" zur Einschätzung des Nazifaschismus

50 Jahre Bombadierung Dresdens: Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus! **Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden mußte!** Februar/März 1995, 6 Seiten, A 3

Den Widerstand der 11 Kommunistischen Parteien in Buchenwald vor allem gegen antikommunistische Lügen, aber auch deutsch-chauvinistische SED-Fälschungen verteidigen! 50 Jahre Schwur von Buchenwald: **„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!"** April 1995, 10 Seiten, A 3

Antisemitische Positionen des ZK der SED 1952: Entschädigung von Naziverbrechen an jüdischer Bevölkerung = „Verschiebung von deutschem Volksvermögen"

Die KPD/SED hat direkt nach 1945 in ersten Ansätzen versucht den nazistischen Antisemitismus und Rassismus zu bekämpfen. 1952 war von diesen positiven Ansätzen nicht mehr viel übrig. Ja das ZK der SED verbreitete selbst öffentlich Antisemitismus im Zusammenhang mit dem Ausschluß von Paul Merker aus der SED und seiner Verhaftung 1952.

Es soll hier nicht darum gehen, was Paul Merker wirklich oder angeblich getan hat, ob er in konterrevolutionäre Aktionen verwickelt war oder nicht. Es soll aufgezeigt werden, welchen Schmutz das ZK der SED in einer Erklärung vom 20.12.1952 ausleerte, der durch nichts zu rechtfertigen ist:

„Die Verschiebung von deutschem Volksvermögen fordert er (Paul Merker, A.d.V.) mit den Worten: ‚Die Entschädigung des den jüdischen Staatsbürgern zugefügten Schadens erfolgt sowohl an die Rückkehrer wie an diejenigen, die im Ausland bleiben wollen'".
(Dokumente der SED, Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politibüros und seines Sekretariats, Band 4, Berlin 1954, S.206)

Beim ZK der SED wird die Wiedergutmachung der Naziverbrechen an der jüdischen Bevölkerung zur „Verschiebung von deutschem Volksvermögen". Ein Kernpunkt des Potsdamer Abkommens über die Pflicht zur Wiedergutmachung der Naziverbrechen, der im Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945 noch richtig hervorgehoben wird, wird hier eindeutig aufgegeben und durch den Versuch ersetzt, an reaktionärste, ja antisemitische Ideen der Massen zu appelieren.

der proletarische Internationalismus – insbesondere gegenüber den vom deutschen Imperialismus überfallenen Völkern – waren als Ausgangspunkt des Kampfs gegen den Nazifaschismus unerläßlich.

Die Mitschuld galt es auf der Basis der klassenmäßigen Differenzierung herauszuarbeiten:

Zweifellos trägt die Hauptschuld an den Naziverbrechen der deutsche Imperialismus, die deutsche Monopolbourgeoisie insgesamt. Dies schließt die Hauptrepräsentanten der Politik des Nazifaschismus, die Nazi-Führer und den Generalstab der Nazi-Wehrmacht etc., als Teil der herrschenden Klasse mit ein.

Danach folgen die Hunderttausende, die sich direkt daran beteiligten; die KZ-Schergen, Henker, Folterer, die Soldaten, welche die unglaublichsten Greuel und Verbrechen begangen haben.

Dann ist da die Mehrheit der Nazi-Anhänger, die diese Verbrechen unterstützten und sie guthießen.

Es folgt die große Masse derjenigen, die mit diesem oder jenem Verbrechen der Nazi-Faschisten nicht einverstanden waren, sie jedoch aus Feigheit duldeten und nichts dagegen unternahmen.

Und schließlich sind da diejenigen, z.B. Anhänger von SPD und KPD, die den Nazifaschismus und seine Verbrechen zwar ablehnten, aber nicht die Kraft und Prinzipienfestigkeit besaßen, sich in den aktiven Widerstand einzureihen.

Dem gegenüber steht der organisierte antinazistische Widerstand (und auch einzelne individuelle Handlungen des Widerstandes) jener Minderheit der deutschen Bevölkerung, die aktiv gegen den Nazifaschismus gekämpft hat.

Einen solchen Widerstand und auch einzelne Akte der Solidarität gab es auch am 9. November 1938. Hier einige Beispiele von Solidarität mit den gequälten und gehetzten Jüdinnen und Juden:

Der überlebende Arvy Levi berichtete von einer Solidaritätsaktion in München währen der Pogromnacht, die seinen Vater Raphael Levi, seiner Schwester und einer weiteren Jüdin das Leben rettete:

> ***„In dieser Nacht wurde mein Vater im Haus versteckt. Herr Daffinger, Geschäftsführer im Schauspielhaus, hielt ihn an den folgenden drei Tagen in seiner Wohnung versteckt, auch meine Schwester und unsere jüdische Haushälterin, Gitta Oppenheimer."***

Siegfried und Paul Adler aus München wurden gerettet, weil eine Nachbarsfamilie der Gestapo nicht verraten hat, wo beide hingezogen sind.[63] Ein Bauer aus Ellar versteckte die jüdische Familie

Sonderausgabe gegen blutige Judenpogrome

Die Rote Fahne

Gegen die Schmach der Judenpogrome!

Erklärung des Zentralkomitees der KPD

Der Aufruf des ZK der KPD vom November 1938 gegen den Novemberpogrom (siehe Beilage)

Lippmann aus Limburg in der Pogromnacht. Jedoch wurde die jüdische Familie Lippmann von nazistisch verhetzten Massen aus dem Haus des Bauern gezerrt und verschleppt, der Bauer selbst wurde furchtbar verprügelt und die Scheiben seines Hauses zerstört.[64]

Wir betonen auch das, zumal es gerade die Mitschuld aller anderen zeigt, welche dies nicht taten.

Wie war angesicht dieser Situation kommunistische Politik möglich?

Der erste Schritt mußte sein, die bittere Wahrheit offen und öffentlich auszusprechen. Lenin formulierte dazu programmatisch:

> **„Ihr seid verpflichtet, ihnen (den Massen, AdV) die bittere Wahrheit zu sagen. Ihr seid verpflichtet, ihre bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteile (in Deutschland vor allem die nazistischen Vorurteile, A.d.V.) beim richtigen Namen zu nennen. Aber zugleich seid ihr verpflichtet, den *tatsächlichen* Bewußtseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen *Masse* (und nicht nur ihrer fortschrittlichsten Vertreter), *nüchtern* zu prüfen."[65]**

Es ging auf dieser Basis darum ein klares demokratisch-antinazistisches Minimalprogramm mit einem Kernpunkt der demokratischen Solidarität mit allen Nazi-Opfern, insbesondere auch mit den Juden und Jüdinnen, den Sinti und Roma, auszuarbeiten. Das mußte verknüpft werden mit der vollen Klarheit über die Notwendigkeit der Vorbereitung und der Führung des bewaffneten Kampfes gegen den Nazifaschismus auf Leben und Tod. Nur auf der Basis einer solchen Linie, einer Linie voll des Hasses auf die nazifaschistischen Verbrechen, einer Linie des demokratisch-bewaffneten-illegalen Widerstands, konnte wirklich die übergeordnete kommunistische Linie bewahrt und entwickelt werden. Das kommunistische Maximalprogramm durfte keinesfalls beiseite geschoben oder verkürzt werden, sondern es mußte nach wie vor die Grundlage der kommunistischen Agitation und Propaganda bilden. Es mußte aber auch bewußt sein, daß die Realisierung des kommunistischen Maximalprogramms, die Durchführung der proletarische Revolution, des Bürgerkriegs zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, der Errichtung der Diktatur des Proletariats, dem Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, angesichts eines fehlenden minimalen demokratischen Bewußtseins bei großen Teilen auch der Arbeiterinnen und Arbeiter kurzfristig nicht realistisch war.

Es galt den Kampf gegen den Nazifaschismus dem langfristigen Ziel der proletarischen Revolution ein- und unterzuordnen.

Unser Krieg gegen den deutschen Imperialismus, den Kapitalismus überhaupt umfaßt heute auch den Kampf gegen den Antisemitismus. Der Kampf gegen den Antisemitismus muß theoretisch, ideologisch und politisch als Teil des demokratischen Kampfes geführt werden, als unerläßlicher Bestandteil zur Schaffung eines wirklich klaren Klassenstandpunkts der Mehrheit der Arbeiterklasse. Ohne einen solchen Kampf ist die Vorbereitung und die Durchführung der proletarischen Revolution, dem grundsätzlichen und übergeordneten Kampf, die Verwirklichung des kommunistischen Maximalprogramms unmöglich!

Anmerkungen

1 Wilhelm Pieck, „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei, Referat auf der Berner Konferenz der KPD, 30.1.1939, zitiert nach: Die Berner Konferenz der KPD 1939, Berlin 1974, S. 75.

In der Resolution der Berner Konferenz der KPD von 1939 wird allerdings eine viel zu positive Einschätzung in Bezug auf den Einfluß des nazistischen Antisemitismus und Rassismus auf breite Teile der Massen gegeben. Dort heißt es im Gegensatz zu Pieck:

„In diesen Septembertagen und bei den Judenpogromen zeigte es sich, daß immer breitere Massen der Kriegs- und Rassenhetze des Regimes, diesen beiden Hauptinstrumenten der Hitlerpropaganda, die Gefolgschaft versagen." (Dokumente zur Geschichte der SED, Band I, Berlin 1981, S. 333)

„Immer breitere Massen" sollen der „Rassenhetze des Regimes" die „Gefolgschaft" versagt haben, und das soll sich auch beim Novemberpogrom 1938 gezeigt haben...

genau das war eben falsch, eine fatale Fehleinschätzung des Ausmaßes der nazistischen antisemitischen Verseuchung breiter Massen in Deutschland.

2 Peter Longerich, Politik der Vernichtung, Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998, S. 197.

3 Zitiert nach Trude Maurer, Abschiebung und Attentat, Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht", in: Walter H. Pehle (Hrsg), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, Frankfurt/Main 1988, S. 52.

4 Nach: Rita Thalmann/Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, Frankfurt/M. 1988, S. 44

5 Was damals geschehen war, wurde im Eichmann-Prozeß 1961/1962 in Jerusalem von Herschels Vater Sendel Grynszpan berichtet.

6 Während der Nazi-Zeit war „sale boche" ein geläufiges Schimpfwort für Nazis, was soviel wie „dreckiger Deutscher" bedeutete. Herschel *meint* mit den „12.000 verfolgten Juden" einen der Transporte vom Oktober 1938. Insgesamt verschleppten die Nazis 17.000 Jüdinnen und Juden von Deutschland nach Polen.

7 Rita Thalmann/Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, Frankfurt/M. 1988, S. 52/53.

8 Besonders übel ist, wenn es bei Trude Maurer, Autorin in einem Band über den Novemberpogrom 1938 heißt: *„Sollte er wirklich im Krieg nicht umgekommen sein, so hätte gerade **dieser eine Jude, der tatsächlich schuldig war**, den Mord an den Juden unversehrt überlebt."* (Trude Maurer, Abschiebung und Attentat, Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht", in: Walter H. Pehle (Hrsg), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, Frankfurt/Main 1988, S. 71.)

9 So heißt es in einer Instruktion für die Nazi-Presse vom 7.11.1938: *„In eigenen Kommentaren ist darauf hinzuweisen, daß das Attentat des Juden die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland haben muß, und zwar auch für die ausländischen Juden in Deutschland. In Ausdrücken, die der Empörung des deutschen Volkes entsprechen, kann festgestellt werden, daß die jüdische Emigrantenclique, die schon Frankfurter den Revolver in die Hand drückte, auch verantwortlich für dieses Verbrechen sei."* (Walter H. Pehle (Hrsg), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, Frankfurt/M 1988, S. 15.)

10 Robert Gellately, Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft, Paderborn 1993, S. 139

11 Relativ genaue Informationen über die Beteiligung von Teilen der werktätigen Bevölkerung stammen aus Gerichtsurteilen in den ersten Nachkriegsjahren, wenngleich diese Urteile nur einen kleinen Ausschnitt der begangenen Verbrechen zeigen. (Wolf-Arno Kropat: Kristallnacht in Hessen, Wiesbaden 1988, S. 66 f.)

12 Angeführt in Salomon Korns Rede zur 60. Wiederkehr des 9. November 1938, Frankfurter Rundschau, 10 11. 1998.

13 Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, Frankfurt/Main 1988, S.98.

14 Herbert Schultheis, „Die Reichskristallnacht in Deutschland", Bad Neustadt an der Saale 1985, S. 126.

15 ebenda, S. 154.

16 ebenda, S. 137.

17 ebenda, S. 301.

18 ebenda, S. 259.

19 Hans-Jürgen Döscher, Reichskristallnacht, 1988, Frankfurt/Main, Berlin, S.98.

20 ebenda, S.99.

21 Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, 1988, Frankfurt/Main, S. 88.

22 Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden – Die Jahre der Verfolgung 1933 – 1939, München 1998, S. 291.

23 Der Judenpogrom 1938 - Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, 1988, Frankfurt/Main, S.24.

24 ebenda.

25 Herbert Schultheis „Die Reichskristallnacht in Deutschland", Bad Neustadt an der Saale, S. 328.

26 Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, 1988, Frankfurt/Main, S.98.

27 Enzyklopädie des Holocaust, Band III, München-Zürich, S. 1208.

28 Die Reichskristallnacht – Eine Arbeitshilfe für Unterricht und Gemeindearbeit, Heppenheim 1988, S. 49.

29 Walter H. Pehle (Hrsg), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, Frankfurt/M 1988, S. 39/40.

30 Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, Frankfurt/Main 1988, S. 92.

31 ebenda, S. 98.

32 Hermann Graml, Reichskristallnacht – Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988, S. 32.

33 Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, 1988, Frankfurt/Main, S. 104.

34 ebenda, S.96.

35 Inge Deutschkron, Ich trug den gelben Stern, München 1986, S. 34.

36 Wolf-Arno Kropat, Kristallnacht in Hessen, Wiesbaden 1988, S. 109.

37 ebenda, S. 116.

38 ebenda, S. 133.

39 Walter H. Pehle (Hrsg), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, Frankfurt/Maiin 1988, S. 114/115.

40 Siehe z. B. das geheime Fernschreiben mit detaillierten Instruktionen an alle Staatspolizei(leit)stellen, das der Gestapo-Chef Müller um Mitternacht herausgab sowie das Fernschreiben mit präzisen Anweisungen für die Durchführung des Pogroms, das der Chef der Sicherheitspolizei Heydrich um 1 Uhr 20 an alle *Staatspolizei(leit)stellen schickte. Beide Dokumente sind* abgedruckt in Wolf-Arno Kropat: Kristallnacht in Hessen, Wiesbaden 1988, S. 74-76.

41 Zahlenangabe nach K. Pätzold/Irene Runge: Kristallnacht – Zum Pogrom 1938, Köln 1988, S. 65.

42 Paul Merker, „Das Dritte Reich und sein Ende", Mexico 1945, Nachdruck: Frankfurt/Main 1972, S. 55.

43 Von den 1938 in Deutschland (also ohne das im März 1938 annektierte Österreich und ohne die im Oktober 1938 annektierten Gebiete der Tschechoslowakei) lebenden ca. 350.000 bis 365.000 Jüdinnen und Juden lebten über 65 % in sieben Großstadtgemeinden konzentriert, ca. 40 % allein in Berlin.

44 Siehe Wolf-Arno Kropat: Kristallnacht in Hessen, Wiesbaden 1988, S. 68.

45 Aus Hessen sind einige Fälle solcher direkten Nazi-Mobilisierungen der werktätigen Massen, ja sogar von Kindern zur Teilnahme am Pogrom dokumentiert. Einige Beispiele sollen hier angeführt werden:

- In Wölfersheim wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter des örtlichen Braunkohlenkraftwerkes, der „Hefrag" mobilisiert.

- In Griesheim bei Darmstadt führten die beiden Chefs einer Firma Müller zwei Dutzend Angestellte zum Kaufhaus Löb, um dort gemeinsam Fensterscheiben einzuwerfen und gegen den jüdischen Inhaber vorzugehen.

- Der Nazi-Ortsgruppenleiter von Treysa mobilisierte in der Stadtschule mit Einwilligung des Rektors 40 bis 50 Schülerinnen und Schüler im Alter von 8 bis 14 Jahren zur Durchführung der „Judenaktion. Auf dem Schulhof gab er ihnen Anweisungen darüber gegen wen und wie die Ausschreitungen vor sich gehen sollen. Dann werden die Kinder zu Häusern und Geschäften von Jüdinnen und Juden sowie zur Synagoge geführt, an deren Zerstörung sie sich beteiligten. (Wolf-Arno Kropat, Kristallnacht in Hessen, Wiesbaden 1988, S. 67/68)

45a Wolfgang Wippermann, Das Leben in Frankfurt zur NS-Zeit, Band I, Frankfurt 1986, S.107.

46 Walter H. Pehle (Hrsg), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, Frankfurt/Main 1988, S. 42 – 43.

47 Klaus Drobisch, Widerstand in Buchenwald, Frankfurt/Main 1985, S.30 und 32, Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, 1988, Frankfurt/Main, S. 175.

47a Hans-Jürgen Döscher, „Reichskristallnacht", Die Novemberprogrome 1938, Berlin 1988, S. 110.

48 Enzyklopädie des Holocaust, Band III, München-Zürich, S. 1208 bzw. Rita Thalmann/Emmanuel Feinermann: Die Kristallnacht, Frankfurt/M. 1988, S. 187.

49 Hitler z. B. äußerte bereits 1919, daß nach Einführung einer „Fremdengesetzgebung" das Ziel eines „Antisemitismus der Vernunft" aber „unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein" müsse. In einer ersten großen Rede zu dem Thema „Warum wir gegen die Juden sind", die er am 13. August 1920 bereits als Propagandist der NSDAP hielt, sprach er ganz ähnlich von seinem „wissenschaftlichen Antisemitismus." (Zitiert nach Hermann Graml: Reichskristallnacht – Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988, S.94)

50 Obwohl es um antisemitische Terroraktionen in ganz Deutschland ging, werden diese in der bürgerlichen Literatur oft verharmlosend als „Kurfürstendamm-Krawalle" bezeichnet (z.B. in: Avraham Barkai: Vom Boykott zur „Entjudung" – Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943, Frankfurt/Main 1987, S. 67).

51 Zitiert nach: Walter H. Pehle (Hrsg), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, Frankfurt/M 1988, S. 105.

52 Kurt Pätzold/Irene Runge, Kristallnacht – Zum Pogrom 1938, Köln 1988, S. 245.

53 Walter H. Pehle (Hrsg), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, Frankfurt/Main 1988, S. 32.

54 Zitiert nach Hermann Graml, Reichskristallnacht – Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988, S.177.

55 Walter H. Pehle (Hrsg), Der Judenpogrom 1938 – Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, Frankfurt/M 1988, S. 18.

56 Eben vor dieser Gefahr warnte auch Stalin im Jahr 1931, als er den Antisemitismus als „extreme Form des Rassenchauvinismus" charakterisierte und erklärte:

„Der Antisemitismus dient den Ausbeutern als Blitzableiter, der die Schläge der Werktätigen vom Kapitalismus ablenken soll. Der Antisemitismus ist eine Gefahr für die Werktätigen, denn er ist ein Irrweg, der sie vom rechten Wege abbringt und sie in den Dschungel führt." (Stalin, „Über den Antisemitismus", 1931, Werke Band 13, S.26)

57 Paul Merker, „Das Dritte Reich und sein Ende", Mexico 1945, Nachdruck: Frankfurt/Main 1972, S. 47.

58 ebenda, S. 47.

59 Der Zweite Weltkrieg begann im Grunde bereits vor dem Überfall auf Polen, durch die Kriegsaggressionen der italienischen Faschisten in Abessinien, durch die Militärinterventionen der deutschen und italienischen Imperialisten in Spanien, durch den Aggressionskrieg der japanischen Imperialisten in China.

60 Die grundlegende Position von „Gegen die Strömung" zur Mitschuld ist enthalten in „Rot Front" Nr. 1, Januar 1996, S. 91 – 95.

61 Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrekker, Berlin 1996, S. 131.

62 A. Heusler, T. Weger, „Kristallnacht" – Gewalt gegen die Münchner Juden im November 1938, München 1998, S. 153/154.

63 Andreas Heusler/Tobias Weger, „Kristallnacht" - Gewalt gegen die Münchner Juden im November 1938, München 1998, S.151

64 Wolf-Arno Kropat, Kristallnacht in Hessen, Wiesbaden 1988, S.85

65 Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit des Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S.43/44

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mitttwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für

Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

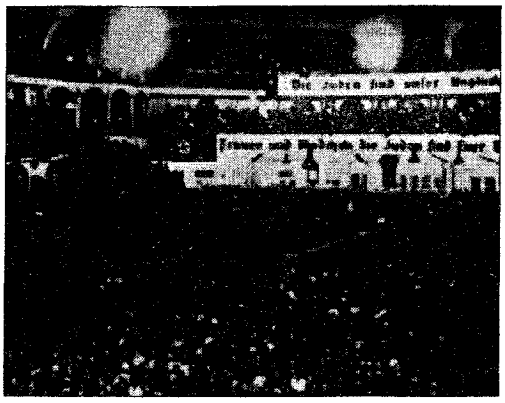
GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Einschnitte und Phasen des mörderischen antisemitischen Terrors der Nazifaschisten

Um den Novemberpogrom besser einschätzen und einordnen zu können, soll hier zunächst wenigstens ein kurzer Überblick über Einschnitte und Phasen der antisemitischen Politik der Nazifaschisten gegeben werden. Wir betonen von vornherein, daß es eine unumgänglich wichtige Aufgabe ist, die Gesamtheit der Verbrechen des Völkermords an den Jüdinnen und Juden und an den Sinti und Roma sowie der Ausrottungspolitik vor allem auch gegen die slawischen Völker insgesamt und in den einzelnen Ländern sehr genau zu darzustellen. Das Wissen darum in kompakter Form ist wichtig für alle Genossinnen und Genossen, um im ideologischen Kampf gegen die Vertuschung dieser Verbrechen in jeder Situation bestehen und die Offensive ergreifen zu können.

■ Nachdem 1933 die deutschen Imperialisten die Hebel der Macht in die Hände der Nazis gelegt hatten, begann in Nazi-Deutschland sofort die Diskriminierung, Terrorisierung und Isolierung der Jüdinnen und Juden. Der antisemitische Terror in Nazi-Deutschland reichte schon direkt nach dem Januar 1933 von antisemitischen Gesetzen, Razzien und Überfällen der SA, über verbale Beleidigungen und Drohungen durch z.B. antisemitische öffentliche Schilder, antisemitische Hetze in der gesamten Nazi-Presse bis zu massenhaften körperlichen Angriffen, Schändung von jüdischen Friedhöfen und Synagogen.



Antisemitische Massenveranstaltung in Nazideutschland unter der antisemitischen Parole „Die Juden sind unser Unglück!", 1935

Bereits am 1. April 1933 wurde in Nazi-Deutschland der staatlich organisierte Boykott von Unternehmen der Jüdinnen und Juden mit massenhafter Unterstützung von Teilen der deutschen Bevölkerung unter dem öffentlichen antisemitischen Aufruf „Die Juden sind unser Unglück! Kauft nicht bei Juden!" durchgeführt. Am 7. April 1933 erließen die Nazis das „Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", welches die „nichtarischen" Beamten (mit einigen Ausnahmen bis 1935) ausschaltete.

■ Ein wichtiger Einschnitt bei der Verschärfung des antisemitischen Nazi-Terrors waren die antisemitisch-rassistischen „Nürnberger Gesetze" von 1935 („Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen und artverwandten Blutes", „Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutscher oder artverwandten Blutes sind verboten", ebenso „außerehelicher Verkehr"). Vorausgegangen waren den „Nürnberger Gesetzen" eine antisemitische Offensive, mit antisemitischen Massenkundgebungen und -demonstrationen von zehntausenden, ja hundertausenden Teilnehmern, massenhaften Boykotten von jüdischen Unternehmungen, einer erneuten Welle von Schändungen jüdischer Friedhöfe und Synagogen. Insgesamt wurde in der Phase von 1935 bis zum Novemberpogrom 1938 der staatliche Nazi-Terror gegen die Jüdinnen und Juden massiv verstärkt. Die „Arisierung", d.h. der Raub des Besitzes von Jüdinnen und Juden wurde rigoros vorangetrieben. Gleichzeitig wurden immer mehr Jüdinnen und Juden zur Flucht gezwungen.[1]

■ 1938 wurde der antisemitische Nazi-Terror weiter verschärft. Eine neue Welle antisemitischer Gesetze wurde Anfang 1938 verabschiedet (insgesamt verabschiedeten die Nazis über 2000 antisemitische Gesetze von 1933 bis 1945!), worin praktisch die vollständige „Ausschaltung" der Jüdinnen und Juden aus dem wirtschaftlichen und sozialen Leben in Deutschland, die weitgehende Vollendung des Raubs am Besitz der Jüdinnen und Juden beschlossen wurde. Im Sommer 1938 werden neue Boykotte und antisemitische Kennzeichnungen jüdischer Geschäfte durchgeführt, jüdische Geschäfte weden landesweit geplündert und zerstört, allein in Berlin werden im Juni 1500 Juden verhaftet und in die Nazi-KZs verschleppt, allein in Sachsen werden 1350 antisemitische Veranstaltungen abgehalten.[2]

■ Die Deportation der 17.000 Juden und Jüdinnen mit polnischem Paß aus Deutschland nach Polen im Oktober 1938, das Nazi-Massaker am 9./10. November 1938 und die Verschleppung von 30.000 jüdischen Menschen in die Nazi-KZs waren weitere Einschnitte des antisemitischen Terrors der Nazifaschisten.

Antis[illegible]
der Dr[illegible]

Direkt nach dem Novemberpogrom 1938 drohten die Nazi-Führer öffentlich mit der Vernichtung der Juden und Jüdinnen. Das „Schwarze Korps", eine Zeitung der SS, verkündete öffentlich mit Bezug auf eine Sitzung der führenden Nazi-Größen vom 12. November 1938, also zwei Tage nach dem Novemberpogrom, das *„Ende des Judentums in Deutschland, seine restlose Vernichtung"*. Am 30. Januar 1939 erklärte Hitler in einer öffentlichen Reichstagsrede vor aller Augen, die im Radio übertragen wurde, im „Völkischen Beobachter" abgedruckt und auch als Sonderdruck verteilt wurde, *„die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa"* in einem neuen Weltkrieg![3]

■ Der Zweite Weltkrieg bedeutete einen tiefgehenden Einschnitt des antisemitischen Terrors der Nazifaschisten. Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann die Verwirklichung der nazistischen Drohungen, die massenhafte physische Vernichtung von „Fremdrassigen" und „rassisch Minderwertigen". Den Anfang machte die Ermordung zehntausender bei der sogenannten „Euthanasie"-Aktion ab Januar 1940 sowie die Massenerschießungen in Polen vom Herbst 1939 bis Frühjahr 1940, bei denen zehntausende Jüdinnen und Juden, Polinnen und Polen in Wäldern, Kiesgruben usw. durch Einsatzkommandos erschossen wurden. In dieser Phase kam es auch bereits zu groß angelegten, auf bestialische Weise durchgeführten Deportationen von Jüdinnen und Juden nach Polen, das von den Nazis als „Generalgouvernement" bezeichnet wurde. Die systematische Deportation der jüdischen Bevölkerung aus ganz Europa in von den Nazis errichteten Ghettos war Voraussetzung für den staatlich angeordneten und auf lange Sicht geplanten, industriell organisierten, bürokratisch geregelten und mit preußischer Mentalität durchgeführten Völkermord an der jüdischen Bevölkerung Europas.

■ Mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 begann zugleich der Massenmord an den Jüdinnen und Juden der UdSSR. Die „Einsatzgruppen" und Polizeieinheiten durchkämmten systematisch die sowjetischen Städte und Dörfer und ermordeten bis 1943 über 1,5 Millionen Juden und Jüdinnen, Frauen, Kinder, Männer, Kranke und Alte. Die Strategie der Vernichtung aller Jüdinnen und Juden im gesamten Herrschaftsbereich der Nazis führte vor allem ab der Nazi-Ministerialbesprechung am 20. Januar 1942 („Wannseekonferenz") über die „Endlösung der Judenfrage" zum staatlich durchorganisierten industriellen Völkermord an mehreren Millionen Jüdinnen und Juden, in den Nazi-Vernichtungslagern Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Belzec, Majdanek-Lublin und Chelmno.[4]

---

1 Bis Anfang 1938 waren von den zirka 500.000 im Jahr 1933 in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden zirka ein Drittel aus Deutschland vertrieben worden.

2 Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, 1988, Frankfurt/Main, S. 17, Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker, Berlin 1996, S. 127.

3 „Das Schwarze Korps", 24.11.1938, nach: Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker, Berlin 1996, S. 177/178. So verkündete Hitler am 30. Januar 1939 vor dem Reichstag in einer zentralen und längeren Passage: *„Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa."* (Zitiert nach: Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker, Berlin 1996, S. 178).

4 Siehe dazu genauer: „Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus", Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1998, S. 32ff.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

DOKUMENTE UND KRITIK

● **Die Erklärung des Zentralkomitees der KPD „Gegen die Schmach der Judenpogrome!“ vom November 1938 – mit kritischer Einschätzung**

● **Die 1893 verabschiedete Resolution der revolutionären deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus – mit kritischer Einschätzung**

● **Kritische Einschätzung der Rede August Bebels gegen den Antisemitismus von 1893**

Eine Beilage zum Flugblatt von „Gegen die Strömung“: **„Der Novemberpogrom 1938: Vor aller Augen!“,** (November/Dezember 1998)

Die Erklärung des Zentralkomitees der KPD „Gegen die Schmach der Judenpogrome!“vom November 1938 und eine kritische Einschätzung

Gegen die Schmach der Judenpogrome!

Erklärung des Zentralkomitees der KPD
November 1938

Getreu den stolzen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, im wahren Geiste der größten deutschen Dichter und Denker erhebt die Kommunistische Partei Deutschlands ihre Stimme gegen die Judenpogrome Hitlers, die vor der gesamten Menschheit die Ehre Deutschlands mit tiefster Schmach bedeckt haben.

Die Bestialitäten, die von kommandierten SS-Leuten in Zivil im Auftrage der Hitler, Himmler, Goebbels, Göring und Streicher an wehrlosen Juden begangen wurden, werden von allen anständigen Deutschen abgelehnt und verabscheut. Das deutsche Volk hat mit den Brandstiftern der Synagogen, und den Plünderern jüdischer Geschäfte und Wohnungen, mit den Peinigern und Mördern von jüdischen Mitbürgern nichts gemein. Die Kommunistische Partei Deutschlands begrüßt die tapfere ehrenvolle Haltung von vielen Deutschen aus allen Volksschichten, die unter den schwierigsten Verhältnissen versucht haben, ihren Protest gegen die Judenpogrome zum Ausdruck zu bringen und den verfolgten Juden menschliche Hilfe zu leisten.

Es ist eine elende Lüge, daß die Pogrome ein Ausbruch des Volkszornes gewesen seien. Sie wurden von langer Hand vorbereitet, befohlen und organisiert allein von den nationalsozialistischen Führern. Sie sollten in Wirklichkeit dazu dienen, den wachsenden Volkszorn gegen die nationalsozialistische Diktatur, gegen die wahnwitzige Ausplünderung des ganzen deutschen Volkes zu Gunsten der Rüstungsmillionäre und der korrupten Nazibonzen abzulenken auf Unschuldige, mit dem Ruf: „Der Jude ist schuld.“

Es sind aber nicht die Juden, die den Arbeitern die Löhne niedrig halten, den Achtstundentag vernichtet haben, die unerhörteste Ausbeutung betreiben, die Männer aus ihren Familien reißen und zur Zwangsarbeit für den Krieg verschicken. Es sind die **nationalsozialistischen Führer im Auftrage des Großkapitals,** die diese brutalste Unterdrückung und Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse betreiben.

Es sind **nicht die Juden,** die den deutschen Mittelständler mit riesigen Steuern und Abgaben vernichten, den Handwerker der notwendigsten Rohstoffe berauben, den Bauern unter die Fuchtel einer unkontrollierten korrupten Bürokratie gezwungen haben. Es sind die **nationalsozialistischen Führer als Agenten der Rüstungsgewinnler,** die diese Politik durchführen.

Es sind nicht die Juden, die heute in Deutschland jedes freie Wort verfolgen, Hunderttausende in die Konzentrationslager und Zuchthäuser sperren, Zehntausende von Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Katholiken, Evangelischen, Menschen aus allen Ständen und Schichten unseres Volkes gefoltert und ermordet haben. All diese Verbrechen wurden und werden von **den nationalsozialistischen Führern im Interesse einer hauchdünnen Oberschicht von Monopolkapitalisten** vollbracht. An der Ausraubung der Juden bereichern sich nur diese Rüstungsmillionäre und braunen Bonzen.

Es sind nicht die Juden, die durch eine fortgesetzte Politik der Gewalt und der erpresserischen Drohungen gegenüber den anderen Ländern den Frieden gefährden und Deutschland in einen neuen Weltkrieg treiben. Es sind

die Krupp, Thyssen, Mannesmann, Flick usw., die alten imperialistischen Verderber Deutschlands, die Kriegsgewinnler vom letzten Weltkrieg, die Inflationsgewinnler in der Republik, die Rüstungsgewinnler von heute,

in deren Auftrag Hitler bereit ist, das deutsche Volk wieder in einem Krieg hinzuopfern.

Immer in der Vergangenheit hat die Reaktion, wenn sie ein Volk aufs Schlimmste ausplünderte und die Erbitterung des Volkes fürchtete, sich der schmutzigen Mittel der Judenhetze und der Pogrome zum Zwecke der

Ablenkung von den wahren Schuldigen am Volkselend

bedient. So war es im Mittelalter. So war es unter dem russischen Zarismus. Schon vor 5o Jahren erhob der große deutsche Arbeiterführer **August Bebel** auf dem Kölner Parteitag der Sozialdemokratie seine Stimme gegen den Antisemitismus, der damals ein Mittel war, mit dem die Reaktion das Erwachen der deutschen Arbeiterbewegung zu hemmen versuchte. Lenin prangerte im zaristischen Rußland die Pogrome der Schwarzen Hundert als einen Teil des Bürgerkriegs der Herrschenden gegen die Werktätigen an. **Stalin** sagte im Jahre 1931: „Als konsequente Internationalisten sind die Kommunisten überzeugte und unversöhnliche Feinde des Antisemitismus."

Es ist kein Zufall, daß in der Sowjetunion, dem Lande des Sozialismus und des wahren Völkerfriedens, wo jede Ausbeutung beseitigt wurde, es keinen Antisemitismus gibt. Es ist ebensowenig ein Zufall, daß in Hitlerdeutschland, wo das ganze Volk von einem Klüngel von Großkapitalisten beherrscht wird, der Antisemitismus und das Judenpogrom eines der wichtigsten Mittel der Nazidiktatur zur Verteidigung der Ausbeuterherrschaft und der Inszenierung der Kriegshetze gegen andere Völker geworden ist.

Der Kampf gegen die Judenpogrome ist deshalb ein untrennbarer Teil des deutschen Freiheits- und Friedenskampfes gegen die n a t i o n a l s o z i a l i s t i s c h e Diktatur.

Daher muß dieser Kampf in vollster Solidarität mit unseren jüdischen Mitbürgern von all jenen geführt werden, die von der Hitlerdiktatur geknechtet werden! Denn die Brandstifter der Synagogen und zugleich die nationalsozialistischen Reichstagsbrandstifter von gestern, sie sind die Organisatoren der Überfälle heute auf die Bischofspaläste in Wien und München, morgen auf die Kirchen und Klöster, sie sind die Zerstörer der deutschen Gewerkschaftshäuser und die Bombenwerfer auf wehrlose Frauen und Kinder in spanischen Städten.

Die Kommunistische Partei wendet sich an alle Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Katholiken und Protestanten, an alle anständigen Deutschen mit dem Appell: **Helft unseren gequälten jüdischen Mitbürgern mit allen Mitteln!** Isoliert mit einem Wall der eisigen Verachtung das Pogromistengesindel von unserem Volke! Klärt die Rückständigen und Irregeführten, besonders die mißbrauchten Jugendlichen, die durch die nationalsozialistischen Methoden zur Bestialität erzogen werden sollen, über den wahren Sinn der Judenhetze auf!

Die **deutsche Arbeiterklasse** steht an erster Stelle im Kampf gegen die Judenverfolgungen. Gegen die mittelalterliche barbarische Rassenhetze bekennt sie sich mit allen aufrechten Deutschen zum Worte Johann Gottlieb **Fichtes** von „der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt".

Die Befreiung Deutschlands von der Schande der Judenpogrome wird zusammenfallen mit der Stunde der Befreiung des deutschen Volkes von der braunen Tyrannei. Deshalb müssen a l l e deutschen Menschen, die das Regiment der Unterdrückung und der Schändung des deutschen Namens ablehnen und es beseitigen wollen, ihren festen Zusammenhalt schaffen.

Solidarität im Mitgefühl und in der Hilfe für die jüdischen Volksgenossen, Solidarität mit den gehetzten Kommunisten und Sozialisten, Solidarität mit den bedrohten Katholiken, Solidarität aller untereinander im täglichen Kampf zur Unterhöhlung und zum Sturz des verhaßten Naziregimes durch die Schaffung der breitesten deutschen Volksfrontbewegung - das ist es, was die Stunde von allen friedens- und freiheitsliebenden Deutschen verlangt!

Einigkeit macht stark. Einigkeit wird den Sieg bringen!

Nieder mit der Hitlerdiktatur!

Es lebe der Friede!

Es lebe die Freiheit!

(Aus: „Rote Fahne", Sonderausgabe gegen Hitlers Judenpogrome, November 1938, Nr. 7, Hervorhebungen im Original)

Sonderausgabe gegen Hitlers Judenpogrome

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Genossen! Gib die «Rote Fahne» nur an zuverlässige Freunde weiter — Keine unkontrollierte Verbreitung. Sorge für mündliche Weitergabe des Inhalts.

Reichs-Ausgabe
Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Genossen! Alles für die Partei Wichtige, alle Erfahrungen, Deine Vorschläge und Kritiken teile der «Rote Fahne» mit; auf dem Wege über Dir bekannte Funktionäre oder über Auslandsverbindungen.

Jahrgang 1938. Nr. 7

Gegen die Schmach der Judenpogrome!

Erklärung des Zentralkomitees der KPD

Getreu den stolzen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, im wahren Geiste der größten deutschen Dichter und Denker, erhebt die Kommunistische Partei Deutschlands ihre Stimme gegen die Judenpogrome Hitlers, die vor der gesamten Menschheit die Ehre Deutschlands mit tiefster Schmach bedeckt haben.

Die Bestialitäten, die von kommandierten SS-Leuten in Zivil im Auftrage der Hitler, Himmler, Goebbels, Göring und Streicher an wehrlosen Juden begangen wurden, werden von allen anständigen Deutschen abgelehnt und verabscheut. Das deutsche Volk hat mit den Brandstiftern der Synagogen, mit den Plünderern jüdischer Geschäfte und Wohnungen, mit den Peinigern und Mördern von jüdischen Mitbürgern nichts gemein. Die Kommunistische Partei Deutschlands begrüßt die tapfere ehrenvolle Haltung von vielen Deutschen aus allen Volksschichten, die unter den schwierigsten Verhältnissen versucht haben, ihren Protest gegen die Judenpogrome zum Ausdruck zu bringen und den verfolgten Juden menschliche Hilfe zu leisten!

Es ist eine elende Lüge, dass die Pogrome ein «Ausbruch des Volkszornes» gewesen seien. Sie wurden von langer Hand vorbereitet, befohlen und organisiert allein von den nationalsozialistischen Führern. Sie sollten in Wirklichkeit dazu dienen, den wachsenden Volkszorn gegen die nationalsozialistische Diktatur, gegen die wahnwitzige Ausplünderung des ganzen deutschen Volkes zu Gunsten der Rüstungsmillionäre und der korrupten Nazibonzen abzulenken auf Unschuldige, mit dem Ruf: «Der Jud ist schuld!»

Es sind aber nicht die Juden, die den Arbeitern die Löhne niedrig halten, den Achtstundentag vernichtet haben, die unerhörteste Ausbeutung betreiben, die Männer aus ihren Familien reissen und zur Zwangsarbeit für den Krieg verschicken. Es sind die **nationalsozialistischen Führer im Auftrage des Grosskapitals**, die diese brutalste Unterdrückung und Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse betreiben.

Es sind nicht *die Juden*, die den deutschen Mittelständler mit riesigen Steuern und Abgaben vernichten, den Handwerker der notwendigsten Rohstoffe berauben, den Bauern unter die Fuchtel einer unkontrollierten korrupten Bürokratie gezwungen haben. Es sind die **nationalsozialistischen Führer als Agenten der Rüstungsgewinnler**, die diese Politik durchführen.

Es sind nicht die Juden, die heute in Deutschland jedes freie Wort verfolgen, Hunderttausende in die Konzentrationslager und Zuchthäuser sperren, Zehntausende von Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Katholiken, Evangelischen, Menschen aus allen Ständen und Schichten unseres Volkes gefoltert und ermordet haben. All diese Verbrechen wurden und werden *von den nationalsozialistischen Führern im Interesse einer bankbankrotten Oberschicht von Monopolkapitalisten* vollbracht. An der Ausraubung der Juden bereichern sich nur diese Rüstungsmillionäre und besonnen Bonzen.

Es sind nicht die Juden, die durch eine fortgesetzte Politik der Gewalt und der repressalischen Drohungen gegenüber den andern Ländern den Frieden gefährden und Deutschland in einen neuen Weltkrieg treiben. Es sind

die Krupp, Thyssen, Mannesmann, Flick usw., die alten imperialistischen Verderber Deutschlands, die Kriegsgewinnler vom letzten Weltkrieg, die Inflationsgewinnler in der Republik, die Rüstungsgewinnler von heute,

in deren Auftrag *Hitler bereit ist, das deutsche* Volk wieder in einem Krieg hinzuopfern.

Immer in der Vergangenheit hat die Reaktion, wenn sie ein Volk aufs Schlimmste ausplünderte und die Erbitterung des Volkes fürchtete, sich der schmutzigen Mittel der Judenhetze und der Pogrome zum Zwecke der

Ablenkung von den wahren Schuldigen am Volkselend

bedient. So war es im Mittelalter. So war es unter dem russischen Zarismus. Schon vor 50 Jahren erhob der grosse deutsche Arbeiterführer **August Bebel** auf dem Kölner Parteitag der Sozialdemokratie seine Stimme gegen den Antisemitismus, der damals ein Mittel war, mit dem die Reaktion das Erwachen der deutschen Arbeiterbewegung zu hemmen versuchte. **Lenin** prangerte im zaristischen Russland die Pogrome der Schwarzen Hundert als einen Teil des Bürgerkrieges der Herrschenden gegen die Werktätigen an. **Stalin** sagte im Jahre 1931: «Als konsequente Internationalisten sind die Kommunisten überzeugte und unversöhnliche Feinde des Antisemitismus.»

Es ist kein Zufall, dass in der **Sowjetunion**, dem Lande des Sozialismus, und des wahren Völkerfriedens, wo jede Ausbeutung beseitigt wurde, es keinen Antisemitismus gibt. Es ist ebensowenig ein Zufall, dass in Hitlerdeutschland, wo das ganze Volk von einem Klüngel von Grosskapitalisten beherrscht wird, der Antisemitismus und das Judenpogrom eines der wichtigsten Mittel der Nazidiktatur zur Verteidigung der Ausbeuterherrschaft und zur Internierung der Kriegshetze gegen andere Völker geworden ist.

Der Kampf gegen die Judenpogrome ist deshalb ein untrennbarer Teil des deutschen Freiheits- und Friedenskampfes gegen die nationalsozialistische Diktatur.

Daher muss dieser Kampf in vollster Solidarität mit unsern jüdischen Mitbürgern von all jenen geführt werden, die von der Hitlerdiktatur geknechtet werden! Denn die Brandstifter der Synagogen sind zugleich die nationalsozialistischen Reichstagsbrandstifter von gestern, sie sind die Organisatoren der Ueberfälle heute auf die Bischofspaläste in Wien und München, morgen auf die Kirchen und Klöster; sie sind die Zerstörer der deutschen Gewerkschaftshäuser und die Bombenwerfer auf wehrlose Frauen und Kinder in spanischen Städten.

Die Kommunistische Partei wendet sich an alle Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Katholiken und Protestanten, an alle anständigen und ehrbewussten Deutschen mit dem Appell: **Helft unseren gequälten jüdischen Mitbürgern mit allen Mitteln!** Isoliert sie mit einem Wall der eisigen Verachtung das Pogromsgesindel von unserem Volke! Klärt die Rückständigen und Irregeführten, besonders die Missbrauchten Jugendlichen, die durch die nationalsozialistischen Methoden zur Bestialität erzogen werden sollen, über den wahren Sinn der Judenhetze auf!

Die **deutsche Arbeiterklasse** steht an erster Stelle im Kampf gegen die Judenverfolgungen. Gegen die mittelalterliche barbarische Rassenhetze bekennt sie sich mit allen aufrechten Deutschen zum Worte Johann Gottlieb **Fichtes** von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.

Die Befreiung Deutschlands von der Schande der Judenpogrome wird zusammenfallen mit der Stunde der Befreiung des deutschen Volkes von der braunen Tyrannei. Deshalb müssen alle deutschen Menschen, die das Regiment der Unterdrückung und der Schändung des deutschen Namens ablehnen und es beseitigen wollen, ihren festen Zusammenhalt schaffen.

Solidarität im Mitgefühl und in der Hilfe für die jüdischen Volksgenossen, Solidarität mit den gehetzten Kommunisten und Sozialisten, Solidarität mit den bedrohten Katholiken, Solidarität aller untereinander im täglichen Kampf zur Unterhöhlung und zum Sturz des verhassten Naziregimes durch die Schaffung der breitesten deutschen Volksfrontbewegung — das ist es, was die Stunde von allen friedens- und freiheitliebenden Deutschen verlangt!

Einigkeit macht stark. Einigkeit wird den Sieg bringen!

Nieder mit der Hitlerdiktatur!

Es lebe der Friede!

Es lebe die Freiheit!

November 1938

Eine kritische Einschätzung der Erklärung des ZK der KPD

Die 1938 nach dem Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung[1] abgegebene Erklärung des ZK der KPD enthält zweifellos einen Doppelcharakter. Einerseits wird unmißverständlich das Pogrom verurteilt und *„Solidarität im Mitgefühl und in der Hilfe für die jüdischen Volksgenossen"* gefordert (wobei in der Übernahme der nazistischen Wortprägung „Volksgenosse" deutlich wird, wie weitgehend das ZK der KPD die „Lingua Tertii Imperii" (LTI)[2], also die Sprache der Nazis, übernommen hatte!). Andererseits zeigt die Erklärung jedoch auch, daß eine grundlegende Fehleinschätzung der Situation in Nazideutschland das ZK der KPD bestimmt. Es entspricht dem Wesen auch einer solidarischen Kritik, daß zunächst mit aller Schärfe solche zentralen Fehler und auch weitreichende zweitrangige Fehler analysiert und herausgestellt werden müssen. Bevor dies Absatz für Absatz durchgeführt wird, soll jedoch auf drei zentrale Kernpunkte der Fehleinschätzung im Aufruf des ZK der KP eingegangen werden.

1.) Es heißt in Absatz 2: *„Das deutsche Volk hat mit den Brandstiftern der Synagogen und mit den Plünderungen jüdischer Geschäfte und Wohnungen, mit den Peinigern und Mördern von jüdischen Mitbürgern nichts gemein."* Richtig hätte es heißen müssen, daß die ehrlichen, Widerstand leistenden Kräfte des deutschen Volkes, wie gering sie 1938 auch waren, mit diesem Pogrom nichts zu tun hatten, daß die KPD die Solidarität dieser Deutschen aus allen Volksschichten selbstverständlich begrüßt und unterstützt. Die falsche Grundeinschätzung des ZK der KPD, die sich durch Vokabular und Gedankengang des ganzen Aufrufes zieht, zeigt die völlige Unterschätzung der ideologischen Ausbreitung des Nazismus in den Köpfen der Mehrheit des deutschen Volkes und unterschätzt auch die materielle Bestechungspolitik der Nazis, wenn es etwa im sechsten Absatz, letzter Satz, heißt: *„An der Aussaugung der Juden bereichern sich nur diese Rüstungsmillionäre und braune Bonzen."* Die Pogrome dienten auch gerade dazu, große Teile der Bevölkerung in verbrecherische Handlungen mit einzubinden, große Teile des deutschen Volkes an das nazistische System auf Gedeih und Verderb zu binden durch die Möglichkeit der Beteiligung an der „Arisierung", der „Schnäppchenjagd", also der Ausraubung jüdischer Bevölkerung. Dies wurde schon 1938 sichtbar, und in den Jahren bis 1945 (und auch nach 1945) völlig deutlich.

2.) In Zusammenhang mit diesem grundlegend falschen Gedankengang ergibt sich im dritten Absatz eine fatale Fehleinschätzung. Die Funktion des Antisemitismus als Blitzableiter, als „Ablenker" des wachsenden revolutionären Kampfes vor allem in einer revolutionären Situation wird auf die Situation von 1938 übertragen wenn es heißt, daß der Novemberpogrom dazu diente, *„den wachsenden Volkszorn gegen die nationalsozialistische Diktatur... abzulenken"*.

3.) Mit dieser Fehleinschätzung ist auch der Versuch einer gewissen Anbiederung an deutsch-nationale Gefühle breiter Teile der deutschen Bevölkerung verbunden. Es ist eben Nationalismus und keine legitime Taktik, schon im ersten Absatz, sozusagen als Generalmotiv, warum die KPD gegen den Pogrom Stellung nimmt, herauszustellen, daß nun *„die Ehre Deutschlands mit tiefster Schmach bedeckt"* sei. Entgegen anderer Abschnitte in dieser ZK-Erklärung wird mit diesem Einleitungssatz die realistische Darstellung verdeckt, daß der Pogrom in erster Linie die jüdischen Menschen in Deutschland betroffen hat. Das reaktionäre Konstrukt einer „Ehre Deutschlands" hätte vom

---

[1] Die antisemitischen Pogrome fanden im November 1938 nicht nur in Deutschland statt, sondern auch im von den Nazis besetzten Österreich und in den von den Nazis besetzten Gebieten der Tschechoslowakei. Die Analyse des Aufrufs des ZK der KPD beschränkt sich auf die Analyse des Pogroms innerhalb des „Deutschen Reiches" in den Grenzen vor 1938.

[2] Vgl. dazu die Analyse der Nazi-Sprache und Nazi-Begriffe in dem Buch „LTI" von Victor Klemperer, welches dieser 1946 als Mitglied der SED herausgegeben hat (Neuherausgabe Leipzig 1996).

kommunistischen Standpunkt aus gerade widerlegt, keinesfalls aber propagiert werden dürfen.

***

Die Betonung der *„stolzen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung"* - unabhängig von der Wortwahl „stolz" und der damit zusammenhängenden Problematik - ***im ersten Absatz*** ist sicherlich ein richtiger Ausgangspunkt. Dies ist die Tradition des Kampfes von Marx und Engels ***gegen den deutschen Nationalismus,*** den deutschen Nationalismus, der nicht nur widerlich, sonder ekelhaft[3] ist, die Tradition des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung in der internationalistischen Solidarität mit der Arbeiterklasse Frankreichs, die Tradition von Marx und Engels im Kampf gegen die Ausbeutung anderer Völker, die Tradition des Kampfes von Marx und Engels, von Bebel und Karl Liebknecht gegen den Antisemitismus.

Dieser erste Absatz verknüpft jedoch diese Tradition der deutschen Arbeiterbewegung mit dem *„wahren Geiste der größten deutschen Dichter und Denker"*. Diese Verknüpfung, offensichtlich auf ein breites Bündnis demokratischer Kräfte abzielend, ist besonders dort problematisch, wo diese großen deutschen Dichter und Denker, wie etwa Fichte, keinesfalls wirklich konsequent die „Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt", propagieren, sondern selbst antisemitische Stereotypen und antisemitische Aufrufe verbreitet haben. Schon kritisiert wurde am ersten Abschnitt, daß als erstes Motiv des reaktionären Begriffs der „Ehre Deutschlands" angeführt wurde, als Grund warum vom ZK der KPD gegen den Pogrom Stellung genommen wird.

Der erste Satz ***des zweiten Absatzes*** hebt die *„anständigen Deutschen"* hervor, - was auch immer der Begriff „anständige Deutsche" aussagen soll. Hier sind jene ehrlichen, moralisch integeren Deutschen gemeint, die es auch gab und die den Pogrom abgelehnt haben.

Schon der zweite Satz zeigt, daß diese einseitige Darstellung verallgemeinert wird, indem behauptet wird, *„das deutsche Volk hat mit den Brandstiftern ... nichts gemein"*. Die Verfasser des ZK waren sich wohl bewußt, daß dies eine unzulässige Verallgemeinerung ist, daß hier mehr der Wunsch als die Realität eine Rolle spielt. Dies wird deutlich, wenn in der Fortsetzung des Satzes abgeschwächt wird, *„die tapfere ehrenvolle Haltung von vielen Deutschen aus allen Volksschichten"*. Dabei wirft dieser Absatz selbstverständlich das Problem auf, ob es wirklich charakteristisch für die Situation 1938 war, daß ***viele*** Deutsche versucht haben *„ihren Protest gegen die Judenpogrome zum Ausdruck zu bringen"*. Auch das war leider mehr Ausdruck von Wunschdenken, das mit der Realität nicht übereinstimmte.

Im Bemühen, die nazistische Propaganda zu widerlegen, und unter richtiger Aufdeckung, daß der Pogrom von langer Hand von der nazistischen Führung vorbereitet, befohlen und organisiert wurde, übertreibt der Aufruf des ZK ***im dritten Absatz*** durch das Wörtchen „allein" in der zweiten Zeile des dritten Absatzes: *„Sie (die Pogrome, A.d.V.) wurden von langer Hand vorbereitet, befohlen und organisiert allein von den nationalsozialistischen Führern"*. Das grundlegende Problem, das sich insbesondere auf dem Land gezeigt hat, war, daß nicht nur die entscheidenden oberen Führer der Nazi-Diktatur diesen Pogrom vorbereitet haben, sondern Zehntausende, Hunderttausende von kleinen selbsternannten Nazigrößen in verschiedensten Dörfern und Stadtteilen der großen Städte systematisch diesen Pogrom durch alltägliche nazistische Handlungen zwischen 1933 und 1938 vorbereitet hatten und auch bei der Organisierung und Durchführung des Pogroms von 1938 eine wesentliche Rolle gespielt haben. So konnte es auch gelingen, nicht in den Nazi-Organisationen organisierte Teile der deutschen Bevölkerung bei Raubzügen durch Dörfer und Stadtteile gegen jüdische Geschäfte und jüdische Privatwohnungen zu beteiligen.

Im vierten, fünften und sechsten Absatz, die zusammen gehören, wird in einer ganz besonderen Form der Versuch unternommen, gegen die Ideologie des Antisemitismus die wahren

---

[3] ***„Wenn die nationale Borniertheit überall widerlich ist, so wird sie namentlich in Deutschland ekelhaft..."*** (Marx/Engels, „Die deutsche Ideologie", 1845, Werke Band 3, S. 459)

Schuldigen hervorzuheben und die Juden und Jüdinnen in Schutz zu nehmen.

Der Antisemitismus der Nazis hat ein gewisses System trotz allem Eklektizismus. Es gab bestimmte nazistische Anschuldigungen gegen die Juden, es gab bestimmte Nazi-Versprechungen, die sich angeblich erfüllen würden, wenn die Juden und Jüdinnen vertrieben, vernichtet sind.

Die Nazis hatten jedoch nie behauptet, daß die jüdische Bevölkerung *„die Männer aus ihren Familien reißen und zur Zwangsarbeit für den Krieg verschicken"*. Wenn das ZK hier betont, daß das nicht die Juden sind, widerlegt es nicht wirklich antisemitische Stereotypen, sondern versucht klarzumachen, was die Verbrechen des Nazifaschismus sind. So berechtigt diese Anklage in allen genannten Punkten ist, so problematisch ist, daß eigentlich verdeckt wird, daß eine systematische ideologische Offensive gegen antisemitische Stereotypen durch diese Methode nicht möglich ist.

Die Widerlegung des ZK der KPD, die sich zweifelsfrei moralisch berechtigt gegen den Antisemitismus wendet, verknüpft also in keinesfalls geschickter Weise die Widerlegung von Vorwürfen, die wirklich aus dem Arsenal des Antisemitismus stammten, mit der agitatorischen Figur, Anklagen gegen die Juden zurückzuweisen, die in Wirklichkeit nicht von den Nazis erhoben wurden, und nur dazu dienen, in indirekter Weise berechtigte Anklage gegen die Nazis zu erheben.

Im letzten Satz des sechsten Absatzes wird zudem, wie schon bei den grundlegenden Kritiken angesprochen, die Massenbasis des Nazifaschismus unterschätzt (*„An der Ausraubung der Juden bereichern sich die Rüstungsmillionäre und braunen Bonzen"*, *„hauchdünne Oberschicht von Monopolkapitalisten"*). ***Im siebten Absatz*** setzt sich diese Scheinwiderlegung antisemitischer Stereotypen in der Form der Anklage gegen die Nazis fort. In der letzten Zeile dieses Absatzes wird ein Stereotyp benutzt, die deutlich kritisiert werden muß: *„das deutsche Volk wieder in einem Krieg hinzuopfern"*. So richtig es ist, anzuprangern, daß das deutsche Volk zu Kriegshandlungen erzogen und teilweise auch gezwungen werden sollte, ist der christlich-mythologische Begriff de „Hinzuopferns" ein Zugeständnis an reaktionäres Vokabular, in dem zudem die Mitschuld des deutschen Volkes am drohenden Zweiten Weltkrieg sozusagen schon provisorisch ausgeschlossen wird. Die später die Theorie und Propaganda der SED weitgehend dominierende Phrase vom „deutschen Volk als Opfer des Nazifaschismus" hat hier auch begrifflich ihren Vorläufer.

Der achte und neunte Absatz ist richtig, unbestreitbar und auch wichtig. Die Ablenkung von den *„wahren Schuldigen am Volkselend"*, insbesondere im zaristischen Rußland, das war in der Tat eine wesentliche Funktion des Antisemitismus. Es ist auch richtig, daß August Bebel auf dem Kölner Parteitag der Sozialdemokratie, trotz aller Einschränkungen und aller Kritiken, die an dieser Rede vorgenommen werden müssen, die Stimme gegen den Antisemitismus für die deutsche Sozialdemokratie erhob. Von Gewicht ist ebenfalls, daß auf die Stellungnahme Stalins verwiesen wurde, daß die kommunistischen Kräfte unversöhnliche Feinde des Antisemitismus sind. (Es ist möglicherweise jedoch kein Zufall, daß der Zusatz Stalins, daß für Antisemiten in der Sowjetunion die Todesstrafe vorgesehen war, an dieser Stelle im Aufruf des ZK der KPD fehlt.)[4]

Die Vorstellung im neunten Absatz, daß es in der sozialistischen Sowjetunion keinerlei (!) Antisemitismus gebe, ist sicherlich falsch. Damit wird das Wesentliche an dieser Frage verwischt. Wesentlich für die sozialistische Sowjetunion war, daß wichtige ideologische Grundlagen des Antisemitismus wie z.B. die Volksverdummung ersetzt wurden durch Aufklärung, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ersetzt wurde durch die sozialistische Wirtschaftsordnung, so daß dem Antisemitismus grundlegend, an die Wurzel gehend

---

[4] Bei Stalin heißt es unmittelbar im Anschluß an die vom ZK der KPD zitierte Stelle weiter:
„In der UdSSR wird der Antisemitismus als eine der Sowjetordnung zutiefst feindliche Erscheinung vom Gesetz aufs strengste verfolgt. Aktive Antisemiten werden nach den Gesetzen der UdSSR mit dem Tode bestraft."
(Stalin, „Über den Antisemitismus", 1931, Werke Band 13, S. 26)

der Krieg erklärt werden konnte mit der Perspektive seiner vollständigen Vernichtung. Wenn es in der sozialistischen Sowjetunion keinen Antisemitismus mehr gegeben hätte, bleibt insbesondere auch unverständlich, warum dort noch der Antisemitismus bekämpft und unter Todesstrafe gestellt worden ist. Es waren eben auch 1938 noch Überreste des Antisemitismus vorhanden, gegen die der Kampf weitergeführt und verschärft werden mußte.

Im ***zehnten Absatz*** wird jedoch richtig und sehr wichtig, allerdings nicht weiter ausgebaut, darauf hingewiesen, daß der Novemberpogrom ein wichtiges Mittel der Nazis zur *„Inszenierung der Kriegshetze gegen andere Völker"* war.

Der *elfte Absatz* ist richtig, wenngleich auch der Begriff *„deutscher Freiheits- und Friedenskampf"* an anderer Stelle genauer zu diskutieren ist. So heißt es völlig zu recht im elften Absatz, daß der Kampf gegen den Pogrom Teil des Kampfs gegen die nazistische Diktatur ist.

Voller Kraft und sehr gewichtig ist ***im zwölften Absatz*** der Aufruf, daß der Kampf gegen die Nazi-Diktatur in *„vollster Solidarität mit unseren jüdischen Mitbürgern und von all jenen geführt werden muß, die von der Hitlerdiktatur geknechtet werden"*. Aber selbst in diesem so wichtigen und richtigen Satz wird sichtbar, daß das ZK der KPD von „Mitbürgern" spricht. Das ist eine Redewendung, in der deutlich wird, daß die Trennung von deutschem Volk und deutschen Juden, also eine der Stereotypen der deutsch-nationalen nazistischen Demagogie, in einem gewissen Maße übernommen und akzeptiert wurde.

In diesem zwölften Absatz wird ein weiterer taktischer Fehlgriff deutlich. Die Vorstellung, daß sich die Katholiken mit der jüdischen Bevölkerung solidarisieren, weil in Zukunft auch Kirchen und Klöster ähnlich wie die Synagogen angezündet würden, war unrealistisch und entsprach nicht dem engen Bündnis trotz einzelner Probleme, die zwischen der Nazidiktatur und dem evangelischen und katholischen Klerus geschlossen worden war, sowie insbesondere auch mit dem Vatikan.

Im ***dreizehnten Absatz*** wird zu Beginn mit tiefer Solidarität aufgerufen: *„Helft unseren gequälten jüdischen Mitbürgern mit allen Mitteln!"* Dieser Appell im ***dreizehnten Absatz***, so moralisch richtig er ist, enthält vom Vokabular wieder die schon kritisierte Formel vom „anständigen Deutschen" einerseits und den „jüdischen Mitbürgern" andererseits. Die im dreizehnten Absatz vorgeschlagene Methode der „eisigen Verachtung" angesichts von antisemitischem Mordterror drückt eher Hilflosigkeit als kommunistische Entschlossenheit aus. Die Methode der Aufklärung der Irregeführten, gegen die wirklich nichts einzuwenden ist, bleibt hier alleine stehen.

Die Notwendigkeit des massiven entschlossenen Kampfes auf Leben und Tod gegen die Nazi-Verbrecher, die in einem solchen Aufruf zwingend einen Platz gehabt haben müßte, existiert im ganzen Aufruf nicht.

Der ***vierzehnte Absatz*** formuliert pauschal und wiederum mehr den Wunsch als die Realität analysierend, *„die deutsche Arbeiterklasse steht an erster Stelle im Kampf gegen die Judenverfolgung"*. Dies stimmt insofern, daß bei den wenigen Kräften, die sich gegen die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung stellten, die kommunistischen Kräfte einen gewichtigen Platz einnahmen, die aber keinesfalls die deutsche Arbeiterklasse als ganzes im engen Sinne des Wortes repräsentierten.

Der im vierzehnten Absatz vorgenommene Versuch, deutsche Dichter und Denker ausgerechnet mit Gottlieb Fichte und nicht mit z.B. Lessing oder Heinrich Heine zu belegen, ist sicherlich Ausdruck dessen, daß das ZK der KPD sich noch nicht die Aufgabe gestellt hatte, die deutsche Ideologie in ihren Bestandteilen und die deutschen Dichter und Denker als Mitfabrikateure der deutschen Ideologie mit ihrem enthaltenen Antisemitismus zu analysieren. Gerade Fichte verbreitete eben auch eine Fülle von nationalistisch und antisemitisch gefärbten Aufrufen und Reden und keineswegs vor allem solche Thesen, wie sie das ZK der KPD hier zitiert.[5]

---

[5] Er schrieb z.B. 1845: *„Ihnen (den Juden und Jüdinnen, A.d.V) Bürgerrecht zu geben, dazu sehe ich wenigstens keine Mittel als das: in einer Nacht ihnen allen die Köpfe abzuschneiden und andere aufzusetzen, in denen*

Im ***fünfzehnten Absatz*** wird nicht die Perspektive des Bürgerkriegs sichtbar. Die „Stunde der Befreiung des deutschen Volkes" läßt vielmehr offensichtlich die Möglichkeit des Bürgerkriegs innerhalb Deutschlands 1938, die Möglichkeit des bewaffneten Kampfes eines Teils des deutschen Volkes gegen den nazistisch verseuchten und den Naziführern treu ergebenen anderen Teil des deutschen Volkes, bereits außer acht. Es ist eine brutale Ironie, daß in der Tat ein solcher Bürgerkrieg nicht stattfand und die „Stunde der Befreiung des deutschen Volkes" vom deutschen Volk weitgehend nicht als Befreiung empfunden wurde, daß die alliierten Armeen diese „Stunde der Befreiung" den deutschen Werktätigen „von außen" brachten.

Der zweite Teil des fünfzehnten Absatzes ist selbstverständlich in seiner Hauptrichtung, nämlich dem Aufruf zur Solidarität breiter Kreise der antinazistischen Kräfte, richtig, enthält jedoch wieder eine Stereotype, die zeigt, daß der deutsche Nationalismus als eine wesentliche Quelle des Nazismus nicht begriffen wurde. Es wird die Formel von der *„Schändung des deutschen Namens"* an dieser Stelle eingeführt, eine Formel, die ähnlich wie die „Ehre des deutschen Volkes" an den deutschen Nationalismus anknüpft, so als ginge es nicht um die Realität, in diesem Fall um den Nazi-Terror gegen die jüdische Bevölkerung im Herrschaftsbereich der Nazis, sondern um die Schändung eines sogenannten „deutschen Namen".

Die abschließende Zusammenfassung im ***sechzehnten Absatz*** enthält wiederum nicht den Aufruf zum Kampf auf Leben und Tod. *„Solidarität im Mitgefühl und in der Hilfe"* - so wichtig und richtig sie sind, das war angesichts der ungeheuerlichen Verbrechen zu wenig. Der wirkliche Weg zur Unterhöhlung und zum Sturz des verhaßten Naziregimes, der Weg des antinazistischen, bewaffneten Kampfes auf Leben und Tod, der angesichts dieser Verbrechen und der Dramatik der Situation hätte thematisiert werden müssen, wird zugunsten einer allgemein gehaltenen Formulierung nicht erwähnt.

Die abschließenden Losungen, die auch immer wieder im Text selbst als Kriterien einer antinazistischen Widerstandsbewegung gegen die Nazidiktatur hervorgehoben werden, nämlich „Friede und Freiheit", klammern den entscheidenden Punkt, nämlich demokratische Solidarität aus. Es wird deutlich, daß zu diesem Zeitpunkt der Kampf gegen die Nazidiktatur noch kein auf der Basis kommunistischer Propaganda ausgearbeitetes demokratisches Programm mit demokratischen Losungen für den bewaffneten Kampf gegen die Nazidiktatur zur Grundlage hatte.

★★★

Nach all diesen sehr gravierenden Kritiken am Aufruf des ZK der KPD Absatz für Absatz sei abschließend darauf hingewiesen, daß wir darauf bestehen, ***daß diese harte und rücksichtslose Kritik dennoch eine solidarische Kritik an jenen ist, die unter der Nazidiktatur diesen Aufruf verfaßten und in Deutschland verbreiteten; eine solidarische Kritik an jenen, die ihr Leben wagten, um angesichts keinesfalls nur der nazistischen Terrordiktatur, sondern auch der weit verbreiteten nazistischen Beeinflussung breiter Volksmassen auch durch ein Stückchen Selbstbetrug und Appell an das demokratische Gewissen von bestimmten Bevölkerungsteilen in Deutschland sich Hoffnung machten, den Kampf in Deutschland entfalten und vorantreiben zu können.***

Daß Solidarität und rücksichtslose Kritik sich nicht ausschließen, das wird vielleicht nirgends so dramatisch sichtbar wie an der notwendigen solidarischen und rücksichtslosen Kritik an diesem Aufruf des ZK der KPD von 1938.

---

auch nicht eine jüdische Idee steckt." (Fichte, Sämtliche Werke, Band 6, 1845, S. 149)

Die 1893 verabschiedete Resolution der revolutionären deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus und eine kritische Einschätzung

Resolution gegen den Antisemitismus (1893)

Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt finden und zum Teil durch diese Entwicklung dem wirtschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampfe unbequem wird: gegen das jüdische Ausbeutertum.

Dieser sein Ursprung zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit den wirtschaftlichen wie politischen Entwicklungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft in Widerspruch stehen, also *fortschrittsfeindlich* sind. Daher auch die Unterstützung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet.

Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeutertum muß notwendig *erfolglos* sein, weil die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, *sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt.*

Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei, ob Juden oder Christen seine Träger sind, *und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen*, indem sie deren Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aller Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende bereitet wird, *lehnt es die Sozialdemokratie ab*, ihre Kräfte im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos werdende Kämpfe gegen eine Erscheinung zu zersplittern, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt.

Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als *eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung*, die jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und *wider* ihren Willen schließlich *revolutionär* wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntnis kommen müssen, *daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem Elende befreien kann.*"

(Aus: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der SPD, abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, Hervorhebungen im Original)

Kritische Einschätzung der Resolution

Im 19. Jahrhundert gab es in den Gebieten, die ab 1870 zu Deutschland gehörten bzw. in Deutschland vor allem drei Einschnitte des erstarkenden Antisemitismus. 1819 begannen die sogenannten „Hepp-Hepp-Unruhen". Antisemitische Pogrome wurden in den meisten größeren Städten durchgeführt, antisemitisch aufgehetzte Massen zogen mit „Hepp-Hepp"-Schreien plündernd und zerstörend durch jüdische Wohnviertel. Viele Juden und Jüdinnen wurden mißhandelt, geprügelt und verfolgt. Ab 1880 trat die extrem antisemitische politische Partei Stoeckers, ein enger Vertrauter Bismarcks, auf, verbreitete in großem Ausmaß öffentlich Antisemitismus und zog in den Reichstag ein. Stoeckers Partei gewann einen großen Masseneinfluß. 1893 war ein neuer Höhepunkt des Antisemitismus in Deutschland erreicht. Die antisemitische Bewegung in Deutschland konnte sich auf Millionen Deutsche stützen, die sie unterstützten bzw. mit ihr sympathisierten. Antisemitische Hetze war allgegenwärtig.

Drei Jahre nach dem Brief von Engels „Über den Antisemitismus" von 1890, der angesichts des Wachstums antisemitischer politischer Organisationen und ihres Einflusses in Deutschland verfaßt und auszugsweise in der österreichischen „Arbeiterzeitung" veröffentlicht wurde, befaßte sich der Parteitag der SPD 1893 zum ersten Mal mit der Frage des Antisemitismus, den Engels in seinem Brief - der an anderer Stelle diskutiert werden muß - richtig als ***„nur reaktionär"*** bezeichnet hatte.[1]

Die hier vollständig abgedruckte Resolution der SPD von 1893 enthält fünf knappe Absätze, die zunächst für sich eingeschätzt und kritisiert werden sollen. Diese Resolution kann jedoch nur im Zusammenhang mit einer Einschätzung der diese Resolution begründenden Rede Bebels einerseits wirklich beurteilt werden.

1.) Positiv ist sicherlich, daß dem Antisemitismus - trotz aller Schwächen und Fehleinschätzungen - das erste Mal auf einem Parteitag der revolutionären deutschen Sozialdemokratie der Kampf angesagt wurde. Antisemitismus und Arbeiterbewegung - das verträgt sich nicht, ja im Gegenteil, die Forderungen des Antisemitismus sind *„fortschrittsfeindlich"*, der Antisemitismus hat einen *„reaktionären Charakter"* und erhält Unterstützung bei den Feinden der Arbeiterbewegung *„vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen"* (2. und 5. Absatz). Insofern trifft das Urteil von Engels zu, daß diese Resolution *„den Nagel auf den Kopf trifft"*.[2] Ganz gewiß hat diese Resolution durch ihre weite Verbreitung dazu beigetragen, daß die sozialdemokratisch geführte Arbeiterbewegung, wie aus der Praxis der SPD der 80er und 90er Jahre des letzten Jahrhunderts hervorgeht, den Antisemitismus wirklich bekämpft hat. Insofern hatte die KPD 1938 in ihrer ZK-Resolution das Recht und die Pflicht, sich auf die Tradition des Kampfes gegen den Antisemitismus des Kölner SPD-Parteitags von 1893 zu berufen.

2.) Die Resolution bringt dennoch - auch gegenüber der Rede Bebels auf diesem Parteitag - sehr deutlich die Mängel bei der Einschätzung des Antisemitismus in der deutschen Arbeiterbewegung zum Ausdruck. Wurde der Antisemitismus vergangener Jahrhunderte in der Rede Bebels noch als *„Judenfeindschaft"* eingeschätzt, so reduziert die Resolution den Antisemitismus der 80er und 90er Jahre des letzten Jahrhunderts auf einen Kampf bürgerlicher und kleinbürgerlicher Schichten *„gegen das jüdische Ausbeutertum"* (3. Absatz).

Im Zusammenhang mit dieser Verengung des Begriffs des Antisemitismus wird auch in unzulässig vereinfachender Weise nur die „Mißstimmung" *„gewisser bürgerlicher Schichten"* (1. Absatz), die durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt oder dem wirt-

[1] Brief von Engels an Isidor Ehrenfreund, Marx-Engels-Werke, Band 22, S. 49-51.

[2] Brief von Engels an August Bebel, 19.11.1892, Marx-Engels-Werke, Band 38, S. 518/519.

schaftlichen Untergang geweiht waren, als Ursprung des Antisemitismus angesehen. Der Antisemitismus wird sozusagen als falsches geistiges Produkt dieser Schichten betrachtet. Dabei wird ignoriert, daß der Antisemitismus nicht nur und nicht in erster Linie als Widerspiegelung ökonomischer Verhältnisse kleinbürgerlich-bürgerlicher Schichten, sondern vor allem als Kampfmittel der preußischen Reaktion gegen die marxistisch orientierte Arbeiterbewegung und insbesondere gegen ihren Einfluß bei den Mittelschichten entlarvt und bekämpft werden muß. Dieser Aspekt fehlt ebenso wie der Aspekt der Solidarität mit der werktätigen jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Dies ist kein Wunder, da die Resolution der SPD den Antisemitismus ja ausschließlich als gegen das *„jüdische Ausbeutertum"* gerichtet ansah!

3.) Der 2. Absatz stellt völlig zu Recht den fortschrittsfeindlichen, reaktionären Charakter (siehe auch 5. Absatz) des Antisemitismus heraus. Dagegen relativiert der 3. Absatz, von der falschen Definition des Antisemitismus ausgehend, in einer verqueren Logik den eigentlich notwendigen ***bedingungslosen*** Kampf der Arbeiterbewegung gegen den Antisemitismus.

Bei der Zerlegung der Argumentation dieses dritten Absatzes, - die Methode der „Kritik des Gothaer Programms" von Marx vor Augen - sticht zunächst hervor, daß die Begründung für sich genommen völlig richtig ist, aber nicht für das zu gebrauchen ist, wofür die Resolution sie gebraucht. Es ist ja zweifellos völlig richtig, daß die Ausbeutung *„keine spezielle jüdische"* ist, sondern der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt entspringt und mit ihr enden wird. Aber dies wird als Begründung verwendet für die These: *„Der einseitige(!!) Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeutertum muß notwendig erfolglos sein, weil..."*. Dieser Logik muß doppelt widersprochen werden.

Erstens ist der Kampf der Antisemiten ein Kampf gegen die Juden überhaupt und eben nicht nur gegen die jüdischen Ausbeuter. Zweitens, angenommen das Problem wäre wirklich, daß sich ein bestimmter Kampf einseitig nur gegen bestimmte Ausbeuter richtet, so wäre dies ein beschränkter, aber richtiger und zu unterstützender Kampf, der schließlich vertieft und erweitert werden müßte, der aber keinesfalls unbedingt kurzfristig erfolglos bleiben muß. Somit wird die Einschätzung des Antisemitismus als ***reaktionär*** aufgeweicht und auf das Niveau eines an sich zu unterstützenden Teilkampfs zum Beispiel der Textilarbeiter und -arbeiterinnen gegen die Textilkapitalisten gehoben, die natürlich auch lernen müssen, alle Kapitalisten und den Kapitalismus überhaupt zu bekämpfen und zu vernichten. Dies ist ein ***zentraler*** Fehler, eine fatale Fehleinschätzung, die sich gegen die zuvor aufgestellte richtige Gesamteinschätzung wendet, daß der Antisemitismus einen reaktionären Charakter hat.

Der 4. Absatz enthält dieselbe verquere Logik von Voraussetzung und Schlußfolgerung, eine nicht überzeugende, ja falsche Kausalität. Die Begründung, daß der Kapitalismus als Ganzes beendet werden muß, kann ja kein Argument gegen Teilkämpfe und Teilziele sein.

Der Antisemitismus wird auch hier als Art Reformismus dargestellt, der falsch und wirkungslos sei, weil er sich gegen einen Teil, nicht aber gegen das ganze System richte. Hiermit wird zwar scheinbar grundsätzlich der Antisemitismus abgelehnt, aber in Wirklichkeit die entscheidende Brücke gebaut, ihn **nicht** als durch und durch reaktionär anzusehen, sondern als richtigen ersten Schritt hin zum Sozialismus. So heißt es, daß die antisemitische Bewegung *„wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt"*, weil die aufgehetzten Schichten *„zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist"* (5. Absatz).

Somit hat sich die Resolution selbst eine gefährliche Fußangel gestellt, die die eigentlich eindeutige Frontstellung, daß die Sozialdemokratie den Antisemitismus bedingungslos wegen seines reaktionären Charakters bekämpft, wieder aufhebt, durch eine faule spontaneistische These (wie sie prinzipiell von Lenin in seiner Schrift „Was tun?" von 1902 kritisierte wurde), daß der Antisemitismus trotz seines reaktionären Charakters schließlich angeblich von selbst ***„revolutionär wirkt"***.

Kritische Einschätzung der Rede August Bebels gegen den Antisemitismus von 1893

Eine wenn auch nur kurze Betrachtung der diese Resolution der SPD begründenden Rede Bebels zeigt, daß die Kritik an der Resolution berechtigt ist, wenngleich Bebel in einigen Passagen hervorragende Aufklärungsarbeit über den Antisemitismus leistet.

● Zergliedert man die umfangreiche Rede Bebels, ergeben sich zusammenfassend folgende vier richtigen Ausgangspunkte:

1.) Bebel definiert - die Geschichte des Antisemitismus reflektierend - völlig klar und überzeugend den Antisemitismus als *„Feindschaft gegen die Juden mit dem Ziel ihrer Vernichtung oder wenigstens Vertreibung"*,[1] (S. 331, 3. Absatz) der ideologisch auch in der Feindschaft des Christentums gegenüber dem Judentum wurzelt. Dabei stellt Bebel auch die antisemitische Stereotype der christlich-antisemitischen Darstellung der „Kreuzigung Jesus" bloß.

2.) Bebel bleibt nicht bei allgemeinen Thesen stehen, sondern schildert die mittelalterlichen Pogrome gegen die Juden und Jüdinnen, wobei er klarmacht, daß diese Pogrome in ihrer Brutalität keineswegs mit der Verfolgung der Arbeiterbewegung in Deutschland während der Sozialistengesetze vergleichbar sind. Denn die jüdische Bevölkerung wurde *„beraubt, ausgeplündert, grausam mißhandelt und sehr oft ermordet"*, bei Pogromen *„betrug die Zahl der Opfer bis zu zehntausend"*. Bebel legt dar, daß es zwischen 1198 und 1331 allein 52 große Judenverfolgungen in deutschen Städten gegeben hat. (S. 333, 2. Absatz)

3.) Neben den gesellschaftlichen und geschichtlichen Klarstellungen des Antisemitismus spielt eine große Rolle auch die emotionale Hinwendung von Bebel, dem anerkannten Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie, zur jüdischen Bevölkerung, der er eine *„gewisse Bewunderung"* nicht verhehlen kann, weil sie *„trotz aller Verfolgung"* ihre Eigentümlichkeiten aufrechterhalten habe (ebenda).

Mit erstaunlicher Klarheit deutet Bebel an, daß es zwei Völker gibt, die trotz ständiger Verfolgung ihre Eigentümlichkeiten bewahrt haben: die jüdische Bevölkerung und die „Zigeuner", die Sinti und Roma (ebenda). Indem Bebel diesen beiden Gruppen im Namen der deutschen Arbeiterbewegung solchen Respekt zollt, schafft er einen wesentlichen, historisch zu nennenden Ausgangspunkt im Kampf gegen Antisemitismus und Antiziganismus, dessen Unterschätzung innerhalb der deutschen Arbeiterbwegung nicht hart genug kritisiert werden kann angesichts der antisemitisch-antiziganistischen industriellen Massenmorde des Nazifaschismus an 6 Millionen Juden und Jüdinnen, an 500.000 Sinti und Roma (Offensichtlich wird auch, wie nötig diese hervorragende Darstellung Bebels war, angesichts der Tatsache, daß die Zuhörer und Zuhörerinnen nicht wirklich verstanden hatten, daß Bebel es bitterernst meint und keine Späße treibt, wenn er seiner Bewunderung für Juden und „Zigeuner" in einem Atemzug zum Ausdruck bringt. Denn das Protokoll vermerkt an dieser Stelle unpassender Weise „Heiterkeit" (ebenda) im Publikum)

4.) Bebel lenkt den Blick auf Osteuropa und stellt eindeutig fest, daß dort der Antisemitismus sich gegen jüdische Werktätige richtet, was eigentlich ein wichtiger Schritt in die Richtung war, daß der Antisemitismus sich selbstverständlich nicht nur gegen „jüdische Ausbeuter", sondern gerade auch gegen die jüdischen Werktätigen richtet. Außerdem muß positiv vermerkt werden, daß nach einer Darstellung der schrittweisen Erringung bürgerlicher Rechte für die Juden bis 1871, wobei Bebel allerdings fälschlicher Weise die antisemitisch geprägten „Hepp-Hepp Unruhen" von 1819 ausklammert, die besonders aktive Rolle

[1] Im folgenden wird zitiert nach: August Bebel, Schriften 1862-1913, Band 1, Frankfurt/Main 1981. Die Seitenzahlen im Text beziehn sich auf diese Quelle.

jüdischer Revolutionäre in der Revolution von 1848 hervorgehoben wird. Das ist eigentlich der praktische Beweis, daß Juden und Jüdinnen in Deutschland nicht nur „Ausbeuter" waren. (S. 333ff)

Insbesondere diese vier grundlegenden Gesichtspunkte (wobei noch manche richtige Darstellung etwa der saufenden, deutschchauvinistischen Studenten gegenüber den vielleicht doch zu idealistisch dargestellten jüdischen Studenten erwähnt werden könnte, S. 339, 1. Absatz) erheben die Rede Bebels zu einer ersten, wenn sicherlich auch unzureichenden Kriegserklärung gegen den Antisemitismus, die die Resolution der SPD um einiges überragt.

● Doch die folgende in aller Rücksichtslosigkeit vorgetragene Kritik, die wiederum orientiert ist an der Methode, die Marx in der „Kritik am Gothaer Programm" vorgegeben hatte, zeigt den zwiespältigen Charakter dieser Rede von Bebel. Das ist keinesfalls ohne Zusammenhang mit der Tatsache, daß die KPD später unzureichend und falsch den Antisemitismus eingeschätzt und bekämpft hat.

1.) Der erste und grundlegende Fehler ist offensichtlich, daß - besonders absurd angesichts der weit fortgeschrittenen Integration der deutschen Jüdinnen und Juden, von Heine über Marx bis Paul Singer - von „den Juden" in Klischees gesprochen wird, die erschreckend und abstoßend zugleich sind. Bebel versucht diese von ihm selbst akzeptierten antisemitischen Klischees zu ***erklären*** und damit zu ***entschuldigen*** - obwohl und weil diese Klischees eben falsch sind, es also nichts zu erklären und zu entschuldigen gibt.

Bebel spricht von den Juden als einer *„semitischen Rasse"*(S. 332, 2. Absatz) und in bezug auf die Deutschen als angeblich *„ zwei in ihrem Charakter und ihrem ganzen Wesen grundverschiedenen Rassen"* (S. 333, 1. Absatz). Den im Antisemitismus des 19.Jahrhunderts schon klar enthaltenen ***Rassismus*** des Antisemitismus konnte Bebel so ganz und gar nicht entgegentreten, da er ihn - wenn auch nicht in der Bewertung - von der Voraussetzung hier akzeptierte. Er behauptet, daß die *„semitische Rasse unzweifelhaft stets eine große natürliche (!!) Anlage besessen"* habe. Wofür?... laut Bebel für den *„Handel"* (S. 332, 2. Absatz). Daß es sich nicht um „Natur" und „Rasse" handelt, sondern daß die jüdische Bevölkerung im Altertum aus anderen Gründen ein „Handelsvolk" wurde, bringt Bebel sich selbst widerlegend ebenfalls - ***ohne*** jedoch die falsche These von der angeblich *„natürlichen Anlage"* der *„semitischen Rasse"* aufzugeben.

2.) Antisemitische Stereotype, ja überhaupt die Struktur von Vorurteilen wird ***nicht*** aufgebrochen, ja im Gegenteil werden solche antisemitischen Vorurteile von Bebel selbst benutzt, wenngleich gewiß in anderem Kontext als bei den Antisemiten: *„Der Jude versteht zu rechnen"; „daß der (!!) Jude in der Art, wie er zu handeln versteht, den Christen meist überlegen ist"; „Kein Mensch riskiert mehr als die Juden"* (S. 335, 2. Absatz, S. 337, 2. Absatz).

Bebel geht zudem ohne Beweise und ohne den Versuch einer Beweisführung davon aus, daß beim ökonomischen Aufschwung nach 1871 die *„große Majorität"* der Juden und Jüdinnen im Vordergrund gestanden habe als handelstreibende und kapitalkräftige Leute, daß die Hauptbeschäftigung der 500.000 Juden und Jüdinnen in Deutschland der „Handel" sei, daß jüdische Händler bei der Agrarproduktion in weiten Teilen Deutschlands der *„entscheidende Faktor"* seien, daß *„fabrikmäßige Schuhmacherei"*, Textilfabriken *„ mehr oder weniger in den Händen von Juden"* seien. Die „Wucherer", die Beamten Geld leihen, seien *„wieder zum großen Teil Juden"*. (S. 336, 2. Absatz)

Auch wenn es um die Bauern geht, wird verabsolutiert und nicht die Realität dargestellt: *„Wer sind die Käufer? Die Juden? Wer leiht das Kapital? Juden. Da müssen antisemitische Erscheinungen zu Tage treten."* (ebenda, 4. Absatz)

In diesem „müssen" steckt mehr als die von Bebel nicht nachgewiesene und wohl auch nicht nachweisbare falsch pauschalisierende Darstellung. In diesem „müssen" steckt die falsche Grundvoraussetzung, als ob die Unterscheidung in Nichtjuden und Juden beim

Schuhmacher oder Textilfabrikant zwingend, logisch und plausibel sei. Der Kern des Problems ist doch, daß bereits das Kriterium „Wer ist jüdisch?" bei einer Statistik über „Wucherer", Textilfabrikanten oder Viehhändler antimarxistisch und reaktionär ist. Dieses Kriterium hätte in erster Linie in Frage gestellt und klar abgelehnt werden müssen. Sekundär ist demgegenüber, daß bei einer solchen selbst von Antisemiten vorgenommenen akribischen Zählung das von Bebel gemalte Bild nicht der Realität entspricht. Gegen antisemitische Klischees hätte ein realistisches Bild der Schichtung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland gezeichnet werden müssen.

Zu den traurigen Begleiterscheinungen dieser Rede gehören auch die sorgfältig verzeichnete „Heiterkeits"-Bekundungen der Parteitagsdelegierten, die in der Regel an unpassenden Stellen einsetzten. Diese sind teils von Bebel nicht gewollt (etwa bei der Bewunderung für die „Zigeuner"), teils von Bebel rhetorisch provoziert. Sollte wenigstens etwas dran sein an der These, daß der Humor ein Schlüssel zum Verständnis eines Menschen ist, dann war bei manchem Parteitagsdelegierten eine antisemitische Färbung vorhanden, wenn Bebels Erwähnung einer angeblich *„charakteristischen Nase"* bzw. *„daß man ihm gewissermaßen schon an der Nase ansieht, daß er ein Jude ist"* jeweils zur „Heiterkeit" Anlaß gab (S. 333, 1. Absatz).

3.) Die Rede von Bebel streift an einer Stelle das Phänomen, daß in Sachsen, wo gerade wenig Juden lebten, der Antisemitismus besonders ausgeprägt war. Hier wäre Gelegenheit gewesen, deutlich zu machen, daß ganz im Gegensatz zu vulgärmaterialistischen Erklärungen, der Antisemitismus nicht aus Erfahrungen mit Juden und Jüdinnen stammt, sondern von reaktionären Kräften geschürte Lügen über die Juden und Jüdinnen zum Inhalt und zur Grundvoraussetzung hat, Lügen die widerlegt und bekämpft und auch nicht im Ansatz akzeptiert werden dürfen.[2] Aber gerade das macht Bebel nicht. Er akzeptiert im Grunde, daß der Antisemitismus *„wider Willen revolutionär werden muß"*, (S. 341, letzter Absatz) nicht ideologisch und inhaltlich bekämpft werden könne, daß die Sozialdemokratie bei den antisemitisch beeinflußten Bevölkerungsschichten *„erst an die Reihe (kommt), wenn der Antisemitismus abgewirtschaftet hat".*[3] In diesem nicht sehr kämpferischen, auf Abwarten eingestellten Appell spricht Bebel, der Resolution der SPD entsprechend auch von der *„widerspruchsvollen Natur des Antisemitismus"* und geht damit einen Schritt zurück hinter Engels, der 1890 klar feststellte, daß ***der Antisemitismus „nur reaktionär"*** sein kann (S. 339, 2. Absatz).

☆☆☆

Die Beschäftigung mit der Analyse von Bebel kann in doppelter Hinsicht als Einstieg dienen. Als Ansatz, sich mit der Vorgeschichte des Antisemitismus vor dem Nazifaschismus genauer zu beschäftigen, Bebel auch mit den Hinweisen von Marx und Engels zu konfrontieren, gleichzeitig aber auch die gravierenden Fehler von Bebel als Ausgangspunkt für eine grundsätzliche Kritik der Haltung der KPD zum Antisemitismus zu begreifen.

---

[2] In der „Kommunistischen Internationale", dem theoretischen Organ der Komintern, wurde im September 1938, also noch vor dem antisemitischen Novemberpogrom von 1938, in einem Artikel gegen den Antisemitismus der Nazis eine solche falsche Herangehensweise, die auch im Aufruf des ZK der KPD zum Novemberpogrom zu finden ist, kritisiert:

„Statt entschieden und klar die Lügen der Nazis zu entlarven, beginnen manche Leute, die gar keine Antisemiten sind, gewisse Konzessionen zu machen. Statt zu zeigen, daß alle antisemitischen Behauptungen der Nazi in ihrem Wesen falsch und verlogen sind, beginnt man die eine oder die andere anzuerkennen, versucht sie nur in ihrem Ausmaße abzuschwächen und mit dem schwächlichen Argument zu spielen, es sei doch ‚nicht so arg', wie die Nazis es darstellen und man könnte deswegen nicht gleich ein ganzes Volk verurteilen." („Kommunistische Internationale", September 1938)

[3] Wilhelm Liebknecht, ein führender SPD-Kader, formulierte noch weitergehender, indem er sogar die „Erfolge" der Antisemiten „begrüßt":

„Ja, die Herren Antisemiten ackern und säen und wir Sozialdemokraten werden ernten. Ihre Erfolge sind uns also keineswegs unwillkommen." (Wilhelm Liebknecht, Rede über den Kölner Parteitag, Bielefeld 1893, S. 28)

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

Zwei Kritiken an der Beilage: DOKUMENTE UND KRITIK

Im folgenden drucken wir zwei aktuell bei uns eingegangene Kritiken ab. Über die Kritiken wird noch diskutiert...

Zur Diskussion gestellt:

Kritik 1: Zur kritischen Einschätzung der KPD-Erklärung von 1938 und der Resolution der deutschen Sozialdemokratie von 1893

(Beilage zum Flugblatt 11-12/98)

Meine Kritik setzt an den „drei zentralen Kernpunkte(n) der Fehleinschätzung im Aufruf des ZK der KPD" (S.6, Ende des 1. Absatzes) an, und zwar am ersten Kritikpunkt. Ich denke, daß mit der Feststellung,

> *„die falsche Grundeinschätzung des ZK der KPD" zeige die „völlige Unterschätzung der ideologischen Ausbreitung des Nazismus in den Köpfen der Mehrheit des. deutschen Volkes" (S.6' rechte Spalte oben)*

die Sache nicht getroffen wird.

Denn in der Tat konnten die 1938 immer noch heldenhaft kämpfenden Genossinnen und Genossen der KPD eine Tatsache gar nicht leugnen: Daß es ihrem ruhmreichen Widerstandskampf an Unterstützung mangelte, daß er eben kein breiteres Echo gefunden hatte bei den Werktätigen, den Arbeiterinnen und Arbeitern. Andererseits aber erlebten sie doch tagtäglich, daß neben den aktiven organisierten Naziverbrechern in der NSDAP' den Naziorganisationen und im Staatsapparat dafür eine breite Unterstützung „des deutschen Volkes" gab.

Ich will damit sagen, daß es sich meiner Meinung nach nicht um eine „Fehleinschätzung" handelte. Ich glaube, es handelte sich eher um ein „nicht sehen wollen" um eine Politik, „dem deutschen Volk" gut zureden zu wollen, um eine verfehlte Politik, den Werktätigen mit unverdienten „Komplimenten" die Chance geben zu wollen, sich gegen die aktiven Verbrecher zu stellen. Die aktive Unterstützung für die rassistischen und kriegstreiberische Politik durch die Millionenmassen war 1938 unübersehbar geworden.

Ich denke, es steckte dahinter eine falsche „Taktik" in der Agitation und Propaganda, vor denen Marx, Engels, Lenin und Stalin immer gewarnt haben: Kommunistische Agitation und Propaganda ist vor allem eine auf Tatsachen beruhende Propaganda, die jede Beschönigung der realen Schwierigkeiten, jede Schmeichelei der Massen ablehnt. Der Aufruf der KPD hat aber genau das nicht getan.

Kurz gesagt, ich halte es nicht für „Fehleinschätzungen", sondern wie es dann unter 3.) benannt ist, für eine „Anbiederung" (S.6 rechts unten) für „keine legitime Taktik", mit Nationalismus Propaganda treiben zu wollen. Das zieht sich durch den ganzen Aufruf hindurch, und gehört als Fazit oder als Einstieg zu der kritischen Einschätzung.

Kritik 2: Zur kritischen Einschätzung der KPD-Erklärung von 1938 und der Resolution der deutschen Sozialdemokratie von 1893

1. Zur kritischen Einschätzung der Erklärung des ZK der KPD vom November 1938

a) Bevor die KPD-Erklärung Absatz für Absatz auseinandergenommen und im Detail kritisiert wird, sind zunächst auf S.6 grundlegende Kritikpunkte daran angeführt. Im ersten Absatz auf S.6 wird dazu gesagt, daß

> *„eine grundlegende Fehleinschätzung der Situation in Nazideutschland das ZK der KPD bestimmte"*

und

> *„auf drei zentrale Kernpunkte der Fehleinschätzung im Aufruf des ZK der KP"*

eingegangen werden soll. Die Reduzierung auf die *„Fehleinschätzung"* als Ursache für eine solche KPD-Erklärung finde ich hier in der Einleitungspassage zu wohlwollend und auch nicht stimmig im Zusammenhang mit dem restlichen Text:

- Unter 3) auf S.6 wird ein meiner Ansicht nach viel gewichtigerer Punkt genannt, nämlich *„eine gewisse Anbiederung an deutsch-nationale Gefühle"* als *„illegitime Taktik"* der KPD, was mit Fehleinschätzung nichts mehr zu tun hat.
- Ob die unter 1) und 2) auf S.6 vermutete Fehleinschätzung bzw. Unterschätzung (Massenverankerung der Nazis, Antisemitismus als Blitzableiter) wirklich noch als Fehleinschätzung bezeichnet werden kann, erscheint mir nach Lesen des Flugblattes 11-12/98 recht zweifelhaft. Die Begriffe *„Wunschdenken"* (S.7, rechte Spalte, 2.Abs.) und *„Selbstbetrug"* (S.10, vorletzter Abs.) treffen es doch wohl besser.

Auch wenn Fehleinschätzung, falsche oder illegitime Taktik, Nationalismus, Selbstbetrug und Wunschdenken sich ja überhaupt nicht ausschließen, wird insgesamt nicht so klar, mit welcher Gewichtung oder Betonung GDS diese verschiedenartigen Fehler der KPD kritisiert.

b) Im Absatz „2.)" auf Seite 6 wird der von der KPD falsch dargestellten Funktion des Antisemitismus nichts richtiges entgegengesetzt. Hier fehlen die im Flugblatt herausgearbeiteten Punkte (Korrumpierung, sich in Bestialität „üben" usw.).

2. Zur kritischen Einschätzung der Resolution der deutschen Sozialdemokratie von 1893

Auf S.12, rechte Spalte, 1.Abs. wird behauptet, Engels hätte gesagt, daß diese Resolution *„den Nagel auf den Kopf trifft"*. Angesichts des Gesamtinhaltes der Resolution ruft dies doch Verblüffung hervor und man wirft unweigerlich einen Blick auf die Fußnote zu diesem Engels-Zitat. Dort wird auf einen Brief von Engels an Bebel von 1992 verwiesen, etwa ein Jahr vor Verabschiedung der Resolution. Handelt es sich hierbei nur um einen Druckfehler ? Ansonsten stellt sich die Frage, auf welche Resolution oder welchen Resolutionsentwurf sich Engels mit seinem positiven Urteil wirklich bezogen hat. Nur bei zweifelsfreiem Nachweis ist es zulässig, Engels hier so zu zitieren.

Broschüre des Buchladen G. Dimitroff

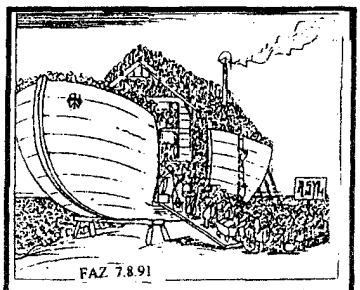
Zum Kampf gegen die Braune Pest

Dokumentation

Der Nazi-Pogrom in Hoyerswerda

von September 1991

Unter der Losung
"*Wiedervereinigung der deutschen Nation*" erreicht die nationalistisch geschürte Pogromstimmung einen Höhepunkt



Die Schüler Goebbels bei der Arbeit. Die bürgerlichen Medien bereiten die Pogromatmosphäre vor.

Gautreffen der Nazis der "Deutschen Alternative" in Hoyerswerda nach dem Pogrom

Aus dem Inhalt

- **Die chauvinistische u. rassistische Hetze trägt in Hoyerswerda ihre Früchte**
  Eine Chronologie des Pogroms vom September 1991
  Außerdem: Über die 'vergessenen' Pogrome vom 1. Mai u. 2. Oktober 1990
- **Staatsapparat und Nazis Hand in Hand**
  Nazis machen die Arbeit der westdeutschen Imperialisten, die selbst eine Politik der Abschreckung betreiben
- **Der Pogrom wird zum "*Normalfall*" erklärt**
  Wie bürgerliche Politiker und deutsche Behörden Nazis in Schutz nehmen
- **Protest, Widerstand und Solidaritätsaktionen mit den Opfern**

Zusammengestellt durch: **Buchladen Georgi Dimitroff** **DM 8,00**

Nov. 1998

Vertrieb für internationale Literatur

In deutscher, türkischer sowie in anderen Sprachen erhältlich:

- Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und der Kommunistischen Internationale
- Antifaschistische, antirassistische und antiimperialistische Materialien und Literatur, insbesondere gegen den deutschen Imperialismus
- Die monatlichen Flugblätter und weitere Publikationen von „Gegen die Strömung“

Gelegenheit, sich zu informieren und zu diskutieren

Öffnungszeiten:

Samstag
von 11.00 bis 14.00 Uhr

Brunhildstr. 5
(Schöneberg)
10829 Berlin

Fax: (030) 788 18 39

Programmatische Resolutionen der II. Parteikonferenz

von *Gegen die Strömung*

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Rot Front

Rot Front Nr. 1 - Nr. 4 (Januar 1996 - Juli 1997)

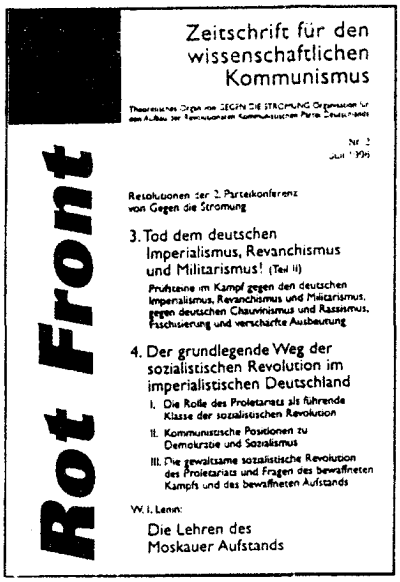
Die ersten vier Ausgaben von Rot Front, dem halbjährlich erscheinenden theoretischen Organ von Gegen die Strömung, enthalten die Resolution 1 - 5 der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung. Diese thesenartig formulierten Resolutionen sind die einstimmig beschlossene programmatische Grundlage der Organisation. Die teilweise bewußt ausführlich mit Belegen ausgestatteten Referate zu den einzelnen Resolutionen sind sowohl umfangreiche Begründung als auch Studienmaterial.

☆ ☆ ☆

Nr. 1, Januar 1996, 155 Seiten, DM 10

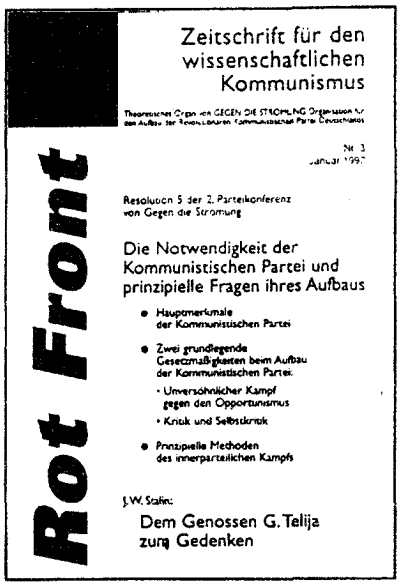
Im Editorial heißt es: "... Aus gutem Grund enthält diese erste Nummer programmatische Dokumente von Gegen die Strömung im Kampf um den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei in Deutschland: Von vorneherein soll klar sein, daß der Kampf für den wissenschaftlichen Kommunismus kein Selbstzweck ist, sondern dem Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei dienen muß ...

Diese Nummer enthält nach den beiden Resolutionen *"Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus"* und *"Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution"* auch Teil I der Resolution 3 *"Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus - grundlegende Aufgabe im Kampf für die sozialistische Revolution in Deutschland"* als drittes programmatisches Dokument. In diesem letzten Teil werden zunächst die geschichtlichen Besonderheiten des deutschen Imperialismus analysiert und erklärt." Dieser Teil schließt mit der Analyse der Einverleibung der DDR und der Notwendigkeit des Aufbaus einer Kommunistischen Partei in Deutschland. Im Anschluß an die Resolutionen ist unter dem Titel "Krieg den deutschen Zuständen!" die Marxsche Schrift *"Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosphie"* von 1844 abgedruckt.



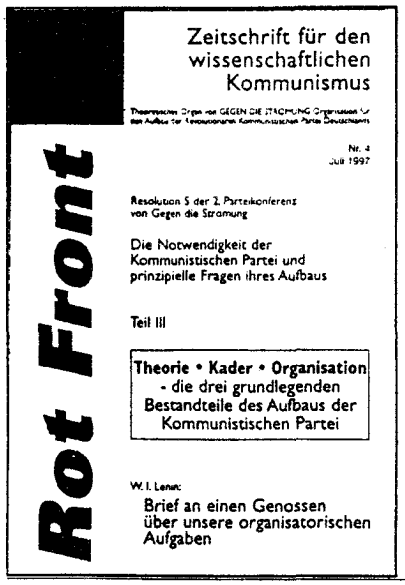
Nr. 2, Juli 1996, 321 Seiten, 20 DM

Diese Ausgabe der Rot Front enthält Teil II der Resolution 3 *"Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus"*, in der die aus den Besonderheiten des deutschen Imperialismus resultierenden besonderen, unerläßlichen Aufgaben des demokratischen Kampfes formuliert sind. Es sind dies gewissemaßen Prüfsteine, die nur ein Minimum für die aktuelle Arbeit in Deutschland, für die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften und Gruppen innerhalb und außerhalb der Arbeiterklasse und nicht zuletzt für die Erziehung und Ausbildung der Kader beim Aufbau der Kommunistischen Partei sein können. Diese Aufgaben werden konfrontiert mit den wesentlichen Prinzipien der sozialistischen Revolution, die in der Resolution 4 *"Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland"* fixiert sind: den Fragen der Hegemonie des Proletariats, der nötigen Unterordnung der demokratischen unter die sozialistischen Kämfpfe und der systematischen Vorbereitung des Bürgerkrieges. Im Anhang befindet sich ein Nachdruck der Leninschen Schrift *"Die Lehren des Moskauer Aufstandes"* von 1906.



Nr. 3, Januar 1997, 262 Seiten, 20 DM

Auf der Basis des ersten Teils der Resolution 5 *"Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus"*, der die Hauptmerkmale und Entwicklungsetappen der theoretischen Grundlagen der Kommunistischen Partei darlegt, werden dann in Teil 2 systematisch grundlegende methodische Fragen des Parteiaufbaus (die Fragen der Gründe für den *unvermeidlichen innerparteilichen Kampf* und der richtigen und falschen Methoden im innerparteilichen Kampf), vor allem auch die überragende Rolle der *offenen und öffentlichen Kritik und Selbstkritik* und des *unversöhnlichen Kampfes gegen den Opportunismus* als methodische Prinzipien der Kommunistischen Partei und des wissenschaftlichen Kommunismus behandelt. In der im Anschluß abgedruckten Schrift *"Dem Genossen G. Telja zum Gedenken"* von 1907 skizziert Stalin das Bild eines kommunistischen Arbeiters, der sich zwischen den Menschewiki und Bolschewiki entscheiden mußte..



Nr. 4, Juli 1997, 317 Seiten, 20 DM

Rot Front Nr. 4 enthält den Teil III der Resolution 5 *"Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus"* und beschäftigt sich mit den drei grundlegenden Bestandteilen der Kommunistischen Partei: *Theorie, Kader, Organisation.* Behandelt werden die Aufgaben der theoretische Arbeit, Erziehung und Einsatz der Kader sowie der Aufbau einer auf Grundlage der bewußten Disziplin und des demokratischen Zentralismus formierten kämpferischen Organisation, die das Problem der Verbindung von legaler mit illegaler Arbeit meistert. In der abgedruckten Schrift *"Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben"* von 1902 nimmt Lenin grundsätzlich und zugleich konkret zu organisatorischen Fragen Stellung.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

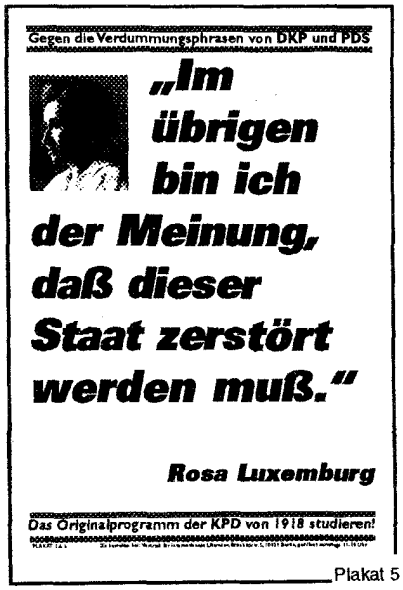
Diese inhaltliche Übersicht
über die programmatischen Ausgaben von ROT FRONT
ist in verschiedenen Sprachen zusammen mit den Thesen
im Buchladen Dimitroff und im Vertrieb für internationale Literatur erhältlich

10 Plakate

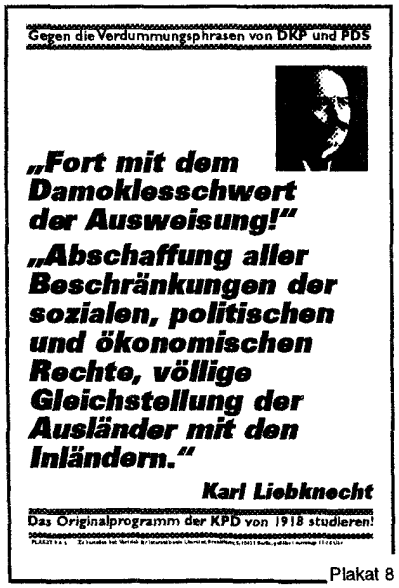
zum 80. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Plakat 1 A h*

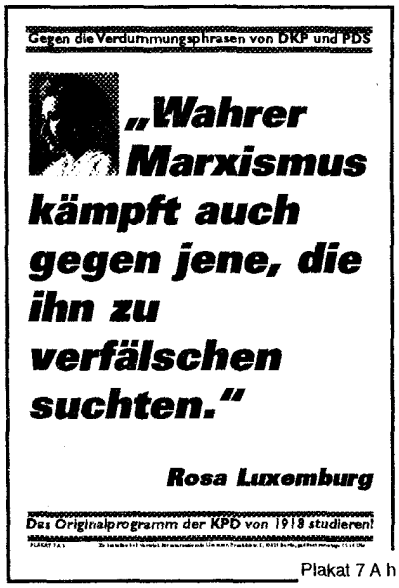
Plakat 3 A h*



Plakat 5 A h*



Plakat 8 A h*



Plakat 7 A h*

* Dieses Plakat ist auch im Querformat zu bestellen

Alle Plakate gibt es auch ohne Rahmentexte, in den Formaten DIN A 3 und DIN A 2.

Bulletin

zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Seit 1991 erscheint vierteljährlich das "Bulletin - zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder", in dem die monatlichen Flugblätter von "Gegen die Strömung" in Auszügen zitiert und zusammengefaßt werden.

Es erscheint regelmäßig in türkischer, französischer, englischer, spanischer und italienischer Sprache.

Gegen die Verdummungsphrasen von DKP und PDS

„Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg,

den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen - zu Kämpfen und Siegen. Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgabe der Revolution,

das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie."

Programm der KPD 1918

Das Originalprogramm der KPD von 1918 studieren!

PLAKAT 2A — Zu bestellen bei: Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin, geöffnet samstags 11-14 Uhr

Plakat 2 A

Gegen die Verdummungsphrasen von DKP und PDS

„Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!"

Karl Liebknecht

Das Originalprogramm der KPD von 1918 studieren!

Plakat 9 A h*

Gegen die Verdummungsphrasen von DKP und PDS

„Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkrieg an den Tag gelegt hat ... sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden.

Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden." *Programm der KPD 1918*

Das Originalprogramm der KPD von 1918 studieren!

PLAKAT 4 A — Zu bestellen bei: Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin, geöffnet samstags 11-14 Uhr

Plakat 4 A

Gegen die Verdummungsphrasen von DKP und PDS

„Sozialismus heißt nicht, sich in ein Parlament zusammensetzen und Gesetze beschließen,

Sozialismus bedeutet für uns Niederwerfung der herrschenden Klassen mit der ganzen Brutalität, die das Proletariat in seinem Kampfe zu entwickeln vermag."

Rosa Luxemburg

Das Originalprogramm der KPD von 1918 studieren!

PLAKAT 6 A — Zu bestellen bei: Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin, geöffnet samstags 11-14 Uhr

Plakat 6 A

Gegen die Verdummungsphrasen von DKP und PDS

Das Original-programm der KPD von 1918 studieren!

PLAKAT 10 A — Zu bestellen bei: Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin, geöffnet samstags 11-14 Uhr

Plakat 10 A

Zu bestellen bei: **Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str.4, 60327 Frankfurt/Main, Fax.: 069 / 730 920**